

**PAUL MERKER**

---

**DEUTSCHLAND  
SEIN ODER NICHT SEIN?**

**2. BAND**

**DAS 3. REICH UND SEIN ENDE**

**1. Auflage**

**1945**

---

**EDITORIAL "EL LIBRO LIBRE" MEXICO**

DIESES BUCH IST DEN KAEMPFERN FUER  
DEN AUFBAU EINES NEUEN FREIHEITLICHEN  
UND FORTSCHRITTLICHEN DEUTSCHLAND  
GEWIDMET.

## VORWORT

*Hitler ist geschlagen, seine Armeen sind vernichtet. Die graessliche Tragodie der faschistischen Gewaltherrschaft ueber Europa und ueber Deutschland hat ihr Ende gefunden. Die freiheitlichen Kraefte haben einen Triumph errungen, der ein neues Kapitel in der Weltgeschichte einleitet. Auch fuer Deutschland beginnt damit ein neuer Abschnitt seiner Entwicklung.*

*In dem Buche "Von Weimar bis Hitler" versuchten wir eine Darstellung der gesellschaftlichen Verhaeltnisse zu geben, die den Sieg des Nazismus moeglich machten. Der Sieg dieser schwaerzesten Reaktion war nicht zwangslaeufig. Er war auch nicht auf besondere Eigenarten des deutschen Volkscharakters zurueckzufuehren. Die demokratischen Kraefte haetten eine Entscheidung zu ihren Gunsten erzwingen koennen. Wenn sie dazu nicht faehig waren, so lag das an der straflichen Halbheit, an der beklagenswerten Uneinigkeit und an der Nachgiebigkeit die im antinazistischen Lager vorherrschte.*

*Die tiefe Spaltung der deutschen Arbeiterklasse ermoeglichte den Erfolg Hitlers. Durch den Opportunismus in der Arbeiterbewegung wurde die Einheit der Arbeiter und deren Buendnis mit den Bauern und mit den Mittelschichten verhindert, wurden dem deutschen Imperialismus, dem reaktionaersten und aggressivsten in der Welt, Helfersdienste geleistet. Die Weimarer Republik, auf einem so unsoliden Grund errichtet, stuerzte unter dem unablaessigen Ansturm des Faschismus nach kaum 15 Jahren ihres Bestehens zusammen.*

*Das vorliegende Buch "Der Nazismus und sein Ende" ist der Versuch einer kritischen Analyse des Naziregimes, seiner Ideologie, seiner diktatorischen Herrschaftsmethoden, seiner Oekonomie, seiner aussenpolitischen und militaerischen Strategie, all dessen, was aufgeboten wurde, um die Welteroberungsplaene des deutschen Imperialismus zu verwirklichen.*

Die Ergebnisse aller Untersuchungen rechtfertigen nachtraeglich die deutschen Antinazis. Diese hatten, noch ehe es Hitler gelang, die Macht an sich zu reissen, die Welt eindringlich darauf hingewiesen, dass die stillschweigende Duldung einer nazistischen Diktatur ganz Europa in die furchtbarste Katastrophe stuerzen werde.

Hitler, von dem die deutschen Imperialisten alles Heil erwarteten, erwies sich als ein schlechter Politiker und als ein verbrecherisch diletantischer Stratege. Sein Regime, trotzdem es von der alten, glaenzend organisierten Beamtenschaft gestuetzt wurde, wurde wiederholt von tiefen inneren Krisen erschuettert. Wenn er seine Macht dennoch behaupten konnte, so geschah dies nicht zuletzt durch die Ausnuetzung sensationeller aussenpolitischer Erfolge, die wiederum der Uneinigkeit seiner Gegner entsprangen. Der Krieg war nicht zwangslaeufig. Es gab Mittel und Moeglichkeiten, um ihm und die in seinem Verlaufe veruebten furchtbaren Verbrechen zu verhindern. Das aber haette die Bildung der Weltfriedens-Alliance zur Voraussetzung gehabt, die von der Sowjetregierung gegen die nazistischen und faschistischen Aggressoren vorgeschlagen wurde, als diese sich fuer den Raubkrieg ruesteten. Das Dritte Reich konnte so zwoelf Jahre dauern. Zwoelf Jahre sind ein Zeitraum, der im Leben eines Volkes im allgemeinen nicht viel bedeutet. Aber die zwoelf Jahre der nazistischen Herrschaft haben eine grauenvolle, moralische und materielle Zerstoerung hinterlassen, die groesser ist als sie je ein reaktionaes Regime verursachen konnte.

Das vorliegende Buch wurde begonnen, als sich die Rote Armee auf ihrem Vormarsch den Grenzen des Dritten Reiches naeherte und als die anglo-amerikanischen Heere in der Normandie landeten. Es wurde abgeschlossen, nachdem der jaemmerliche Zusammenbruch des nazistischen Gangsterregimes erfolgte. Der Zweck des Buches ist, Wesen und Wirken der reaktionaessten Kraefte Deutschlands im nationalen und internationalen Masstabe aufzuzeigen, dem Volke zu sagen, von welcher skrupellosen Gangsterbande es regiert, terrorisiert und betrogen wurde. Es soll damit zugleich den Weg zur endgueltigen Eliminierung dieser volksfeindlichen Kraefte weisen. Vor allem kam es uns darauf an, den Theorien, Auffassungen und Schlagworten der Faschisten entgegenzutreten, an Hand des Geschehens die giftigen Fruechte des deutschen Nazitums zu zeigen und die Wurzeln dieses Giftbaumes blosszulegen.

Von vornherein schlossen wir den Gedanken aus, eine Geschichte des Nazitums schreiben zu wollen; denn fuer eine solche stand weder das Material in genuegendem Ausmasse zur Verfuegung, noch war der zeitliche Abstand gross genug. Wohl aber mag die hier unternommene Arbeit hoffen, dereinst als Baumaterial fuer eine endgueltige geschichtliche Darstellung Verwendung zu finden.

Ich danke an dieser Stelle meiner Frau und Kampfgefuehrtin Margarete Merker-Menzel fuer ihre aufopfernde Mitarbeit bei der Abfassung und Fertigstellung der beiden Baende dieser Arbeit.

Mexiko, 1. August 1945.

Paul Merker.

# DIE IDEOLOGISCHE GRUNDLAGE DER NAZISTISCHEN POLITIK UND DIE ROLLE DER SS

## TRIEBKRAEFTE DER HABGIER UND IHRE THEORIEN

In seiner Duesseldorfer Rede am 27. Januar 1931 entwickelte Hitler vor Grossindustriellen, Bankiers, Grossgrundbesitzern und Generalen seine Ansichten ueber eine neue gewaltsame Expansion des deutschen Imperialismus. Die Weltmachtstellung des deutschen Imperialismus muesse wieder hergestellt werden, so erklarte er, wenn man den oekonomischen Wiederaufstieg wolle; und das koenne nur geschehen, wenn hinter der Wirtschaft eine Nation stehe, die den entschiedenen Willen zum Zuschlagen habe. Die Aussenpolitik der Regierung duerfe nicht ihre Innenpolitik bestimmen, im Gegenteil, die Innenpolitik muesse zum entscheidenden Faktor in der Erringung aussenpolitischer Erfolge werden. Diese Worte Hitlers brachten offen zum Ausdruck: ehe die deutschen Imperialisten wieder an eine Aufruestung und Expansion denken koennen, muessen die demokratischen Theorien, Organisationen und Einrichtungen mit Stumpf und Stiel ausgerottet, ihre Traeger und Repräsentanten vernichtet und das Volk im Geiste der nazistischen Weltanschauung umerzogen werden. Diese Weltanschauung, in Hitlers "Mein Kampf" niedergelegt, basiert auf der imperialistischen Rassentheorie. Keine wissenschaftliche Theorie ist so oft fuer politische Zwecke missbraucht worden, wie die Lehre von den Rassen. Dieser Missbrauch ist schon von Alexander von Humboldt erkannt und mit wuetenden Worten bekaempft worden. Er sagte: "Indem wir die Einheit des Menschengeschlechts behaupten, widerstreben wir auch jeder unerfreulichen Annahme von hoeheren und niederen Menschenrassen. Es gibt bildsamere, hoeher gebildete, durch geistige Kultur veredelte, aber keine edleren Volksstaemme. Alle sind gleichmaessig zur Freiheit bestimmt, zur Freiheit, welche in roheren Zustaenden dem einzelnen, in dem Staatenleben bei dem Genuss politischer Institutionen der Gesamtheit als Berechtigung zukommt."\*

Der Urmensch stand, aehnlich wie jedes andere Lebewesen, gaenzlich unter dem Einfluss der ihn umgebenden Umwelt, der klimatischen Bedingungen und der fuer ihn erreichbaren Lebensmittel. Zur Sicherung seiner Existenz musste er sich diesem Milieu anpassen und die Verschiedenartigkeit der Anpassung an die Verschiedenartigkeit der natuerlichen Milieus fuehrte zur Herausbildung der verschiedenen Menschenrassen. Der Unterschied, den es zwischen den Menschenrassen gibt, ist die Verschiedenartigkeit der Hautfarbe, von Sonne und Klima ihrer Wohnsitze hervorgerufen. Alle Versuche, die Menschenrassen nicht nur nach der Hautfarbe, sondern auch nach der Schaedelform, dem Knochenbau, der Nase, dem Haar zu unterscheiden, blieben ohne

\* Zitiert nach Egon Erwin Kisch "Humboldt politisch und privat", Zeitschrift "Freies Deutschland" Nr. 7, Mai 1942, México, D. F.

Ergebnis. Unter allen Rassen waren Exemplare mit Rund- und Langschaedel, waren solche mit starkem und solche mit feinem Knochenbau, mit grader, krummer und mit platter Nase, mit wolligem oder glattem, braunem oder blondem, mit schwarzem und mit rotem Haar zu finden. Ebenso scheiterten die Versuche, Unterschiede im Blute der Menschenrassen ausfindig zu machen; das Blut aller Rassen, der schwarzen, braunen, gelben und der weissen zerfiel in die drei bekannten Blutgruppen. Auch die Rassenkreuzung ist, wie die moderne Wissenschaft feststellt, keineswegs nur eine Blutmischung, sondern eine Vereinigung zweier Organismen in ihrer Ganzheit. Sie stellt einen positiven Faktor in der biologischen Entwicklung der Menschen dar.

Um die nazistische Rassentheorie als den Betrug zu entlarven, der sie ist, kommt es vor allem darauf an, die Frage zu beantworten, ob die menschlichen Rassen als Traeger der geschichtlichen Entwicklung angesehen werden koennen, ob die eine von der beruehmten Vorsehung aus zum Herrschen und die andere zum Dienen bestimmt ist. Im wesentlichen wird diese Frage schon durch die Feststellung beantwortet: "Es gibt kein Volk, das als "rassenrein" bezeichnet werden kann, jedes Volk des Erdballs ist eine Kreuzung von langwaehrenden und intensiven Mischungen verschiedener Rassen."

Das Ergebnis der Anpassung des Urmenschen an seine Umwelt, an das Klima und an die fuer ihn erreichbaren Lebensmittel im Kampfe um seine Existenz war die Entstehung des Gemeinwesens. Die Urmenschen begannen, um sich zu ernaehren, gemeinsam auf die Jagd zu gehen, und die Jagd entwickelte mehr und mehr Elemente einer steten und zielbewussten Arbeit. Die gemeinsame Jagd und die gemeinsame Arbeit brachten nach und nach die Zeichen und die Lautsprache, den Gebrauch des Feuers und die Erzeugung von Jagdgeraet, die Sammlung von Vorraten und spaeterhin den Schmuck des Koerpers und der Wohnstaette. Der Urmensch war kein Urmensch mehr, er rang mit kuenstlichen Mitteln der Natur das Erforderliche zu seiner Existenz ab. Das Ausmass dieser kuenstlichen Umgebung des Menschen ist zum Gradmesser der Entwicklung der einzelnen Staemme geworden. Und nicht in der Rasse, nicht in besonderen Erbanlagen oder speziellen Leidenschaften, sondern in der Art und Weise der Gewinnung der Mittel fuer den Lebensunterhalt, liegen die Haupttriebkraefte der Entwicklung.

#### RASSENTHEORIEN IM ALTERTUM UND IM MITTELALTER

Die Rassentheorie wurde unter religioeser Verbraemung oder unter pseudo-wissenschaftlicher Ausschmueckung schon im Altertum und im Mittelalter von unterdrueckenden Voelkern als Beweis ihres "Rechtes" auf Unterdrueckung benuetzt. Die Griechen, die in Oekonomie und in den Wissenschaften entwickelt waren, begruendeten ihr Recht, andere Voelker zu versklaven, mit den Gesetzen der Natur. Aristoteles schrieb zum Beispiel: "Die Natur gibt die barbarischen Voelker in die Sklaverei der Griechen, indem sie diese minderwertiger als jene geschaffen hat." Die Roemer verwendeten als Begrueendung fuer die Sklaverei die eigene zahlenmaessige und die materielle Ueberlegenheit in ihren Kriegen. Ihnen war es gleichgueltig, welcher Rasse ihre Sklaven angehoeerten, ob sie aus Europa, Asien oder Afrika stammten.

Nach der Entdeckung Amerikas durch Columbus setzte ein starker Drang des spanischen Handelskapitals nach West-Indien ein. Die dort lebenden heid-

nischen Eingeborenen wurden von den christlichen Spaniern der brutalsten Unterdrueckung und Auspluenderung unterworfen. Die Versklavung der Eingeborenen war somit schwer mit der christlichen Lehre zu vereinbaren. Fuer diesen Widerspruch fand der Klerus die folgende Loesung: "Die Indios seien von Natur aus widernatuerlich. Wuerde man sie sich selbst ueberlassen, begehe man eine Todsuende. Sie muessten unter die Beaufsichtigung der besten Diener Gottes gestellt werden, die sich um das Wohl ihrer Seele sorgen und das waeren unzweifelhaft die Spanier." \* Noch im gleichen Jahrhundert wurde es als ein besonderes Glueck bezeichnet, dass die "Vorsehung" die heidnischen Indios geschaffen hatte. Dadurch sei es zu einer "heiligen Mission" geworden, sie zu zwingen, ihre Goetzen aufzugeben und ihnen, wo sie sich zur Wehr setzten, das Recht ueber ihr Land zu entziehen.

Im 17. Jahrhundert behauptete der Franzose Petit de Barancourt, die schwarze Rasse koenne in ihrer geistigen Entwicklung das Niveau eines Kindes nie ueberschreiten und begruendete so das "Recht" der Sklavenhalter auf den Sklavenhandel. Als diese Behauptung durch Gegenbeweise durchloechert wurde, welche die Neger selbst durch die Entwicklung ihrer geistigen Faehigkeiten lieferten, mussten die Sklavenhalter nach einer anderen Begrueendung fuer ihr "Recht" suchen, mit Menschen zu handeln. Bald fanden sich Anthropologen, die gegen gute Bezahlung nachwiesen, dass der Sklavenhandel einen gewaltigen Kulturfortschritt fuer die Neger darstelle. Einer dieser willfaehrigen "Gelehrten", der Englaender James Hunt, fasste Anfang des 19. Jahrhunderts seine Auffassung wie folgt zusammen: "Es besteht eine groessere Aehnlichkeit zwischen dem Neger und dem Affen als zwischen einem weissen Menschen und dem Neger. Vermenschlichen kann sich der Neger nur, wenn er sich den Europaern unterordnet."

#### DER POLITISCHE UND SOZIALE DARWINISMUS UND SEINE WIDERLEGUNG

Aber auch diese Theorie genuegte auf die Dauer keineswegs, um das Vorhandensein von hohen und niederen Rassen nachzuweisen, — die hohe Kultur der farbigen Voelker liess sich auf die Dauer nicht verheimlichen. Es entwickelte sich zum Beispiel aus den Negersklaven eine Intelligenz, die in nicht wenigen Faellen die der weissen Sklavenhalter ueberholte. Zudem nahm die Klassenspaltung der weissen Voelker in starkem Masse zu. Dieser Entwicklung gegenueber proklamietten nun die Rassentheoretiker das Recht der starken ueber die schwachen Voelker, das Recht der besitzenden ueber die nicht-besitzenden Klassen. Die wissenschaftliche Begrueendung fanden sie dazu in dem sogenannten politischen und sozialen Darwinismus, eine Erfindung, mit der Charles Darwin selbst nichts zu tun hatte.

Darwin war es, der zuerst die Entwicklungstheorie im Zusammenhang dargestellt und begruendet hat. "So manche Umwandlungen diese Theorie auch noch im Einzelnen durchmachen wird" — schrieb Friedrich Engels — "so loest sie im grossen und ganzen schon jetzt das Problem in mehr als genuuegender Weise. Die Entwicklungsreihe der Organismen von wenigen einfachen zu stets mannigfacheren und kompliziertesten, wie wir sie heute vor uns sehen,

\* Zitiert nach Theodor Balk "Races, Mythe et Verité", Paris 1935.

und bis zum Menschen herauf, ist in den grossen Grundzuegen nachgewiesen; es ist damit nicht nur die Erklarung ermoglicht, fuer den vorgefundenen Bestand an organischen Naturprodukten, sondern auch die Grundlage gegeben fuer die Vorgeschichte des Menschengestes, fuer die Verfolgung seiner verschiedenen Entwicklungsstufen vom einfachen strukturlosen, aber Reize empfindenden Protoplasma der niedrigsten Organismen bis zum denkenden Menschenhirn. Ohne diese Vorgeschichte aber bleibt das Dasein des denkenden Menschenhirns ein Wunder.“\*

In seiner praktischen Forschungstaetigkeit wurde Darwin von den grossen Erfolgen der kuenstlichen Zuechtungen ueberrascht. Das veranlasste ihn, sich die Frage vorzulegen, ob nicht auch in der freien Natur ein Vorgang wirksam waere, der die Entstehung bestimmter Arten beguenstige. Damals studierte Darwin gerade den englischen Professor Thomas Robert Malthus und dessen Bevoelkerungsgesetz: “Elend und Hunger seien aeusserst traurige Erscheinungen, aber das herrschende Buerkertum trage daran keine Schuld. Die Zahl der Menschen verdopple sich mit jeder Generation, waehrend die Produktion an Nahrungsmitteln damit nicht Schritt halte und nicht mehr genuege, um die groessere Zahl der Menschen zu erhalten. Darin liege die Ursache des Elends der Menschheit und die Ursache ihres Kampfes ums Dasein.”\*\*

Das Bevoelkerungsgesetz von Malthus und der Malthusianismus sind wissenschaftlich laengst widerlegt. Nicht der Mangel, sondern die Ueberproduktion an Waren und die durch sie zur Ausloesung gebrachten Wirtschaftskrisen haben die Millionen Menschen ins Elend gestuerzt.

Als Darwin das Bevoelkerungsgesetz von Malthus zu Gesicht bekam, wurde es als zu den Gipfeln der menschlichen Erkenntnis gehoeend angesehen. Darwin selbst zog daraus die Schlussfolgerung, dass der “Kampf ums Dasein”, wie er sich unter den Menschen abspielt, ein ewiger Kampf zwischen den Menschen und zwischen diesen und anderen Arten um die Nahrung sei. In diesem Kampfe gehe der Schwache zugrunde, der Starke dagegen behaupte sich. Darwin fuehrte nun das Prinzip der sogenannten natuerlichen Auslese auf den “ewigen Kampf ums Dasein” zurueck. Er kam zu der Schlussfolgerung, dass dieses Prinzip auch in der Tier- und Pflanzenwelt wirksam sei und dazu fuehre, dass nur die den jeweilig vorhandenen Lebensverhaeltnissen am besten angepassten Arten und Rassen sich erhalten koennten. Der “Kampf ums Dasein” sei deshalb letzgens eine notwendige Folge der unbeschraenkten Zunahme der einzelnen Arten und Rassen. Vom Menschen sprach er in diesem Zusammenhange nicht.

Die Theorie vom Kampfe ums Dasein, von der angeblich auf dem Triumph des Starken ueber den Schwachen basierenden natuerlichen Auslese, benuetzten lange vor Hitler die Rassentheoretiker des englischen Kapitalismus zu der Behauptung, die Geschichte der Menschheit sei die Geschichte des Rassenkampfes. Zu welchen zynischen Schlussfolgerungen eine solche Theorie fuehren musste, kam am deutlichsten in einem Aufsatz des Sire P. Chalmers Mitchell zum Ausdruck, den dieser 1896 schrieb. Darin hiess es zur Rechtfertigung der kolonialen Unterdrueckung und des imperialistischen Krieges: “Rue-

\* Friedrich Engels “Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie”, Moskau 1939.

\*\* Thomas Robert Malthus “Essay of the principles of population”. (Deutsche Uebersetzung von Valentine Dorn, Jena 1905.)

stungslager, Flotten und Heere sind Verteidigungs- und Angriffswaffen der stark gewordenen Arten, so wie die Geweihe des Hirsches oder die Zaehne und Klauen des Tigers Waffen der Einzelwesen sind. . . Schwache Rassen werden eine nach der anderen vertilgt, und die wenigen Grossen wappnen sich gegeneinander.”\*

Die moderne Biologie wies inzwischen nach, dass die Urmenschen und die Menschen der praehistorischen Zeit sich keineswegs durch Gewalttaetigkeit auszeichneten und ihre Existenz nicht in gegenseitigen Vernichtungskampfen zu sichern suchten. Johann Jakob Bachofen, einer der bedeutendsten europaeischen Denker, stellte fest: “Die Abwesenheit von Streit und Abneigungen ist ein Charakteristikum, das verschiedentlich in Berichten ueber matriachalische Staaten lobend erwaehnt wird.”\*\* William J. Perry, Lehrer der kulturellen Anthropologie an der Universitaet London, befasste sich mit dem ersten Auftreten von Kriegern in der Vorgeschichte und stellte es als Irrtum fest, “dass die Menschen auf der Entwicklungsstufe des Sammelns sich schon dem Kampfe gegeneinander hingegeben haetten. Das einstimmige Zeugnis der Fachleute laesst keinen Zweifel uebrig, dass diese Voelker friedliebend waren und jede Art grausamen Verhaltens vermissen liessen.”\*\*\* Zur gleichen Erkenntnis in derselben Frage kommt Ludwig Renn: “Bei primitiven Voelkern finden wir das Vermeiden des Kampfes untereinander sehr ausgepraegt. Viele kennen ueberhaupt keinen Krieg. . . Der Krieg ist erst mit der Entwicklung einer herrschenden Klasse innerhalb der einzelnen Voelker entstanden. Er ist eine spaete und durchaus nicht notwendige Einrichtung der Menschheit.”\*\*\*\*

Die treibenden Kraefte in der Entwicklung der Gesellschaft waren und sind andere. Die Menschen benutzen die Natur zur Produktion materieller Gueter nicht voneinander isoliert, nicht als voneinander losgeloeete Einzelwesen, sondern gemeinsam, in Gruppen, in Gesellschaften. Im Prozess der Produktion stellen sie untereinander diese oder jene Produktionsverhaeltnisse her.

Solange die Arbeit einer kleinen primitiven Gemeinschaft von Menschen nur so viel hervorbringt, um das nackte Leben zu fristen, bestehen die Produktionsverhaeltnisse in gegenseitiger Hilfeleistung und basieren auf Gleichberechtigung. Nachdem die Arbeit mehr ergab, als zur primitiven Selbsterhaltung noetig war, wurde das Produkt zur Ware. Die Warenproduktion fuehrte zur Spaltung der Menschen in Klassen und zur Ausbeutung von Menschen durch Menschen. Die Gleichberechtigung wurde durch Herrschaft und Unterordnung abgeloeet. Die Herren suchten die neuen Produktionsverhaeltnisse aufrechtzuerhalten, die Sklaven suchten sie zu beseitigen.

Die Entwicklung der Produktivkraefte, Werkzeuge und Maschinen, Produktionserfahrungen und Geschicklichkeit geht rasch vor sich und mit ihr verschaeften sich die auf Herrschaft und Unterordnung beruhenden Produktionsverhaeltnisse. In ihnen stehen die Interessen der Klassen einander unversoehnlich gegenueber. Darnach beruht aber die Gesetzmaessigkeit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auf der fortschreitenden Entwicklung der Produktion oder mit anderen Worten, die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft ist die

\* Sir P. Chalmers Mitchell in der Zeitschrift “Saturday Review”, London, vom 1. Februar 1896.

\*\* Johann Jakob Bachofen “Mutterrecht”, London 1861.

\*\*\* William J. Perry “Die Kinder der Sonne”, London.

\*\*\*\* Ludwig Renn “Vom Affen zum Menschen, ein Versuch in Palaesozoologie” (in Vorbereitung), México 1945.

Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse der Menschen. So ist es in China wie in England, in Hollaendisch-Guyana wie in Frankreich, in Afrika wie in Amerika, bei Slawen und Romanen und — Germanen.

Mit der Rassenzugehörigkeit des Menschen hat seine geschichtliche Entwicklung so gut wie nichts zu tun, und der "Kampf ums Dasein" ist nicht ein Kampf zwischen Rassen, sondern ein Kampf zwischen Klassen. Der politische und soziale oder Neo-Darwinismus ist ein zugunsten reaktionärer Ziele verübter Missbrauch der Lehren von Charles Darwin.

## DIE RASSENTHEORIEN IN DER NEUZEIT

Dass jede Epoche ihre besondere Rassentheorie hervorbrachte, ist der Ausdruck des Kampfes der Besitzenden gegen die Besitzlosen im nationalen und internationalen Masstabe. Bestimmt wird die Zugehörigkeit zur "hochwertigen" Rasse einmal durch die Hautfarbe, ein andermal durch die Religion, ein drittes Mal durch die Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse und ein viertes Mal durch den Besitz einer ueberlegenen oekonomischen oder militaerischen Macht. Anfangs wurde Volk und Rasse gleichgestellt. Mit der Zunahme der Klassenspaltung innerhalb der Voelker wurde das Malthus'sche Bevoelkerungsgesetz und die darauf basierende Theorie von der natuerlichen Auslese nicht mehr bloss zur Begrue ndung des "Rechtes" auf Unterdrue ckung und Ausplue nderung schwae cherer Voelker herangezogen, sondern auch zur Begrue ndung des "Rechtes" der herrschenden zur Ausplue nderung der unterdrue ckten Klassen.

Die Rassentheorie wurde entwickelt entweder, um der nahenden Revolution durch eine staerkere Zentralisation der Staatsmacht in den Haenden der obersten Schichten entgegenzutreten, oder um die Kraefte einer siegreichen Revolution und diese selbst durch Buendnisse mit reaktionae ren Staaten zu vernichten. Diese Zielsetzungen aber hatten Raubkriege im Gefolge nicht nur der weissen gegen farbige, sondern auch der weissen gegen weisse Voelker. Jede solche Theorie fue hrte zur Unterdrue ckung der grossen Mehrheit des eigenen Volkes, zur Ausplue nderung von Kolonial- und selbstaendigen Voelkern.

Ein Vorlaeufer der Rassentheoretiker war der deutsche Oekonom Friedrich List. Schon vor der nationalen Einigung Deutschlands verfocht er ein deutsch-englisches Buendnis zur gemeinsamen Eroberung der Weltherrschaft. Zur Begrue ndung seiner nationalistischen frue h-imperialistischen Ziele sagte List unter anderem: "Es gibt kaum einen Zweifel, dass die germanische Rasse, kraft ihrer Natur und ihres Charakters, von der Vorsehung fuer die Loesung der grossen Aufgabe ausgewaehlt wurde: die Geschaefte der Welt zu fue hren, die wilden barbarischen Laender zu zivilisieren und die noch unbewohnten zu bevoelkern." \*

Nach List hatte das von Menschen germanischer Rasse bewohnte England mit seiner starken Flotte und seinem grossen Kolonialreich die geschichtliche Mission, "die Welt neu zu ordnen." England koenne aber diese Mission ohne die Hilfe Deutschlands nicht erfue llen. Deshalb sollte es den Ausbau der deutschen Industrie unterstuetzen und die Errichtung einer zentralen deutschen Staatsmacht foerdern. Ein Buendnis mit einem starken Deutschland sei das

\* Friedrich List "Ueber den Wert und die Bedingungen einer Allianz zwischen Grossbritannien und Deutschland", 1846, Berlin 1931.

einziges Mittel fuer England, sich Asien und Afrika nutzbar zu machen und Frankreich niederzuhalten.

Nach List trat Graf Henri de Gobineau, ein Repraesentant der durch die Revolutionen gestuerzten franzoesischen Aristokratie mit einer neuen Rassentheorie auf. Er schrieb ein Buch ueber die "Ungleichheit der Rassen," in dem er die franzoesischen Revolutionen und deren Traeger, das liberale Buergerthum, die Bauern und die Arbeiter angriff.\* Gobineau suchte die ideologische Grundlage fuer die Wiedererrichtung der Feudalherrschaft und fuer die Vernichtung des Liberalismus, der Demokratie und des im Werden befindlichen Sozialismus zu finden. Er suchte zugleich die Hilfe der englischen Tories und der in Deutschland herrschenden Junker fuer die Wiedereinsetzung der franzoesischen Reaktion zu gewinnen. Laut Gobineau habe die weisse Rasse das Monopol der Schoenheit, der Intelligenz und der Kraft besessen. Jede Zivilisation sei auf die Taetigkeit der weissen Rasse zurueckzufuehren. Der Begriff Ehre sei nur bei der weissen Rasse vorhanden; der gelben und der schwarzen Rasse sei er unbekannt. Der "tierische Charakter" der Neger, der sich in der Form ihrer Schaedel ausdrue cke, bestimme ihr Schicksal.

Gobineau bezeichnete als die hoechste unter den weissen Rassen die arische. Ihre Seele sei frei, unabhae ngig und kriegerisch. Aber alle grossen Staatswesen der Arier seien durch rassische Degeneration, hervorgerufen durch die Mischung des arischen mit suedischem Blute, zugrundegegangen, weshalb die Geschichte Europas als ein Kampf zwischen der arischen Rasse und der semitischen Mischrasse bezeichnet werden muesse. Fuer Gobineau war der Sturz des Feudalismus in Frankreich gleichbedeutend mit dem Niedergang der arischen Rasse, und die Errichtung der Herrschaft des Liberalismus gleichbedeutend mit dem Aufstieg der "semitischen Mischrasse".

## DIE RASSENTHEORIE DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS VOR UND WAEHREND DES ERSTEN WELTKRIEGES

Nach der im Jahre 1871 ohne demokratische Umwaelzung auf preussisch-autokratischem Wege erfolgten nationalen Einigung Deutschlands machte die Industrialisierung des Landes sprunghafte Fortschritte. Die Naturschaetze des Reiches genue gten bald nicht mehr fuer die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen. Die Aufnahmefae higkeit des inneren Marktes fuer die Waren blieb hinter der Zunahme der Produktion zurue ck. Arbeitslosigkeit setzte ein. Das feudalistisch-monopolistische Grossbuergerthum draengte mit aller Macht nach auslaendischen Rohstoffgebieten und Absatzmaerkten.

Aber die Welt war Ende des 19. Jahrhunderts schon unter jenen Maechten aufgeteilt, deren nationale Einigung frue her als die deutsche erfolgt war. Nur eine Neuverteilung des Erdballes konnte den deutschen Imperialisten den so heiss erstrebten "Platz an der Sonne" sichern. Bald entwickelte sich infolgedessen ein besonders reaktionae rer Flue gel des deutschen Imperialismus, der sich in der pan-germanischen Bewegung vereinte und gegen die Kolonialstaaten und auch gegen die Nachbarn Deutschlands mit der gleichen Brutalitaet hetzte, wie gegen den antiimperialistischen und antimilitaristischen Teil des eigenen Volkes. Fuer die Pan-Germanisten oder Alldutschen war die Rassentheorie

\* Graf Henri de Gobineau "Essai sur l'inégalité de races", Paris 1853.

Gobineaus, die nicht die "weissen" Rassen im allgemeinen, sondern die "Arier" im besonderen zur Herrenrasse erhob, ein Geschenk des Himmels.

Anfangs traten die deutschen Imperialisten in die Fusstapfen Friedrich Lists und bezeichneten die Angelsachsen, die Skandinavien und die Deutschen als nordische Rasse, die deshalb den natuerlichen Anspruch darauf habe, gemeinsam die Welt zu beherrschen. Als aber nach der Kroenung Wilhelm II. ein Buendnis zwischen Deutschland und England aussichtslos wurde, begannen die Pan-Germanisten auch die Angelsachsen, das "perfide Albion", das "Kraemervolk" zu einem "semitischen Mischvolk" zu erklaren. Damit wurden die Deutschen zur einzigen wirklich arischen Nation erhoben mit der Sendung, sich die ganze Welt untertan zu machen.

Die Rassentheorie Gobineaus wurde von Richard Wagner, der 1876 in Rom mit Gobineau zusammengetroffen war, nach Deutschland verpflanzt. Wagners Schwiegersohn, Houston Stewart Chamberlain, englischer Ueberlaeufer und deutscher Super-Nationalist, passte die Theorie Gobineaus den Verhaeltnissen des deutschen Imperialismus an. In seinem Werk "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" bezeichnete Houston Chamberlain die biologische Rassenforschung als unnuetz, da die Rassenunterschiede offensichtlich genug seien. Zum Unterschied von List und Gobineau behauptete Chamberlain jedoch (in Uebereinstimmung mit den Notwendigkeiten der anti-englischen Politik Wilhelm II), dass nicht die Englaender, die Skandinavien und die Deutschen gemeinsam die hoechste der menschlichen Rassen darstellten, sondern dass die Deutschen allein als die hoechste Gruppe zu betrachten seien. Nach Chamberlain bestimmte vor allem die Sprache den Wert der Rasse. In einem Brief an Wilhelm II. schrieb er im Jahre 1901: "... Die hoehere Entwicklung der Menschheit ist untrennbar mit Deutschland verbunden, mit einem maechtigen Deutschland, welches das heilige Erbe seiner Sprache ueber die weite Erde verbreitet... Gott baut heute allein auf die Deutschen." \*

Im Jahre 1905 trat in Wien der Ingenieur Josef Ludwig Reimers mit einer Rassentheorie hervor, die noch naiver als die H. St. Chamberlains ist, aber erwaehnt werden soll, weil sie im Lande und in der Jugendzeit Hitlers die Gemueter bewegte. Reimers erklarte unter anderem: "Unsere Rasse mit ihrer Kultur ist hoehwertiger als die anderer Voelker der Erde... Voelker vergehen, Rassen bestehen... Fuer unser politisches Verhalten ist notwendig, dass an die Stelle der Nationsbegriffe die Betonung der Blutzusammengehoeerigkeit trete... Die Vermischung mit a-germanischen Elementen... ist schon stark fortgeschritten. Deshalb muss ein germanisches Weltreich geschaffen werden, das auf dauernden Bestand rechnen darf... auf dass die reichsbegrueendete Rasse ihr Blut ueber eroberte Laender ausbreite, bevockere und ihnen ihren Stempel aufdrucke, dem fremden Rassenblut gegenueber sich aber abschliesse und seine Reinheit bewahre. Wirtschafts- und Rassenerschliessung muessen Hand in Hand gehen... Der staerkste germanische Staat des Kontinents muss die Hegemonie uebernehmen. Alles kommt darauf an, dass Deutschland mit der Unterwerfung Frankreichs die unbedingte Hegemonie in Mittel- und Westeuropa erlange unter gleichzeitiger oder unmittelbar folgender Einverleibung der deutschen Provinzen Oesterreichs in irgend einer unseren germanischen Rassenabsichten entsprechenden Form... Mit den Slawenstaemmen, den Tschechen,

\* Zitiert nach Wickham Steed in "International Affairs", London Septem-ber-Oktober 1938.

Slowaken, Slowenen, teilweise den Polen usw. duerfen wir kurzen Prozess machen... wegen ihrer verhaeltnismaessig grossen Vermehrung muessen wir den Prozess der Rassenscheidung, der Enteignung und der Foerderung der Kinderlosigkeit sogar beschleunigen." \*

Auf H.St. Chamberlain und Reimers folgten unzaehlige aggressive literarische Ausbrueche des Rassismus. Die Deutschen wurden als Uebermenschen in Nietzsche'schem Sinne hingestellt, von der Vorsehung dazu bestimmt, sich alle anderen Voelker und Rassen untertan zu machen, sie zu beherrschen und zum Wohle der Erhaltung und Staerkung der arischen Rasse auszubeuten. Der Krieg der Deutschen zur Eroberung anderer Laender, zur Vernichtung widerspenstiger Voelker wurde als "hoechste Pflicht" verherrlicht. Deutsche, die diesen verbrecherischen Rassismus ablehnten, wurden als semitische Mischlinge bezeichnet.

Der Anthropologe Dr. Ludwig Woltmann schrieb 1903: "... Die germanische Rasse ist berufen, die Erde unter ihre Dominierung zu nehmen, um ihre Naturschaetze und die physischen Kraefte der Menschheit auszubeuten." \*\* Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig, Mitglied des Reichstages und Praesident des Alldeutschen Verbandes, Professor Ernst Hasse rief 1905 aus: "Wer hat in der Zukunft die schwere und schmutzige Arbeit zu tun?... Soll etwa ein Teil unseres deutschen Volkes diese Sklavenarbeit leisten? Die Loesung besteht darin, dass wir Fremde europaeischer Herkunft zu dieser Arbeit verdammen: Die Polen, die Tschechen, die Juden, die Italiener und andere, die unter uns leben oder ihren Weg zu uns finden." \*\*\* Der Professor Klaus Wagner gebaerdet sich noch erbarmungsloser. Er schrieb 1906: "Eine grosse gewaltsame Auswanderung von niederen Voelkern muss organisiert werden. Die Kolonisation der Erde durch die hoechste Rasse ist die Weisheit des Krieges. Den unterdrueckten Rivalen, die unsere Strasse kreuzen, muessen wir beschaenktes Territorium zuweisen... Wir muessen deren Zunahme eine Grenze setzen." \*\*\*\*

Besonders tobte sich dieser brutal-imperialistische Herrenanspruch und Rassenhass in der Rechtfertigung der Kolonialansprueche Deutschlands aus. Der durch die Gruendung der ehemaligen deutschen Kolonie Ostafrika und durch seine Greuel bekannte Dr. Karl Peters beschimpfte in den neunziger Jahren seine Untertanen in hemmungsloser Weise: "Als rohes und dummes Vieh ist der Neger aus des Schoepfers Haenden hervorgegangen. Er ist der geborene Sklave, dem sein Despot noetig ist. Verlogen, diebisch, falsch und hinterlistig. Der Kuesten-Neger ist ein gemeiner Bastard, feige und falsch, voellige sittliche Gleichgueltigkeit sein Vorherrschendes." \*\*\*\*\*

Der Alldeutsche Paul Rohrbach trat fuer Pruegelstrafe und Todesstrafe 1910 ein: "Die afrikanischen Rassen sind dazu bestimmt, von uns gefuehrt zu werden... Erst dadurch, dass der Eingeborene im Dienst der hoeheren Rasse Werte schaffen lernt, gewinnt er ein sittliches Anrecht auf sein Dasein...

\* Josef Ludwig Reimers "Ein Pan-Germanisches Europa", Wien 1905.

\*\* Dr. Ludwig Woltmann "Politische Anthropologie", Eisenach und Leipzig 1903.

\*\*\* Professor Ernst Hasse "Das Deutsche Reich als Nationalstaat", 1905.

\*\*\*\* Professor Klaus Wagner "Deutsche Politik", Berlin 1906.

\*\*\*\*\* Zitiert nach Balder Olden "Ein Vorlaeufer" ("Die Neue Weltbuehne" vom 25. Maerz 1937).



Milde im Kampf gegen den Schwarzen ist Grausamkeit gegen die Weissen."\* Der pan-germanische Militaer-Theoretiker, General Friedrich Wilhelm von Bernhardi stellte 1912 den Krieg als biologische Notwendigkeit dar, als ein ausgleichendes Element in dem Leben der Menschheit, welches nicht entbehrt werden koenne. "Krieg ist der Vater aller Dinge. Die antiken Sagen erkannten dies lange vor Darwin an... Das Recht des Staerkeren besteht ueberall. Die Schwaecheren gehen zugrunde."\*\* Der Vorsitzende der Zentrumsparthei und Mitglied des Deutschen Reichstages, Mathias Erzberger, der spaeter von den Nazis als Pazifist ermordet wurde, erklarte im Jahre 1915 unter dem Einfluss der alldutschen Kriegspropaganda: "Die groesste Ruecksichtslosigkeit im Krieg ist die groesste Humanitaet. Wenn man die Moeglichkeit hat, die ganze City of London zu zerst hoeren, so ist das menschlicher als zu erlauben, dass ein einziger deutscher Rassenkamerad sein Blut auf dem Schlachtfeld vergiesst."\*\*\*

### DIE UNTER DER WEIMARER REPUBLIK ENTSTANDENEN IMPERIALISTISCHEN RASSENTHEORIEN

Die Niederlage 1918 und der Zusammenbruch der Monarchie durchkreuzten die auf der imperialistischen Rassentheorie basierende Zielsetzung der deutschen Feudalherren und Monopolisten. Das Verhalten der Ebert, Scheidemann, Noske und Legien aber, die mit Hindenburg, Groener, Stinnes und Seeckt ein Buendnis zur Erstickung der Revolution schlossen, die sich zur gemeinsamen Arbeit mit den eigenartigen deutschen Liberalen Mathias Erzberger, Gustav Stresemann, Hjalmar Schacht und Otto Meissner zusammenfanden, sicherte den Pan-Germanisten bald die Moeglichkeit fuer die Neuformung ihrer imperialistischen Rassentheorie. Die Regierungen der Weimarer Republik dachten nie daran, den hetzerischen Buechern und Schriften der Pan-Germanisten entgegenzutreten, das hochverraeterische Wirken auf Universitaeten und in Verlagen und Redaktionen unmoeglich zu machen. Statt Millionen von Buechern, Broschueren und Artikeln zur Aufklaerung der Massen herauszugeben, statt die republikanischen, demokratischen und sozialen Ideen zu verbreiten, wurden sogar in der Verfassung reaktionaere Ideen verankert, wie zum Beispiel der Anspruch Deutschlands auf Kolonien. Der Mangel an aufklaerender freier Propaganda ist ein Schandfleck, den die Regierungen der Republik und ihre Parteien niemals wegwischen koennen.

Alle reaktionaeren Philosophen, Anthropologen, Biologen, Historiker und Politiker behielten ihre Lehrstuehle, ihre Redaktionsstuben oder ihre Pension. Fortschrittliche Wissenschaftler dagegen, wie Theodor Lessing, Friedrich Wilhelm Foerster, Dr. E. J. Gumbel und andere wurden von den aufgehetzten Studenten lebensgefuehrlich bedroht und durch die reaktionaeren Professoren aus den Lehrstaetten verjagt.

Schon in den Jahren 1919 bis 1926 produzierte die sogenannte deutsche Natur- und Geschichtswissenschaft wieder Buecher, deren einseitiger Charakter und deren hemmungslose Aggressivitaet beispiellos waren. Bald schossen die von deutschen Behoerden und von Industriellen-Organisationen finanzierten Gesell-

\* Paul Rohrbach "Deutschlands koloniale Forderungen", Berlin 1910.

\*\* Friedrich Wilhelm von Bernhardi "Deutschland und der naechste Krieg" (Germany and the next war), New York 1914.

\*\*\* Mathias Erzberger in der Zeitschrift "Die Tat" N° 30, 1915.

schaften und Zeitschriften, die sich die Propagierung imperialistischer Expansionsziele zur Aufgabe machten, wie Pilze aus der Erde. Die von ihnen entwickelten imperialistischen Theorien waren noch aggressiver als jene der wilhelminischen Zeit.

Die Rassentheoretiker des Kaisertums hatten unter dem Einfluss des Vormarsches des deutschen Imperialismus und seiner unueberwindlich erscheinenden Macht gestanden. Wer sollte die deutsche Rasse, die nach der Anschauung H. St. Chamberlains nicht nur zur arischen oder nordischen gehoerte, sondern die "reinste und damit hoechste, staerkste und leistungsfaeigste Gruppe dieser Rasse" darstellte, die eine so gewaltige Entwicklung hervorgebracht hatte, daran hindern, ihre Weltherrschaft zu errichten? Im Jahre 1918 verlor nun diese "hoechste und leistungsfaeigste Gruppe der nordischen Rasse" den Krieg und buesste ihre Rolle als Kolonial- und Weltmacht ein. Millionen Angehoerige dieser Rasse erhoben sich gegen die kapitalistischen Monopolherren, Junker und Generale, das heisst, gegen die "hoechste, rassenmaessige Auslese", um sie als Schuldige am Kriege zu stuerzen und zu vernichten. Der Glorienschein der Deutschen, als der "hoechsten" Gruppe der arischen Rasse, war durch die Niederlage und durch die revolutionaere Erhebung dahin. Der Imperialismus und seine militaerische Macht waren erschuettert. Die Kolonien waren verloren. Ein Revanchekrieg schien fuer lange Zeit unmoeglich zu sein. Und auch die alten Glaubenssaetze der Rassentheorie des deutschen Imperialismus waren damit unbrauchbar geworden. Nur mit Hilfe "rassistisch zweifelhafter Elemente", wie Ebert, Scheidemann, Noske, Wels, Braum, Severing, Legien, Leipart, die dem Proletariat entstammten oder gar mit Hilfe von Juden, wie Rathenau, Preuss, David, Heilmann, Stampfer, Hilferding, Landsberg wurde es den Trustkapitalisten und Junkern moeglich, sich weiter an der Macht zu halten. Um dem Niedergang entgegenzuwirken, mussten die oekonomischen Machthaber also neue Theorien formulieren lassen.

Oswald Spengler unterzog sich zuerst dieser Aufgabe. Sein Werk "Der Untergang des Abendlandes" stuetzt sich im wesentlichen auf die Theorien Lists und Gobineaus. Spengler passte diese den Verhaeltnissen des deutschen Imperialismus nach der Niederlage 1918 an. Er jammerte ueber "die gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen, hervorgerufen durch die franzoesische und englische Demokratie und durch den Sieg der Sowjets in Russland." Der Sturz der Monarchie in Deutschland, die Erschuetterung der aussen- und innenpolitischen Machtstellung der deutschen herrschenden Klasse habe das "Abendland" nunmehr an den Rand des Abgrundes gebracht. Fuer Spengler war der Niedergang der autokratischen Herrschaft des Feudalismus und des Monopolismus gleichbedeutend mit dem Untergang des Abendlandes.

Drohend malte er die Gefahr eines Aufstieges der farbigen Rassen an die Wand. Der Krieg zwischen den weissen Voelkern habe es den Farbigen erleichtert, sich von ihrem Glauben an die "Ueberlegenheit" der weissen Rassen zu befreien. Die anti-imperialistischen, anti-rassistischen und die sozialistisch-kommunistischen Bewegungen seien bereit, mit den farbigen Voelkern, (zu denen Spengler auch die Voelker der Sowjetunion zaehlte) gemeinsame Sache gegen die herrschenden Schichten der weissen Voelker zu machen. Die Gefahr des Unterganges des Abendlandes koenne deshalb nur zurueckgedraengt werden, wenn sich die unverdorbenen Teile der weissen Voelker gegen die farbigen zusammenschloessen. Das habe aber das Aufgeben der Theorie H. St. Chamberlains zur Voraussetzung, nach der es innerhalb der Voelker der weissen Rasse

hochwertige und minderwertige Gruppen gaebe, je nach dem Ausmass der rassistischen Reinheit des Blutes. Spengler bezeichnete diese Rassentheorie als darwinistisch, materialistisch und — antisemitisch. Das Wort "Rassenreinheit" nannte er grotesk und wies darauf hin, dass sich seit Jahrtausenden alle Staemme und Arten vermischt haben.

Spengler trat fuer die gesteigerte Vermehrung der weissen Rasse ein ohne Ruecksicht auf deren rassenmaessige Mischung. Die rassistische Auslese muesse die geschwaechte, degenerierte, herrschende Klasse wieder staerken und eine Front rassenbewusster Schichten der weissen Voelker gegen die Front der farbigen Voelker und der anti-rassistischen weissen Proletarier errichten.

Fuer Spengler galt als weitere Voraussetzung fuer eine erfolgreiche Fuehrung des Kampfes gegen den "Untergang des Abendlandes" die Abloesung der demokratischen Regierungsform in den europaeischen Laendern durch den von ihm propagierten "Caesarismus". Nach ihm waren die oberen und mittleren Schichten des deutschen Volkes, trotz der im Kriege erlittenen Verluste, trotz der Revolution und der republikanischen Staatsform, noch immer die staerksten und ruecksichtslosesten Vertreter der weissen Rasse oder, — weniger mystisch zum Ausdruck gebracht — des Feudalismus und des Imperialismus und deshalb in erster Linie befahigt, das Abendland zu retten.

Das Buch Spenglers "Untergang des Abendlandes" erschien im Jahre 1922. Schon aus diesem Zeitpunkt laesst sich der Sinn seiner neuartigen Rassentheorie erkennen. Er wollte den herrschenden Klassen der demokratischen Westmaechte einreden, dass sie viel zu degeneriert seien, um sich allein gegen die farbigen Voelker und gegenueber der proletarischen Klasse, die durch die siegreiche Revolution in Russland eine grosse Staerkung erfuhr, behaupten zu koennen. Ihr Untergang sei besiegelt, es sei denn, sie vertraue sich der Fuehrung der deutschen Reaktion an.

Spengler wies darauf hin, dass die deutschen Monopolherren, Adligen, oberen Militaers und Grossbuerger, gestuetzt auf Mitlaeufer des Mittelstandes und der Bauern bereit seien, die Rolle des Retters zu spielen, den Kreuzzug gegen die Kolonialvoelker, gegen die internationale Arbeiterklasse und gegen die Sowjetunion zu fuehren. Die Bereitwilligkeit zu dieser Landsknechtsrolle durfte jedoch nicht durch das Invordergrundstellen antisemitischer Tendenzen verdunkelt werden; denn in den Kolonialmaechten Frankreich, England, Holland und Italien spielten juedische Grossbuerger eine beachtenswerte Rolle in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. In Deutschland sollte eine vollstaendige Aenderung der Staatsform erfolgen, bevor das Volk in den Krieg geschickt werden koenne, an die Stelle des parlamentarischen Systems muesse die caesaristische Regierungsform des Heeres treten, das heisst, die Diktatur der deutschen Militaristen und die Unterstellung des Staates unter militaerische Disziplin. Als Vorbild galt Spengler das alte Preussentum. Man lese, wie er diese Frage behandelt:

"Unsere ungebundene Notwendigkeit zu dienen, zu folgen, zu verehren, ungeachtet wen oder was, treu als ein Hund, blindlings glaubend, ungeachtet aller Vorwuerfe... fuehrt von selbst zur Errichtung eines starken verpreussigten Staates, der nur erreicht werden kann durch die Rueckkehr zum Caesarentum. Ich bezeichne als Caesarentum die Rueckkehr von einer kompletten in eine primitive Welt... Die Macht des Blutes, ungebrochene koerperliche Staerke treten erneut in ihre alte Meisterschaft ein. Die Rasse bricht hervor, rein und unaufhaltsam. Der Erfolg der Staerksten und der Rest als die Beute.

Sie ergreift die Herrschaft der Welt und das Reich der Buecher und Probleme wird stumpf und sinkt in Vergessenheit."\*

Dieses Programm Spenglers liess an Deutlichkeit nichts zu wuenschen uebrig, und sein Buch war ein Erfolg, wie ihn theoretische Schriften bis dahin in Deutschland nie gekannt hatten.

Aber der Imperialismus der Westlaender nahm die Landsknechtsdienste der deutschen Pan-Germanisten nicht in Anspruch. Stattdessen vertieften sich schon in den Jahren 1922/23 erneut die Gegensatze zwischen Frankreich und Deutschland. Der Gedanke an den Revanchekrieg boeste unter den deutschen Imperialisten, Junkern, Militaristen und Faschisten die Spekulation auf die Landsknechtsrolle ab. Revanchekrieg gegen Frankreich, Expansionskrieg gegen Polen und gegen Sowjetrussland wurde zur grossen Hoffnung dieser Kreise, die sich so gern als "wahrhaft national" bezeichneten.

Franzoesische und belgische Truppen besetzten das Ruhrgebiet. Die Arbeiter und der Mittelstand wurden durch die Inflation bis auf den letzten Tropfen ausgepresst. Die Weimarer Republik hatte sich weder Popularitaet, noch Vertrauen zu schaffen gesucht und krachte nun in allen Fugen. Als Sprecher der Freikorps trat Moeller van den Bruck mit dem Vorschlag auf, ein faschistisches Regime, ein "Drittes Reich" zu errichten, um Deutschland zur Wiedergewinnung seiner Weltgeltung faehig zu machen. Moeller van den Bruck behauptete, alle grossen Deutschen der Vergangenheit seien anti-liberal gewesen und die deutsche Nachkriegsjugend stehe gegen den Liberalismus auf. Die Basis fuer eine "Neuordnung" koenne nur in der Rueckkehr zu den Gebraeu-chen der alten Germanen gefunden werden, die sich als freie Maenner ihren Fuehrer gewaehlt haetten. Die Jugend verlange einen Fuehrer, der an der Spitze marschiere, der wirklich entscheidet... Wenn das Volk erst einmal fuehle, dass es einen wirklichen Fuehrer gefunden hat, dann werde es froehlich dessen Leitung annehmen und alle demokratischen und sozialistischen Parteifuehrer zum Teufel jagen.\*\*

## DIE NAZISTISCHE RASSENTHEORIE

Ende 1923 stellte die Regierung Stresemann den Widerstand gegen die Ruhrbesetzung ein und suchte eine Verstaendigung mit den Westmaechten. Wie vorher Kapp, so versuchten jetzt Hitler und Ludendorff ihre Diktatur zu errichten. Aber sie scheiterten. Die Jahre der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1929 dienten der "friedlichen" Vorbereitung der Aufruestung, dem Bau von Panzerkreuzern, von Munitions- und Flugzeugfabriken. Teile der Kraefte, die hinter der Stresemann-Politik standen, finanzierten zugleich die Pan-Germanisten und Faschisten. In der Zeit von 1923 bis 1926 wurden mit Hilfe deutscher Monopolisten und Regierungsstellen die Verlage gegruendet, die es Erich Ludendorff, Alfred Rosenberg, Karl Haushofer, Rudolf Hess und Adolf Hitler moeglich machten, die Plaene fuer kuenftige Eroberungen zu schmieden und zu verbreiten. Im Mittelpunkt dieser Plaene stand ein System von bestialischer, politischer Reaktion nach innen und groessenwahnsinniger Expansion nach aussen. Hitlers "Mein Kampf" und Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" wurden unter wohlwollender Duldung der Regierungen Marx,

\* Oswald Spengler "Der Untergang des Abendlandes", Muenchen 1922.

\*\* Kurt Moeller van den Bruck "Das Dritte Reich", Muenchen 1923.

Luther, Hermann Mueller und Heinrich Bruening in hunderttausenden Exemplaren gedruckt und verbreitet, um die ideologischen Voraussetzungen sowohl fuer den politischen Sieg des Nazismus als auch fuer den totalen Expansionskrieg zu schaffen.

Die nazistische Rassentheorie ist nicht identisch mit der Gobineaus, H. St. Chamberlains oder Spenglers; denn sie wurde unter dem Einfluss ganz anderer politischer und oekonomischer Verhaeltnisse verfasst. Von Gobineau uebernahm die nazistische Rassentheorie die Behauptung, die nordische Rasse sei die hoechste Menschenrasse. Von H. St. Chamberlain uebernahm sie den Schwindel, die Deutschen seien innerhalb der arischen Rasse die hoechste und die Juden unter der semitischen Menschenrasse die niedrigste Gruppe. Von Reimers uebernahm sie die Luege, die Blutmischung sei eine Gefahr und von Spengler die These, dass unter den Deutschen alle Voraussetzungen fuer die Errichtung eines Caesarismus vorhanden seien.

Ein wichtiger Unterschied zwischen allen fruerehen imperialistischen Rassentheorien und der nazistischen besteht in der Form, wie sie den Massen serviert wurde. Hitler und seine Umgebung begnuegten sich nicht, abstrakt ueber Blut und Rasse oder Blut und Boden zu philosophieren. Stattdessen erhoben sie ein Lamento ueber die "Suende wider das Blut durch Rassenschande". Sie prophezeiten den Niedergang der deutschen Rasse, wenn die Rassenmischung nicht aufhoerte und stellten die Mischrassen auf eine Stufe mit den Tierarten. Jedes Tier paare sich nur mit seinen Genossen der gleichen Art; der Mensch einer "hoeherwertigen Rasse" solle sich ebenfalls nur mit seinesgleichen paaren. Der Nachwuchs einer Mischehe von Menschen hochwertiger mit Menschen minderwertiger Rasse fuehre zur Vernichtung der besonderen Eigenschaften, ueber welche die hoehere Rasse von Natur aus verfuege. Zwar sei auch die deutsche Rasse durch Blutmischung schwer gefaehrdet, jedoch ihr reiner Kern sei noch so stark, dass sie als die hoechste Gruppe der "Arier" gelten koenne.

Die unvermischt gebliebenen Bestaende an nordisch-germanischen Menschen muessten vor dem Untergehen in den "allgemeinen Rassenbrei des Einheitsvolkes" geschuetzt und gestaerkt werden. "Deshalb sei es die Aufgabe des nazistischen Staates, alle Deutschen zu umschliessen und aus ihnen die wertvollsten Bestaende an rassischen Urelementen nicht nur zu sammeln und zu erhalten, sondern langsam und sicher zur herrschenden Stellung emporzufuehren." \*

Mit diesen mystischen Worten versuchte Hitler, oder wer immer die Verfasser seiner "Bibel" gewesen sein moegen, die Existenz von Klassen zu verschleiern. Er unterschied selbst innerhalb des deutschen Volkes zwischen rassischen Urelementen und Elementen, die im allgemeinen Rassenbrei des Einheitsvolkes untergegangen seien. Erhoben zu "rassischen Urelementen" wurden die Kapitalisten und Junker, soweit sie nazistisch gesinnt waren und die Hierarchie des nazistischen Partei- und Staatsapparates, ferner die Jugend, die der Erziehung im Geiste des Nazismus unterworfen wurde. Als Elemente, die im Rassenbrei des Einheitsvolkes schmoren, wurden alle nicht-nazistischen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern, Handwerker, Kleinhaendler und die nicht-nazistischen Angehoerigen anderer Schichten bezeichnet.

Den Naziweisen zufolge ist alles, was an Kultur besteht, was Kunst, Wis-

\* "Mein Kampf", Seite 439, Muenchen 1936.

senschaft und Technik hervorgebracht haben, ausschliesslich das Produkt des "Ariers". Deshalb muesse abgelehnt werden, andere Voelker zu germanisieren. Nur der ihnen gehoerende Boden koenne germanisiert werden. Hitler und seine imperialistischen Hintermaenner haben nicht gezoegert, diese Theorie des Massenmordes in die Praxis umzusetzen und so musste die Menschheit des 20. Jahrhunderts mit Entsetzen die graessliche Tatsache erleben, dass Millionen Menschen in die Todesoefen gestossen wurden.

Die nazistische Rassentheorie lehnt es ab, den Staat als das Produkt der Klassenspaltung eines Volkes und als das Mittel der jeweils herrschenden Klasse zur Sicherung ihrer Herrschaft zu betrachten. Der Staat werde durch die "Instinkte der Erhaltung der Art geschaffen, moegen diese auf dem Gebiete heldischer Tugend oder listiger Verschlagenheit liegen." \* Das eine ergaebe dann den arischen Kulturstaat; das andere die juedischen Schmarotzer-Kolonien. Diese luegnerische These brauchte der Nazismus, um seine Despotie als das hoechst entwickelte Staatswesen zu dekreteieren. Er brauchte sie, um seinem Staat das natuerliche Recht der Erstgeburt zu sichern, er brauchte sie als Begrueundung zur Unterdrueckung der "juedischen Schmarotzerstaaten" und zur Ausrottung ihrer Bevoelkerung.

Hitler bezeichnete als ein Symptom fuer den Verlust staatsbildender und staaterhaltender Tugenden, dass es in Deutschland Menschen gegeben habe, die glaubten, "auf friedlichem Wege dem deutschen Volke die Welt erschliessen oder gar erobern zu koennen". "Haette" — sagte er in seinem ueblichen Stil — "das siegreiche Schwert eines Herrenvolkes, das die Welt in den Dienst einer hoeheren Kultur stellt den ersten Weltkrieg beendet, dann haette die Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Die Mission des deutschen Volkes bestehe eben in der Bildung eines Staates, der seine hoechste Aufgabe in der Erhaltung und Foerderung der unverletzt gebliebenen edelsten Bestandteile unseres Volkstumes, ja der ganzen Menschheit sieht." \*\*

So ist die nazistische Rassentheorie als ein Mittel einer sehr wohlueberlegten, raeuberischen imperialistischen Politik in erster Linie gegen die Mehrheit des deutschen Volkes und gegen die Voelker Europas gerichtet ungeachtet der Tatsache, dass diese sich weder in der Farbe der Haut und der Augen, noch in der Farbe der Haare von den Massen des deutschen Volkes unterscheiden. Ihre Theorie sollte die Voraussetzungen fuer den Ueberfall auf friedliche Nachbarvoelker schaffen. Sie sollte das deutsche Volk spalten und grosse Teile in aktive Werkzeuge dieser Raub- und Henkerfeldzuege verwandeln. Leider ist es Hitler und seinen Gangstern gelungen, viele Millionen Deutscher mit diesen kriminellen und unwissenschaftlichen Doktrinen zu verseuchen und Hunderttausende zu Meuchelmoerdern zu erziehen, deren Schandtaten unserem Volk noch nach Jahrhunderten anhaengen werden.

## DIE ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN ANTISEMITISMUS IM NEUNZEHNTEM JAHRHUNDERT

Die Verordnung des Koenigs Friedrich Wilhelm vom 11. Maerz 1812 sicherte der juedischen Bevoelkerung Preussens gewisse zivile und politische Rechte, die es ihr ermoeeglichten, in den Staedten zu wohnen und ungehindert

\* "Mein Kampf", Seite 168/169, Muenchen 1936.

\*\* "Mein Kampf", Seite 438/39, Muenchen 1936.

an der industriellen Entwicklung des Landes, besonders durch den Ausbau des Bankwesens, teilzunehmen. Auch war es der juedischen Bevoelkerung nunmehr moeglich, Beamtenstellen in grosserem Ausmasse einzunehmen, an Universitaeten zu lehren oder zu studieren und sich am politischen Leben des Landes aktiv zu beteiligen. Der Praesident der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Eduard von Simson, war juedischer Herkunft. Im Jahre 1871 wurde Simson Praesident des Reichstages und spaeter Praesident des Reichsgerichtes.

Am 5. Dezember 1848 wurde die neue preussische Konstitution angenommen, die jedem Buerger des Landes gleiche zivile und politische Rechte zusicherte, ungeachtet seines religioesen Glaubens. Am 27. Dezember 1848 unterzeichnete der Reichsverweser Erzherzog Johann ein aehnliches Gesetz. Diese Gesetze wurden am 3. Juli 1869 fuer den Norddeutschen Bund und am 22. April 1871 fuer das Koenigreich Bayern erneuert. Eine umfassende und wertvolle Teilnahme der Deutschen juedischer Herkunft in der Taetigkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens war nunmehr zu verzeichnen.

Wie viele Juden trugen zur Weltgeltung des deutschen Namens bei! Heinrich Heines "Buch der Lieder" ist auch in fremdsprachigen Laendern das populaerste Werk der Poesie; welcher Nationaloekonom hat mehr Wirkung auf Beurteilung und Gestaltung des Wirtschaftslebens ausgeuebt als Karl Marx; welche Medizin kann sich ohne die Diagnostik August Wassermanns und die Therapie Paul Ehrlichs behelfen; wo in der Welt gibt es Konzertsaele und Opern ohne die Werke Meyerbeers, Mendelsohn-Bartholdis und Gustav Mahlers; welche grosse Buehne in der Welt hat nicht durch das Wirken von Otto Brahm und Max Reinhard ihre geistige Umgestaltung erfahren; wo lebt ein Gebildeter, dem nicht der Name Albert Einstein gelaefig ist; wo der Kunstliebhaber, der nicht Gemaelde Max Liebermanns liebt; nicht Dirigenten wie Bruno Walter und Otto Klemperer gehoert hat; Geiger und Pianisten, viele hundert an der Zahl!

Innerhalb Deutschlands war die geistige Wirkung der juedischen Staatsbuerger besonders fruchtbar. Alle Parteien hatten ihnen zu danken. Friedrich Ludwig Stahl formulierte das Programm der deutschen Konservativen, Ludwig Bamberger und Eduard Lasker gruendeten die Freisinnige Partei; Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein und Paul Singer gehoerten zu den Vorkaempfern der Sozialdemokratie und zu den Schoepfern der ersten Organisation deutscher Arbeiter. Publizisten wie Maximilian Harden, Theodor Wolff, Georg Bernhard, Fuehrer der Zeitungsindustrie wie Rudolf Mosse und die Ullsteins vertraten die deutsche Politik.

In der Wirtschaft war es nicht anders. Die deutsche Elektroindustrie wurde von Emil Rathenau (der Vater Walters) geschaffen, die deutsche Seeschifffahrt brachte Albert Ballin zur Weltgeltung. Der Einfluss juedischer Persoenlichkeiten des Bankwesens entwickelte deutsche Industrie und deutsches Verkehrswesen. Die Rothschilds waren an der Finanzierung des Krieges von 1870/71 fuehrend beteiligt, Bleichroeder verwaltete als Freund und Vertrauensmann Bismarcks dessen Finanzen, Fuerstenberg sanierte die oberschlesische hochadlige Industriellengruppe der Henckel von Donnermarck und Hohenlohe-Schillingsfuerst, die Deutsche, die Dresdner, die Darmstaedter Bank und die Berliner Handelsgesellschaft finanzierten den Ausbau der Elektrotechnik, der chemischen Industrie, der Wollindustrie und anderer Industriezweige.

Dieses immer staerker um sich greifende Aufgehen der deutschen Bevoel-

kerung juedischer Herkunft im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des Reiches foerderte deren Assimilation in starkem Masse. Schon im Jahre 1899 waren ein Fuenftel der von deutschen Juden geschlossenen Ehen Mischehen. Zwischen 1900 und 1927 waren 103.000 juedische Eheschliessungen zu verzeichnen, davon 33.800 Mischehen.\* Es waren im Grunde genommen nur die hochfeudale Offizierskaste und gewisse Kreise der hoechsten Beamten-schaft, die der gesetzlich verankerten Gleichstellung der juedischen Bevoelkerung Widerstand entgegenseetzten. Durch ihre Kastensolidaritaet verschlossen sie ihr den Zugang zur Offizierslaufbahn, zum diplomatischen Dienst und zu gewissen hohen Beamtenstellungen.

Abgesehen von dieser Benachteiligung gab es wenig, was der Bevoelkerung juedischer Herkunft das Leben im wilhelminischen Deutschland verleidet haette. Die uebergrosse Mehrheit der Juden fuehlten sich als Deutsche wie jeder andere Deutsche auch. Das ging so weit, dass sich im deutschen Schrifttum viele Juden antisemitischer Argumente bedienten, selbstverstaendlich ohne daran zu denken, dass eine schon so angefeindete Minoritaet unter solch selbstkritisch gedachten Argumenten dem Feind in die Haende arbeitet. Der "Herr Wendriner" von Kurt Tucholsky war eine der schaefersten Karikaturen des Juden. Ein ganzes System dieses juedischen Antisemitismus hat der Wiener Philipp Otto Weininger geschaffen, das der Presse der Christlichsozialen und Schoenerers in Oesterreich ein willkommenes Material zu ihrer antisemitischen Hetze lieferte.

Es gab somit unter den Juden Kapitalisten, Mittelstaendler, Angestellte und Arbeiter. Es gab unter ihnen imperialistische Kriegstreiber und es gab flammende Kriegsgegner. Es gab unter ihnen Reaktionaere und Fortschrittliche, wobei die Zahl der Letzteren ueberwog. Es gab ruecksichtslose Ausbeuter und solche, die fuer die sozialen Forderungen ihrer Arbeiter und Angestellten Verstaendnis hatten. Unter den juedischen Angestellten und Arbeitern waren klassenbewusste und indifferente — kurz, die deutschen Juden waren weder Engel noch Teufel, waren Menschen wie andere Menschen auch. Dass die eine oder die andere gute oder schlechte Faehigkeit oder Eigenschaft unter ihnen staerker sichtbar wurde, war weder ihr besonderes Verdienst, noch ihre besondere Schuld. Es war das Verdienst, aber noch eher die Schuld einer Gesellschaft, die einen Teil der Bevoelkerung des Landes jahrhundertlang unter Ausnahmegesetz gehalten und ihn gezwungen hatte, um auch unter weit schwierigeren Bedingungen leben zu koennen, besondere Faehigkeiten und Eigenschaften zu entwickeln. Ungeachtet einiger antisemitischer Aufwallungen in den Siebziger Jahren und in den Neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts fuehlte sich die deutsch-juedische Bevoelkerung im Reiche so geborgen, dass kaum noch an die Moeglichkeit geglaubt wurde, eines Tages koenne eine moerderische antisemitische Welle losbrechen.

Unter diesen Verhaeltnissen war die Assimilation zur vorherrschenden Tendenz geworden und wurde als die fortschrittlichste Orientierung zur Loesung der sogenannten Judenfrage angesehen. Zum Beispiel lehnte der Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Karl Kautsky, die Auffassung ab, dass die juedische Bevoelkerung im internationalen Masstabe eine Nation und im nationalen Masstabe eine Minderheit darstelle. Die einzig moegliche Loesung der juedischen Frage sei die Vollendung der Assimilierung. Ohne

\* Zitiert nach Kastein "History and Destiny of the Jews", New York 1936.

Zweifel war diese Stellungnahme damals zeitgemaess; denn erstens ueberwog unter den Juden die kulturelle und nationale Verbindung mit dem Lande, in dem sie seit vielen Generationen lebten, weit die internationale Bindung untereinander. Zweitens sprach nur ein verschwindender Teil von ihnen hebraeisch oder jiddisch. Drittens fehlte eine der wichtigsten Voraussetzungen fuer die Konstituierung der juedischen Bevoelkerung zur Nation, das eigene Territorium.

Nur eines wurde in Deutschland von den fortschrittlichen Massen und von dem fortschrittlichen Teil der juedischen Bevoelkerung nicht genuegend beachtet: Die fortschreitende Assimilierung war allein kein Schutz gegen das Losbrechen antisemitischer Wellen. Der Antisemitismus war nicht, wie heute oftmals behauptet wird — eine den Russen, den Polen oder den Deutschen angeborene Charaktereigenschaft, sondern eine Kampfmethode der nach mehr Macht und Expansion draengenden aeussersten Reaktion. Diese Reaktion war in Deutschland unveraendert lebendig. Sie konnte nicht von der kleinen juedischen Minoritaet, mochte deren Einfluss in der Wirtschaft noch so gross sein, beseitigt werden. Das haetten die fortschrittlichen Massen des deutschen Volkes tun koennen, eine Front von Liberalen, Buergern und Bauern und sozialdemokratischen Arbeitern. Aber diese Kraefte versagten aus Gruenden, die wir im ersten Band dieses Buches darzulegen versucht haben. So wurde die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der juedischen Bevoelkerung bald schweren Angriffen durch die Reaktion ausgesetzt.

Deutschland wurde in der zweiten Haelfte des 19. Jahrhunderts wiederholt von antisemitischen Wellen ueberflutet. In den Jahren 1879/80 veroeffentlichte ein gewisser Wilhelm Marr eine Schrift, betitelt "Der Sieg des Judentums ueber Deutschlands Zivilisation". Darin behauptete er, die Juden haetten Deutschlands Zivilisation zerstoert und seien darauf aus, sich die Welt untertan zu machen. Im Jahre 1879 gruendete Marr die "Antisemitische Liga" und leitete die sogenannte Petitions-Bewegung ein. In der Petition wurde unter anderem behauptet, das juedische Element ueberflute Deutschland und sei bereits zu einer ersten Gefahr fuer die deutsche Wirtschaft, Kultur und Religion geworden. Deshalb muesse die Regierung den Einfluss der Juden zurueckdraengen, diese von jeder verantwortlichen Stellung im Staat und insbesondere in der Justiz ausschliessen. Sie duerften in den Elementar-Schulen niemals und in den Realschulen und Universitaeten nur in ganz besonderen Ausnahmefaellen lehren. Die Petition wurde von ungefaehr 300.000 Personen unterzeichnet und dem Reichskanzler von Bismarck in Maerz 1881 ueberreicht.

Der Petitions-Kampagne folgte der internationale antisemitische Kongress in Dresden. Dort trat als Fuehrer der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker auf (Vater der mutigen Kaempferin fuer Fortschritt, Frauenrecht und fuer die Gleichstellung der Juden, Helene Stoecker), der dem reaktionaersten Fluegel der konservativen Opposition gegen Bismarck angehoerte. Stoecker behauptete, die juedische Frage sei nicht nur ein religioeses, sondern auch ein oekonomisches, moralisches und kulturelles Problem. Die Juden wuerden Kapital aufhaeuften, um die christliche Staatsordnung zu unterminieren; denn sie seien zugleich die Schrittmacher des Kapitalismus und des revolutionaeren Sozialismus.

Die gleichen Regierungen, die verpflichtet gewesen waeren, die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung der juedischen Bevoelkerung zu garantieren, sahen dem antisemitischen Treiben der aeussersten Reaktion mit stillem Wohl-

wollen zu, trug es doch dazu bei, die politischen und oekonomischen Kaempfe der Arbeiter zu laehmen.

Es ist nicht schwer, die oekonomischen und politischen Hintergruende der in den Jahren 1878/79 zum Ausbruch gekommenen antisemitischen Welle und damit ihren Klassencharakter einwandfrei nachzuweisen. Die dem deutsch-franzoesischen Krieg folgende Hochkonjunktur (die sogenannten Gruenderjahre) fand 1874 ihre Abloesung durch eine schwere industrielle Krise. Der damit verbundene Druck auf das Lebensniveau der Arbeiter, Bauern und Kleingewerbetreibenden foerderte die Einigungsbestrebungen im sozialdemokratischen Lager und die Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung. Bei den Reichstagswahlen 1877 erhielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands 493.000 Stimmen und 12 Mandate, eine fuer die herrschende Klasse fuerchterregende Zahl. Die Wirtschaftskrise stieg unterdessen weiter an und zwar erfasste sie nunmehr auch die Agrarwirtschaft. Bis dahin hatte die von den deutschen Junkern beherrschte Landwirtschaft Getreide ausfuehren koennen. Die zunehmende Technifizierung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Ausbau des dortigen Eisenbahnnetzes verursachten eine starke Steigerung der amerikanisch-kanadischen Getreideproduktion und eine Senkung der Getreidepreise. Deutsches Getreide konnte auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren. Das billige amerikanische Getreide erschien sogar auf dem deutschen Getreidemarkt und drueckte die deutschen Inlandspreise. Schon in den Jahren 1879/80 wurden 484.000 Tonnen Weizen und Roggen nach Deutschland eingefuehrt.

Hinzu kamen die Auswirkungen wichtiger technischer Verbesserungen in der englischen Stahlproduktion, gegenueber deren niedrigen Preisen sich die deutschen Stahlindustriellen auf dem Weltmarkt nicht behaupten konnten. Damit wurde die bis dahin in Deutschland vorherrschende Freihandelsideologie unterminiert. Die Schwerindustriellen und die Grossgrundbesitzer forderten Schutzzoelle und im Jahre 1879 wurden solche dekretiert. Anfangs waren die Tarife zu niedrig, um den Preisrueckgang fuer Getreide, Eisen und Stahl auf dem inneren Markt aufzuhalten. Aber sie genuegten, um den Lebensstandard der Volksmassen zu senken und den Klassenkampf zu verschaeerfen. Fuer die dadurch entstandene Unzufriedenheit musste ein Blitzableiter aufgerichtet werden, um den Massen zu verbergen, dass die reaktionaeren Stahl- und Getreide-Magnaten die wirklich Schuldigen waren.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts trat der verbitterte und choleriche Vielschreiber Eugen Duehring mit seinem Pamphlet "Die Judenfrage als ein Problem der Rasse, der Moral und der Kultur" an die Oeffentlichkeit. Duehring erklarte die Juden zur niedrigsten Gruppe der semitischen Rassen und als geistig unfaeelig; alle ihre Gedanken seien von anderen Voelkern gestohlen. Um ihre Absicht, sich die Herrschaft ueber die Welt zu erschleichen, zu durchkreuzen, sei es notwendig, die Judaer" von den Schulen auszuschliessen, ihnen ihre Stellungen in Wirtschaft, Presse, Kunst und Staatsapparat zu nehmen und die Mischehe zu verbieten. Duehring trat sogar gegen den deutschen Klassiker Gotthold Ephraim Lessing auf, weil dieser ein Anwalt der Juden gewesen war. In Duehrings Fusstapfen trat dann der Schriftsteller Adolf Bartels, der die Literaturgeschichte darnach beurteilte, ob ihre Traeger juedischer Abstammung oder juedisch versippt seien; Bartels besondere Tummelplaetze waren Heimatkunst und die Theorie von Blut und Boden.

Der Hintergrund fuer die Foerderung der Duehringschen Hetze war in der rapid zunehmenden Konzentration des Kapitals zu suchen, durch die Tausende kleine Industrielle und Gewerbetreibende ihre selbstaendige Existenz verloren, und die zu einem Anwachsen der 1890 wieder legal gewordenen Sozialdemokratie fuehrte. Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Koeln 1893 nahm August Bebel gegen die juedenfeindlichen Agitationen Stellung. "Der Antisemitismus" — fuehrte er dort aus — "ist durch die Unzufriedenheit gewisser buergerlicher Schichten geboren worden, die Opfer der kapitalistischen Entwicklung sind, und die vor dem oekonomischen Ruin als Folge derselben Entwicklung stehen. Die wirklichen Ursachen nicht erkennend, richten diese Schichten ihren Hass nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen die Erscheinungen, die es verursacht und die besonders schwierig zu ueberwinden sind. . . Aber der Kampf der Antisemiten gegen die "juedische Ausbeutung" ist hoffnungslos zum Scheitern verurteilt; denn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist nicht spezifisch juedisch, sondern gehoert zur buergerlichen Gesellschaft. Sie wird nicht eher aufhoeren, bis diese zusammenbricht. Die Sozialdemokratie bekaempft den Antisemitismus als eine Bewegung, die parallel mit der natuerlichen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft laeuft, und die trotz ihres reaktionaeeren Charakters, selbst gegen ihren Willen, revolutionaere Folgen herbeifuehrt. Und tatsaechlich werden sich die kleinbuergerlichen Kreise, die fuer den Antisemitismus arbeiten und gegen die kapitalistischen Juden hetzen, letzten Endes Rechnung legen, dass der Feind nicht nur in den kapitalistischen Juden besteht, sondern in der kapitalistischen Klasse ueberhaupt, und dass nur der Sozialismus sie von ihrem sozialen Elend befreien kann." \*

Diese grundsatzliche Rede Bebels wurde in der Uebergangsperiode des deutschen Kapitalismus zum Imperialismus gehalten, als die Grenzen zwischen den verschiedenen Schichten des Buerkertums noch nicht so scharf gezogen waren. Professoren, Prediger und Politiker, die dem Mittelstand angehoeerten, waren die Wortfuehrer der im Kleinbuerkertum geborenen antisemitischen Bewegung. Es war noch nicht klar zu erkennen, dass die wirklichen Drahtzieher die Pan-Germanisten waren, welche reaktionaeer-innerpolitische und imperialistisch-aussenpolitische Ziele erstrebten.

Bebel bezeichnete den Antisemitismus als den "Sozialismus der dummen Kerle". Aber in Wirklichkeit war der Antisemitismus schon damals viel mehr. Er war ein Mittel der aeussersten Reaktion, das Volk zu solchen dummen Kerlen zu erziehen. Bebel beschaenkte sich auf die Erklaerung, die Sozialdemokratie trete gegen den Antisemitismus im Rahment des Kampfes gegen die kapitalistische Wirtschaftsform auf, um ihn zusammen mit dieser zu beseitigen. Aber in Wirklichkeit waere es notwendig gewesen, die Hetze mit einer naeheren Zielsetzung und zwar in Gemeinschaft mit allen liberalen Kraeften zu bekaempfen, um sie bereits innerhalb der imperialistisch-kapitalistischen Aera zurueckzudraengen, den antisemitischen Kampf zu einem untrennbaren Bestandteil des Kampfes um demokratische Volksrechte und zu deren Verteidigung zu machen.

Die im Verlaufe der Konjunktur und der imperialistischen Entwicklung zunehmende opportunistische Entartung zahlreicher Fuehrer der deutschen Sozialdemokratie hinderte die Arbeitermassen noch mehr, die Bedeutung des

\* Zitiert nach Theodor Balk "Races, Mythe et Verité", Paris 1935 (Aus dem Franzoesischen rueckuebersetzt).

Kampfes gegen den Antisemitismus zu erkennen, wie ihn zum Beispiel der franzoesische Liberalismus unter Fuehrung von Emile Zola und Anatole France im Falle Dreyfus fuehrten. Die deutsche Sozialdemokratie erkannte auch niemals die gewaltige Bedeutung des Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus, den die russische Sozialdemokratie unter Fuehrung Plechanows und Lenins entfaltete.

## DER NAZISTISCHE ANTISEMITISMUS

Der Pan-Germanismus hatte gezeigt, dass es ihm wohl gelang, Massen zurueckgebliebener Schichten des Mittelstandes und der Bauern antisemitisch zu beeinflussen; in der Arbeiterklasse aber foerderte seine reaktionaeere Propaganda die gegenteilige Entwicklung; die sozialdemokratische Bewegung nahm weiter zu. Die Niederlage 1918 und die revolutionaere Erhebung verschuettete die chauvinistische Rassenideologie, soweit sie in den Mittelschichten vorhanden war, bis auf kleine Reste. Die Hitler, Rosenberg, Haushofer und Hess uebersahen diesen Umstand nicht. Sie begnuegten sich deshalb nicht mit der Formulierung und Propagierung ihrer Rassentheorie, sondern bereiteten deren praktische Anwendung in der nazistischen Tagespolitik vor. Das Mittel dazu war die Gegeneuberstellung der sogenannten Arier und Nichtarier.

Das aus einem germanisch-slawisch-lateinischen Voelkergemisch zusammengesetzte deutsche Volk wurde von Hitler und seiner Anhaengergruppe als Arier bezeichnet, die slawischen Nachbarvoelker und insbesondere die Juden als Nichtarier.

Diese Einteilung der Menschen in Arier und Nichtarier war nichts anderes als Bauernfaengerei. Die Bezeichnung Arier oder Semit ist, wissenschaftlich betrachtet, eine Sprachenbezeichnung und hat mit einer Rassenbezeichnung nicht das geringste zu tun. Der beruehmte Anthropologe Amerikas, der verstorbene Professor Franz Boas, schrieb dazu: "Die meisten europaeischen und eine Anzahl asiatischer Sprachen, wie die armenische, persische und hindustanische werden arisch genannt, weil gewisse gemeinsame Zuege darauf hinweisen, dass einmal eine Sprache bestanden hat, die heute die arische genannt wird, und die ueber ganze Gebiete verbreitet war. . . In diesem Sinne ist jederman ein Arier, der eine arische Sprache spricht, mag er ein Schwede sein, ein amerikanischer Neger oder ein Hindu. Neben der arischen gibt es die semitische Sprachgruppe. Ein jeder, der eine semitische Sprache spricht, ist, gleichgueltig welche Hautfarbe er traegt, ein Semit. Mit anderen Worten Arier oder Semit ist eine sprachliche Bezeichnung und hat mit Rasse nichts zu tun." \*

Es gibt, biologisch betrachtet, weder eine arische noch eine germanische Rasse. In Wirklichkeit gibt es in Deutschland die verschiedensten lokalen Bevoelkerungstypen, wie das ein jeder leicht feststellen kann. Ebenso wenig existiert in Deutschland eine semitische Rasse; denn auch unter den semitischen Voelkern gibt es verschiedene Typen, die dem nordischen blond-, dem westlichen braun- und dem suedlichen schwarz-haarigen gleichen. Biologische Unterschiede zwischen deutschen und deutsch-juedischen Einwohnern waren deshalb kaum vorhanden. Die Vermischung mit europaeischen Typen, das jahrhundertelange Leben in dem genaessigten und noerdlichen Klima und den sich daraus erge-

\* Aus einem Artikel von Franz Boas im "American Mercury". (Uebersetzt aus dem Englischen.)

benden Bedingungen hatte diese Unterschiede, soweit sie fruher bestanden, aufgehoben. Soweit Besonderheiten im Aussehen noch vorhanden waren, resultierten sie aus einer erzwungenen oder freiwilligen Inzucht. Aehnliche Erscheinungen konnten uebrigens im deutschen Hochadel und bei vielen Fuerstenhausern festgestellt werden.

Aber gerade die allgemeine Assimilation der deutsch-juedischen Bevoelkerung, deren kulturelle und soziale Entwicklung waren fuer Hitler der Anreiz zur Entfaltung seiner antisemitischen Mordhetze; denn sie sicherten den nazistischen Obergangstern eine Reihe unmittelbarer Vorteile. Schon waehrend der "Kampfzeit" brachte die antisemitische Hetze der Nazis grossen materiellen Gewinn. Die Hoffnung auf eine spaetere Enteignung der Juden, also auf die Beseitigung dieser Konkurrenz und die Konfiszierung ihres Vermoegens genuegte, um viele Mittelstaendler zu veranlassen, groessere Spenden fuer den Kampffonds der Nazipartei zu geben. Aber nach der Machtuebernahme fuehrte das Bonzentum den Raub der juedischen Vermoegen zur eigenen Bereicherung durch, machte die Juden fuer alles verantwortlich, was irgendwie das Missfallen der Bevoelkerung erregt hatte, warf die Juden mit den Sozialisten und Kommunisten zusammen und brachte solcherart den Kampf gegen alle Feinde des Nazitums auf einen einheitlichen Nenner. Schliesslich stempelte man alle Gegner, die das Dritte Reich in den anderen Laendern hatte, zu Juden und jede gegnerische Nation wurde als "juedisch verseucht" bezeichnet, wodurch man die Schuld an dem unausbleiblichen Kriegsabenteuer im voraus von sich abwälzen wollte.

In Hitlers Doktrinen finden wir eine strikte Ablehnung des nationalstisch-religioesen Antisemitismus, auf den sich z. B. der Wiener Buergermeister, Dr. Karl Lueger und zwar aus Ruecksicht auf die vielen in der Donau-Monarchie zusammengefassten Nationalitaeten beschaenkt hatte. Hitler dekretierte die Juden als die niedrigste Menschenrasse ueberhaupt und beschuldigte sie, im Sinne Stoeckers fuer die Auswuechse des Kapitalismus verantwortlich zu sein. Er teilte dazu das Kapital in das sogenannte schaffende oder arische und in das sogenannte raffende oder juedische ein. Zugleich machte er die Juden fuer die stark anwachsende sozialistisch-kommunistische Bewegung verantwortlich und auch noch fuer die "opportunistische" Entartung der Sozialdemokratie und fuer die "bolschewistische" Radikalisierung der Kommunisten.

Der Hitlersche Antisemitismus verzichtete bewusst darauf, eine ernstzunehmende Begrueundung fuer seine gegen die Juden gerichteten Beschuldigungen zu finden. Je mehr Verleumdungen, Luegen und Widersinnigkeiten, umso besser. Der Nazismus rechnete mehr als irgend eine fruhere antisemitische Bewegung mit der geistigen Traegheit des deutschen Mittelstandes, der Bauern und zurueckgebliebener Arbeiter und war ueberzeugt, dass er mit den haarstraubenden Erfindungen und Sexualgeschichten der Zeitschrift "Stuermer" die beabsichtigten Wirkungen erzielen werde.

In seinem Buch "Mein Kampf" behauptete Hitler zum Beispiel: "Ueber den Weg der Aktie schiebt er — der Jude — sich in den Kreislauf der nationalen Produktion ein, macht diese zum kaeuflichen, besser wandelbaren Schacherobjekt und raubt damit den Betrieben die Grundlage einer persoelichen Besitzerschaft. Damit erst tritt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jene innere Entfremdung ein, die zur spaeteren politischen Klassenspaltung hinueberleitet. Endlich aber waechst die juedische Einflussnahme auf wirt-

schaftliche Belange ueber die Boerse nun unheimlich schnell an. Er wird zum Besitzer oder doch zum Kontrolleur der nationalen Arbeitskraft." \*

Nicht nur jeder Satz, sondern jedes Wort davon ist eine bewusste Luege oder Verdrehung. Die rapide Zunahme der Industrialisierung Deutschlands nach 1848, die sich als Wechselwirkung mit dem Ausbau der Eisenbahn, der Fluss- und Seeschifffahrt und der militaerischen Ruestungen ergab, erforderte immer gewaltigere Kapitalinvestitionen. Dazu genuegten nicht die Gelder aus den Profiten der vorhandenen Unternehmungen, sondern es musste auch auf die Ersparnisse und die Vermoegen der Einwohnerschaft Deutschlands und des Auslandes zurueckgegriffen werden. Den Besitzern der kapital-suchenden Unternehmungen war es natuerlich nicht moeglich, die mit der Beschaffung so grosser Summen verbundenen Finanztransaktionen selbst durchzufuehren. Sie benuetzten dazu ein geeignetes Bankinstitut. So kam es, dass in Zeiten der Hochkonjunktur die alten Privatbanken die mit der Kapitalsbeschaffung notwendige Arbeit nicht mehr bewaeltigen konnten und neue Banken entstanden.

So gruendete auf Veranlassung der Industriellen Gustav von Mewissen im Jahre 1849 den Schaffhauser Bankverein. Im Jahre 1851 erfolgte die Gruendung der Diskonto-Gesellschaft, im Jahre 1853 die der Darmstaedter Bank und im Jahre 1856 die der Berliner Handelsgesellschaft. Auch die mit dem deutsch-franzoesischen Krieg 1870/71 verbundene Hochkonjunktur war mit der Gruendung neuer Banken verbunden. Im Jahre 1870 entstand die Deutsche Bank und im Jahre 1872 die Dresdener Bank.

Die Aufnahme von Kapitalien durch einzelne private Unternehmungen in einer Hoehe, die das eigene Kapital nicht selten um das Vielfache ueberstieg, ebenso die Finanzierung des Aufbaues neuer Unternehmungen, die durch den Einzelkapitalisten nicht erfolgen konnte, fuehrte zur Bildung von Aktiengesellschaften. Der private Unternehmer konnte und wollte die alleinige Garantie fuer die aufgenommenen Kapitalien und fuer deren Verzinsung nicht uebernehmen. Die Geldgeber dagegen waren nicht geneigt, den privaten Unternehmungen ohne Sicherheitsleistung das Verfuegungsrecht ueber ihre Kapitalien zu ueberlassen. Ein Ausweg wurde in der Schaffung der Aktie gefunden; durch sie wurde dem Kaeufer der Aktie seine Teilhaberschaft an dem in Frage kommenden Unternehmen bestaetigt. Die Aktie, die in Deutschland in der Regel zu einem Nennwert von eintausend Mark herausgegeben wurde, berechnete den Inhaber zur Teilnahme am Gewinn; sie verpflichtete ihn aber auch zur Teilnahme an der Deckung eines eventuellen Verlustes.

Mit der Ausgabe von Aktien, die nichtverzinsliche Wertpapiere darstellten, verwandelte sich das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft. Die Generalversammlung der Aktionaere bestimmte auch am Ende des Geschaeftsjahres die Hoehe des Gewinnanteiles pro Aktie oder die Hoehe des Anteiles am Verlust. Nicht die Juden, sondern die Industriellen selbst waren es, die auf der Jagd nach Steigerung der Produktion und des Profites die Aktie schufen. Die Aktie blieb nicht immer in derselben Hand, sie war ein kaeufliches Wertpapier und wurde auf der Effektenboerse gehandelt; sie war demnach eine Ware, deren Preis — wie der Preis jeder anderen Ware auch — durch Angebot und Nachfrage bestimmt wurde. Handelte es sich um eine gute Aktie, das heisst, war das Unternehmen gut beschaeftigt und konnte ein hoher Gewinnanteil (Divi-

\* "Mein Kampf", Seite 344/345, Muenchen 1936.

dende) erwartet werden, so war in der Regel die Nachfrage nach ihr gross und ihr Kurs stieg. Handelte es sich nun um eine schlechte Aktie und war nur mit einer geringen oder gar keiner Dividende zu rechnen, dann war in der Regel die Nachfrage gering und ihr Kurs sank. Der Handel mit Aktien fand auf den Effektenboersen statt.

Das gesamte steuerpflichtige Vermoegen der besitzenden Klasse Deutschlands betrug im Jahre 1931 82 Milliarden Mark. Davon konnten 3 bis 5 Milliarden Mark als juedische Vermoegen gelten, von denen jedoch nur ein geringer Teil in Aktien angelegt waren. Wie die Juden mit ihrem relativ geringen Anteil an dem steuerpflichtigen Vermoegen des deutschen Buergetums und an dem 20 Milliarden betragenden Gesamt-Aktienbestand zum "Besitzer" oder zum "Kontrollleur der nationalen Arbeitskraft" werden sollten, wird immer ein Geheimnis der Nazis bleiben.

Ebenso luegnerisch war die Behauptung, "der Jude habe den Betrieben die Grundlagen einer persoenlichen Besitzerschaft geraubt und damit die innere Entfremdung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigefuehrt, die zu der spaeteren politischen Klassenspaltung hinuebergeleitet habe." Im kapitalistischen Deutschland gab es keine nationale, sondern nur eine private Produktion von Waren verschiedener Art. Die Addition der in den einzelnen Betrieben produzierten Menge einer bestimmten Ware ergab deren Gesamtproduktion. Niemand konnte sich "auf dem Umweg ueber die Aktie in die nationale Produktion einschleichen". Es war aber fuer Kapitalshyaenen wie Thyssen, Krupp, Kirdorf, Flick, Stinnes, Siemens, Duisberg und andere moeglich, sich durch die von ihnen beherrschte Kapitalmacht das Monopol der Produktion einzelner Warensorten, wie Eisen, Stahl, Kohle, Zement, Salpeter anzueignen und die Preise fuer diese Produkte zu diktieren. Natuerlich hatten auch einige juedische Kapitalisten an den so erzielten Uebergewinnen ihren Anteil. Aber der Loewenanteil davon floss in die Kassen der protestantischen und katholischen, der grossbuergerlichen und junkerlichen Industrieherrn, die ueber die entscheidende Kapitalmacht verfuegten.

Die "Klassenscheidung" zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war eingetreten, als Land und Produktionsmittel sich aus Gemeineigentum in Privateigentum verwandelten, und eine besitzende und eine besitzlose Klasse entstand. Die Klassenspaltung der einzelnen Voelker datiert infolgedessen Jahrtausende zurueck. Sie bestand im Altertum, im Mittelalter und in der Neuzeit. In all diesen Epochen hat es Klassenkaempfe gegeben. Karl Marx stellte fest, dass die Geschichte der Menschheit in Wirklichkeit die Geschichte eben dieser Klassenkaempfe ist. Es ist eine dilettantische, kindische oder dumme Behauptung, dass die Klassenspaltung erst mit der Einfuehrung der Aktie erfolgte und das Werk der Juden sei. Die Juden sind nur, so weit sie der besitzenden Klasse angehoeerten, nicht mehr und nicht weniger als alle anderen Beherrscher des Grund und Bodens und der Produktionsmittel, fuer die Klassenspaltung der Voelker mitverantwortlich.

Hitler behauptete weiter, die Drueckebergerei sei im ersten Weltkriege auf Seiten der Juden besonders gross gewesen. Er schrieb: "Die Kanzleien waren von Juden besetzt. Fast jeder Schreiber ein Jude und jeder Jude ein Schreiber." \* Die Deutschen juedischer Herkunft waren, wie alle anderen Buerger des Landes, dem Gesetz ueber die Allgemeine Wehrpflicht unterworfen. Auch sie

\* "Mein Kampf", Seite 211, Muenchen 1936.

wurden zum Kriegsdienst ausgehoben, eingezogen, ausgebildet und an die Front geschickt. Natuerlich versuchte eine Anzahl, so wie jedermann, statt des Dienstes an der Front, einen Dienst in der Etappe oder im Hinterland zu finden. Aber gerade die Juden hatten dabei besondere Schwierigkeiten zu ueberwinden, weil nicht wenige Offiziere und Unteroffiziere der Ersatzabteilungen antisemitisch verseucht waren und sich ein besonderes Vergnuegen daraus machten, juedische Soldaten in Anwaerter auf den "Heldentod" zu verwandeln. Die Zahl der juedischen Drueckeberger stieg deshalb niemals ueber den allgemeinen Durchschnitt der Drueckeberger. Die Zahl der Gefallenen an Deutschen juedischen Glaubens entsprach, gemessen an der Gesamtzahl der Wehrpflichtigen, denen der Deutschen christlichen Glaubens.

Hitler setzte seine hemmungslosen Verleumdungen fort. "Noch schlimmer lagen die Dinge bei der Wirtschaft" schrieb er. "Hier war das juedische Volk tatsaechlich unabkoemlich geworden. Die Spinne begann, dem Volke langsam das Blut aus den Poren zu saugen. Auf dem Umwege ueber die Kriegsgesellschaften hatte man das Instrument gefunden, um der nationalen und freien Wirtschaft nach und nach den Garaus zu machen. Es wurde die Notwendigkeit einer schrankenlosen Zentralisation betont. So befand sich tatsaechlich schon im Jahre 1916/17 fast die gesamte Produktion unter der Kontrolle des Finanzjudentums." \*

Wie aber verhielt es sich wirklich mit den Kriegsgesellschaften des ersten Weltkrieges? Nach Ausbruch des Krieges legte der Direktor der Allgemeinen Elektrizitaets-Gesellschaft Berlin, Walter Rathenau, dem Preussischen Kriegsminister einen Plan zur Verwaltung der Rohmaterialien vor und wurde daraufhin zum Chef der Kriegsrohstoffabteilung ernannt. Rathenau, der bekanntlich juedischer Herkunft war, ergriff nunmehr die Initiative zur Schaffung der sogenannten Kriegsgesellschaften. Die Kriegsgesellschaften waren entweder Aktien- oder private Firmen mit beschraenkter Haftung und hatten den Auftrag, als Treuhaender der Regierung bei der Verwaltung des beschlagnahmten Rohmaterials zu fungieren. Diese Gesellschaften bestanden aus Vertretern der Regierung, aus Vertretern der ehemaligen Rohstoffbesitzer und aus den zukuenftigen Rohstoffabnehmern. Mit dem zunehmenden Mangel an Rohmaterialien entwickelten sich die Kriegsgesellschaften mehr und mehr zu staatlichen Beschaffungs- und Verteilungsagenturen.

Richtig war nur, dass der "Jude Rathenau" die Initiative zur Gruendung der Kriegsgesellschaften ergriff. Aber weder die Vertreter der Regierung, noch die ehemaligen Besitzer und die spaeteren Kaeufer der Rohstoffe, die in den Kriegsgesellschaften sassen, waren in groesserer Zahl juedischer Herkunft, weil ganz wenige deutsch-juedische Grosskapitalisten entscheidende Kriegsrohstoffe kontrollierten. Kohle, Koks, Eisen, Stahl, Zement, Steine, Holz, Chemikalien, Wolle, Baumwolle usw. befanden sich in den Haenden der grossen "arischen" Kapitalisten. Es waren infolgedessen die fuehrenden deutschen Monopolherren, die in den Kriegsgesellschaften schalteten und walteten, mit den Regierungsvertretern gemeinsame Sache machten, die ueberhohen Preise fuer die beschlagnahmten Rohstoffe festsetzten und sich gewaltige Gewinne sicherten. Es waren auch vornehmlich die Soehne und Schwiegersoehne dieser Kreise, die auf Grund hoher Protektion in den Kriegsgesellschaften als unentbehrlich beschaeftigt wurden. Die Zahl der beschaeftigten Juden war ausserordentlich gering.

\* "Mein Kampf", Seite 212 und 622, Muenchen 1936.



Die schrankenlose Zentralisierung der Rohstoffverteilung wurde, wie es im zweiten Weltkrieg viel totaler Hitler betrieb, von den Rohstoff-Monopolisten und von der Generalitaet gefordert. Von den Ersteren, um jede Konkurrenz auszuschalten und hohe Ueberprofite durch Monopolpreise zu machen, von der Letzteren, um die Rohstoffe den fuer die Kriegsproduktion wichtigsten Betrieben und Gesellschaften zu sichern. Auch unter den Generalen gab es Leute, die an Monopolpreisen interessiert waren. Die juedischen Industriellen waren als Besitzer kleinerer oder mittlerer Betriebe der Fertigungsindustrie an einer Dezentralisierung der Rohstoffverwaltung interessiert, die ihnen die Rohstoffbeschaffung erleichtert haette.

Es ist deshalb gaenzlich unsinnig wenn Hitler behauptet, die Gesamtproduktion haette sich 1916/17 unter Kontrolle des "Finanz-Judentums" befunden. Sie befand sich im ersten genau wie im zweiten Weltkrieg unter der Kontrolle der fuer den Raubkrieg hauptverantwortlichen Monopolisten und Imperialisten, das heisst, unter der Kontrolle der Kohlenbarone, Stahlkoenige und Chemiefuersten. Die riesigen Kriegsprofite, die diese Herren einsteckten, ihre egoistischen pan-germanistischen Eroberungsziele, die durch sie verursachten unerhoerten Opfer und Kriegslasten entfesselten den Unwillen der getauschten und ausgehungerten Volksmassen und wurden zur objektiven Ursache der Umwaelzung von 1918.

#### DER ANTISEMITISMUS ALS WERKZEUG DER NAZISTISCHEN AUSSENPOLITIK

Das Besondere an dem nazistischen Antisemitismus war, dass Hitler und seine Gangsterbande ihn auch als Waffe auf dem internationalen Kampffeld benuetzten. Mit ihm sollten die einzelnen Nationen innerlich gespalten und zermuerbt und in ihnen Fuenfte Kolonnen zur Foerderung der Ziele des deutschen Imperialismus gebildet werden. Ganze Nationen sollten den Volksmassen in Deutschland und in anderen Laendern als im Dienste der sogenannten "Goldenen Internationale des Judentums" hingestellt und als Todfeinde Deutschlands verleumdet werden. Dabei wurden wohlbedacht die "juedische Weltfinanz und der Kommunismus" in einen Topf geworfen. Der Kommunismus wurde als die "marxistische Kampftruppe des internationalen juedischen Boerssenkapitals" bezeichnet, die dem deutschen Nationalstaat endgueltig das Rueckgrat brechen wolle. Hitler stahl diese Idee dem hetzerischen Machwerk "Die Weisen von Zion" und log hinzu, die juedische Weltfinanz wolle Deutschland bolschewisieren, um die deutsche Arbeiterschaft im Interesse der juedischen Welteroberungsplaene auszupressen.

Seinen internationalen Antisemitismus fasste Hitler in folgenden Saetzen zusammen: "So ist der Jude heute der grosse Hetzer zur restlosen Zerstoeerung Deutschlands. Wo immer wir in der Welt Angriffe gegen Deutschland lesen, sind Juden ihre Fabrikanten, gleichwie, ja auch im Frieden und waehrend des Krieges die juedische Boerssen- und Marxistenpresse den Hass gegen Deutschland planmaessig schuerte, so lange, bis Staat um Staat die Neutralitaet aufgab und unter Verzicht auf die wahren Interessen der Voelker in den Dienst der Weltkriegscoalition eintrat." \*

\* "Mein Kampf", Seite 703, Muenchen 1936.

Die Rassentheorie und der Antisemitismus wurden zu dem alleinigen Zweck entwickelt, um die Vorbereitung des imperialistischen Weltkrieges zu foerdern. Das zeigte sich eindeutig in der nazistischen Stellungnahme zu den verschiedenen Nationen. Hitler, Rosenberg, Haushofer und Hess bezeichneten konsequent diejenigen Laender als bloss teilweise verjudet oder gar als "judenrein", deren Regierungen sie als ihre Verbuendete zu gewinnen hofften. Die anderen Laender dagegen — waren fast oder gaenzlich verjudet und von Juden beherrscht. Wie der Wiener Antisemit Lueger einst gesagt haben soll: "Wer a Jud ist, das bestimm' i'", so handelte nun Hitler, wobei er Luegers Anmassung auf ganze Voelker anwandte: "Welche Nation verjudet ist, das bestimme ich."

Das Programm der Aussenpolitik Hitlers sah vor, Italien und Japan als Verbuendete zu gewinnen, England von Frankreich zu isolieren und es den Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus gegenueber zu neutralisieren, um Frankreich und die Sowjetunion fuer den Raubueberfall sturmreif zu machen. Diese Plaene bestimmten zugleich das Ausmass der "Verjudung" dieser Laender. Ueber die Rolle der Juden in Italien schrieb Hitler: "In einem Staate kann die derzeitige Staatsgewalt als so fest stabilisiert angesehen werden und so unbedingt den Interessen des Landes dienend, dass von einer wirklich wirksamen Verhinderung politischer Notwendigkeiten durch internationale juedische Kraefte nicht mehr gesprochen werden kann. Der Kampf, den das faschistische Italien gegen die drei Hauptwaffen des Judentums durchfuehrt, ist das beste Anzeichen dafuer, dass, wenn auch auf indirektem Wege, dieser ueberstaatlichen Macht die Giftzaehne ausgebrochen werden." \* In Wirklichkeit aber gehoerte zu der Zeit, als "Mein Kampf" geschrieben wurde, ein italienisch-juedischer Monopolist, namens Toeplitz, zu den Hauptfinanziers der italienischen Schwarzhemden; er hatte auch die Errichtung der faschistischen Herrschaft Mussolinis entscheidend unterstuetzt. Aus diesem Grunde lehnte Mussolini jahrelang den Antisemitismus ab. Noch im Jahre 1932 erklarte er: "Antisemitismus gibt es in Italien nicht. Italiener juedischer Herkunft haben sich als gute Buerger erwiesen und tapfer im Krieg gekaempft." \*\* Erst, nachdem er sich mit Hitler verbuendete, Oesterreich ausgeliefert und sich dem Antikomintern-Pakt angeschlossen hatte, erliess Mussolini am 14. Dezember 1938, unter dem Einfluss der deutschen Nazis ein Rassengesetz, in dem die Italiener als "Arier" und die italienischen Juden als "nicht zur italienischen Rasse gehoerig" erklart wurden.

Von Japan behauptete Hitler in "Mein Kampf", dass es "judenrein" und deshalb der besonderen Feindschaft des juedischen "Weltsatrapen-Reiches" ausgesetzt sei. Was versteckte sich hinter dieser Behauptung? General Haushofer betrieb seit langem die Bildung eines deutsch-englisch-japanischen Blockes gegen Amerika und Russland. Im Jahre 1931 schrieb er ueber die Interessengemeinschaft Japans und Deutschlands: "Beide Laender... hatten weit grosseren Gefahren ins Auge zu sehen; vielleicht den grossten naechst dem Kernlande des britischen Reiches zur gleichen Zeit. Darin waere eine Moeglichkeit fuer die Aufstellung gewisser gemeinsamer Offenhaltung von Wegen zu nicht notwendig gegensaeztlichen Fernzielen gelegen, wie das britisch-japanische Buendnis, und die Versuche, es zu einem dreieckigen Verhaeltnis mit Deutschland

\* "Mein Kampf", Seite 721, Muenchen 1936.

\*\* Emil Ludwig "Gespraech mit Mussolini", Berlin 1932.

zu erweitern, bewiesen.“\* Hitler und Haushofer suchten mit ihrem Geplaer vom juedischen Traum einer Weltherrschaft den japanischen Monopolisten Angst einzujagen, sie an die Seite des deutschen Imperialismus zu ziehen — und das gelang in einer Weise, dass Japan seine wirtschaftliche Weltgeltung verlor.

In England, so behaupteten Hitler, Rosenberg, Haushofer und Hess, sei der Zwiespalt zwischen den Anschauungen der “besseren bodenstaendigen Staatskunst” und dem “Wollen des juedischen Weltboersentums” klar geworden, ja manchmal springe er sofort krass in die Augen. Noch immer diktierte der Jude fast unbeschraenkt in England auf dem “Umwege ueber die oeffentliche Meinung”. Waehrend sich z.B. die britische Staatsleitung nicht entschliessen wollte, den Bund mit dem asiatischen Partner zu lockern, sei die gesamte britische Presse diesem Bunde in den Ruecken gefallen. So wie die Vernichtung Deutschlands im ersten Weltkrieg nicht englisches, sondern juedisches Interesse gewesen sei, genau so sei nun eine Vernichtung Japans weniger britisches Staatsinteresse, sondern juedisches Welteroberungsinteresse geworden.

Mit Leichtigkeit war herauszufinden, dass Hitler mit der Bezeichnung “englische Staatskunst”, “englische Interessen” usw. in Wirklichkeit die Interessen der reaktionaeren, pro-germanischen und pro-japanischen Kreise der englischen Gesellschaft meinte, deren Interessen mit denen des Nazismus parallel liefen. Mit dem “juedischen Welteroberungsinteresse”, das von England ausgehe, bezeichnete Hitler die fortschrittlichen Interessen der liberalen Teile des englischen Buerkertums und der Arbeiterklasse, die sich gegen das Liebaeugetn reaktionaerer Regierungskreise mit der deutschen und der japanischen Reaktion wandten.

Frankreich war eines der grossen Laender, das nach Hitlers Kriegsplaenen mit als erstes niedergeworfen und ausgepluendert werden sollte. Diesen Angriff vorbereitend, wurde es von Hitler als gaenzlich verjudet und vernegert und als “unter Kontrolle der Juden” stehend bezeichnet. Schuld an diesem Zustand seien — wer denn sonst? — die Juden. “Nur in Frankreich” — schrieb Hitler — “besteht heute, mehr denn je eine innere Uebereinstimmung zwischen den Absichten der Boerse, der sie tragenden Juden und den Wuenschen einer chauvinistisch eingestellten nationalen Staatskunst... Dieses an sich immer mehr der Vernegerung anheimfallende Volk bedeutet in seiner Bindung an die Ziele der juedischen Weltbeherrschung eine dauernde Gefahr fuer der Bestand der weissen Rasse Europas... Was Frankreich, angespornt durch eigene Rachsuecht, planmaessig gefuehrt durch den Juden, heute in Europa betreibt, ist eine Suende wider den Bestand der weissen Menschheit und wird auf dieses Volk dereinst alle Rachegeister eines Geschlechtes hetzen, das in der Rassenschande die Erbsuende der Menschheit erkannt hat. Fuer Deutschland jedoch bedeutet die franzoesische Gefahr die Verpflichtung, unter Zurueckstellung aller Gefuehlsmomente, dem die Hand zu reichen, der, ebenso bedroht wie wir, Frankreichs Herrschgelueste nicht erdulden und ertragen will.”\*\*

Das war deutlich genug, aber noch deutlicher wurde Hitler in seiner Stellung gegen die Sowjetunion, auf deren Kosten der deutsche Imperialismus seinen Expansionsdrang befriedigen wollte. Ueber die Rolle der Juden in Sowjet-russland hiess es in “Mein Kampf”: “Indem es (das Judentum) Russland dem Bolschewismus ueberantwortete, raubte es dem russischen Volke jene Intelli-

\* Dr. Karl Haushofer “Fernziele der Grossmaechte”, Muenchen 1931.

\*\* “Mein Kampf”, Seite 704 und 705, Muenchen 1936.

genz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeifuehrte und garantierte. Denn die Organisation eines russischen Staatsgebildes war ein wundervolles Beispiel fuer die staatenbildende Wirksamkeit des germanischen Elementes in einer minderwertigen Rasse... An seine Stelle ist der Jude getreten... Er selbst ist kein Element der Organisation, sondern ein Ferment der Dekomposition. Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Russland wird auch das Ende Russlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestaetigung fuer die Richtigkeit der voelkischen Rassentheorie sein wird. Die Mission der nationalsozialistischen Bewegung aber ist... in der emsigen Arbeit des deutschen Pfluges, dem das Schwert nur den Boden zu geben hat, sein Zukunftsziel zu sehen.”\*

Wie man sieht, konnte Hitler seine Kriegsabsichten gegen Russland mit den Verleumdungen unterbauen, welche die Presse bis zu der demokratischen und sozialdemokratischen so viele Jahre gegen die Sowjetunion und ihre Fuehrer, vor allem gegen Lenin, erhoben hat. Aber gerade die Sowjetunion, die an solche Beschimpfungen gewohnt war, erkannte den fuer alle Voelker Europas moerderischen und gefaehrlichen Charakter dieser Nazitheorien.

#### RASSISTISCHE METHODEN DES NAZIREGIMES ZUR CHAUVINISTISCHEN VERSEUCHUNG DES VOLKES

Nachdem Hitler die Macht in Deutschland an sich gerissen hatte, begann die Konkretisierung der Rassentheorie zur Staatsideologie und zur Verfassung. Diese “Verfassung” wurde nie schriftlich in Paragraphen niedergelegt oder in Gesetzesform veroeffentlicht. Nach der Darstellung nazistischer “Verfassungsrechtler” genuegte es, dass sie als “ungeschriebene, grundlegende Ordnung” bestand. Das entsprach natuerlich am besten der innen- und aussenpolitischen Zielsetzung des Verbrecherregimes; denn es sicherte ihm vollkommene Handlungsfreiheit. Das Volk aber wurde in eine ebenso vollkommene Rechtlosigkeit gestuerzt.

Die rassistische Staatstheorie des Nazismus war, wie wir wiederholt betont haben, die Ideologie des deutschen Imperialismus fuer den totalen Krieg, zur Ausrottung ganzer Voelker und zur Besiedlung ihrer Laender mit Deutschen. Diese Staatstheorie ging aus von der Erklaerung “Rasse und Volk gehoeren zusammen”. Das Volk ist der Raum, in dem die Rasse ihre Staerke entfalten kann und die Rasse gibt dem Volk seinen besonderen Charakter. Die Erziehung im Sinne der Einheit von Rasse und Volk entwickelt eine Lebensform, in der die Rasseneinheit durch die Totalitaet des Volkes erhalten wird. Mit anderen Worten: die Erziehung im Sinne der Einheit von Rasse und Volk ueberwindet die Klassenspaltung und fuehrt zum Volkstum oder zur Volksgemeinschaft. Die Ueberwindung der Klassenspaltung aber hatte nach der Ansicht der Nazis zur Voraussetzung: erstens die Ausrottung der marxistischen Ideologie in einem Masse, dass selbst der Name Marx binnen zehn Jahren nur noch den Historikern bekannt sein sollte und zweitens, Ausrottung der buergerlich-liberalen Weltanschauung und aller auf ihr basierenden Einrichtungen.

Die nazistische Staatstheorie besagte, die Rasse ist die natuerliche Grund-

\* “Mein Kampf”, Seite 742/743, Muenchen 1936.

lage des Volkes. Das deutsche Volk ist eine geschlossene Gemeinschaft, fuer die es aber keine nationale Grenze gibt. Es hat durch die Bildung eines nationalen Staates seine Moeglichkeiten nicht ausgeschoefft, sondern es muss als Herrenvolk seine Mission erfuellen. Hitler formulierte diese raeuberische Zielsetzung wie folgt: "Deutschland wird entweder Weltmacht oder ueberhaupt nicht sein. Zur Weltmacht aber braucht es eine Groesse, die ihm in der heutigen Zeit die notwendige Bedeutung und seinen Buergern das Leben gibt."\* Damit dekretierte Hitler den raeuberischen Charakter des deutschen Imperialismus als die Charaktereigenschaft des deutschen Volkes. Damit ernannte er die Expansionspolitik der Monopolisten zur Politik des deutschen Volkes und dieses selbst zum Herrenvolk. Damit wurde das deutsche Volk zugleich gewaltsam in eine Einheit mit dem nazistischen Terrorstaat gepresst, der sich zum Raubkrieg vorbereitete.

Aber die nazistische Staatstheorie vermied es, das "politische Volk", das angeblich mit dem Staat eine untrennbare Einheit bildete, nun auch an der Entscheidung ueber alle lebenswichtigen Fragen des Staates teilnehmen zu lassen. Zu genau wussten die Bonzen, dass ein Mitbestimmungsrecht des Volkes das Ende ihrer Herrlichkeit eingeleitet haette. Deshalb verfuegten sie: das politische Volk koenne niemals als Ganzes politisch aktiv sein, wenn es auch, zusammen mit dem Staat, eine untrennbare Einheit bilde. Es sei falsch zu behaupten, Volk und Staat seien dasselbe. Das Volk duerfe nur durch diejenigen politisch aktiv werden, die seinen Willen verkoerpern. Das aber seien der nationalsozialistische Staat und die nationalsozialistische Partei, die ebenfalls ein untrennbares Ganzes bilden. Der "Fuehrer" Hitler sei der Staat, er sei die Partei, und er sei der Repraesentant des Volkswillens. Das mache ihn vollstaendig unabhnaengig in seinen Entscheidungen. Er sei nur "an die in der Natur des Volkes und der Rasse verankernden Gesetze gebunden". Alle seine Beauftragten seien nur ihm, oder seinen Vertretern verantwortlich.

Der Nazi Friedrich Alfred Beck philosophierte ueber diese totalitaere Staatsidee: "Diese Totalitaetsidee muss radikal von der liberalistischen Auffassung von der Masse unterschieden werden. Nach der liberalen Auslegung besteht das Ganze aus einer Summe von Teilen. Nach der nationalsozialistisch-organischen Auffassung kommt das Ganze zuerst und dann kommen die Teile. Das Ganze entsteht nicht aus Teilen, sondern ist in den Teilen selbst enthalten. Alle Teile sind mikroskopische Formen des Ganzen."\*\*

Was sollte mit diesem mystischen Gewaesch gesagt werden? Alles Recht und alle Macht gehen auf die Nazis an der Krippe ueber, sie handeln als die Beauftragten der Monopolisten und Feudalisten. Das Volk hat sich ihnen unterzuordnen, hat kein Recht, ueber sein Schicksal selbst mit zu entscheiden.

Aus dieser Auffassung vom totalen Staat leitete der Nazismus zugleich seine Auffassung darueber ab, wer Buerger dieses Staates sein koenne. Nach dem Buergerchafts-Gesetz vom 15. September 1935 konnte nur ein Mitglied der Volksgemeinschaft, die als identisch mit der Nation erklart wurde, deutscher Staatsbuerger sein. Als Mitglied der Volksgemeinschaft wurde nur derjenige anerkannt, der "deutschen Blutes" war, wobei Nachkommen aus Mischehen zwischen Deutschen mit Slawen oder Lateinern als "von deutschem Blute" anerkannt wurden. Die genannten Voelker selbst aber blieben dessen

\* "Mein Kampf", Seite 472, Muenchen 1936.

\*\* Friedrich Alfred Beck "Die Erziehung im Dritten Reich", 1936.

ungeachtet, weiter zur "niedereren Rasse gehoerig". Juden oder Nachkommen aus Mischehen zwischen Juden und Deutschen wurden nicht als deutsche Staatsbuerger anerkannt.

Es waere ein Irrtum zu glauben, solche Massnahmen seien jeweiligen Launen dieser Gangster entsprungen und deshalb gaenzlich unberechenbar gewesen. Sie wurden ueberlegt und zielbewusst durchgefuehrt. Der Rassismus der Nazis diente nicht mehr bloss zur Ablenkung betrogener Volksmassen, sondern er war zugleich das Mittel zur Stuetzung der hoechsten Machthaber, zur materiellen Korruption der mittleren und unteren Nazifunktionaere und zur ideologischen Vorbereitung des Raubkrieges. Jeder rassistisch-antisemitische Vorstoss erfolgte deshalb nach jeweiliger kaltbluetiger Abwaegung des Fuer und Wider, nach genauer Berechnung des zu erzielenden Ergebnisses zur gegebenen Zeit. Deshalb erfolgte er nach genauer Ausarbeitung der jeweils anzuwendenden Methoden, die sich von der Schmaehung und Demuetigung bis zur blutigen Terrorisierung und Ausrottung der juedischen Bevoelkerung entwickelte.

Nicht selten wird die Anschauung vertreten, der Naziterror gegen die Juden entspringe der ureigenen Natur des Nazismus. Der Hass gegen die Juden sei Hitler angeboren, er sei sein eigenes Ich und deshalb entlade er sich mit solcher Heftigkeit und Grausamkeit. Es sei kein Zweifel, dass in dem Hass der Nazis gegen die Juden etwas Pathologisches, Krankhaftes stecke. In zahlreichen Faellen druecke sich das in Handlungen aus, die jeglicher Logik entbehren.

In Wirklichkeit aber entsprang der nazistische Rassenhass keineswegs dem Wahnsinn, sondern einer kalten Ueberlegung. Die stufenweise Verschaeferung des Terrors bis zur Massenabschlachtung in Uebereinstimmung mit der Verwirklichung ganz bestimmter politischer Ziele bewies das.

Auch hoert man oft die These, die Monopolherren, die Junker, der Generalstab haetten Hitler nicht aus antisemitischen Motiven heraus protegiert. Aber gerade das Gegenteil ist zutreffend; denn war nicht der Kern aller nazistischen Theorien der Rassismus und Antisemitismus? Wies er nicht den Weg zur Errichtung der totalen Staatsmacht, zur Vorbereitung des totalen Krieges und zur Ausrottung aller Gegner, die sich dem Faustrecht entgegenstellten? Durch den Rassismus und Antisemitismus wurde Hunderttausenden eingeeimpft, den Massenmord freudig durchzufuehren. Doch die Erziehung zum Massenmord konnte nicht allein durch das Wort erreicht werden. Taegliche Einpaukung von Theorie und Praxis war erforderlich, um den Nazijuenglingen die herrenmenschliche Arroganz, die Verachtung des Mitmenschen, die terroristische Grausamkeit, die kaltbluetige Mordbereitschaft beizubringen. Dieser praktischen Erziehung zur Herzlosigkeit, Unmenschlichkeit, Grausamkeit und zur Mordbereitschaft dienten die kaltbluetigen Folterungen und Mordtaten an wehrlosen politischen Gegnern und Juden.

Der erste grosse antisemitische Ausbruch erfolgte 1933. Er richtete sich vorwiegend gegen die zu "Untermenschen" erklarten kommunistischen und sozialistischen Arbeiter, gegen antinazistische Partei- und Gewerkschaftsfunktionaere und gegen juedische Persoenlichkeiten. Den SA-Banden wurde damals fuer kurze Zeit freie Hand gegen juedische Geschaeftsleute gegeben; durch die Pogrommassnahmen gegen die letzteren sollte den Massen des Mittelstandes vorgetauescht werden, die sozialen Teile des nazistischen Parteiprogrammes wuerden nun durchgefuehrt.

Die ersten rassistischen Gesetze und Verordnungen beschränkten sich im wesentlichen auf das Folgende: April 1933: Rücktrittszwang für alle nicht-arisches Staats- und Gemeindebeamten und Entlassung aller nicht-arisches Personen, die ein Ehrenamt in Staat oder Gemeinde ausübten. Juni 1933: Verbot des gemeinsamen Praktizierens arischer und nicht-arischer Aerzte. September 1933: Verbot der Taetigkeit als Landwirte, Viehzuechter etc. fuer Nichtarier. Oktober 1933: Verbot der Taetigkeit als Redakteure und Journalisten fuer Nichtarier. Maerz 1934: Verbot fuer Nichtarier, der Reichskulturkammer anzugehoeren. Durch diese Verordnungen verloren unter anderem zirka 280 Richter und Staatsanwaelte, 750 Theaterdirektoren und Schauspieler, 900 Notare, 800 Redakteure und Journalisten, 500 Professoren und Lehrer ihre Existenz. Im uebrigen blieb das Eigentum der juedischen Bevoelkerung, ihre Betriebe und Gewerbe damals noch unangetastet. Gemessen an den spaeteren Verbrechen, war das Vorgehen gegen die juedische Bevoelkerung zu jener Zeit noch zurueckhaltend.

Das zogernde Vorgehen der nazistischen Gangster hatte eine Anzahl sehr wichtiger Gruende: Der erste gewaltsame Ausbruch des Antisemitismus und die uebrigen nazistischen Verbrechen hatten zu einer internationalen antinazistischen Boykottbewegung gefuehrt, die dem Dritten Reich politisch und wirtschaftlich grossen Schaden zufuegte. Zudem erwuchs der rassistischen Politik ein Gegner in der katholischen und protestantischen Kirche. Beide Konfessionen waren nicht nur in den breiten Volksmassen, sondern auch in den oberen Schichten des Reiches verwurzelt. Sie waren auf der Liebe zur Menschheit aufgebaut und ihnen zufolge gehoerten alle Menschen zu ein- und derselben grossen Familie. Die christlichen Konfessionen verneinten die Luegen von einem Bestehen hoher und niederer Rassen, und dass sich die geistigen und moralischen Qualitaeten aus Blutbeziehungen ergaeben. Jeder Religion widerspricht eine Forderung, die "Reinheit des Blutes zu bewahren", widerspricht die Auffassung, dass der Mensch nur fuer den Staat und durch den Staat existiere.

In Deutschland war die antinazistische Opposition zwar gespalten, aber noch immer stark. Zudem war die Hitlerherrschaft noch nicht gefestigt. In den Reihen der SA befanden sich viele, die zwar der Demagogie Hitlers zum Opfer gefallen waren, aber andere Ideale hegten, als ihre Vorgesetzten. Fuer Hitler war infolgedessen das Dringlichste, erst diese Gegner zu schlagen. Er erledigte auch sie in der "Bartholomaeusnacht" des 30. Juni 1934.

Aber auch die aussenpolitische Schwenkung, die Hitler im ersten Jahre seiner Macht vollzog, zwang ihn, bei der Durchfuehrung seiner imperialistischen Rassentheorie Zurueckhaltung zu ueben. Nazideutschland, das 1933 noch nicht in der Lage war, einen Krieg zu fuehren, suchte durch die Organisierung der Fuenften Kolonne in den oestlichen und suedoestlichen Laendern, sowie durch ein Militaerbuendnis mit Polen und Japan, einen unmittelbaren Ueberfall auf die Sowjetunion vorzubereiten. Hitler machte deshalb Annaeherungsversuche an Frankreich, von dessen "Staatsinteresse" er gesagt hatte, dass es mit den juedischen Weltmachtsplaenen uebereinstimme. Er suchte ferner, ernstere Verwicklungen mit dem faschistischen Italien zu vermeiden.

Trotz dieser Hemmnisse nahm die Verfolgung der deutsch-juedischen Bevoelkerung jedoch staendig zu. Eine neue offene antisemitische Welle setzte 1935 ein, als das Gesetz zur Wiedereinfuehrung der Allgemeinen Wehrpflicht bekanntgegeben wurde. Aussenpolitisch hatten sich Hitlers Plaene gegen die

Sowjetunion nicht realisieren lassen. Von Hitlers Standpunkt aus war nun ein Kurztreten in der Rassenfrage nicht mehr notwendig, im Gegenteil, die bevorstehende militaerische Aggression machte eine verschaeufte antisemitische Hetze erforderlich. Als erste Opfer waren Oesterreich, die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausersehen, das heisst Laender mit starker juedischer Bevoelkerung. Um diese fuer die Unterjochung reif zu machen, mussten ihre Voelker gegen die Juden gehetzt werden.

Als Vorbereitung dafuer wurde von nun ab die deutsch-juedische Bevoelkerung durch sogenannte "gesetzliche" Massnahmen mit jedem Monat mehr in Freiwild verwandelt. Bald wurde sie ueberhaupt ausserhalb Gesetz und Recht gestellt.

Das Gesetz zur Wiedereinfuehrung der Allgemeinen Wehrpflicht vom Maerz 1935 verbot aktiven Heeresangehoerigen die Ehe mit Personen "nichtarischer" Herkunft. Der Militaerdienst von "Nichtariern" im Kriege sollte durch besondere Bestimmungen geregelt werden. Das Gesetz ueber die Einfuehrung der Arbeitsdienstpflicht vom Juni 1935 bestimmte, dass "Nicht-Arier" vom Reichs-Arbeitsdienst auszuschliessen seien. Das "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom August 1935 verbot die Ehe zwischen sogenannten Ariern und Nicht-Ariern ueberhaupt und bezeichnete solche Bindungen als "Rassenschande". Das Reichsbuerger-Gesetz vom 15. September 1935 sprach den Deutschen juedischer Herkunft schliesslich die deutsche Staatsbuergerschaft ab. Im Juli 1937 wurde ein Gesetz erlassen, das die nicht zum Heeresdienst Zugelassenen mit einer besonderen Steuer belegte. Im Juli 1938 wurde bestimmt, dass alle Deutschen juedischer Herkunft den zusaetlichen Namen "Israel" oder "Sarah" zu tragen haben.

Ende 1937 entschloss sich Hitler nach dieser "rassistischen Vorbereitung" zum Ueberfall auf Oesterreich und auf die Tschechoslowakei. Zu diesem Zwecke nahm er die Umstellungen in der Heeresleitung, im Aussenministerium und im Wirtschaftsministerium vor. Im Dezember 1937 ordnete Goering als geschaeftsfuehrender Reichswirtschaftsminister die anti-juedische Sauberungsaktion in der deutschen Wirtschaft an, die bis zum 31. Maerz 1938 beendet werden sollte. Zugleich wurden von nazistischen Parteiorganisationen neue pogromartige Boykottaktionen gegen deutsch-juedische Geschaeftsleute eingeleitet. Ausserdem wurden Tausende von Kundgebungen veranstaltet, anti-juedische und anti-bolschewistische Ausstellungen organisiert und die antisemitische Literatur ausserordentlich vermehrt. Diese Massnahmen hatten den Zweck, den hinter dem nazistischen Regime stehenden Grossindustriellen die Moeglichkeit zur Aneignung der juedischen Vermoegen zu geben, den Goering-Konzern auszubauen, nazistische Mittelstaendler durch Bestechung mit geraubtem juedischen Eigentum fester an die Bewegung und deren imperialistische Ziele zu binden, die Massen der eigenen Anhaenger angesichts des nahenden Krieges noch staerker chauvinistisch aufzupeitschen und sie an Gewalt und Mord zu gewoehnen.

Als unmittelbare Begrueundung fuer die Boykotte wurden die unsinnigsten Argumente benuetzt. Zum Beispiel ordnete der nazistische Gangster Julius Streicher Weihnachten 1937 den Boykott juedischer Geschaefte an, weil angeblich ein Bukarester juedisches Blatt gegen den dortigen nazistischen Gauleiter Drohungen ausgestossen und auf die Tatsache hingewiesen hatte, dass es in Rumaenien viele Firmen gaebe, die deutsche Waren und unter anderem auch Nuernberger Spielwaren, bezogen. Streicher erblickte darin eine gegen die

deutsche Volkswirtschaft gerichtete Drohung und eine gegen die Nazi-Partei unternommene Erpressung. Nur eine Antwort koennte es nach Streichers Ansicht darauf geben: Kein Deutscher kaufe bei Juden. Tausende nazistischer Elemente wurden mobilisiert, um das Weihnachtsgeschaeft der juedischen Ladenbesitzer im Gau Nordbayern zu vernichten.

Als sich aber im Verlaufe der Besetzung Oesterreichs und des Sudetengebietes zeigte, dass die Kriegsfurcht der deutschen Volksmassen grosser war als ihre Kriegsbegeisterung, und dass sich sogar Widerstand gegen Hitlers Kriegspolitik entwickelte, hielten die nazistischen Banditen die Zeit fuer gekommen, regelrechte Judenpogrome zu entfesseln. Damit sollten die Zersetzungserscheinungen zurueckgedraengt und die "Arisierung" des noch vorhandenen juedischen Besitzes erfolgen. Der Pogrom setzte ein am 10. November 1938 nach der Erschiessung des deutschen Botschaftssekretaers in Paris Rath durch einen jungen Mann, namens Grynspan. Der Pogrom forderte grosse Opfer an Toten, Verwundeten und Verhafteten. Vom 1. Januar 1939 an war es den Juden endgueltig verboten, in Deutschland irgendwelche wirtschaftliche Taetigkeit auszuueben.

#### DER ANTISEMITISMUS IN DER SCHULE UND IN DER PROPAGANDA

Die rassistische Volksverhetzung erfolgte nicht nur durch antijuedische Gesetze, Gewaltmassnahmen und Pogrome, sondern auch durch die Umstellung des gesamten Erziehungs- und Propagandawesens. Von der rassistischen Erziehung und Propaganda wurden alle Altersklassen und alle Schichten der Bevoelkerung erfasst. Alle rassistischen Argumente wurden so gewaehlt, um die niedrigsten Instinkte im Menschen, wie Neid, Habsucht und Herrschsucht aufzustacheln und die schlechtesten Eigenschaften zu entfalten. Schon in "Mein Kampf" formulierte Hitler fuer diese Verfuhrung der Kinder und Jugendlichen die folgenden Richtlinien: "Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des voelkischen Staates muss ihre Kroenung darin finden, dass sie den Rasse-sinn und das Rassegefuehl instinkt- und verstandesmaessig ins Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrennt. Es soll kein Knabe und kein Maedchen die Schule verlassen, ohne zur letzten Erkenntnis ueber die Notwendigkeit und das Wesen der Blutreinheit gefuehrt worden zu sein... Der voelkische Staat wird dafuer sorgen muessen, durch eine passende Erziehung der Jugend... das fuer die letzten und grossten Entscheidungen auf diesem Erdball reife Geschlecht zu erhalten."\*

Hitlers Richtlinien schreiben dann weiter vor, dass erst der Koerper, dann der Charakter, die Willens- und Entschlusskraft und zuletzt erst die wissenschaftlichen Kenntnisse entwickelt werden sollen. Was damit gemeint war, wurde deutlich ausgesprochen: "Dabei kann diese Erziehung in grossen Zuegen schon die Vorbildung fuer den spaeteren Heeresdienst sein."\*\*

Die nazistische Bewegung war also entschlossen, die junge Generation ihren verbrecherischen Zielen gefuegig zu machen, sie nie wieder freizugeben. Schon in der Schule begann die rassistische Verhetzung. Dem "arischen" Kinde wurde eingeredet, dass es auf Grund seiner Rasse ueber dem "nicht-arischen" Kinde

\* "Mein Kampf", Seite 575/476, Muenchen 1936.

\*\* dto., Seite 459.

stehe, und dass ihm die Natur das Recht gegeben habe, sich hoch ueber das letztere zu erheben, sich Vorteile auf dessen Kosten zu verschaffen, es zu verhoehnen, zu quaelen und zu schlagen.

Die deutsch-juedische Bevoelkerung sollte nach dem Willen des Unterrichtsministers Wilhelm Rust und seines Komplizen Julius Streicher in allen Unterrichtsfaechern als abschreckendes Ungeheuer dargestellt werden. Im Jahre 1937 gab der Stadtschulrat Fritz Fink eine Broschuere heraus, zu welcher Streicher ein Vorwort verfasste. Darin heisst es: "Die Erkenntnisse in der Rassen- und Judenfrage muessen sich durch den Unterricht aller Altersstufen wie ein roter Faden hindurchziehen. Es gibt unter den Unterrichtsfaechern unserer Schulen keines, aus dem sich nicht fuer die Judenfrage wertvolle Erkenntnisse in ungeahnter Fuelle schoepfen liessen... Es wird aus den Reihen der Erzieher nun die Frage laut werden: Wie sollen wir unseren Schuelern den Juden darstellen? Darauf gibt es nur eine Antwort: "In seiner ganzen Ungeheuerlichkeit, Fuerchterlichkeit und Gefaehrlichkeit."\*

Der Paedagoge und Stadtschulrat Fink empfahl in seiner Broschuere die Anheftung von abschreckenden Wiedergaben juedischer Koepfe in den Schulaeumen, ferner die Einfuehrung eines "Juden-Merkheftes" fuer jedes Schulkind. In diesem Merkheft sollten die Kinder ihre Gedanken ueber die Juden schriftlich und bildlich eintragen. Im Sinne Rusts und Streichers wurde in den untersten Klassen der Schulen gelehrt: "Die Juden sind von Anfang an Moerder gewesen. Das einzige Ziel der Juden ist, die Arier zu betraegen und zu schaedigen, ihre Frauen zu vergewaltigen und ihr Blut zu beschmutzen."

Erfolg dieses "Unterrichtes" war, dass die nicht-juedischen Kinder vor juedischen teils Furcht und Schrecken empfanden, teils mit Blutdurst gegen sie erfuellt wurden, der in Ueberfaellen Halbwaechsigiger auf juedische Kinder und sogar auf juedische Erwachsene zum Durchbruch kam. In der Regel waren die Jugendlichen die aktivsten, niedertraechtigsten und sadistischsten bei der Durchfuehrung der von der Naziregierung angeordneten Pogrome.

Anfang 1935 setzte die Kampagne gegen die Zulassung juedischer Kinder zum Unterricht ein. Die "Frankfurter Zeitung" vom 18. Mai 1935 schrieb damals Saetze, die allem ins Gesicht schlugen, wofuer diese Zeitung einst jahrzehntelang eingetreten war: "Wenn juedischen Maedchen und Jungen ihre Plaetze in den Schulen gegeben werden, dann ist es keine Freude fuer deutsche Jungens und Maedchen, an deren Seite zu sitzen. Es kann sich sogar irgendwelche Kameradschaft aus dem Sitzen auf derselben Bank entwickeln. Nichts Gutes kann dabei herauskommen. Es ist deshalb das Beste, die juedischen Kinder in besonderen Baenken zu placieren."

Die nazistische Zeitschrift "Die Schule" (Jahrgang 1936) ging noch weiter. Sie schrieb: "Die Anwesenheit eines Juden in dem Klassenraum wirkt auf die anderen Schueler und den Lehrer wie ein aufreizender Fremdkoerper. Seine Anwesenheit ist eine direkte Obstruktion gegen die nazistische Erziehung und macht jede Harmonie zwischen Lehrer, Schueler und Aufgabe unmoeglich."

In den mittleren und hoeheren Klassen wurden — wie Streicher es wuenschte — Rassenhetze und Antisemitismus in alle Unterrichtsfaecher eingegliedert. Sie wurden verbunden mit Geschichtsfaelschungen, geopolitischer und militaristischer Verseuchung. Das Lehrbuch fuer Geschichte, das in den Schulen des Dritten Reiches Verwendung fand, enthielt unter anderem folgende Abschnitte:

\* Stadtschulrat Fink "Die Judenfrage im Unterricht", Nuernberg 1937.

Hakenkreuz, das Symbol des Fortschrittes. — Liberalismus ist Schwache und endet im Klassenkampf. — Kommunismus zerstört. — Nationalsozialismus ist stark, einigt das Volk und baut auf. — Die Bedrohung des Friedens durch Frankreich. — Die Einkreisung Deutschlands unter Führung des juedischen Bolschewismus. — Rassenreinheit sichert den Frieden.

Dazu kamen "Lehrstoffe", wie "Volksdeutsche in der Tschechoslowakei, in Rumaenien, Polen und in der Sowjetunion, die in das Reich zurueckgefuehrt werden muessten". "Was zu Gross-Deutschland gehoert: Oesterreich, Elsass-Lothringen, Flandern, Holland, polnische Gebiete, das Sudetenland, die Schweiz." "Armeegeschichte: Die Armeeorganisation von heute. Die Grundlagen der militaerischen Strategie. Der Krieg in der Zukunft. Militaerische Geographie. Lebensraum. Raum und Wehrwille. Luftwege, Luftverteidigung und Luftverkehr." — Sogar der Unterricht im Rechnen erfolgte unter Verwendung vorwiegend militaerischer Beispiele.

In der Hitler-Jugend und im Arbeitsdienst wurde dieser Unterricht durch politische Instruktionen ergaenzt, auf der Grundlage von Hitlers "Mein Kampf", Rosenbergs "Mythos des 20. Jahrhunderts", Goebbels "Der Angriff", der Reden Hitlers, Goerings, Goebbels und Streichers und der nazistischen Schulungsbrieft, die von Rosenberg redigiert wurden. Die folgenden Schlagworte waren in den Instruktionen vorherrschend: "Es waren die Juden, die den Versailler Vertrag diktieren". "Es waren die Juden, die das Rheinland mit der schwarzen Schmach ueberzogen." "Es ist die juedisch-plutokratisch-bolschewistische Internationale, die zum Kriege gegen Deutschland hetzt." "Es sind die Juden, die die Nachbarvoelker veranlassen, Deutschland den Lebensraum zu verweigern."

Verbunden war diese Art Instruktionen mit praktischen militaerischen Uebungen. Einer der Fuehrer der Hitler-Jugend umriss deren Aufgaben wie folgt: "Unsere Jungens muessen schiessen lernen. Es waere ein eigenartiges Volk, das jahrelang viele Stunden des Tages verwendet, um richtig schreiben und niemals eine Stunde verwendet, um schiessen zu lernen. Manche moechten das Volk erziehen, als ob Schiessen nicht ein Teil der Erziehung sei. Sie schreiben: "Wissen ist Macht" ueber die Tueren ihrer Schulen. Als ob Macht nicht viel mehr in einem Gewehr enthalten ist als in irgend etwas anderem." \*

Der Zweck dieses ganzen Betriebes wurde 1938 von der Zeitschrift "Ordensburg" brutal durch folgende Saetze formuliert: "Ihr geht als Herren in feindliche Laender, nehmt dort fuer Euer Volk alles, was es noetig hat. Wer sich erlaubt, Widerstand zu leisten, dem zerschlagt den Kopf."

Eine besondere Rolle spielte in der Jugendverfuehrung der Fuehrerkult. Hitler wurde den Kindern und den Jugendlichen als Freund, als Wohltaeter, als allwissend, unfehlbar und allmaechtig bezeichnet. Die Transparente, welche die Jugend herumtrug, fuehrten am haeufigsten die folgenden Losungen: "Der Fuehrer denkt fuer uns! Der Fuehrer wacht ueber uns! Der Fuehrer befiehlt, — wir folgen! Wir sind geboren, um fuer den Fuehrer und fuer Deutschland zu sterben!"

Die rassische Verseuchung der Arbeiter, Bauern und des Mittelstandes erfolgte durch eine Propaganda, deren Hauptlosungen waren: "Es ist die Mission der Deutschen, Europa gegen den juedischen Weltbolschewismus zu verteidigen." "Verteidigt die Verbundenheit des Blutes und des Bodens". Die haeu-

\* Hellmuth Stellrecht "Die Wehrerziehung der deutschen Jugend", Berlin 1936.

figsten Themen waren: "Das Herrenmenschentum der Deutschen". "Die Errichtung einer neuen Ordnung in Europa durch die Deutschen und das schoenere Leben, das nach der Neuordnung Europas fuer die deutschen Herrenmenschen beginnt" usw.

Die widersinnigsten Luegen wurden verbreitet und unermuedlich wiederholt. Die Losungen, die Goebbels 1936 im Verlaufe des Nuernberger Parteitages verbreitete, lauteten: "Die juedisch-bolschewistische Weltgefahr nimmt zu". "Die Juden diktieren die Weltrevolution". "Der juedische Bolschewismus ist der Weltfeind Nr. 1". "Wir haben den Weltverbrecher erkannt, — wann wird Europa unserem Beispiel folgen?". "In Russland Juden und nichts als Juden". "Die Juden versuchen die Volksgemeinschaft zu untergraben". "Die Juden beherrschen 96 Prozent der Ernaehrungsindustrie; 98 Prozent der Textil- und Bekleidungsindustrie; 99 Prozent des Innenhandels ist verjudet". "Der Jude raecht sich an Europa". "In der Ukraine, Russlands Kornkammer, verhungern Millionen Menschen". "Die Tscheke erschiesset taeglich Tausende". "In Sibirien wurden fuenfzehn Millionen Bauern mit ihren Familien physisch vernichtet". "Deutschlands Signal zum Weltkampf gegen den juedischen Bolschewismus". "Haetten wir die Ukraine, deutsche Organisation wuerde dafuer sorgen, dass Europa keinen Getreidemangel mehr kennt". "Das freie Spiel der Kraefte schadet den Voelkern". "Die Demokraten sind hoffnungslose Spiesser und buergerliche Schlafmuetzen". "Jesus war ein Arier von beiden Eltern her". "Es ist nicht moeglich, dass Jesus ein Jude war; ich (Goebbels) brauche das nicht wissenschaftlich zu beweisen, es ist eine Tatsache". "Gott hat sich gezeigt nicht in Jesus Christus, sondern in Adolf Hitler" (Engelke). "Nicht durch die Entdeckung Amerikas, nicht durch die Reformation, kam das Mittelalter zu Ende, sondern durch die Machtuebernahme Hitlers". (Daeumler).

Solche Losungen und Argumente wurden mit den unvorstellbarsten Beschimpfungen und Bedrohungen juedischer Menschen, politischer Gegner und anderer Voelker verbunden. Aber da das unter den aelteren Generationen der werkaetigen Bevoelkerung noch immer keinen genuegenden Eindruck machte, wurde von "Sozialismus" gefaselt, und bald gab es hunderte nazistischer Definitionen des Sozialismus von inhaltsloser Art: "Sozialismus ist tatsaechliche Sicherung des Einzelnen im Zeichen der Anerkennung seiner Einzellehre und zugunsten des Rassenschutzes. Sozialismus ist die Lebensform, in der die deutschen Energien sich rassenmaessig entwickeln, zueinander ordnen und unueberwindlich werden. Sozialismus ist das Blut und die Rasse, der heilige, tiefernste Glaube an einen Gott. Sozialist ist unter Millionen deutscher Knaben jeder, wenn sich die Vorsehung seiner bedienen will, der den Weg finden kann bis an die Spitze der Nation."

#### DIE RASSISTISCH-NAZISTISCHE HIERARCHIE UND IHRE VERWURZELUNG IM DEUTSCHEN VOLKE

Anfang 1933 betrug die Zahl der Wahlberechtigten in Deutschland 40 Millionen. Diese setzten sich aus 25 Millionen Arbeitern und Angestellten, 4 Millionen Beamten, 4 Millionen Bauern, 7 Millionen Mittelstaendlern, Grossindustriellen und Grossgrundbesitzern zusammen; die ebenfalls wahlberechtigten Frauen sind in diesen Zahlen eingeschlossen. Die Reichstagswahlen vom 5. Maerz 1933 brachten der NSDAP rund 18 Millionen Stimmen. Die Deutschnatio-

nalen, die mit den Nazis in der Regierung sassen, hatten rund 3.150.000 Stimmen erhalten. Die antinazistischen Parteien — Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten — waren mit zusammen 17.500.000 Stimmen aus der Wahl hervorgegangen. Die Nazi-Partei setzte sich 1933 zu 52.6 Prozent aus Arbeitern und Angestellten, zu 6.7 Prozent aus Beamten, zu 12.6 Prozent aus Bauern, zu 28.1 Prozent aus Mittelstaendlern, Grossindustriellen und Grossgrundbesitzern zusammen und man kann annehmen, dass die soziale Gliederung der Nazi-Waehler eine aehnliche gewesen ist. Verteilt man danach die 18 Millionen Waehler auf die verschiedenen Bevoelkerungsschichten, so ergibt sich das folgende interessante Bild: Es waehlten am 5 Maerz 1933 9.205.000 Arbeiter und Angestellte, 1.172.000 Beamte, 2.205.000 Bauern, 4.917.000 Mittelstaendler, Industrielle etc., also insgesamt 17.500.000 nazistisch.

Was aber besagen diese Zahlen im Verhaeltnis zur Gesamtzahl der zu den einzelnen Bevoelkerungsschichten gehoerenden Wahlberechtigten? Es waehlten nazistisch: von den 25 Millionen Arbeitern und Angestellten 36.82 Prozent, von den 4 Millionen Beamten 29.30 Prozent, von den 4 Millionen Bauern 50.51 Prozent und von den 7 Millionen Freien Berufen, Mittelstaendlern und Industriellen 70.24 Prozent.

Die verhaeltnismaessig hohe Zahl der proletarischen Nazi-Waehler war darauf zurueckzufuehren, dass der groesste Teil der Angestellten in den Wahlversprechungen der NSDAP die einzige Moeglichkeit sah, in Kolonien und anderen eroberten Gebieten aus ihrer ewigen devoten Stellung in die von Chefs vorzuruecken, oder leitende Beamtenstellungen zu bekommen. Von ihnen allein waehlten 3.680.000 nazistisch. Ferner sind in der Zahl die Landarbeiter und Hausangestellten enthalten, von denen viele unter dem Druck ihrer Herren nazistisch waehlen mussten. Die verhaeltnismaessig geringe Zahl von baeuerlichen Nazi-Waehlern ergibt sich aus dem Umstand, dass die katholischen Bauern fuer die Kandidaten des Zentrums und viele protestantische Bauern fuer die Kandidaten der Deutschnationalen stimmten.

Wie hat sich nun die Nazi-Partei und ihr Einfluss in den verschiedenen Bevoelkerungsschichten entwickelt? Nach offiziellen Angaben waren 1937 rund 2.400.000 Parteimitglieder vorhanden, deren soziale Zusammensetzung sich im Verlaufe der Jahre wie folgt veraenderte:

	1934	1935
Arbeiter .....	736.000	760.400
Angestellte .....	506.400	494.400
Mittelstaendler, Industrielle, Freie Berufe .....	626.400	566.640
Bauern .....	302.240	256.800
Beamte .....	160.800	312.000

Die Zahl der Arbeitermitglieder erhoehrte sich, weil die steigenden Beschaeftigungsziffern im Ruestungswesen eine Wirtschaftskonjunktur vorgaukelten. Auch die Taetigkeit der Organisation "Kraft durch Freude" mag dazu beigetragen haben. Die Zahl der Angestellten-Mitglieder ging zurueck, nicht, weil sie vom Nazismus enttaeuscht wurden, sondern weil viele von ihnen Stellungen im Staats- oder Parteiparat erhielten und nunmehr als "Beamte"

registriert wurden. Die Zahl der Mitglieder aus dem Mittelstand ging zurueck, weil viele, nachdem sie sahen, dass sie mit den Versprechungen von der Einstellung von Warenhaeusern etc. betrogen worden waren, die Partei wieder verliessen. Die zu dieser Gruppe gezaehlten Mitglieder aus Freien Berufen erhielten ebenfalls Staatsstellungen und wurden als "Beamte" registriert. Die Zahl der Bauernmitglieder ging zurueck, weil viele, besonders zweite und dritte Soehne, durch das Erbhofgesetz jede Aussicht auf einen Hof verloren hatten. Ein Teil der Bauernmitglieder hatte ebenfalls Stellungen als Buergermeister, Bauernfuehrer, als Angestellte des Reichsnaehrstandes erhalten und rangierte nun unter der Gruppe "Beamte". Die Zahl der Staatsbeamten, die der Nazi-Partei angehorte, nahm beträchtlich zu, weil hunderttausende Nazimitglieder aus verschiedenen Berufen nach der Machtuebernahme Hitlers in die den Zentrumsleuten und Sozialdemokraten abgenommenen Beamtenstellungen oder in neu geschaffene Aemter einrueckten.

Von 1937 an nahm die Mitgliederzahl der Nazi-Partei im schnellen Tempo zu. Im Jahre 1939 zaehlte sie rund 3.500.000 Mitglieder, deren soziale Zusammensetzung sich in derselben Richtung bewegte, wie vor der Machtuebernahme: ein langsames Ansteigen der Arbeitermitglieder, ein schnelles Ansteigen der Beamten, ein langsames Sinken der Bauern und ein rasches Sinken von Mitgliedern aus dem Mittelstand. Der Zuwachs an Arbeitermitgliedern erklart sich damit, dass in den Jahren der Naziherrschaft viele Jungarbeiter aus der Hitler-Jugend zur Nazi-Partei uebergingen. Die Zahl der Beamten-Mitglieder musste ansteigen, da viele, die schon unter der Weimarer Republik gedient hatten, sich nun der Nazi-Partei anschliessen mussten, und weil der Beamtenapparat ueberhaupt seit 1933 von 3 Millionen auf 4½ Millionen emporschnellte.

Was die erwachsene Bevoelkerung als Ganzes betraf, so erfolgte in den Jahren 1933 bis 1939 eine Umschichtung zugunsten der Nazis und zu Ungunsten der Antinazis. In dieser Zeit ueberschritten sieben Jahrgaenge das 18. Lebensjahr, die alle Stadien der nazistischen Erziehung durchlaufen hatten. Die Gesamtzahl dieser nunmehr erwachsenen, einseitig nazistisch erzogenen Menschen beiderlei Geschlechts betrug 7 Millionen. Mit jedem Jahrgang nahm auch die Zahl der nazistisch vollstaendig Verseuchten zu. Andererseits ging die Zahl der bewussten Antinazis, die jaehrlich Hunderttausende durch natuerlichen oder gewaltsamen Tod oder durch Verhaftung verloren, zurueck; denn die Verluste konnten nicht durch den Nachwuchs ausgeglichen werden.

Hitler konnte somit seine Waehler vom Maerz 1933 auch in den folgenden Jahren halten und die Zahl seiner Anhaenger noch erhoehen, obwohl sich in deren Reihen, wie auch innerhalb der Antinazis staendig politische Umschichtungen vollzogen. Die Gesamtzahl der unter dem Einfluss der NSDAP Gestandenen duerfte im Jahre 1939 mindestens 22.5 Millionen betragen haben oder 50 Prozent der erwachsenen deutschen Bevoelkerung von 45 Millionen. Und auch von den restlichen 50 Prozent waren bei weitem nicht alle bewusst antinazistisch gesinnt.

Die Berechnung der zahlenmaessigen Staerke der Partei und des Einflusses der Hierarchie, die Hitler und seine Komplizen in der Zeit von 1933 bis 1939 aufbauten, zeigt zugleich den Mechanismus, mit dem das deutsche Volk an das Naziregime gefesselt wurde. Im Jahre 1933 befand sich unter 17 und vor Ausbruch des Krieges unter 15 erwachsenen Deutschen je ein eingeschriebener Nazi. Nach offiziellen Angaben verfuegte die Partei im Jahre 1939

ueber 21.354 Ortsgruppenleiter, 70.000 Zellenleiter und 400.000 Blockwarte. Die Gesamtzahl dieser mittleren und unteren Funktionaere betrug demnach 491.354, und auf 90 erwachsene Einwohner Deutschlands kam je einer von ihnen. Aber die Parteimaschine bestand nicht nur aus der Parteiorganisation und deren Funktionaeren. In den ersten zwei Jahren der Naziherrschaft erfolgte die Verfilzung des Parteiapparates mit dem Staatsapparat, und schon am 29. Maerz 1935 erliess Hitler eine Verordnung, in der es hiess, dass die Partei der Traeger der deutschen Staatsidee und untrennbar mit dem Staat verbunden sei. Der Parteistaat teilte sich darnach in drei Elemente: in den Apparat der Staatsbeamten als das behoerdlich-exekutive Element, die nazistische Bewegung als das agitatorisch-kontrollierende Element und in das Volk, das durch Staatsapparat und Bewegung bis ins tiefste Privatleben beherrscht wurde. Das Ausmass, in dem der Staatsapparat mit Parteimitgliedern durchsetzt war, ergibt sich aus den folgenden Ziffern: Von den im Jahre 1937 vorhandenen 700.000 politischen Leitern der NSDAP waren 160.000 Schullehrer. Von 1.500.000 Mitgliedern der NS-Beamtschaft gehoerten 250.000 der Nazipartei, der SS, der SA, dem NSKK oder dem SSFK an. Somit war jeder sechste hoehere oder mittlere Staatsbeamte ein nazistischer Vertrauensmann. Noch hoeher aber war die Zahl der Parteimitglieder unter den staedtischen und kommunalen Beamten.

Wie sah nun die Hierarchie im Staatsapparat aus? Die Reichsminister und ihr Stab gehoerten 1939 fast vollstaendig, die Gauleiter, deren Stellung dem eines Regierungspraesidenten gleichkam und die Kreisleiter gehoerten restlos der Partei an. Ebenso die Buergermeister und Gemeindevorsteher, die Polizeipraesidenten und Polizeivorsteher in den Staedten und Gemeinden (und nicht minder) die Direktoren und Geschaeftsleiter der Kranken- und Invalidenkassen. Die Gesamtzahl der Staats- und Gemeindebeamten, einschliesslich der Offiziere und Beamten der Wehrmacht, betrug bereits im Jahre 1939 rund 4.500.000. Wenn man annimmt, dass im Jahre 1939 jeder fuenfte Beamte oder Offizier Parteimitglied war, so befand sich unter je 21 Erwachsenen einer von ihnen.

Aber das Netz, das den antifaschistisch gesinnten Teil der Bevoelkerung Deutschlands umspannte, war noch viel engmaschiger. Neben Partei und Staatsapparat bestanden die nazistischen Massenorganisationen. Vom Standpunkt der Beeinflussung und Kontrolle der Volksmassen waren die wichtigsten die Sturmabteilungen (SA), die Deutsche Arbeitsfront (DAF), der Deutsche Reichsnaehrstand (DRN) und die Hitlerjugend (HJ).

Die SA war waehrend der sogenannten Kampfzeit die nazistische Propaganda- und Terrororganisation gewesen. Ihre Mitgliederzahl stieg bis 1934 auf rund 2.5 Millionen. Der Pakt zwischen Hitler und der Reichswehrgeneralitaet fuehrte zur Herabsetzung ihrer Mitgliederzahl auf angeblich 700.000. In Wirklichkeit duerfte sie auch nach der Mitte 1934 erfolgten Reinigung 1.5 Millionen betragen haben. Die SA wurde nach dem 30. Juni 1934 zum Traeger der nazistischen Rassenpropaganda erkluert. Im Jahre 1939 erhielt sie den Auftrag, die Erziehung der aus dem aktiven Heeresdienst entlassenen Soldaten im nazistischen Geiste fortzusetzen. Rosenberg bezeichnete die SA in seinem Buch "Blut und Ehre" als "die ersten Hueter der rassischen Ehre; denn in den Adern der SA-Leute stroeme das reinste deutsche Blut". Die SA rekrutierte sich in ihrer grossen Mehrzahl aus Mittelstaendlern, Bauern, nicht-klassenbewussten Ar-

beitern und Lumpenproleten. Ein Drittel von ihnen duerften Mitglieder der Nazipartei gewesen sein.

Die Deutsche Arbeitsfront umfasste im Jahre 1939 die Unternehmer, Betriebsbeamten, Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Gewerbetreibenden. Ihre Mitgliedschaft betrug rund 25 Millionen. Sie war eine nazistische Zwangsorganisation. Ihre Fuehrung rekrutierte sich aus Nazis, ihre Unterfuehrer wurden vor allem aus der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO), der SA und der SS entnommen. Die Hauptaufgabe der DAF war, den Marxismus und Liberalismus aus den Koepfen der Volksmassen auszurotten und diese im Sinne der nazistischen, auf Rasse und Blut begruendeten Volksgemeinschaft zu erziehen. Der Funktionaerstab der DAF, zusammen mit den sogenannten Vertrauensraeten zaehlte rund eine Million. Die Haelfte davon moegen der NSBO, der SA oder der SS angehoert haben.

Der Reichsnaehrstand war die nazistische Bauern-Organisation. Auch in ihm war die Mitgliedschaft Zwang. Die Zahl seiner Mitglieder betrug 2 bis 2½ Millionen. Seine Fuehrer und Funktionaere duerften ausschliesslich Mitglieder der Nazipartei gewesen sein.

Die Hitler-Jugend (HJ) und der Bund Deutscher Maedchen (BDM) bildeten Massenorganisationen fuer die gesamte Jugend vom sechsten bis einschliesslich siebzehnten Lebensjahr. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug infolgedessen rund 12 Millionen. Natuerlich waren diese Zwangsmitglieder nicht alle aktiv. Aber da von den ueber 18 Jahre alten 45 Millionen Deutschen rund 22.5 Millionen der Nazibewegung angehoerten oder stark von ihr beeinflusst waren, kann angenommen werden, dass sich mindestens die Haelfte oder sechs Millionen dieser Jugendlichen an der Taetigkeit der HJ bzw. des BDM beteiligten. Die Zahl der erwachsenen und jugendlichen Funktionaere der HJ betrug rund 600.000, wovon 150.000 der Nazipartei angehoerten.

Nach diesen Berechnungen betrug im Jahre 1939 die Zahl der nazistischen Parteimitglieder und der SA-Leute zusammen mit den Funktionaeren der DAF und der HJ, die zwar der Nazipartei nicht angehoerten, aber als ueberzeugte Nazis gelten konnten, 5.450.000. In dieser Zahl sind die Staats- und Gemeindebeamten einbegriffen, die der Nazipartei angehoerten, aber nicht jene, die nur mit ihr sympathisierten. Daraus ergibt sich, dass unter zehn Deutschen ueber 14 Jahre einer ein nazistischer Funktionaer war. Laesst man die 450.000 nazistischen Jugend-Funktionaere und die Jugendlichen unter 18 Jahren unberuecksichtigt, so ergibt sich, dass unter der erwachsenen Bevoelkerung ueber 18 Jahre jeder neunte ein Nazifunktionaer war, oder dass auf je 4 bis 5 Nichtnazis ein Nazi-Funktionaer kam.

Die obersten sozialen Schichten dieser Hierarchie von 5 bis 6 Millionen Funktionaeren waren besonders aus Klasseninteresse an das Naziregime gebunden. Dieses verschaffte ihnen absolute oekonomische und politische Macht, gewaltige Erhoehung ihrer Profite und stellte ihnen die Hegemonie ueber ganz Europa in Aussicht. Die mittleren Schichten erhielten durch das Naziregime Anteil an der politischen Macht in Form zahlloser Stellen im Staats-, Militaer-, Partei- und Wirtschaftsapparat; es verschaffte ihnen konfiszierte Wohnungen und Moebel der Juden, sowie ohne grosse Anstrengung eine gutbuergerliche Lebensweise auf Kosten der werktaetigen Massen. Die unteren Schichten dieser Hierarchie fuehlten sich aus der grossen, grauen Masse der Werktaetigen herausgehoben, ueber sie gestellt, mit einem, wenn nicht viel hoeheren, aber doch



sicheren Einkommen versehen, mit Aufstiegsmoeglichkeiten in Staat und Wirtschaft und spaeter in der Verwaltung der eroberten Laender.

Das teils leichte, teils glaenzende Leben der dieser Hierarchie Angehoerenden erweckte unter politisch wenig entwickelten Mittelstaendlern, Bauern und Arbeitern Hoffnungen, eines Tages selbst daran teilhaben zu koennen. Hunderttausende Familien waren durch einen Bruder, Schwager, Neffen oder Enkel direkt mit dieser Hierarchie verbunden, sodass sie ihre Hoffnung darauf setzen konnten, einst gleichfalls zu ihr gehoeren zu koennen.

Wenn schon die Hoffnung auf den Aufstieg in diese Hierarchie einen solchen Einfluss auf die Volksmassen ausuebte, um wieviel mehr musste es die Hierarchie selbst durch ihre vielseitige Aktivitaet zur rassistisch-chauvinistischen Verhetzung, durch ihre Korruption und ihren Terror tun! Mit Geld und Propaganda wurde nicht gespart. Warum auch? Schliesslich sollte ja alles durch die niedergeworfenen Nachbarvoelker bezahlt werden. Propaganda, Korruption und Terror waren ein glaenzendes Geschaefte fuer die daran Teilhabenden. Sie sicherten zugleich das Regime und damit die Hierarchie vor denjenigen, die unverbesserlich waren und Freiheit und Fortschritt anderswo suchten als in dem vorbereiteten Krieg.

An der Propaganda beteiligten sich neben der SA, der DAF und der HJ auch die anderen nazistischen Massenorganisationen, so die NS-Volkswohlfahrt, die NS-Frauenschaefte, die NS-Winterhilfe, die NS-Beamtenschaefte, die NS-Lehrerschaefte, die NS-Aerzteschaefte, die NS-Studentenschaefte, der Reichsluftschutzbund; und jede dieser Organisationen hatte ihre eigenen Zeitungen und Schriften, die in Auflagen von vielen Millionen den Mitgliedern aufgezwungen wurden. Die neue Bibel "Mein Kampf" wurde in einer Auflage von vier Millionen verbreitet, Rosenbergs "Mythos des 20. Jahrhunderts" erreichte eine Auflage von 200.000, das ruepelhafte Buch Goebbels' "Der Angriff" eine solche von 100.000.

Die Presse wurde mit groesster Umsicht auf die Fuetterung der Volksmassen mit unbeweisbaren, unueberprueften Notizen eingestellt, so wie es Hitler ausdruendlich verlangt hatte: "Bei all diesen Menschen nun, die die grosse Masse vorstellen, wird der Einfluss der Presse ein ungeheuer sein. Sie sind nicht in der Lage oder willens, das ihnen Dargebotene selber zu pruefen, sodass ihre gesamte Einstellung zu allen Tagesproblemen geradezu ausschliesslich auf die aeussere Beeinflussung zurueckzufuehren ist."\* Der nazistische Zeitungstheoretiker Theodor Luedecke verlangte unter Bezugnahme auf diese Hitlersche Richtlinie: "Die Tageszeitung muss im Dienste der Nation bewusst zu einem Mittel der Parolenausgabe gemacht werden. . . Was wirklich wahr und richtig ist, das vermag der schlichte Mann, der beim Lesen noch die Lippen bewegt, nicht festzustellen. Meist glaubt er das, was ihm mit den geschicktesten und groebsten Mitteln und am hartnaeckigsten als wahr und richtig suggeriert wird."\*\*

## DIE SS ALS NAZI-HIERARCHIE

Jeder Schritt, den Hitler unternahm, draengte zum Krieg. Krieg oder Bankrott war 1939 die Devise des Nazismus. Aber der Kriegsausgang war im-

\* "Mein Kampf", Seite 262, Muenchen 1936.

\*\* Theodor Luedecke "Die Tageszeitung als Mittel der Staatsfuehrung", Berlin 1936.

mer eine unbekannte Groesse. Bismarck aeusserte einmal darueber: "Man weiss wohl, wie man in einen Krieg hineingeht, man weiss aber nicht, wie man aus ihm herauskommt." Die Wahrheit dieser Worte hatte der Krieg 1914/18 bestaetigt. Doch Hitler, die deutschen Militaristen und Imperialisten hatten keine Skrupel und lehnten es ab, auf einen Raubkrieg zu verzichten. Sie entschlossen sich, rechtzeitig alle Voraussetzungen dafuer zu schaffen, dass das Volk nicht bloss nicht wissen sollte, wie es in den neuen Krieg hineinging, sondern auch nicht, wie es je aus ihm herauskommen sollte. Eine solche Massenvernebelung erforderte eine totale ideologische, strategische, materielle und militaerische Vorbereitung. Aber da selbst eine totale Vorbereitung keine hundertprozentige Garantie des Sieges bot, wurden auch Vorbereitungen fuer eine eventuelle Niederlage getroffen, um fuer diesen Fall den Weiterbestand der nazistischen Herrschaft zu sichern.

Kriegsniederlagen fuehren immer zur Erschuetterung der Wirtschaft und des Staates, loesen Verzweiflungsstimmungen aus und entfesseln revolutionaere Stroemungen. Sie koennen den Zerfall der herrschenden Hierarchie im Gefolge haben, wenn organisierte Gegenkraefte durch ihren Kampf zu einer realen Macht werden und im richtigen Moment zweckentsprechend und entschlossen handeln. Eine solche Moeglichkeit war nach der Ansicht Hitlers nur aususchalten durch ideologische Festigung der Hierarchie, die den Staatsapparat, die Wirtschaft und den Parteiapparat beherrschen und auf allen Gebieten den Oberbefehl fuehren sollte, hauptsaechlich durch ruecksichtsloses, brutales Vorgehen gegen Oppositionelle und "Wankelmuetige".

Um die nazistische Hierarchie auf diese Weise ueber das Kriegsende hinaus zu festigen, versuchte Hitler in der Partei, in der SA und in der Hitler-Jugend einen besonderen Kern von Leuten herauszubilden, welche die leitenden Stellungen uebernehmen und durch Waffengewalt unter allen Umstaenden fuer Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Nazistische "Uebermensch", die ueber ganz bestimmte koerperliche und charakteristische Voraussetzungen verfuegten, wurden dazu der besonderen Schulung und dem besonderen Training unterworfen. Ihre Zusammenfassung erfolgte in den bewaffneten Gruppen der SS und ihrer Nebenorganisationen. Diese Schlaegergruppen wurden nach und nach zur hoechsten Hierarchie, mordeten im Verlaufe des Krieges im Staat, im Heer und in der Nazipartei alle Schwankenden und gingen gegen jede noch so leise antinazistische Opposition vor.

Die Vorlaeufer der SS sind die auf Veranlassung Eberts und Noskes im Jahre 1918 gebildeten konterrevolutionaeren Freikorps. In ihnen wurde die SS-Ideologie entwickelt. Ein Hauptvertreter dieser Ideologie war der pedantisch brutale Freikorpsfuehrer Franz Ritter von Epp, dessen Freikorps sich an der Niederschlagung der sozialistischen Bewegungen beteiligt und der schliesslich als seinen Standort Muenchen gewaehlt hatte. In Muenchen liess sich auch General Ludendorff nieder, dem die Weimarer Regierung erlaubte, aus seinem Emigrationsland Schweden nach Deutschland zurueckzukehren, und mit der Autoritaet Ludendorffs bildete Epp den "Epp-Kreis", dem sich der Major Walter Buch, der General Karl Haushofer, der Professor Karl Alexander von Mueller, der Professor Walter Frank, der Ingenieur Albert Ganzenmueller, der Dr. h.c. Hans Draeger, der Dr. jur. Wilhelm Stuckart, der Hauptmann Alfred Jodl, der Hauptmann Wilhelm von Hannecken und andere anschlossen.

Der Epp-Kreis beschaeftigte sich mit der Lage, die sich 1918 fuer den

deutschen Imperialismus und Militarismus ergeben hatte und suchte Wege fuer deren neuen Aufstieg. Er uebernahm die Theorie des Professors von Mueller, nach der die politischen Minderheiten als Traeger der nationalen Erneuerungsbewegung auftreten und einen "Fuehrungsorden" auf rassischer Grundlage bilden sollten. Diese Ideen wurden unter den Offizieren der Freikorps verbreitet und trugen dazu bei, alle verabschiedeten Offiziere mit Hoffnung auf ihre Wiederanstellung zu erfuellen. Viele von ihnen, wie Faupel, Jechonnek, Dietl, Hauser, Georg Lindemann und Ott entwickelten sich spaeter zu Helfern und Stuetzen des Hitlerregimes.

Die Schutzstaffeln SS waren anfangs als Gruppen zur besonderen Verwendung gedacht, die innerhalb der Sturmabteilungen (SA) bestehen sollten. Ihre Bildung erfolgte im Jahre 1925 als Leibgarde Hitlers und anderer hoher Fuehrer, und zur Erledigung von Spezialauftraegen, wie zur Beseitigung von unbequemen, missliebigen Politikern.

Die SS umfasste damals nicht mehr als 270 Mitglieder der Partei und stand unter dem Befehl des "Stabschefs" der SA. Ihre besondere Rolle machte ihre festere und direktere Bindung an die Organisationsleitung der Partei notwendig. Da es aber Hitler und dem damaligen Organisationsleiter Gregor Strasser nicht ratsam erschien, die SS ueberhaupt aus den Sturmabteilungen herauszunehmen, wurde eine Kompromissloesung gewaehlt: die SS blieb weiter formell unter dem Kommando der Reichsfuehrung, aber der Privatsekretaer Gregor Strassers, Heinrich Himmler, wurde zum Fuehrerstellvertreter der SS ernannt. Damit wurde die SS faktisch der Organisationsleitung der Nazipartei unterstellt. Dieser Beschluss machte Himmler im Jahre 1927 zum tatsaechlichen Fuehrer der SS. Ihr Mannschaftsbestand erhoehrte sich bis zur Errichtung des Naziregimes im Januar 1933 auf rund 52.000 Mann.

Heinrich Himmler, der hinterhaeltigste und feigste Massenmoerder aller Zeiten, wurde am 7. Oktober 1900 als Sohn eines katholischen koeniglich-bayerischen Gymnasialdirektors geboren. Als Siebzehnjaechtiger wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und diente als Fahnenjunker im Bayerischen Infanterieregiment No. 11. Nach seiner Entlassung schloss er sich dem Freikorps Roehms "Reichsflagge" an und beteiligte sich an der Niederwerfung der Revolution in Bayern. Ende 1919 begann er auf der landwirtschaftlichen Hochschule Weihenstephan bei Freising Landwirtschaft zu studieren. Aber weder das Studium, noch die Aussicht auf eine Existenz als Landwirtschafts-Eleve oder Gutsinspektor behagten Himmler, und das Schmarotzerleben der Soldateska, die sich unter dem Kommando der Epp, Rossbach, Lettow-Vorbeck, Aulok, von der Goltz, Roehm, Papst, Pfeffer v. Salomon und anderer zusammengefunden hatte, zog ihn staerker an. Himmler verliess die Landwirtschaftliche Hochschule, ohne sein Studium zu beenden und nahm eine Stellung bei der Stickstoff G.m.b.H. in Schleissheim an, von wo er bald wegen beruflicher Unfaehigkeit entlassen wurde. Er ging nach Muenchen zurueck, hoerte angeblich einige volkswirtschaftliche Vortraege an der Universitaet und verbrachte im uebrigen seine Zeit zusammen mit seinen Kumpanen aus dem Freikorps "Reichsflagge". Bald fand er Eingang in den Epp-Kreis, der sich fuer den glaeubigen Anhaenger des Rassenkultes interessierte. Himmler erwiebs sich bald als eine Kapazitaet in Rassenfragen, zu welchen er die Vorkenntnisse durch das Studium der Viehzucht mitgebracht hatte. Wovon Himmler in dieser Zeit gelebt hat, ist unbekannt. Seine Bezie-

hungen zu den gleichen Kreisen, die Hitler als Reichswehr-Spitzel beschaeftigten, lassen aber darauf schliessen, dass auch er das Gewerbe eines Acht-Groschen-Jungen ausuebte.

Nachdem sich Himmler der NSDAP angeschlossen hatte, wurde er SA-Mann und lernte Hitler, Arthur Rosenberg und Gregor Strasser kennen. Der letztere fand an dem ruhigen und anstelligem jungen Mann besonderen Gefallen und machte ihn 1924 zu seinem Privatsekretaer. Damals sass Hitler im Gefaengnis und der Kampf um die Fuehrung in der Nazipartei tobte zwischen den verschiedenen Kliquen. Himmler hielt zu dem soliden Gregor Strasser, der die Reorganisation der Partei in seine Haende genommen hatte, uebernahm als dessen Sekretaer den Gau Suedbayern und die Einrichtung einer Mitglieder-Stammrolle. Aus Biographien reaktionaeerer Polizeiminister, wie Fouché, aus Schilderungen ueber die Taetigkeit der Ochрана, der Politischen Polizei Metternichs und des Secret Service lernte er, dass es besonders darauf ankam, die schlechten und schwachen Seiten der eigenen Parteigaenger zu ermitteln.

Himmler verbrachte viele Naechte damit, sich privat eine Kartothek der Nazi-Funktionaeere anzulegen, in welcher die schlechten Eigenschaften dick und rot unterstrichen wurden. Mit dieser Kartothek bewaffnet, stellte sich Himmler seinem Fuehrer Adolf Hitler zu Verfuegung, bereit, auf Wunsch Informationen ueber das politische und moralische Verhalten jedes Parteigenossen zu liefern.

Seine Taetigkeit als Hitlers Spitzel No. 1 zwang Himmler, jahrelang ein oeffentliches Auftreten zu vermeiden. Bald stand er der Partei und bald der SA, wenn nicht ablehnend, so doch nichtachtend gegenueber. Sein Ideal war die Schaffung einer rassischen Fuehrer-Elite, von der er die Verwirklichung der nazistischen Ziele und damit seinen eigenen Aufstieg erwartete. Die Ernennung zum Fuehrer-Stellvertreter der SS gab ihm die lang ersehnte Moeglichkeit, mit der praktischen Realisierung seiner Plaene und Hoffnungen zu beginnen. Von Anfang an legte er besonderes Gewicht auf die gesellschaftliche Herkunft der SS-Leute. Die Soehne des Adels, des Grossbuerger-tums, der Grossbauern und des besseren Mittelstandes waren sein Rekrutierungsfeld. Offiziell konnte er auch anderen den Eintritt in die SS nicht verwehren; aber es gab genug kleine Mittelchen, um zu verhueten, dass die SS von "Plebejern" ueberflutet wurde. Himmler fuehrte die elegante schwarze SS-Uniform ein, die bis auf die Schnuere der Uniform der feudalen Schwarzen Husaren der Kaiserzeit entsprach. Zugleich bestimmte er, dass jeder SS-Mann seine Uniform aus eigenen Mitteln zu beschaffen hatte. Der Preis dafuer betrug mit Muetze, Lackkoppel und hohen Stiefeln mehr als 200 Mark. Ein Arbeiter oder Angestellter war natuerlich nicht in der Lage, sich eine solche Ausgabe zu leisten. Himmler sorgte auch dafuer, dass sich die SS-Leute nicht unter das "niedere Volk" mischten. Er machte es zum Beispiel zu einer Frage des guten Tones, dass sich SS-Leute nur an vornehmen und kostspieligen Sportklubs beteiligten. Autofahren, Fliegen, Reiten, Fechten, Segeln, Rudern, Golf und Tennis waren die standesgemaessen Sportarten der SS. Hitler, Buch, Frick und andere hohe Nazifuehrer foerderten diese Politik Himmlers. Sie half, die Stellung und das Ansehen der Nazipartei in der "guten Gesellschaft" zu festigen, worauf auch Hitler den groessten Wert legte.

Himmler aehneln in seinen Lebensgewohnheiten in mancher Hinsicht Hitler. Er ist verbissener Vegetarier und Anti-Alkoholiker; er trinkt keinen Kaffee, sondern Kraeuter-Tee. Sein Aeusseres ist das eines boshafte Volksschullehrers. Er bezeichnet sich als Tierfreund und uebernahm das Protektorat ueber die deutschen Tierschutzvereine. Sein glattes Gebaren brachte ihm den Spitznamen "Sanfter Heinrich" ein. Gregor Strasser war der erste, der ihn so bezeichnete. Die ihn besser kannten nannten ihn aber den "Zwicker-Heinrich", nicht nur, weil er einen Kneifer auf der Nase trug, sondern weil er sich, aehnlich wie ein Zwicker, jedem anklammerte.

Schon fruehzeitig hatte sich Himmler als engsten Mitarbeiter den Leutnant zur See, Reinhard Heydrich, gesichert. Dieser wurde 1904 als Sohn eines Musikprofessors in Halle an der Saale geboren. Mit fuenfzehn Jahren beteiligte sich Heydrich an den Kaempfen der weissen Freikorps zur Niederknueppelung der revolutionaeren Arbeiter. Er war einer der jungen Buergersoehne, dem es gelang, zur Zeit der Weimarer Republik die Laufbahn des Marine-Offiziers anzutreten, obwohl von der einstigen kaiserlichen Flotte nur einige alte Kasten zurueckgeblieben waren. Er verdankte seine Einstellung der Tatsache, dass sich wichtige Positionen in den Marine-Rekrutierungsbueros in Haenden von Mitgliedern der Organisation "Consul" befanden. Diese wussten ihren Heydrich zu schuetzen; denn er hatte sich in seiner Freikorpszeit als der geborene Spitzel und Provokateur erwiesen. Schon mit 18 Jahren hatte Heydrich sich dem Admiral Wilhelm Canaris als Spion zur Verfuegung gestellt, der ihn dem Chef des Spionagebueros beim Admiralstab der Ostsee-Flotte zuteilte.

Im Jahre 1931 wurde Heydrich von seiner vorgesetzten Behoerde beauftragt, in die SS einzutreten, um deren Taetigkeit auszukundschaften. Heydrich, sich noch immer als Landsknecht der Freikorps fuehlend, lieferte jedoch der SS Material ueber die Taetigkeit des Admiralstabes. Das war ein Mann, den Himmler gebrauchen konnte. Heydrich hatte nicht nur seinen Dienst der Weimarer Republik gegenueber gebrochen und sich dadurch im nazistischen Sinne als unbedingt zuverlaessig erwiesen, sondern er hatte sich auch bei der Durchfuehrung besonderer Auftraege als aeusserst heimtueckisch und sadistisch gezeigt. Im Jahre 1932 machte ihn Himmler zu seiner rechten Hand und ernannte ihn zum Obersten Fuehrer der SS in Muenchen.

## WIE HIMMLER SEINE SS AUSBAUTE

An der Bewegung zur Machteroberung hatten Himmler und die SS nur geringen Anteil gehabt. Es war die SA gewesen, welche als die halb-militaerische Massenorganisation des Nazismus im Vordergrund stand. Wenn damals Ernst Roehm der engste Freund Hitlers gewesen war, so fungierte Heinrich Himmler als Hitlers schmutzigstes Werkzeug, bereit, jeden zu verkaufen. Waehrend Roehm, im Vertrauen auf die Freundschaft und auf die Versicherungen Hitlers daran arbeitete, die 2½ Millionen starke SA zur dauernden Stuetze des Nazi-regimes zu formen und sie deshalb in der Wehrmacht zu verankern, beschaeftigte sich Himmler mit dem Ausbau der SS der nazistischen Elite, zum Kern der anwachsenden nazistischen Hierarchie.

Himmler arbeitete ohne viel Laerm. Seine Taetigkeit wurzelte in der Gegenwart und wirkte zugleich fuer die Zukunft. Wer glaubte, dass sich das Streben Himmlers damals auf den Ausbau der Polizei und auf die Bildung

einer zu allem faehigen und zu allem bereiten Privatarmee Hitlers beschaenkte, irrte. Die Rolle der SS sollte sich nicht in ihren Polizei- und Buergerkriegsfunktionen erschoepfen. Die SS war dazu ausersehen, zum nazistischen Staat ueberhaupt zu werden. Bald konnte der Name dieser Terrororganisation "Schutzstaffeln" nur noch als symbolisch angesehen werden; denn die Aufgabenstellung fuer die SS wurde ins Unermessliche erweitert. Bis dahin hatte ihre Taetigkeit darin bestanden, die hohen nazistischen Gangster zu schuetzen. Von nun an uebernahm sie den Schutz der ganzen Nazipartei und ihrer Staatsmacht. In den Jahren 1933 bis 1935 stieg ihre Mitgliederzahl auf 250.000. In der Hitler-Jugend und in den Ordensburgen wurde ihr Nachwuchs herangezuechtet, der bald nach Millionen zaehlte.

Als Grundorganisation bildete Himmler nun die allgemeine SS, die eine politische Organisation war. Der Elite-Charakter der allgemeinen SS wurde bald in den nobleren Schichten der Bevoelkerung erkannt. Prinzen, Adlige, Grossbuerger, Beamte und Offiziere, die nach dem 30. Januar 1933 der Nazi-partei zugestromt waren, sahen in der allgemeinen SS die Organisation, die ihnen den Weg zum Aufstieg, zum Wohlstand und zur Macht bahnte. So wandten sie sich der SS zu. Die Aufnahmebedingungen der allgemeinen SS richteten sich nunmehr ausschliesslich nach der gesellschaftlichen Stellung des Eintrittsuchenden. Grossgrundbesitzer, Industrielle, hohe Beamte und hohe Offiziere erhielten die Moeglichkeit, sich und ihre Sproesslinge in diesen Verbrecher-Orden einzukaufen. Viele Millionen Mark flossen von nun an als "Eintrittsgelder" in die Kasse des SS-Obergruppenfuehrers und NS-Reichsschatzmeisters Franz Schwarz, der bald einer der reichsten Leute Bayerns wurde.

Aus der allgemeinen SS wurden die Mannschaften fuer die SS-Verfuegungstruppen und Totenkopfverbaende entnommen, die den Wachdienst bei nazistischen Raeuberhaeuptlingen versahen und denen spaeter die Konzentrationslager unterstellt wurden. Walter Darré, SS Obergruppenfuehrer, Reichsleiter des Reichsnaehrstandes und Chef des nationalsozialistischen Rasse- und Siedlungsamtes formulierte die rassischen und politischen Bedingungen, die ein Rekrut der SS-Verfuegungstruppen erfuellen musste, um in die allgemeine SS aufgenommen zu werden: "Nachweis arischer Abstammung auf drei Generationen zurueck. Nachweis, dass waehrend derselben Dauer keine erblichen Krankheiten in der Familie vorgekommen sind. Politisches Leumundszeugnis der Eltern und Geschwister. Bestehen vor der Rassen-Kommission. Verpflichtung, sich den Zucht- und Ehe-Gesetzen der SS zu unterwerfen. Verpflichtung zu bedingungslosem Gehorsam gegenueber Hitler und Himmler, sowie deren Beauftragten."

Darré legte die "Kartothek zur Zuechtung eines neuen deutschen Blutadels" an, fuer den die SS-Moerderbanden die Grundlage bilden sollten. Wie dieser Blut-Adel aussehen sollte und zu welchem Zwecke er gebildet wurde, schilderte Himmler 1937 in einem Vortrag vor leitenden Wehrmachtsoffizieren. "Ich sagte mir" —erklaerte Himmler dort — "wenn es mir glueckt, in einer Organisation moeglichst viele Menschen, die zu einem namhaften Teil Traeger des erwuenschten nordischen Blutes sind, aus dem deutschen Volke zu erfassen und unter soldatischen Gehorsam zu bringen, sie allmaehlich mit dieser Erkenntnis vom Werte des Blutes und der ganzen Weltanschauung, die daraus entspringt, zu erfuellen, dann muesste es moeglich sein, tatsaechlich eine Auslese, eine Eliteorganisation zu schaffen, die jeder Belastung standhaelt."

Ob der Einzelne jeder Belastung standhielt, wurde durch die Erteilung "rechtswidriger Befehle" laufend ausprobiert. Als rechtswidrig bezeichneten Himmler und Darré Befehle zu Folterungen und Mordtaten, die in unzähligen Fällen gegeben wurden. Zu ihrer Durchföhrung war jeder SS-Mann vom Beginn seiner Laufbahn an verpflichtet. Die Durchföhrung derartiger Befehle gehoerte zur Erziehung der Rekruten, um ihnen Unmenschlichkeit, Haerte, Lust an Grausamkeiten und am Toeten beizubringen. Zu diesem Zwecke wurde der SS-Mann also nach allen Teilen des Reiches geschickt. Er wurde jedoch nie lange am Tatort seiner jeweiligen Verbrechen belassen.

Diese praktische Erziehung zur Grausamkeit fand ihre Ergaenzung durch den weltanschaulichen Unterricht. Jede Woche fand ein Schulungsabend statt. Hitlers "Mein Kampf", Darrés "Neu-Adel aus Blut und Boden", Rosenbergs "Mythos des 20. Jahrhunderts" und aehnliche Ausgeburten waren der einzige Lehrstoff. Der Unterricht wurde von dem Hauptamt fuer Rasse und Siedlung geleitet. Die SS-Schulungsrichtlinien des Hauptamtes basierten auf Grundsätzen, die Himmler wie folgt zusammenfasste: "Tagesfragen interessieren uns nicht. Jeder vom Fuehrer eingesetzte Fuehrer wird von uns gedeckt. Jeder vom Fuehrer abgesetzte Fuehrer wird von uns, wenn es sein muss, brachial entfernt; denn es gilt eben nur der Befehl des Fuehrers. Daneben interessieren nur weltanschauliche Fragen von einer Bedeutung fuer Jahrzehnte oder Jahrhunderte, sodass der Mann ueber den Alltag hinweggehoben ist und weiss, dass er einer grossen in zweitausend Jahren nur einmal vorkommenden Aufgabe dient. Tagesfragen derart, ob etwa die Ortsgruppe richtig besetzt ist, ob da in der Arbeitsfront alles richtig gemacht wird, interessieren den SS-Mann nicht — es mag sein, wie es will, das interessiert nicht."\* Himmler verlangte, dass diese "Grundsätze" jedem SS-Mann einzuhaemmern seien. Nach Kenntniss dieser Erziehungsmethoden hoert die beispiellose Marter- und Mordbereitschaft der SS-Leute auf, ein psychologisches Raetsel zu sein!

Erfuellte von dem eigenen rassistischen Uebermenschentum, gehaetschelt und gepflegt als neuer Blut-Adel, erzogen in bedingungslosem Gehorsam bei Ausföhrung von Befehlen, sei es auch von solchen tierischster Grausamkeit gegen wehrlose Menschen, hinweggehoben ueber das Heute und damit ueber jede sich vielleicht noch bemerkbar machende Gewissensregung, ueberzeugt, dass die "Gegenwart nur Lug und Trug" sei und die Menschen ein "verquatschtes Mischvolk", dem "wir, die SS, an Wert weit ueberlegen sind, moegen sie uns auch an Zahl uebertragen, bauen wir fuer die naechsten tausend und zweitausend Jahre." Diese verbrecherischen Lehren gaben den SS-Leuten die Hemmungslosigkeit zu ihren zahllosen Bluttaten.

Mit dem Eintritt in die SS gehoerte der betreffende nun zur "Elite des Volkstums", zu denjenigen, die das Ideal des nordischen Herrenmenschen darstellten. Nach einer Verordnung vom 9. November 1935 war er berechtigt und verpflichtet, seine Ehre als SS-Mann mit der Waffe zu verteidigen. Das Reichsgericht kommentierte diese Verordnung durch folgendes Urteil: "Der Paragraph 53 des Strafgesetzbuches erlaubt dem einfachen Buerger, Waffen nur in der Notwehr zu gebrauchen. Mitglieder der SS dagegen haben das Recht, ihre Waffe zu gebrauchen, wenn ein Angriff auch durch andere Mittel abgewehrt werden kann. Der SS-Mann kann seinen Volksgenossen nicht das Schau-

\* Heinrich Himmler "Weltanschaulicher Schulungskursus vor hohen Offizieren", 1937.

spiel einer Balgerei bieten. Solch ein Schauspiel ist unvereinbar mit der SS-Uniform." SS-Leute hatten das von Hitler gegebene Recht, auf Wehrlose zu stechen und zu schiessen, straflos alkoholische Exzesse, Pluenderungen, Sittlichkeitsverbrechen und Erpressungen zu verueben und persoenliche Widersacher aus dem Wege zu räumen. Verbrechen solcher Art wurden von ihren Vorgesetzten gern gesehen; denn sie waren ein Zeichen dafuer, dass sich der betreffende auf allen Gebieten des verbrecherischen SS-Dienstes als brauchbar erweisen wuerde.

## DAS SS-HAUPTAMT FUER RASSE UND SIEDLUNG

Zu dieser rechtlichen Ausnahmestellung kam die materielle Korruption des SS-Mannes, die ihn auf Lebenszeit von materiellen Sorgen freihalten sollte. Zu diesem Zweck wurde das Hauptamt fuer Rasse und Siedlung der Reichsföhrung SS angegliedert. Es hatte die Aufgabe, fuer die Zukunft ausgedienter SS-Leute zu sorgen. Entsprechend der Theorie Darrés vom "Blut und Boden" sollten diese als sogenannte "Wehrbauern" an den Grenzen Grossdeutschlands und in den geraubten Laendern angesiedelt werden. Unter der Anleitung des Amtes sollte die SS auch wirtschaftlich zum Adel der germanischen Rasse emporsteigen. Himmler, Darré, Stuckart und andere erklarten, "die SS liege rassenmaessig zwischen dem Uralten, Goettlichen und der germanischen Rasse und die germanische Rasse zwischen der SS und den uebrigen Rassen der Erde". Der SS stehe infolgedessen eine Ausnahmestellung im Staat, die Rolle als Blut-Adel und die materielle Sicherung zu.

Nicht nur die "Reinrassigkeit" der SS sollte durch das Hauptamt fuer Rasse und Siedlung gehuetet, sondern zugleich das nordische Blut gestaerkt werden. Als ehemalige Schueler des Landwirtschaftswesens versuchten Himmler und Darré nun die Praktiken der Viehzucht auf die Menschen anzuwenden. Himmler erliess auf Vorschlag Darrés ein besonderes Zucht- und Ehe-Gesetz fuer SS-Leute. Nach diesem Gesetz durften SS-Leute nur mit Erlaubnis des Hauptamtes fuer Rasse und Siedlung heiraten. Sie sollten nur "erstklassige" Frauen ehelichen, wobei Himmler und Darré unter "erstklassig" Blondinen mit weiten offenen Augen, langem schmalen Gesicht, rosig weisser Haut, schmaler Nase und schmalen Mund verstanden. Der SS-Mann musste sich, um die Erlaubnis zur Eheschliessung zu erwirken, mit seiner Auserwaehlten zu einer ausserordentlich erniedrigenden rassebiologischen Untersuchung stellen. Der Frau wurde die eidliche Verpflichtung auferlegt, ihre Kinder zu SS-Leuten oder SS-Frauen im Sinne der "Erblehre von der Herrenrasse" und der "Wehrfreudigkeit" zu erziehen.

Unzaehlige Feldpostbriefe aus dem Hinterland an die Front haben enthuehlt, dass die SS-Frauen ihre Maenner zu den bestialischsten Handlungen in den besetzten Laendern anfeuerten. Sie ruehmten sich, ihre auslaendischen Zwangsarbeiter und -Arbeiterinnen zu quaelen und waren ueberzeugt, dass ihnen die ganze Welt mit Recht zur Ausbeutung uebergeben sei. Die Mannschaften der SS-Totenkopfverbaende, das heisst der alleruebelsten Henkersknechte innerhalb der SS, mussten sich verpflichten, auf die Eheschliessung zu verzichten, weil sie auf den Geschaeftsreisen ihres Galgenvogelgewerbes durch Deutschland und hinterher durch ganz Europa nicht durch die Ehe behindert werden sollten. Aber Himmler sorgte dafuer, dass auch das "kostbare nordische Blut"

dieser Unmenschen der Fortpflanzung nicht verloren gehe; in den bayerischen Alpen und in Ostpreussen richtete er sogenannte "Hegehoeft" ein mit nordischen SS-Vestalinnen", die den "reinrassischen Offizieren und Mannschaften der Totenkopfverbaende zur Verfuegung" standen. Die Pflege der Kinder, die aus diesen Beziehungen hervorgingen, uebernahm die Reichsfuehrung der SS.

Keineswegs jedoch beschraenkte sich das Hauptamt fuer Rasse und Siedlung auf die "biologische und geistige Erhebung der germanischen Rasse zur Herrenrasse". Ein weiteres Aufgabengebiet erstreckte sich auf die Ausrottung der "rassisch, koerperlich oder geistig minderwertigen Menschen". Himmler und seine Bande hatten ausgerechnet, dass in Deutschland zwei Millionen Menschen vorhanden waren, die an koerperlichen und geistigen Defekten litten und ihren Lebensunterhalt nicht durch Arbeit bestreiten konnten. Der Fuehrer der nazistischen Aerzteschaft, Dr. Gerhard Wagner, behauptete, dass den Staat allein die Unterhaltung von 880.000 Geisteskranken 631 Millionen Mark jaehrlich koste. Das Hauptamt fuer Rasse und Siedlung ordnete daraufhin fuer diese Ungluecklichen Sterilisierung und nachher Toetung an. Nach Mitteilungen der amerikanischen Korrespondenten Joseph C. Harsh und William L. Shirer befanden sich die Todeshaeuser fuer "unheilbare Erbkrankte" unter anderem in Grafeneck bei Stuttgart, in Hartheim bei Linz und in Pirna bei Dresden. Allein in den Jahren 1939 bis 1940 wurden rund 100.000 solcher Kranken auf Anordnung des Hauptamtes umgebracht. In den Jahren 1933 bis 1939 wurden ausserdem 375.000 Menschen sterilisiert. Es ergibt sich daraus, dass die SS-Todesfabriken in Polen, Litauen und Lothringen keine Erscheinungen des Krieges waren. Sie gehoerten laengst zu den Einrichtungen des SS Hauptamtes fuer Rasse und Siedlung.

## DIE SS HALBGOETTER

Neben Hitler, Goering, Himmler, Hess und Goebbels etablierten sich die hohen SS-Fuehrer als die "reinen Traeger des ewig germanischen Blutes". Sie ernannten sich solchermassen zu Halbgoettern, die ueber Leben und Tod stehen, unter denen zu dienen die hoechste Ehre ist. Das "Idealbild" eines solchen Halbgoettes und Welten-Erbauers, was er fuehlt und denkt, malte die Nazipresse durch folgenden Erguss:

"Doch gehoert das Junghafte zum Bilde des SS-Weltbauers ebenso wie seine unbaendige, ueberwaeltigende Vergnuegtheit, die immer ganz aus dem Innern ueberschaeuert, und das Baeuerische, das seinem Wesen eingeboren ist, eigentlich das Grossbaeuerische, oder wenn man es ganz richtig treffen will, das Weltbaeuerische. Denn er ist ein Weltmann, seine Heimat ist — nicht zuletzt in diesem Kriege — die ganze Welt, zumindestens die europaeische geworden. Aber das reicht noch nicht aus. Er gehoert in die Reihe jener Maenner, welche Laender erobern wollen, um sie kultivieren zu koennen... Land, Land! scheint die bestaendige Parole aller dieser Maenner, Raum allen denen, die germanischen Blutes sind. Raum der grossgermanischen Idee."\*

Nach der mystischen Lehre, die in den SS-Ordensburgen verbreitet wurde, sind die leitenden Nazis und die SS-Fuehrer die Verkoerperer eines goettlichen Zuchtwahlprinzips, das der heiligen Synthese von Blut und Boden ent-

\* "Schwarzes Korps", vom 28. Januar 1943.

springt. Sie sind deshalb unverletzbar und unueberwindlich. Sie sterben nicht, sondern "sie ziehen nach ihrer heldenhaft und segensreich zurueckgelegten irdischen Laufbahn in Walhalla ein". Aber zu leicht konnte dieser mystische Zauber durch den Dolchstich oder die Kugel eines Raechers zerstoert werden. Um das zu verhindern, hielt sich ein jeder der Unsterblichen eine vielkoeepfige Schutzgarde, deshalb fuhr er in kugelsicheren Autos, lebte und amtierte hinter Panzerplatten. Um Raecher abzuschrecken, wurde der Preis eines solchen reinrassischen germanischen Uebermenschen aeusserst hoch angesetzt. Das Leben von 50 Franzosen, 300 Serben, 700 Tschechen, 1.000 Polen, 2.000 Russen, 5.000 Juden war der Wechselkurs. Ungeachtet dessen erreichten zuweilen die Raecher ihr Ziel. Dann aber wurde der Tod des betreffenden Halbgoettes zum "Opfer- und Mahntod", oder zu einem einfachen Avancement, einer Versetzung nach Walhall. Denn niemals durfte zugegeben werden, dass es mit der Unverletzlichkeit und Unueberwindbarkeit dieser Gangsterfuehrer nicht sehr weit her war

Wie ein solcher Hokuspokus ablief, da fuer bietet die Todesfeier fuer den "Protektor" der Tschechoslowakei Reinhard Heydrich, ein Beispiel. Heydrich wurde in der Naehel von Prag von seinem Schicksal erreicht. Zur Vergeltung fuer den Tod dieses Massenmoerders und Blutsaeufers wurden 700 tschechoslowakische Patrioten erschossen und zwei Ortschaften niedergebrannt. In den Nachrufen wurde der Henker Heydrich als "Herrenmensch, ritterlicher Held, als Verkoerperer des Zuchtwahlprinzips von Blut und Boden, als treuer Familienvater, als Diener des Volkes, als Wahrer des altgermanischen Rechtes" bezeichnet, als "Herr von Geburt und Haltung", als "Muster an Bescheidenheit, erfuehlt von einem unbeschreiblichen Gerechtigkeitssinn und als ein Mann von edler Gesinnung. Ihm seien Furcht und allzugrosse Vorsicht fremd gewesen. Fuer alle Deutschen werde Heydrich ein Blutzzeuge sein, dass Boehmen und Maehren deutsche Reichslande sind und bleiben."\*

Nach der Ansicht des "Schwarzen Korps" war Heydrich ebenso ein gluehender Idealist wie ein kaltbluetiger Ausdeuter des nationalsozialistischen Rechtsgedankens gewesen. Der Fuehrer habe ihn in die unsterbliche Ahnenreihe der Geister erhoben, die ueber der Schlachtenreihe der Lebenden weiterkaempfen. Heydrich sei Gegner jeder menschlichen Selbstherrlichkeit gewesen, die nur den Glauben an das waltende Gesetz des Uralten zerstoere. Er habe zur Ordensgemeinschaft der SS gehoert, um diese umso tiefer in die geschichtliche Blutbahn des ganzen Volkes hineinzustellen. "Er stellte einen Kraftspeicher der Energien dar, die ueber zeitliche Begrenzung eines Lebens hinausdrangen."

Man kann wohl sagen, dass im nazistischen Blut-Adel vom Laecherlichen zum Erhabenen, vom Gangster zum Gott nur ein Schritt ist. Jahrzehntelanger nazistischer Rassenkult liess die ihm Verfallenen nur noch die zu Halbgoettern erhobenen SS-Fuehrer sehen. Sie warfen fuer diese ihr Leben in die Schanze, ruinierten und beschmutzten den Namen ihres Volkes und ihres Landes und vernichteten ihre eigene Zukunft.

## DIE SS IST UEBERALL

Um den Aufbau der SS, ihre zahllosen Verzweigungen und die Vielfaeltigkeit ihrer Taetigkeit erfassen zu koennen, ist es notwendig, sich von

\* Himmler in seiner Rede zum Tode Heydrichs, Berlin 1942.

der Auffassung freizumachen, als sei die SS aehnlich wie die Reichswehr, nur eine rein militaerische Organisation, als sei sie nur der Polizeiapparat des Dritten Reiches. Die SS ist viel mehr als Militaer und Polizei. Seit 1933 wurde sie planmaessig zum Traeger des Staats- und Parteiapparates, zum Kern des Offiziers- und Unteroffizierskorps der Wehrmacht ausgebaut.

Die SS war ihrer Rolle entsprechend organisiert. Ihr politischer Verband war die Allgemeine SS. Dieser gehoerten alle Mitglieder der SS, gleichviel, welche Funktion oder welchen Beruf sie ausuebten, an. Die Mitgliederzahl der Allgemeinen SS war nie genau festzustellen. Im Jahre 1939 soll sie 250.000 betragen haben, im Verlaufe des Krieges auf mehr als eine Million angewachsen sein. Die Mitglieder der Allgemeinen SS uebten die verschiedensten zivilen, politischen, militaerischen und privaten Funktionen in allen Zweigen des nazistischen Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft aus.

Die Mitglieder der Allgemeinen SS verteilten sich auf die Geheime Staatspolizei, auf die Sicherheits-, Landes- und Ordnungspolizei, auf die SS-Verfuegungstruppen (Totenkopfverbaende), auf die SS-Polizeitruppen, auf die Waffen SS, auf den SS-Sicherheitsdienst, auf die SS-Beamtschaft im Partei- und Staatsapparat und auf die SS-Offiziere und Unteroffiziere in der Wehrmacht. Sie uebten demgemaess zugleich Partei- und Staats-Funktionen aus, ueberwachten den Partei- und Staatsapparat sowie die Wehrmacht, und kontrollierten auch die Mitglieder der Allgemeinen SS selbst.

Die Verfuegungstruppe der SS war die private Armee Hitlers. Ihr Kommandeur war jahrelang der SS-Obergruppenfuehrer Sepp Dietrich. Sie setzte sich aus der SS-Standarte "Adolf Hitler", SS-Standarte "Deutschland" und der SS-Standarte "Germania" zusammen, die motorisiert und drei bis vier Bataillone stark waren. Sie verrichteten Nachtwachterdienst bei Hitler und bei anderen hohen Naziherrn, die den Reichswehr-Wachbataillonen niemals trauten.

Nach Ausbruch des Krieges uebernahmen die SS-Verfuegungstruppen ausserdem in den unterjochten Laendern den Besatzungsdienst und sind in erster Linie fuer die Geiselerchiessungen in Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Norwegen und Daenemark verantwortlich.

Die SS-Totenkopfverbaende waren die eigentlichen Terrortruppen. Ihr Kommandeur war der SS-Oberfuehrer Theodor Eicke, ein Schinderknecht und Massenmoerder groessten Stils. Eicke wurde am 26. Februar 1943 von Sowjet-Partisanen erschossen. Die SS-Totenkopfverbaende setzten sich aus dem Abschaum des Volkes zusammen: aus kriminellen Kreaturen, die vor keiner Gewalttat, keiner Folterung, keinem Meuchelmord zurueckschreckten. Sie wurden als am wenigsten zersetzbar eingeschaezt und deshalb zur Verwaltung der Konzentrationslager verwendet. Die Totenkopfverbaende waren im Gegensatz zu den SS-Verfuegungstruppen in Hundertschaften eingeteilt. Ihre Mannschaften mussten sich auf vier Jahre verpflichten. Waehrend der Dienstzeit war ihnen die Ehe verboten. Ausgediente Mannschaften der Totenkopfverbaende wurden vorwiegend in die Gestapo oder in andere Polizeiformationen uebernommen. Nach Ausbruch des Krieges wurden die Totenkopfverbaende in der Tschechoslowakei, in Polen und in den von den Nazis besetzten Sowjetgebieten als Besatzung verwendet. Auf ihr Konto kommt die Hinschlachtung von Millionen Einwohnern dieser Laender.

Alle Mitglieder der Reichsfuehrung SS und der SS-Hauptaemter gehoerten den Totenkopfverbaenden an. Offiziere und Unteroffiziere der Totenkopf-

verbaende wurden von Himmler bei Ausbruch des Krieges zum Aufbau der Waffen-SS verwendet. Diese sollten als zusaetzliche Sicherung der Nazifuehrer und ihres Naziregimes im Falle eines unguenstigen Verlaufes des Krieges dienen. Himmler begruendete das 1937 mit den Worten: "Wir werden in einem kuenftigen Kriege nicht nur die Front der Armee auf dem Lande, die Front der Marine zu Wasser, die Front der Luftwaffe im Luftraum ueber Deutschland haben, sondern wir werden noch einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland. Das aber ist die Basis, die wir gesund halten muessen, auf Biegen und Brechen gesund, weil sonst die drei anderen, die kaempfernden Fronten Deutschlands wieder den Dolchstoess in den Ruecken bekaemen. Die Probleme, die in Verbindung damit geloest werden muessen, hat der Fuehrer mir anvertraut. Er hat mir unbegrenzte Vollmachten gegeben, um meine Plaene durchzufuehren, sobald die Noetwendigkeit dazu besteht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass brutale Ruecksichtslosigkeit den wesentlichen Bestandteil meines Programmes bildet." \*

Die Waffen-SS wurde aus Funktionaeren und Mitgliedern der Hitler-Jugend, der Sturmabteilungen, des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps zusammengestellt und in Divisionen gegliedert. Die Namen dieser Divisionen waren "Adolf Hitler", "Hermann Goering", "Heinrich Himmler", "Grossdeutschland", "Germania", "Feldherrnhalle", "Fuehrer", "Wiking", "Leibstandarte", "Prinz Eugen" und "Das Reich". Alle wurden mit Panzerwagen, Tanks und Artillerie ausgeruestet, und Goering stellte ihnen Luft-Divisionen zur Verfuegung.

Die Waffen-SS hatte ihr Hauptamt in Berlin. Ihr Oberbefehlshaber war der SS-Obergruppenfuehrer Hans Juettner. Der SS-Brigadefuehrer Ernst Vahe fungierte als Chef des Rekrutierungsamtes, der SS-Obergruppenfuehrer Hans Berger als Inspektor fuer das Verkehrs- und Nachschubwesen, der SS-Obergruppenfuehrer Albert Sachs als Inspektor des Nachrichtendienstes und der SS-Obergruppenfuehrer Karl Wilhelm Specht als Inspektor fuer die Erziehung des Waffen-SS-Offiziersnachwuchses.

Ihre Staerke betrug zuweilen 40 Divisionen oder 600.000 Mann. Als sich die Lage an den Fronten verschlechterte, kamen dringliche Anforderungen von militaerischen Befehlshabern, die Waffen-SS zum Einsatz zu bringen. Aber Himmler weigerte sich behaerlich und antwortete dem Generalfeldmarschall Erwin Rommel auf eine solche Anforderung: "Es darf niemals geduldet werden, dass die Wehrmacht bei kritischen Lagen gegen die eigenen Volksgenossen im Innern mit der Waffe eingesetzt wird. Das ist die Aufgabe der Waffen-SS." \*\*

Um Diskussionen aus dem Wege zu gehen und die Mehrzahl der Waffen SS-Divisionen weiter im Lande halten zu koennen, erklarte Hitler 1943 diese als einen selbstaendigen Wehrmachtsteil neben dem Heer, der Marine und der Luftwaffe, dessen Fuehrung in den Haenden Himmlers und seiner Vertreter verblieb.

Die ungeheuren Verluste der Wehrmachtstruppen im Osten, die Aufreihung der SS-Verfuegungstruppen an der Front und in den besetzten Gebieten zwang Himmler und Hitler schliesslich, die Waffen-SS dennoch an die Front zu schicken. Ihre Verluste erforderten bald eine besondere Werbung von

\* Himmler Schulungsvortrag vor Offizieren der Wehrmacht, 1937.

\*\* Geheimbefehl 24/9 W. 11/9/40.

Freiwilligen. Divisionen aus flaemischen, hollaendischen, norwegischen, sude-tendeutschen, franzoesischen und sogar arabischen Nazis wurden gebildet. Aber die Qualitaet litt unter der Quantitaet. Bald zeigte sich ein wesentlicher Unterschied zwischen der Waffen-SS und den Totenkopfverbaenden. Die ersteren wurden, wie die Wehrmachtstruppen, von der um sich greifenden Zer-setzung ergriffen. Im Jahre 1943 schloss Himmler daraufhin mit dem Reichs-jugendfuehrer Arthur Axmann ein Abkommen, wonach die 15 bis 17-jaeh-rigen Mitglieder der Hitler-Jugend einem vierwoechentlichen militaerischen Ausbildungskursus zu unterwerfen seien. Jene, die besondere soldatische Eigen-schaften zeigten, wurden zum Eintritt in die Waffen-SS gezwungen.

Aus der Allgemeinen SS ging ferner der SS-Sicherheitsdienst hervor. Der SD war die private politische Polizei Hitlers und Himmlers. Das Ausmass des SD ist nie genau bekannt geworden. Ohne Zweifel handelte es sich bei der Zahl viertausend, von welcher Himmler 1937 sprach, nur um die Leiter der einzelnen SD-Stellen, die Zahl der Mitglieder des SD duerfte Zehntausende betragen und im Kriege noch weiter zugenommen haben. Die zum SD gehoe-rigen SS-Leute trugen keine Uniform.

Im Jahre 1931 trennte Himmler den SD organisatorisch von der Allge-meinen SS. Er fuerchtete, dass deren Mitglieder und die Formationen der Verfuegungstruppen zu politisieren beginnen wuerden, wenn sich die SD-Leute unter ihnen befaenden. Himmlers Sorge war berechtigt; denn die Aufgaben des SD waren besonderer Natur. Sie bestanden in dem Studium des Kommunismus, der Freimaurerei, des Ultra-Montanismus, des Judentums, des poli-tisierenden Protestantentums und Katholizismus und des Junkertums und der Argumente oppositioneller Stroemungen innerhalb der Nazipartei. Sie bestan-den ferner in der Bespitzelung all dieser Organisationen, Gruppierungen und Kreise. Ausserdem hatte der SD Sonderauftraege zu erledigen, wie die Er-mordung gefaehrlich erscheinender Persoenlichkeiten, Nicht-Parteimitglieder oder auch Parteimitglieder. Dazu wurde in der Regel ein "toedlicher Unfall" oder der "Heldentod" organisiert. Die Ermordung des Generals Fritz Todt, des General-feldmarschalls Walter von Reichenau und anderer erfolgte auf diese Weise. Der SD hatte Einbrueche zum Raub von Dokumenten, Entfuehrungen von Emigranten aus den Nachbarlaendern, Befreiung von Nazis, die in die Haende auslaendischer Maechte geraten waren und aehnliche Auftraege zu erledigen.

Die Auftraege dieser Art wurden von den sogenannten Sonderkommandos des SD ausgefuehrt, denen — wie der "Voelkische Beobachter" gelegentlich schrieb — "tollkuehne, entschlossene Maenner angeh hoeren, die an einer laut-losen Front im ruecksichtslosesten Einsatz Unvergleichliches leisten, und ueber technische und finanzielle Hilfsmittel in unbegrenzter Fuelle verfuegen."

Diese Sonderkommandos des SD fanden in der Nazipresse zum ersten Male Erw aehnung, nachdem sie die Befreiung Mussolinis aus der Gefangens-chaft Badoglio durchgefuehrt hatten. Die SD-Mitgliedschaft wurde streng-stens geheimgehalten. Sie wurde fuer die Erfuellung ihrer Aufgaben beson-ders geschult. Sie war in sogenannten Zellenaemtern territorial zusammen-gefasst. Es befanden sich im SD Individuen aus allen Bevoelkerungsschichten: Beamte, Industrielle, Betriebsleiter, technische und kaufmaennische Angestellte und Arbeiter, Geschaeftsinhaber, Handwerker, Restaurateure, Portiers, Brief-traeger, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Wehrmacht, Theater- und Filmleute, Beamte des Auswaertigen Amtes und des Diplomatischen Dienstes,

Funktionaere der Hitler-Jugend, der Deutschen Arbeitsfront, der SS-Frauen-schaft, des NS-Luftschutzes und anderer Naziorganisationen. Durch den SD unterhielt die Reichsfuehrung der SS geheime Beziehungen zu allen zivilen und militaerischen Behoerden, zu allen wichtigen Betrieben, allen Botschaften, Gesandtschaften und Konsulaten, zu den Parteiinstanzen und Organisationen. Es wird ein schweres Stueck Arbeit sein, die SD-Mitglieder einmal restlos ausfindig zu machen.

Der SD arbeitete ausschliesslich fuer die Reichsfuehrung SS. Nachdem diese die Gestapo leitete, arbeitete er auch fuer diese. Bis zu seinem Tode blieb Heydrich oberster Chef des SD und zugleich Chef der Gestapo. Seine rechte Hand war der SS-Obergruppenfuehrer Dr. Werner Best. Nach der Nieder-lage der Wehrmacht vor Moskau Ende 1941 kam Heydrich zu der Auffassung, dass der SD zur Bespitzelung von Volk, Staatsapparat und Nazipartei allein nicht mehr ausreiche. Er ordnete deshalb die Bildung des Volks-Beobachtungs-dienstes (VBD) an, dessen Aufgabe es sein sollte, "die Volksmassen im na-zistischen Geiste zu erziehen und den sich vorbereitenden Hochverrat zur An-zeige zu bringen, ehe er sich ernstlich entwickeln konnte."

Heydrich rechnete auf die Hilfe der Millionen, die unter nazisti-schem Einfluss standen. Ihnen setzte er auseinander, dass es Ehrenpflicht sei, zu denunzieren, wogegen die Unterlassung der Anzeigeerstattung als Be-weis hochverraeterischer Gesinnung angesehen und beurteilt werden muesse. Un-ter Leitung der Zellenaemter des Sicherheitsdienstes uebernahm der Volks-Beobachtungsdienst (VBD) die Ueberwachung der Bevoelkerung. In jeder Fabrik, in jeder Werkstatt, in jedem Buero, in jedem Hauserblock, in jedem Dorf gab es VBD-Leute. Diese draengten sich als Mitglieder der Hitler-Jugend oder als Hausangestellte in die Familien ein und berichteten dem SD die Gespraechе der Familienmitglieder. Sie bespitzelten den Verlauf des Got-esdienstes in den Kirchen, den Verlauf des Unterrichtes in den Schulen usw., meldeten Aeusserungen der Maenner im Arbeitsdienst, der Offiziere und Sol-daten in der Armee.

In den letzten Kriegsjahren genuegte die Denunziation eines VBD-Spit-zels, um Menschen dem SD-Sonderkommando auszuliefern und spurlos ver-schwinden zu lassen; die Opfer dieser SD- und VBD-Halunken zaehlen nach Zehntausenden. Fuer die Spitzeltaetigkeit im Heere hatte Hitler schon in "Mein Kampf" die Richtlinien aufgestellt. "Will man schwache, schwankende oder gar `feige Burschen" — hiess es da — "nichts desto weniger zu ihren Pflichten anhalten, dann gibt es von jeher nur eine Moeglichkeit: Es muss der Deserteur wissen, dass seine Desertion gerade das mit sich bringt, dem er ent-fliehen will. An der Front kann man sterben; als Deserteur muss man sterben. Nur durch solch eine drakonische Bedrohung jedes Versuches zur Fahnenflucht kann eine abschreckende Wirkung nicht nur fuer den Einzelnen, sondern fuer die Gesamtheit erzielt werden."\*

Nach Heydrichs Tode ernannte Hitler den SS-Obergruppenfuehrer Dr. Ernst Kaltenbrunner zum Chef des SD, des VBD und der Gestapo. Kalten-brunner war Oesterreicher, hatte schon als Student an der Universitaet Wien antisemitische Krawalle angestiftet, und war Organisator des oesterreichischen SS-Sturmes 89, der sich an der Ermordung des Kanzlers Dollfuss beteiligte.

\* "Mein Kampf", Seite 587, Muenchen 1936.

Nach dem Scheitern des nazistischen Putsches in Oesterreich 1934 wurde Kaltenbrunner von Himmler zum Chef der illegalen Oesterreichischen SS ernannt. Nach der Annexion Oesterreichs wurde er Kommandeur der oesterreichischen SS und der Sicherheitspolizei. Kaltenbrunner fungierte so als eigentlicher nazistischer Diktator Oesterreichs. Als rechte Hand Kaltenbrunners fungierte der Adjutant Himmlers, SS-Obergruppenfuehrer Karl Wolff.

Es ist bekannt, dass die NSDAP ueber ihr eigenes Parteigericht verfuegte, das in Muenchen am Karolinenplatz seinen Sitz hatte. Es nannte sich "Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuss", abgekuerzt "Uschla". Oberster Parteirichter war der SS-Obergruppenfuehrer Major Walter Buch, sein Stellvertreter der SS-Obergruppenfuehrer Wilhelm Grimm, der am 26. Juli 1944 angeblich auf einer Dienstreise in Frankreich ums Leben kam, und der SS-Oberfuehrer Emil Danzeisen, welcher in der Regel als Anklaeger in den vor der Uschla anhaengig gemachten Verfahren auftrat. Die Devise Major Buchs, der den Spitznamen "der Tod aus dem Hinterhalt" trug, war eindeutig: "Sei Hitler treu oder du wirst erschossen." Der SD, soweit er sich mit der Ueberwachung der NSDAP-Mitglieder befasste, arbeitete fuer den der Reichsfuehrung SS angehoerenden Major Buch. Die Urteile gegen Parteimitglieder, die der Uschla faellte, wurden von den SD-Sonderkommandos vollstreckt. Ueber dem obersten Parteigericht stand das besondere SS-Gericht. Es trug den Namen "Hauptamt SS-Gericht" und war fuer alle ersten Disziplinarfaelle zustaeendig, die sich innerhalb der SS und des SD ergaben. Oberste SS-Richter waren der Obergruppenfuehrer Paul Scharf und der SS-Obergruppenfuehrer Max Breithaupt. Dem Gericht gehoerten ferner an: Die SS-Obergruppenfuehrer Karl Wolff und Werner Best. Ein Verfahren vor dem "Hauptamt SS-Gericht" endete in der Regel mit einem Todesurteil.

#### DIE ZEITUNG "DAS SCHWARZE KORPS"

"Das Schwarze Korps" war die Tageszeitung der Allgemeinen SS. Es wurde nicht nur fuer die SS-Leute geschrieben, sondern fuer alle Mitglieder der Naziartei. In ihm kam die politische Orientierung dieser gewaltigen Terrororganisation am deutlichsten zum Ausdruck. Das "Schwarze Korps" war ein zwiespaeltig redigiertes Blatt. Die Glossen, fuer Intellektuelle geschrieben, waren witzig und hatten den frueher linksradikal gewesenen Hans Reimann zum Verfasser, den Satiriker des saechsischen Koenigs. Die politischen Probleme dagegen wurden in der ruedesten und stupidesten Form behandelt. Damit sollten den Nazis "volkstuemliche" Argumente fuer ihr politisches Auftreten gegeben, sie aber gleichzeitig gehindert werden, ernsthaft politisch zu denken. Die Reichsfuehrung SS schuf im "Schwarzen Korps" die Ideologie fuer das Gangstertum. Die Auffassung des "Schwarzen Korps" war fuer alle massgebend, und die gesamte Parteipresse hatte zu uebernehmen, was das SS-Verbrechertum den deutschen Volksmassen als politische Informationen und Moraltheorie vorsetzte. Am 20. April 1939 dichtete das "Schwarze Korps" zu Hitlers Geburtstag: "An diesem Tage komme ich naeher zu Deiner Erscheinung. Sie ist hart, glaenzend und gewaltig. Sie ist einfach, bescheiden und warm. Sie ist in einer Person unser Vater, unsere Mutter und unser Bruder. Sie ist noch mehr... So stehst Du unter dem Baldachin der Liebe von Millionen menschlichen Wesen, unter dem Baldachin, dessen scheinende Huelle sich zum Himmel erhebt."

Am 20. April 1944 lautete der Sermon auf den "unfehlbaren Fuehrer" wie folgt: "Hitler, der Gott. Die Allgegenwart seines Willens, die wir zu spueren glauben, setzt voraus, dass er in uebermenschlichem Wachsein alles sieht, alles hoert, alles weiss, was deutsches Schicksal ist. Hier setzt die Verstaendnislosigkeit der fremden Umwelt ein, die von einer Vergoetterung spricht und sich bemueht, auch ihm nur menschliche Grenzen zu stecken. Der Fuehrer lebt in seinen Grenadieren, die mehr leisten als ein Soldat vor ihnen je hat leisten koennen. Er lebt in den Maennern und Frauen seines Volkes, die in unbeirrbarer Zuversicht das Unmoegliche moeglich machen. Sie gehorchen nicht seiner Macht und sie folgen nicht seinen Befehlen, sondern sie gehorchen und folgen einer inneren Stimme, die Adolf Hitler heisst."

Seinen Grundsatz zur Volksaufklaerung formulierte das "Schwarze Korps" am 25. Mai 1944 wie folgt: "Der alte Spruch, der Mensch wolle betrogen werden, hat schon seinen tiefen Sinn. Den naemlich, dass man den Menschen nicht... mit der rauhen Wirklichkeit ins Gesicht springen darf, dass man sie vielmehr so nehmen solle, wie sie genommen werden wollen. Der Zweck heiligt dieses Mittel."

Warum Deutschland den Krieg machte, wurde vom "Schwarzen Korps" am 4. Mai 1944 "voelkerpsychologisch" begruendet: "Wir Deutsche sind zu unbescheiden, dass wir nicht genug Erfuellung finden in unserem kurzen Leben. Darum muss, was wir gebaut haben, noch ein paar tausend Jahre stehen und unsere Augen erfreuen, wenn es auch schon die Augen unserer Urenkel sind. So sind wir! Die Russen bauen sich Lehmkaeten. Morgen verweht sie der Wind! Die Franzosen stellen sich breite Betten in Luxuswohnungen. Wir Deutsche aber kuemmern uns darum, ob in tausend Jahren ein Mensch unseres Blutes noch Raum genug haben werde, um ein richtiges Leben zu leben. Und diesem unserem Wesen hat nun alles Gesindel der Welt den Krieg erkluert."

Das Kriegsziel war schlicht und einfach: "Die Eroberung der Welt!" Am 10. Februar 1944 schrieb das "Schwarze Korps": "Einmal werden unsere Regimenter und Divisionen von den Schlachtfeldern zurueckkehren, dann wird nicht ein romantischer Heroismus die Entscheidungen, die der Frieden fordert, bestimmen. Wir werden die Welt, die wir in diesem Kriege erstritten haben, mit aller Leidenschaft als unseren eigensten Besitz ansprechen."

Die Gefahren fuer das Volk im Falle des Sieges der Vereinigten Nationen enthuellete das "Schwarze Korps" vom 1. Juni 1944 in folgender Darstellung: "Gelaenge den Bolschewisten der Einbruch in die europaeische Menschheitswiege, so wuerden sie unter den Erwachsenen wohl alles umbringen, was sich nicht zum Sklaven eignet oder innere Widerstandskraft verraet. Die Kinder aber wuerden sie wahrscheinlich schonen, um mit ihnen in den Tiefen ihres Raumes das gewaltige Zuchtexperiment zu vollenden, das die juedischen Weltbeherrscher fuer alle Zeiten mit demuetigen, willfaehrigen und dennoch arbeitstuechtigen Sklaven beliefern soll."

Das Auf und Nieder des Kriegsglueckes und die dumpfe Furcht vor der Niederlage machte sich im "Schwarzen Korps" immer deutlicher geltend. Am 7. Januar 1943: "Das Jahr 1943 wird ueberhaupt erst das erste Jahr sein, in dem wir uns unserer gewandelten Lage, unseres Aufstieges nach der Krisis des Krieges unumschraenkt erfreuen duerfen." Auf Stalingrad folgte die Be-



hauptung: "Im Osten ist kein Tropfen deutschen Blutes vergeblich geflossen." Die Landung der Alliierten in Frankreich wurde am 15. Juni 1944 durch folgenden Schwulst in einen Sieg Hitlers umgewandelt: "Der Fuehrer hat in der vergangenen schweren Zeit mit allen militaerischen und politischen Risiken auch noch den Glaubenskredit, der ihm eingeräumt war, auf die Wagschale der Entscheidung geworfen. Er hat recht behalten. Er hat dem militaerischen Sieg, den wir im Westen erhoffen, einen politischen Sieg vorgesetzt; den Sieg des Glaubens in seine einmalige Groesse. Und dies ist das Zeichen seines Sieges, dass niemand mehr nach einem Warum zu fragen braucht; dass strahlende Helle ist, wo gestern noch die schmerzhaft empfundene Dunkelheit war. Es ist eigentlich seltsam, dass der Gegner die einmalige Chance, ihm diesen politischen Sieg zu rauben, den Glauben an ihn zu erschuettern, die Kluft des Zweifels zwischen Fuehrer und Volk aufzureissen, nicht wahrnahm. Er wusste so gut wie wir, was auf dem Spiele stand. Und schritt er nicht zur Invasion, so liess er uns in der Ungewissheit schmoren, im Warten und Fragen uns zermuerben, so gewann er doch mehr als diesen politischen Sieg; er sparte immerhin einen Aderlass, der dem vergreisten Britenvolk zumindest ans Leben geht."

Mit den Niederlagen nahm die Todesahnung der Halbgoetter zu. Das "Schwarze Korps" vom 13. April 1944 schrieb: "Wenn die Welt im bolschewistischen Chaos versinken soll, wenn es also fuer einen Menschen von guter Rasse heisst, vom Leben Abschied zu nehmen, dann wenigstens auf wuerdige Weise. Dann nicht krepieren, wie ein raediger Strassenkoeter, den jeder besoffene Nigger mit Fusstritten traktieren kann, sondern so sterben, wie man zu leben wuenschte. Und so sterben kann man in diesem Falle nur in Deutschland." Dann aber wuetet es in maechtigem Hass gegen die Zukunft, die aus den Truemmern des Naziregimes erwachsen wird: "Man stelle sich vor, Deutschland wuerde besiegt, der Nationalsozialismus als politisches System beseitigt, und man wuerde nun daran gehen wollen, Deutschland ein neues Regime zu geben, das also nicht nationalsozialistisch, aber auch nicht bolschewistisch sein sollte. Gesetz den Fall, der Bolschewismus wuerde einen solchen Versuch ueberhaupt dulden — wer sollte ihn unternehmen? Auf wen sollten sich die neuen Maenner stuetzen? ... Wer nicht dem Zwang des deutschen Gewissens folgte, dem wird die Knochenhand der hoechsten und letzten Instanz den richtigen Weg weisen. Keine Emigranten wuerden heimkehren, um hier Regierung zu spielen, kein Jude wuerde seine unterbrochene Schmarotzertaetigkeit wieder aufnehmen; denn der deutsche Boden waere ihm heisser als die Hoelle und wuerde seinen Leichnam voll Ekel wieder ausspeien."\*

Das "Schwarze Korps" betaetigte sich ausserdem damit, Terrorakte und Pogrome auszuloesen. Wer in diesem Blatt angeprangert wurde, konnte sich als zum Tode verurteilt betrachten; denn die Anprangerung wurde von den SS-Leuten oder SD-Sonderkommandos als Befehl zum Einschreiten durch Organisation "spontaner Ausbrueche der Voelkerregung" angesehen. Alle antisemitischen Pogrome vor und waehrend des Krieges und unzaehlige Terrorakte gegen einzelne Persoenlichkeiten wurden auf diese Weise eingeleitet.

\* "Schwarzes Korps": "Partisanenkrieg nach der Besetzung Deutschlands", Januar 1945.

## DAS VERHAELTNIS DER SS ZUR GESTAPO, SICHERHEITS- UND ORDNUNGSPOLIZEI

Die Entwicklung der SS nach der Machtuebernahme Hitlers 1933 ging konform mit dem Ausbau des nazistischen Polizeiapparates. Noch in der Zeit des Hitler-, Papen-, Hugenberg-Kabinetts verstaerkte der preussische Innenminister Goering die Schutzpolizei und Landgendarmarie durch SA- und SS-Leute, die er als Hilfspolizei bezeichnete. Am 27. April 1933 verwandelte Goering in Preussen die Abteilung IA (Politische Polizei), welche unter der Weimarer Republik eine aeusserst reaktionaere Taetigkeit ausgeuebt hatte, zur Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Zum Leiter der Gestapo ernannte Goering seinen engen Vertrauten, den ehemaligen Sekretaeer des preussischen Innenministers Karl Severing, Staatssekretaeer Dr. Rolph Diels. Dieser hatte sich im Preussischen Innenministerium als Dezerent der Abteilung IA bei der Vorbereitung der Reichstagsbrand-Provokation besonders hervorgetan.

Im Dezember 1933 trennte Goering die Gestapo von dem allgemeinen Polizei-Dezerent des Preussischen Innenministeriums und machte sich selbst zu ihrem Chef und bestimmte Diels zu seinem Stellvertreter. Ausserdem organisierte Goering als seine persoenliche Schutztruppe die Landespolizeigruppe "General Goering" und unterstellte sie dem spaeteren Polizeigeneral Walter Wecke. Nur bewaehrte SA-Leute wurden in die Landespolizeigruppe "General Goering" aufgenommen.

Im uebrigen Deutschland ereignete sich unterdessen auf polizeilichem Gebiet das Folgende: Nach der Reichstagswahl vom 5. Maerz 1933 liess Hitler die Regierungen der Laender und Provinzen durch seine SA-Stuerme absetzen und uebergab die Verwaltung nazistischen Reichskommissaren. Die bayerische Regierung drohte mit Widerstand. Hitler entsandte deshalb eine aus Epp, Roehm und Himmler bestehende Sonderkommission nach Muenchen mit dem Auftrage, die Regierung, wenn notwendig, mit Gewalt zu beseitigen. Das Kleeblatt fuehrte den Auftrag aus. So wurde Epp Statthalter und Himmler Chef der Polizeikraefte Bayerns. Himmler ernannte seinen Freund Heydrich zum Polizeipraesidenten von Muenchen und verwandelte die politische Polizei in eine Gestapo-Filiale.

Goering, der unterdessen zum preussischen Ministerpraesidenten avanciert war, erkannte seine ueberragende Machtstellung, die er noch durch gute Beziehungen zur Reichswehrgeneralitaet und zur Grossindustrie verstaerkte. Er war auch der Mann, der eine solche Machtstellung im eigenen Interesse masslos auszunuetzen verstand, weshalb Hitler seinen Freund Goering fuerchtete. Um Goerings ehrgeizigen Plaenen zu begegnen, war Himmler das geeignete Element. Dieser hatte die SS im Reichsmassstabe und die Polizei in Bayern fest in der Hand. Gestuetzt auf ihn wagte es Hitler, Anfang September 1933 auf dem Nuernberger Parteitag, die Beseitigung aller Landesregierungen und -Parlamente anzuordnen, und eine neue territoriale Einteilung des Reiches vorzunehmen. Aber Goering liess sich darauf nicht ein. Er parierte den Vorstoss, indem er erklarte, Hitler habe mit seiner Anordnung die Zentralisierung des Reiches betreffend, nur ein ferneres Ziel andeuten wollen, tatsaechlich aber bleibe bis auf weiteres alles beim alten. Ausserdem setzte Goering die in den preussischen Provinzen von Hitler ernannten Reichskommissare ab, und trat mit dem Statthalter von Bayern, Epp, in Verbindung,

um sich ueber eine gemeinsame Abwehr der Zentralisierungsbestrebungen Hitlers zu verstaendigen.

Um der drohenden Konspiration Goering-Epp zu begegnen, ernannte Hitler nunmehr Himmler nacheinander zum Chef der neu zu bildenden Gestapo in Hamburg, Mecklenburg, Wuerttemberg, Hessen, Thueringen, Anhalt, Oldenburg, Bremen und Sachsen. Goering antwortete darauf, indem er sich zum Chef der Preussischen Gestapo machte, seine Beziehungen zur Reichswehr-generalitaet und zur Grossindustrie ausbaute und die Landespolizeigruppe "General Goering" formte. Waehrend sich Hitler und Goering noch um die Vorherrschaft in Preussen rauften, traten Roehm und seine SA-Fuehrer auf den Plan und forderten von Hitler die Umwandlung der SA-Kerntruppen in Reichswehr-Formationen. In diese Zeit fiel die schwere Kompromittierung Goerings im Reichstagsbrand-Prozess, wo er gegen den Hauptangeklagten Dimitrow eine klaegliche Rolle gespielt hatte. Andererseits forderte die Reichswehr-generalitaet und die Grossindustrie von ihm die Beschleunigung der Aufrueftung und die Liquidierung der SA. Goering kannte die heikle Lage, in der sich Hitler befand, sah aber auch, dass seine eigene Stellung schwaecher geworden war. Im Maerz 1934 wusste er, dass die Zeit gekommen war fuer ein vorteilhaftes Kompromiss um den Preis der Verstaendigung mit Himmler, sowie der Liquidierung Roehms und der SA-Fuehrung.

Die Versoehnung mit Himmler erfolgte Anfang April 1934. Goering entliess Dr. Diels und ernannte Himmler zum Chef der Preussischen Gestapo. Er selbst gab sich den Titel "Generalinspektor der Geheimen Staatspolizei". Nachdem die Einigung zwischen Goering und Himmler in der Frage der Gestapo erfolgt war, verfuegte Hitler die Uebergabe des nicht-militaerischen Nachrichtendienstes, der sich bis dahin in den Haenden der SA-Fuehrung befunden hatte, an die SS. Am 12. Mai 1934 begaben sich Himmler und Buch nach dem Hauptbuero der SA, beschlagnahmten die Akten des Nachrichtendienstes und loesten dessen Zentrale auf.

Der Kampf Goering-Hitler-Himmler um die Vorherrschaft in Preussen hatte keineswegs gehindert, dass in Preussen, in Bayern und in allen uebrigen Laendern des Reiches der Aufbau der Gestapo vollkommen einheitlich erfolgt war. Schon unter den Regierungen der Weimarer Republik war die Durchdringung der politischen Polizei mit Nazis ungehindert vor sich gegangen. In allen Zweigen der Abteilung IA befanden sich Zellen des nazistischen Sicherheits-Dienstes. Diese reinigten nunmehr den Beamtenstab der politischen Polizei auch von den letzten "weltanschaulich Unzuverlaessigen"; nach und nach wurden alle nicht der Nazipartei angehoerenden Beamten entfernt.

Zu Inspektoren und Kommissaren der Gestapo wurden bewaehrte Nazispitzel ernannt, die seit Jahren in den Parteien, den Gewerkschaften, im Staats- und Militaerapparat der Weimarer Republik ihr schmieriges Gewerbe ausgeuebt hatten, sowie die Totschlaeger von den Sonderkommandos des SD. Die unteren Kader der Gestapo bildeten die Mitglieder der SS-Verfuegungstruppen, besonders der Totenkopfverbaende, Konjunkturluempchen, Ueberlaufer und Verraeter aus den Parteien der Weimarer Republik und anderes Gesindel. Je groesser der Halunke, desto hoeher war seine Stellung.

Die Kriminalistik arbeitete offiziell im Dienste der Kriminalitaet, die Verbrecher bildeten die Polizeibehoerde. Die Vorbereitung und Durchfuehrung der Bartholomaeusnacht vom 30. Juni 1934 war ihr Meisterstueck an Ring-

vereins-Organisation, kriminalistischer Praezision und meuchlerischer Brutalitaet. Von da ab begann der allgemeine Aufstieg der Gestapo und der SS, und Himmler bekam das Recht, an den Sitzungen des Reichskabinetts teilzunehmen. Er war fuer alles, was er unternahm, nur noch Hitler persoenlich verantwortlich.

Einerseits traten nun alle in der Gestapo zusammengefassten Totschlaeger, Folterknechte, Spitzel und Provokateure der Allgemeinen SS bei, soweit sie ihr nicht schon angehoerten. Andererseits wurde die Gestapo nur durch Mitglieder der SS und des SD aufgefuellt. An der Spitze der Gestapo und des SD stand nun das "Reichs-Sicherheits-Hauptamt", das zunaechst von Himmler, Heydrich und Best, spaeter von Himmler, Kaltenbrunner und Wolff geleitet wurde. Sein Aktionsradius erstreckte sich ueber alle Laender der Erde, basierend auf den Landesgruppen der NSDAP-Auslandsorganisationen und den diplomatischen Vertretungen des Dritten Reiches. Nach der Besetzung Oesterreichs, des Sudetengebietes und der Tschechoslowakei wurden diese Laender in den Taetigkeitsbereich des RSHA einbezogen. Die Zahl der Gestapoleute duerfte 1939 weit ueber hunderttausend betragen haben. Durch das Zusammenwirken der Gestapo mit dem SD erhoehte sich der Personalbestand des Reichs-sicherheits-Hauptamtes um das Vielfache. Jeder Nazifunktionaer war besonders nach Gruendung des Volksbeobachtungs-Dienstes als ein Agent des Reichs-sicherheits-Hauptamtes in irgend einer Weise taetig.

Im Verlaufe des Krieges dehnte Himmler seinen Apparat auf alle besetzten Gebiete aus und gruendete die SS-Polizei-Divisionen, zu deren Chef er den SS-Obergruppenfuehrer Wuenenberg ernannte. Als Chef der Gestapo in den besetzten Laendern und Gebieten fungierten unter anderem: die SS-Obergruppenfuehrer Dr. Hermann Franke und Walter Boehme in der Tschechoslowakei, die SS-Obergruppenfuehrer Erbprinz Josia Waldeck-Pyrmont, Karl Oberg, Hans Geissler und Anton Dunckern in Frankreich; der SS-Obergruppenfuehrer Wilhelm Krinstmann in Marokko; der SS-Brigadefuehrer Albert Rautter in Holland; der SS-Obergruppenfuehrer Wilhelm Rediness in Norwegen; der SS-Brigadefuehrer Max Kanstein, spaeter der SS-Obergruppenfuehrer Willi Pancke in Daenemark; der SS-Obergruppenfuehrer Wilhelm Krueger, spaeter der SS-Obergruppenfuehrer Odilo Globasnigg, spaeter der SS-Obergruppenfuehrer von dem Bache-Zelewski in Polen; der SS-Obergruppenfuehrer Alfred Funk in der West-Ukraine; der SS-Brigadefuehrer Willi Jaeger in Litauen; der SS-Brigadefuehrer Hans Jaekel in Lettland.

Fuer die Achsen- und die neutralen Laender fuehrte Himmler als diplomatische Sicherung des Gestapochefs die Stellung der sogenannten Polizei-Attachés ein. In Spanien wirkten als solche der SS-Obergruppenfuehrer Ernst Winzer und der SS-Brigadefuehrer Friedrich Kuhlmann. Ihnen unterstand ein Apparat von ueber hundert Beamten. In Rumaenien etablierte sich der fruehere Gestapocheff der Tschechoslowakei, SS-Obergruppenfuehrer Walter Boehme als Polizei-Attaché.

Das Reichssicherheitsamt und die ihm untergeordneten Stellen verfuegten ueber unbeschraenkte Machtbefugnisse. Sie waren zugleich Polizei, Gericht und Vollzugsorgan. Himmler und seine Stellvertreter entschieden ueber die Festnahme eines Opfers, sie entschieden, ob es dem ordentlichen Gericht zu ueberweisen, ob es in einem Konzentrationslager zu vergraben oder ob es dem Sonder-Kommando des SD zur endgueltigen Erledigung ueberantwortet werden sollte. Formal-rechtliche Grundlagen fuer diese Rechtslosigkeit lieferte auf Ver-

anlassung Himmlers das Preussische Oberverwaltungsgericht. Am 2. Mai 1935 faellte es, ausgehend von dem Schutzhaftgesetz vom 28. Februar 1933 eine Entscheidung, die besagte: "Die Gestapo ist eine Sonder-Polizei und deshalb in ihrer Taetigkeit keiner Rechtsaufsicht unterworfen. Eine von ihr in Schutzhaft genommene Person kann deshalb nicht verlangen, vor das zustaendige Gericht zwecks Einleitung eines ordentlichen Verfahrens gebracht zu werden." Diese Entscheidung wurde durch die Verordnung Goerings vom 10. Februar 1936 bestaetigt, durch die dem Reichssicherheits-Hauptamt gleichzeitig die Konzentrationslager unterstellt wurden.

Das alles aber war doch nur der Anfang; denn am 17. Juni 1936 ernannte Hitler den Reichsfuehrer SS Himmler zum Chef des Polizei-Dezernats des Reichsinnenministeriums. Damit wurde ihm und seinem RSHA die gesamte deutsche Polizei unterstellt. Neben der Gestapo und der Allgemeinen SS kommandierte Himmler nun auch die uniformierte Schutzpolizei, das Landgendarmeerikorp, die Kriminalpolizei, die Verkehrspolizei, die Eisenbahnpolizei, die Wasserpolizei, die Forsthuetter, die Bau- und Feuerpolizei, die Medizinal-Polizei und die Feuerwehr mit allen ihren Einrichtungen. Zum Chef der Ordnungspolizei (Schutz-, Kriminal-, Eisenbahn-, Wasser-, Verkehrspolizei und Landgendarmeerikorp) ernannte Himmler den SS-Obergruppenfuehrer Kurt Daluge und spaeter den SS-Obergruppenfuehrer und Polizeigeneral Hugo Wuenenbergr. Generalforstmeister wurde der SS-Obergruppenfuehrer Friedrich Alpers, der 1919/20 dem Freikorps "General Maerker" angehorte. Die Leitung der Medizinal-Polizei uebernahm der SS-Obergruppenfuehrer und Reichsgesundheitsfuehrer Leonardo Conti.

Was sich seit 1933 in der zur Gestapo umgewandelten Politischen Polizei ereignet hatte, wiederholte sich nun in allen Dezernaten des Polizeiapparates: Die noch vorhandenen nicht-nazistischen Polizeibeamten wurden entweder aus ihren Stellungen gedraengt oder zum Eintritt in die Allgemeine SS gezwungen. Dadurch erhoehte sich die Zahl der Mitglieder der Allgemeinen SS erneut um einige Hunderttausend. Schon 1939 gab es keinen Polizeibeamten mehr, der nicht der Allgemeinen SS angehorte. Als aeuusseres Merkmal dafuer trugen die Uniformierten am linken Unterarm das SS-Abzeichen.

## DIE SS WIRD ZUM STAAT

Nach Kriegsausbruch wurden die Allgemeine SS und der Sicherheitsdienst noch weiter verstaerkt und auch die Wehrmacht wurde nunmehr mit Leuten durchsetzt, die den SS-Eid geleistet hatten. Dadurch sollte der Fuehrungsapparat gegenueber dem Volk gestaerkt und die schmalere werdende Massenbasis des Regimes mittels eines erzogenen, durch eiserne Disziplin gefestigten, auf den Nazismus eingeschworenen bewaffneten Orden von Blut-Aristokraten ausgeglichen werden.

Das nazistische Regime war wohl imstande seine Hierarchie nicht nur ideologisch, sondern auch materiell zu korrumpieren. Aber es konnte weder seinen Einfluss in den Volksmassen noch weiter verbreitern, noch den Werktaetigen materielle Vorteile sichern. Im Gegenteil. Schon 1938 wurde es durch die von ihm geschaffenen Verhaeltnisse vor die Wahl gestellt: entweder eine Wirtschaftskrise von gewaltigem Umfang in Kauf zu nehmen oder durch Kriegsprovokation einen Ausweg zu suchen. In jedem Falle sah sich der Nazis-

mus einem Rueckgang seines Masseneinflusses gegenueber. Die Absicht, durch das Terrorregiment des bewaffneten Ordens der "Blut-Aristokraten" die schwindende Massenbasis zu ersetzen, wurde in einem offiziellen Artikel der Nazi-partei wie folgt verkuendet: "Die Frage, ob die Partei eine zahlenmaessige Minderheit ist oder nicht, wird in gleichem Masse an Interesse verlieren, in welchem ihre Funktionen im Leben des Staates und Volkes klar empfunden wird — mit einem Wort, sobald die Partei als Orden in Erscheinung tritt."\* Mit der Entwicklung der Allgemeinen SS zu diesem Orden von Blut-Aristokraten vollzog sich zugleich die Staatswerdung der SS. Das Misslingen des Blitzkrieges gegen die Sowjetunion und die Niederlagen der Wehrmacht vor Moskau Ende 1941 wirkten sich auf die Kriegsmoral der deutschen Volksmassen aus. Nun genuegte das allmaechliche Eindringen der Allgemeinen SS in den Staats- und Parteiapparat nicht mehr; dieser Prozess musste beschleunigt werden. Anfang 1942 begann das deutlich erkennbar zu werden.

Unter den 25 Nazifuehrern, die zur Zeit der Machtuebernahme Hitlers die oberste Reichsleitung der Partei gebildet hatten, gehoerten nicht weniger als 17 der Allgemeinen SS an. Drei weitere waren Mitglieder des SD. Bis 1943 schieden 7 durch Gefangennahme, Flucht, Kaltstellung oder Ermordung aus, unter ihnen 3 SS-Leute. Einschliesslich von sechs Ersatzmaennern gehoerten von 26 Mitgliedern der obersten Reichsleitung nunmehr 19 der Allgemeinen SS und 3 dem SD an. Nur Hitler, Goering, Goebbels und Ley traten der SS nicht bei: Hitler, weil er ueber ihr stand; Goering, weil er als "Kronprinz" und als Reichsmarschall sich Himmler nicht unterstellen konnte, Goebbels und Ley, weil ihre Taetigkeit als Leiter der Massenpropaganda und der Massenorganisationsarbeit beeintraehtigt worden waere, haetten sie durch eine Uniform oder eine Livree ihre Abhaengigkeit von Himmler zur Schau getragen.

Das Partei-Sekretariat wurde von Anfang an von der SS beherrscht. Hitlers Stellvertreter war bis 1941 Rudolf Hess, Obergruppenfuehrer der SS. Sein Nachfolger wurde der SS-Obergruppenfuehrer Martin Bormann, fruereher Leiter der NS-Hilfsskassen, die 1929 zur Unterstuetzung von verhafteten oder verwundeten Mitgliedern der SA gegruendet worden war. Bormann war die rechte Hand des Fuehrer-Stellvertreters gewesen und hatte als Verbindungsmann zwischen diesem und dem Reichsfuehrer SS Himmler der Reichsfuehrung SS angehorte. Im Parteisekretariat sassen weiter: SS-Obergruppenfuehrer Franz Schwarz, als Parteischatzmeister, SS-Obergruppenfuehrer Max Amann als Leiter des Verlagswesens, SS-Obergruppenfuehrer Walter Buch als Praesident der Uschlag, SA-Obergruppenfuehrer Dr. Alfred Rosenberg als Leiter der nazistischen Weltanschauungsschulung, SS-Obergruppenfuehrer Ernst Buhler als Leiter der NS-Auslandsorganisation, SS-Obergruppenfuehrer Karl Fiehler als Praesident des Deutschen Gemeindetages, SS-Obergruppenfuehrer Ernst Hilgenfeldt als Leiter der NS-Frauenschaft, SA-Obergruppenfuehrer Robert Ley als Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, der Lyriker Baldur von Schirach und spaeter auch Arthur Axman als Reichsleiter der Hitler-Jugend.

## DIE SS IN DER REICHSKANZLEI

Nachdem Hitler das Amt des Reichspraesidenten und des Reichskanzlers in seiner Hand vereinigt hatte, erhielt die Deutsche Reichskanzlei, die fruereher

\* "Der Weg zum Orden" — "Voelkischer Beobachter" vom 18. Mai 1943.

nur eine repräsentative Rolle gespielt hatte, eine grössere Bedeutung. Als ihr Chef fungierte seit dem 30. Januar 1933 der Staatssekretär und spätere SS-Obergruppenführer Dr. Heinrich Lammers. Jahrelang gehörte er der Reichsführung SS an. Wie gut dieser Staatssekretär die imperialistischen Absichten von Hitlers Auftraggebern verstand, wie er gegen Menschenrechte und für Eroberungen prinzipiell eintrat, ging aus jeder seiner öffentlichen Kundgebungen hervor. "Die stark zerstörende These der französischen Revolution von der Gleichheit, alles dessen, was Menschenantlitz trägt, hat eine besonders starke Wirkung gehabt. Dieser These setzt der Nationalsozialismus den Grundsatz von der Ungleichheit der Menschen, nicht nur derjenigen verschiedener Rassen und verschiedenen Blutes, sondern auch der Menschen gleicher Rassen und gleichen Blutes entgegen. Deshalb aber muss die totale Einkapselung der einzelnen Völker in ihre Staaten gebrochen werden; denn allen Interessen stehen die des Grossdeutschen Reiches voran."\*

Auch Lammers, Katholik, war ein Kind der Weimarer Koalition, 1920 von Ebert als Stellvertretender Referent für Verfassungsfragen in das Reichsinnenministerium berufen. Er brüstete sich, dass er auch als ernannter Hüter der Weimarer Verfassung niemals den Eid auf die Republik geleistet habe, immer sei es ihm gelungen, sich davor zu drücken. Übrigens sei von der gesamten Verfassung nur der Paragraph 48 gültig gewesen, der ihre Ausserkraftsetzung vorsah. Lammers fuellte seine Zeit als Verfassungsreferent damit aus, nach Auslegungen des Paragraphen 48 zu suchen, die zur Legalisierung der von ihm erstrebten reaktionären Diktatur benützt werden konnten. Schon im Jahre 1928 uebermittelte er Hitler ein Gutachten ueber Auslege- und Anwendungsmoeglichkeiten des Paragraphen 48 der Weimarer Verfassung im Interesse des Machtkampfes der Nazis. Lammers war einer der zahllosen Beamten, die als Mitglied des Himmler'schen SD den Regierungsapparat der Weimarer Republik bespitzelten und unterwuehlten, und er wird mit Recht von Hitler und Himmler als "alter Kämpfer" bezeichnet. Im Jahre 1937 ernannte Hitler den Chef der Reichskanzlei, Lammers zum Reichsminister und Kabinettsmitglied.

Anfang 1938 erfolgte die Bildung des Geheimen Kabinettsrates, zu dessen Präsidenten der SS-Obergruppenführer Minister Baron von Neurath und zu dessen Sekretär Lammers ernannt wurden. Dem Geheimen Kabinettsrat gehoerten ausserdem Keitel, Goering, Ribbentrop, Brauchitsch und Raeder an. Brauchitsch wurde spaeter von Generaloberst Jodl und Raeder vom Grossadmiral Doenitz abgelost. Die Allgemeine SS war im Geheimen Kabinettsrat durch Lammers, Keitel, Ribbentrop, Neurath, Jodl und Doenitz vertreten. Nach Ausbruch des Krieges erfolgte die Berufung des Reichsverteidigungsrates. Sein Praesident wurde Goering; sein Sekretär ebenfalls Lammers. Der Machtbereich, ueber den Lammers nunmehr im Auftrage und unter Kontrolle Himmlers verfuegte, war in Wirklichkeit der eines Reichskanzlers. Lammers brüstete sich selbst damit, indem er sagte: "Es kann in Deutschland kein Gesetz erlassen werden, ohne die Zustimmung der Reichskanzlei. Es kann dem Geheimen Kabinettsrat kein Projekt ueberwiesen werden, ohne die Zustimmung der Reichskanzlei. Es kann dem Reichsverteidigungsrat kein Plan vorgelegt werden, ohne

\* Dr. Heinrich Lammers: "Sinn und Bewahrung der staatsrechtlichen Gestaltung des Protektorates Boehmen-Maehren", Prager Archiv, Drittes Heft 1944.

die Zustimmung der Reichskanzlei." Mit anderen Worten aber besagte das: Es kann nichts geschehen, ohne die Zustimmung Himmlers.

Dadurch, dass Lammers auch Praesident des Reichsverbandes der Verwaltungsakademien zur Ausbildung deutscher Beamter war, und dass er den Reichsbund deutscher Beamter kontrollierte, hatte sich Himmler durch Lammers die Ausbildung und die staendige Beeinflussung der mittleren und unteren Beamten im Sinne der nazistischen Rassentheorie von "Blut und Boden" gesichert.

## DIE SS IM REICHSINNENMINISTERIUM

Reichsinnenminister wurde nach der Errichtung der Nazidiktatur der ehemalige Chef der politischen Polizei Bayerns, Dr. Wilhelm Frick. Die Polizeikraefte wurden verstaerkt, die Beziehungen zwischen Reich und Laendern im Sinne einer groesseren Konzentration neu geregelt. Hitler hatte, wie gesagt, schon Mitte 1933, die Reste des Foederalismus in Deutschland zu beseitigen und alle Macht in den Haenden der Reichsregierung zu konzentrieren gesucht. Zu diesem Zweck wurde das System der Regenten und Statthalter eingefuehrt. Statthalter von Preussen war Hitler selbst; Goering vertrat ihn als Regenten und fuehrte den Titel "Ministerpraesident". Statthalter von Bayern wurde Epp, Statthalter von Sachsen Mutschmann, von Wuerttemberg Wilhelm Murr, von Baden Robert Wagner, von Thueringen Fritz Sauckel, von Hessen Jakob Sprenger, von Hamburg Karl Kauffmann, von Mecklenburg-Schwerin; Mecklenburg-Strelitz und Luebeck, Friedrich Hildebrandt, von Oldenburg und Bremen Karl Rover, von Braunschweig und Schaumburg-Lippe Alfred Mayer und von Danzig Arthur Greiser. In kleineren Laendern war der Statthalter zugleich Gauleiter der NSDAP. In Preussen, Bayern, Sachsen, Wuerttemberg und Baden traten an die Stelle der Oberpraesidenten oder Landeshauptmaenner ebenfalls die Gauleiter, die nun Staats- und Parteibeamte in einer Person waren.

Die Reichsfuehrung SS beeinflusste diesen Apparat anfangs nur indirekt durch Rudolf Hess und Martin Bormann, ferner durch Statthalter, Gauleiter und andere hohe Beamte des Reichsinnenministeriums, die zugleich der Allgemeinen SS oder dem SD angehooerten. Aber die Mehrheit der Statthalter und Gauleiter gehoerte zur SA. Hitlers und Himmlers Bestreben war es infolgedessen, den Einfluss im Apparat des Reichsinnenministeriums zu verstaerken. Insbesondere als die militaerischen Niederlagen einsetzten, beschleunigten Hitler und Himmler die Durchdringung, obwohl der Reichsinnenminister Frick zu den aeltesten und engsten Vertrauten Hitlers gehoerte und es niemals an Skrupellosigkeit und Bestialitaet hatte fehlen lassen.

Anfang April 1942 begruendete Hitler die von ihm angeordneten ausserordentlichen Massnahmen zur Weiterfuehrung des Krieges. Er schloss seine Rede mit der Forderung an den Reichstag, ihm das "legale Recht" zu bestaetigen, "von jedem die Erfuellung seiner Pflichten zu verlangen und jeden von seinem Posten und seinem Amt zu entfernen, der seine Pflichten nicht erfuehlt, ohne Unterschied, wer es sein moege oder welches Amt er vorher innehatte."

Unmittelbar nach der Reichstagssitzung uebertrug Hitler sein erschliches "legales Recht" auf die Statthalter und Gauleiter und machte sie zu unumschraenkten Herren ueber die Zivil-, Militaer- und Wirtschaftsbehoerden in ihren Laendern und Gauen. Nunmehr unterstanden nicht nur alle Zivil-

behoerden, sondern auch die Wehrkreiskommandos und die Wirtschaftskammern der Kontrolle des Fuehrerstellvertreters Martin Bormann und des Innenministers Wilhelm Frick, beziehungsweise dessen Polizei-Dezernenten Heinrich Himmler. Die einsetzende Reinigung aller dieser Behoerden zog zehntausende Beamte in Mitleidenschaft, und war verbunden mit der Aufloesung fast aller Handwerker-, Industrie- und Handelskammern. Die Reste dieser Einrichtungen wurden zu sogenannten Gau-Wirtschaftskammern zusammengelegt. Dadurch sollte, wie die "Frankfurter Zeitung" vom 28. April 1942 verriet, "die Wirtschaft in den regionalen Organisationen staerker an die Willensbildung der Partei herangebracht werden".

Viel aenderte die Umstellung an dem bestehenden Wirtschaftschaos jedoch nicht, und auch die Kriegsmoral wurde nicht besser. Stattdessen ergab sich eine Neubelastung der Statthalter und Gauleiter und eine gewaltige Zunahme der Korruption. In der Wirtschaft und in der Wehrmacht zeigte sich bald ein zunehmender Widerstand gegen das hemmungslose Regiment der Gauleiter. Frick, der sich trotz seiner langen Nazi-Laufbahn etwas von der Gruendlichkeit, der Routine und dem Buerokratismus des Berufsbeamten erhalten hatte, war dieser Entwicklung nicht gewachsen. Die Bande machtbereichlicher Gauleiter wuchs ihm ueber den Kopf. Zu diesen gehoerten nun ein solch geriebener Spiegelfechter, wie Dr. Joseph Goebbels und mit ihm die Erpresser und Betruerger Arthur Goerlitzer und Gerhard Schach-Berlin, Erich Koch-Koenigsberg, Karl Hanke-Schlesien, Fritz Bracht-Oberschlesien, Heinrich Lohse-Kiel, Karl Kauffmann-Hamburg, Albert Forster-Danzig, Franz Eggeling-Halle-Merseburg, Rudolf Jordan-Magdeburg, Hartmann Lauterbacher-Sued-Hannover, Robert Wagner-Mannheim, Josef Buerckel-Saar-Pfalz, Paul Giessler-Sued-Bayern, Friedrich Florian-Duesseldorf, Josef Grohe-Koeln-Aachen, August Eigruber-Wien, Adolf Scheel-Salzburg, Willi Stoher-Linz, Karl Rover-Oldenburg-Bremen, Friedrich Hildebrandt-Rostock-Luebeck, Martin Mutschmann-Dresden, Wilhelm Murr-Stuttgart, Fritz Sauckel-Erfurt, Josef Terboven-Essen und andere. Jeder einzelne dieser Gauleiter verfuegte ueber einen eigenen starken Ringverein und war Protektionskind des einen oder des anderen Nazigottes, welcher Frick an Einfluss weit ueberragte.

Zusaetzliche Schwierigkeiten ergaben sich fuer das Reichsinnenministerium durch die Organisation der Zivilverwaltungen in den eroberten Gebieten. Frick trug dafuer die Verantwortung, wurde aber von den Statthaltern, Protektoren und Gouverneuren dieser geraubten Gebiete kaum ernst genommen. Zu diesen gehoerten Baldur von Schirach, der vom schwulen Dichterling zum Statthalter von Oesterreich aufgerueckt war, Konstantin von Neurath und nach diesem Heinrich Heydrich als Protektor der Tschechoslowakei, Josef Buerckel als Gauleiter von Elsass-Lothringen, Josef Terboven als Reichskommissar von Norwegen, Dr. Werner Best als Nazi-Bevollmaechtiger von Daenemark, Arthur Seyss-Inquart als Reichskommissar von Holland, Erich Koch und Heinrich Lohse als Reichskommissare der Ostgebiete, Dr. Hans Frank als Zivil-Gouverneur von Polen, Adrian von Renteln als Zivil-Gouverneur von Litauen, Dr. Alfred Mayer als Zivil-Gouverneur der sowjetischen Ostgebiete, der SS-Brigadefuehrer Dr. Waechter als Zivil-Gouverneur der West-Ukraine und andere.

Mitte 1943 war Frick am Ende seines Lateins und auch Himmler konnte das Durcheinander nur noch unter Einsatz seiner straffsten SS-Banden, Gestapo- und Polizei-Divisionen meistern. Damit war fuer Himmler die Zeit

gekommen, seine Macht noch weiter auszudehnen und sich am 25. August 1943 unter Beibehaltung aller seiner bisherigen Aemter zum Reichsinnenminister ernennen zu lassen. Von nun ab kommandierte er auch ueber saemtliche Statthalter, Gauleiter und Gouverneure, ueber Wirtschaft, Zivil- und Militaerverwaltung.

Auf seine Veranlassung wurden am 25. August 1943 drei Ernennungen vorgenommen: Der SS-Obergruppenfuehrer Karl Hermann Frank erhielt das Amt eines Staatssekretaers im Reichsinnenministerium mit Reichsminister-Rang. Frank, ein Patenkind des oesterreichischen Reichstagsabgeordneten und Vorlaeufer Hitlers, Karl Hermann Wolff, war vorher Neuraths Staatssekretaer in der Tschechoslowakei gewesen und fuer die Erschiessung und Einkerkering zahlreicher tschechoslowakischer Patrioten verantwortlich. Himmlers zweiter Staatssekretaer wurde der SS-Obergruppenfuehrer Dr. Wilhelm Stuckart, welcher 1922 dem Freikorps Epp und zu den Begruendern der Blutorden-Idee gehoerte. Den SS-Obergruppenfuehrer und Reichsgesundheitsfuehrer Dr. Leonardo Conti waehte sich Himmler als dritten Staatssekretaer seines Ministeriums aus, ein Germane aus der italienischen Schweiz. Ausserdem zog sich Himmler den SS-Obergruppenfuehrer, Praesident des Gemeindetages und Oberbuergermeister von Muenchen, Karl Fiehler zur Mitarbeit heran.

Als seine erste Aufgabe betrachtete Himmler, die Amts- und Gesetzesvorschriften zu beseitigen, die sich unter Frick als ein Hindernis fuer die totale Mobilisierung erwiesen hatten. Er ernannte kurzerhand saemtliche Gauleiter zu Reichsverteidigungs-Kommissaren und gab ihnen unbergrenzte Vollmachten. Diese Massnahme ergaenzte er durch die Anweisung, ohne Ruecksicht auf zustaendige Ministerien, Kriegs-, Wirtschafts- und Verteidigungsraete in ihrem Amtsbereich die totale Mobilisierung in Uebereinstimmung mit den vorliegenden besonderen Bedingungen, das heisst nach eigenem Gutdunken durchzufuehren. Durch diese Anweisung verwandelte Himmler ueber Nacht die gesamte Bevoelkerung Deutschlands in Leibeigene der nazistischen Provinzdiktatoren. Himmler konnte sich diesen Schritt viel eher als Frick leisten; denn er fuehlte sich seiner Gestapo, seines SD, seines VBD, seiner SS-Verfuegungstruppen und Totenkopfverbaende, seiner Waffen-SS und seiner SS-Polizei sicher genug. Er war mit Recht ueberzeugt, dass jede Auflehnung gegen die Folgen seiner Anweisung rechtzeitig erkannt und niedergeschlagen wuerde.

Mit der Uebernahme des Reichsinnenministeriums durch Himmler setzte ein noch massen-moerderischerer Kurs in den annektierten und okkupierten Laendern und Gebieten ein. Das Gegeneinanderarbeiten konkurrierender Kraefte wurde eingedaemmt, der Spezialapparat der Gestapo und des SD ausgebaut, die Auspluenderung der Laender, die Ausbeutung ihrer Bewohner und deren Ausrottung um das Mehrfache verschaeft und beschleunigt.

In diesem Zusammenhange ist es notwendig, auf den Reichsgesundheitsfuehrer und Staatssekretaer Dr. Leonardo Conti zurueckzukommen. Conti war ein buertiger Schweizer, der zu den Nazis uebergewandert war, und eine Hetzschrift, betitelt "Rassenkenntnis im voelkischen Aufgabenkreis" veroeffentlicht hatte, worin das Prinzip der Ausrottung "rassisch Minderwertiger" vertreten wurde. Als Staatssekretaer Himmlers im Reichsinnenministerium veranlasste Conti den weiteren Ausbau der Todesfabriken in Maidanek, Sobinur, Tremblinka, Belzica, Oswicim, Chelm, und auf seine Anweisung hin wurde die Vernichtung der Juden, der Slawen und der deutschen Antinazis um das

Vielfache gesteigert. Als Himmler am 25. August 1943 das Reichsinnenministerium uebernahm, uebernahm Conti das Dezernat "Rasse und Siedlung". Von da ab setzte eine Steigerung der viehischsten Massenschlaechtereien ein. Am 5. November 1943 erfolgte die Ermordung von 18.400 Menschen in Maidanek und in den darauf folgenden Monaten die von hunderttausenden Erwachsenen und Kindern, um den Nazis Nahrungsmittel und den Wehrbauern Lebensraum zu verschaffen.

Conti war auch derjenige, auf dessen Anweisung hin in Deutschland politische Gefangene als Versuchsobjekte bei der Erforschung von Mitteln gegen Seuchen, gegen Wundfieber, bei Feststellung der Wirkung von neuen Giftgasen etc. verwendet wurden. Er liess in deutschen Lazaretten viele tausende unheilbare oder nicht arbeitsfaehige Menschen mit Veronal vergiften oder auf andere Weise ums Leben bringen.

Dem SS-Obergruppenfuehrer Conti unterstand nunmehr auch die Kontrolle ueber das Deutsche Rote Kreuz. Praesident blieb der SA-Obergruppenfuehrer Herzog Eduard Karl von Sachsen-Koburg-Gotha, ein sauberer Herzog, der sich mit Hinweis auf seine demokratisch-republikanische Gesinnung von der Weimarer Republik sein beschlagnahmtes Vermoegen hatte zurueckgeben lassen, weil er 1919 als Offizier der Bayerischen Einwohnerwehr gegen die Revolution gekaempft hatte. Im Jahre 1920 schloss er sich der "Brigade Ehrhardt" und 1923 dem "Wiking-Bund" an, ging spaeter zur Nazipartei ueber und diente dazu, deren "Hoffaehigkeit" zu dokumentieren. Geschaeftsfuehrender Praesident des Deutschen Roten Kreuzes wurde auf Veranlassung Contis der SS-Brigadefuehrer Dr. Crawitz, Generalhauptfuehrer der SS-Brigadefuehrer Dr. Hornemann und Generalfuehrer der SS-Brigadefuehrer Dr. Blumberg. Die letzteren traten jedoch nie in SS-Uniform auf; sie wirkten, wie zahlreiche ihnen unterstellte Rote Kreuz-Aerzte, Helfer und Helferinnen, offiziell nur als Aerzte, in Wirklichkeit aber als Denunzianten, Spitzel und Provokateure.

## DIE SS IM JUSTIZMINISTERIUM

Die Unterstellung der Justiz unter Himmler und die Allgemeine SS begann schon 1933. Der erste Schritt dazu war die Gruendung der "Akademie fuer Deutsches Recht", als oberste Behoerde zur Erhaltung des Nazismus auf dem Gebiete der Justiz. Praesident der Akademie wurde, nachdem der Professor Wilhelm Kisch-Strassburg eine kurze Gastrolle als solcher gegeben hatte, der SS-Obergruppenfuehrer Dr. Hans Frank. Zu den Mitgliedern der Akademie gehoerten unter anderem: Reichsfuehrer SS Heinrich Himmler, SS-Obergruppenfuehrer Walter Buch, Praesident der USchlag, SS-Obergruppenfuehrer Dr. Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, SS-Obergruppenfuehrer Freiherr Konstantin von Neurath, spaeter Praesident des Geheimen Kabinettsrates, SS-Obergruppenfuehrer Dr. Wilhelm Stuckart, spaeter Staatssekretaer im Reichsinnenministerium, SS-Obergruppenfuehrer Hans Draeger, spaeter Leiter der Auslandsabteilung im Reichspropaganda-Ministerium, SS-Obergruppenfuehrer Dr. Otto Dietrich, Reichspressechef, SS-Obergruppenfuehrer Franz Schwarz, Reichsschatzmeister der NSDAP, SS-Obergruppenfuehrer Karl Fiehler, Praesident des "Deutschen Gemeindetages", SS-Obergruppenfuehrer Dr. Hermann Frank, spaeter Staatssekretaer im Reichsinnenministerium und

Reichsminister, SS-Obergruppenfuehrer Dr. Otto Georg Thierack, Praesident des Volksgerichtshofes und spaeter Reichsjustizminister, SS-Brigadefuehrer Dr. Roland Freisler, Staatssekretaer im Reichsjustizministerium und spaeter Praesident des Volksgerichtshofes, SS-Brigadefuehrer Dr. Kurt Rothenberger, Praesident des Oberverwaltungsgerichtes in Hamburg und spaeter Staatssekretaer im Reichsjustizministerium, SS-Brigadefuehrer Dr. Karl Schmidt, der autoritaere nazistische Rechtsphilosoph, SS-Gruppenfuehrer Hermann Boehme, Vertrauensmann des Generalstabes in der Akademie, Dr. Franz Guertner, der als bayerischer Justizminister Geheimagent der Nazibewegung gewesen war.

Vor der Aufrichtung der Nazityrannei hatte es in Deutschland einen gewissen Schutz gegen die Willkuer reaktionaerer Richter gegeben. Die nazistische Akademie fuer Deutsches Recht beseitigte die fundamentalen Prinzipien der buergerlichen Rechtsordnung. Die Justiz verlor damit die Funktion, die Beziehungen zwischen den Staatsbuergern einerseits und zwischen den Buergern und dem Staate andererseits im Rahmen festgelegter Garantien und unverletzlicher Normen zu regeln. Niemand konnte mehr von einem Gericht erwarten, dass es den Einzelnen gegen Uebergriffe seiner Mitbuergern oder gar gegen Uebergriffe der Beamten schuetzen werde. Die Justiz wurde in den Haenden der NSDAP ausschliesslich zu einem Instrument zur Durchfuehrung und Sicherung der Herrschaftsziele von Individuen, die nach jedem Strafgesetzbuch der Welt als Anstifter und Taeter todeswuerdiger Verbrechen zu betrachten waren.

Das "Recht", welches die Akademie fuer Deutsches Recht proklamierte, wurde von den nazistischen Rechts-Philosophen wie folgt kommentiert: "Der Richter ist sein eigener Gesetzgeber. Er ist dem Gesetze nicht mehr unterworfen. Der Richter ist ausschliesslich den vom Fuehrer erteilten Befehlen unterworfen. Die Unabhaengigkeit der Gerichte scheint endgueltig der Vergangenheit anzugehoeren... Das Gesetz ist ein Werkzeug in den Haenden des Fuehrers zur Verwirklichung des Nationalsozialismus."\* ... "Unrecht ist kuenftig in Deutschland auch da moeglich, wo es kein Gesetz mit Strafe bedroht. Das Gesetz verzichtet mithin darauf, alleinige Erkenntnisquelle fuer Recht und Unrecht zu sein. Der Fuehrer gestaltet den Willen der Gesamtheit, gibt ihm Ziel und Richtung. Im Rahmen dieser Bestimmungen arbeiten die Beamten wie auch die Richter... Wie der Feldherr durch seine Befehle die Schlacht leitet, so leitet der Gesetzgeber den Kampf durch die Strafgesetze... Wie der Feldherr in bestimmten Lagen seinem Unterfuehrer den Befehl geben kann: "Handeln Sie nach der Lage", so kann auch der Gesetzgeber dem Richter nur den Befehl auf den Weg geben: "Handeln Sie nach der Lage."\*\*

Der SS-Obergruppenfuehrer Roland Freisler, ein der Unterschlagung von Muendelgeldern ueberfuehrter, ehemaliger Rechstanwalt aus Kassel versuchte, dass SS-Recht im Geiste der Theorie von der "Ungleichheit der Rassen und Menschen" und von "Blut und Boden" zu begruenden und es so mit einem mystischen Schleier zu umgeben. "Das Strafrecht" — schrieb er — "muss dem Gedanken eines neutralen uebervoelkischen und zeitlosen Rechtes absagen und sich zu dem Grundsatz bekennen: Recht ist, was dem deutschen Volke frommt..."

\* "Deutsche Justiz" vom 1. Februar 1935 und Dr. Hans Frank im "Voelkischen Beobachter" vom 18. Mai 1936.

\*\* Dr. Franz Guertner "Von der Entstehung des nationalsozialistischen Strafrechtes" (Das neue Strafrecht", Seite 23 und 25 von Guertner-Freisler).

Dem Richter wird die Moeglichkeit gegeben und Recht und Pflicht auferlegt, immer wieder unmittelbar hinabzusteigen zu den tiefsten Quellen und empor zu steigen zu den hoechsten Zielen des Rechtes, um die Gewissheit seiner Einheit mit dem Recht zu finden. . . Der Richter soll in erster Linie die autoritativen Willenskundgebungen des Fuehrers und die im Parteiprogramm der NSDAP enthaltenen Grundforderungen als Ausdruck des gesuchten Volksempfindens anschauen." \*

Die Kammern dieses Blutgerichtes waren aus Berufsrichtern, SS-Fuehrern und Wehrmachtsoffizieren zusammengesetzt. Nach dem Paragraph 3 Artikel 5 der Verordnung hatte der Angeklagte in Strafsachen, in denen der Volksgerichtshof oder das Oberlandesgericht in erster Instanz zustaeendig war, das heisst, in allen politischen Prozessen, kein Recht, sich einen Verteidiger zu waehlen. Der Verteidiger hatte nicht mehr das Recht, nach eigenem Ermessen Beweise fuer die Unschuld des Angeklagten anzutreten. Das Gericht hatte die Befugnis, Beweisantraege abzulehnen, wenn das Vorbringen derselben unerlaubt war. Unerlaubt war aber die Widerlegung der Anschuldigungen, die von der Gestapo vorgebracht wurden.

Ausdruck des "gesunden Volksempfindens" war die Verordnung Hitlers vom 16. Oktober 1934, nach der die Einkommensteuer-Gesetze "gemeass nationalsozialistischer Weltanschauung zu interpretieren und die Fragen der Billigkeit nach nationalsozialistischer Weltanschauung zu entscheiden waren." \*\*

Nach dieser Verordnung wurden Angehoerige des "Blutordens" und "Rassenreine" von Steuern befreit. Die "im Rassenbrei Schmorenden" oder gar Juden waren dafuer umso schaerfer zu besteuern.

Der Vorsitzende des Ausschusses fuer Wehrrecht bei der Akademie fuer Deutsches Recht und SS-Brigadefuehrer und Reichwehrmajor Hermann Boehme, brachte mit militaerischem Schneid und ohne Umschweife den terroristischen und rauberischen Zweck des neuen "Rechtes" zum Ausdruck. "Es ist eine Binsenwaehrheit im Zeitalter des totalitaeren Krieges" — schrieb Boehme — "dass ein Staat nicht ausschliesslich von Soldaten mit der Waffe, sondern auch von der Volksgesamtheit in all ihren Erscheinungsformen verteidigt wird. Die Belastungen eines ueber die Nation hinweg brausenden Sturmes koennen gar nicht ueberschaetzt werden. Diese Belastungen werden nicht nur durch die ruecksichtslose Anwendung technischer Kampfmittel auch gegen die Zivilbevoelkerung und durch die Auswirkungen eines brutalen Wirtschaftskrieges ausgeloeset werden, sie richten sich vielmehr, nicht zuletzt mit den Mitteln der Propaganda, gegen die seelische Widerstandskraft des Volkes. . . Es hiesse das Wesen des Krieges verkennen, wenn man nicht die Moeglichkeit von Erscheinungen zugeben wollte, die ein ruecksichtsloses Durchgreifen notwendig werden lassen koennen, sei es in Stunden schwerster Krisen bei der kaempfernden Wehrmacht, sei es in deren Ruecken an ihren Lebensadern oder in der Heimat an den Wurzeln ihrer Kraft. . . Harte aeussere Massnahmen zur Ueberwindung von Schwaecherscheinungen sind nicht zu entbehren. Gegen Versaeger und Schaedlinge muss ruecksichtslos vorgegangen werden, bevor groesseres Unglueck entstehen kann. Kein Zweig staatlicher Organisation kann dieser Aufgabe fernbleiben. Dies trifft nicht zuletzt auf das Strafrecht zu. . . Auf dem Gebiete

\* Dr. Roland Freisler "Das neue Strafrecht als nationalsozialistisches Bekenntnis, Berlin 1935, Seite 40 und 77.

\*\* Reichsgesetzblatt 1934 I, Seite 925.

des allgemeinen Strafrechtes hat der nationalsozialistische Staat hierin klare Folgerungen gezogen. . . Die ruecksichtslose Beschlagnahme der Einzelpersoennlichkeit kann sich darnach nicht beschraenken auf den Waffentraeger. Es muessete der Gedanke naheliegen, die Grundsaeetze des Wehrmachts-Strafrechtes einfach auszudehnen auf die Zivilbevoelkerung, das heisst das gesamte Volk oder fuer die Erhaltung der Widerstandskraft besonders wichtige Volksteile dem Militaer-Strafgesetzbuch und der Militaergerichtsbarkeit zu unterstellen. Auf jeden Fall wird es geboten sein, das Schwert des Standrechtes in der Scheide bereitzuhalten und seine Anwendungsnormen zu pruefen." \*

Damit enthuelte Boehme zugleich, was hinter dem Schleier der nazistischen Theorie von Blut und Boden, Rasse und Volksgemeinschaft, Eigennutz und Gesamtinteresse, hinter der verlogenen Gegenueberstellung von angeblich germanischer und juedisch-roeemisch-liberalistischer Rechtsanschauung in Wirklichkeit verborgen war: die Vorbereitung des neuen Weltkrieges.

Himmlers Akademie fuer Deutsches Recht arbeitete auch die juristische Grundlage fuer die interstaatlichen Beziehungen aus, die an die Stelle des Voelkerrechtes traten. Sie ging dabei von dem Grundsatz aus: "Recht ist, was dem deutschen Volke nuetzt". Der nazistische Professor fuer Staatsrecht, Otto Koellreutter kommentierte die von der Akademie aufgestellten "Staatengrundrechte der Ehre und der Unabhaengigkeit" wie folgt: "In den Fragen seines politischen Daseins (hat ein Volk) in letzter Instanz stets selbst zu entscheiden und auch den Einsatz der Kraftprobe des Krieges nicht zu scheuen. Nur Voelker und Staaten mit dieser Haltung und der politischen Moeglichkeit, sich durchzusetzen, koennen im eigentlichen Sinne als souveraeen bezeichnet werden. . . Voelkerrechtliche Bindungen haben ihre notwendige Grenze in der Erhaltung einer voelkischen Lebensordnung. . . Jedenfalls setzt sich in der heutigen Staatenwelt der Grundsatz, dass die nationalen Interessen des einzelnen Staates den internationalen Interessen vorgehen, das Volk vor Menschheit geht, immer wieder durch." \*\* Noch deutlicher waren die Ausfuehrungen des Staatsrechtlers Wolgast. Er schrieb: "Aus dem Recht auf Selbsterhaltung wird das Recht des Staates gefolgert, zu tun, was ihm die fragliche Lage zu erfordern scheint, dies gegebenenfalls selbst unter Hintenansetzung seiner gewohnheitsrechtlichen und vertraglichen Pflichten." \*\*\*

Der SS-Brigadefuehrer Karl Schmidt, selbst Mitglied der Akademie erklarte: "Die Rechtssubstanz des europaeischen Voelkerrechtsgedankens liegt heute bei uns." \*\*\*\* Schmidt war einer der gefuegigsten Staatsrechtler der zur Macht gelangten Rechtsbrecher. In Broschueren und Artikeln suchte er zu naechst zu begruenden, dass die NSDAP das Recht habe, die durch die Weimarer Verfassung garantierten buergerlichen Freiheiten zur Beseitigung des demokratischen Regimes zu benuetzen. Der Terror sei juristisch berechtigt, weil nach Schmidt "Politik der Kampf gegen einen Feind ist, der ausgerottet werden muss." \*\*\*\*\* Es sit darum nur logisch, dass Schmidt nach der Errichtung der

\* Hermann Boehme "Wehrstrafrecht im Kriege", Jahrbuch der Akademie fuer Deutsches Recht, 1936, Seite 69 und 76.

\*\* Otto Koellreutter "Grundriss der Allgemeinen Staatslehre", Tuebingen, 1933, Seite 60, 65 und 230.

\*\*\* Wolgast "Voelkerrecht", Seite 753.

\*\*\*\* Karl Schmidt "Nationalsozialismus und Voelkerrecht", Berlin 1934, Seite 28.

\*\*\*\*\* Karl Schmidt "Der Begriff der Politik", Muenchen 1932.

nazistischen Herrschaft schrieb: "Die Rechtssubstanz des europaischen Voelkerrechtsgedankens liegt heute bei uns". Nun hatte Hitler die Macht, alle internationalen Rechtsnormen zur Irrefuehrung anderer Voelker auszunuetzen und zu brechen, je nachdem es den Interessen des deutschen Imperialismus nuetzte, zum militaerischen Ueberfall zu schreiten, wenn sich die deutschen Monopolisten und Junker stark genug fuehlten, um ganze Voelker auszurotten. Diese Rechtsideologie richtete sich in Uebereinstimmung mit der Nazipolitik gegen alle fortschrittlichen Menschen in Deutschland, gegen die deutsch-juedische Bevoelkerung, gegen die slawischen Voelker, welche ihre Laender, nach denen der deutsche Imperialismus seine Haende ausstreckte, zum Teil seit Jahrtausenden bewohnten. Millionen Menschen sind der Anwendung der "Rechts"-Philosophie Karl Schmidts zum Opfer gefallen. Ein Hauptmann Bohnacker schrieb zur Frage dieses "Volksrechtes", das er als "Wehrrecht" bezeichnete: "Heute regieren wieder die Krieger... ohne Schwertgewalt gibt es kein lebensmaechtiges Recht. Dieses Unterpand des Blutes ist unabdingbar im Voelkerleben und damit im Voelkerrecht... Die deutsche Wehrverfassung ist die Voraussetzung fuer die Begrueundung einer echten Voelkerrechtsordnung,"\* und Schmidt kommentierte Bohnacker mit dem Satz: "Im Kriege steckt der Kern der Dinge... Der Soldat ist die vorbildlich typische Gestalt und der gesteigerte Ausdruck voelkischer Wesensart."\*\*

Im Jahre 1938 wurde der Reichsjustizminister Guertner durch den nazistischen Staatssekretar Dr. Franz Schlegelberger abgeloeset. Staatssekretar im Reichsjustizministerium war der SS-Mann Dr. Roland Freisler, ein Richter, der zu seinen Todesurteilen die feigsten Beschimpfungen der Verurteilten hinzufuegte. Als Praesident des Volksgerichtshofes fungierte der SS-Mann Dr. Otto Georg Thierack. Guertner und Schlegelberger reinigten den Justizapparat von den letzten Richtern aus der republikanischen Zeit. Eine Verordnung vom 23. Mai 1933 besagte, dass alle Richter, Staatsanwaelte, Gerichtsassessoren und Gerichtsschreiber zu entlassen seien, "ueber die der Zelle der NSDAP oder des Deutschen Juristen-Bundes Tatsachen aus dem Werdegang des Beamten bekannt waren oder sein Verhalten innerhalb oder ausserhalb des Dienstes zumindestens zweifelhaft erscheinen liess, ob nicht ein Verbleiben im Amte den Belangen des nationalsozialistischen Staates abtraeglich sein wuerde." Nur derjenige Anwalt durfte noch zur Anwaltskammer zugelassen werden, der Aufnahme in den "Nationalsozialistischen Rechtswahrer-Bund" fand, und die erfolgte Zulassung konnte jederzeit von dem Reichsjustizminister wieder aufgehoben werden.

Der Justizapparat gehoerte zu denjenigen Teilen des Staatsapparates, der am raschesten gleichgeschaltet werden konnte. Aus ihm stroemten tausende neue Mitglieder der Allgemeinen SS zu. Die Urteile dieser Richter in den Zivil- und Strafverfahren, besonders in den politischen Prozessen, entsprachen den Befehlen Hitlers und Himmlers, wenn sie auch anfangs noch unter Wahrung gewisser, in der Gerichtsordnung niedergelegter Formalitaeten gefaellt wurden.

Aber das Sinken der Kriegsmoral des Volkes beim Umschwung nach Stalingrad, die wachsende Anzahl der Privatstreitigkeiten zwischen Industriellen

\* Bohnacker "Wehrrecht", — Juristische Wochenschrift, 1935, Seite 2693, 2700.

\*\* Karl Schmidt "Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat" — "Voelkerbund und Voelkerrecht", Jahrgang 1937/38, Seite 139 ff.

und Behoerden und die um sich greifende Sabotage, verursachten eine so gewaltige Haeufung der Strafverfahren, dass sogar die formale Einhaltung der Gerichtsordnung nicht mehr mit den ueber-despotischen Regierungsmethoden in Einklang zu bringen war. Wohin sollte es fuehren, Beamte, Offiziere, Unternehmer, Landwirte, Soldaten und Arbeiter, die in einen Gegensatz zu den nazistischen Terrorgesetzen geraten waren, durch ordnungsgemaesse Verfahren abzuurteilen? Man haette die Zahl der Kammern und Richter vervielfachen muessen. Warum sollten nicht die Gauleiter, die Gestapobehoerden oder die Sonderkommandos des SD Hunderttausende kleine Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe schliessen, deren Maschinen in Schrott verwandeln, deren Eigentuemern in das Heer oder in die Kriegsindustrie stecken, die Arbeitszeit der bereits entkraefteten Arbeiter verlaengern, die Lohnabzuege erhoehen und Exempel gegen Widerspenstige statuieren duerfen im "Interesse des Krieges?" Richter der alten Schule waren dabei nur ein Hindernis. Anfang April 1942 wandte sich Hitler infolgedessen mit aller Schaerfe gegen die Richter. In einer Reichstagsrede schrie er mit dem Stimmenaufwand, mit dem er sich seinerzeit als Ansichtskartenhaeuierer in den Gasthaeusern Gehoer verschafft hatte: "Richter, die nicht das Gebot der Stunde erkennen, werden aus ihren Aemtern entfernt. In dieser Zeit darf es keine selbstzufriedenen Menschen und keine wohlverdienten Privilegien geben."

Himmler kommentierte im "Schwarzen Korps" den Sinn des Angriffes Hitlers auf die Richter: "In diesem Kriege muss der Staat gegen innere Feinde viel haerter vorgehen als das im ersten Weltkriege der Fall war. Derjenige, der des Hochverrates, der Sabotage, eines Vergehens gegen die Warenrationierung und des Wuchers angeklagt ist, kommt an den Galgen. Diejenigen, die sich gegen andere Gesetze vergehen, kommen ins Konzentrationslager. Das deutsche Volk wuenscht, mehr Galgen zu sehen und noch haertere Urteile."\* Viertausend Richter wurden daraufhin als ueberzaehlig erklart und entlassen. Himmler liess Richtlinien zur Beschleunigung der einzelnen Gerichtsverfahren ausarbeiten. Fuer die Durchfuehrung dieser Massnahmen war der Reichsjustizminister Dr. Schlegelberger verantwortlich. Er erwies sich jedoch als nicht energisch und ruecksichtslos genug, und musste im August 1942 zuruecktreten, worauf der brutale, engstirnige und allzeit mordwilligste Praesident des Volksgerichtshofes, SS-Obergruppenfuehrer Dr. Otto Georg Thierack zum Reichsjustizminister ernannt wurde. Ihm wurde als Staatssekretar der SS-Brigadefuehrer Dr. Kurt Rothenberg beigegeben. Ihr Auftrag von Himmler war, eine nationalsozialistische Justizverwaltung aufzubauen, wie sie die Erfuellung der Aufgaben des Grossdeutschen Reiches erfordere. Rothenberg wurde spaeter durch den engen Mitarbeiter des Fuehrer-Stellvertreters, Martin Bormann, den SS-Brigadefuehrer Ernst Klemm, ersetzt. Zum Praesidenten des Volksgerichtshofes wurde der SS-Brigadefuehrer Roland Freisler ernannt.

Thierack fuellte den Justizapparat mit SS-Leuten auf, von denen nur wenige ueber juristische Vorbildung verfuegten. Er fuehrte das Gerichtsverfahren in "vereinfachter Form" ein: mit nur einem Richter, ohne Beisitzer, ohne Anklageschrift und ohne Verteidiger. Nach den Feststellungen schwedischer Zeitungen wurden allein in den Monaten Oktober und November 1942 364 Todesurteile in der deutschen Presse bekanntgegeben. Seitdem ist die Zahl

\* "Das Schwarze Korps" vom 25. April 1942.



der Todesurteile, die von Thierack und seinen Henkersknechten gefaellt wurden, um Zehntausende gestiegen, wobei jene nicht eingerechnet sind, die von den "Himmlerschen Herrschern", das heisst der Gestapo und den SD-Sonderkommandos ohne Urteil vollstreckt wurden. Die Kroenung der SS-Justiz erfolgte durch die Proklamierung des Standrechtes Mitte Februar 1945. Die Standgerichte haben nur die Wahl zwischen Freisprechung oder Todesurteil.

## SS UND SD IM REICHAUSSENMINISTERIUM

Die Durchdringung des Reichsaussenministeriums mit SS und SD nahm einen widerspruchsvolleren Verlauf wegen der verschiedenartigen Methoden, die Hitler in seiner Aussenpolitik zur Anwendung brachte. Himmler begann mit der Kontrolle der Auslandsorganisation der NSDAP, die von dem SS-Brigadefuehrer Ernst Wilhelm Bohle geleitet wird, des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP mit dem Obergruppenfuehrer Alfred Rosenberg und dessen Gehilfen, dem geschneigelten SS-Mann Joachim von Ribbentrop als Dirigenten. Die Konkurrenz zwischen diesen Aussenpolitikern der NSDAP und dem Reichsaussenministerium war wohl einer der Beweggruende, die seinerzeit den Reichsaussenminister Baron Konstantin von Neurath dazu veranlasst hatten, sich durch den Beitritt zur SS ebenfalls um die Sympathie Himmlers zu bewerben.

Neurath gehoerte einer wuerttembergischen Adelsfamilie an und stand seit 1901 im diplomatischen Dienst. Von 1903 bis 1908 war er Vizekonsul in London und von 1914 bis 1916 Botschaftsrat in Konstantinopel. Im Jahre 1917 berief ihn der Koenig von Wuerttemberg nach Stuttgart und ernannte ihn zum Chef seines Zivilkabinetts. Das hinderte Neurath nicht, sich schon im November 1918 der Ebert-Regierung zur Verfuegung zu stellen. Von dieser wurde Neurath als Gesandter nach Kopenhagen geschickt; im Jahre 1921 avancierte er zum Botschafter in Rom. Dort unterhielt Neurath freundschaftliche Beziehungen zu der damals demokratischen Regierung Italiens. Nach deren Sturz ging er ebenso freundschaftlich mit Mussolini um. Im Jahre 1930 wurde Neurath Botschafter in London; 1932 Aussenminister des Papen-Kabinetts. Er behielt diese Position auch unter Schleicher und wurde auf Vorschlag der Deutschnationalen in das Hitler-, Papen-, Hugenberg-Kabinett uebernommen.

Hitler hatte gegen Neurath, diesen treuen Diener der "Systemregierung" nichts einzuwenden. Im Gegenteil Neuraths Karriere war Garantie dafuer, dass er jedem Herrn unter allen Umstaenden dienen werde, vorausgesetzt, dass seine eigene Pfruende gesichert wurde. So konnte er ruhig Aussenminister von Nazi-Deutschland bleiben. Noch vor dem 30. Juni 1934 trat er der NSDAP und der SS bei. Damit zeigte er, dass Hitler seinen Mann richtig eingeschaezt hatte.

Neuraths Verhalten wirkte sich im Apparat des Aussenministeriums bald zum Nutzen der NSDAP und der SS aus. Eine groessere Anzahl Beamte des diplomatischen Dienstes begannen sich fuer Himmlers "Blut-Adel" zu interessieren und bewarben sich um die Aufnahme in die SS. Bald war es nicht mehr moeglich festzustellen, wer von den Beamten des Aussenministeriums zum SS-Mann geworden war und wer nicht. Himmler war nicht daran interessiert, dass die Diplomaten offen in der schwarzen Uniform der SS auftraten. Wichtiger war ihm damals, sie im neutralen Gewande des Fachmannes fungieren zu lassen. Aber wie Franz von Papen, Baron Ernst von Weizsaecker, Hans

Heinrich Dickhoff, Hans Thomson ohne Zweifel seit langem der Allgemeinen SS angehoerten und sich als Leute des SD betaetigten, so viele andere auch, die noch heute als nicht nazistisch betrachtet werden. Die wenigen, die sich weigerten, zu Werkzeugen Himmlers zu werden, starben jaeh. Der Legationsrat Trott von Soltz und andere fielen als Todesopfer von der Hand ihrer gleichgeschalteten Kollegen.

Neurath fuehrte alle Auftraege gewissenhaft aus. Trotzdem war es ihm unmoeglich, sich als Aussenminister zu halten; denn Himmler brauchte juengere und beweglichere Kraefte. Neurath wurde Praesident des Geheimen Kabinetts, und "Reichs-Protector" in Prag. Im Juni 1943 wurde Neurath zum SS-Obergruppenfuehrer ernannt. Der nazistische Rundfunk verkuendete aus diesem Anlass, "der Baron Neurath sei ein lebendiger Beweis dafuer, dass nun das ganze deutsche Volk im Nationalsozialismus vereint sei, und dass es keine Klassegegensaezte mehr gebe."

Die Abloesung Neuraths durch Joachim von Ribbentrop erfolgte Anfang 1938, als Hitler seine Ueberfaelle auf die militaerisch schwachen und kleinen Nachbarvoelker begann. Gleichzeitig mit Ribbentrop zog der Leiter der NS-Auslandsorganisation, SS-Obergruppenfuehrer Ernst Wilhelm Bohle, als Staatssekretar ins Aussenministerium ein und uebernahm die Abteilung "Auslandsdeutschum". Bohle war ein persoenlicher Feind Ribbentrops. Aber Ribbentrop besass das Vertrauen Hitlers, was fuer Himmler Grund genug war, ihm Bohle auf die Nase zu setzen. Bohle war uebrigens, wie viele andere der hoechsten Nazifuehrer, im Auslande geboren, in der englischen Stadt Bedford.

Zu seinem Privatsekretaer machte Ribbentrop den SA-Brigadefuehrer Baron Gustav Adolf von Steengracht und Moyland. Dieser hatte schon im "Buero Ribbentrop" eine fuehrende Funktion bekleidet. Bei Ausbruch des Krieges fungierte er als Ribbentrops Verbindungsmann zum Fuehrer-Hauptquartier; ausserdem unterhielt er Faeden zu allen Heeresgruppen-Kommandos, um Ribbentrop ueber alles Wissenswerte zu informieren. Im April 1943 ernannte Ribbentrop den Baron von Steengracht zum Staatssekretar im Aussenministerium.

Von nun an fungierte der SS-Obergruppenfuehrer Walter Hewel sowohl als Verbindungsmann zwischen Himmler und Ribbentrop, wie auch als Verbindungsmann zwischen diesen beiden und dem Fuehrer-Hauptquartier in ausenpolitischen Fragen. Hewel wurde 1943 von Hitler zum Botschafter ernannt, ohne jedoch ins Ausland geschickt zu werden. Die Ernennung erfolgte, um ihm den Ministerrang zu sichern. Er sollte denjenigen auch amtlich gleich- oder uebergeordnet sein, die er zu kontrollieren und zu bespitzeln hatte.

Nach den ersten schweren Niederlagen im Kriege zog Himmler die Zuegel auch im Assenministerium schaefer an. Mitte 1942 setzte er den SS-Obergruppenfuehrer Dr. Werner Best, Leiter des SD und der Gestapo, zum Kontrolleur des gesamten diplomatischen Dienstes ein. Best wurde zum Ministerialdirektor im Aussenministerium ernannt und erhielt in dessen Gebaeude ein Buero. Best begann seine Spionagetaetigkeit damit, dass er hohe und mittlere Beamte des Aussenministeriums als spionageverdaechtig denunzierte und den Bluthunden der SD-Sonderkommandos Diplomaten — "die feinen Herren", wie Goebbels sie nannte — zum Frass vorwarf.

Zum Leiter der politischen Abteilung des Aussenministeriums ernannte Ribbentrop den ehemaligen Botschaftsrat in Madrid, SS-Brigadefuehrer Andor

Henke. Dieser war Sekretär des Gesandten Brockdorf-Ranzau in Moskau gewesen. Später wurde Henke Generalkonsul in Kiew und anschließend Leiter der Ostabteilung im Reichsaussenministerium. Infolgedessen galt Henke von jeher als wichtiger Ostfachmann. Zum ersten Sekretär der Presseabteilung des Aussenministeriums wurde SS-Brigadeführer Emil Rasche gemacht. Dieser dirigierte als Mitglied der SS und des SD ausserdem den deutschen Spionagedienst in den neutralen Hauptstädten, der seine Stützpunkte in den Botschaften, Gesandtschaften und Konsulaten hatte. Unter Rasche waren der Unterstaatssekretär des Reichsaussenministeriums, der Oesterreicher Theodor Habicht als Leiter des Geheimdienstes in Nordafrika tätig und der ehemalige nazistische Gesandte in Wien, Kurt Rieth war, mit dem Amt eines Generalkonsuls bekleidet, als sein Unterspitzel in Tanger tätig.

Nach Rom ging der SS-Mann Hans Georg von Mackensen, der dem Reichsaussenministerium seit 1919 angehörte, wo er sich als Agent Hitlers und Himmlers betätigt hatte. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 trat er offen der NSDAP und der SS bei. Nach Tokio ging der SS- und NSKK-Oberführer Hans Georg Stahmer. Dieser trat 1934 offiziell der NSDAP und der SS bei. Stahmer leitete damals im Büro Ribbentrop die suedamerikanische und später die ost-asiatische Abteilung, nahm Anteil an der ersten Konspiration Nazideutschlands und Japans gegen die Sowjetunion und war einer derjenigen, die den Antikomintern-Pakt zustandebrachten. Stahmer begleitete 1939 den Herzog von Koburg-Gotha nach Japan, um dort die Konspiration Nazideutschlands und Japans zu besiegeln. Im Jahre 1941 sandte ihn Hitler als Gesandten zur nord-chinesischen Quisling-Regierung in Nanking. Zwei Jahre später löste Stahmer den deutschen Botschafter in Tokio, Generalmajor Ott ab. Gesandter in Nanking wurde nunmehr der bisherige Chef der politischen Abteilung im Reichsaussenministerium Dr. Kurt Woermann, Generalkonsul in Schanghai wurde der Teilnehmer am Hitler-Putsch 1923 und enge Freund Himmlers, Oberstleutnant Hermann Kriebel. Ihm folgte der SA-Führer Ruedt von Collenberg und später der Adjutant Hitlers, Hauptmann Fritz Wiedemann.

Nach Argentinien ging ein enger Freund Himmlers, der SS-Brigadeführer, Dr. Edmund Freiherr von Thermann, Gesandtschaftsrat in Brasilien wurde der Nazi Hans Henning von Cossel. Gesandter in Bolivien war 1937 bis 1941 der Schwager Himmlers, Dr. Ernst Wendler, der schliesslich von der bolivianischen Regierung wegen seiner putschistischen Tätigkeit aus dem Lande gewiesen wurde.

In Washington fungierte vor Ausbruch des Krieges der Schwager Ribbentrops, Hans Heinrich Dickhoff als Botschafter. Dickhoff galt als sogenannter Berufs-Diplomat, ohne enge Verbundenheit mit der NSDAP. Das war natürlich fauler Zauber. Als Gesandtschaftsrat diente unter Dickhoff der SA-Sturmführer Dr. Richard Graf Strachwitz von Gross-Zauche und Camminetz. Weitere Untergebene Dickhoffs waren nacheinander der SA-Obergruppenführer Manfred Freiherr von Killinger, Ex-Mitglied des Freikorps "Ehrhardt", der Organisation "Consul" und Mörder Erzbergers sowie der Hauptmann Fritz Wiedemann, als Generalkonsul in San Francisco. Der Spezialist fuer deutsche Marine-Spionage, Freiherr Spiegel von Peckelstein fungierte als Generalkonsul in New Orleans.

Nach Budapest ging der Obergruppenführer der SA und Mitglied des SD Dietrich von Jagow. Nach der Besetzung Ungarns durch die SS genuegte

der ebenfalls als "diplomatischer Fachmann" aufgemachte Jagow nicht mehr. Himmler ersetzte ihn durch den SS-Brigadeführer Dr. Edmund Vechsenmayer, einen brutalen Offizier der SD-Sonderkommandos. Gesandter in Bukarest wurde nun der SA-Obergruppenführer Manfred Freiherr von Killinger, vorher in Bratislava als Gesandter bei der faschistischen Slowakenregierung. Dorthin folgte ihm der SA-Führer von Baden und Wuerttemberg, Hanns Elard Ludin, der in den Ulmer Reichswehr-Prozess verwickelt war. Gesandter in Zagreb (Agram, Kroatien) wurde der SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche, ehemaliger Baltikumer und SA-Führer von Niedersachsen, Gesandter in Sofia wurde der SA-Gruppenführer Adolf Heinz Beckerle, ehemaliger Polizeipräsident von Frankfurt am Main und SA-Führer von Hessen.

Nach den neutralen Hauptstädten entsandte Ribbentrop sogenannte Berufs-Diplomaten. In Ankara trieb der alte Spieler Franz von Papen sein Unwesen, um die Tuerkei in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzumaneuvrieren. Wer Papen ist, bedarf keiner weiteren Erklärung. Seine charakterlose Anbiederung an die Nazis entlarvte ihn als ein ebenso schmutziges Subjekt, wie es die alten Kämpfer waren. In Madrid befand sich der Botschafter von Stohrer, der dort im ersten Weltkriege als Militaer-Attaché die deutsche Spionage geleitet hatte. Im Jahre 1943 wurde Stohrer durch den Botschafter Hans von Moltke und dieser im selben Jahre durch den Schwager Ribbentrops, Heinrich Dickhoff, ersetzt. Dickhoff gehoerte ebenfalls zum diplomatischen Stab der Weimarer Republik. In den Jahren 1929 bis 1936 war Dickhoff Botschaftsrat in London. Hitler beliess ihn dort als seinen Vertrauensmann zur Kontrolle des Botschafters Leopold von Hoesch, der kein Vertrauen von Seiten der Nazis genoss. Anschliessend wurde Dickhoff Botschafter in Washington, wo bis dahin Dr. Hans Luther tätig gewesen war. Ohne Zweifel gehoerte Dickhoff ebenso lange wie sein Schwager Ribbentrop im geheimen der NSDAP und dem SD an.

Nach Stockholm wurde der zum Papen-Kreis gehoerige Hans Thomsen gesandt, der seit 1933 unter Lammers aussenpolitischer Berater der Reichskanzlei war. Im Jahre 1934 nahm ihn Hitler mit auf seine Reise nach Italien, und machte ihn 1936 zum Botschaftsrat in Washington. Nicht selten wurde Thomsen als ein Mann bezeichnet, der sich gewisse Reserven dem Naziregime gegenueber bewahrt habe, ja, man nannte ihn sogar im Zusammenhang mit der Offiziers-Revolution vom 20. Juli 1944. Aber Thomsen ist ohne Zweifel ebenfalls einer der frommen Knechte von Hitler und Himmler und ein Mitglied des SD. Noch im Jahre 1935 erklarte er in Stockholm in einer offiziellen Rede, es gaebe keinen Unterschied zwischen Nazis und Deutschen, die der Nazipartei nicht angehören. Das gesamte Volk staende geschlossen hinter Hitler. Zum Botschafter beim Vatikan ernannte Ribbentrop im April 1943 an Stelle des Herrn von Berger, den Freiherrn Ernst von Weizsaecker, bis dahin an Stelle Steengrachts Staatssekretär im Reichsaussenministerium. Weizsaecker bruestete sich waehrend seiner Tätigkeit bei der Gesandtschaft in Prag vor auswaertigen Freunden gern damit, dass er keiner Naziorganisation angehoere. Die Presse verzeichnete später das Geruecht, dass Weizsaecker im Vatikan Asyl gefunden habe. In Wirklichkeit aber ist er einer der Busenfreunde von Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei und Mitglied der Reichsfuehrung SS. Weizsaecker gehoerte ohne Zweifel zu denjenigen glatten Gestalten, die zwar der Allgemeinen SS und dem SD angehören, von Himmler aber verpflicht-

tet wurden, als Nichtnazis aufzutreten, um in auslaendischen Stellungen mit Erfolg operieren zu koennen. In Lissabon befand sich als Gesandter Herr von Hoyingen und in Bern Herr Kurt Koecher.

Himmler baute jedoch als Reichskommissar fuer die Festigung des deutschen Volkstums noch eine besondere aussenpolitische Organisation auf, die er unter die direkte Fuehrung des SD und der Gestapo stellte. Dieser Organisation gab er den bescheidenen Namen "Vereinigung zwischenstaatlicher Verbaende". Zu ihrem Praesidenten ernannte er den SS-Obergruppenfuehrer und Polizeigeneral Werner Lorenz, mit dem ihn eine alte Freundschaft verband. Als Himmler 1933 in Hamburg die Gestapo uebernahm, ernannte er Lorenz zum Fuehrer der hanseatischen SS, der die SS Hamburgs, Bremens und Luebecks angehorte. In Luebeck lernte Lorenz den SS-Mann Dr. Kurt Draeger kennen, den Leiter der "Nordischen Gesellschaft", welche versuchte, die skandinavischen Laender in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion einzugliedern. Lorenz berichtete ueber seinen guenstigen Eindruck von der Nordischen Gesellschaft, und Himmler veranlasste nunmehr die Gruendung weiterer solcher zwischenstaatlicher Organisationen. Durch diese stellte er die alten gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kuenstlerischen Beziehungen, die zwischen Deutschland und anderen Laendern bestanden hatten und ebenso neugeschaffene, unter die Kontrolle des SD und der Gestapo. Die "Vereinigung zwischenstaatlicher Verbaende" war infolgedessen nichts weiter als eine Zweigstelle dieser beiden Terror- und Spitzelorganisationen. Ihr Sitz befand sich in Berlin, angeschlossen waren ihr die "Deutsch-Franzoesische Gesellschaft, die "Deutsch-Rumaenische Gesellschaft", die "Deutsch-Ungarische Gesellschaft", die "Deutsch-Italienische Gesellschaft", die "Nordische Gesellschaft" und viele andere. In allen Hauptstaedten Europas unterhielt die Vereinigung besondere Bueros, die in der Regel unter Leitung des "Kultur-Attachés" der betreffenden Gesandtschaft standen.

## DIE SS IN DER WEHRMACHT

Im Kampfe um die Kontrolle der Wehrmacht hatte Himmler neben der Generalitaet alter Schule nicht selten auch Hitler und Goering gegen sich. Ausserdem suchte die Generalitaet des Heeres eifersuechtig ihre vermeintliche Unabhaengigkeit gegenueber der Nazipartei zu erhalten, und in der Flotte gab es zwei sich bekaempfende Richtungen: die des Admirals Raeder und die des Admirals Doenitz. Hitler nuetzte alle diese Gegensatze und Eifersuechteleien zur Festigung seiner eigenen Stellung aus, mit welcher er als ein "Ueber-Napoleon" in die Geschichte eingehen wollte; nicht zufaellig galt sein erster Besuch in Paris dem Sarg Napoleons im Dome des Invalides. Ihm genuegten Himmlers SS-Verfuegungstruppen, die Totenkopfverbaende und die Waffen-SS zur Sicherung seiner Stellung gegenueber aufsaessigen Militaerpersonen. Goering wollte seine Herrschaft ueber die Luftwaffe mit niemandem teilen; niemand als er sollte Phantasie-Uniformen, Marschalls-Stab und Fangschnuere tragen; er traumte sich als Monument eines Feldherrn zu Pferde oder in einem goldenen Flugzeug. Himmler war gezwungen, seine Positionen in den Zweigen der Wehrmacht sehr vorsichtig, von der Mitte aus, auszubauen, indem er Wehrmachts-Offiziere fuer die SS gewann. Unterstuetzt wurden seine Bestrebungen von Jodl, Model, Zeitzler, Rommel, Schoerner, Dietl und anderen Militaers, die

frueher den Freikorps angehorte hatten. In der Flotte stuetzte sich Himmler auf Doenitz und einige Freunde Heydrichs; in der Luftwaffe auf Sperrle, Korten, Gallant und andere. Der Kommandeur der Fallschirmjaeger, Student, war ebenfalls ein Himmler-Mann. Nach Kriegsausbruch veranlasste Himmler die Bildung eines besonderen Fuehrer-Hauptquartiers, und alsbald war Hitler nur von Leuten Himmlers umgeben und bewacht.

Im Jahre 1942 begann der Kampf um die Gleichstellung der Waffen-SS mit der Wehrmacht. Durch eine Verordnung Hitlers wurde diese 1943 zu einem selbststaendigen Teil der Wehrmacht neben dem Heere, der Luftflotte und der Flotte erklart. Zugleich wurde die von Himmler lang erstrebtene Vereinigung des Spaeherdienstes der Wehrmacht mit dem SD beschlossen. Die Gestapo erhielt das Recht, die Bueros und Dienststellen der Wehrmacht zu durchsuchen. Das gesamte Personal der Militaerpolizei wurde aus SS- und SD-Leuten rekrutiert.

Aber Himmlers Versuch, den SS-Offizieren fuehrende Stellungen in den Kommandos der Heeres- und Armeegruppen zu sichern und den Oberbefehl ueber die Ersatz-Armee an sich zu reissen, scheiterte vorlaeufig noch an dem Widerstand der Generalitaet. Den Generalfeldmarschall Walter von Reichenau kostete dieser Widerstand das Leben: Er wurde als "Verraeter am Nationalsozialismus" auf Hitlers und Himmlers Anweisung von einem SD-Sonderkommando "umgelegt".

Im Fruehjahr 1944 konnte Himmler seine Kontrolle auch auf die unteren Kommandostellen der Wehrmacht ausdehnen. Er traf Sondermassnahmen zur Erziehung des Offiziersnachwuchses im SS-Geiste und fuehrte weltanschauliche Kommissare in der Wehrmacht ein. Den SS-Obergruppenfuehrer Sepp Dietrich ernannte Himmler zum Generalinspektor fuer den Fuehrernachwuchs beim Oberkommando des Heeres. Das Schulungspersonal zur Heranbildung der "weltanschaulichen Kommissare" entnahm er den Waffen-SS-Divisionen "Feldherrnhalle" und "Grossdeutschland". Hohe SS-Funktionaere, wie Hauser, Rendlic, Schoerner und andere erhielten Kommandostellen an der Front.

Vor Ausbruch des Offiziersaufstandes vom 20. Juli 1944 ernannte Hitler den Reichsfuehrer SS Himmler zum Kommandeur der Ersatzarmee. Sein Stellvertreter in dieser Funktion wurde der Chef des Waffen SS-Hauptfuehrungsamtes, SS-Obergruppenfuehrer Hans Juettner. Der Ersatz des Heeres, der Flotte, der Luftwaffe und der Waffen-SS geriet mit dieser Ernennung in die Haende der SS. Die Wehrmachts-Generalitaet alter Schule war nunmehr so gut wie ausgeschaltet.

Aber Himmler hatte die strategischen Faehigkeiten seiner SS-Offiziere ueberschaetzt. Himmlers Schuetzlinge in den Kommandos der Heeres- und Armeegruppen erwiesen sich als unfaeig. Ohne Hilfe erfahrener Strategen aus den Reihen der alten Generale war nicht auszukommen. Hitler und Himmler suchten nun ein Kompromiss mit dem Rest der noch vorhandenen Generalstaebler alter Schule. Himmler, der sich auf seine SS-Truppen, auf die saemtlichen Polizeikraefte und auf die Ersatzarmee stuetzte, gelang es, das Kompromiss mit Rundstedt und dessen Anhaengern zu schliessen. Mit Hilfe Rundstedts organisierte er nunmehr die "Volks-Grenadiere" und den "Volkssturm", um der Wehrmacht Ersatz zu sichern. Zusammen fuehrten sie im Dezember 1944 die sogenannte Rundstedt-Offensive durch, um der bevorstehenden allgemeinen Offensive der Vereinigten Nationen zuvorzukommen. Die

Offensive misslang. Die Rote Armee begann den Angriff zum beabsichtigten Termin und durchkreuzte so die Plaene Himmlers und Rundstedts.

Nun wurde versucht, die Truemmer der einstigen gewaltigen militaerischen Macht des Dritten Reiches zum Endkampf zu mobilisieren. Dank der SS blieb dieser Versuch nicht gaenzlich ohne Erfolg. Himmler herrschte nunmehr mit Zustimmung Hitlers uneingeschraenkt. Aber er erreichte den Zenith nur, um seine Macht durch den Ansturm der Alliierten Armeen und der Maquis in Frankreich, der Elsas in Griechenland, der Tito-Armee in Jugoslawien, der Partisanen Polens und der Antinazis in Deutschland wieder zu verlieren.

## DIE SS IM PROPAGANDAMINISTERIUM

Im Goebbel'schen Propagandaministerium sind im Verlaufe der Jahre und besonders seit 1943 fast alle fuehrenden Stellungen von Himmlers SS-Leuten und SD-Agenten besetzt worden. Goebbels, der in staendiger Fehde mit Goering stand, und der Himmlers reale Macht erkannte, foerderte diese Entwicklung und suchte sich damit den Schutz Himmlers zu sichern. Goebbels brauchte diesen Schutz wie das taegliche Brot. Seine Macht verhalf ihm dazu, sich endlich auszuleben, seine skandaloesen Affairen mit Filmschauspielerinnen und deren Ehemaennern und seine politischen Fehler, die freilich sicht- und hoerbarer waren als die in den Bueros begangenen der Anderen, unterwuehlten seine Stellung. Zwar besass Goebbels die schwer erworbenen Sympathien Hitlers, aber alle anderen Nazifuehrer hassten ihn, weil er tatsaechlich als der "Doktor", der Intellektuelle, das schwaechliche Krueppelchen in der Partei der Schlaeger und Schlaechter ein Fremdkoerper war. Diesem Misstrauen hatte Goebbels schon in der "Kampfzeit" zu begegnen versucht, indem er die ekelerregendsten Exzesse des Ungeistes gegen den Geist veranstaltet hatte, wie das Werfen von Maeusen in den Kinosaal, die Buecherverbrennung und dergleichen mehr. Zwar durfte er jetzt mit seinen zynisch hemmungslosen Luegenmeldungen die faschistische Presse versorgen, organisatorisch und geschaeftlich unterstand er aber dem Reichsschatzmeister der NSDAP, SS-Obergruppenfuehrer Max Amann. Das Amt Goebbels' als Gauleiter von Berlin war ebenfalls keine unbeschraenkte Machtposition; denn die Zivilverwaltung der Stadt unterstand nicht ihm, sondern Goering und die Polizeiverwaltung gehoerte Himmler. So war Goebbels immer darauf angewiesen, sich, trotz der Protektion Hitlers, mit dem Staerksten gutzustellen, und der war Himmler.

Persoenlicher Adjutant Goebbels war der SS-Brigadefuehrer Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg Lippe. Dieser fungierte zugleich als Verbindungsmann zu Himmler. Sein Stellvertreter als Chef der NS-Propaganda-Abteilung war der SS-Brigadefuehrer Hugo Fischer, eine in den Rathenau-Mord verwickelte Verbrechernatur. Der Sekretaeer der Goebbels'schen Propaganda-Abteilung, SS-Brigadefuehrer Leopold Guterer, hatte 1919 der Brigade "Ehrhardt" angehört und war spaeter Wahlleiter der NSDAP geworden. Leiter des NS-Kulturamtes war der SS-Brigadefuehrer Karl Cerf, waehrend das Amt eines Chef-Zensors fuer die Partei-Literatur vom Obergruppenfuehrer Philipp Buhler versehen wurde; Buhlers Behoerde, das "Pruefungsamt zum Schutze der nationalsozialistischen Literatur", wurde bereits 1934 geschaffen und erhielt im Jahre 1944 die Vollmacht, nicht nur Buecher und Broschueren, son-

dern auch saemtliche Zeitschriften der NSDAP zu zensieren. Auch wurde mit dem Reichsunterrichtsminister SS-Obergruppenfuehrer Wilhelm Rust eine Vereinbarung geschlossen, nach welcher Buhler alle Schulbuecher und wissenschaftlichen Werke zu kontrollieren hatte.

Im Propagandaministerium stand neben Goebbels der SS-Obergruppenfuehrer Otto Dietrich als Staatssekretaeer und Reichspressechef. Dietrich war der Schwiegersohn des Besitzers der "Rheinisch-Westfaelischen Zeitung" Reissmann-Crone, hatte Hitler bei dem Kohlenkoenig Emil Kirdorf eingefuehrt und diesen veranlasst, den Nazismus unter den Grossindustriellen des Rhein- und Ruhrgebietes zu propagieren. Im Januar 1944 uebernahm der SS-Brigadefuehrer Dr. Hans Draeger, ehemaliges Mitglied des "Epp-Kreises" und Praesident der "Nordischen Gesellschaft" die Leitung der Auswaertigen Abteilung des Propagandaministeriums. Praesident der Reichs-Rundfunkgesellschaft wurde der SS-Brigadefuehrer Heinrich Glasmeier, der 1922 dem Freikorps "Lichtschlag" angehört hatte.

Chefredakteur des "Voelkischen Beobachter" war neben dem SA-Obergruppenfuehrer Alfred Rosenberg der SS-Brigadefuehrer Wilhelm Weiss. Dieser hatte im ersten Weltkrieg als Fliegeroffizier ein Bein verloren, in den Jahren 1919 bis 1923 dem Ludendorff-Kreis angehört und dessen Zeitung "Voelkischer Kurier" redigiert. Chefredakteur des "Angriff" wurde nach Goebbels der SS-Brigadefuehrer Hans Schwarz von Berk, ein staendiger Mitarbeiter des "Schwarzen Korps". Die sehr verwandte Landsknechts- und Gangstersprache dieser beiden Blaetter war im wesentlichen auf diese Personalunion zurueckzufuehren. Himmler unterstellte sich so nach und nach alle Zweige der Parteipropaganda, waehrend Goebbels mehr und mehr Zeit fand, sich anderen Aufgaben zu widmen, wie zum Beispiel der Leitung der "totalen Mibilisierung".

## RESULTATE DES RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS

Rassismus, Antisemitismus und materielle Korruption schufen die Basis, auf der die Ziele des deutschen Imperialismus verwirklicht werden sollten. Der linke Fluegel der deutschen Arbeiterbewegung hatte diese Tatsache rechtzeitig erkannt und warnte, innerhalb Deutschlands illegal, im Auslande durch Kundgebungen und eine riesenhafte Aufklaerungsliteratur. Aber Glauben fand er fast nur bei Gesinnungsgenossen. Die Regierungen der demokratischen Laender sahen den Ereignissen in Deutschland mit zwiespaeltigen Gefuehlen zu. Als im Februar und Maerz 1933 deutsche Arbeiterfunktionaere zu Hunderten erschlagen, zu Zehntausenden gefoltert und in Konzentrationslager gesperrt wurden, glaubte man, Europa werde dadurch "vom Bolschewismus gerettet". Als 1938 die juedischen Menschen gehetzt, verhoehnt und gefoltert wurden, hunderte Tempel in Flammen aufgingen, empoerten sich nur die fortschrittlichen Kreise dagegen. Die Regierungen versteckten sich hinter dem Einwand: "Wir haben keine Moeglichkeit, uns in die inneren Fragen der deutschen Regierung einzumischen." Unterdessen schrieb im November 1938 das "Schwarze Korps" ueber die moerderischen Absichten des "Blutordens" den Juden gegenueber:

"Die Juden moegen heute tausende Millionen besitzen. Es moegen einige hundert juedische Millionaere vorhanden sein. Der einzelne "arme" Jude mag geschwindelt und viel Eigentum versteckt haben. Aber jetzt, nachdem die Hauptschlagader der Parasiten zerschnitten wurde, wird ihr Kapital bald

verbraucht sein. Die reichen Juden werden gezwungen sein, die armen zu unterstützen, mit dem schliesslichen Resultat, dass alle verarmen und notwendigerweise Verbrecher werden. Auf Grund ihrer Natur werden sie alle im Verbrechertum versinken. . . Deutschland ist nicht in der Lage, einer solchen Entwicklung ruhig zuzusehen. Dem deutschen Volke kann nicht zugemutet werden, in seiner Mitte die Existenz von Hunderten und Tausenden zu erlauben, die nicht nur versuchen, ihr Leben durch Verbrechen zu sichern, sondern sich auch zu rächen. Würde Deutschland das erlauben, das Resultat würde eine unterirdische Verschwörung sein von einem Ausmasse, wie es vielleicht in Amerika moeglich ist, aber nicht in Deutschland. Angesichts einer solchen Entwicklung wird Deutschland zu der harten Noerwendigkeit gezwungen werden, die juedische Unterwelt genau so auszurotten, wie es geschieht mit Verbrechern. Das heisst mit Feuer und Schwert. Das wird das sichere Ende der Juden und ihre vollstaendige Ausrottung sein. Es ist jetzt Sache der Staaten, die eine kindische Humanitaetsduselei pflegen, die Juden in Deutschland vor dem sicheren Untergang zu retten."

Offener und erpresserischer konnten die Nazis nicht darlegen, was sie beabsichtigten. Aber man schloss Augen und Ohren vor der Gefahr. Die Regierungen der demokratischen Laender erkannten damals nicht, — oder wollten nicht erkennen — dass der Terror Hitlers und Himmlers gegen die deutschen Antinazis und gegen die deutsch-juedische Bevoelkerung die Vorstufe zu den gleichen Methoden gegen ganz Europa, ja, die ganze Welt war. Niemals haetten die Voelker zusehen duerfen, wie Hitler die industrielle Macht, die Naturschaetze und die Bevoelkerung Deutschlands nach Gangsterart ausnuetzte, um die Eroberungsplaene des deutschen Imperialismus zu verwirklichen. So konnten die unvorstellbaren nazistischen Verbrechen gegen die deutschen Antinazis, denen noch furchtbarere gegen die deutschen Juden, gegen die spanische Republik, gegen Oesterreich, die Tschechoslowakei und gegen Polen folgten, ohne Widerstand durchgefuehrt werden.

Durch diese Mitschuld des Auslandes wird die Mitverantwortung des deutschen Volkes nicht verringert. Auf diese Mitverantwortung wiesen wir schon 1942 hin: "Fuer die unbeschreiblichen Greuelthaten, die die Hitlerbanden veruebt haben und noch verueben, traegt nicht nur der aergste Feind der Menschheit, Hitler mit seinen Gangster-Kumpanen, seiner Gestapo und seinen SS-Horden die Schuld. Ebenso schuldig sind seine Auftraggeber, die Beherrscher der monopolistischen deutschen Wirtschaft, die Grossgrundbesitzer, die zum grossten Teil ihrer Klasse angehoerenden Generale und hohen Staatsbeaemten. Die Mitverantwortung fuer diese Greuelthaten traegt das ganze deutsche Volk solange, bis es sich offen von dem Hitlerfaschismus abwendet und sich gegen ihn in einer Front mit den Alliierten zum Kampfe erhebt." \* Die Mitverantwortung des deutschen Volkes fuer die Verbrechen der Nazis, steht ebenso ausser Frage, wie die Berechtigung der ueberfallenen Nationen, ihre Grenzen gesichert, das Zerstoerte zu Lasten des deutschen Volkes wieder aufgebaut, die Kriegsverbrecher bestraft und jeden kuenftigen Herrschaftsversuch des deutschen Imperialismus unterbunden zu sehen.

In Polen begannen die Hitler und Himmler schon 1939 ihre Absicht zur

\* P. M. Erklaerung auf dem Kongress gegen den Terror des Nazifaschismus, Oktober 1942, Mexiko ("Freies Deutschland", 2. Jahrgang N<sup>o</sup> 1, November/Dezember 1942).

Ausfuehrung zu bringen, die Bevoelkerung auszurotten und den Boden zu germanisieren, obwohl der deutsch-russische Nichtangriffspakt ihre Bewegungsfreiheit damals noch einschraenkte und ihnen insbesondere die Besetzung der ruthenischen Gebiete Polens durch Russland einen Strich durch die Rechnung machte. Gegen die Bevoelkerung von Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich traten die Nazis anfangs zurueckhaltender auf. Die SS hatte den Befehl, diese als "arisch" anerkannten Nationen fuer die nazistische Weltanschauung zu gewinnen. Aus diesem Grunde bildete Hitler die Quisling-Regierungen.

Im Osten und Suedosten aber zeigten Hitler und Himmler sofort ihre wahren Absichten. Nachdem Jugoslawien und Griechenland unterjocht und die Sowjetunion unter Bruch des Nichtangriffspaktes ueberfallen war, fanden die SS-Moerderbanden und die nazistisch verseuchten Elemente in der Wehrmacht erst ihr wirkliches Betaetigungsfeld. Jetzt tobten sie sich an den "rassenminderwertigen" Slawen und Juden aus, pluenderten, zerstoerten, schleppeten Frauen und sogar Maedchen im Kindesalter in ihre Militaer-Bordelle, feierten Blutorgien fuer die Herrenrasse, fuer den arischen Blutorden und fuer die SS. "Schwaechung der Feind-Substanz" hiessen, wie im Charkow-Prozess gegen die Mordfabrikanten zutage trat, die befohlenen Massenhinrichtungen und Zerstoerungen.

Um sich Milderungsgruende zu verschaffen, behaupteten Hitler und Himmler, die Juden haetten den furor teutonicus gereizt. Im Herbst 1941 wurde die ebenso belanglose wie toerichte Broschuere eines Amerikaners namens Nathan Kauffmann zum Anlass genommen, um eine laengst geplante Orgie antisemitischen Terrors zu entfesseln. Goebbels liess Millionen Exemplare dieser Broschuere durch die Lebensmittelkarten-Verteilungsstellen verbreiten, um die Volksmassen gegen die juedische Bevoelkerung aufzuhetzen.

Waehrend im Jahre 1940 die deutsch-juedischen Einwohner des Saargebietes, der Pfalz und Badens nach Konzentrationslagern in unbesetzte Gebiete Frankreichs deportiert wurden, erfolgte nunmehr die Verschickung fast aller Juden nach Polen. Damit begann die systematische Vernichtung juedischer Einwohner von Deutschland, Polen, der baltischen Sowjetrepubliken, Weissrusslands und der Ukraine.

Im Winter des Jahres 1940/41 wurde unter Leitung des SS-Obergruppenfuhrers Ernst Krueger mit der Anlage der Todesfabriken in Maidanek bei Lublin und an anderen Plaetzen begonnen; russische Kriegs- und Zivilgefangene wurden gezwungen, die Bauten auszufuehren. Ihnen folgten politische Gefangene aus Deutschland, die schon seit 1933 in den nazistischen Konzentrationslagern geschmachet hatten, ferner Tschechen, Polen und Juden.

Am 4. September 1941 erliess der nazistische Reichsverteidigungsrat eine Verordnung, \* unterzeichnet von Goering, Frick und Himmler zur Strafverfolgung von Juden und Polen in den annektierten polnischen Gebieten. Nach dieser Verordnung waren auch die geringsten Vergehen mit dem Tode zu bestrafen. Das Gericht bestand aus einem Richter; die Angeklagten hatten kein Recht auf einen Verteidiger; eventuelle Entlastungszeugen durften nicht vereidigt werden, die Urteile wurden sofort vollstreckt. Die Verordnung diente zur Ausrottung der Bevoelkerung, wobei kein Unterschied mehr zwischen Juden und Polen gemacht wurde.

\* Reichsgesetzblatt N<sup>o</sup> 140/41, Band I, Seite 759/61.

Unmittelbar darauf begannen die fabrikmässigen Massenmorde. Mitte 1943 benutzten Hitler und Himmler die Abhaltung des Juedischen Kongresses in Moskau, um zu behaupten, jetzt sei der Beweis erbracht, dass Judentum und Bolschewismus ein- und dasselbe sind. Das "Schwarze Korps" schrieb: Die von Juden inspirierte Politik Roosevelts und Stalins mache eine Revision der bisher grosszuegigen Politik des Nazismus gegenueber den Juden notwendig. Jetzt habe man erst richtig erkannt, dass der Jude der ewige, unerbittliche Feind Deutschlands und Europas sei, der physisch vernichtet werden muesste wie die Bolschewiken. Der "Angriff" triumphierte: "Die nazistischen Armeen haben das Land (Polen) besetzt, von dem aus das Judentum immer wieder zum Weltmachtvorstoss ansetzte. Damit ist dem Dritten Reich die Gelegenheit gegeben, die Bedrohung des Abendlandes durch das Judentum ein fuer alle Male zu beseitigen. Jetzt sind die tausende Staedte und Doerfer, in denen das Judentum oft mehr als fuenfzig Prozent der Bevoelkerung ausmachte, und die den unerschoepflichen Nachschub fuer alle Judenmaechte der Welt lieferten, in nationalsozialistischer Hand. Daraus muss nun die Schlussfolgerung gezogen werden."

Am 28. Mai 1943 liess Himmler in der Kadettenanstalt Lichterfelde 258 juedische Maenner erschliessen, weil angeblich in der Berliner Antikomintern-Ausstellung fuenf Zeitbomben gefunden worden waren. In Polen begann die Schlachtung von Zehntausenden. Aber auch das war nur der Anfang; denn die kannibalischsten Mordorgien fanden erst statt, nachdem Himmler im Sommer 1943 das Innenministerium uebernommen hatte. Nach seinem Besuch der Todesfabriken in Maidanek, Oswiecim und anderen Staedten veranlasste er durch seinen Staatssekretaer Conti die Ausrrottung von hunderttausend Maennern, Frauen und Kindern, Kriegs- und Zivilgefangenen, Juden, Slawen und Antinazis aus allen Laendern Europas und aus Deutschland als "rassisch Minderwertige", als "Arbeitsunfaehige", als "Staatsgefuehrliche" und als "unnuetze Esser."

Die anfaengliche Zurueckhaltung der SS gegenueber der Bevoelkerung in Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich war nun laengst den offenen Terrormassnahmen gewichen. Anfang 1941 setzten Geiselererschliessungen und Verfolgungen und Verschleppungen der Untergrundkaempfer und Juden ein. Die Opfer des nazistischen Terrors zaehlen in diesen Laendern ebenfalls nach Hunderttausenden.

Ihre Hochflut erreichte die Blutwelle, als die Naziarmeen an der Ostfront und in Afrika die schwersten Niederlagen erlitten. Taeglich wurde die Nazibestie rabiater. Die Nazifuehrer mussten ihren Massen beweisen, dass die Verwirklichung der rassistisch-grossdeutschen Plaene trotz aller Niederlagen erfolge. Durch Ausrrottung ganzer Voelker sollte der Bestand des Dritten Reiches auf ein Jahrtausend gewaehrleistet werden. Ausserdem wollte man durch das Ausmass des Terrors den Gegner in Angst und Schrecken versetzen und moeglichst viele Deutsche zu Moerdern und Mitschuldigen machen, zu Verteidigern des Hitlerregimes aus persoenlicher Angst. Die Pogrome und Vernichtungsorgien nahmen infolgedessen immer nach grossen Niederlagen zu.

Um diese Sintfluten von Blut zu schildern, Taeter und Opfer mit Namen, Herkunft und Beruf der Welt zur Kenntnis zu bringen, muessten hundertbaendige Buecher geschrieben werden. Um diese Orgien der feigen Energie gegen Wehrlose den deutschen Volksmassen in ihrem ganzen Ausmass vor

Augen zu fuehren, sollten die amtlichen Feststellungen in Millionen Exemplaren veroeffentlicht und verbreitet werden, welche die Ausserordentlichen Regierungskommissionen in Staropol, Orel, Stalino, Kiew, Karelien, Litauen, Lettland, Estland, Lemberg, Minsk, Charkow und vielen anderen Orten gemacht haben. Ebenso die Berichte, Protokolle und photographischen Aufnahmen, welche von den Exilregierungen von Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, der Tschechoslowakei, von den Regierungen Frankreichs, Polens, Jugoslawiens und Griechenlands gesammelt wurden. Diese Dokumente enthuelten, wie — es gibt keine Worte, um ein solches Ausmass entfesselter Bestialitaet zu charakterisieren — Millionen friedlicher Menschen, Maenner, Frauen und Kinder, Kriegs- und Zivilgefangene, Juden, Slawen, Romanen und Germanen ermordet, Millionen Menschen als Sklaven nach Deutschland verschleppt, wie Millionen Tonnen Lebensmittel, industrielle Fertig- und Rohprodukte, Millionen Stueck Vieh geraubt oder verbrannt wurden. Diese Berichte wuerden dann dem zum Teil in Unwissenheit gehaltenen deutschen Volk zeigen, wofuer es die Mitverantwortung traegt.

Aber vor allem muss das deutsche Volk darueber unterrichtet werden, dass dieses Wueten zugleich die groesste Einnahmequelle des "arischen Blutordens" war, der sich SS nannte. Von oben bis unten waren die Reihen dieser "Herrenrasse", die auf ihre Fahnen die Worte "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" geschrieben hatte, von schmutzigstem Eigennutz, von unglaublichster Korruption zerfressen. Fuer sie war Terror ein reines Geschaef. Bei Verhaftungen oder Hausdurchsuchungen wurden die Opfer und deren Wohnungen ausgepluendert, und die Beute verschwand in den Taschen der Haescher. Die Insassen der Konzentrationslager wurden als Sklaven an Unternehmer vermietet, Vermittlungsgebuehr und Lohn erhielt der SS-Fuehrer. Die Internierten mussten ohne jede Bezahlung fuer die SS-Fuehrer und ihre neuen Haeuser und Villen arbeiten. Wohlhabenden Angehoerigen von Internierten wurden hohe Summen durch Morddrohungen gegen das im Konzentrationslager befindliche Opfer erpresst. Fuer die Entlassung aus dem Konzentrationslager wurden von juedischen Familien 400 bis 500.000 Mark gefordert. Fuer eine Ausreisegenehmigung aus Deutschland die gleiche Summe, aus Polen 600 bis 700.000 Mark. In der Regel mussten diese Betraege bei auslaendischen Banken in wertbestaendiger Valuta deponiert werden. Nicht selten erfolgte dann die Entlassung des Ungluecklichen aus dem Konzentrationslager trotzdem nicht, oder er wartete vergeblich auf die Erlaubnis, Deutschland oder Polen zu verlassen.

Nachdem Hitler mit der gewaltsamen Expansion begonnen hatte, bluehte das Geschaef der SS. Es gibt so gut wie keinen hoeheren SS-Fuehrer, der nicht Schloesser bezogen und ein Millionen-Vermoegen zusammengestohlen oder erpresst haette. Himmler war zum Beispiel der Besitzer einer Munitionsfabrik in der Naehel des Konzentrationslagers Dachau. Er beschaeftigte dort 2.000 politische Gefangene, ohne ihnen einen Pfennig Lohn zu zahlen. Durch Wafenschiebungen verdiente Himmler allein im Jahre 1939 rund acht Millionen Mark.

Schon bald konnte Himmler zur Erledigung der Geschaefte seiner Riesengesellschaften die Wirtschaftsabteilung der Reichsfuehrung SS in Muenchen, Gabelsbergerstrasse 31 gruenden. Diese verwaltete einen gewaltigen Konzern Metall- und Textilfabriken in den besetzten Laendern, riesige landwirtschaftliche Betriebe in Polen und in der Sowjetunion. Als "Reichskommissar fuer

die Festigung des deutschen Volkstums" gehoerte es auch zu den Aufgaben Himmlers, die Laendereien in Polen und in der Sowjetunion an die "reinen Arier" zu verteilen. Hunderttausende SS-Leute wurden so zu Grundbesitzern oder, wie man so schoen sagte, zu "Wehrbauern". Himmler selbst eignete sich neun Gueter mit 140.000 Hektar Land an. Seine SS-Generale erhielten Gueter bis zu 25.000 Hektar. Den SS-Leuten wurden je 100 bis 500 Hektar zugeteilt. Das groesste und zugleich schaurigste Geschaefit Himmlers und seiner SS-Generale war jedoch die Produktion von Duengemitteln, Oelen und Fetten aus den in den Todesfabriken getoeteten Menschen und der Handel mit Kleidern, Schuhen und den Wertsachen der Opfer.

Die Urheberschaft all dieser haarstraebenden Ungeheuerlichkeiten geht auf das Konto der hoechsten Nazifuehrer und ihrer imperialistischen Hintermaenner. Der ueberragende Anteil faellt Himmler zur Last, seiner Allgemeinen SS, seinen SS-Verfuegungstruppen und Totenkopfverbaenden, seiner Waffen-SS, seinem SD, seiner Gestapo, seiner Ordnungs- und Feldpolizei, seinen Elementen im Staats- und Verwaltungsapparat und in der Wehrmacht. Wegen dieser Kriegsverbrechen stehen auf der Liste der Vereinigten Nationen und der Bewegung Freies Deutschland folgende Unmenschen:

Hitler, Goering, Goebbels, Himmler, Ley und ihre gesamten persoelichen Staebe.

Die Reichsfuehrung der NSDAP, der Allgemeinen SS, der Waffen SS, der SA, des NSKK, der HJ, der DAF und anderer nazistischer Organisationen.

Der Chef der Reichskanzlei Lammers und sein Stab, saemtliche Minister der Hitlerregierung, ihre Staatssekretaere und die sonstigen hohen, und mittleren Beamten der Reichsministerien, der gesamte Generalstab, alle hohen, mittleren und unteren Gestapobeamten, saemtliche Polizeioffiziere und Beamten aller uebrigen Zweige der Polizei.

Die Leiter des gesamten sogenannten Gesundheitswesens, die Leiter und hohen Beamten saemtlicher Wirtschaftsfuehrungen, die Beherrscher der Trusts, Monopole, Konzerne, ferner des Grossgrundbesitzes.

Saemtliche nazistischen Gauleiter und ihre Staebe, saemtliche Bezirksleiter und oertlichen Leiter aller Naziorganisationen, saemtliche nazistischen Universitaets-Professoren, die Rassenhetze und Antisemitismus gelehrt haben, saemtliche nazistischen Offiziere der Wehrmacht und nazistischen Lehrer der Schulen aller Grade.

Nicht nur diejenigen, die mit eigenen Haenden Mord, Raub und Zerstoeerung veruebt haben oder den direkten Befehl dazu gaben, sondern auch die intellektuellen Urheber muessen verfolgt werden. Unter anderem alle diejenigen, welche die verbrecherische Rassentheorie entwickelten und durch Artikel, Buecher und Reden verbreiteten, die zum Rassenhass und zu Judenpogromen aufstachelten, die Geld zur Finanzierung der nazistischen Bewegung gaben, und die Hitler, Goering Goebbels, Himmler, Hess, Rosenberg, Ley, Haushofer und Konsorten moralisch durch ihre Autoritaet unterstuetzten.

Sie alle haben sich an der Vorbereitung und Durchfuehrung des millionenfachen Meuchelmordes beteiligt und sind als Massenmoerder zu bestrafen. Es darf weder vor Monopolisten, Grossgrundbesitzern, Koenigssoehnen, Herzogen, Prinzen, Adelssoehnen, Generalen, hohen Politikern und Beamten, noch vor sogenannten Wissenschaftlern Halt gemacht werden, wenn man eine Wiederholung dieser furchtbaren Ereignisse wirklich verhindern will.

Die bis heute auf den Kriegsverbrecher-Listen der Vereinigten Nationen Stehenden sind fast ausschliesslich Leute, denen direkte Beihilfe und Beteiligung bei Massenmord, Folterung, Sklavenhandel, Raub und Zerstoeerung nachgewiesen werden konnte. Aber schon unter ihnen findet man neben zahlreichen Generalen der Wehrmacht, die fuehrenden Elemente der Allgemeinen SS und ihrer sonstigen Staats-, Polizei- und Militaerorganisationen, unter anderen:

Die Reichsminister Frick, Rosenberg, Himmler, Lammers und ihren Stab. Die Reichskommissare Koch, Lohse, Wolf, von Wedelstaed, Terboven und ihren Stab. Die Generalkommissare Dr. Hans Frank, Karl Litzmann, Wilhelm Kube, Becker, Waldemar Magunia, Heinrich Schoene, Adrian von Renteln, Dr. Lasch, Dr. Wachter Dr. Best und ihren Stab. Die SS-Polizeifuehrer Sperling, Katzmann, Jekelen, Garm, Gintze, Wysoksky, Scheer, Prutzmann, Haltermann, Dr. Fuchs, Guenther Panke und ihren Stab. Die Generale der Waffen SS und SS-Verfuegungstruppen Juettner, Frauenfeld, Bremen, Kaiser und ihren Stab. Die Gestapo-Kommissare und SD-Fuehrer Prinz von Hohenlohe, Dr. Sandberger, Heissler, Scherlack, Rauch, Muzil, Kossmann, Kortmann, Wester, Langner, Krieg, Buenger, Weis, Tillmann, Schlegel, Strauch und ihren Stab. Ausserdem zahlreiche Stadtkommandanten und ihre Staebe. Leiter der Wirtschaftsabteilungen und ihr Personal. Kommandanten von Gefangenen- und Todeslagern und ihre Staebe.

#### VORAUSSETZUNGEN ZUR DEMOKRATISIERUNG

Fuer jeden Freiheit und Fortschritt liebenden Menschen ist die Besetzung Deutschlands durch die Armeen der Vereinigten Nationen nicht der Beginn, sondern das Ende der Unterdrueckung Deutschlands und ganz Europas. Aber nun erst muss der Kampf um die Sicherung der neu gewonnenen Freiheit beginnen; denn der Nazismus ist nicht tot, er kann nur im langwierigen, taeglichen Kampfe ausgerottet werden, und nicht nur mit Argumenten, sondern mit den Waffen und dem Geiste der deutschen Antinazis. Erfolgreich kann dieser Kampf nur sein, wenn von Seiten der Besatzungsbehoerden den deutschen Demokraten ein vertrauensvolles Verstaendnis entgegengebracht und ihren Ratschlaegen Gehoer geschenkt wird. "Des Volkes Stimme als Gottes Stimme" wird in den deutschen Staedten und Doerfern leicht und zuverlaessig feststellen koennen, wer ein versteckter Nazi und wer ein aufrechter Antinazi ist. Des Volkes Stimme kann die Spreu von dem Weizen trennen und die Besatzungsbehoerden den Kraeften naeherbringen, die fuer den Aufbau der Demokratie unerlaesslich sind. Die groesste Gefahr liegt heute darin, dass sich Teile der Besatzungsbehoerden von dem devoten oder militaerisch-disziplinierten Benehmen getarnter Nazis tauschen oder dass sie sich bei ihrer Personalpolitik von bewussten oder unbewussten anti-sozialistischen und anti-bolschewistischen Vorurteilen leiten lassen.

Leider gibt es Anzeichen dafuer, dass ein Teil der Alliierten Kraefte den nazistischen Gegner nicht wirklich erkannt haben und ihn nicht richtig einschuetzen. Die sportliche Mentalitaet und Voraussetzung von Fairness stellt ein Hindernis dafuer dar, den nazistischen Duckmaeuser richtig einzuschuetzen. Zudem haben die Englaender und Amerikaner die Nazis zumeist nur in ihrem Zustand des Zurueckweichens oder der Kapitulation kennengelernt. So zeigte

sich dort, wo ernste und eiserne Haerte am Platze waere, nicht selten eine weit-herzige Liberalitaet, die fast in allen Faellen zu Menschenopfern fuehrte.

Zum Beispiel wollte ein amerikanischer Rechtsanwalt nazistischen Moerdern, die einen ihrer antinazistischen Kameraden im amerikanischen Kriegsgefangenenlager aufgehaengt hatten, ein moralisches Recht fuer ihre Schandtat zugebilligt wissen, weil fuer die Nazis der Antinazi "ein Verraeter an der Sache Hitlers gewesen sei". In Bruessel richteten amerikanische Kommandostellen eine Schule ein, in der Mitglieder der Nazipartei durch einen Zweimonats-Kursus nicht nur zu Antinazis, sondern sogar zu antinazistischen Polizeibeamten umgeschult werden sollen! Jedem Antifaschisten, der am eigenen Leibe erfahren hat, was "die Sache Hitlers ist", muessen angesichts solcher Erscheinungen Traenen der Bitterkeit in die Augen treten. Niemals darf der Kampf gegen die "Sache Hitlers" als Verrat an irgend einem Prinzip der Menschheit bezeichnet werden, und es ist eine tragische Laecherlichkeit zu glauben, dass die Umerziehung von Nazis zu Demokraten innerhalb von zwei Monaten erfolgen kann.

Selbstverstaendlich wird der Zusammenbruch des nazistischen Gangsterregimes grosse Erschuetterungen im Volksleben hervorrufen. Die bisher unterdrueckt gewesenen demokratischen Kraefte werden in den Vordergrund treten. Hinter ihnen werden sich die Millionen ehemals nazistisch Beeinflusster draengen, die sich durch das Naziregime betrogen fuehlen, nun von ihm abruecken, und es verdammen. Ihnen werden andere Millionen entgegenstehen, die als Funktionaere und Mitglieder der Nazipartei mit der Niederlage auch ihre Macht und Herrlichkeit zusammenstuerzen sehen, und sich auch weiterhin umso verstockter, umso hassvoller und rachsuechtiger an die Mordlehren des Rassismus und Antisemitismus klammern werden, wenn auch nicht so offen. Diese Gruppe erfordert die besondere Wachsamkeit der antinazistischen Kraefte. Keinem ehemaligen nazistischen Funktionaer, keinem ehemaligen bewaehrten nazistischen Parteimitglied, keinem SS-Mann, keinem SA- oder NSKK-Funktionaer darf Glauben geschenkt werden. Sie alle sind im Geiste der Luege, der Hinterhaeltigkeit, der Demagogie, der vollkommenen Charakterlosigkeit, des Terrorismus, des Raubes und des Mordes erzogen worden. Sie alle stehen mit ihren "Ehrbegriffen" denjenigen der Antinazisten unversoehnlich gegenueber. Sie alle werden fuer ihre persoenele Unbill, den Verlust ihrer Macht und ihres Raubes nicht sich selbst und ihrem Regime die Schuld geben, sondern dem "Neid der Sklavenvoelker", dem "Hass der Juden", den "Weltherrschaftsplaenen der Bolschewiken". Sie alle werden sich, je weniger ihnen blieb, desto mehr mit dem Gedanken troesten, zur Herrenrasse, zur Creme der Menschheit zu gehoeren. Sie werden sich vor den Besatzungsbehoerden einerseits, wie schon heute unzaehlige Beispiele beweisen, bis in den Staub verbeugen, und zur selben Stunde auf blutige Rache sinnen. Am Tage werden sie, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die ergebenen, tadellosesten Diener der Besatzungsbehoerden sein, bei Nacht aber als Mitglieder von Feme-Gerichten amtieren, Antinazisten und Juden ueberfallen und Sabotage verueben oder verueben lassen. Aus den Reihen dieser Elemente Beamte der Hilfspolizei erziehen zu wollen, ist eine selbstmoerderische Leichtfertigkeit.

Die Nachrichten ueber die Vorbereitung einer geheimen nazistischen Banditenbewegung sind zahlreich und sicherlich keineswegs uebertrieben. Jedoch wird der "arische Blutorden" mit seiner Werwolfverschwoerung nur dann Erfolge erzielen koennen, wenn er von den Besatzungsbehoerden unterschaezt

wird, wie es in Aachen und in Monschau leider der Fall gewesen ist. Erfolgt aber stattdessen mit Hilfe und unter Kontrolle der antinazistischen Teile des deutschen Volkes in jedem Stadtteil, in jedem Dorf eine genaue Registrierung von Mitgliedern der Nazipartei und deren Kampf- und Terrororganisationen, werden alle Behoerden und Betriebe ruecksichtslos von nazistischen Elementen gereinigt, dann wird der Himmler'schen Werwolfbewegung sehr bald der Boden entzogen sein.

Solche Massnahmen sind zugleich die Voraussetzung fuer eine wirkliche Ausfindigmachung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und auch derjenigen, die sich gegen das deutsche Volk vergangen haben. Anklage muss gegen hunderttausende Polizisten, Scharfmacher und Spitzel in den Betrieben, Beamte der verschiedenen Behoerden, Funktionaere aller Grade der nazistischen Organisationen, Lehrer der Rassenhetze und gegen alle, die freiwillig der Allgemeinen SS, dem SD und dem Volksbeobachtungsdienst beitraten, erhoben werden. Selbst bei energischstem Vorgehen wird es ausserordentlich schwierig sein, aller schweren Verbrecher habhaft zu werden; denn wie wir gesehen haben, trat selbst in der Nazizeit nur ein Teil offen auf: Viele waren im Geheimen als SD- und VBD-Spitzel auf alle Institutionen des Staates, der Wirtschaft und der Armee verstreut.

Die gefassten Verbrecher gehoeren vor Volksgerichte, die sich aus Opfern der nazistischen Diktatur zusammensetzen und zwar aus solchen, die jahrelang unter der Knute der SS-Totenkopfverbaende in den Konzentrationslagern schmachteten, aus solchen, die man misshandelte, die man bestahl, die man betrog und denen man die Angehoerigen erschlug, die man kaltbluetig dem Hungertode auslieferte, ohne dass sie jemals Hilfe und Recht finden konnten.

Es wird sich erweisen, dass der Gegensatz zwischen nazistischen und antinazistischen Kraeften nie so krass zum Ausdruck kam, wie er nach dem Zusammenbruch des nazistischen Blutregimes zum Ausdruck kommen wird. Es waere ein Verbrechen, diesen Gegensatz ausgleichen oder ihn mit Gewalt unterdruecken zu wollen. Es waere ein Verbrechen, aehnlich wie 1918, von Anfang an, die sogenannte reine Demokratie zu fordern und keinen Unterschied zwischen den demokratischen Massen und den nazistischen Verbrechern und den von ihnen Beeinflussten zu machen. Der Gegensatz zwischen antinazistischen und nazistischen Kraeften muss bis zum Letzten ausgetragen werden. Die Hitler und Himmler haben sich nie gescheut, im Interesse ihrer Herrschaft und der Weltmachtsplaene des deutschen Imperialismus kaltbluetig Millionen zu opfern. Um die Ausbreitung des Hitlerismus ueber Europa, Afrika, Asien und Suedamerika zu verhindern, musste sich fast die gesamte uebrige Welt erheben und alle ihre Kraefte in die Wagschale werfen. Die Welt darf sich nicht scheuen, den deutschen Antinazis, den deutschen Demokraten die erforderliche moralische Unterstuetzung zu leihen zur Bestrafung der fuer die unermesslichen Verbrechen direkt Verantwortlichen, zur Ausschaltung der Nazis, ihrer Auftraggeber und ihrer Helfershelfer aus dem Leben der Nation und zu ihrer zwangsweisen Verwendung beim Wiederaufbau des in Europa Zerstoerten. Wenn eine solche Unterstuetzung der Welt fuer den Antinazi-Kampf in Deutschland unterbleibt, dann sind die Opfer des zweiten Weltkrieges umsonst gefallen.

Die verschiedenen deutschen Demokraten sind sich klar, dass die Entwicklung der Produktionsverhaeltnisse im Nachkriegsdeutschland entscheidend dafuer sein wird, ob nunmehr die demokratische Umwaelzung und zwar auf der



durch die Existenz des monopolistischen Kapitalismus bedingten hoeheren Stufe bis zu Ende gefuehrt werden kann. Sie sind sich klar, dass dazu die Einheitlichkeit der breitesten Schichten des deutschen Volkes die Voraussetzung ist. Im Zusammenhange damit aber stehen Fragen, die ebenfalls von groesster Bedeutung sind:

Sollen Rassismus und Antisemitismus ausgerottet werden, so bedarf es deren Brandmarkung zum todwuerdigen Verbrechen, so bedarf es ihrer Ausloeschung aus den Hirnen der Erwachsenen und Kinder. Kein Buch, kein Pamphlet, keine Zeitung, keine Zeitschrift darf weiter existieren, die zur Verbreitung von Rassenhass und Antisemitismus beitragen. Jeder Redakteur, jeder Professor oder Lehrer muss verhaftet und auf das Strengste bestraft werden, der den Versuch unternimmt, dieses Gift auch weiterhin zu verstreuen oder eine Rechtfertigung des braunen Schreckensregimes zu versuchen. Alle den Nazismus und Nationalismus verherrlichenden Filme sind zu zerstoenen. Alle demselben Zweck dienenden Bauten, Monumente, Abzeichen und Namen sind zu vernichten.

Alle hohen und mittleren nazistischen Funktionaere, insbesondere die Professoren und Lehrer, sind aus ihren Stellungen in Staat, Wirtschaft, Universitaeten und Schulen zu entfernen. Keinem nazistischen Beamten oder Offizier darf das Recht auf Pension zugebilligt werden.

Alles geraubte Eigentum, besonders dasjenige der deutsch-juedischen Bevoelkerung ist ohne juristische Formalitaeten an den rechtmassigen Besitzer zurueckzuerstatten ohne Ruecksicht darauf, ob es unterdessen veraeussert wurde und ob es sich in zweiter, dritter oder vierter Hand befindet.

Die Millionen elternloser Kinder, die es als Folge des Naziregimes in Deutschland gibt, sind in staatliche, kollektive Erziehung zu nehmen mit Pae-dagogen, deren antinazistischer Charakter durch ihr Verhalten waehrend des Naziregimes einwandfrei erwiesen wurde. Als Professoren und Lehrer in den Universitaeten und Schulen duerfen nur erwiesene antinazistische Kraefte Verwendung finden.

Nur eine Ungleichheit darf es im kommenden demokratischen Deutschland zwischen Menschen noch geben: Die Ungleichheit zwischen den demokratischen Kaempfern und den nazistischen Bestien. Nur wenn der Sturz der Hyaenenhorden ein Sturz in bodenlosen Abgrund sein wird, kann Deutschland als freiheitliche und fortschrittliche Nation wieder erstehen.

## HITLERS AUSSENPOLITIK UND DIE URSACHEN IHRES SCHEITERNS

### IHRE PRINZIPIEN, IHR CHARAKTER UND IHRE ZIELE

Nur infolge des Missverhaeltnisses zwischen territorialer Ausdehnung und Bevoelkerungszahl wurde Deutschland — nach Hitlers Auffassung — im ersten Weltkriege besiegt. Die Gebietsabtretungen nach der Niederlage vergroesserten dieses "Missverhaeltnis". Hitler folgerte daraus, dass das Reich nur durch eine "dynamische Aussenpolitik" den notwendigen Ausgleich zwischen Bevoelkerungszahl und Territorialbesitz schaffen koenne.

Er unterschied zwei Arten von Grossmaechten: die Besitzenden und die Besitzlosen. Deutschland reihte er in die Kategorie der "Besitzlosen" ein. Dies tat er, um damit die Forderung des deutschen Imperialismus nach einer Neuverteilung der Welt zu begruenden. Mit seinen Argumenten beeinflusste er in der Tat gewisse liberal gesinnte Kreise in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten, die seine Forderung als mehr oder weniger berechtigt anerkannten. An Beispielen fuer die Auswirkung der Hitler'schen Propaganda fehlt es wahrhaftig nicht. Hier sei nur auf die Stellungnahme des englischen Arbeiterfuehrers George Lansbury\* verwiesen, der ebenfalls fuer eine Neuverteilung der Rohstoff- und Absatz- Gebiete eintrat.

In Wirklichkeit aber war die Theorie von den "besitzenden" und den "besitzlosen" Grossmaechten die Theorie der deutschen imperialistischen Kriegstreiber. Die Schwierigkeiten des Finanzkapitals vor dem Kriege hingen naemlich gar nicht vom "Besitz" oder "Nichtbesitz" groesserer Rohstoffgebiete, Absatz- und Kapitalanlagemoeglichkeiten ab. Waere es anders gewesen, wie haette es dann bei den "besitzenden" Grossmaechten, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa, oder in den Laendern des britischen Imperiums je zu ernstesten Wirtschaftskrisen kommen koennen? Nein, das Ausmass der Schwierigkeiten ergab sich aus den inneren Widerspruechen des Finanzkapitals ueberhaupt, die zu einer allgemeinen Krise des Kapitalismus fuehrten, von deren Wirkungen keine — gleichgueltig, ob staerkere oder schwachere — nationale kapitalistische Wirtschaft verschont blieb.\*\*

Das deutsche Finanzkapital hatte vor dem Kriege seine relativ hoechste Entwicklungsstufe erreicht. Der Prozess seiner Zersetzung war weit fortgeschritten, die Notwendigkeit seiner Abloesung durch eine neue Wirtschaftsform reifte heran. Hitler suchte einen Ausweg aus dieser krisenhaften Lage: in einem neuen Raubkrieg des deutschen Imperialismus. Zur ideologischen Vorbereitung dieses Raubkrieges benoetigte Hitler die Theorie von den "bestizenden"

\* Anhaenger der friedlichen Neuverteilung der Rohstoffe, in deren ungleicher Verteilung er die wirkliche Ursache der Kriegsgefahr sah. Er machte einen Besuch bei Hitler, den dieser fuer seine Friedensmanoever ausnuetzte.

\*\* vergleiche dritten Teil dieses Buches.

und den "besitzlosen" Grossmaechten. Sie war eine volksfeindliche Theorie. Das deutsche Volk besass Raum genug. Es haette auf dem deutschen Territorium gut leben koennen. Die Voraussetzung dafuer war nur, dass es den Monopolisten und Grossgrundbesitzern die Kontrolle ueber die deutsche Wirtschaft entriess.

Schon vor dem Kriege produzierte die deutsche Landwirtschaft, trotz ungenuegender technischer Ausruestung und trotz Brachliegens riesiger Landflaechen, 80 bis 87 Prozent der notwendigen Nahrungsmittel. Die deutsche Industrie war nicht nur in der Lage, den Bedarf des deutschen Volkes an Industrieprodukten ueberreichlich zu decken; sie konnte auch genuegend Ausfuhrgueter herstellen, um sie gegen die fehlenden Nahrungsmittel und gegen Eisen, Nichteisenmetalle, Minerale, Oele, Baumwolle und Wolle einzutauschen. Dieser Austausch musste Deutschland keineswegs in ein Konkurrenzverhaeltnis zu anderen Industriestaaten treiben. Haette es sich nur um die Produktion von Massenguetern und nicht um die Produktion von Kriegsmaterial gehandelt, dann haette dieser Austausch ein friedlicher sein koennen. Er konnte zum Teil durch Kohlen, zum Teil durch Leistungen erfolgen, fuer die die Seeschifffahrt, die Luftfahrt, die Hotels und Sanatorien in den deutschen Kurorten usw. bereit standen.

Die Massen des deutschen Volkes hatten von den imperialistischen Expansionsversuchen der deutschen Plutokratie keinen Vorteil zu erwarten. Der Krieg konnte ausschliesslich dem Interesse der deutschen Imperialisten und ihrer Handlanger dienen. Nachdem diese das eigene Volk ausgepluendert und seine Kaufkraft herabgedrueckt hatten, sollte durch die Kriegsvorbereitung und den Krieg selbst eine neue profitable Betaetigung fuer die in den riesigen Produktionsstaaten angelegten gewaltigen Kapitalien gesichert werden.

Hitler erklarte schon sehr fruehzeitig, es sei unsinnig, Landesgrenzen als ewig und unantastbar zu betrachten. Wenn Deutschland neuen Raum gewinnen wolle, dann muesse es eben die bestehenden Landesgrenzen durchbrechen. Der groesste Fehler der deutschen Aussenpolitik wuerde sein, wenn sie nur die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 erstrebe. Hitler erklarte: "Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 ist ein politischer Unsinn von Ausmassen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen lassen. Ganz abgesehen davon, dass die Grenzen des Reiches im Jahre 1914 alles andere eher als logische waren. Denn sie waren in Wirklichkeit weder vollstaendig in bezug auf die Zusammenfassung der Menschen deutscher Nationalitaet noch vernuenftig in Hinsicht auf ihre militaergeographische Zweckmaessigkeit". \* Eine "nationale" deutsche Aussenpolitik muesse dort beginnen, wo Karl V. vor vierhundert Jahren aufgehoert habe. Sie muesse das damalige deutsche Reich wieder schaffen. Sie muesse danach streben, Holland, Belgien, Nordfrankreich, Elsass-Lothringen, Luxemburg, die Schweiz, Oesterreich, die Tschechoslowakei, Teile Jugoslawiens und Rumaeniens und die Baltischen Laender unter deutsche Oberhoheit zu bringen. Ein "Block von hundert Millionen Deutschen" muesse als die unzerstoerbare Grundlage fuer die Beherrschung Europas entstehen.

Der Verfasser des nazistischen Partei-Programmes, Gottfried Feder, entwickelte diese raeuberischen Plaene noch weiter. In seinem Kommentar zum

\* "Mein Kampf", Seite 736.

nazistischen Partei-Programm schrieb er: "Alles Volk von deutschem Blut, ob es unter daenischer, polnischer, tschechischer, italienischer oder franzoesischer Herrschaft lebt, muss wieder mit dem Deutschen Reich vereint werden. Wir denken nicht daran, auf einen einzigen Deutschen zu verzichten, der in Oesterreich, in der Schweiz, im Saargebiet, in Elsass-Lothringen, in den Nachfolgestaaten der Donau-Monarchie, in Holland, Belgien und Frankreich und in den Baltischen Staaten lebt." \* Feder wandte den Begriff "Deutscher" nicht etwa nur auf die in diesen Laendern lebenden Auslandsdeutschen an, sondern auf alle dort lebenden sogenannten "Arier". Er stempelte auf diese Weise die Elsass-Lothringer, die Luxemburger, die Hollaender, die Flamen, die Bretonen, die deutschsprechenden Schweizer und Oesterreicher und die deutschsprechenden Balten ueber Nacht zu Deutschen.

Aber die Wiederherstellung des Reiches Karl V. sollte nach Hitler nur das erste Ziel der deutschen Aussenpolitik sein. In ihm sah er lediglich die Vorbedingung fuer die gewaltige Expansion, die der deutsche Imperialismus plante. Hitler sagte dazu: "Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewusst einen Strich unter die aussenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Sueden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schliessend endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen ueber zur Bodenpolitik der Zukunft." \* Auch die Ausdehnung des deutschen Imperialismus nach West- und Suedeuropa erschien ihm fuer die Loesung seiner Probleme gaenzlich ungenuegend und sogar die Rueckgabe der deutschen Kolonien haette daran nichts aendern koennen. Diese waren schon in der wilhelminischen Periode weder als Ansiedlungs- noch als Rohstoffgebiete ernstlich in Frage gekommen.

Hitler sah deshalb als Hauptaufgabe seiner Aussenpolitik, Land fuer Deutschland in grossem Ausmasse in Europa selbst zu gewinnen. Neues Land befand sich aber — wie Hitler immer wieder betonte — nur im Osten; "denn — sagte er — "wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, koennen wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken." \* Sein Plan war, die dort lebenden Voelker zu unterjochen, zu vertreiben oder auszurotten.

Im Januar 1932 hielt Hitler in Muenchen eine Rede, in der er die verbrecherischen Grundgedanken seiner Ost-Politik ausfuehrlich darlegte. Dort sagte er: "Wir werden niemals eine grosse Politik machen ohne einen festen, stahlharten Machtkern im Mittelpunkt, ohne einen Kern von achtzig oder hundert Millionen geschlossen siedelnder Deutscher. Meine erste Aufgabe wird es daher sein, diesen Kern zu schaffen, der uns nicht nur unbesiegbar macht, sondern uns ein fuer alle Mal das entscheidende Uebergewicht ueber alle europaeischen Nationen sichern wird. Ist uns dies gelungen, so wird alles andere verhaeltnismaessig leicht sein. Zu diesem Kern gehoert Oesterreich. Das ist eine Selbstverstaendlichkeit. Es gehoert dazu aber auch Boehmen und Maehren, es gehoeren dazu die Westgebiete Polens bis an gewisse strategische Grenzen. Es gehoeren aber auch dazu, und das duerfen Sie nicht uebersehen, die baltischen Staaten, die Jahrhunderte hindurch eine duenne deut-

\* Gottfried Feder "Das programm der NSDAP", 116-125. Auflage, Muenchen 1937.

\* "Mein Kampf", Seite 742.

sche Oberschicht gehabt haben. In allen diesen Gebieten wohnen heute ueberwiegend fremde Volksstaemme. Und es wird unsere Pflicht sein, wenn wir unser Grossreich fuer alle Zeiten begruenden wollen, diese Staemme zu beseitigen. Es besteht kein Grund dagegen, dies nicht zu tun. Unsere Zeit gibt uns die technischen Moeglichkeiten, solche Umsiedlungsplaene verhaeltnismaessig leicht durchzufuehren. Uebrigens hat die Nachkriegszeit eine Binnenwanderung von mehreren Millionen veranlasst, gegen die unser Unternehmen ein Pappentier sein wird. Das boehmisch-maehrliche Becken, die an Deutschland grenzenden Ostgebiete werden wir durch deutsche Bauern besiedeln. Wir werden die Tschechen und Boehmen nach Sibirien oder in die wolhynischen Gebiete verpflanzen. Wir werden ihnen in den neuen Bundesstaaten Reservate anweisen. Die Tschechen muessen heraus aus Mitteleuropa. Solange sie dort sind, werden sie immer ein Herd hussitisch-bolschewistischer Zersetzung sein. Und erst wenn wir dies erreichen koennen und wollen, bin ich bereit, das abermalige Blutopfer einer ganzen deutschen Jugend zu verantworten. Ist aber dies unser Preis, dann werde ich nicht einen Augenblick zoenern, zwei, auch drei Millionen toter Deutscher im vollen Bewusstsein der Schwere des Opfers auf mein Gewissen zu nehmen. Anders ist es in den baltischen Laendern. Wir werden die Bevoelkerung leicht germanisieren koennen. Es sind Staemme, die uns rassisch nahestehen, und die schon laengst deutsch geworden waeren, wenn nicht die Vorurteile und der soziale Duenkel der deutschen baltischen Barone dies kuenstlich verhindert haetten. Im uebrigen interessieren mich die Grenzprobleme als solche sehr wenig. Wenn ich meine Politik sich darin erschoepfen liesse, dann waeren wir mit unserem Latein bald am Ende und dem deutschen Volke waere in nichts geholfen. Ich werde auch mit der albernen suedtiroler Sentimentalitaet ein Ende machen. Ich denke nicht daran, mich niemals durch diese Frage in der Grundlinie unserer Politik, in einem Buendnis mit Italien, beirren zu lassen. Das deutsche Volk ist in seiner ungluecklichen Geschichte ueberallhin wie Wildfleisch gewuchert. Ich werde mich nicht durch noch so ehrwuerdige Erinnerungstuecke unserer Vergangenheit verleiten lassen, eine politische Torheit zu begehen. Mit Elsass-Lothringen ist es ein anderes Ding. Wir werden hier niemals verzichten. Nicht weil hier deutsche Staemme wohnen, sondern weil wir dieser und anderer Gebiete zur Abrundung unseres Kerngebietes im Westen ebenso beduerfen wie Boehmens im Sueden und Posens, Westpreussens, Schlesiens und der baltischen Laender im Osten und Norden." \*

Die Ostpolitik Hitlers schloss die Gruppierung von "Hilfsvoelkern" um den Block der hundert Millionen Deutschen in Mitteleuropa ein. Als "Hilfsvoelker" betrachtete Hitler die Franzosen, die Jugoslawen, Bulgaren, Ungarn, Rumaenen, Slowaken, Polen, Tschechen, Ukrainer, Weissrussen, Finnen, Schweden, Norweger und Daenen. Die "Hilfsvoelker" sollten in Buenden vereinigt werden. Formell sollten sie "unabhaengig" bleiben. Keinesfalls aber durften sie eine eigene Armee unterhalten und eine selbstaendige Aussenpolitik betreiben. Die Ostpolitik Hitlers sah ferner vor, dass Deutschland niemals die Entstehung einer zweiten Militaermacht auf dem europaeischen Kontinent zulassen duerfe. Die schon bestehenden Militaermaechte muessen unter allen Umstaenden zerstoen werden.

Die Errichtung der Hegemonie ueber Europa war fuer den deutschen

\* zitiert nach Hermann Rauschning "Gespraech mit Hitler", New York 1940.

Imperialismus wiederum nur das Vorspiel fuer den Kampf um die Hegemonie in der Welt. Die aussenpolitische Konzeption, die Hitler in "Mein Kampf" niederlegte, schloss auch diese Epoche ein. Hitler behauptete dort, die Germanen seien die hoechstentwickelte Rasse und deshalb die Herrenrasse dieser Erde. Ihnen komme es zu, sich alle anderen Voelker untertan zu machen und die Welt zu beherrschen. In seinem Groessenwahn sprach Hitler offen aus, dass die Erde nur durch die Unterwerfung aller Voelker unter die germanische Herrenrasse dauernd pazifiziert werden koenne. Er schrieb zum Beispiel: "Wer den Sieg des pazifistischen Gedankens in dieser Welt wirklich von Herzen wuenschen wollte, muesste sich mit allen Mitteln fuer die Eroberung der Welt durch die Deutschen einsetzen. . . Man muesste sich wohl oder uebel bei ernstem Willen entschliessen, Kriege zu fuehren, um zum Pazifismus zu kommen." \*

In einer Rede, die Hitler am 14. Maerz 1936 in Muenchen hielt, brachte er aehnliche Gedankengaenge zum Ausdruck. Dort sagte er: "Ich glaube nicht, dass zwischen den Nationen eher Frieden sein wird, bevor nicht fuer alle dasselbe Gesetz und dasselbe System der Gesetzgebung besteht. Deshalb hoffe ich, dass der Nationalsozialismus eines Tages ueber die ganze Welt ausgebreitet sein wird. Das ist kein phantastischer Traum, sondern ein erreichbares Ziel." \*\* Im Sinne dieser Welteroberungsidee wurde die deutsche Jugend unter dem Nazismus erzogen. Der Refrain eines der bekanntesten nazistischen Kampflieder lautete zum Beispiel: "Denn heute gehoert uns Deutschland und morgen die ganze Welt."

Das Ziel der nazistischen Aussenpolitik war also nach den eigenen Feststellungen Hitlers die Vorbereitung des groessten Raubkrieges, den die Welt je erlebt. Die 1933 noch bestehenden militaerischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages sollten wirkungslos gemacht werden. Der deutsche Imperialismus sollte die volle Handlungsfreiheit zur unbegrenzten militaerischen Wiederaufruestung erlangen. Hitler wollte die "besitzenden" Voelker und die kleinen Nationen in Sicherheit wiegen, desorientieren, gegenseitig isolieren und innerlich zersetzen, um sie gegenueber dem spaeteren nazistischen Ueberfall widerstandsunfaehig zu machen. Schon in der Vorbereitung des kommenden Raubkrieges war mit der Expansion des deutschen Imperialismus, wenn auch vorlaeufig noch mit "friedlichen" oder "unblutigen" Mitteln, zu beginnen. Zugleich aber sollten alle aussenpolitischen Voraussetzungen fuer die erfolgreiche Durchfuehrung des Blitzkrieges geschaffen werden.

Jede aussenpolitische Massnahme Hitlers, seine Friedensreden und Kriegsdrohungen, seine Nichtangriffspakte und Militaerbuendnisse waren ein Teil dieser Vorbereitung. Hitler selbst liess darueber nicht den geringsten Zweifel bestehen. Schon vor seiner Machtuebernahme erklarte er mit frechem Zynismus: "Die Befreiung unterdrueckter, abgetrennter Splitter eines Volkstums oder von Provinzen eines Reiches findet nicht statt auf Grund eines Protestes der Zurueckgebliebenen, sondern durch die Machtmittel der mehr oder weniger souveraeen gebliebenen Reste des ehemaligen gemeinsamen Vaterlandes. . . Unterdrueckte Laender werden nicht durch flammende Proteste in den Schoss eines gemeinsamen Reiches zurueckgefuehrt, sondern durch ein schlagkraeftiges Schwert. Dieses Schwert zu schmieden, ist die Aufgabe der

\* "Mein Kampf", Seite 315.

\*\* "Voelkischer Beobachter" vom 15. Maerz 1936.

innerpolitischen Leitung eines Volkes; die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, die Aufgabe der aussenpolitischen."\*

## DIE STRATEGISCHE PLANUNG DER NAZISTISCHEN AUSSENPOLITIK

Hitler beschränkte sich nicht nur darauf die Grundsätze seiner gewissenlosen Aussenpolitik schon Jahrzehnte im Voraus zu formulieren und ihre masslosen Ziele unverhüllt auszusprechen. Er legte auch die Strategie zur Durchführung dieser Aussenpolitik mit pedantischer Sorgfalt fest. Der unersättliche und räuberische Charakter dieser Aussenpolitik, den Hitler in das Wort "dynamisch" kleidete, machte die vorherige Ausarbeitung eines solchen strategischen Planes notwendig. Dieser war von einer scheinbar unwiderlegbaren Logik. Hitler und seine Gläubigen waren fest überzeugt, dass die energische Anwendung des Planes den erstrebten Erfolg herbeiführen müsse. Trotzdem war der Plan von vornherein zum Scheitern verurteilt; denn Hitler und seine Berater waren nicht fähig, das Ausmass der Gegenkräfte, welche die "Dynamik" seiner verbrecherischen Aussenpolitik zwangsläufig auslösen musste, richtig einzuschätzen.

Der 1924 formulierte strategische Plan der nazistischen Aussenpolitik konnte sich im wesentlichen nur auf die Beziehungen zwischen den Nationen in der Zeit von 1919 bis 1924 aufbauen. \*\* Die Besonderheiten dieser Beziehungen waren die folgenden: Der erste Weltkrieg fand durch die sozialistische Revolution in Russland und durch die revolutionären Erhebungen in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Italien und Bulgarien sein Ende. In Russland erfocht die Revolution den Sieg über den Feudalismus und den Imperialismus. In den übrigen Ländern blieb die Revolution in ihrem Anfangsstadium stecken. Auch in Deutschland gelang es der Plutokratie und den Junkern, die Macht zu behalten, wenn auch um den Preis vorübergehender ökonomischer und politischer Konzessionen an die Volksmassen.

Doch die Furcht vor der Revolution beherrschte die Staatsmänner aller kapitalistischen Länder auch weiterhin. Die Friedenskonferenz im Jahre 1919 stand unter dem Einfluss der "Gefahr", dass sich die deutschen Volksmassen mit ihren Fähigkeiten und ihrer Organisationskraft, mit den Naturschätzen und der Industrie ihres Landes dem Sozialismus in die Arme werfen könnten. Diese "Gefahr" veranlasste die Siegermächte, den geschlagenen deutschen Imperialismus und seine Handlanger Hindenburg und Ebert gegen die revolutionären Volksmassen zu unterstützen und die Beseitigung des Sowjetregimes in Russland mit militärischer Gewalt anzustreben.

In Deutschland konnten Hindenburg, Ebert, Leipart, Stinnes, Krupp und Thyssen, die revolutionäre Erhebung unterdrücken. In der Sowjetunion aber scheiterten alle derartigen Versuche der Konterrevolution und der ausländischen Interventionisten. Trotz der Niederlage der Revolution in Zentraleuropa zeigte sich in den imperialistischen und in den kolonialen Ländern ein ständiges Auf und Ab der revolutionären Flut. Sie drückte der Epoche von 1918 bis 1939 ihren Stempel auf.

Nach dem ersten Weltkrieg standen sich die Länder der Sieger und der

\* "Mein Kampf". Seite 689.

\*\* Die erste Auflage von "Mein Kampf" erschien 1926.

Besiegten gegenüber. Ausserhalb dieser beiden Lager stand die Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das mächtigste Land der Welt, war zum Generalgläubiger aller anderen Siegerländer geworden. Ihre Vertreter versuchten anfangs, die Führung auf der Friedenskonferenz und damit in der Weltpolitik zu übernehmen. Bald aber zog sich Amerika von der europäischen Bühne zurück und verharrte in der Isolierung. Japan war im Verlaufe des Krieges auf dem Wege zu einer Weltmacht weitermarschiert. Grossbritannien dagegen musste sich mit den Unabhangigkeitsbestrebungen seiner Dominien auseinandersetzen. Der ständige Widerspruch zwischen seinen europäischen und seinen Welt-Interessen machte ihm zu schaffen. Frankreich suchte nach dem siegreich beendeten Kriege seine Hegemonie in Europa zu errichten, indem es energisch auf einer genauen Einhaltung des Versailler Vertrages bestand. Italien fühlte sich durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain benachteiligt. Es begann infolgedessen schon frühzeitig, deren Revision zu betreiben. Die durch den Krieg oder durch die darauffolgende ausländische Intervention gegen das junge Sowjetrussland neu entstandenen Kleinstaaten, wie Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen und die Tschechoslowakei, waren, um leben zu können, gezwungen, sich auf die Seite derjenigen Grossmächte zu schlagen, von denen sich die grösste materielle Hilfe erwarten liess. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei waren nach dem Kriege Objekte der Politik der Siegermächte. Sie erholten sich jedoch bald wieder von den Folgen des Krieges und auch der Niederlage. Sie erhoben erneut ihr Haupt und begannen ihrerseits den Kampf um die Revision der Friedensverträge. Der Sowjetunion gelang es, die Konterrevolution und die Interventionisten zu schlagen. Sie kämpfte nun gegen die Rückständigkeit des Landes, die ökonomisch den Aufbau des Sozialismus erschwerte.

Zwischen den einzelnen Staaten entstanden schon in den ersten Jahren nach dem Friedensschluss zahlreiche neue imperialistische Gegensätze. Durch die Existenz der Sowjetunion kam ausserdem der Gegensatz zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt hinzu. Der strategische Plan der nazistischen Aussenpolitik stützte sich auf diese Gegensätze zwischen Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan untereinander und auf den Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion.

Worin äusserten sich aber diese Gegensätze? Den Vereinigten Staaten von Nordamerika gelang es nicht, sich die Welthegeemonie gegenüber Frankreich und England zu sichern. England und Frankreich gerieten in Streitigkeiten über die Behandlung des geschlagenen deutschen Imperialismus. England erstrebte dessen Ausschaltung als Handels-, Kolonial- und Seemacht. Im übrigen aber widersetzte es sich allen gegen Deutschland gerichteten Massnahmen, weil sie das Gleichgewicht der Kräfte in Europa stören könnten. Frankreich wollte dieses "Gleichgewicht der Kräfte" beseitigen. Es erstrebte die eigene Hegemonie in Europa. Deshalb verlangte es das rechte Rheinufer, die deutschen Kohlen — und Eisenvorkommen im Saar- und Ruhrgebiet, um so Deutschland in eine zweitrangige Macht zu verwandeln. England, das seine Kriegsziele verwirklicht sah, hinderte Frankreich, die seinigen zu realisieren. Das war der Ausgangspunkt für die Gegensätze zwischen England und Frankreich. Diese erstreckten sich bald auch auf den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland.

Später versuchte Frankreich, seine Stellung in Europa durch den Abschluss einer Anzahl von Militärbündnissen zu festigen. Im Jahre 1920 schloss

es ein solches Buendnis mit Belgien, 1921 mit Polen, 1924 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumaenien und 1927 mit Jugoslawien. Ausserdem forderte Frankreich aehnliche Militaerbuendnisse der Kleinstaaten Europas untereinander.

England dagegen wollte die Hegemonie Frankreichs in Europa nicht. Aus diesem Grunde bestaerkte es Deutschland in seinem Widerstand gegen die Versailler Politik Frankreichs. Die dadurch verschaeften Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland fuehrten Anfang 1923 zur Besetzung des Ruhrgebietes durch franzoesische und belgische Truppen. Die Ruhrbesetzung wurde nicht zuletzt durch das Eingreifen Amerikas und Englands beendet. Dies fuehrte zur Unterzeichnung des Dawes-Planes im Jahre 1924, der eine systematischere Reparationszahlung durch Deutschland, jedoch nicht nur im Interesse Frankreichs, sondern auch im Interesse Englands und Amerikas, sichern sollte.

Italien gehoerte bei Ausbruch des ersten Weltkrieges dem Dreibund an. Es bestritt jedoch verpflichtet zu sein, an der Seite Deutschlands und Oesterreichs zu kaempfen. Im Jahre 1915 ging Italien zur Entente ueber. Der damals abgeschlossene Londoner Vertrag zwischen England, Frankreich und Italien legte Italiens Forderungen fest, fuer deren Verwirklichung es den Krieg an die Mittelmaechte erklarte. Durch den Londoner Vertrag wurden Italien Gebiete auf dem Balkan und in Kleinasien zugesichert. Aber schon im Jahre 1916 hoben Frankreich und England im Geheimen diese Zusagen durch das sogenannte Sykes-Picot-Abkommen wieder auf. Die spaetere Friedenskonferenz stellte sich in dieser Frage auf den Standpunkt Frankreichs und Englands. Italien fuehlte sich dadurch hintergangen. Nach dem Marsch Mussolinis auf Rom im Jahre 1922 und nach der Errichtung der Herrschaft des Faschismus uebernahm Italien die Fuehrung im Kampfe um die Revision der Friedensvertraege.

Unterdessen hatte sich zwischen Amerika und England ein Wettueben zur See entwickelt. Gross-Britannien erklarte 1920, dass die englische Flotte nicht schwaecher sein duerfe als die Flotte irgendeiner anderen Macht. Amerika antwortete darauf, dass die amerikanische Seemacht nicht schwaecher sein werde als die irgendeines anderen Landes. Englands Position im Pazifik wurde durch sein Buendnis mit Japan zusaetzlich gestaerkt. Schliesslich sah sich Amerika gezwungen, eine Verstaendigung ueber den Flottenbau zu suchen. Im Jahre 1921 berief es eine Flottenkonferenz nach Washington ein. Dort gelang es der amerikanischen Delegation, England zu veranlassen, die Paritaet im Bau von Grosskampfschiffen anzunehmen und das Buendnis mit Japan zu loesen. Japan musste sich nunmehr damit abfinden, dass seine Seemacht 3/5 der Staerke der amerikanischen oder der englischen nicht ueberschreiten durfte.

Die Gegensatze zwischen den Siegerlaendern verhinderten die Fortsetzung ihrer Intervention gegen die Sowjetunion. Sie erleichterten der Sowjetregierung, gestuetzt auf die Sowjetvoelker und auf den revolutionaeren Fluegel der internationalen Arbeiterbewegung, den Sieg des Sozialismus in einem Lande zu sichern. Sie begann nun ernstlich mit dem Aufbau des Sozialismus. Den Imperialisten blieb nur die Hoffnung, dass dieser Aufbau scheitern und Russland zum Kapitalismus zurueckkehren werde. Sie wurden darin bestaerkt durch Karl Kautsky und andere Pseudo-Marxisten, die den baldigen Zusammenbruch des "sozialistischen Experimentes" der Sowjetregierung prophezeiten. Unter dem Einfluss der pessimistischen Betrachtungen dieser Theoretiker schrieb zum Beispiel I. L.

Garvin Ende 1924: "Das bestehende Wirtschaftssystem kann nicht aufrecht erhalten bleiben. Sowjetruusland wird in wenigen Jahren, gleichgueltig, wie sich dann sein Regierungssystem nennen mag — wieder ein kapitalistischer Staat werden." \*

Aus Gegensatzen zwischen den imperialistischen Sieger-Nationen untereinander und zwischen dem Weltkapitalismus und dem Weltsozialismus zog Hitler fuer seine Aussenpolitik die folgenden Schlussfolgerungen: Frankreich ist das Land, das am energischsten auf Einhaltung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages besteht. Es ist deshalb als das groesste Hindernis gegenueber der Wiederaufruestung des deutschen Imperialismus und der Errichtung seiner Hegemonie in Europa anzusehen. Deshalb bleibt Frankreich der Todfeind Deutschlands, dessen Hegemonie in Europa zerstoeert werden muss. Hitler brachte dies durch die folgenden Saetze zum Ausdruck: "Der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich. Ganz gleich, wer in Frankreich regierte oder regieren wird, ob Bourbonen oder Jakobiner, Napoleoniden oder buergerliche Demokraten, klerikale Republikaner oder rote Bolschewisten: das Schlussziel ihrer aussenpolitischen Taetigkeit wird immer der Versuch einer Besitzergreifung der Rheingrenze sein und einer Sicherung dieses Stromes fuer Frankreich durch ein aufgeloestes und zertruemmertes Deutschland... Erst wenn man den Lebenswillen der deutschen Nation nicht mehr in bloss passiver Abwehr verkuemmern laesst, sondern zu einer endgueltigen aktiven Auseinandersetzung mit Frankreich zusammenrafft und in einen letzten Entscheidungskampf mit deutscherseits groessten Schlusszielen hineinwirft; erst dann wird man imstande sein, das ewige und an sich so unfruchtbare Ringen zwischen uns und Frankreich zum Abschluss zu bringen; allerdings unter der Voraussetzung, dass Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur ein Mittel sieht, um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die moegliche Ausdehnung geben zu koennen... Fuer Deutschland jedoch bedeutet die franzoesische Gefahr die Verpflichtung, unter Zurueckstellung aller Gefuehlsmomente, dem die Hand zu reichen, der, ebenso bedroht wie wir, Frankreichs Herrschgelueste nicht erdulden und ertragen will. In Europa wird es fuer Deutschland in absehbarer Zukunft nur zwei Verbuendete geben koennen: England und Italien." \*\*

Nach Hitler befand sich England im Gegensatz zu Frankreich und bekaempfte dessen Vormachtstellung in Europa und dessen Bestrebungen in Kleinasien. Die Furcht vor einer Ausbreitung des Sozialismus ueber die Grenzen Russlands hinaus war in den reaktionaersten Zirkeln der englischen Monopolisten am staerksten ausgepraegt. In der Sowjetunion sahen diese ausserdem eine staendige Gefaehrung der Herrschaftsposition Englands in Kleinasien und in Indien. Hitler betrachtete England daher als den geeigneten Verbuendeten Deutschlands fuer die Periode bis zur Beendigung der Wiederaufruestung und der "Bildung des hundert Millionen Blockes der Deutschen" in Mitteleuropa. Hitler hoffte, dass England durch das Buendnis mit Deutschland von einer Koalition mit Frankreich zurueckgehalten und an eigenen Ruestungen zu Lande und in der Luft gehindert werden koenne. Dann aber wuerde es die voellige Isolierung oder gar Vernichtung Frankreichs nicht mehr aufhalten koennen und vielleicht die Niederwerfung der Sowjetunion direkt oder indirekt unterstuetzen muessen. Der Sieg Deutschlands aber sei schon dann gesichert, wenn es gelinge, einen neuen

\* zitiert nach R. Palme Dutt "World Politics 1918-1936", New York 1936.

\*\* "Mein Kampf", Seite 699, 766, 705.

Krieg mit England bis nach der Niederwerfung der Sowjetunion zu vermeiden. Was Italien betraf, so war Hitler der Ansicht, dass es mit Frankreich und auch mit England verfeindet sei. Es gehöre ausserdem zu den Nationen der "Besitzlosen." Es sei deshalb der geeignete Verbündete Deutschlands gegen Frankreich und werde auch später im Kampfe gegen England um die Weltherrschaft als Vasall eine nützliche Aufgabe erfüllen.

Der strategische Plan der nazistischen Aussenpolitik bestand demnach: Erstens in der Herbeiführung eines zeitweisen Bündnisses mit England und eines dauernden Bündnisses mit Italien zur Isolierung oder Vernichtung Frankreichs. Zweitens in der Sicherung des Bündnisses mit Italien und der Zustimmung Englands zur Vernichtung der Sowjetunion. Drittens in der Eroberung Polens, der Ukraine und des Kaukasus und viertens in der Ausnutzung Italiens als Vasallen zum Kampfe Gross-Deutschlands gegen England und zur Eroberung von Kolonien.

Wie aber konnte Hitler es wagen, die Ziele seiner Aussenpolitik und die Strategie zu ihrer Verwirklichung so frech und zynisch darzustellen, ohne seine künftigen Opfer zu warnen und zur Wachsamkeit zu veranlassen? Hitler konnte sich dies aus verschiedenen Gründen leisten. Die von ihm aufgestellten Raubpläne des deutschen Imperialismus waren den interessierten Kreisen des Auslandes seit Jahrzehnten bekannt, denn sie stimmten mit denen der Alldeutschen überein. Hitler formulierte sie in einer Zeit, als der deutsche Imperialismus geschlagen am Boden lag. Damals glaubten weder die englischen noch die französischen Staatsmänner an seine baldige Wiederauferstehung. Diese Staatsmänner und die hinter ihnen stehenden Kreise waren überzeugt, dass Deutschland nie wieder fähig sein werde, einen neuen Krieg gegen Frankreich, England und Amerika zu entfesseln. Seit langem sahen sie in den fortschrittlichen und revolutionären Kräften des deutschen Volkes die grösste Gefahr für ihre Herrschaft, und sie erblickten in einem reaktionären Deutschland den möglichen Schutzwall gegen das vermeintliche Zentrum dieser Gefahr, gegen die Sowjetunion.

Aber Hitler konnte nicht nur, sondern er musste auch offen seine räuberische Aussenpolitik propagieren. Nur dadurch wurde es ihm möglich, die deutschen Imperialisten für sich zu gewinnen und die politisch rückständigen Teile des Volkes nazistisch zu verseuchen.

#### DIE METHODEN DER HITLER'SCHEN AUSSENPOLITIK

Als Hitler am 30. Januar 1933 die Staatsmacht übernahm, war der deutsche Imperialismus weder ökonomisch noch militärisch in der Lage, die geplante aggressive Aussenpolitik durchzuführen. Hitler und seine Berater hatten das jedoch vorausgesehen. Sie wussten, dass es in der ersten Periode der nazistischen Herrschaft erst einmal darauf ankam, ungestört aufzuräumen und auf dem Wege der "friedlichen" Errichtung des Hundert-Millionen-Blockes der Deutschen in Mitteleuropa so grosse Fortschritte als nur möglich zu machen. Aber die üblichen Methoden der imperialistischen Aussenpolitik waren dazu kaum ausreichend. Hitler benutzte deshalb neue Methoden. Der Aussenminister und der diplomatische Dienst spielten in dem System der nazistischen Aussenpolitik nicht mehr die Rolle wie unter den Weimarer Regierungen. Erst nachdem die Wiederaufrüstung dem deutschen Imperialismus schon einen gewaltigen Macht-

zuwachs gesichert hatte und die alte Diplomatie durch eine nazistische ersetzt worden war, änderten sich die Verhältnisse auch wieder in dieser Hinsicht. Die Aufgabe des Aussenministers und des diplomatischen Dienstes beschränkte sich in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur auf die offizielle Vertretung des Dritten Reiches gegenüber dem Ausland. Ihre Tätigkeit bestand darin, die Friedensbeteuerungen Hitlers als vertrauenswürdig hinzustellen, das Ausmass seiner Wiederaufrüstung zu bagatellisieren und die Verbrechen des Regimes zu beschönigen. Nicht wenige Botschafter und Gesandten der alten Schule liessen sich zu dieser entwürdigenden Rolle missbrauchen und maskierten die Hitlerpolitik durch geschickte diplomatische Formen.

Für die Lösung der wirklichen Probleme seiner Aussenpolitik begann Hitler, sich einen besonderen Apparat zu schaffen. Es handelte sich dabei um Organisationen, die schon vor der Machtübernahme in Keimform vorhanden waren. Zu ihnen gehörten die "Auslandsorganisation der NSDAP" und ihre Nebenorganisationen, die Verbände der Auslandsdeutschen und der "Fichtebund", ferner das Aussenpolitische Amt der NSDAP und seine geheime nazistisch-faschistische Internationale, der "Bund völkischer Europäer", die "Internationale Union des Mittelstandes", die Antikomintern-Liga und schliesslich das Büro Ribbentrop mit seinem Stab von internationalen Agenten. Die Aufgaben dieser Organisationen, von denen jede ihre eigene Zentrale in Deutschland hatte, waren streng voneinander abgegrenzt. Aber alle arbeiteten für dasselbe Ziel: die nazistische Vorherrschaft in Europa auf "friedlichem" Wege zu errichten, die ungestörte militärische Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus zu sichern, die späteren Raubüberfälle der nazistischen Armeen auf die Nachbarvölker zu erleichtern und deren Gleichschaltung zu verwirklichen.

Zur besseren Ausnutzung der im Auslande lebenden Deutschen für die Interessen des deutschen Imperialismus diente Hitler die nazistische Theorie von den "Volksdeutschen", von der Volksgemeinschaft, von der Rasse und vom Staat. Nach dem Programm der NSDAP war nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die Zugehörigkeit zur "germanischen Rasse" Voraussetzung für die Zulassung des Einzelnen zur deutschen Volksgemeinschaft. Menschen deutscher Herkunft, in welchem Lande sie auch leben mochten, gehörten nach dieser Theorie ohne weiteres zum deutschen Volkstum und somit zum Dritten Reich. Sie wurden, ungeachtet ihrer angeborenen oder erworbenen Staatsangehörigkeit, als Mitglied der deutschen Volksfamilie oder Rassengemeinschaft betrachtet, für deren Ausdehnung Hitler jede territoriale Begrenzung ablehnte.

Das Wesen der Rassengemeinschaft, Volksfamilie und Volksgemeinschaft wurde vom Chef der Reichskanzlei, Dr. Hans-Heinrich Lammers, wie folgt dargestellt: "Adolf Hitler hat die Betonung auf das Wort 'Volksgemeinschaft' gelegt. Das Wort soll dem einzelnen Volksgenossen vollständig klar machen, dass der Einzelne nichts ist, ohne Mitglied der Volksgemeinschaft zu sein, und dass die natürliche Gemeinschaft nur die von Menschen derselben Herkunft, derselben Sprache, derselben Kultur, das heisst der Volksgemeinschaft sein kann. Die Volksgemeinschaft ist die natürliche Grundlage für die Existenz des ganzen Volkes und indirekt letzten Endes für die Existenz eines jeden Einzelnen. Wer in dieser Welt leben und streben will, ist nach der Natur der Dinge gezwungen, seinen Existenzkampf hauptsächlich auf den Kampf für die Lebenskräfte der Volksgemeinschaft und damit der Nation zu orientieren.

Die Volksgemeinschaft ist nicht territorial begrenzt. Sie schliesst alle Mitglieder des deutschen Volkes, ohne Rucksicht auf den Wohnort, ein. Sie schliesst also auch diejenigen ein, die ausserhalb der Grenzen Deutschlands leben... Die einzige Vorbedingung fuer die Mitgliedschaft in der Volksgemeinschaft ist, dass sich der Einzelne in all seinem Denken in der Richtung von dem leiten laesst, was die Flagge des nationalsozialistischen Deutschlands, die Flagge Adolf Hitlers, ihm befiehlt." \*

Ausgeschlossen von der Volksgemeinschaft blieben demnach nur solche Auslandsdeutsche, die sich entweder ausdruecklich weigerten, der Aufforderung zum Beitritt Folge zu leisten oder die den Nazismus und sein Regime aktiv bekaempften. Die Mitglieder der Nazi-Partei im Auslande erhielten die Aufgabe, den im Ausland lebenden Deutschen ihr Verhaeltnis zu Nazi-Deutschland zum Bewusstsein zu bringen und sie zu veranlassen, sich der nazistischen Disziplin bedingungslos unterzuordnen.

### DIE AUSLANDSORGANISATION DER NSDAP

Die ersten Gruppen nazistischer Auslandsdeutscher entstanden schon in den Jahren 1925 bis 1928 unter dem Einfluss der Propaganda Hitlers. Nach dem Wahlsieg der Nazi-Partei vom 14. September 1930, der ihr auch eine staerkere moralische und finanzielle Unterstuetzung von Seiten der Kirdorf, Thyssen und Schacht einbrachte, begann Hitler, systematisch nazistische Gruppen der Deutschen im Ausland zu organisieren. Am 1. Mai 1931 ordnete Hitler die Bildung der Auslands-Abteilung bei der Reichsleitung der NSDAP an und bestimmte Dr. Hans Nieland zu ihrem Leiter. Dieser wurde am 8. Mai 1933 von Ernst Wilhelm Bohle abgeloeset, der zum Stab von Hitlers Stellvertreter, Rudolf Hess, gehoerte. Am 17. Februar 1934 wurde die Auslandsabteilung in die "Auslandsorganisation der NSDAP" umgewandelt. Diese suchte nun, in allen Laendern, in denen Deutsche lebten, Fuss zu fassen. Sie wurde genau nach den Organisations-Prinzipien der NSDAP aufgebaut. Bald gab es in allen Kontinenten Landesgruppen, Landeskreise, Ortsgruppen und Stuetzpunkte der NSDAP. Die Fuehrer dieser Organisationen wurden "Hoheitstraeger" der Partei im Auslande. Die verbrecherische Taetigkeit dieser "Hoheitstraeger" und ihrer Werkzeuge, die sie im Interesse des Nazi-Imperialismus ausuebten, ist durch zahlreiche Enthuellungen bekanntgeworden.

Diese Auslandsorganisation, mit dem Sitze in Hamburg, spaeter in Berlin, gliederte sich in sogenannte Landesaeemter. Es gab ein Landesamt fuer Nordosteuropa und Westeuropa, fuer Suedosteuropa, Oesterreich und den Nahen Osten, fuer Italien, Schweiz und Ungarn, fuer Afrika, fuer Nordamerika, fuer Lateinamerika, fuer den Fernen Osten, Australien, fuer Gross-Britannien und Irland.

Es lag in der Natur der Sache, dass die Nazifuehrer unter dem Druck des Widerstandes, der sich in den einzelnen Laendern gegen die zersetzende Taetigkeit der nazistischen Auslandsorganisation ergab, immer wieder behaupteten, diese habe nicht die Absicht, die nationalsozialistischen Ideen nach dem Auslande zu verpflanzen. In Wirklichkeit war aber gerade das ihre Hauptaufgabe. Im Saargebiet, in Oesterreich, in den Sudeten, im Memelgebiet, in Luxemburg,

\* zitiert nach Fritz Reinhardt "Vom Wesen der Volksgemeinschaft", Berlin 1936.

Elsass-Lothringen, der Schweiz, in Polen, in den Baltischen Staaten, in Brasilien, Bolivien, Argentinien und anderen lateinamerikanischen Laendern versuchten die Auslandsorganisationen, gestuetzt auf die dort lebenden Einwohner deutscher Herkunft, die Politik des Landes im Interesse des deutschen Imperialismus zu beeinflussen. Die Ereignisse in Spanien, in Oesterreich, in der Tschechoslowakei, im Memelgebiet, in Rumaenien, in Jugoslawien und in Brasilien bewiesen, dass die Nazis dabei Terror, politischen Mord und die Organisation von Revolten zu ihren Kampfmethoden machten.

Gauleiter Bohle enthuelle im Jahre 1938 den wirklichen Charakter der nazistischen Auslandsorganisation. Er erklarte in einer Rede, die er in Ungarn hielt: "Da die Nationalsozialistische Partei im neuen Deutschland allein das Recht hat, die philosophischen und politischen Anschauungen des ganzen Volkes zu bestimmen, so wurde logischerweise auch die Auslandsorganisation der NSDAP geschaffen, um allen deutschen Buergern im Ausland eine Fuehrung zu geben... Wenn ich im allgemeinen von Deutschen im Auslande spreche, so meinte ich daher nicht nur deutsche Bueger, sondern auch die Personen deutscher Herkunft." \* Damals glaubte Nazi-Deutschland bereits stark genug zu sein, um alle Rucksichtnahme fallen lassen zu koennen.

Die Auslandsorganisation der NSDAP stuetzte sich vor allem auf die gleichgeschalteten Verbaende der Auslandsdeutschen, die Deutschen Schulvereine, auf den "Fichtebund" und auf andere Organisationen, die sich international mit den Fragen der Auslandsdeutschen beschaeftigten. Diese Organisationen waren angeblich geschaffen worden, um die deutsche Kultur im Auslande zu pflegen. Sie verfuegten ueber zahlreiche deutsche Schulen, Sportvereine, Bibliotheken und Kirchen. Sie schickten deutsche Lehrer und Pfarrer nach allen Laendern und sicherten die Existenz dieser Einrichtungen. Diese Organisationen wurden nach ihrer Gleichschaltung bald zu dem gefaehrlichsten Zentrum der nazistischen Auslandspropaganda. Zum Beispiel hiess es in einem Flugblatt des "Vereins fuer das Deutschtum im Ausland", das in vielen Millionen verbreitet wurde: "33 Millionen Deutsche wohnen ausserhalb des Reiches. 150.000 in Belgien, 1.600.000 in Elsass-Lothringen, 60.000 in Daenemark, 360.000 in Danzig, 130.000 in Litauen und im Memelgebiet, 1.350.000 in Polen, 6.300.000 in Oesterreich, 3.500.000 in der Tschechoslowakei, 700.000 in Jugoslawien, 60.000 in Ungarn, 70.000 in Rumaenien, 1.000.000 in Russland, 12.000.000 in den Vereinigten Staaten, 800.000 in Lateinamerika, 300.000 in Kanada, 197.000 in Asien, 160.000 in Australien, 125.000 in Afrika, 300.000 in Italien, 105.000 in Estland und in Lettland. Alle diese Deutschen, die zur germanischen Rasse gehoeren, muessen der deutschen Kultur erhalten und in das Reich Hitlers eingegliedert werden."

Der Auslandsorganisation der NSDAP wurden bezeichnenderweise auch die auf Fahrt befindlichen Seeleute unterstellt. Die Nazis unter den Schiffsbesatzungen fanden als Verbindungsleute zwischen der Zentrale in Berlin und den Naziorganisationen im Auslande ausgiebige Verwendung.

Von der Mobilisierung dieser gewaltigen Massen zum Kampfe fuer die Interessen des deutschen Imperialismus erhoffte Hitler grosse Erfolge fuer die Verwirklichung seiner rauberischen aussenpolitischen Ziele.

\* zitiert nach "Jahrbuch fuer Auswaertige Politik", Berlin 1938.

## DAS AUSSENPOLITISCHE AMT DER NSDAP

Kurz nach dem 30. Januar 1933 veranlasste Hitler neben der Auslandsorganisation der NSDAP die Bildung des Aussenpolitischen Amtes der Nazi-Partei. Zum Leiter dieses Amtes wurde der Deutsch-Balte Alfred Rosenberg bestimmt. Es bezog Bueros im Hause Wilhelmstrasse 70a, nur wenige Schritte vom Gebaeude des Aussenministeriums entfernt. Anfangs fungierte als rechte Hand Rosenbergs der spaetere nazistische Aussenminister Joachim von Ribbentrop. Dies gab nicht selten Anlass zu der Mutmassung, dass das spaeter geschaffene Buero Ribbentrop ein Konkurrenz— oder Nachfolgeunternehmen des Aussenpolitischen Amtes gewesen ist. Das war jedoch nicht der Fall. Beide Einrichtungen existierten unabhängig voneinander und hatten ihr besonderes Arbeitsgebiet.

Der Leiter des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, wurde im Jahre 1893 als Sohn eines deutsch-baltischen Kaufmanns in Tallinn (Reval), der Hauptstadt Estlands, geboren. In Riga studierte er Architektur und beendete sein Studium zur Zeit der russischen Revolution in Moskau. Ueber die Taetigkeit, die Rosenberg im ersten Weltkriege und waehrend der russischen Revolution ausuebte, hat er immer behaerlich geschwiegen. In den biographischen Notizen, die Rosenberg dem Reichstags-Handbuch zur Veroeffentlichung uebergab, heisst es nur, dass er im Jahre 1918 als Zeichenlehrer in Riga arbeitete, und seine Aufnahme in die deutsch-baltische Armee des Grafen von der Goltz und des "Fuersten" Awalow-Bermondts mit der Begrueundung abgelehnt wurde, dass er einer feindlichen Nation angehoere.

Ende 1918 unternahm Rosenberg im Auftrage der zaristischen Konterrevolution, deren reaktionaerstem Fluegel er offensichtlich angehoerte, eine Reise nach Paris. Es wird behauptet, dass Rosenberg damals in den Dienst des Spionagebueros der franzoesischen Armee eintrat. Sei dem, wie dem wolle, fest steht jedenfalls, dass Rosenberg sich bis dahin noch nicht entschieden hatte, fuer welches Land er optieren werde. Als Rosenberg spaeter einmal verleumderische Behauptungen gegen den Reichskanzler Bruening erhob, antwortete dieser: "In der Zeit, als ich vier Jahre lang an der Westfront hinter Maschinengewehren lag, wussten Sie, Herr Rosenberg, noch nicht, welches Land Ihr Vaterland war." M. W. Molotow hat in einer Note vom April 1942 Alfred Rosenberg als "zaristischen Spion" bezeichnet. \*

Die Zugehoerigkeit Rosenbergs zur zaristischen Konterrevolution brachte ihn in Verbindung mit den weissgardistischen Emigranten-Kolonien in Frankreich, Italien, Deutschland, in der Schweiz und in Ungarn. Er wurde ein aktives Mitglied der internationalen Antibolschewistischen Liga sowie anderer antisemitischer und antifreimaurerischer Gruppen. Rosenberg nahm schon 1919 an den internationalen antisemitischen Kongressen in der Schweiz und in Ungarn teil. Er gab die antisemitischen Luegen-Dokumente, die sogenannten "Protokolle der Weisen von Zion" neu heraus. Er wurde Redakteur der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", die, von Dietrich Eckart in Muenchen herausgegeben, in der wuestesten Form gegen Juden, Freimaurer, Jesuiten, Katholiken und Bolschewisten hetzte.

Im Jahre 1919, als Hitler sich noch separatistisch betaeetigte, kam Rosen-

\* siehe auch Rudolf Fuerth: "Der Spion des Zaren" im "Freien Deutschland" (Mexiko) November-Dezember 1942.

berg nach Muenchen. Er trat der Nazi-Partei bei und wurde zum ideologischen Berater Hitlers. Daraus resultiert die Tatsache, dass die antisemitischen Hetzereien in "Mein Kampf" in vielen Punkten mit den antisemitischen Poebelien der zaristischen Schwarzen Hundert uebereinstimmen. Rosenberg bestaerkte Hitler in der Ueberzeugung, dass er der Mann sei, der den Versailler Friedensvertrag aufheben, das Judentum, das Freimaurertum und den Kommunismus ausrotten und die Deutschen zur Beherrschung Europas und der Welt fuehren werde. Er brachte die damals noch undedeutende sogenannte Deutsche Arbeiter-Partei Hitlers in Verbindung mit den Organisationen der internationalen Konterrevolution und ihren Fuehrern. Dazu gehoerten Oberleutnant Hejas und seine "Erwachenden Ungarn", die den weissen Terror nach dem Sturz der ungarischen Raete-Republik organisierten; "Fuerst" Awalow-Bermondts und seine deutsch-russische Baltikum-Armee, die den Krieg gegen die Sowjetunion versuchte; Monsignore Bengni und sein "Wahrheitsring", eine italienisch-katholisch-antisemitisch-antifreimaurerische Organisation; Dr. Georg Bell, der Verbindungsmann zu dem Petroleumkoenig Sir Henry Deterding und andere.

Im Jahre 1921 uebernahm Rosenberg die Redaktion der mit Reichswehrgeldern angekauften Muenchener Zeitung "Voelkischer Beobachter" und beteiligte sich am Putsch des 9. November 1923 in Muenchen. Eigenartiger Weise wurde Rosenberg nach dem Putsch nicht verhaftet. Hitler setzte ihn daher zu seinem Vertreter ein. Rosenberg konnte sich jedoch gegen die Opposition Gregor Strassers und Max Amanns nicht halten. Er trat zurueck und schrieb sein antichristliches Bekenntnisbuch "Der Mythos des 20. Jahrhunderts", das im Jahre 1930 zum ersten Male erschien. Spaeter wurde Rosenberg wiederum Chefredakteur des "Voelkischen Beobachter". Er blieb zugleich einer der wichtigsten Verbindungsleute der Nazi-Partei zu der internationalen antisemitischen und antikommunistischen Reaktion und ihren Terrororganisationen.

Rosenbergs Hirn entsprang der Gedanke, alle diese faschistischen, antibolschewistischen, antisemitischen und antifreimaurerischen Organisationen zu einer geheimen Internationale zusammenzuschliessen und sie in den Dienst des deutschen Imperialismus zu stellen. Nach Rosenbergs Ueberzeugung war es moeglich, mit Hilfe dieser Organisationen in den einzelnen Laendern die Arbeiterbewegung und die demokratischen Parteien zu zersetzen und die Regierungsmacht zu erobern. Dann aber konnten diese Laender ohne den Einsatz deutscher Truppen und ohne aussenpolitische Schwierigkeiten dem Dritten Reich untergeordnet oder "angeschlossen" werden. Wenn Mittel-, Nordost- und Suedosteuropa auf diese "friedliche" Weise unter die Kontrolle des deutschen Imperialismus gebracht und der Hundert-Millionen-Block der Deutschen in Mitteleuropa geschaffen sei, koenne der Kampf um die weiteren Ziele des Nazismus mit militaerischen Mitteln beginnen.

So wurde das Aussenpolitische Amt der NSDAP zu einem der wichtigsten Instrumente der nazistischen Aussenpolitik. Fuer jedes Land Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens wurden besondere Abteilungen geschaffen. Unter den Beamten Rosenbergs waren Angehoerige fast aller Nationen. Hinter dem Firmenschild "Aussenpolitisches Amt der NSDAP" verbarg sich nun in Wirklichkeit die seit langer Zeit von Rosenberg projektierte geheime Internationale des Faschismus, Antikommunismus und Antisemitismus.

Dieser Internationale der Landesverraeter, Terroristen, Brandstifter und



Moerder waren zahlreiche einschlaegige Organisationen im Auslande angeschlossen. Sie und ihre Fuehrer erhielten vom Aussenpolitischen Amt der NSDAP Instruktionen, Geld und Propagandamaterial. Hunderte Agenten arbeiteten in Rosenbergs Auftrage in den verschiedenen Laendern, um die Arbeit der angeschlossenen Organisationen in Einklang mit den Bestrebungen des deutschen Nazismus zu bringen oder neue Gruppen der Fuenften Kolonne zu gruenden. Mit dem Aussenpolitischen Amt der NSDAP arbeiteten unter anderem folgende Organisationen und Persoenlichkeiten des internationalen Faschismus, Antikommunismus und Antisemitismus auf das engste zusammen: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Oesterreichs und ihre Fuehrer Theodor Habicht und Alfred Eduard Frauenfeld. Die Sudetendeutsche Nationalsozialistische Partei und ihre Fuehrer Rudolf Jung und Hans Krebs, die Sudetendeutsche Heimatfront und ihre Fuehrer Konrad Henlein und Dr. Artur Seyss-Inquart, die Ungarische Nationalsozialistische Volkspartei (Gruenhemden) und ihre Fuehrer Zoltan Mesko und Graf Festeticz, die rumaenische Liga Aparrei National Crestine und ihr Fuehrer Professor Cuza, die faschistische rumaenische Bauernpartei und ihr Fuehrer Octavian Goga, die rumaenische "Eiserne Garde" und ihr Fuehrer Cornelius Codreanu. Die terroristische mazedonische Gruppe I. M. R. O. und ihr Fuehrer Ivan Michailow, die bulgarische faschistische Partei und ihr Fuehrer Zankow, die terroristische kroatische Organisation "Ustachi" und ihr Fuehrer Ante Pavelitsch, die norwegische Nationalsozialistische Partei und ihr Fuehrer Major Vidkun Quisling, die Lappo-Bewegung Finnlands und ihr Fuehrer General Carl Gustav Freiherr von Mannerheim, die Nationalsozialistische Partei Daenemarks und ihr Fuehrer Major Lembke, die "Dietschen Nationalsolidaristen" Flanderns und ihre Fuehrer Soris van Serveren und Ward Hermanns, die Rex-Partei Belgiens und ihr Fuehrer Léon Degrelle, die "Niederlandsche National-Sozialist Bewegung" und ihr Fuehrer Alfred Mussert, die litauische faschistische Terrororganisation "Der Eiserne Wolf" und ihr Fuehrer Augustin Voldemaras, die lettischen Faschisten und ihr Fuehrer General Karlis Balodis und die estlaendische faschistische Partei, genannt "Vabs". Ferner standen mit dem Aussenpolitischen Amt der NSDAP die nationalistisch-faschistischen Bewegungen Japans, Indiens, des Iran, Palaestinas, Aegyptens, des Irak, Algeriens, Marokkos, Suedafrikas, Nordamerikas und zahlreicher Laender Lateinamerikas in Verbindung.

Unmittelbar nach der Machtuebernahme Hitlers im Jahre 1933 versuchte Rosenberg auch die konterrevolutionaere russische Emigration international zusammenzufassen. In seinem Auftrage gruendeten der Deutsch-Balte Heinrich Pelchau (alias Svetesaroff) und der russische Oberst Hoerschelmann die erste russische nationalsozialistische Partei "Rossijkoje Ob'jedinenoje Nacionalno Socialisticheskoeje Dwiwenje" abgekuerzt "ROND". Zu ihren Fuehrern gehoerten Prinz Dabischa-Gotromanicz, Prinz S. Obolenski, General von Golowatschew und Baron Moeller-Sakomelski. Der Partei wurde eine deutsch-russische SA-Standarte angegliedert, deren Mitglieder ein gelbes Hakenkreuz auf braunem Grund trugen, und die auf den Exerzierplaetzen in Doberitz und Jueterbog ihre Ausbildung erhielten. In Paris, London, Prag, Warschau, Belgrad, Stockholm, Kopenhagen, Budapest, Bukarest und Wien wurden geheime Filialen dieser internationalen Terrororganisation gegruendet.

Dem "ROND" wurde ausserdem eine Nazi-Sektion ukrainischer Emigranten angeschlossen, die unter der Leitung der Hetmans Petlura und Skoropadski

standen. Diese Gruppe unterstuetzte die Gruendung ukrainisch-nazistischer Organisationen in Karpathorusland, in Bessarabien, in Lettland, Estland und Litauen, sowie in Polnisch-Oberschlesien. Sie stellte die Verbindung zu einem unterirdischen nationalfaschistischen Zentrum in Kiew her.

## DAS BUERO RIBBENTROP

Am 24. April 1934 erfolgte die Gruendung der dritten aussenpolitischen Einrichtung der Nazi-Partei, des Bueros Ribbentrop, nachdem Ribbentrop zum Spezialkommissar Hitlers fuer Abruestungsfragen ernannt worden war. Ribbentrop schied damit aus dem Aussenpolitischen Amt der NSDAP aus und etablierte sich im Hause Wilhelmstrasse 63.

Joachim Ribbentrop stammte aus einer Offiziersfamilie, die in der nordwestdeutschen Stadt Wesel lebte. Eine in England ansaessige reiche Tante verschaffte ihm die finanzielle Moeglichkeit, seine Studien in der franzoesischen Universitaetsstadt Grenoble zu absolvieren. Spaeter arbeitete Ribbentrop in England und in Kanada als kaufmaennischer Angestellter. Er hatte so Gelegenheit, sich die franzoesische und die englische Sprache gruendlich anzueignen. Als der erste Weltkrieg ausbrach, trat Ribbentrop in das Regiment der Torgauer Husaren ein. Seine Sprachkenntnisse verhalfen ihm bald zu einer untergeordneten Beschaeftigung im Kriegs-Ministerium. Im Jahre 1918 wurde Ribbentrop von dieser Behoerde auf ein Kommando nach der Tuerkei geschickt. Von da ab datiert seine Bekanntschaft mit Franz von Papen. Spaeter fand er Verwendung als Uebersetzer der deutschen Delegation zur Friedenskonferenz in Versailles. Bei der Reduzierung der deutschen Armee musste auch Ribbentrop die Uniform ausziehen. Er ging als Vertreter zum Wein- und Sekthandel ueber und brachte es bis zum Schwiegersonn des bekannten deutschen Sekt-Fabrikanten Otto Henckell. Ribbentrops Geschaefte fuehrten ihn mit vielen einflussreichen Persoenlichkeiten des In- und Auslandes zusammen. Er gebaerdete sich als ueberzeugter Monarchist, verschmaechte es aber auch nicht, sich die Freundschaft reicher juedischer Familien zu sichern. Ribbentrop veranlasste die schon erwaehte Tante in England, die den Adelstitel von ihrem Mann trug, ihn zu adoptieren. So erschlich sich der bis dahin einfach Ribbentrop heissende Hochstapler das Adelspraedikament. Im Jahre 1932 trat Ribbentrop unter einem falschen Namen der Nazi-Partei bei. Empfohlen wurde er von dem spaeteren Reichstagsbrandstifter Grafen Wolf-Heinrich von Helldorff. Als Hitler gelegentlich einen Mann suchte, der fuer ihn die Londoner "Times" lesen koenne, wurde ihm Ribbentrop vorgeschlagen. So begann er seine aussenpolitische Laufbahn in der Nazi-Partei. Er selbst schrieb ueber seinen Aufstieg zum aussenpolitischen Berater Hitlers in dem Biographischen Handbuch des Dritten Reiches "Wer ist's?": "Durch Ribbentrops Vermittlung, die im Sommer 1932 begann und am 10. Januar 1933 wieder aufgenommen wurde, ist in der Zeit zwischen 10. und 30. Januar 1933 die Regierung Hitler zustande gekommen; die entscheidenden Zusammenkuenfte fanden in seinem Hause in Berlin-Dahlem statt; seitdem aussenpolitischer Mitarbeiter des Fuehrers." \*

Ribbentrop war ohne Zweifel der geeignete Vertreter Hitlers in den Fragen der Abruestung. Tatsaechlich begann er, sich sehr eingehend mit

\* Degeners "Wer ist's?", Jahrgang 1935, S. 1297.

diesem Problem zu beschaeftigen. Sein Ziel war jedoch nicht die Abruestung Deutschlands, sondern die der anderen Laender, besonders die Englands und der franzoesischen Republik. Seine Hauptaufgabe bestand in der Organisierung einer starken Appeaser-Bewegung in diesen Laendern. Daran arbeitete er mit den gerissensten und schmutzigsten Mitteln. Allein in Berlin beschaeftigte das Buero Ribbentrop mehr als dreihundert Personen. Ueber jeden prominenten Politiker Englands, Frankreichs, Amerikas und anderer Laender wurde eine Kartothek-Karte gefuehrt. Darauf war jede bekannte politische Aeusserung, jede Handlung, die Rueckschluesse auf den Charakter des Betreffenden zulies, jede Geschaeftsverbindung, vor allem aber jede Korruptions- oder Skandalaffaere, in die er verwickelt war, genau registriert. Hunderte gut bezahlter Agenten in den Metropolen und den feudalen Badeorten lieferten dazu das Material. Mit dieser Kartothek-Karte in der Hand war es Hitler und Ribbentrop jederzeit moeglich, genau zu bestimmen, wie das einzelne Opfer zu behandeln war. Wo eine Bestechung zurueckgewiesen wurde, erfolgte Erpressung. Wo diese auch nichts nuetzte, griff man zur Verleumdung und ging bis zur Ermordung des Opfers.

Ribbentrop wurde als Sonderbeauftragter Hitlers fuer Abruestungsfragen zugleich zum Oberfuehrer der SS ernannt. Er verstand es trotzdem, in seinem internationalen Auftreten den Edel-Nazi zu spielen. Als Agenten warb er mit Vorliebe Leute an, die in der Zeit der Weimarer Republik eine internationale Rolle gespielt hatten: unter anderen den ehemaligen Aussenminister Dr. Julius Curtius, den katholischen Austausch-Studenten aus Karlsruhe, Otto Abetz, und einen fruerehen Mitarbeiter Stresemanns, Staatssekretaer a. D. Werner Freiherr von Rheinbaben. Mit ihnen zusammen benutzte Ribbentrop seine durch den Sekthandel in England und Frankreich angeknuepften Beziehungen zur politischen Intrige und Spionage. Das wichtigste Mittel war, in gewissen Gesellschaftskreisen die Furcht vor dem Kommunismus zu vertiefen. Es gelang ihm, diesen Leuten einzureden, dass Hitler und die Nazi-Partei der einzige sichere Schutzwall zur Verteidigung der westeuropaeischen Kultur gegen den Bolschewismus seien, und dass dieser Schutzwall unter allen Umstaenden gestaerkt werden muesse.

Ribbentrop und seine Agenten traten auch in Beziehungen zu den faschistischen Bewegungen in England, Frankreich, Oesterreich, Ungarn und Rumanaenien, die dem Nazismus mit Reserve gegenueberstanden und Anlehnung an den italienischen Faschismus gefunden hatten.

Die Auslandsorganisation der NSDAP und das Buero Ribbentrop wurden bald nach ihrer Gruendung dem Stellvertreter des "Fuehrers", Rudolf Hess, unterstellt. Noch bevor Ribbentrop den Aussenminister Neurath abloeste, trat Gauleiter Bohle als "Staatssekretaer und Chef der Auslandsorganisation" in das Auswaertige Amt ein. Sowohl die Uebernahme des Auswaertigen Amtes durch Ribbentrop als auch der Eintritt Bohles in dieses Amt waren der Ausdruck dafuer, dass die Taetigkeit des Bueros Ribbentrop und der Auslandsorganisation der NSDAP eine solche Entwicklungsstufe erreicht hatten, dass deren Chefs unmittelbar in den Apparat des Aussenministeriums eingebaut werden mussten. Die Leiter der nazistischen Landesgruppen und ihr Stab hatten sich laengst in exterritoriale Mitglieder der Gesandtschaften verwandelt. Sie waren als Gesandtschafts-Sekretaere, Attachés, Konsuln usw. taetig.

Um die vielen Differenzen zu liquidieren, die in den ersten Jahren des

Regimes zwischen dem Auswaertigen Amt und der Auslandsorganisation der NSDAP in Personalfragen, aber auch in politischen Fragen bestanden hatten, erfolgte die oben geschilderte Regelung.

Das Propaganda-, das Kriegs- und das Innenministerium waren an der Taetigkeit dieser aussenpolitischen Einrichtungen der Nazi-Partei stark interessiert. Goebbels versorgte sie mit Propagandamaterial. Allein im Jahre 1934 gab er 25 Millionen Mark fuer Auslands-Propaganda aus. Nazi-Broschueren wurden in allen Sprachen verbreitet, getarnte nazistische Presse-Korrespondenzen organisiert, Zeitungen und Zeitschriften angekauft und Redaktionen bestochen. Das Reichskriegsministerium benutzte den Auslandsapparat der NSDAP zur Verbesserung seiner Spionagetaetigkeit. Das Reichsinnenministerium und der Chef der Gestapo, Heinrich Himmler, schickten ihre Agenten in den Auslandsapparat der NSDAP, um ihn zu kontrollieren und zugleich die Bespitzelung der antinazistischen Emigration auszubauen.

Trotzdem kam es in Berlin und auch im Auslande zwischen den drei Zentralen der nazistischen Aussenpolitik oft zu heftigen Intrigen und Differenzen, in die mehr und mehr auch die Kreise der Diplomatie hineingezogen wurden. Die Auseinandersetzungen hatten in der Regel Kompetenzfragen, Postenjaegerei, aber zuweilen auch politische Fragen zur Grundlage. Aber es waere falsch, diese Klikenkaempfe zu ueberschaetzen; denn sie hinderten nicht, dass Hitler seinen aussenpolitischen Apparat mit Erfolg ausnutzte. Um die Aussenpolitik Hitlers und die Ursachen ihrer Erfolge, Misserfolge und ihres schliesslichen Bankrotts wirklich durchschauen zu koennen, ist eine richtige Einschaeztung der Taetigkeit dieses aussenpolitischen Apparates der NSDAP unerlaesslich.

#### HITLER GIBT DIE GRUNDTHESE SEINES AUSSENPOLITISCHEN PLANES AUF

Viele betrachteten Hitler als ein aussenpolitisches Genie von ganz besonderem Ausmass. Sie liessen sich von der Groesse und der Unersaetlichkeit seines in "Mein Kampf" niedergelegten aussenpolitischen Programmes blenden. Heute sind dieselben Leute davon ueberzeugt, dass nur die Einheit und die Uebermacht der Gegner den Nazismus an der Realisierung dieses Programmes gehindert haben. Solche Anbeter des Nazismus vergessen nur eines: Hitlers Aussenpolitik sollte gerade vermeiden, dass die Gegner des Dritten Reiches sich einigen und uebermaechtig werden. Hitlers aussenpolitische Strategie hat aber das genaue Gegenteil erreicht. Schon daraus ergibt sich, dass Hitler alles andere als ein aussenpolitisches Genie gewesen ist. Die Planung der nazistischen Aussenpolitik in "Mein Kampf" war so umfassend und grosszuegig, dass sie schon vor der Machtuebernahme Hitlers in krassen Widerspruch zu der internationalen Wirklichkeit geriet. Wenn sich Hitler eingeredet hatte, er koenne den Voelkern Europas seinen Willen aufzwingen und die Welt nach seinen Plaenen umgestalten, so musste er sich bald vom Gegenteil ueberzeugen. Europa zwang ihm seinen Willen auf und durchkreuzte seine Plaene.

Hitlers tragende aussenpolitische These war: die Vernichtung Frankreichs schafft die Voraussetzung fuer den Kreuzzug gegen den Osten. Aber schon im Jahre 1930 gab er diese These vorlaeufig auf. Damals hatte Hitler seinen grossen Wahlerfolg errungen und nahm Kurs auf die "legale" Eroberung der Staats-

macht. Um sich vor einer voelligen aussenpolitischen Isolierung zu bewahren, musste er seine anti-franzoesische Propaganda einstellen und seine Bereitschaft zum diplomatischen Kampf um die Gleichberechtigung Deutschlands erklaren. Die Schwenkung begann Hitler durch eine freundschaftliche Diskussion mit dem franzoesischen Politiker Gustav Hervé. Im Verlaufe derselben erklarte er sich bereit, nach seiner Machtuebernahme einen deutsch-franzoesischen Militaerpakt abzuschliessen. Als Gegenleistung verlangte er, dass Frankreich die Zustimmung zum Anschluss Oesterreichs an Deutschland, zur Regelung der Frage des Polnischen Korridors und zur Ruestungsparitaet Deutschlands gebe. Mit dieser Schwenkung wollte Hitler sich die Sympathien der reaktionaeeren franzoesischen Kreise sichern, die mit dem Gedanken eines franzoesisch-deutschen Militaerbuendnisses gegen die Sowjetunion spielten. Er wollte damit den Thyssen, Kirdorf und Voegler dienstbar sein, die sich, angesichts der staerker hervortretenden Expansion des italienischen Imperialismus um die Alpine Montan-Werke Sorge machten. Er wollte schliesslich die Dankbarkeit gewisser Kreise des Herrenklubs erwerben, denen Bruenings Ostpolitik zu schwaechlich erschien, und die eine energische Vorbereitung des Krieges gegen Polen und gegen die Sowjetunion verlangten.

Indem Hitler damals die Grundthese seiner aussenpolitischen Strategie preisgab, erklarte er sich zugleich fuer die Unterstuetzung des sogenannten Hoffmann-Rechberg-Papen-Planes, dessen energischste Vertreter in der Fuehrung der Nazi-Partei Rosenberg und Goering waren. Zu den Hintermaennern dieses Planes gehoerten ausserdem der Kronprinz Wilhelm, der Sohn des Reichspraesidenten, Oskar von Hindenburg, der ehemalige kaiserliche Offizier Franz von Papen, Ritter Franz von Epp und andere. Den Plan hatte der General Max Hoffmann entworfen. Dieser war im ersten Weltkriege unter Hindenburg und Ludendorff Generalstabschef der Ost-Armee gewesen. Schon damals hatte er sehr nachdruecklich die Anschauung vertreten, dass, um der deutschen Armee den Sieg in kuerzester Frist zu sichern, die entscheidenden Schlaege an der Ostfront gefuehrt werden muessten. General Hoffmann ist einer derjenigen, die den Generalfeldmarschall von Moltke im Jahre 1914 veranlassten, die bekannten zwei Divisionen vom rechten Fluegel der Westfront nach dem Osten zu ueberfuehren, um sie gegen General Rennenkampf einzusetzen. Diese Massnahme bewahrte zwar die Gueter der ostpreussischen Junker vor Kriegsschaeden, aber sie fuehrte zur Niederlage an der Marne und war somit entscheidend fuer den Ausgang des Krieges.

Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 wurde General Hoffmann zum Trommler fuer einen sofortigen Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Er war ueberzeugt, dass durch einen deutsch-franzoesischen Feldzug gegen Sowjetrussland die Niederlage des deutschen Imperialismus in kuerzester Frist ausgeglichen und sein Drang nach dem Osten doch noch verwirklicht werden koenne. Schon im Jahre 1919 veranlasste Hoffmann den Industriellen Arnold Rechberg, Verhandlungen mit Marschall Foch ueber die Bildung einer deutsch-franzoesischen Expeditionsarmee zu fuehren. Im Jahre 1923 konspirierte Hoffmann erneut, um seine Plaene realisieren zu koennen. Er trat unter anderem mit dem englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, in Verbindung. In dessen Tagebuch findet sich die folgende bezeichnende Bemerkung ueber Hoffmann: "Alle seine Gedanken sind beherrscht von der allgemeinen Auffassung, dass nichts in der Welt gelingen kann, bevor nicht die zivilisierten Maechte des Westens zu-

sammenkommen und die Sowjetregierung aufhaengen." \* Hoffmann starb in Jahre 1927, aber sein Plan blieb trotzdem lebendig.

Arnold Rechberg wurde nun zum Haupteinpeitscher dieses Planes. Rechberg war im ersten Weltkriege persoenlicher Adjutant des Kronprinzen Wilhelm gewesen und stand mit diesem weiter in enger Fuehlung. Im Herrenklub gehoerte er zur Clique der Oskar von Hindenburg, Elard von Oldenburg-Januschau, Franz von Papen und Dr. Alfred Hugenberg. Rechberg war einer der Magnaten der deutschen Kali-Industrie, die sich in einem Kartellverhaeltnis zur franzoesischen Kali-Industrie befand. Ausserdem war Rechberg an der Stahlindustrie interessiert. Er betrieb zusammen mit der Wolff-Strauss-Gruppe fruehzeitig die Schaffung eines deutsch-franzoesischen Stahlkartells, von dem er hoffte, dass es spaeter auch die Ausbeutung der Erz- und Kohlenvorkommen in der Ukraine und im Donbass uebernehmen werde. Schliesslich stand Rechberg in Kontakt mit Dr. Georg Bell, dem Agenten Sir Henry Deterdings, und unterhielt Verbindungen zu Alfred Rosenberg, der rechten Hand Hitlers in den Fragen der Ostpolitik. Als Papen Reichskanzler geworden war, leitete Rechberg Verstaendigungsverhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage des Hoffmann-Rechberg-Planes ein. General Kurt von Schleicher war aus strategischen Gruenden gegen eine solche Verstaendigung. Hitler aber musste sie weiter erstreben. Die ausserordentliche Tiefe der Wirtschaftskrise, die den Vereinigten Stahlwerken grosse Schwierigkeiten verursachte, zwang nicht nur Krupp und Wolff, sondern auch Thyssen, Voegler und Kirdorf in Interesse einer sofortigen und legalen, wenn auch vorlaeufig beschaenkten Wiederaufruestung, einer solchen Politik ihre Zustimmung zu geben.

Der Kurs der Aussenpolitik der Papen-Hugenberg-Hitler trat schon deutlich zutage, als Hitler die Ergebnisse der Abruestungsverhandlungen in Genf behandelte. Am 11. Dezember 1932 war durch die sogenannte Fuenf-Maechte-Erklarung die formelle Gleichberechtigung Deutschlands anerkannt worden. Hitler verlangte nun Ruestungs-Paritaet fuer Deutschland mit Frankreich. Er hoffte dabei auf die wohlwollende Unterstuetzung des englischen Ministerpraesidenten Macdonald, der am 16. Maerz 1933 in Genf ein Projekt vorgelegt hatte, das eine Verdoppelung des deutschen und eine geringe Verminderung des franzoesischen Heeres vorsah. Auch hatte Mussolini auf Veranlassung Macdonalds einen Vorschlag zum Abschluss eines Paktes der vier westlichen Grossmaechte England, Frankreich, Italien und Deutschland gemacht. Hitler erneuerte unterdessen den deutsch-russischen Handelsvertrag vom Jahre 1926, verstaerkte aber zu gleicher Zeit die antikommunistische Propaganda und Ribbentrop begann, an Stelle Rechbergs, bei seinen franzoesischen Verbindungsleuten wegen des Abschlusses eines deutsch-franzoesischen Militaerbuendnisses zu sondieren.

Das alles vollzog sich in den Wochen, in deren Verlaufe die Hitler, Goering und Goebbels den Reichstag anzuendeten und unzaehlige Verbrechen gegen die Fuehrer der linksstehenden Parteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen des werktaetigen Volkes veruebten. Ihr leichter Sieg ueber das deutsche Volk ueberzeugte Hitler und seine Berater, dass auch aussenpolitisch mit Erfolg Methoden anwendbar waeren, wie sie aehnlich dem Nazismus innenpolitisch zur Macht verholfen hatten. Es handelte sich dabei um einen

\* Edgar Vincent Viscount d'Abernon "An Ambassador of Peace", London 1929.

plumpen Neo-Macchiavellismus. Sein Wesen bestand in einer skrupellosen wechselweiser: Anwendung von Demagogie und Gewalt. Friedensluege und Kriegsdrohung loesten sich ab im Spiel der Intrigen und Kombinationen, durch welche die Gegner verwirrt, eingeschuechtert und voneinander isoliert werden sollten.

Hitler begann mit der Anwendung dieser Methode, als er am 17. Mai 1933 im Reichstag seine bekannte "Friedensrede" hielt. Wieder ging er dabei von der Forderung der Ruestungsgleichheit aus und sagte: "Kein neuer europaeischer Krieg waere in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustaende von heute etwa bessere zu setzen. Im Gegenteil. Weder politisch noch wirtschaftlich koennte die Anwendung irgendwelcher Gewalt in Europa eine guenstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europaeischen Gewaltloesung wuerde als Endergebnis eine Vergrößerung der Stoerung des europaeischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim fuer spaetere neue Gegensatze und neue Verwicklungen gelegt werden. Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot wuerden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber muesste zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung fuehren. Ein in kommunistischem Chaos versinkendes Europa wuerde eine Krise von unabsehbarem Ausmass und nicht abzuschaeztender Dauer heraufbeschworen. Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und taetige Mitarbeit zu verhindern. Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwaetzung... Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsatzlich allgemein verpflichtet. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum haengen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Voelker aus dieser selben Gesinnung heraus und moechten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalitaet des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu koennen, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europaeischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvoelker, und wir wissen, dass kein geschichtlich denkbare Vorgang diese Wirklichkeit aendern koennte. Es waere ein Glueck fuer die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitaeten auch in bezug auf Deutschland gewuerdigt worden waeren... Eine ueberlegte Behandlung der europaeischen Probleme haette damals im Osten ohne weiteres eine Loesung finden koennen, die den verstaendlichen Anspruechen Polens genau so wie den natuerlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen waere... Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsaechlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abruestung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfuellung der Vertraege. Denn Deutschland hat abgeruestet und Deutschland hat diese Abruestung unter schaerfster internationaler Kontrolle vollzogen... Wer heute versucht, gegenueber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausfluechten aufzutreten und zu behaupten, Deutschland haette die Vertraege nicht erfuehrt oder haette gar aufgeruestet, dessen Auffassung muss ich von dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie unfair zurueckweisen...

Die Angabe, dass die SA. und SS. der Nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stunden, dass es sich hier um militaerisch ausgebildete Bestaende oder Reserven der Armee handeln wuerde, ist unwahr." \*

Hitler versuchte, durch seine Friedensbeteuerungen, durch seine eindringlichen Warnungen vor der kommunistischen Gefahr und durch seinen Hinweis auf die von ihm erstrebte "Ostloesung" die Westmaechte zu Konzessionen in der Ruestungsfrage und zur Ausgestaltung des von Mussolini vorgeschlagenen Viermaechte-Paktes in einen ausgepraegten Antisowjet-Pakt zu bewegen. Hitler hoffte ferner, dass seine so rueckhaltlos zur Schau gestellte Bereitschaft, die Fuehrung in einem Kreuzzug gegen die Sowjetunion zu uebernehmen, die oberen Schichten in den einzelnen Laendern veranlassen wuerde, die Verbrechen der Nazi-Partei am deutschen Volke und die in "Mein Kampf" offenbarten feindseligen Absichten des Nazismus Frankreich gegenueber, zu vergessen.

Die Welt war anfangs erstaunt ueber diese zum Ausdruck gebrachte "Friedensliebe" Hitlers. Aber die wirklichen Absichten, die durch diesen Schwall Hitler'scher Friedensbeteuerungen verhuellt werden sollten, kamen schon wenige Tage spaeter ans Licht.

Schon am 19. Mai 1933, also zwei Tage nach dieser "Friedensrede", liess Hitler der in London tagenden Weltwirtschafts-Konferenz des Voelkerbundes durch Hugenberg ein Memorandum vorlegen, in dem nichts weniger gefordert wurde, als "dass Deutschland die Moeglichkeit gegeben werden solle, dem in Russland herrschenden Chaos ein Ende zu machen und im Osten zu kolonisieren." Wider Erwarten wurde das Memorandum Hugenbergs von der Weltwirtschafts-Konferenz mit eisiger Kaelte entgegengenommen und verfiel der einmuetigen Ablehnung. Hitler war sogar gezwungen, Hugenberg sofort aus London abzurufen.

Trotzdem aber gab Hitler das Spiel nicht auf. Im gleichen Monat entsandte er den Leiter des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, nach London mit dem Auftrage, weiter fuer die Errichtung einer Front der vier Grossmaechte gegen die Sowjetunion zu wirken. Aber auch Rosenberg scheiterte. Vom Foreign Office wurde er ignoriert. Ein Kranz, den er am Londoner Kriegerdenkmal niederlegte, wurde von einem englischen Offizier in die Themse geworfen. In der englischen Presse wurde Rosenberg als komische Figur dargestellt. Sogar die deutsche Botschaft bereitete Rosenbergs Mission Hindernisse. Mit dem Misserfolg der ersten grossen Friedens-Demonstration Hitlers in Berlin und der Mission der Kriegsbrandstifter Hugenberg und Rosenberg in London brach zugleich die erste grosse aussenpolitische Aktion der Nazi-Regierung zusammen, die im Widerspruch zu den in "Mein Kampf" niedergelegten Thesen unternommen wurde.

#### DER AUSTRITT HITLERDEUTSCHLANDS AUS DEM VOELKERBUND

Die Folgen dieser Niederlage machten sich in dem weiteren Verlauf der Ruestungsverhandlungen bemerkbar. Die naechste Tagung der Abruestungs-

\* zitiert nach Richard Schmidt und Adolf Grabowsky "Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung", Berlin 1934.

Konferenz war fuer den 17. Oktober 1933 angesetzt worden. Unterdessen fuehrte deren Vorsitzender Arthur Henderson mit den deutschen Vertretern vertrauliche Vorverhandlungen, die aber ergebnislos verliefen. Am 6. Oktober 1933 sandte der Reichsaussenminister Freiherr Konstantin von Neurath eine Instruktion an den deutschen Botschafter in London, in der die deutschen Forderungen wie folgt umrissen wurden: "Wir halten an dem Macdonald-Plan fest und lehnen den Gedanken einer Bewaehrungsfrist ab. Wir sind bereit, die Umwandlung der Reichswehr in ein kurz-dienendes Heer sofort in Anspruch zu nehmen. Wir legen Wert darauf, baldigst zu erfahren, welche Waffenarten nach der Auffassung der massgebenden Laender von allen Staaten verboten und vernichtet werden sollen. Aus dem Prinzip der Gleichberechtigung folgt, dass die Waffen, die allen anderen Laendern erlaubt bleiben, auch fuer Deutschland schon vor der Konvention zugelassen werden muessen". \*

Hitler kuemmete sich somit nicht mehr um den Macdonald-Plan, sondern forderte die Genehmigung zur Produktion von schweren Geschuetzen, von Tanks und von Kriegsflugzeugen, das heisst aller Waffen, die fuer die anderen Laender zugelassen waren. Ribbentrop liess inzwischen bei seinen Geschaeftsfreunden in Paris durchsickern, in welchem Tempo der grandiose Aufruestungsplan Hitlers von der deutschen Kriegsindustrie realisiert wuerde. Dieser Einschuechterungsversuch scheiterte jedoch. Die franzoesische Regierung forderte vielmehr, als Voraussetzung fuer ihre eventuelle Zustimmung zu einer deutschen Heeresvermehrung, die Kontrolle der deutschen Kriegsindustrie durch eine internationale Kommission. Eine solche Kontrolle lehnte Hitler jedoch aus durchsichtigen Gruenden als "unvereinbar mit der Ehre der deutschen Nation" ab.

Am 27. August 1933 hielt Hitler in Tannenberg eine Rede. In ihr erklarte er: "Es wird die Zeit kommen, in der die Geschichte nicht verstehen wird, dass eine Nation, weil sie den Krieg verlor, den sie niemals wollte, nichtswuerdig unterdrueckt und schamlos misshandelt wurde, nur weil sie ihren Kampf um die Freiheit nicht aufgeben wollte." \*\* Mit diesen Worten bestritt Hitler jede Schuld des deutschen Imperialismus am Ausbruch des ersten Weltkrieges. Am 3. September 1933, auf dem nazistischen Parteitag in Nuernberg, ging Hitler noch weiter und verherrlichte "das Recht des Staerkeren gegenueber dem Schwaecheren". Unter anderem behauptete er, dass dem "deutschen Herrenvolk" die Faehigkeit, andere Voelker zu beherrschen, vom Schicksal gegeben worden sei, damit die Vereinigung des Genius der Eroberer mit der Kraft der Unterdrueckten fuer Beide eine Existenz hervorbringe, die nuetzlich und deshalb nicht entwerdigend fuer die Menschen sei." \*\*\* In dieser Rede appellierte Hitler an die Westmaechte, "Deutschland seine wahrhafte Mission in Europa erfuehlen zu lassen". Seine Ausfuehrungen verband er mit schaerfsten Angriffen gegen den Kommunismus. Er beendete sie mit den Worten: "Wenn in West- oder Zentraleuropa auch nur ein Volk dem Bolschewismus zum Opfer fiele, dann wuerde dieses Gift seine Zerstoerung fortsetzen. Es wuerde die aelteste und die hoechste Zivilisation, die heute auf der Erde besteht, zerstoeren. Indem Deutschland es auf sich nimmt, die Welt vor der Ausbreitung des Bolschewismus zu bewahren,

\* zitiert nach Schmidt Grabowsky "Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung".

\*\* nach der "New York Times" vom 28. August 1933. (Rueckuebersetzung aus dem Englischen).

\*\*\* nach der "New York Times" vom 4. September 1933.

erfuehlt es — wie oft zuvor in der Geschichte — seine wahrhafte europaeische Mission." \* Hitler brachte damit unverhuellet die Orientierung der Nazi-Partei auf einen neuen Krieg zum Ausdruck.

In Frankreich wurde diese Entwicklung mit grosser Sorge beobachtet. In gewissen politischen Kreisen begann man ernstlich die Frage eines Praeventivkrieges gegen Deutschland zu diskutieren, der begonnen werden sollte, bevor Hitler seine Ruestungen beendet habe. Unter dem Einfluss der franzoesischen Regierung naeherte sich das englische Kabinett scheinbar der Stellungnahme Frankreichs. Anfang Oktober erklarte es sich mit einer Aenderung des Macdonald-Planes zum Nachteil Nazi-Deutschlands einverstanden. Die Ruestungskontrolle sollte auf Deutschland beschraenkt, die 12jaehrige Dienstzeit der Hunderttausend-Mann-Reichswehr sollte durch die kurze Dienstzeit einer Zweihunderttausend-Mann-Armee ersetzt werden. Alle damit zusammenhaengenden Fragen sollten auf der bevorstehenden Abruestungskonferenz behandelt werden. Zur Ueberraschung Frankreichs, Englands und Italiens vollzog Hitler am 15. Oktober 1933, das heisst zwei Tage vor dem Zusammentritt der Abruestungskonferenz, den Austritt Deutschlands aus dem Voelkerbund.

Von Hindenburg forderte Hitler zugleich die Aufloesung des Reichstages. Die "Neuwahl" sollte am 12. November 1933 stattfinden. In den Reden, die Hitler im Verlaufe der Wahlkampagne hielt, behauptete er wiederum, dass die Nazibewegung Europa vor der bolschewistischen Katastrophe gerettet habe. Er versicherte, Nazi-Deutschland hege keineswegs die Absicht, das Blut seiner Anhaenger zu vergiessen, um andere Voelker zu unterjochen. Aber Deutschland verlange nach wie vor Ruestungsgleichheit. Die Reden, die Hitler in dieser Zeit hielt, verfolgten in besonderem Masse das Ziel, die in Frankreich herrschende Erregung zu daempfen. In diesem Sinne hatte er sich schon in seiner Reichstagsrede vom 14. Oktober 1933 an Frankreich gewandt: "Es wuerde ein gewaltiges Ereignis fuer die ganze Menschheit sein, wenn die beiden Voelker einmal fuer immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen moechten. Das deutsche Volk ist dazu bereit. Indem wir freimuetig die Rechte geltend machen, die uns nach den Vertraegen selbst gegeben sind, will ich aber genau so freimuetig erklaren, dass es darueber hinaus zwischen den beiden Laendern keine territorialen Konflikte mehr fuer Deutschland gibt. Nach der Rueckkehr des Saargebietes zum Reich koennte nur ein Wahnsinniger an die Moeglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Staaten denken, fuer den, von uns aus gesehen, dann kein moralisch oder vernuenftig zu rechtfertigender Grund mehr vorhanden ist. Denn niemand koennte verlangen, dass, um eine Korrektur der derzeitigen Grenzen von problematischem Umfang und ebensolchem Wert zu erreichen, eine Millionenzahl bluehender Menschenleben vernichtet wuerde!" \*

Wenn damals Hitler um die Gunst Frankreichs warb und trotzdem aus dem Voelkerbund austrat, so hatte er dafuer besondere Gruende: Nachdem es ihm nicht gelungen war, einen Block der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion zu bilden, hoffte er, einen solchen mit Japan zustandezubringen und brauchte dazu die stillschweigende Billigung besonders Frankreichs. Zugleich aber wurde es fuer Hitler unertraeglich, seine in vollem Schwung befindliche Aufruestung durch eine internationale Kontrolle stoeren zu lassen.

\* zitiert nach Schmidt Grabowsky "Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung".

Die Widersprueche in Hitlers Aussenpolitik der Jahre 1933 bis 1936 ergaben sich somit aus der damaligen bereits sehr komplizierten Weltlage.

## DIE DEUTSCH-JAPANISCHE KONSPIRATION GEGEN DEN FRIEDEN

Im ersten Weltkrieg hatte der englische Imperialismus damit gerechnet, dass Deutschland und auch Frankreich geschwaecht werden wuerden. Das aber sollte England die Moeglichkeit geben, in Europa als vermittelnde oder fuehrende Kraft aufzutreten. Der franzoesische Imperialismus ueberwand jedoch die Folgen des Krieges wider Erwarten schnell und begann, seine Hegemonie in Europa zu errichten. England versuchte dem entgegenzuwirken, indem es Deutschlands Wiederaufruestungsabsichten mehr oder weniger unterstuetzte. Es war dabei ueberzeugt, dass Deutschland die Wiederaufruestung nur langsam und schrittweise vornehmen koenne. Die Machtuebernahme des Nazismus durchkreuzte jedoch diese Erwartung. Hitlers unverhuelte, gewaltige Aufruestung zwang England in dieser Frage zeitweise zu einer Unterstuetzung des franzoesischen Standpunktes gegen Deutschland. Sollte aber Frankreich auf Grund der Verletzung des Versailler Friedensvertrages Deutschland den Krieg erklaren, so war England nach dem Locarno-Pakt verpflichtet, an der Seite Frankreichs zu kaempfen. England wollte aber eine solche Entwicklung unter allen Umstaenden vermeiden, um die damals bestehenden Schwierigkeiten innerhalb des Britischen Imperiums nicht noch mehr zu vergroessern. England war auch gegen den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, weil es fuerchtete, dass dieser zur Ausbreitung des Sozialismus in Europa fuehren koenne. Deshalb wirkte sich Englands Politik schliesslich immer wieder, trotz einiger Schwankungen, im Interesse des deutschen Imperialismus und des Nazi-Regimes aus.

Der Gedanke, Nazi-Deutschland als Schutzwall gegen den Bolschewismus zu benutzen und es deshalb zu staerken, war darum in den Kreisen der englischen Staatsmaenner und Wirtschaftsfuehrer weit verbreitet. Er beeinflusste staendig die englische Aussenpolitik. Als in der zweiten Haelfte des Jahres 1933 der eventuelle Praeventivkrieg Frankreichs gegen Nazi-Deutschland auch in England diskutiert wurde, nahm zum Beispiel Lloyd George eindeutig fuer Nazi-Deutschland Stellung. In einer Rede, die er am 22. September 1933 in Barmouth hielt, erklarte er: "Wenn es den Maechten gelingt, den Nazismus in Deutschland zu stuerzen, was wuerde dann folgen? Nicht ein konservatives, nicht ein sozialdemokratisches und auch nicht ein liberales Regime, sondern der extreme Kommunismus. Sicherlich kann das nicht Ihr Ziel sein... Ich wuerde der Regierung raten, vorsichtig vorzugehen." \*

Auch im Fernen Osten suchte England eine aehnliche Politik zu treiben. Dort sollten die Kraefte der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit denen Japans "ins Gleichgewicht" gebracht werden. Im Jahre 1921 hatte England nach der Washingtoner Konferenz sein Buendnis mit Japan geloest. Die neun auf dieser Konferenz vertretenen Maechte, darunter auch Japan, hatten Chinas status quo feierlich garantiert. Im Jahre 1930 wurde in London das Flottenabkommen von 1921 um weitere fuenf Jahre verlaengert. Als aber Amerika, England und Frankreich durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit grossen Schwierigkeiten zu kaempfen hatten, begann Japan, den Washingtoner Vertrag ignorierend, seinen seit langem geplanten Raubzug gegen China. Im Jahre 1931 besetzten japanische Truppen die Mandschurei. Ein Jahr spaeter unternahm Japan seinen Angriff auf Schanghai; im Jahre 1933 dehnte es seine Eroberungen auf die chinesische Provinz Jehol aus und trat aus dem Voelkerbund aus. Im April 1934 teilte die japanische Regierung den interessierten Staaten mit, dass sie den Washingtoner Neunmaechte-Pakt von 1921 als nicht mehr bestehend betrachte.

Anfangs unterstuetzten die englische und die franzoesische Regierung indirekt das Vorgehen Japans in China. Sie wollten damit Japans Position gegen die Vereinigten Staaten, ihre Hauptglaebigerin, staerken und die nationalrevolutionaere Bewegung in China ersticken. Beide Regierungen lehnten deshalb alle Vorschlaege der USA ab, die Bestimmungen des Neun-Maechte-Paktes gemeinsam gegen Japan durchzusetzen.

England foerderte die japanischen Eroberungen in China, unter anderem auch in der Erwartung, dass sich der japanische Vormarsch eines Tages gegen die Sowjetunion richten werde. Deshalb wurde Japan von der reaktionaeren englischen Presse damals als "Vorkaempfer gegen den Bolschewismus im Fernen Osten" hingestellt. Sogar der Papst segnete den japanischen Imperialismus fuer diese ihm zugeschobene Rolle. In der im Mai 1932 herausgegebenen Enzyklika "Caritate Christi" forderte der Papst die Einheitsfront der imperialistischen Maechte gegen die "atheistisch-kommunistische Front als den Feind der sozialen Ordnung". Dieser Enzyklika wurde eine besondere Ergaenzung angefuegt, die helfen sollte, das unchristliche Japan in diese Einheitsfront einzugliedern.

Kein Wunder also, dass in Deutschland Rechberg, Papen und Rosenberg damals in den japanischen Imperialisten den geeigneten Verbuedneten zur Verwirklichung ihres geplanten Raubzuges gegen die Sowjetunion sahen. Nachdem der Versuch, den Viermaechte-Pakt zu einem eindeutigen Antisowjet-Pakt umzugestalten, gescheitert war, machte Hitler nunmehr die Herbeifuehrung eines deutsch-japanischen Militaerbuendnisses gegen die Sowjetunion zum naechsten Ziel seiner Aussenpolitik und begann, die Verhandlungen der Abruestungskonferenz zu sabotieren. Sein Berater Ribbentrop brachte von seinen haeufigen Reisen nach Frankreich und England guenstige Nachrichten dafuer mit. Die reaktionaeren Kreise dieser Laender hatten gegen ein solches deutsch-japanisches Buendnis nichts einzuwenden.

Rosenberg zoegerte nun nicht mehr, die Verbindung zwischen dem deutschen Nazismus und dem japanischen Faschismus herzustellen. Schon Anfang August 1933 veroeffentlichte er im "Voelkischen Beobachter" Artikel, in denen die Eroberungszuege Japans gefeiert wurden. In einem dieser Artikel hiess es zum Beispiel: "Japan hat hundert Mal recht, wenn es die ihm zukommende besondere Rolle in Ostasien zu spielen sucht. Seine Ziele sind nicht imperialistisch, sondern sie haben das moralische Prinzip zur Grundlage, in Asien Gesetz und Ordnung einzufuehren." \* Im gleichen Monat traf in Berlin eine Delegation der faschistischen Jugend Japans ein, um freundschaftliche Beziehungen zur Hitler-Jugend herzustellen. Anfang Oktober 1933 erschien der japanische Prinz Tokugawa, der fruehere Praesident des japanischen Oberhauses, in offizieller Mission bei Hitler. Zwischen beiden fanden lange Verhandlungen ueber

\* zitiert nach R. Palme Dutt "World Politics..."

\* "Voelkischer Beobachter" vom 14. August 1933.

ein gemeinsames Vorgehen Japans und Deutschlands gegen die Sowjetunion statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war offenbar guenstig; denn Hitler fuehlte sich auf einmal stark genug, die Teilnahme an der Abruestungskonferenz einzustellen und den Austritt Deutschlands aus dem Voelkerbund zu erklaren. Von nun an war er entschlossen, weniger denn je die Durchfuehrung seiner Aufruestungsplaene von der Zustimmung der Abruestungskonferenz abhaengig zu machen.

Dei Hoffnungen, von denen damals die Hitler-Regierung und die hinter ihr stehenden Monopolisten und Grossgrundbesitzer erfuellt waren, brachte der "Berliner Lokal-Anzeiger" wie folgt zum Ausdruck: "Die Ereignisse im Fernen Osten beeinflussen taeglich mehr die Situation in Europa, trotzdem viele europaeische Staatsmaenner die wirkliche Bedeutung dieser Ereignisse nicht verstehen wollen... In dem Augenblick, in dem Japan beginnen wird, eine Loesung in Wladiwostok zu suchen — deren Ziel jedoch noch unsicher ist —, wird die welthistorische Bewegung auch in Europa beginnen." \*

#### DIE ROLLE DES DEUTSCH-POLNISCHEN PAKTES VOM JANUAR 1934

Die erste aussenpolitische Massnahme Hitlers zur Realisierung der mit dem Prinzen Tokugawa getroffenen Vereinbarungen war der Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Polen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen waren unter Bruening und Papen aeusserst schlecht gewesen. Oft hatte man geglaubt, mit dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes rechnen zu muessen. Nachdem Hitler zur Macht gekommen war, verschaefteten sich die Gegensaezte noch weiter, besonders wegen der Besetzung der Westernplatte bei Danzig durch polnische Truppen. Auch die Neuwahlen des Danziger Senats, die am 20. Mai 1933 stattfanden und den Nazis eine grosse Mehrheit brachten, standen im Zeichen des deutsch-polnischen Gegensatzes. Die im Verlaufe des Wahlkampfes entfesselte antipolnische Hetze erweckte die Befuerchtung, dass ein nazistischer Vorstoss zur Annexion Danzigs und des Polnischen Korridors unmittelbar bevorstuende. Nachdem aber Hitler seine Aussenpolitik auf die Herbeifuehrung eines deutsch-japanischen Buendnisses gegen die Sowjetunion orientiert hatte, trat auch Polen gegenueber eine Wendung ein. Nun benutzte Hitler die Danziger Nazi-Regierung, um ein besseres Verhaeltnis zur Pilsudski-Regierung anzubahnen.

Dieses Vorgehen war von Erfolg begleitet. Am 15. November 1933, dem Tage nach der fragwuerdigen Neuwahl des nazistischen Reichstages, schlug Hitler dem polnischen Gesandten in Berlin, Josef Lipski, den Abschluss eines Nichtangriffs-Paktes zwischen Deutschland und Polen vor. Die Unterzeichnung des Paktes erfolgte im Januar 1934. Ihm waren — ob mit Wissen des Reichsaussenministers Baron von Neurath oder nicht, sei dahin gestellt — Geheimklauseln beigefuegt, durch die sich Hitler-Deutschland und Pilsudski-Polen zum gemeinsamen militaerischen Vorgehen gegen die Sowjetunion verpflichteten fuer den Fall, dass Japan den Angriff auf Wladiwostok unternahme. Die Einzelheiten dazu wurden zwischen Goering und den polnischen Machthabern anlaesslich einer gemeinsamen Baerenjagd vereinbart. Ueber die Verteilung des "grossen Baeren", den man zu erlegen beabsichtigte, war die Verstaendigung jedoch viel

\* "Berliner Lokalanzeiger" vom 1. Dezember 1933.

schwieriger. Goering verlangte, im Auftrage Hitlers, Danzig und den Polnischen Korridor sowie Polnisch-Oberschlesien. Ausserdem erhob er Anspruch auf das Baltikum und die Ukraine. Polen sollte sich dagegen mit dem Gebiet der bjelorusischen Sowjetrepublik begnuegen. Pilsudski hingegen forderte Litauen, Lettland und einen Teil der Ukraine, der ihm den Zugang zum Schwarzen Meer verschaffen sollte.

Der Hitler-Pilsudski-Pakt richtete sich nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen Frankreich, dem Polen ebenfalls durch ein Militaerbuendnis verpflichtet war. Obwohl Polen dieses Buendnis nicht loeste und versuchte, gleichzeitig auf zwei Pferden zu reiten, wurde der Hitler-Pilsudski-Pakt in Frankreich mit Recht als gegen die bisherige franzoesisch-polnische Politik gerichtet empfunden. Das war der Grund, warum Hitler in seinen nach dem Austritt Deutschlands aus dem Voelkerbund gehaltenen Reden so viel Muehe darauf verwandte, die franzoesische Regierung davon zu ueberzeugen, dass Nazi-Deutschland gegenueber Frankreich nur "friedliche" Absichten hege.

#### HITLER SUCHT FRANKREICH ZU ISOLIEREN

Die englische Regierung verfolgte die Entwicklung der deutsch-japanischen Beziehungen und den Abschluss des deutsch-polnischen Paktes mit unverhohlener Zufriedenheit. Schon unmittelbar nach dem Austritt Deutschlands aus dem Voelkerbund gab die englische Regierung ihre Bemuehungen, zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln, auf. Durch ein Memorandum billigte sie Hitler die Ruestungsgleichheit zu und veranlasste Frankreich, mit Deutschland in einen direkten Meinungs austausch zu treten. Am 18. Dezember 1933 ueberreichte Hitler der franzoesischen Regierung ein Memorandum, in dem er erklarte, dass Deutschland eine Heeresstaerke von 300.000 Mann noetig habe. Die SA und die SS, die keine militaerischen Organisationen seien, wuerden durch die Schaffung dieses 300.000 Mann-Herres nicht beruehrt. Die franzoesische Regierung antwortete auf dieses Memorandum durch ihr "Aide-Memoire" vom 1. Januar 1934. Darin stellte sie fest, dass der Meinungs austausch ergebnislos verlaufen sei; denn die von Hitler geforderten 300.000 Mann wuerden nicht die Gesamtstaerke des stehenden Heeres darstellen. Dazu kaemen noch grosse Polizeikraefte und die paramilitaerischen Organisationen, die fortgesetzt verstaerkt wuerden. Hitler antwortete darauf durch das sogenannte deutsche Abruestungs-Memorandum vom 19. Januar 1934, in dem er an der 300.000-Mann-Armee festhielt und deren Ablehnung durch die franzoesische Regierung als Nichtanerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands bezeichnete. Am 29. Januar 1934 ueberreichte daraufhin die englische Regierung ein Abruestungs-Memorandum, in welchem sie ihre Bereitschaft erklarte, in der Frage der 300.000 Mann ein Kompromiss zu unterstuetzen, und ihre Freude darueber zum Ausdruck bringt, dass Hitler durch eine Kontrolle den Nachweis zu fuehren bereit sei, dass die SA und die SS keine militaerischen Organisationen darstellen.

Am 6. Februar 1934 gab der britische Aussenminister Sir John Simon im Unterhaus ausserdem die folgende Erklaerung ab: "Deutschlands Forderung nach gleichem Recht... soll nicht mehr entgegengetreten werden. Es gibt wenig Hoffnung, dass der Weltfrieden erhalten bleibt, wenn versucht wuerde, ein Land oder eine Rasse unter Ausnahmegesetz zu halten... Erlauben Sie Hitler zu ruesten; dann wird er Frieden halten." Bald darauf, am 13. Februar

1934, trat die Abruestungskonferenz in London zusammen. Sie ging jedoch bald resultatlos wieder auseinander.

Unterdessen hatten sich in Frankreich wichtige Ereignisse abgespielt. Mit energischer Unterstuetzung Rosenbergs nuetzten die reaktionaeren und faschistischen Gruppen in Frankreich den Stawisky-Skandal aus, um Chautemps zu stuerzen und einer rechts-radikalen Regierung zur Macht zu verhelfen. Ribbentrop, der damals noch dem Auslandsbuero der NSDAP angehorte, befand sich waehrend dieser Zeit in Paris und beriet die reaktionaeren Fuehrer. Aber die am 6. Februar 1934 auf dem Place de la Concorde veranstalteten faschistischen Massendemonstrationen wurden niedergeschlagen. Die Ministerpraesidentschaft und das Aussenministerium uebernahm der Radikalsozialist Edouard Daladier. Das war eine Niederlage der franzoesischen Reaktion und ein Erfolg der beginnenden Volksfront-Bewegung. Diese Wendung erfuellte die offizielle Diplomatie Hitler-Deutschlands mit grosser Sorge. Neurath riet zu einer Verstaendigung mit Frankreich und zum Wiedereintritt in den Voelkerbund. Hitler aber lehnte das ab. In einer Unterredung mit Hindenburg und Neurath entwickelte er seine Plaene im Hinblick auf Japan, Polen, England und Frankreich. Dabei versicherte er Hindenburg, dass es moeglich sein werde, Frankreich und England endgueltig voneinander zu trennen und mit beiden besondere Vereinbarungen abzuschliessen, durch die Deutschland die Gleichberechtigung in der Ruestungsfrage erhalten werde.

Diese Versicherung Hitlers stuetzte sich auf keine soliden Grundlagen. Englands wirkliche Absichten wurden zum Beispiel durch das Interview eines nichtgenannten konservativen Staatsmannes deutlich zum Ausdruck gebracht. Dieser erklarte: "Wir geben Japan freie Hand, was Russland betrifft... , wodurch die Exportpolitik, die Japan gegenwaertig betreiben muss, radikal geaendert wird... Wir geben Deutschland das Recht zur Wiederaufruestung, aber wir schliessen mit Frankreich ein Buendnis ab, sodass durch die englisch-franzoesische Zusammenarbeit eine Expansion Deutschlands nach dem Westen unmoeglich wird. Andererseits oeffnen wir Deutschland den Weg nach dem Osten, indem wir ihm die Moeglichkeit zur Expansion geben. Dadurch lenken wir Japan und Deutschland und halten Russland in Schach." \* Von einem Sonderabkommen mit Deutschland war in dem Interview mit keinem Wort die Rede.

Hitlers Aussichten auf ein Sonderabkommen mit der franzoesischen Regierung waren noch geringer. Zwar hatte sich Daladier, der sah, dass auf Polen kein Verlass mehr war, unter dem Druck Englands erneut zu direkten Verhandlungen mit Hitler-Deutschland bereitgefunden. Diese Verhandlungen fanden zwischen dem Botschafter André François-Poncet und Hitler statt. Aber schon am 16. April 1934 teilte Daladier der englischen Regierung mit, dass die franzoesische Regierung diese Verhandlungen ebenfalls als aussichtslos abgebrochen habe, und dass sie nunmehr eine Ausdehnung der britischen Locarno-Verpflichtung auf Belgien vorschlaege. Ausserdem forderte Daladier die Garantie Englands dafuer, dass Nazi-Deutschland die Ruestungsvertraege, die mit ihm eventuell abgeschlossen werden, auch wirklich einhalte. England muesse sich fuer den Fall der Nichteinhaltung solcher Vertraege durch Hitler zu Sanktionen diplomatischer, oekonomischer und militaerischer Natur verpflichten.

Hitler erklarte Hindenburg, der sich stark fuer die Ost-Politik des Nazi-Regimes interessierte und sie unterstuetzte, dass diese Komplikationen keine

\* "Neue Freie Presse", Wien, 17. Mai 1934.

besondere Bedeutung haetten. Er habe durch wichtige Verbindungsleute in Frankreich und England den Rat erhalten, vorlaeufig noch abzuwarten; denn bald wuerde alles "geregelt" werden. Um seine Plaene durchfuehren zu koennen, brauche er aber einen Sonderbeauftragten fuer Abruestungsfragen. Er schlug fuer diesen wichtigen Posten den zweiten Mann im Aussenpolitischen Amt der NSDAP, Joachim von Ribbentrop, vor. Am 24. April 1934 stimmte Hindenburg diesem Vorschlag zu.

Kaum zwei Wochen nach seiner Berufung zum "Beauftragten der Reichsregierung fuer Abruestungsfragen" erhielt Ribbentrop von Hitler den Auftrag, eine Reise nach London, Rom und Paris zu unternehmen, um den dortigen Regierungen Vorschlaege zu unterbreiten, deren Annahme Hitler die ungestoerte Aufruestung sichern sollte.

Die aussenpolitische Lage des Nazi-Regimes hatte sich unterdessen noch weiter kompliziert durch die Spannung, die sich zwischen Deutschland und Italien entwickelte. Nach Hitler gehoerte zur Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetunion die Errichtung der Hegemonie des deutschen Imperialismus in Europa. Der naechste Schritt auf diesem Wege sollte der "Anschluss" Oesterreichs an Deutschland sein. Zu diesem Zwecke entfalteten die Agenten Rosenbergs in Oesterreich, Ungarn und Jugoslawien eine energische unterirdische Taetigkeit. Das fuehrte zu schweren Differenzen mit Italien. Schon am 15. September 1933 erklarte Baron von Neurath zur Frage der inneren Kaempfe, die sich in Oesterreich zwischen der Regierung und den Nazis abspielten: "Mit welchem Recht will man es denn international verteidigen, wenn die Bewegung, die das ganze deutsche Volk mit elementarer Gewalt erfasst hat und dahez ganz selbstverstaendlich auch die Bevoelkerung Oesterreichs in ihren Bann ziehen musste, dort mit Mitteln der Gewalt an der freien Entfaltung gehindert wird." \*

Die englische Regierung sah sich durch die Anschluss-Politik à la Rosenberg zu grosserer Zurueckhaltung veranlasst, wie Ribbentrop erfuhr, als er Anfang Mai 1934 bei Eden vorsprach und ihm seine Ruestungsvorschlaege unterbreitete. Die Antwort Edens war, dass Deutschland hierfuer keine Unterstuetzung von England zu erwarten habe. Auch die Unterredung, die Ribbentrop mit Mussolini fuehrte, blieb ergebnislos. In dem darueber veroeffentlichten Kommuniqué hiess es nur: "Die Kontrahenten befanden sich in vollstaendiger Uebereinstimmung ueber die absolute Notwendigkeit, einige internationale Vereinbarungen zu erreichen, um eine Wiederaufnahme des Wettruestens zu vermeiden." Paris besuchte Ribbentrop am 16. Juli 1934. Dort erklarte ihm der neue Aussenminister, Louis Barthou, Deutschland solle erst wieder in den Voelkerbund eintreten; dann koenne es dort seine Vorschlaege einreichen. In der Frage der Abruestung sei die Tuer noch immer offen. Die Rundreise Ribbentrops erwies sich somit als ein vollstaendiger Fehlschlag.

Fuer den Misserfolg der Rundreise Ribbentrops gab es jedoch noch einen anderen Grund: der wachsende Einfluss der Sowjetunion in der Weltpolitik. Die Sowjetregierung nahm durch ihren Aussenminister Maxim Litwinow an den Tagungen der Abruestungskonferenz teil. Sie hatte dort anfangs die allgemeine Abruestung als das beste Mittel zur Vermeidung neuer Kriege vorgeschlagen. Der Vorschlag fand keine Unterstuetzung von Seiten der

\* Konstantin Freiherr von Neurath "Grundlinien der deutschen Aussenpolitik", Berlin 1933.



fuchrenden Maechte des Voelkerbundes und bald begann die forcierte Auf-  
ruestung Japans, Deutschlands und Italiens. Die Sowjetregierung zog daraus  
nach dem Scheitern der Abruestungskonferenz im Februar 1934 die Schluss-  
folgerung, dass die Abruestungsbestrebungen des Voelkerbundes als aussichtslos  
zu betrachten seien und aenderte daraufhin ihre Stellungnahme. Auf der Ta-  
gung der Abruestungs-Konferenz im Mai 1934 uebermittelte Litwinow die  
neuen Vorschlaege der Sowjetregierung. In einer Rede von welthistorischer Be-  
deutung stellte Litwinow fest, dass nach der Auffassung der Sowjetregierung  
die Abruestungsbemuehungen als gescheitert anzusehen seien. Wenn der Welt-  
friede erhalten werden solle, muessten die friedliebenden Maechte das Prinzip  
der kollektiven Sicherheit annehmen und es gegen jeden Angreifer gemeinsam  
zur Durchfuehrung bringen. Zu diesem Zweck schlug Litwinow im Namen der  
Sowjetregierung der Abruestungs-Konferenz vor, sich in eine permanente Frie-  
dens-Konferenz umzuwandeln, deren Aufgabe es sein solle, bei Auftauchen einer  
Kriegsgefahr, sofort einzugreifen und den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Dank der Bemuehungen Litwinows nahm die Abruestungs-Konferenz den  
frueheren Vorschlag, ein Ost-Locarno zu schaffen, wieder auf. Diesem oest-  
lichen Sicherheitspakt sollten die Sowjetunion, Polen, die Balkanlaender, die  
Tschechoslowakei, Finnland, die Baltischen Staaten und Deutschland beitreten.  
Der Pakt sollte ausserdem von Frankreich, Deutschland und der Sowjetunion  
militaerisch garantiert werden. Anfangs zoegerte die englische Regierung, einem  
solchen Pakt ihre Zustimmung zu geben. Aber nicht zuletzt unter dem Eindruck  
der blutigen Ereignisse des 30. Juni in Hitler-Deutschland und der Ermordung  
des oesterreichischen Kanzlers Dollfuss durch die Nazis schloss sie sich im  
August 1934 dem Vorschlag an.

#### DIE ILLEGALE VORBEREITUNG EINES DEUTSCH-POLNISCH- JAPANISCHEN ANGRIFFES AUF DIE SOWJETUNION

Hitlers Plan, im Bunde mit Polen und Japan einen Ueberfall auf die  
Sowjetunion vorzubereiten, fuehrte zu einer aeusserst intensiven internationa-  
len Aktivitaet des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP. Rosenberg erschie-  
nen die Voraussetzungen fuer eine baldige Anwendung des Hoffmann- Rech-  
berg-Papen-Planes gegeben. Nach seiner Ueberzeugung hing alles nur von dem  
schnellen und entschlossenen Handeln der Nazi-Partei ab. Fuer das Aussen-  
politische Amt sah er als die dringlichste Aufgabe, den Einfluss Frankreichs  
und Italiens in Suedost- und Nordosteuropa zurueckzudraengen. Vorbedingung  
dazu war, die vorhandenen demokratischen Regierungen zu stuerzen und eine  
Diktatur pro-deutscher faschistischer Elemente zu errichten.

Der Angriff Rosenbergs richtete sich in Suedosteuropa gegen Oesterreich  
und die Tschechoslowakei, gegen Rumaenien, Bulgarien und Jugoslawien. In  
Nordosteuropa gegen Litauen, Lettland, Estland und Finnland. Im Suedosten  
sollte Horthy-Ungarn, im Nordosten Pilsudski-Polen als Hauptstuetzpunkt fuer  
die nazistischen Aktionen dienen.

Im September 1933 fuhr der Vizekanzler Papen nach Ungarn, um ein  
Wochenende auf dem Schloss des Ministerpraesidenten, General Gyula von  
Goemboes, zu verbringen. Goemboes hatte frueher dem oesterreichisch-ungari-  
schen Generalstab angehoert. Nach dem Zerfall der oesterreichischen Monar-

chie optierte Goemboes fuer Ungarn und wurde einer der grausamsten Fuehrer  
der ungarischen Reaktion. Im Jahre 1921 kommandierte Goemboes die Militaer-  
verbaende, mit deren Hilfe Horthy versuchte, Kaiser Karl zum regierenden  
ungarischen Koenig zu machen. Spaeter uebernahm er den Vorsitz der faschi-  
stisch-antisemitischen Partei "Zur Verteidigung der Rasse". Jahrelang organi-  
sierte Goemboes in verschiedenen ungarischen Staedten Judenpogrome. Er war es  
auch, der zahlreiche wegen politischer Morde verfolgte Mitglieder der deutschen  
Terrororganisation "Consul" aufnahm und beherbergte, darunter auch die Erz-  
bergermoerder Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen. Im Jahre 1932 war  
Goemboes von Horthy zum Ministerpraesidenten ernannt worden.

Der Weekendbesuch Papens bei Goemboes wurde von der Nazi-Presse als  
eine Vergnuegungsreise hingestellt. In Wirklichkeit diente er wirtschaftlich wie  
politisch der Vorbereitung des geplanten Ueberfalles auf die Sowjetunion. Papen  
vereinbarte mit Goemboes die Umstellung der ungarischen Landwirtschaft auf  
den Anbau von Oelsaaten, um sie zum wichtigsten Lieferanten Deutschlands von  
Pflanzenoel zu machen. Das war fuer Nazi-Deutschland im Falle des Krieges  
und der damit verbundenen Abschnuerung der Verbindungen nach Uebersee von  
grosser Bedeutung. Ungarn sollte im Austausch dafuer Waffen und Munition  
erhalten. Einige Wochen spaeter kam Goemboes nach Berlin, um einen entspre-  
chenden Vertrag mit Papen zu unterzeichnen.

Der Goemboes angebotene Austausch von Pflanzenoel gegen Waffen war  
natuerlich nur der Koeder fuer die weitergehenden Ziele, die Hitler in seinen  
Verhandlungen mit Ungarn verfolgte. Bis dahin stand die faschistische Bewe-  
gung Ungarns ueberwiegend unter dem Einfluss Mussolinis. Das gemeinsame  
Interesse an der Revision der Friedensvertraege hatten diese engen Beziehungen  
herbeigefuehrt. Goemboes war einer der Fuehrer der "Erwachenden Ungarn",  
deren nationalistischer Kampf sich gegen Tschechen, Rumaenen und Serben  
richtete. Die "Erwachenden Ungarn" vertraten die Auffassung, dass Ungarn  
bei der Grenzfestsetzung nach dem ersten Weltkriege benachteiligt worden sei.  
Sie erhoben deshalb weitgehende territoriale Forderungen an die Tschechoslo-  
wakei, an Rumaenien und an Jugoslawien, und sie unterstuetzten gleichzeitig  
alle irredentistischen Bewegungen jener Laender. Die "Erwachenden Ungarn"  
waren durch ihre terroristischen Akte gegen die ungarischen Arbeiter und Bauern  
international bekannt. Sie standen in enger Verbindung mit der "Kroatischen  
Insurgenten-Liga" (IMRO), mit den "Anti-Serbischen Komitatschis" in Alba-  
nien und mit dem separatistischen Fluegel der Slowaken. Nachdem Goemboes  
ungarischer Ministerpraesident geworden war, wurde Ungarn der Stuetzpunkt  
all dieser terroristisch-faschistischen Organisationen. Die Verhandlungen zwi-  
schen Goemboes und Papen sollten die Verbindung zwischen diesen Terrorver-  
baenden und der NSDAP herstellen. Bald kam eine Zusammenarbeit zustande.  
Sie erwies sich fuer Goemboes vorteilhafter als die Anlehnung an den italia-  
nischen Faschismus. Hitler lieferte jedes Quantum Waffen, das verlangt wurde.  
Er machte Goemboes weitgehende Zusicherungen gegen Rumaenien und die  
Tschechoslowakei. Er erschien auch als der maechtigere Garant fuer eine baldige  
Revision des Friedensvertrages von St. Germain.

Die Zusammenarbeit zwischen Rosenberg, den "Erwachenden Ungarn", den  
Ustaschis und der IMRO kam bald in zahlreichen Terrorakten und Putschen  
zum Ausdruck. Im Jahre 1934 versuchten Terroristen den Zagreber Schnellzug  
in die Luft zu sprengen, in dem die Aussenminister Eduard Benes, Nicolas Titu-

lescu und Jewtitsch reisten, um sich als Vertreter der Tschechoslowakei, Rumaniens und Jugoslawiens zu einer Konferenz der Kleinen Entente zu begeben. In Bulgarien verband sich die IMRO auf Veranlassung Rosenbergs mit der von dem Obersten Damien Veltscheff, einem der Moerder des Ministerpraesidenten Alexander Stamboliski, gefuehrten faschistischen Militaer-Liga, genannt die "Zveno-Gruppe". Den gemeinsamen Anstrengungen dieser faschistischen Kraefte gelang es noch im selben Jahre, die bulgarische Regierung zu stuerzen und eine nazifreundliche Diktatur zu errichten. In der Tschechoslowakei nahmen Rosenberg und die "Erwachenden Ungarn" Beziehungen zu dem Fuehrer der katholisch-slowakischen Partei des Paters Hlinka auf und veranlassten diesen, eine separatistische Taetigkeit zu verstaerken. Ausserdem entwickelten Rudolf Jung und Konrad Henlein ihre ebenfalls separatistische Aktivitaet im Sudetengebiet.

Die Leitung der Ustaschis verlegte Ende 1933 ihre Zentralstelle von Budapest nach Berlin. Dr. Ante Pavelitsch liess sich in Berlin nieder und gab dort die Zeitschrift "Der unabhaengige Staat der Kroaten" in kroatischer Sprache heraus. Das militaerische Schulungslager der Ustaschis, das diese gemeinsam mit der IMRO in Ungarn unterhielten, wurde dort belassen. Es erhielt von Rosenberg hohe Geldsummen und wurde durch Nazi-Instrukteure geleitet.

In Rumaniens bestand Ende 1933 die demokratische Regierung Duca mit einer stark franzoesischen Orientierung. Die rumaenisch-franzoesischen Beziehungen stuetzten sich auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, an der auch England beteiligt war. Im Jahre 1932 befanden sich 41 Prozent des Kapitals der rumaenischen Oelindustrie in englisch-hollaendischen, 21 Prozent in franzoesischen und 20 Prozent in rumaenischen Haenden. Schon in der Zeit der Weimarer Republik hatte sich Deutschland durch die Preussische Bergwerks A. G. bemueht, Einfluss auf diese fuer die Kriegsindustrie wichtigen Oelquellen Rumaniens zu gewinnen. Aber der Erfolg blieb gering. Nachdem Hitler in Deutschland herrschte und sich fuer einen baldigen Krieg gegen die Sowjetunion entschieden hatte, wurde die Kontrolle des Dritten Reiches ueber die rumaenischen Oelquellen zu einer Lebensfrage des deutschen Imperialismus.

Das demokratische Regime in Rumaniens wurde getragen von der Liberalen Partei mit Jon Duca, Jon Bratianu und Nicolas Titulescu an der Spitze, sowie von der Radikalen Bauernpartei und ihrem Fuehrer Juliu Maniu. Die Liberale Partei stand in engen Beziehungen zu der Koenigin-Mutter Maria von Hohenzollern-Sigmaringen und ihren Anhaengern, die seinerzeit die Absetzung des Koenigs Carol unterstuetzt hatten. Diesen demokratischen Kraeften standen Koenig Carol und Madame Magda Lupescu, sowie die ganze Hofkamarilla, feindlich gegenueber. In den Haenden dieser Kamarilla befanden sich jedoch das Kriegsministerium und die Politische Polizei (Siguranza). Sie unterstuetzte die mit den Nazis verbundene faschistische Organisation "Eiserne Garde", die von Cornelius Codreanu gefuehrt wurde. Der Oberstkommandierende der Armee, Marschall Averescu, und die grosse Mehrheit des Offizierskorps bekaempften das demokratische Regime.

Das Buendnis zwischen Rosenberg und den faschistischen Fuehrern Professor Cuza und Codreanu foerderte in raschem Tempo die reaktionaere Entwicklung in Rumaniens. Rosenberg stellte den Faschistenfuehrern Millionen zur Verfuegung. Die Auslandsorganisation der NSDAP begann, die in Rumaniens ansaessigen 600.000 Deutschen nazistisch zu organisieren und zur Unterstuetzung der "Eisernen Garde" einzusetzen. Rosenbergs Agenten versuchten, alle

faschistischen Stroemungen in Rumaniens zu einer gemeinsamen Front gegen das demokratische Regime zu vereinigen.

Im Dezember 1933 wurde als Folge dieser Wuehlarbeit der Fuehrer der Liberalen Partei, Ministerpraesident Jon Duca, von einem Mitglied der "Eisernen Garde", Nicolas Constantinescu, erschossen. Die Regierung verbot daraufhin die "Eiserne Garde". Prinz Nikolaus, der Bruder des Koenigs, nahm aber die Mitglieder dieser Terrororganisation auf seinen Landguetern auf. Dort erhielten sie Unterkunft, Verpflegung und militaerische Ausbildung.

Ende Mai 1934 zwang die Hofkamarilla, beeinflusst von nazistischen Elementen, den Nachfolger Ducas, Ministerpraesident Georg Tatarescu, und sein Kabinett zum Ruecktritt. Der reaktionaere General Avarescu sollte, gestuetzt auf die Armee und die faschistischen Verbaende, die Regierung uebernehmen, das Parlament beseitigen und die faschistische Diktatur errichten. Unterstuetzt von der franzoesischen Regierung beantworteten jedoch die Liberale Partei und die Radikale Bauernpartei den Staatsstreich mit einem gemeinsamen energischen Ultimatum. Dadurch gelang es damals, den Sieg des Faschismus in Rumaniens noch zu verhindern. Immerhin war es den deutschen Imperialisten moeglich, ihren Einfluss in Rumaniens, vor allem wirtschaftlich, zu staerken. Schon im Jahre 1934 beherrschten sie den grossten Teil des rumaenischen Aussenhandels.

In Nordosteuropa machte Rosenberg Polen zum Stuetzpunkt fuer seine Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Schon im Verlaufe der Verhandlungen ueber den Hitler-Pilsudski-Pakt begann Bohle seine Taetigkeit zur Organisation einer Nazi-Partei in der Provinz Posen, in Polnisch-Oberschlesien und im Polnischen Korridor. Rosenberg nahm Beziehungen zu der "Polska Organizacja Wojskowa" (Polnische Militaerorganisation) auf und machte sie zur polnischen Sektion der geheimen faschistischen Internationale. Diese Organisation war fruher die Tertorgruppe der Sozialistischen Partei Polens gewesen. Sie nannte sich spaeter "Polnische Insurgenten-Liga" und entwickelte sich zu der terroristischen Kampforganisation der polnischen Grossgrundbesitzer und Grosskapitalisten. Sie stand unter der Leitung Joseph Pilsudskis und des Obersten Joseph Beck. Beide sahen in der Sowjetunion ihren Todfeind und hofften, mit Hilfe Hitler-Deutschlands die Grenzen Polens bis zum Schwarzen Meer ausdehnen zu koennen. Diese Klique fand fuer ihre imperialistischen Bestrebungen auch die Unterstuetzung reaktionaerer roemisch-katholischer Bischoefe und der Vertreter des Jesuiten-Ordens.

In Litauen arbeitete Rosenberrg mit dem fruheren faschistischen Ministerpraesidenten Professor Woldemaras zusammen, der sich in einer kleinen Stadt in Ehrenhaft befand. Auch in diesem Lande organisierte Bohle eine Nazi-Partei, genannt der "Eiserne Wolf", die hinter Woldemaras stand. Ausserdem gruendete er im Memelgebiet eine deutsche Nazi-Partei unter Fuehrung des Dr. Alfred Neumann. Ich selbst hatte Gelegenheit zu beobachten, mit welcher Aggressivitaet die Auslandsorganisation der NSDAP im Memelgebiet arbeitete. Im Mai 1933 reiste ich unter anderem Namen auf dem Hapag-Dampfer "Berlin" nach Leningrad. An der Kueste des Memelgebietes angekommen, stoppte das Schiff. In Hunderten von Fischerbooten naeherten sich die dortigen Nazis der "Berlin" und begruessten sie mit Heilrufen. Die Bordzelle der Nazis trat in Aktion. Sie nahm die schriftlichen Berichte der memellaendischen Nazis entgegen und uebergab ihnen Stoesse von Zeitungen, Broschueren und Flugblaettern. Die litauischen Behoerden, deren Vertreter von Kanonenbooten aus dem Treiben

zusahen, verhielten sich dem landesverraeterischen Treiben der memellaendischen Hitlerleute und der Nazibande von der "Berlin" gegenueber gleichgueltig. Diese nazistische "Flottendemonstration" vor Memel nahm ungefaehr drei Stunden in Anspruch.

Nach der Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Paktes im Januar 1934 begannen Bohle, Rosenberg und Woldemaras die Vorbereitungen fuer den Aufstand zum Sturze der litauischen Regierung und zur Errichtung einer Diktatur. Der enge Zusammenhang zwischen den nazistischen Aktionen im Baltikum und auf dem Balkan ergab sich deutlich aus einer Rede, die Rosenberg am 2. Juni 1934 in der Berliner "Nordischen Gesellschaft" hielt. Dort sagte er: "Die Voelker der baltischen Laender sind heute in der selben Lage wie die Voelker der Donau-Laender. Der Ostseeraum war einst das Zentrum der europaeischen Weltpolitik. Die Voraussetzungen fuer die Loesung neuer grosser Fragen sind nun gegeben. Der Ostseeraum hat seine eigenen historischen Gesetze. Wir glauben, dass das grosse gemeinsame Schicksal Skandinaviens und des Baltikums ueber den verschiedenen Regierungssystemen steht." \* Am gleichen Tage befahlen Bohle und Rosenberg fuer die Nazi-Organisationen in Memel den Alarmzustand und stellten SS-Formationen und die russisch-weissgardistischen Verbände des Generals Awalow-Bermonth an der Grenze zum Einmarsch nach Litauen bereit. In Litauen selbst mobilisierte Professor Woldemaras seinen "Eisernen Wolf" und, durch den Chef des litauischen Generalstabes, General Kobelunas, seine Anhaenger in der Armee. Unter dem Befehl Kobelunas' besetzten die Rebellen am 6. Juni 1934 die Regierungsgebäude in Kaunas und Memel. Aber der Aufstand misslang. Schon nach wenigen Stunden wurde er von den Truppen des Ministerpraesidenten Antanas Smetona niedergeschlagen.

In Lettland arbeitete Rosenberg mit dem Ministerpraesidenten Karlis Ulmanis zusammen. Anfang Mai 1934 begab sich Ulmanis nach Berlin, um mit Rosenberg den Plan zur Errichtung der faschistischen Diktatur zu beraten. Nach seiner Rueckkehr aus Berlin zwang Ulmanis die uebrigen Regierungsmitglieder zum Ruecktritt. Er suchte so den Einfluss der neuen Bauern-Partei, welche die kleinen Landwirte repraesentierte, zu liquidieren und selbst zum Fuehrer einer Regierungskoalition zu werden, in der die faschistische Bauern-Union, die Nationale Faschistische Gesellschaft, die russischen Monarchisten, die Pilsudski-Polen und die nazistischen Deutschen vertreten sein sollten.

Nachdem das erreicht war, versuchte Ulmanis, alle wichtigen Staatspositionen durch Faschisten zu besetzen. Dagegen wehrte sich jedoch das lettische Parlament, indem es einen Antrag annahm, der die Entlassung aller Nazis und Faschisten aus den Staatsstellen bestimmte. Aber Ulmanis fuehrte diesen Beschluss des Landtages nicht durch. Statt dessen ordnete er am 16. Mai 1934 die Verhaftung aller linksgerichteten Abgeordneten, Buergermeister, Offiziere, Schriftsteller und Journalisten an und liess sie in das Konzentrationslager Liepaja bringen. Durch diesen Putsch wurde Lettland bis auf weiteres zu einem nazistisch-faschistischen Staat nach deutschem Muster mit uniformierten Moerderbanden, einer zentralisierten Presse und einem noch nie dagewesenen Polizeiteror.

In Estland veranlasste Rosenberg im Februar 1934 die "Liga der Freiheitskaempfer" — eine faschistische Militaerorganisation, die unter der Fuehrung des Generals Larka Tervand stand —, die Macht an sich zu reissen. Der Putsch scheiterte zwar, trotzdem konnte sich diese faschistische Organisation aber, dank

\* "Voelkischer Beobachter" vom 3. Juni 1934.

der grossen finanziellen Unterstuetzung, die sie durch den Deutschen Adelsklub in Reval erhielt, auch weiterhin halten. Im Fruehjahr 1934 stellte sie bereits den General Larka Tervand als Kandidaten zur Praesidentschaftswahl auf. Die Regierung des Generals Juhan Laidoner loeste die "Liga der Freiheitskaempfer" daraufhin auf, liess zahlreiche ihrer Mitglieder verhaften und verbotene damit vorlaeufig die Errichtung einer faschistischen Herrschaft.

In Finnland waren die Stuetzen Rosenbergs der konterrevolutionaere General Karl Gustav Freiherr von Mannerheim und die terroristische Lappo-Bewegung. Nach der Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Paktes verstaerkte Mannerheim den Terror gegen die finnische Arbeiterschaft und trat mit Deutschland und Japan in engste Beziehungen zur Vorbereitung des Angriffes auf die Sowjetunion. Das Ziel Mannerheims war der Raub Sowjet-Kareliens und des Leningrader Gebiets.

#### DIE ZUSAMMENARBEIT ROSENBERGS MIT DEM RYKOW. SINOWJEW-TROTZKI-TUCHATSCHESKY- GRINKO-BLOCK

Hitler und sein Beauftragter Rosenberg begnuegten sich nicht damit, in den an die Sowjetunion grenzenden Laendern ihre faschistischen Hilfstruppen zu formieren. Eine noch grossere Sorgfalt und Skrupellosigkeit verwandten sie darauf, auf dem Territorium der Sowjetunion selbst ihre Fuenfte Kolonne zu organisieren und das Sowjetregime von innen heraus zu unterhoehlen. Zu diesem Zweck baute Rosenberg im Jahre 1933 die schon vorher von der Reichswehr-Spionage angeknuepften Beziehungen zu den nationalfaschistischen Gruppen in Weissrussland und in der Ukraine sowie zu dem Block der Rykow, Bucharin, Tomski, Sinowjew, Kamenew, Trotzki, Krestinski, Pjatakow und Tuchatschewsky aus.

Als diese Verraeter von der Sowjetregierung entlarvt und vernichtet wurden, erhoben nicht nur die Nazis, sondern auch gewisse sozialdemokratische Fuehrer ein wuetendes Geschrei. Betrachtet man jedoch heute — nach den Erfahrungen dieses Krieges — jene durch die Moskauer Prozesse bekannt gewordenen Tatsachen, in Verbindung mit der deutsch-polnisch-japanischen Verschwörung gegen die Sowjetunion, dann tritt die Schuld der Angeklagten in voller Klarheit zutage. Die sozialdemokratischen Kritiker an der Sowjetregierung, die damals behaupteten, dass sie das Recht, die Menschenwuerde und sogar die russische Revolution gegen Stalin verteidigten, foerderten in Wirklichkeit die Geschaeft des Nazismus und seiner Agenten.

Das Gestaendnis des Fuehrers der ukrainischen Nationalfaschisten, G. F. Grinko, damals Volkskommissar fuer Finanzen, brachte ans Tageslicht, dass in den Jahren 1933 und 1934 zwischen ihm und einem Nazi-Agenten wiederholt Zusammenkuenfte stattfanden, das heisst zur selben Zeit, wo die nazistische Konspiration gegen die Sowjetunion ganz Suedost- und Nordosteuropa erfasst hatte. In diesen Zusammenkuenften wurde ueber die gemeinsame Aktion der ukrainischen Nationalfaschisten und des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP zum Sturze der Sowjetregierung und zur Losloesung der Ukraine von der UdSSR verhandelt. Aus dem Gestaendnis des Fuehrers der bjelorussischen nationalfaschistischen Organisation W. F. Scharangowitsch ergab sich, dass er in den Jahren 1933 bis 1936 mit polnischen Pilsudski-Leuten in Verbindung gestanden; ihre

gemeinsame Taetigkeit hatte die Lostrennung Bjelo-Russlands von der Sowjetunion und die Bildung eines unter deutsch-polnischer Kontrolle stehenden selbststaendigen Staates zum Ziele.

Im Verlaufe des Prozesses sagte der trotzkistische Angeklagte S. A. Bessonow, ehemaliger Botschaftsrat in Berlin, folgendes aus: "Als der Vizekommissar des russischen Aussenkommissariats Krestinski 1933 nach Berlin kam, ging er in einem Gespraech mit mir auf die Sondierung ein, welche damals der Leiter des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP, Rosenberg, in unseren Kreisen zur Frage der Moeglichkeit eines Geheim-Abkommens zwischen den Nationalsozialisten in Deutschland und den russischen Trotzkiisten vornahm, speziell und vor allem in der Frage der Rohstoffbasis fuer Deutschland, sowie in diesem Zusammenhange ueber die Frage der Ukraine. Von der Sondierung Rosenbergs erfuhr ich durch Krestinski. Dieser bestellte mich am Abreisetage nach Kissingen. Er war sehr aufgeregt ueber diese Meldung und beratschlagte mit mir, was zu tun sei. In Verbindung hiermit hob er hervor, dass die von Rosenberg aufgenommene Sondierung gerade wegen des Aufenthalts Krestinskis in Berlin erfolgte." \*

Aus dem Gestaendnis Bessonows ergab sich weiter, dass er selbst mit einem Mitarbeiter Rosenbergs, dem Gesandten Werner Daitz, verhandelt hatte, und dass ihm Zusammenkuenfte Leo Trotzki und dessen Sohnes mit Rudolf Hess, Generalmajor Prof. Dr. Karl Haushofer und Oberstleutnant Oskar Ritter von Niedermayer bekannt waren.

Im Oktober 1933 traf Krestinski mit Trotzki in Meran zusammen. Trotzki berichtete ihm ueber die Verhandlungen mit den genannten Nazivertretern. Er hob hervor, dass die Verhandlungen wesentlich erleichtert wuerden, wenn er den Nazifuehrern mitteilen koenne, dass hinsichtlich der Durchfuehrung von Terror-, Sabotage- und Schaedlingsakten in der Sowjetunion tatsaechlich eine ernste Arbeit im Gange sei.

Nikolai Bucharin sagte ueber die Verhandlungen Trotzki mit den Nazifuehrern aus: "Zu jener Zeit, da Trotzki Verhandlungen mit den deutschen Faschisten fuehrte und ihnen territoriale Zugestaendnisse versprach, waren die Rechten bereits im Block mit den Trotzkiisten. Radek sagte mir, dass Trotzki eine Niederlage der Sowjetunion im Krieg mit Deutschland und Japan als Hauptchance fuer die Machtergreifung des Blockes betrachtet und vorschlaegt, nach dieser Niederlage die Ukraine an Deutschland und den Fernen Osten an Japan abzugeben. Radek machte mir hierueber 1934 Mitteilung."

Ueber die Schlussfolgerungen, die der Block der Rechten und Trotzkiisten in Moskau aus Trotzki Vereinbarungen mit den Nazis zog, machte der Angeklagte Rykow die folgenden interessanten Aussagen: "Die naechste Periode wird durch die Schaffung von Organisationen ausschliesslich verschwoererischen Typs und durch die Anwendung verschaeftter Kampfmethoden gegen die Partei und die Regierung charakterisiert. Hierher gehoert insbesondere einer der Versuche, die unternommen wurden: die Vorbereitung einer Palastrevolution. Diese Frage tauchte 1933 auf. Die Stuetze fuer die Durchfuehrung dieses konterrevolutionaeren Planes bildete Jenukidse, der 1933 in der Eigenschaft eines aktiven Mitgliedes in die Organisation der Rechten eintrat. Es stand die Frage, wie die Kraefte der Konterrevolution zur Durchfuehrung der Palastrevolution in Ein-

\* "Rundschau", Zeitschrift fuer Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 7. Jahrgang, N<sup>o</sup> 11, Basel 1938.

klang zu bringen seien. Fuer diese Aufgabe wurde das Zentrum geschaffen unter Einbeziehung von Trotzkiisten und Sinowjewisten: Kamenew, Pjatakow, Jenukidse, ebenso gehoerten dazu ich, Bucharin und Tomski. Wir mussten alle Kraefte um dieses Zentrum herum zusammenfassen, wobei mit diesem Zentrum die Militaergruppe Tuchatschewskys und die Gruppe Jagodas verbunden waren. Im Jahre 1934 wurde bereits die Moeglichkeit der taktischen Ausnuetzung dieser Organisation in Verbindung mit dem bevorstehenden XVII. Parteitag erortert. Ich erinnere mich nicht genau, ob auf Anweisung Tomskis oder vielleicht auf Anweisung Jenukidses die Frage gestellt wurde, den Umsturz waehrend des XVII. Parteitages zu verwirklichen, wo sich alle verantwortlichen Arbeiter versammeln und man zugleich mit angesehenen Mitgliedern der Regierung jene angesehensten Arbeiter der Republiken und Gebiete wird verhaften koennen, die sich sonst dem Umsturz widersetzen wuerden." \*

Hitler und Rosenberg setzten grosse Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit Trotzki und seinen Agenten in der Sowjetunion. Das ergibt sich schon aus dem Termin der Verhandlungen, die Trotzki mit den Nazis fuehrte. Diese fanden Anfang Oktober 1933 statt, das heisst, kaum sechs Wochen nach dem Besuch des japanischen Prinzen Tokugawa in Berlin. Noch deutlicher tritt das ausserordentliche Interesse Hitlers und Rosenbergs an diesen Verhandlungen zutage, wenn man sich die Personen naeher betrachtet, die dazu delegiert wurden.

Bessonow verhandelte mit Werner Daitz. Dieser Daitz, Aufsichtsratsmitglied der Luebecker Eisenwerke, war im ersten Weltkriege Agent des Zaren in Deutschland gewesen und gehoerte seit 1931 der Fuehrung der Nazi-Partei an. Er war der Verfasser des Planes fuer die "Neuordnung Europas auf rassistisch-geopolitisch-oekonomischer Grundlage." Daitz bearbeitete in dem Aussenpolitischen Amt der NSDAP, als rechte Hand Rosenbergs, die oekonomischen Fragen des "Hundert Millionen Blockes der Deutschen."

Trotzki beziehungsweise sein Sohn verhandelten mit Rudolf Hess, mit dem General Haushofer und mit dem Oberstleutnant von Niedermayer. Wer Rudolf Hess war, bedarf keiner besonderen Erlaeuterung. Haushofer war der Geopolitiker der Nazi-Partei. Von ihm stammt die geopolitisch-imperialistische Lebensraum-Theorie Hitlers. Als sich Hitler im Gefaengnis in Landsberg befand, waren Haushofer und Hess seine taeglichen Besucher. Haushofer hat neben Rosenberg den groessten Anteil an der Abfassung der Hitler-Bibel "Mein Kampf". Niedermayer war, ohne selbst Nazi zu sein, ein langjaehriger geographischer, oekonomischer und militaerischer Russland-Spezialist des deutschen Imperialismus und zwar schon im ersten Weltkriege.

Die nazistischen Verhandlungspartner Trotzki verlangten die Steigerung der Sabotage und der Schaedlingsarbeit innerhalb der nach ihrer Ansicht zum Scheitern verurteilten sozialistischen Industrie und Landwirtschaft. Sie forderten die Ermordung der Fuehrer der Sowjetunion und vereinbarten mit Trotzki bereits die "Verteilung" des Landes. Sie berieten auch die Zusammenarbeit der Trotzkiisten mit dem japanischen Imperialismus, die spaeter von dem Sowjet-Botschafter in Tokio, Christian Rakowsky, aufgenommen wurde.

Die Voraussetzungen fuer ein Gelingen der Hitler'schen aussenpolitischen Plaene, gemeinsam mit Polen und Japan die Sowjetunion zu ueberfallen, erwiesen sich also im Jahre 1934, was die Erfolge Rosenbergs in Sued- und Nordosteuropa und in der Sowjetunion betraf, als nicht unguenstig. Wenn der Ueberfall

\* "Rundschau", a. a.O.

auf die Sowjetunion nicht stattfand, so lag das vorwiegend an den Schwierigkeiten, die sich fuer die Nazis zu jener Zeit in Deutschland selbst entwickelten. Es lag an der starken Weltbewegung gegen den Nazismus, an den Folgen, die das aggressive Vorgehen Rosenbergs auf Seiten Italiens, Frankreichs und Englands zeitigten und an der klugen Aussenpolitik der Sowjetunion. Es lag schliesslich an dem Zogern Japans. Der damalige Stand der Aufrüstung Hitler-Deutschlands genuegte nicht, um sich allein in einen Krieg gegen die Sowjetunion stuerzen zu koennen.

### DER 30. JUNI IM LICHT DES DEUTSCH-POLNISCH- JAPANISCHEN KOMPLOTTES GEGEN DIE SOWJETUNION

Die innerpolitischen Schwierigkeiten des Hitler-Regimes in den Jahren 1933/34 wurden im ersten Band dieses Werkes schon eingehend geschildert. \* Wir unterliessen es jedoch, darzustellen, inwieweit Hitlers Differenzen mit den Monopolkapitalisten und den Reichswehr-Generalen, die zum 30. Juni fuehrten, neben den innenpolitischen auch aussenpolitische Ursachen hatten. Trotz seines sehr umfassenden aussenpolitischen Planes war Hitler am Anfang ziemlich ohnmaechtig in der internationalen Politik. Oekonomisch waren die Nazis gezwungen, Arbeit fuer 6 bis 7 Millionen Erwerbslose zu beschaffen. Um recht Viele von den unruhigen Arbeitslosen zu beschaeftigen, begann Hitler grosse Projekte in Angriff zu nehmen. Er baute Autobahnen, Kasernen, Flugplaetze, Stadions und Parteihaeuser. Von den drei Milliarden Mark, die er im Budget-Jahr 1933/34 durch Zwangsanleihen und durch Herausgabe von Reichsschatzwechseln zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung aufbrachte, verausgabte er 1,7 Milliarden fuer diese staatlichen, kommunalen und Parteibauten. Es blieben somit nur 1.300 Millionen Mark zur Finanzierung des Dumping und fuer die Produktion von Kriegsmaterial uebrig. Die Folge war ein nur geringes Ansteigen der Eisen- und Stahlproduktion im Jahre 1933. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Hochoefen wurde 1933 von 42 auf 48 erhoeht. Im Jahre 1934 stieg sie auf 73. Die Produktion von Roheisen stieg von 3.280.000 Tonnen im Jahre 1932 auf 4.390.000 Tonnen im Jahre 1933. Die Produktion von Rohstahl von 4.810.000 Tonnen auf 6.340.000 Tonnen. Die militaerische Aufrüstung setzte in groesserem Ausmasse erst in der zweiten Haelfte des Jahres 1934 ein.

Mit diesem Zustand waren aber die Thyssen, Krupp, Roehling, Wolff, Flick, Mannesmann und Kloeckner durchaus nicht zufrieden. Sie forderten sofortige groessere Ruestungsauftraege; denn die Eisen- und Stahlindustrie befand sich 1933 noch immer in einer tiefen Krise.

Im August 1933 kam das Komplott Deutschlands mit Japan gegen die Sowjetunion zustande. Hitler und Rosenberg vertraten die Auffassung, dass zur Durchfuehrung ihres Planes keine grossen militaerischen Kraefte auf Seiten Deutschlands notwendig seien. Die "Hauptarbeit" koenne von der SA, der SS und von der in der Sowjetunion taetigen Fuenften Kolonne erledigt werden. Die deutschen Monopolisten aber, die das Abkommen mit Japan begruessten, waren anderer Meinung. Sie draengten auf eine grosszuegige militaerische Vorbereitung und auf eine sofortige Forcierung der Waffenproduktion.

Nachdem die Vereinbarung mit Japan erfolgt war, stellte das Reichs-

\* Siehe Paul Merker "Von Weimar zu Hitler", Seite 297 bis 393.

wehrministerium unter Blomberg einen Plan zur Erhoehung des Mannschaftsbestandes der Reichswehr von 100.000 auf 300.000 Mann auf. Der Plan wurde der Regierung im Januar 1934 vorgelegt. Ueber die strategischen Fragen war man sich damals einig. Blomberg unterstuetzte den von Hitler geplanten deutsch-polnisch-japanischen Ueberfall auf die Sowjetunion. Differenzen gab es jedoch zwischen ihm und Roehm, der die Reichswehr mit SA-Offizieren und Mannschaften auffuellern wollte. Blomberg lehnte das ab. Hitler schwankte lange zwischen den beiden Auffassungen und kam zu keiner Entscheidung. Erst im April 1934 kam es zwischen Hitler, Blomberg und dem Admiral Raeder zu einer Verstaendigung, die zugleich die Loesung der Nachfolge Hindenburgs einschloss. Hitler verpflichtete sich, Roehms Forderungen abzulehnen und die SA aufzuloesen.

Die SA wurde infolge ihrer Millionenzahl vom Ausland als eine getarnte Armee angesehen und ihre Existenz staerkte die franzoesische Regierung im Widerstand gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands. Diese Tatsache verbesserte die Position Blombergs gegenueber der SA, und so draengte er, unterstuetzt von den Reichswehrgeneralen und von den Grossindustriellen auf die Durchfuehrung der von Hitler eingegangenen Verpflichtung. Hitler aber zoeagte zu lange damit. Unterdessen hatten sich die Beziehungen zwischen Nazi-Deutschland und den europaeischen Laendern durch das aggressive Vorgehen Rosenbergs wesentlich verschlechtert. Die Thyssen, Krupp, Wolff und Papen fuerchteten deshalb ein energisches Auftreten des Voelkerbundes gegen die noch in den Anfaengen steckende deutsche Aufrüstung. Diese unguenstige aussenpolitische Entwicklung und die im ersten Band dieses Werkes geschilderten innerpolitischen Gruende veranlassten die Truetherrn, Papen die bekannte Marburger Rede halten zu lassen. Papen erklarte sich dazu um so eher bereit, da er ja als Anhaenger des Hoffmann-Rechberg-Planes an der erfolgreichen Durchfuehrung des deutsch-polnisch-japanischen Komplottes besonders interessiert war.

Indem Hitler am 30. Juni gegen die SA und ihre Fuehrer zuschlug, bekannte er vor der Welt, dass er sie nicht als das geeignete Werkzeug fuer seine Kriegsplaene betrachtete. Er machte den Weg frei fuer den Ausbau der Armee nach preussischen Grundsuetzen und fuer die schnelle Erhoehung der Produktion von Kriegsmaterial. Der 30. Juni hatte jedoch nicht die von Hitler erhoffte guenstige aussenpolitische Wirkung. Im Gegenteil. In Verbindung mit dem nazistischen Aufstand in Oesterreich fuehrte er sogar zur Vertiefung der Kluft, die zwischen Hitler-Deutschland und den Westmaechten bestand, und die von der Sowjetunion zur Sicherung des Weltfriedens ausgenuetzt wurde.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Rettung Papens und der Ermordung Schleichers zu betrachten. Die Rettung Papens am 30. Juni war nur auf seine positive Stellung zu dem deutsch-polnisch-japanischen Komplott gegen die Sowjetunion zurueckzufuehren, die ihn zugleich mit der Hindenburg- und der Kronprinzen-Klique verband, und die ihn zu einem nuetzlichen Werkzeug der Naziklique machte. Schleicher dagegen wurde auch deshalb ermordet, weil er aus militaer-strategischen Gruenden diesem Komplott entgegentrat. \*

\* Die "New Yorker Staats Zeitung" vom 25. Juni 1944 bringt einen Artikel von Max Fischer: "Der 30. Juni (Erinnerungen und Betrachtungen)". In diesem Artikel werden die am 30. Juni 1934 ermordeten Fritz von Bose und Edgar J. Jung

## DER NAZI-AUFSTAND IN OESTERREICH

Den Schlüssel zur Beherrschung Suedosteuropas durch den deutschen Imperialismus bildete Oesterreich. Die konspirative Taetigkeit Rosenbergs konzentrierte sich infolgedessen in besonderem Masse darauf, in diesem Lande die Nazibewegung zu finanzieren und zu organisieren. Das Vordringen des Nazismus in Oesterreich und im Suedosten Europas fuehrte zum Nazi-Putsch vom 25. Juli 1934. Durch den Putsch enthuelte sich zum ersten Male eindeutig das unmittelbare Interesse der deutschen Monopolkapitalisten an den nazistischen Intrigen in Oesterreich und in anderen Laendern. Der "Anschluss" Oesterreichs an Deutschland wurde von Hitler nicht aus der sentimentalen Regung heraus betrieben, "sein Vaterland mit Deutschland vereinigt zu sehen", sondern es ging dabei um das Eisenerz und das Bauxit Oesterreichs, um die Kohle und die landwirtschaftlichen Kriegsrohstoffe Ungarns, um das Mineraloel Rumaniens, die Kohle und die Kriegsindustrie der Tschechoslowakei, welche der deutsche Imperialismus an sich bringen wollte. Der Kampf um den "Anschluss" Oesterreichs an das Dritte Reich fuehrte deshalb zu einem heftigen Zusammenprall mit dem italienischen Imperialismus. Auch dieser hatte Oesterreich und den Balkan als ein wichtiges Rohstoff- und Absatzgebiet fuer sich ausersehen.

In Oesterreich kaempften seit Bestehen der Republik zwei politische Stroemungen. Die Grossindustriellen und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung traten vorwiegend fuer den "Anschluss" an Deutschland ein. Der klerikale und monarchistische Fluegel der Bevoelkerung dagegen wollte formell die staatliche Selbststaendigkeit des Landes erhalten. So gab es in Oesterreich einen pro-deutschen und einen pro-italienischen Fluegel. Die Orientierung des klerikalen und monarchistischen Teiles der Bevoelkerung ergab sich daraus, dass Italien als die Schutzmacht Oesterreichs auftrat. Die Spaltung der herrschenden Klasse Oesterreichs wirkte sich auch in Ungarn aus. Dort gab es zwar keine irgendwie nennenswerte Anschlussbewegung, aber es bestanden ebenfalls ein pro-deut-

als Kaempfer gegen den Nazismus fuer eine christliche Politik geschildert. Unter anderem wird darin festgestellt, dass von Bose zwar Katholik war, aber in der Ideenwelt Moeller van den Brucks lebte, dass Jung dem protestantischen Glauben angehoerte und eine christliche Staatsordnung erstrebte. Die von Jung entworfene Marburger Rede Papens wird als ein Aufruf zur Durchfuehrung einer christlichen Politik bewertet.

Wir glauben, dass diese Darstellung, soweit sie den Charakter der Politik Boses und Jungs behandelt, nicht der Wirklichkeit entspricht. Die Papen-Rede war in erster Linie ein Aufruf zur Liquidierung gewisser Demoralisierungserscheinungen der Nazi-Diktatur, die den Interessen des Monopolkapitals entgegenstanden. Sie war ein Aufruf zur Konsolidierung des Nazi-Regimes im Interesse der Verwirklichung der imperialistischen Ziele der Thyssen, Krupp, Duisberg und Siemens. Bose und Jung waren ebenso wie Papen, trotz bestimmter Differenzen mit den Nazis, Anhaenger einer faschistischen Diktatur. Bose war, wie richtig festgestellt wurde, erfuehlt von den Ideen Moeller van den Brucks, aber diese Ideen waren faschistischen Charakters. Jung war ein Anhaenger des Faschismus italienischer Praegung. Er schrieb zum Beispiel 1931 in dem von dem Nazi Dr. Karl Haushofer herausgegebenen Sammelbuch "Deutschlands Weg an der Zeitenwende": "Gerechtigkeit und Naechstenliebe beginnt mit dem Abbau der Menschenrechte... Nietzsche, in Einsamkeit gestorben, hat heute seine Kuender und Vollstrecker gefunden... Politik und Staat sind um so reaktionaerer zu bewerten, je breiter sie in den Volksmassen verankert sind... Die grosse antiliberalen Front, bereit den Staat zu stuermen und eine neue Aera einzuleiten, ist wohl noch nicht geformt... Dass sich aber die neue Staatsidee durchsetzen wird, steht heute schon im Kreise einer weitsichtigen... Oberschicht fest". An Jungs faschistischer Grundeinstellung ist infolgedessen kein Zweifel moeglich.

scher und ein pro-italienischer Fluegel. Zwischen beiden wurden dauernde Kaempfe ausgefochten. Hinter diesen Kaempfen verbargen sich jedoch nicht nur weltanschauliche Gegensaeetze. Ihr wirklicher Motor waren die oekonomischen Interessengegensaeetze des deutschen und des italienischen Imperialismus. In Oesterreich standen die Alpine Montan-Werke im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung.

Seit dem ersten Weltkrieg hatte sich die italienische Grossindustrie stark entwickelt. Gewaltige Kapitalien waren von den italienischen Monopolisten Toepflitz, Agnelli, Medici, Volpi, Crespi und Pirelli in der Automobil-, Maschinen-, Textil-, Chemie- und Kunstseiden-Industrie investiert worden. Auch hatten sie ihre Stahlwerke, Schiffswerften und ihre Kriegsindustrie ausgebaut. Dieser riesigen Fertigungsindustrie fehlte jedoch die Kohle, die Eisenerze, das Kupfer, Zinn und Nickel, die Mineraloel und die Baumwolle. Alle diese Rohstoffe mussten importiert werden. Die Aussenhandels-Bilanz der italienischen Wirtschaft blieb staendig passiv, sodass die Regierung wiederholt gezwungen war, die hinter den Industriekonzernen stehenden Banken durch grosse Subventionen vor dem Bankrott zu schuetzen. Schon im Jahre 1930 betrug die italienische Staats-Schuld rund 80 Milliarden Lire. Sie stieg bis zum Jahre 1934 auf 104 Milliarden Lire.

Gewisse Kreise des italienischen Trustkapitals hatten in den Jahren 1919/20 die faschistische Partei finanziert und Mussolini zur Macht verholfen. Die italienische Industrie von der auslaendischen Kohle unabhengig zu machen und die Kapazitaet der Ruestungsindustrie zu steigern, war deshalb naturgemaess das erste Ziel des Faschismus. Mit grossen, von Mussolini zur Verfuegung gestellten Staatsmitteln begannen Toepflitz und Medici im Jahre 1926 in den Alpen riesige, durch Wasserkraft betriebene Elektrizitaets-Werke zu bauen. Industrie und Eisenbahn wurden auf elektrischen Betrieb umgestellt. Italiens Produktion an elektrischem Strom ueberfluegelte bald die aller anderen europaeischen Laender. Sie erreichte im Jahre 1933 rund 11 Milliarden Kilowatt-Stunden. Das waren 6,8 Milliarden Kilowatt-Stunden mehr als Deutschland produzierte. Aber mit dieser auf kapitalistischer Grundlage vorgenommenen Elektrifizierung des Landes konnten die Probleme des italienischen Faschismus nicht geloest werden. Zwar war die italienische Industrie nun fast unabhengig von der auslaendischen Kohle, noch immer aber fehlten ihr die Eisenerze, das Kupfer, das Zinn, Nickel, das Bauxit, die Mineraloel und die Baumwolle. Die italienische Industrie blieb deshalb auch weiterhin von den deutschen, franzoesischen, englischen und amerikanischen Beherrschern dieser Rohstoffe abhaengig.

Besonders die Eisenversorgung wurde, nachdem Mussolini mit der Aufruestung begonnen hatte, zu einem unloesbaren Problem. Toepflitz baute seine Stahlwerke weiter aus; in Ermangelung eigener Eisenerze und eigener Kohle blieb die Eisen- und Stahlproduktion Italiens trotzdem weit hinter der Frankreichs und Englands zurueck. Die Eisen- und Stahlproduktion dieser drei Laender, deren Einwohnerzahl fast uebereinstimmte, betrug im Jahre 1934:

	Italien	Frankreich	England
	(in Millionen Tonnen)		
Eisen .....	0.58	6.1	6.1
Stahl .....	1.83	5.2	6.0

Die italienische Eisen- und Stahlproduktion war so gering, dass die Aufnahme der italienischen Eisen- und Stahlindustrie in das Internationale Stahlkartell abgelehnt wurde.

Mussolini wollte deshalb dem imperialistischen Italien die notwendigen Rohstoffe aus dem Suedosten Europas beschaffen. In Oesterreich sah er die Moeglichkeit, die italienische Industrie mit Eisenerz, Kupfererz, Blei und Bauxit zu versorgen, in Ungarn mit Kohle, mit Roheisen und Rohstahl, in Rumaenien mit Mineraloel und Holz, in Jugoslawien mit Holz, Nahrungsmitteln, Bauxit und Eisenerz, in Bulgarien mit Lebensmitteln und Tabak. Der Austausch mit all diesen Laendern war nicht kompliziert. Fuer ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel konnte Mussolini Produkte der italienischen Textil-, Hut-, Maschinen-, Chemie- und Automobilindustrie liefern.

Gleich nach dem ersten Weltkrieg waere es den italienischen Imperialisten beinahe gelungen, sich der Kontrolle der Alpinen Montan-Gesellschaft zu bemaechtigen. Hugo Stinnes aber trat, im Jahre 1921, im letzten Augenblick dazwischen. Er drohte, die Kohlenlieferungen an Italien einzustellen, wenn Toeplitz ihm nicht einen Teil der Aktien der Alpinen Montan ueberlasse. Damals war die italienische Industrie noch vollstaendig von der Ruhrkohle abhaengig. Toeplitz musste deshalb der erpresserischen Forderung des Beherrschers der Ruhrkohle nachgeben und ueberliess ihm Aktien im Kurswert von 86 Millionen oesterreichischen Kronen. Toeplitz behielt die Aktienmehrheit der Alpinen Montan-Werke, indem er sich mit dem Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Anton Rintelen, zusammentat, in dessen Haenden sich ebenfalls ein grosses Aktienpaket befand. Im Jahre 1924 brach aber der Wiener Castiglioni-Trust zusammen, an dem die von Toeplitz kontrollierte italienische Banca Comercial stark beteiligt war. Um sich selbst vor dem Bankrott zu retten, musste Toeplitz die Aktienmehrheit der Alpinen Montan an die Nachfolger von Hugo Stinnes, die Stahl- und Kohlenkoenige Fritz Thyssen und Albert Voegler, abtreten. Thyssen und Voegler kontrollierten nun das zweitgroesste Erzvorkommen Mitteleuropas. Sie versperreten den italienischen Monopolisten damit den Weg nach Suedosteuropa und hinderten den beschleunigten Ausbau der italienischen Kriegsindustrie. Rintelen, der bis dahin eng mit Toeplitz verbunden gewesen war, ging nun mit seinem Aktienpaket zu Thyssen und Voegler ueber.

Mussolini war nicht gewillt, sich mit dieser neuen Lage abzufinden. Er begann nunmehr, zusammen mit den reaktionaeeren Kraefte Oesterreichs, gegen die pro-deutsche Anschluss-Bewegung zu konspirieren. Diese Reibungen zwischen dem italienischen und dem deutschen Imperialismus wurden spaeter jedoch von gemeinsamen Interessen ueberschattet. Als naemlich im Jahre 1927 die deutschen Imperialisten ihre Plaene fuer die Faschisierung Deutschlands und Suedosteuropas aufstellten, weil sie durch eine rasche Revision der Friedensvertraege die Aufruestung und die Expansion nach dem Osten beschleunigen wollten, besuchten Thyssen und Voegler Italien, um mit Mussolini in Rom eine Verstaendigung herbeizufuehren. In Aussicht genommen war ein faschistischer deutsch-italienischer Block, dem auch Ungarn und Bulgarien angehoreen sollten. Zur Faschisierung Oesterreichs war an ein Zusammengehen der Klerikalen mit den Nazis gegen die Sozialdemokratie gedacht. Zunaechst wollte man die Herrschaft der Sozialdemokratie in Wien beseitigen und dann die Einflussphaeren zwischen Deutschland und Italien aufteilen.

In Verbindung mit dieser gegen die Westmaechte, die Kleine Entente, gegen

Polen und die Sowjetunion gerichteten Konspiration, fand im Jahre 1930 eine Militaer-Konferenz der beteiligten Laender statt. In Varpalota bei Budapest trafen sich Prinz Starhemberg, Fuehrer der oesterreichischen Heimwehr, General von Goemboes, ungarischer Kriegsminister, und Generaloberst von Seeckt, ehemaliger Chef der Reichswehr. Hier wurde der Plan fuer einen spaeteren gewalt-samen Vorstoss vereinbart: die Heimwehr Starhembergs, die oesterreichischen Nazis und die "Erwachenden Ungarn" sollten mit Waffen aus den Bestaenden Mussolinis versorgt werden; ausserdem wurde der Ausbau zweier strategisch wichtiger Strassen von Italien nach Oesterreich beschlossen. Die Abmachungen wurden in Budapest zwischen Dollfuss und Goemboes und in Rom zwischen Goemboes und Mussolini bestaetigt. Ihre Durchfuehrung begann schon kurze Zeit spaeter. In den Jahren 1930/31 lieferte Mussolini, mit Hilfe des Wiener Grossindustriellen Fritz Mandl, Hunderttausende Gewehre, Tausende Maschinen-gewehre und Moerser nach Oesterreich und Ungarn, desselben Mandl, der noch 1945 Waffengeschaeft fuer die Nazis in einem suedamerikanischen Lande betreibt.

In dieser Zeit hatte das Interesse Hitlers an Oesterreich merklich zugenommen. In Wien hatte sich aus dem, im Jahre 1913 gegruendeten, "Reichsverein der deutschen Arbeiter" eine nazistische Bewegung entwickelt, die sich schnell ueber das Land ausbreitete. Bereits im Juli 1931 hatte Hitler den Reichsdeutschen Theo Habicht nach Wien gesandt. Er sollte dort als "Landesgeschaefts-fuehrer" zusammen mit dem Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld, die oesterreichische Nazi-Bewegung reorganisieren. Im selben Jahre stieg die Zahl der Anhaenger der nazistischen Partei Oesterreichs auf ueber 300.000. Zwischen Habicht und Starhemberg kam es damals zu einer Verstaendigung; man wollte ja gemeinsam das demokratische Regime vernichten. Differenzen gab es gelegentlich nur ueber die Verteilung der von Mussolini gelieferten Waffen.

Allerdings wurde das Einvernehmen zwischen Mussolini, Goemboes, Dollfuss, Hitler, Habicht, Starhemberg, Toeplitz und Thyssen im Jahre 1931 ernstlich durch den Versuch der Bruening-Regierung gestoert, den "Anschluss" Oesterreichs an Deutschland auf diplomatischem Wege zu erreichen. Damals schloss der Aussenminister Curtius im Auftrage der Duisberg-Wolff-Siemens-Gruppe die Zoll-Union mit Oesterreich ab, die jedoch infolge des gemeinsamen Widerstandes Englands, Frankreichs und Italiens nicht wirksam wurde. Von da an suchte Mussolini die eigene Position in Oesterreich und Ungarn zu festigen, indem er Dollfuss, Starhemberg und die Heimwehrbewegung wie auch Goemboes und die "Erwachenden Ungarn" enger an sich band. Die Gegensaeetze zwischen der Heimwehrbewegung und der Nazibewegung in Oesterreich, die bald zu heftigen Auseinandersetzungen fuehrten, haben hier ihren Ursprung.

Nach der Machtuebernahme Hitlers in Deutschland begann die pro-italienische Orientierung Dollfuss' und der Heimwehr die Unterstuetzung noch breiterer Volksschichten zu finden. Besonders die Katholiken und die Juden, aber auch ein Teil der Arbeiterschaft waren fuer die pro-italienische Orientierung der Dollfuss und Starhemberg. Der Reichstagsbrand, die Unterdrueckung der Sozialdemokratischen und der Zentrumspartei, der von Hitler provozierte Kirchenkampf und die Judenpogrome hatten unter den Volksmassen den Anschlusswillen erstickt. Nur unbelehrbare sozialdemokratische Dogmatiker hielten auch dann noch mechanisch an der Anschluss-Idee fest, als Hitler und seine Nazi-banden laengst mit allen Mitteln den Kampf um die Macht in Oesterreich be-

gonnen hatten. Diese Haltung der Fuehrer der oesterreichischen Sozialdemokratie erleichterte es dem klerikalen Faschismus, die letzten Reste des Parlamentarismus zu beseitigen und die oesterreichische Arbeiterbewegung niederzuschlagen.

Der Hass Mussolinis und Dollfuss' gegen die oesterreichische Arbeiterschaft war Anfang 1933 noch besonders angefecht worden als der sozialdemokratische Buergermeister von Bruck an der Mur, Koloman Wallisch, und der Vorsitzende des oesterreichischen Eisenbahner-Verbandes, Koenig, die Waffen-transporte Mussolinis nach Oesterreich und nach Ungarn oeffentlich und in allen Einzelheiten angeprangert hatten. In Riccioni wurde daraufhin von Mussolini, Dollfuss und Goemboes die Vernichtung der oesterreichischen Arbeiterbewegung beschlossen. Am 12. Februar 1934 gab Dollfuss der Heimwehr den Befehl zum Angriff auf die Arbeiterschaft, die sich mehrere Tage lang tapfer mit bewaffneter Hand verteidigte. Zwei Tage spaeter erfolgte durch Goemboes die Unterdrueckung der noch halb legal bestehenden Arbeiterbewegung in Ungarn.

Mit der Niederschlagung der oesterreichischen Arbeiterbewegung verschob sich das Kraefteverhaeltnis in Oesterreich stark zugunsten der Nazis; denn unter den Arbeitermassen hatte sich laengst eine starke antinazistische Bewegung entwickelt. Im Auftrage Hitlers begannen die oesterreichischen Nazis nunmehr mit allen Mitteln, den gewaltsamen Anschluss des Landes an das Dritte Reich vorzubereiten. Bald nahm der Nazi-Terror in Oesterreich einen bisher nie dagewesenen Umfang an. Schon im Oktober 1933 versuchte der Nazi Rudolf Dertil, den Bundeskanzler Dollfuss zu ermorden. Von da an haeuften sich die Terrorakte und Mordversuche mit jedem Tag. Die Terroristen kamen in der Regel aus dem Reiche und kehrten nach Veruebung ihrer Verbrechen nach Deutschland zurueck. Die aus Oesterreich wegen terroristischer Verbrechen emigrierten Nazis wurden in Deutschland zu einer Oesterreichischen Legion zusammengefasst und an der deutsch-oesterreichischen Grenze konzentriert. Das Hauptquartier der Legion befand sich in Muenchen. Die terroristische Taetigkeit der Nazis wurde vorwiegend von der Direktion der Alpinen Montan, das heisst von der Vereinigten Stahlwerke A. G. der Thyssen und Voegler, finanziert. Ihr Repraesentant war der Direktor der Alpinen Montan, der Nazi Anton Apold.

Der Naziterror und die durch ihn heraufbeschworene Gefahr eines prodeutschen Aufstandes zwang die Dollfuss-Regierung, die nunmehr auch die Arbeiterschaft zum Gegner hatte, zu einer noch engeren Anlehnung an Mussolini, der diese guenstige Lage im Interesse des italienischen Imperialismus auszunuetzen verstand. Als im April und Mai 1934 die oesterreichisch-italienischen Vertragsverhandlungen stattfanden und Dollfuss auch die oekonomische Hilfe Italiens fuer Oesterreich erbat, forderte Mussolini als Gegenleistung die Auslieferung der Alpinen Montan-Werke an die Genuaer Ilva, den fuehrenden Stahl-Konzern Italiens. Dollfuss stimmte zu. Wieder in Wien eingetroffen, erliess er eine Regierungsverordnung, durch welche die Alpinen Montan-Werke den Vereinigten Stahlwerken genommen und dem italienischen Ilva-Konzern uebergeben wurden. Thyssen wurde so ueber Nacht von Toeplitz verdraengt und Apold von dem Grafen Volpi.

Eine juristische Begrueundung fuer die ungewoehnliche Regierungsverordnung wurde leicht gefunden. Dollfuss besass ein reiches Material ueber die finanzielle Unterstuetzung, die von der Direktion der Alpinen Montan-Werke an die oesterreichischen Nazis gegeben worden war, an eine Bewegung also, die

taeglich hochverraeterische Mord- und Terrorakte veruebte, um die nationale Selbststaendigkeit Oesterreichs zu vernichten.

Mit den Alpinen Montan-Werken hielten Mussolini und Toeplitz erneut den Schluessel zur Vortherrschaft in Suedosteuropa in der Hand. Hitler und Thyssen erkannten, dass die italienische Konkurrenz in den Balkanlaendern und in der Tschechoslowakei ihre imperialistischen Hegemoniebestrebungen in Europa durchkreuzen konnte. Sie gingen deshalb zum Gegenstoss ueber. Die Vereinbarungen zwischen Papen und Goemboes im Oktober 1933 hatten die selbstaendige Politik der Nazis auf dem Balkan eingeleitet. Sie sollten Ungarn von Italien und Oesterreich trennen. Hitlers naechster Schritt erfolgte in Jugoslawien: Die Regierung dieses Landes befand sich in einem tiefen Gegensatz zu Mussolini, der Anspruch auf slowenische Gebiete erhob. Anfang 1934 fuhr Goering nach Belgrad, um die jugoslawische Regierung ueber die deutsch-italienischen Gensaeetze zu informieren. Goering bot damals der jugoslawischen Regierung die Abtretung Kaerntens an fuer den Fall, dass sie sich bereit erklaren wuerde, in der oesterreichischen Frage gemeinsame Sache mit Hitler-Deutschland gegen Italien zu machen.

Hitler selbst unternahm unterdessen einen letzten Versuch zur Verstaendigung mit Mussolini. In "Mein Kampf" hatte er das Buendnis mit Italien gegen Frankreich zu einem seiner wichtigsten aussenpolitischen Programmpunkte erhoben, — und nun drohte das Abschwenken Italiens an die Seite Frankreichs und eine Gefaehrung auch seiner deutsch-polnisch-japanischen Plaene. Das musste, wenn irgend moeglich, vermieden werden. Ribbentrop arrangierte daher eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Mussolini in Venedig am 17. Juni 1934. Aber die Konferenz brachte Hitler keinen Erfolg. Mussolini lehnte die Forderung Hitlers nach Wiederherstellung des alten Zustandes der Alpinen Montan-Werke strikt ab und drohte mit der Besetzung Oesterreichs durch italienische Truppen, wenn die nazistischen Terrorakte dort nicht eingestellt wuerden.

Da Hitler auf dem Verhandlungswege nicht weiter kam, beschloss er "vollendete Tatsachen" zu schaffen und den geplanten, vom Aussenpolitischen Amt der NSDAP bereits in allen Einzelheiten vorbereiteten Putsch zum Sturz der Regierung Dollfuss durchzufuehren. Er veranlasste Ribbentrop mit Rintelen, der sich in Rom als oesterreichischer Gesandter befand, in Verbindung zu treten und ihn fuer die Uebernahme der oesterreichischen Regierung im Falle eines erfolgreichen Aufstandes der Nazis zu gewinnen.

Der Aufstand erfolgte am 25. Juli 1934. Hitler liess seine Nazi-Banden in Oesterreich eindringen, Apold mobilisierte die nazistische verseuchte Bevoelkerung der Steiermark. Der Kanzler Dollfuss wurde ermordet. Aber der Aufstand konnte, trotz der schwankenden Haltung einiger Fuehrer der Heimwehr in Wien, weder im ersten Ansturm siegen, noch das ganze Land erfassen. Nur in Steiermark und Kaernten wurde einige Tage gekaempft. Der Aufstand endete mit einem vollstaendigen Misserfolg. Dazu kam die Drohung Mussolinis, er werde seine Divisionen in Oesterreich einmarschieren lassen. Hitler sah sich jetzt gezwungen, die Aufstaendischen oeffentlich zu desavouieren und den Nazi-Gesandten in Wien, Dr. Kurt Rieth, zum Suendenbock fuer die Geschehnisse zu machen. Hitler liess sogar durch eine besondere Verordnung die Grenzen gegen die fluechtigen oesterreichischen Nazis sperren. Offenkundig konnte und wollte er es unter keinen Umstanden auf einen bewaffneten Zusammenstoss mit Italien ankommen lassen.



Die Niederlage der Nazis in Oesterreich hatte sehr nachteilige Auswirkungen fuer Hitlers Aussenpolitik. Der Einfluss des Dritten Reiches in Oesterreich war erschuettert. Die Alpinen Montan-Werke blieben in den Haenden Mussolinis und Toeplitz'. Die in den Balkanlaendern muehselig geschaffenen Nazipositionen wurden wieder unsicher. Viele Sympathien, welche die Nazis in England und Frankreich gewonnen hatten, gingen wieder verloren. Voruebergehend bekamen in diesen Laendern die Kraefte die Oberhand, die bereit waren, durch einen kollektiven Sicherheitspakt den kriegerischen Absichten Hitlers entgegenzutreten. Die englische Regierung sah sich durch den Nazi-Putsch in Oesterreich veranlasst, den Vorschlaegen Frankreichs auf Realisierung eines oestlichen Locarno die Zustimmung zu geben.

#### DIE ERMORDUNG BARTHOU UND DES KOENIGS ALEXANDER

Dem Vorstoss Rosenbergs auf dem Balkan, der den Zusammenprall zwischen dem deutschen und dem italienischen Imperialismus in Oesterreich verursacht hatte, war schon fruehzeitig durch den franzoesischen Aussenminister Louis Barthou entgegengearbeitet worden. Im Februar 1934 kam es auf seine Initiative zum Abschluss eines Sicherheits-Paktes zwischen der Tuerkei, Griechenland, Jugoslawien und Rumaenien als Ergaenzung der franzoesisch-tschechoslowakischen Militaer-Allianz. Im Maerz 1934 schloss Mussolini einen Sicherheits-Pakt mit Oesterreich und Ungarn. Am 19. Mai 1934 gelang es der pro-franzoesischen Militaer-Partei Bulgariens, die IMRO und ihre Hintermaenner von der Regierungsmacht zu beseitigen. Am 30. Mai 1934 konnte Barthou den Staatsstreich durchkreuzen, durch den Koenig Carol von Rumaenien einer pro-nazistischen Regierung zur Macht verhelfen wollte.

Am 30. Juni 1934 wurde mit zahlreichen Nazifuehrern aufgeraeumt, deren Draufgaengertum zu Hitlers aussenpolitischen Niederlagen mit beigetragen hatte. Das Fehlschlagen des mit den gleichen Methoden durchgefuehrten oesterreichischen Nazi-Putsches zerstoerte endgueltig die Illusion Hitlers, ohne eine vorherige umfassende militaerische Aufruestung, seine Hegemonie in Europa errichten und die Sowjetunion ueberfallen zu koennen. Der Einfluss Rosenbergs nahm ab. Der Tod Hindenburgs festigte die Beziehungen Hitlers, des nunmehrigen Oberbefehlshabers der Wehrmacht, zu einem Kreis von Reichswehr-Generalen.

Hitlers Ziel war nunmehr die Wiedereinfuehrung der allgemeinen Dienstpflicht und die Konzentrierung aller Kraefte auf die militaerische Wiederaufruestung. Dies erforderte aber eine vorsichtiger Aussenpolitik. Die Methoden des Aussenpolitischen Amtes Rosenbergs mussten geaendert werden. Trotzdem aber blieb der politische Mord ein hervorragendes Mittel in Hitlers Aussenpolitik, wo jetzt zusaetzliche Schwierigkeiten auftauchten.

Im September 1934 unterstuetzte Barthou den sogenannten Baltischen Pakt, der zwischen Litauen, Lettland und Estland abgeschlossen wurde. Kurze Zeit spaeter trat die Sowjetunion dem Voelkerbund bei und erklarte sich bereit, auch mit den Westmaechten Sicherheits-Pakte abzuschliessen.

Louis Barthou hatte inzwischen von England auf das Memorandum der

franzoesischen Regierung vom 17. April 1934, in dem die Garantie fuer die Einhaltung der mit Hitler-Deutschland abzuschliessenden Ruestungsvertraege gefordert wurde, eine ablehnende Antwort erhalten. Er sah sich nun nach anderen starken Verbuendeten um. In Frage kamen fuer Frankreich die Sowjetunion und Italien. Barthou nahm Vorverhandlungen ueber ein franzoesisch-russisches Militaer-Abkommen auf, das er zu einem allgemeinen Sicherheits-Pakt der Laender des europaeischen Kontinents gegen Nazi-Deutschland auszubauen gedachte. Um auch Italien fuer diesen Pakt zu gewinnen, musste vorher eine Verstaendigung zwischen Mussolini und Jugoslawien herbeigefuehrt werden. Zu diesem Zwecke arrangierte Barthou fuer den 9. Oktober 1934 einen Besuch des Koenigs Alexander von Jugoslawien in Frankreich. Zusammen mit dem franzoesisch-tschechoslowakischen Pakt haette ein franzoesisch-jugoslawisch-italienisches Abkommen die Einkreisung Hitler-Deutschlands vollstaendig gemacht.

Wenn auch zwischen Italien und Frankreich Differenzen auf dem Balkan bestanden, so waren dort die Gegensaetze zwischen Italien und Deutschland doch viel tiefer. Ein Buendnis zwischen Jugoslawien, Italien und Frankreich haette auf einer Abgrenzung der Einflussphaeren dieser Laender auf dem Balkan und zur voelligen Ausschaltung Nazi-Deutschlands fuehren koennen.

Schnelles Handeln war unter diesen Umstaenden fuer Hitler notwendig. Rosenberg hatte dazu das Mittel in den Haenden: Die Organisation der kroatischen Ustaschis, die ihre Terrorgruppen in dem ungarischen Camp Janka Puszta heranbildete. Ihr Zentralkomitee befand sich in Berlin und war mit der mazedonischen Terrororganisation IMRO eng verbunden. Beide Organisationen sahen in der Verstaendigungsbereitschaft Koenig Alexanders mit Mussolini und Barthou einen Verrat an ihren Interessen. Frankreich war verantwortlich fuer den Sturz der IMRO in Bulgarien. Die Ustaschis waren seit Jahren von Mussolini weitgehend unterstuetzt worden. Eine Verstaendigung zwischen Jugoslawien und Italien schloss also zwangslaefig auch den Abbruch der Beziehungen Mussolinis zu den Ustaschis und zu den IMRO-Leuten ein.

Im August 1934 nahm das Zentralkomitee der Ustaschis zu dieser Lage Stellung und beschloss, beeinflusst von Rosenberg, die Ermordung des jugoslawischen Monarchen und der Aussenminister Barthou, Benes und Titulescu. In der August-Nummer der damals in Berlin erscheinenden "Kroatischen Presse" schrieb der Mitarbeiter Rosenbergs fuer Balkan-Fragen, Dr. Arnold Raether, folgende bezeichnenden Saetze: "Barthou, Koenig Alexander, Benes und Titulescu sollten sich nicht einbilden, dass es ihnen erlaubt sein wird, mit anderen Nationen zu spielen, wie es ihnen beliebt. Das Schicksal wird sie bald davon ueberzeugen. Die Stunde, die Minute und der Ort sind noch nicht bekannt, wann und wo die toedliche Bombe der Ustaschis explodieren wird... Alexander der Letzte erwartet in toedlicher Furcht den Schlag der Ustaschis. Aber schon jetzt ist sicher, dass das kroatische Volk auf das Signal von Pavelitsch wartet, um zu den Waffen zu greifen und seine Schmach mit Blut abzuwaschen."

Anfang Oktober 1934 verliessen Ante Pavelitsch und Eugen Kvaternik Berlin, um sich nach Ungarn zu begeben. In Janka Puszta traf er mit Vlada Georgieff Tschernitschenski zusammen. Dieser war der Vertreter Mikailoffs, des Chefs der IMRO im Zentralkomitee der Ustaschis und gleichzeitig der Instrukteur fuer die terroristische Ausbildung der Ustaschis. Er uebernahm den Auftrag, Koenig Alexander und Barthou in Marseille zu ermorden. Tschernitschenski begab sich mit einigen Komplizen nach Suedfrankreich. Als der

Koenig und Barthou die Cannebière hinauffuhren, wurden sie in der Naeh der Marseiller Boerse von den toedlichen Schuessen getroffen.

Das Gelingen dieses Mordanschlages versetzte den Bestrebungen, eine Front der europaeischen Voelker gegen Nazi-Deutschland zu errichten einen folgenschweren Schlag. So begann sich die aussenpolitische Lage Nazi-Deutschlands zu aendern.

#### SIR JOHN SIMON UND PIERRE LAVAL SICHERN HITLER DIE ERSTEN AUSSENPOLITISCHEN ERFOLGE

Seit dem 30. Juni 1934 hatte es Hitler unterlassen, sich zu irgend einem aussenpolitischen Problem zu aeussern. Am 20. August 1934 begann in Nazi-Deutschland die Kampagne zur Unterstuetzung der Saar-Abstimmung. Am 20. September teilte Hitler den Maechten durch Neurath mit, dass er ein Ost-Locarno und damit die kollektive Sicherheit endgueltig ablehne. Polen spielte mit ihm zusammen und schloss sich seiner Stellungnahme an.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika nahmen, nachdem sie von England und Frankreich zur Abwehr der Aggression Japans gegen China keine Unterstuetzung gefunden hatten, Ende 1933 die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion auf. Dieser Vorgang und die energischen Massnahmen Barthous zugunsten der kollektiven Sicherheit gegen Hitler-Deutschland beunruhigten die reaktionaeeren Kreise Englands, die im Nazismus den Schutzwall gegen den Bolschewismus sahen. Sie waren deshalb bereit, den nazistischen Mord an Koenig Alexander und Barthou schnell zu vergessen — und wiederum war es Lloyd George, der eine Lanze fuer Hitler brach. Am 28. November 1934 erklarte er im Unterhaus: "In einer sehr kurzen Zeit, vielleicht in einem Jahr oder in zwei, werden die konservativen Elemente dieses Landes Deutschland als den Schutzwall gegen ein kommunistisches Europa betrachten. Deutschland liegt im Zentrum Europas, und wenn seine Verteidigungskraft gegenueber den Kommunisten zusammenbricht . . . und wenn es von den Kommunisten erobert wird, dann wird auch Europa folgen. Denn die Deutschen werden eine bessere Arbeit leisten als jedes andere Land. Deshalb lasst uns nicht ueberstuerzt Deutschland verdammen. Wir muessen es als einen Freund willkommen heissen." \* Der Abgeordnete Artur Balfour unterstuetzte die Ansichten Lloyd Georges, indem er sagte: "Ein kollektives Friedenssystem ist vollstaendig unpraktisch und kaum der Beachtung wert."

Auch in Frankreich bereitete sich nach dem Tode Barthous eine Aenderung in der Stellungnahme zu Hitler-Deutschland vor. Am 8. November 1934 trat die Regierung Gaston Doumergue zurueck. Pierre-Etienne Flandin wurde Ministerpraesident und Pierre Laval sein Aussenminister. Am 30. November 1934 forderte Laval die deutsche Regierung noch einmal auf, dem Ost-Locarno beizutreten. Hitlers Antwort liess nicht lange auf sich warten. Am 2. Dezember desselben Jahres teilte er durch Neurath mit, dass es zweifelhaft sei, ob der vorgeschlagene Ost-Pakt noch irgend welche Anziehungskraft fuer Deutschland habe, nachdem er sich auf das franzoesisch-russische Militaer-Abkommen stuetze. Darauf hatte Laval anscheinend nur gewartet; denn nun konnte sein nazifreundliches Doppelspiel einsetzen. Am 3. Dezember schloss Laval mit Hitler ein Abkommen, das ihm das Saargebiet auslieferte. Am 6. Dezember

\* zitiert nach R. Palme Dutt "World Politics".

unterzeichnete Laval in Genf jedoch, fast gleichzeitig, ein Protokoll mit Litwinow, in dem festgestellt wurde, "dass Frankreich und die Sowjetunion entschlossen sind, die Schaffung eines Ost-Locarnos zu Ende zu fuehren."

Die Saar-Abstimmung fand unter diesen Umstaenden am 13. Januar 1935 statt. Von den abgegebenen Stimmen entschieden sich angeblich 90.5 Prozent fuer Nazi-Deutschland. Dank des Laval-Hitler-Abkommens erhielt der deutsche Imperialismus alle Kohlengruben, Stahlwerke und Eisenbahnbetriebe, ohne irgend eine Entschaedigung zahlen zu muessen. Die Antinazis des Saargebietes muessen ins Ausland fluechten, um ihr Leben zu retten; sie wurden in Frankreich interniert. Am 15. Januar 1935 hielt Hitler seine Begrueessungs-Rede an die Saar-Bevoelkerung. In scheinheiliger Weise erklarte er: "Eure Entscheidung, deutsche Volksgenossen des Saargebietes, gibt mir heute die Moeglichkeit, ein geschichtliches Opfer zu bringen. Als unseren Beitrag fuer den Frieden, der so notwendig fuer Europa ist, erklare ich heute, dass nach Eurer Rueckkehr ins Deutsche Reich Deutschland keine territorialen Ansprueche mehr an Frankreich hat." \*

Lavals Taetigkeit war in den folgenden Monaten darauf gerichtet, die Unterzeichnung des Militaer-Paktes mit der Sowjetunion hinauszuschieben in der Hoffnung, inzwischen eine andere, ihm genehmere Regelung zu finden. Am 3. Februar 1935 fuhr er mit Flandin nach London, um mit Macdonald und Simon zu verhandeln. Das Ergebnis ihrer Bemuehungen war das sogenannte englisch-franzoesische Abkommen, das den franzoesisch-russischen Militaerpakt ueberfluessig machen sollte. Das Abkommen sah vor: 1. Erneuerung der Uebereinkunft zwischen England, Frankreich und Italien, sich im Falle einer Gefaehrdung der Unabhaengigkeit Oesterreichs gegenseitig zu verstaendigen. 2. Vorschlag an die deutsche Regierung, sie von der Einhaltung der die deutschen Ruestungen einschraenkenden Bestimmungen des Versailler Vertrages zu befreien und diese durch einen neuen, auf dem Prinzip der Gleichberechtigung basierenden Vertrag zu ersetzen. 3. Vorschlag an Deutschland, in den Voelkerbund zurueckzukehren und an einem Ost-Locarno teilzunehmen. Das englisch-franzoesische Abkommen sollte unteilbar sein. Es konnte von Hitler nur als Ganzes angenommen werden.

Die militaerische Aufruestung des deutschen Imperialismus hatte unterdessen schon groessere Fortschritte gemacht. Im Budget-Jahre 1934/35 waren die Ausgaben fuer reine Ruestungen mehr als verdoppelt worden. Die Wiedererrichtung der Luftwaffe wurde von Goering, ohne Ruecksicht auf den Versailler Vertrag am 26. Februar 1935 bekanntgegeben. Was das Wehrsystem betraf, so waren jene militaerischen Kreise, die eine kleine Berufsarmee und eine starke Volksmiliz nach Schweizer Muster gefordert hatten, in der Minderheit geblieben. Durchgesetzt hatte sich die Auffassung Blombergs. Man begann mit dem Aufbau einer starken Offensiv-Armee. Die Reorganisierung der Wehrmacht erfolgte jetzt nach dem Muster der kaiserlichen Armee, die zuletzt aus 280 Divisionen bestanden hatte. Die Hitlersche Friedens-Armee sollte ebenfalls 280 Divisionen umfassen. Sie sollte ausserdem noch drei motorisierte Divisionen und eine 80.000 Mann starke Luftwaffe erhalten. Aus den deutschen militaerwissenschaftlichen Zeitschriften ergab sich schon damals eindeutig, dass Hitler seine Armee in Uebereinstimmung mit der von nazistischen Generalen entwickelten Blitzkrieg-Theorie aufbaute.

\* "Voelkischer Beobachter" vom 16. Januar 1935.

Die deutschen Kommunisten erkannten schon damals, dass Hitler die Welt in einen neuen Krieg stuerzen werde. Anfang 1935 schilderten sie in ihrem illegalen Zentralorgan die Kriegsruestungen des deutschen Imperialismus wie folgt: "Waehrend zwei Jahren hat Hitler-Deutschland mit groesster Energie eine Politik der Kriegsvorbereitung in oekonomischer, ideologischer, organisatorischer und technischer Hinsicht durchgefuehrt. Die gesamte deutsche Industrie ist schon heute militarisiert. Hunderte Fabriken produzieren Tanks, Kriegsflugzeuge, schwere Geschuetze, Maschinengewehre, Gewehre und Granaten. Der deutsche Chemie-Trust stellt die Mittel fuer den chemischen Krieg her. In allen Teilen Deutschlands werden unterirdische Kriegsflughaeften gebaut. Im schnellen Tempo werden Millionen fuer den Krieg trainiert. Das Rueckgrat der gesamten nazistischen Propaganda besteht in der ideologischen Vorbereitung eines neuen blutigen Eroberungskrieges des deutschen Imperialismus." \*

Anfang 1935 war die Vorbereitung fuer die totale Aufrueftung vollendet. Hitler verfuegte nun ueber eine erstklassige Armee von 300.000 Mann. Alle Ausruestungsgegenstaende sowie genuegend Kader-Offiziere und Unteroffiziere waren vorhanden, um in wenigen Tagen eine Million Mann mobilisieren zu koennen.

Diese nach und nach bekannt gewordenen Tatsachen veranlassten die englische Regierung, am 4. Maerz 1935 ein "Weissbuch zur Aufrueftung Deutschlands" herauszugeben. Darin wurden ausfuehrliche Angaben ueber die neu geschaffene deutsche Flugzeugindustrie, ueber die Entwicklung der Luftwaffe und ueber die Motorisierung der Armee gemacht. In dem Weissbuch wurde festgestellt, dass es bisher im Rahmen des Voelkerbundes und der Abruestungs-Konferenz nicht moeglich gewesen waere, Vertraege, die den Frieden sichern koenntn, zustandezubringen. Infolgedessen sei mit Ruecksicht auf die deutschen Ruestungen die bisherige Militaerpolitik der englischen Regierung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das Kabinett sehe sich veranlasst, dem Parlament eine Vermehrung der Luftflotte und des Reservematerials der Armee und der Flotte vorzuschlagen.

Laval, Tardieu, Oberst de la Rocque, Déat, Doriot und andere franzoesische Reaktionaere zogen aus den Informationen ueber die Luftruestungen und ueber die Staerkung der deutschen Armee die Schlussfolgerung: Frankreich muesse sich mit Hitler gegen die Sowjetunion verbuenden. Sie fanden dabei die Unterstuetzung des "Comité de Forges" und anderer grosskapitalistischer Organisationen. Weitsichtigere Kreise Frankreichs und die Mehrheit des Generalstabes zogen jedoch andere Konsequenzen aus der neuen Lage, wie sie durch die deutsche Aufrueftung geschaffen wurde. Sie erkannten, dass die franzoesische Armee, die auf Verteidigung eingestellt war und nur wenig Offensivwaffen besass, reorganisiert werden muesse, wenn sie in ihrem Kampfwert nicht weit hinter der nazistischen motorisierten Stossarmee zurueckbleiben wolle. Selbst eine Annaeherung Frankreichs an Nazi-Deutschland musste bei dem gegebenen Kraefteverhaeltnis zur Vernichtung der Vormachtstellung Frankreichs in Europa fuehren. Diese franzoesischen Regierungs- und Militaerkreise zogen zwar nicht entschieden die militaerischen Schlussfolgerungen, die sich aus der modernsten Ruestung Hitler-Deutschlands ergaben, aber sie draengten immerhin auf eine Verstaerkung der franzoesischen Armee und auf die Unterzeichnung des franzoesisch-russischen Militaerpaktes. Die erste Massnahme zur Verstaerkung

\* "Rote Fahne", Februar/Maerz 1935.

der franzoesischen Armee bestand in der Einfuehrung der zweijaehrigen Dienstpflicht.

Als England und Frankreich den Vorsprung Hitlers in der Aufrueftung erkannten, war ihre aussenpolitische Lage bereits aeusserst unsicher. Seit Anfang 1935 bestanden Differenzen zwischen Italien und England in der abessinischen Frage; ausserdem gab es neue Gegensaezte zwischen Italien und Deutschland in bezug auf Oesterreich. Trotzdem hatte Mussolini kein Interesse an einer Schwaechung Nazi-Deutschlands, weil dies zu einer Staerkung Frankreichs fuehren konnte. Zur gleichen Zeit bestanden auch Gegensaezte zwischen Frankreich und England wegen der Politik Mussolinis im Mittelmeer und der Garantien Englands an Frankreich gegenueber der deutschen Aufrueftung. Die englische Regierung neigte wieder staerker dazu, Hitler in der Aufrueftungsfrage Konzessionen zu machen und seine Anti-Sowjetpolitik zu foerdern. Ausserdem waren Gegensaezte innerhalb der franzoesischen Regierungskreise vorhanden: die einen wollten das Militaer-Buendnis mit der Sowjetunion gegen Nazi-Deutschland abschliessen, die anderen wollten sich mit Hitler gegen die UdSSR verstaendigen. Es gab starke Widerstaende englischer und franzoesischer reaktionaerer Kreise gegen die kollektive Sicherheit.

In der Sowjetunion war inzwischen das zweite Jahr des zweiten Fuenfjahresplanes erfolgreich beendet und die Rote Armee verstaerkt worden. Die Sowjetregierung trat energisch fuer die kollektive Sicherheit ein. Gerade um diese Zeit nahm aber auch die von Alfred Rosenberg organisierte Sabotagetatigkeit in der Sowjetunion merklich zu.

So bot Europa ein Bild sehr labiler Verhaeltnisse und grosser Gegensaezte: Hitler konnte den Augenblick fuer guenstig halten, einen neuen sehr entscheidenden Vorstoss in der Ruestungsfrage zu machen und damit zugleich das franzoesisch-englische Abkommen vom 3. Februar 1935 zu torpedieren, nach dem die Aufrueftung Deutschlands wiederum von internationalen Vereinbarungen abhaengig gemacht werden sollte. Zudem war der "Fuehrer" von Rosenberg und Ribbentrop unterrichtet worden, dass einflussreiche englische Kreise es als angenehm empfinden wuerden, wenn Hitler die Welt nun auch in der Ruestungsfrage einfach vor vollendete Tatsachen stellen wuerde.

Am 16. Maerz 1935 ordnete Hitler die Einfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht an und setzte die Staerke des stehenden Heeres auf 500.000 Mann fest. Er begruendete diese Massnahme mit den Ruestungen der Sowjetunion, mit der Heeresverstaerkung Englands und mit der Wiedereinfuehrung der zweijaehrigen Dienstpflicht in Frankreich. Nur dadurch sei die deutsche Regierung gezwungen worden, "die Massnahmen, die fuer die Sicherheit des Reiches notwendig sind, nicht laenger hinauszuzoegern, beziehungsweise noch laenger mit deren oeffentlicher Bekanntgabe zu warten." \*

Diesen Vorstoss Hitlers, durch den wichtige Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt wurden, beantworteten Italien und England mit "feierlichen Protesten." Frankreich verlangte am 20. Maerz 1935, dass der Voelkerbund zu dem von Hitler veruebten Bruch des Versailler Vertrages Stellung nehme. Auch in diesem Zeitpunkt waere es fuer Frankreich, Italien und England noch ein Leichtes gewesen, zusammen mit der Sowjetunion und den antinazistischen Massen des deutschen Volkes den Sturz Hitlers herbeizufuehren und seine Kriegsplaene zu durchkreuzen. Die deutschen Antinazis wiesen damals nach, dass

\* "New York Times" vom 16. Maerz 1935.

der Bruch der Militaer-Klauseln des Versailler Vertrages durch Hitler einen neuen Raubkrieg des deutschen Imperialismus zur Folge haben werde. Die Landesleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands gab zur Wiedereinfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht und zu Hitlers demagogischer Behauptung, dass damit ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Befreiung des deutschen Volkes gemacht worden sei, die folgenden Richtlinien an ihre Untergrund-Organisationen:

“Die Kommunistische Partei Deutschlands kaempft gegen den Chauvinismus. Sie versucht, den Massen des deutschen Volkes nachzuweisen, dass die angebliche “Befreiung von den Ketten des Versailler Vertrages” durch Hitler nichts anderes als Krieg bedeutet. Dass diese sogenannte Befreiung nur den Interessen der deutschen Monopolcapitalisten und Junker dient. Dass es sich dabei um den Versuch handelt, mit Blut und Eisen ein imperialistisches Grossdeutschland aufzubauen durch die Vernichtung der kleinen Nachbarvoelker und Frankreichs, sowie durch die Aufteilung der Sowjetunion. Der Krieg kann nur verhuetet werden durch den Sturz des verbrecherischen Nazi-Regimes. Aber auch die Voelker Europas sollten das einsehen und ihre Gegenmassnahmen treffen, solange es noch Zeit ist.” \*

Die emigrierten deutschen Sozialdemokraten nahmen in aehnlichem Sinne zu Hitlers Wiedereinfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht Stellung. In einem ihrer Artikel hiess es unter anderem:

“Gleichberechtigung — das ist fuer Hitler die militaerische Ueberlegenheit ueber Frankreich und seine Bundesgenossen. Das ist die volle Entwicklung der ungeheuren Kriegskraft des industriellen maechtigsten Staates Europas... fuer seine machtpolitischen Ziele im ost- und mitteleuropaeischen Raum, das Fundament fuer die Hegemonie in der Welt.” \*\*

Diese Warnungen der deutschen Antifaschisten blieben ungehoert. Statt geeignete Massnahmen gegen das Hitler-Regime einzuleiten — wenn sie auch nur moralischer oder wirtschaftlicher Natur gewesen waeren — und die Weiterfuehrung der Aufruestung zu verhindern, erachtete die englische Regierung die Zeit fuer gekommen, mit Hitler in direkte Verhandlungen einzutreten. Am 25. Maerz 1935 begaben sich Sir John Simon und Anthony Eden nach Berlin, um mit Hitler zu beraten. Nach seiner Rueckkehr gab Simon bekannt, “das Hitler anerkenne, gewisse vertragliche Verpflichtungen gebrochen zu haben. Aber es habe sich dabei um Verpflichtungen gehandelt, die Deutschland nie freiwillig uebernommen haette. Fuer die Zukunft habe Hitler auf das Feierlichste zum Ausdruck gebracht, dass die deutsche Regierung bedingungslos alle Verpflichtungen, die Beziehungen zwischen der deutschen und den anderen Regierungen betreffend, respektieren werde, selbst wenn diese Verpflichtungen bereits vor der Machtuebernahme Hitlers vereinbart worden seien. Hitler habe sich dabei besonders auf den Locarno-Pakt berufen.” \*\*\*

Mit Illusionen dieser Art erfuellt, fuhren Simon und Macdonald im April 1935 nach Stresa. Die Stresa-Konferenz, an der neben Simon und Macdonald auch Flandin, Laval Georges Bonnet und Mussolini teilnahmen, hatte

\* Richtlinien der illegalen Landesleitung der KPD zur Wiedereinfuehrung der Dienstpflicht, vom 18. Maerz 1935.

\*\* Richard Kern “Macht ohne Diplomatie, Diplomatie ohne Macht”, “Zeitschrift fuer Sozialismus”, April 1935.

\*\*\* “Times”, London, 22. Mai 1935.

den Zweck, die Erregung in den Voelkern ueber Hitlers Aufruestung zu daempfen, den Bruch des Versailler Vertrages zu legalisieren und alles weitere der Zukunft zu ueberlassen. Die nach der Konferenz veroeffentliche englisch-italienische Deklaration besagte, dass beide Laender bei der Behandlung des Antrages Frankreichs, der Voelkerbund moege zur Verletzung des Versailler Vertrages durch Hitler Stellung nehmen, gemeinsam vorgehen wuerden. Die Konferenz bestaetigte noch einmal die Unabhaengigkeit Oesterreichs und brachte schliesslich zum Ausdruck, dass die vertretenen drei Grossmaechte bereit seien, in Zukunft mit allen praktischen Mitteln gegen den Bruch von Vertraegen aufzutreten.

Der Voelkerbundsrat nahm noch im selben Monat zu dem Antrag Frankreichs Stellung und verurteilte, bei Stimmenenthaltung der daenischen Vertreter, Deutschlands Vertragsbruch. Das war alles, was geschah. Zu gleicher Zeit hielt Hitler eine Rede nach der anderen, in denen er in bewegten Worten seine “unabaenderliche Friedensliebe” zum Ausdruck brachte.

Am 2. Mai 1935 fuhr Laval, der sein Doppelspiel fortsetzte, zur Unterzeichnung des franzoesisch-sowjetischen Militaer-Paktes nach Moskau. Von dort aus begab sich Laval nach Krakau, wo er zusammen mit Marschall Pétain an der Beisetzung Pilsudskis teilnahm. Der Aufenthalt in Krakau bot Laval und Pétain die Gelegenheit zu einer bedeutsamen geheimen Unterredung mit Goering, Admiral Raeder und Oberst Karl Bodenschatz. Laval knuepfte dabei Beziehungen zu Hitler an und gab dessen Vertrauensleuten das Versprechen, dass er, Laval, mit allen Mitteln die Ratifizierung des franzoesisch-sowjetischen Militaer-Paktes durch das franzoesische Parlament hinauszoe gern werde.

Litwinow unterzeichnete unterdessen einen Militaerpakt mit der Tschechoslowakei. Dort war inzwischen die Henlein-Partei nach einer mit unbeschaenkten Mitteln durchgefuehrten nazistischen Propaganda zur staerksten Partei geworden.

Wie wenig ernst es Laval mit der Unterzeichnung des franzoesisch-russischen Militaerpaktes gemeint hatte, kam einige Monate spaeter zum Ausdruck. Ende Oktober gab der Faschist Jacques Doriot dem Vertreter einer Nazi-Zeitung in Dortmund ein Interview, in dem er sich mit seinen engen Beziehungen zu Laval bruestete und dessen franzoesisch-russische Politik folgendermassen schilderte: “Sie wissen, dass ich ganz besonders den franzoesisch-russischen Pakt bekaempfe... Ich bekaempfe dieses Buendnis, weil ich die Verantwortung nicht uebernehmen kann, die franzoesischen Arbeiter der Gefahr ausgesetzt zu sehen, dass sie fuer die verbrecherischen Ziele Moskaus und seiner Gewaltpolitik in den Krieg ziehen muessen... Unsere Regierung muss offen und frei mit Hitler sprechen. Verschiedene Male hat Hitler Frankreich die Hand dargeboten, und bis heute haben wir gezoegert, sie anzunehmen. Ungluecklicherweise ist der Gedanke einer Verstaendigung zwischen beiden Voelkern noch nicht ins Bewusstsein der franzoesischen oeffentlichen Meinung gedrungen. Das franzoesische Volk weiss allzuwenig ueber Deutschland, weil es durch die Presse bewusst in Unwissenheit ueber das gehalten wird, was sich in Wirklichkeit im Reich ereignet... Die franzoesische Aussenpolitik ist in guten Haenden, trotz des Abschlusses des russischen Paktes, weil sich Laval im Grunde genommen dem Beginn einer Verstaendigungspolitik nicht zu widersetzen scheint. Das ist der Eindruck, den persoenliche Besprechungen mit Laval bei mir hinterlassen haben.” \*

\* Zitiert nach “Die neue Weltbuehne”, N° 46 vom 14. November 1935.

## HITLER TORPEDIERT DAS FRANZOESISCH-ENGLISCHE ABKOMMEN VOM 3. FEBRUAR 1935

Jeder kritische Beobachter der damaligen Ereignisse musste zu dem Schluss kommen, dass die englische und die französische Regierung keinen anderen Wunsch hegten, als den von Hitler betrogen zu werden. Und Hitler verstand es, diese fuer ihn so guenstige Situation restlos auszunuetzen. Am 21. Mai 1935 — kaum eine Woche nach der Unterredung Lavals mit Goering in Krakau — hielt Hitler im Reichstag eine Rede, in der er die nazistische Wehrmacht als das "Friedensinstrument der kultivierten Menschheit" hinstellte, zugleich aber dem francoesisch-englischen Abkommen vom 3. Februar 1935 eine endgueltige Absage erteilte. In dieser Rede fuehrte Hitler sinnghemaess aus: "Das deutsche Volk hat das Recht, zu erwarten, dass die Erklaerungen, die ich heute abgebe, und die die deutsche Nation und die uebrige Welt betreffen, unbedingte Wahrheit sind. Das neue Deutschland kann nicht mit dem Deutschland der Vergangenheit verglichen werden. Die deutsche Rassentheorie betrachtet jeden Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkes als eine Massnahme, welche fruher oder spaeter den Sieger innerlich verwandelt und schwaecht und schliesslich seine Niederlage herbeifuehrt. Deutschland hat den Frieden noetig und wuenscht den Frieden. Wenn Herr Eden erklaert, solche Versicherungen bedeuten nichts, so antworte ich: Zehn Vertraege haette ich unterschreiben koennen, aber das wuerde nicht jene Bedeutung gehabt haben als die Abgabe meiner Erklaerung nach der Saar-Abstimmung gegenueber Frankreich. Ich als Fuehrer und Repraesentant Deutschlands gab in dieser Erklaerung der Welt und meinem Volke die Versicherung, dass nach der Regelung der Saar-Frage von Deutschland keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich erhoben wuerden. Wenn die deutsche Regierung versichert, dass sie nichts anderes als den Frieden wuenscht, dann hat das zumindestens denselben Wert wie eine Unterschrift unter besonders formulierte Pakte. Wir werden jedoch an keiner Konferenz mehr teilnehmen, deren Programme im Voraus von zwei oder drei Maechten festgelegt worden sind. Ein solches Programm, das die Ueberschrift traegt "Alles oder Nichts" scheint uns die Anwendung einer falschen Methode zum Ausdruck zu bringen. Auch sind wir der Meinung, dass die These, ein solches Programm sei unteilbar, eher der Kriegsvorbereitung als der allgemeinen Sicherheit dient. Denn die These von der Unteilbarkeit des Friedens muss jeden lokalen Konflikt sofort in einen europaeischen Krieg umwandeln. Der Weltkrieg sollte in dieser Hinsicht als eine schreckliche Warnung dienen. Ich glaube nicht, dass Europa eine zweite solche Katastrophe ueberleben wuerde. Deshalb moechte ich nicht, dass auch nur der Schatten eines Zweifels bleibt ueber das, was ich zu sagen wuensche: Deutschland hat feierlich die Grenzen Frankreichs anerkannt und garantiert, wie sie nach der Saar-Abstimmung festgelegt worden sind. Wir haben das getan, trotzdem wir dadurch endgueltig alle Ansprueche auf Elsass-Lothringen, auf das Land, um das wir zwei grosse Kriege gefuehrt haben, aufgaben. Ohne die Vergangenheit in Rechnung zu stellen, hat die deutsche Regierung einen Nichtangriffs-Pakt mit Polen abgeschlossen. Sie anerkennt Polen als die Heimat eines grossen national bewussten Volkes. Deutschland hat nicht die Absicht oder den Wunsch, sich in die internen Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen, Oesterreich zu annektieren oder zum Anschluss zu veranlassen. Aber das Recht der Selbstbestimmung sollte

dem oesterreichischen Volke gesichert bleiben. Die deutsche Regierung hat die Absicht, mit dem englischen Volke ehrliche Beziehungen zu pflegen, um fuer alle Zeiten eine Wiederholung des einzigen Kampfes, der zwischen den beiden Nationen stattgefunden hat, zu verhindern. Die deutsche Regierung bedauert den Konflikt, der sich zwischen ihr und der italienischen Regierung ueber die oesterreichische Frage ergeben hat. Zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus besteht eine Kluft, die nicht ueberbrueckt werden kann. Wir bedauern deshalb den Militaer-Pakt zwischen Frankreich und Russland umsomehr, als er in eine juristische Verbindung mit dem wertvollsten Pakt, der bisher geschlossen wurde, mit dem Locarno-Pakt, gebracht worden ist. Wir werden alle Verpflichtungen, die sich aus dem Locarno-Pakt ergeben, trotzdem einhalten, solange wie sie auch von den anderen Kontrahenten eingehalten werden. Dadurch dass sie die demilitarisierte Zone Deutschlands respektiert, traegt die deutsche Regierung zur Befriedung Europas bei. Deutschland hat nichts durch einen europaeischen Krieg zu gewinnen. Was es erstrebt, ist Freiheit und Unabhaengigkeit. Aus diesem Grunde ist die deutsche Regierung bereit, mit allen Nachbarlaendern, mit Ausnahme Litauens, Nichtangriffs-Pakte abzuschliessen. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, ihre Zustimmung zum Verbot von offensiven Waffen zu geben. Das wuerde Frankreich, dessen Ostgrenze durch gewaltige Befestigungen geschuetzt ist, eine unmittelbare hundertprozentige Sicherheit geben. Die deutsche Regierung ist auch bereit, einer Beschraenkung der Kaliber der Artillerie, der Tonnage der grossen Kriegsschiffe, der Zahl der Unterseeboote etc. zuzustimmen oder dem vollstaendigen Verbote von Unterseebooten beizupflichten."\*

Am Schlusse dieser Rede, die auf dem Grundsatz aufgebaut ist, dass die grosste Luege am leichtesten geglaubt wird, erklaerte Hitler: "Ich glaube, dass die Wiederherstellung der Verteidigungskraefte Deutschlands zum Frieden beitragen wird. Nicht weil wir beabsichtigen, die Aufruestung unbegrenzt fortzusetzen, sondern weil die einfache Tatsache besteht, dass durch die neuen Verteidigungskraefte ein gefaehrliches Vakuum in Europa beseitigt wurde. Deutschland beabsichtigt nicht, seine Ruestungen unbegrenzt fortzusetzen. Wir haben nicht zehntausende Bombenflugzeuge, und wir werden sie nicht bauen. Moegen auch die anderen Laender faehig sein, so offen ihr inneres Verlangen nach Frieden zum Ausdruck zu bringen wie wir! Wer immer die Kriegsfackel in Deutschland anzuendet, kann nichts anderes erwarten als Chaos." Durch seine Weigerung, einem Ost-Locarno beizutreten und durch die gleichzeitig zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, mit jedem Nachbarlande einen direkten Nichtangriffs-Pakt abzuschliessen, suchte sich Hitler freie Hand zu sichern fuer die spaetere isolierte Unterwerfung der einzelnen Nationen.

Die deutsche Arbeiterbewegung brandmarkte damals auch dieses hinterhaeltige Spiel. Die deutschen Sozialdemokraten schrieben: "Um den Keil zwischen England und Frankreich immer aufs Neue vorzutreiben, deshalb setzte Hitler dem unteilbaren Londoner Abkommen und vor allem dem Ost-Pakt neue Vorschlaege entgegen, die er durch seinen Bundesgenossen Polen unterstuetzen liess. Wozu Abkommen, die automatisch gegen den Angreifer den Krieg ausloesen? Kein Kollektiv-Abkommen zwischen mehreren Maechten zum gegenseitigen Schutz gegen den Angreifer. Wir sind bereit, so viel Nichtangriffs-Pakte auf zehn Jahre zu schliessen, wie man nur wuenscht... Aber weiter darf man nicht

\* "Voelkischer Beobachter" vom 22. Mai 1935.

gehen, sonst kommt man zu den abscheulichen Militaer-Buendnissen, die unsere Sicherheit bedrohen. . . Hitlers Taktik schien klar und richtig. Er verfuegt schon jetzt ueber eine ueberaus starke Wehrmacht. Dank Englands hat er die militaerische Gefahrenzone ueberschritten. Von neuen Ruestungskonventionen hat er nichts zu befuerchten. Er weiss, dass sein Mitspieler, Japan, an eine Begrenzung oder gar eine Verminderung seiner Ruestungen gar nicht denkt." \*

Die deutschen Kommunisten schrieben zu der Rede Hitlers: "Der strategische Plan des deutschen Imperialismus sieht zur Unterjochung der Nachbarvoelker eine Anzahl Etappen vor. Hitler wird wahrscheinlich als Objekte seiner ersten rauberischen Vorstoesse diejenigen Gebiete auswahlen, deren nationale Zugehoerigkeit umstritten ist. Die Frage Memel wird von Hitler in naechster Zukunft aufgerollt werden. Schon jetzt organisiert Rosenberg einen neuen Aufstand in diesem Gebiet. Oesterreich und vielleicht sogar die Tschechoslowakei werden das naechste Objekt der Aggression des deutschen Imperialismus sein. Aber alle diese Vorstoesse sind nur Etappen auf dem Wege zum eigentlichen Ziel der annexionistischen Politik des Dritten Reiches: dem Ueberfall auf die Sowjetunion im Zusammenwirken mit dem japanischen Imperialismus." \*\*

Die Rede Hitlers wurde von den Westmaechten verschiedenartig aufgenommen. Die Stellung der franzoesischen Regierungspresse war reserviert. Die amerikanische Presse brachte zum Ausdruck, dass den Friedensbeteuerungen Hitlers kein Glauben geschenkt werden duerfe. Zwar verspreche Hitler viele Dinge, aber zur gegebenen Zeit werde trotzdem das vom Nazismus vertretene Gesetz von der ewigen Entwicklung in der bekannten Notwendigkeit enden, die kein Gesetz kennt, wie 1914 Belgien gegenueber. Die englische Regierungspresse widmete Hitlers unwahrhafter Erklaerung aussergewoehnlich freundliche Worte und wandte sich scharf gegen die deutschen Antinazis, die davor warnten, Hitler Glauben zu schenken. Die Londoner "Times" vom 22. Mai 1935 schrieb unter anderem: "Wir muessen erwarten, dass die Rede Hitlers ueberall so ernst und gut ueberlegt aufgenommen wird, wie sie gemeint ist. Es gibt keine groesseren Feinde des Friedens in Europa als diejenigen, die eine Atmosphaere der Verdaechtigung gegenueber dieser wichtigen und seit langem erwarteten Erklaerung Hitlers in der Welt verbreiten. Die Propaganda, die jeden Oelzweig von Hitler als vergiftet bezeichnet, und die alle Ermahnungen Hitlers, von einem Wettruesten abzusehen, nur als Beweis betrachtet, dass das nazistische Deutschland noch nicht genuegend auf den Krieg vorbereitet sei, ist in diesem Moment selbst dann ein Verbrechen gegen den Frieden, wenn sie begruetet werden koennte. Eine solche Propaganda kann niemals zur Grundlage der aktuellen Politik gemacht werden."

Die englische Regierung zoegerte nicht, die Konsequenzen aus dieser Einschaeztung der Rede Hitlers zu ziehen. Sie warf den franzoesisch-englischen Vertrag vom 3. Februar 1935 und das Stresa-Abkommen vom April 1935 ueber Bord. Am 18. Juni 1935 unterzeichnete sie den deutsch-englischen Flotten-Pakt, der Hitler das Recht auf eine Flotte in Staerke von 35 Prozent der Tonnage der englischen Flotte zubilligte. Es war Ribbentrop, der im Auftrage Hitlers nach London kam, um den Pakt zu unterschreiben und durch ihn den ersten groesseren Erfolg der nazistischen Aussenpolitik zu realisieren. Dieser Erfolg Hitlers wurde nicht durch seine "genialen" politischen Faehigkeiten erreicht. Er war

\* Richard Kern "Macht ohne Diplomatie, Diplomatie ohne Macht", a. a. O.

\*\* Illegale Ausgabe der "Roten Fahne", Juni 1935.

die Folge der Interessengegensaetze, die zwischen den im Voelkerbund dominierenden Maechten ausgetragen wurden, und zugleich das Ergebnis der Furcht englischer reaktionaerer Kreise vor der sogenannten bolschewistischen Gefahr. Hitler nuetzte sie nur im Interesse des deutschen Imperialismus aus.

## DER KRIEG IN ABESSINIEN UND DIE RHEINLANDBESETZUNG

Im Januar 1935 fuhr Laval nach Rom, um Mussolini fuer das damals in Vorbereitung befindliche franzoesisch-englische Abkommen vom 3. Februar 1935 zu gewinnen. Die Verhandlungen fuehrten zu dem geheimen franzoesisch-italienischen Abkommen, durch das Laval dem Duce als Gegenleistung fuer die versprochene Unterstuetzung gegen England freie Hand fuer seine koloniale Expansion in Afrika zusicherte. Laval ueberliess ausserdem der italienischen Regierung einen Teil der Aktien der in franzoesischen Haenden befindlichen Eisenbahn Djibuti-Addis-Abeba und einige Landstriche in diesem Gebiet.

Mussolini war es im vorhergehenden Jahre gelungen, seine Position in Oesterreich und Ungarn gegen Deutschland zu festigen. Trotzdem fuerchtete er staendig einen neuen Vorstoss Hitlers. Auf dem Balkan konnte sich Mussolini nicht weiter ausbreiten, ohne in Gegensatz zu Frankreich und auch zu Deutschland zu geraten. So zog er es vor, sich auf die Sicherung Oesterreichs durch die Unterzeichnung des Stresa-Abkommens zu beschaerzen und vorerst einmal den alten Konflikt zwischen Italien und Abessinien auf seine Weise zu regeln. Sein Ziel war, dieses unabhaengige Land in eine Kolonie Italiens zu verwandeln.

Die allgemeine Lage schien ihm fuer ein solches Unternehmen guenstig. Japan hatte schon seit Jahren seinen Raubkrieg gegen China fuehren koennen, ohne auf ernstesten Widerstand der Voelkerbund-Maechte zu stossen. Hitlers militaerische Aufruestung nahm die Aufmerksamkeit Englands und Frankreichs voll in Anspruch. Dazu kam, dass diese beiden Maechte untereinander nicht einig waren. So bestand keine Gefahr fuer ernste Komplikationen mit diesen Maechten, wenn italienische Truppen Abessinien besetzten.

Aber auch die innere Lage des Landes draengte den italienischen Imperialismus zur Einleitung dieses Kriegsabenteuers. Die Handelsbilanz Italiens erwies sich jaehrlich mit 20 bis 25 Milliarden Lires passiv. Der Goldwert des Lire war von 99 Prozent im Jahre 1933 auf 93 Prozent im Jahre 1935 gesunken. Die Zahl der Voll-Erwerbslosen war im Jahre 1934 auf rund eine Million gestiegen.

Am 29. Januar 1935, kurz nach dem Besuch Lavals in Rom, schickte Mussolini seinen Aussenminister Dino Grandi nach London, um dem britischen Kabinett eine Verstaendigung ueber Abessinien vorzuschlagen. Das Anerbieten Mussolinis wurde von der englischen Regierung lange Zeit weder angenommen noch abgelehnt. Erst im Juni 1935 ueberreichte der Unterstaatssekretaer im Kolonialministerium, Sir John Maffey, dem Kabinett den Bericht einer Interministeriellen Kommission, die zu den Vorschlaegen Mussolinis Stellung genommen hatte. Darin wurde unter anderem gesagt, dass die Annexion Abessiniens durch Italien auf "friedlichem" Wege fuer England vorteilhaft sei; eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Italien und Abessinien jedoch koenne den englischen Interessen gefaehrlich werden. Um die britischen Interessen am Tana-See und im Nil-Tal zu schuetzen, muesse England sich die Herrschaft in Nord-Abessinien sichern.

Mussolini hatte inzwischen seine Kriegsvorbereitungen getroffen. Sie verur-

sachten schon zwei Milliarden Lire Kosten, ehe der Feldzug begonnen hatte. Nun liess er Grenzwischenfaelle mit Abessinien provozieren und entfesselte eine scharfe Hetzkampagne gegen das friedliche Land. Mitte 1935 bestimmte Mussolini den 2. Oktober als den Tag des Angriffes und konzentrierte seine Truppen in Italienisch-Somaliland und in Libyen.

Nach Abschluss des englisch-deutschen Flottenabkommens beschuldigte die englische Regierung Mussolini, er habe durch seine Massnahmen gegen Abessinien die Verpflichtungen Italiens als Mitglied des Voelkerbundes verletzt. Sie schickte zwar eine starke Flotte nach dem Mittelmeer, unterliess es aber, den Suez-Kanal zu schliessen. Die englische Regierung hinderte also Mussolini nicht, seine Truppen auf diesem kurzen Wege nach Italienisch-Somaliland zu befoerdern.

Am 3. Oktober begann Mussolini den Krieg gegen Abessinien und erhob die Forderung nach "Lebensraum" fuer das italienische Volk. Einem Korrespondenten der "Morning Post" gegenueber erklaerte Mussolini: "Sehen Sie Portugal, Belgien und Holland; sie alle haben fruchtbare Kolonien. Ich will, dass auch Italien fruchtbare Kolonien erhaelt. Sobald es ueber solche Kolonien verfuegt, wird es ebenso konservativ werden wie alle Kolonialmaechte, die zu den "besitzenden" Maechten gehoeren."

Der italienische Imperialismus unternahm mit diesem Ueberfall als erster unter den europaeischen Maechten einen Vorstoss zur gewaltsamen Neuverteilung der Welt. Mussolini verlangte sogar, dass die uebrigen im Voelkerbund vereinigten Nationen ihn dabei unterstuetzen sollten.

Anfangs hatten Sir Samuel Hoare und Pierre Laval versucht, mit Mussolini eine Verstaendigung auf imperialistischer Grundlage herbeizufuehren. Ihr Plan sah die Aufteilung Abessiniens unter Italien, Frankreich und England vor. Aber der Versuch, auf diese schaedliche Weise den Krieg zu beenden, verursachte eine so grosse Erregung unter den Volksmassen in Frankreich und England, dass Hoare und Laval gezwungen wurden, zurueckzutreten. Die Sowjetunion hatte im Voelkerbund prinzipiell gegen Mussolinis Ueberfall auf Abessinien Stellung genommen und den Schutz der Unabhaengigkeit des angegriffenen Landes gefordert.

Im Voelkerbund verschaerften sich nunmehr die Auseinandersetzungen ueber die abessinische Frage. Eden machte den Vorschlag, Italien durch einmuetigen Beschluss die Oelzufuhr zu sperren und Mussolini so zur Zurueckziehung seiner Truppen zu zwingen. Ein dementsprechender Beschluss wurde am 27. Februar 1936 vom Voelkerbund gefasst. Jedoch sollte vor der Ausfuehrung des Beschlusses an Mussolini noch eine letzte Warnung gerichtet werden.

Beunruhigt durch den Beschluss des Voelkerbundes, die Oelzufuhr an Italien zu sperren, suchte Mussolini, den Krieg gegen Abessinien nun rasch und mit Erfolg zu beenden. Mit einer Armee von 500.000 Mann, einer starken Luftwaffe, mit Gasgranaten und Gasbomben schlug er die schlecht bewaffnete abessinische Armee in wenigen Wochen nieder, zwang den Negus zur Flucht und besetzte am 5. Mai 1936 die Hauptstadt Addis Abeba. Damit war auch im Voelkerbund das Schicksal Abessiniens besiegelt.

Die schwankende Politik der englischen Regierung in der abessinischen Frage spiegelte die Gegensatze in den herrschenden Schichten des britischen Imperiums wieder. Die einen waren ueberzeugt, dass Mussolini Abessinien schnell besiegen werde. Sie hielten es deshalb fuer besser, ihm einen Teil des Raubes

abzuhandeln. Die anderen fuerchteten, dass Mussolini, wuerde ihm energisch entgegengetreten, einen Weltkrieg ausloese. Deshalb wollten sie ihm freie Hand in Abessinien geben. Die dritten glaubten, dass Mussolini im Falle einer Niederlage im Kriege gegen Abessinien, gestuerzt und von einem links-radikalen Regime abgeloeset werden koenne. Deshalb wollten sie ihm gegen Abessinien Hilfe leisten. Das Ergebnis einer auf diesen Gegensatzen aufgebauten Politik war eine neue Kompromittierung des Voelkerbundes, der als kraftlose, ueberfluessige und hilflose Einrichtung erschien.

Hitler kam der Krieg Italiens gegen Abessinien und das schwaechliche Verhalten des Voelkerbundes sehr gelegen. Ihm wurde dadurch die Moeglichkeit geboten, die Gegensatze zwischen den Stresa-Maechten — England, Frankreich und Italien — zu vertiefen und auszunuetzen. Hitler liess Mussolinis imperialistischem Raubzug gegen Abessinien seine ganze moralische Unterstuetzung, ohne sich im uebrigen in den internen Konflikt der Stresa-Maechte einzumischen.

Am 18. Oktober 1935 erklaerte der Reichsbankpraesident Hjalmar Schacht dem amerikanischen Botschafter Prof. William E. Dodd, dass er Mussolinis Forderungen als berechtigt ansehe. Die Stellung Englands und die des Voelkerbundes sei falsch; denn man duerfe die Forderungen Italiens nach Kolonien nicht zu Fall bringen. Goebbels hielt am 17. Dezember 1935 eine Rede, in der auch er sich warm fuer Mussolinis Raubzug einsetzte und die Hoffnung aussprach, dass der Sieg Mussolinis ueber Abessinien sich auch guenstig auf die Zurueckgabe der deutschen Kolonien auswirken wuerde.

Damit wollte Hitler Mussolini veranlassen, sich ruecksichtslos in das Kriegsabenteuer zu stuerzen. Eine Niederlage Mussolinis haette Hitler die Vorherrschaft in Oesterreich, in Ungarn und auf dem Balkan gesichert. Der Sieg Mussolinis musste diesen in einen Gegensatz zu England und Frankreich bringen und an die Seite Deutschlands draengen. Auch dann wuerde Mussolini gezwungen sein, sich mit Hitler, dessen militaerische Macht stark wuchs, ueber Oesterreich und den Balkan zu verstaendigen. Ein Block Deutschland-Italien-Oesterreich-Ungarn aber wuerde die Position der Westmaechte schwaechen und ein Ost-Locarno unmoeglich machen.

Der Konflikt der Stresa-Maechte ueber Abessinien bot Hitler die Gelegenheit, einen neuen Schlag zu fuehren. Sein Plan war, die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes ueberraschend zu besetzen und sich von den Verpflichtungen des Locarno-Paktes zu befreien, die einzuhalten er sich in seiner hier zitierten Rede vom 21. Mai 1935 feierlich verpflichtet hatte.

Anfang 1936 liess Hitler in den diplomatischen Kreisen Berlins das Geruecht verbreiten, Deutschland sei bereit, in den Voelkerbund zurueckzukehren und wolle einer Ruestungsbeschraenkung zustimmen. Die Bedingung sei nur, dass sich die Westmaechte bereit faenden, ueber die Liquidierung der entmilitarisierten Rheinlandzone und ueber die Rueckgabe der deutschen Kolonien zu verhandeln. Nach und nach kam Hitler auch damit heraus, dass er den Abschluss des franzoesisch-russischen Sicherheits-Paktes sehr bedauere, da er "die deutsch-franzoesischen Beziehungen beeintraechtige".

Am 21. Februar 1936 gab Hitler dem franzoesischen Journalisten Bertrand de Jouvenel ein Interview, in dessen Verlaufe er noch deutlicher wurde. Nun sagte er, sein Ziel sei vor allem die Herstellung eines guten Verhaeltnisses zu Frankreich. Er sei deshalb bereit, Frankreich einen 25jaehrigen Frieden zu garantieren. Als Jouvenel die Frage stellte, wie sich dieser Vorschlag mit den in "Mein

Kampf" niedergelegten Ansichten vertrage und ob er die darauf bezueglichen Stellen revidieren werde, antwortete Hitler: "Als ich das Buch schrieb, war ich im Gefaengnis. Damals hatten franzoesische Truppen das Ruhrgebiet besetzt. Es war die Zeit der schaeerften Spannung zwischen unseren beiden Laendern. Ja, damals waren wir Feinde, und ich stand natuerlich in diesem Konflikt auf der Seite meines Landes. Ich war gegen das Ihrige, wie vierundeinhalb Jahre lang im Schuetzengraben. Aber heute gibt es keinen Grund mehr fuer Konflikte. Sie wuenschen nun, dass ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller, der eine neue Ausgabe seines Buches korrigiert? Aber ich bin kein Schriftsteller, ich bin ein Politiker. Korrekturen mache ich jeden Tag in meiner Aussenpolitik. Diese erstrebt als erstes Ziel die Herbeifuehrung eines Freundschaftsverhaeltnisses mit Frankreich. Wenn es mir gelingt, durch meine Politik eine deutsch-franzoesische Annaeherung herbeizufuehren, so wie ich sie wuensche, so wird das eine Korrektur sein, die meiner Persoenlichkeit entspricht. Meine Korrektur wird dann in das grosse Buch der Geschichte eingetragen werden." \*

Das Interview war vor allem dazu bestimmt, die Entscheidung der franzoesischen Deputierten ueber den franzoesisch-russischen Sicherheits-Pakt zu beeinflussen. Es wurde deshalb fast eine Woche zurueckgehalten und erst am 27. Februar, dem Tage der Abstimmung, veroeffentlicht.

Am 28. Februar 1936 besuchte Baron von Neurath den amerikanischen Botschafter Dodd. Dieser warf die Frage auf, warum Deutschland nicht wieder in den Voelkerbund zurueckkehre und versuche, dort durch Verstaendigung seine Grenzprobleme zu loesen. Neurath antwortete ihm: "Wir ueberlegen uns gerade die Frage der Rueckkehr in den Voelkerbund. Diese koennte unter der Bedingung erfolgen, dass die Westmaechte unsere Kolonien zurueckgeben und uns gestatten, die deutschen Truppen in die Garnisonen der entmilitarisierten Zone zurueckzuschicken. Ferner muessten uns gewisse Konzessionen in der Ruestungs-gleichheit zur See gemacht werden." \*\* Neurath liess durchblicken, dass die Frage der entmilitarisierten Zone und der Ruestungs-gleichheit zur See natuerlich zum Objekt diplomatischer Verhandlungen gemacht werden koennten. England habe schon die Zustimmung der deutschen Regierung zur Teilnahme an der bevorstehenden Flottenkonferenz in London erhalten.

Auf diese Weise wurde den Regierungen der Westmaechte vorgetauscht, dass Deutschland eine Regelung der strittigen Fragen auf dem Verhandlungswege suche und dass sich mit einem Wiedereintritt Deutschlands in den Voelkerbund rechnen liesse.

Mit diesen diplomatischen Manoevern bereitete Hitler die Besetzung des Rheinlandes durch die deutsche Wehrmacht und die Liquidierung des Locarno-Paktes vor. Sein Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, musste sondieren, wie sich Mussolini dazu verhalten wuerde. Schon Mitte Februar berichtete Hassell, dass, seiner Ansicht nach, auf Mussolini gerechnet werden koenne Dieser werde seine Rolle als Garant des Locarno-Paktes nicht mit besonderer Entschiedenheit spielen. Nunmehr war Hitler entschlossen, das Abenteuer zu wagen. Als einige Generale und der Aussenminister von Neurath ihre Bedenken geltend machten, uebernahm Hitler persoenlich die gesamte Verantwortung fuer den Coup und verpflichtete sich, die Truppen sofort wieder aus dem Rheinland zurueckzuziehen, falls Frankreich und Belgien den Einmarsch mit militaerischen

\* "Paris Soir" vom 27. Februar 1936.

\*\* Ambassador Dodds Diary 1933 bis 1938, New York 1941.

Massnahmen beantworten sollten. Am 6. Maerz 1936 gab Hitler den Befehl zum Marschieren. Um die Ueberraschung perfekt zu machen, berief er fuer den 7. Maerz seinen sogenannten Reichstag nach Berlin ein und hielt dort wiederum eine seiner "Friedens"-Reden.

Der Tenor dieser Rede war auf die "kommunistische Gefahr" und die Riesenruestungen Russlands abgestellt. Er, Hitler, lehne jede Zusammenarbeit mit dem russischen Bolschewismus ab. Frankreich habe sich durch einen Sicherheits-Pakt mit dieser Macht verbunden. Dadurch sei es in das zentraleuropaeische Operationsfeld eingegliedert worden und habe das Gleichgewicht der Kraefte in Europa zerstoert. Insbesondere werde Deutschland durch diese Veraenderung des bisherigen Zustandes unmittelbar bedroht. Diese gewaltige Mobilisierung des Ostens gegen Zentraleuropa stehe nun aber im Widerspruch zum Locarno-Pakt. Er (Hitler) habe sich deshalb nach hartem inneren Kampfe entschlossen, die Signatur-Maechte dieses Paktes im Namen der deutschen Regierung durch ein Memorandum zu informieren, dass die deutsche Regierung den Locarno-Pakt zur Sicherung Deutschlands als ausser Kraft gesetzt betrachte und dass die deutschen Truppen ihre Garnisonen in der entmilitarisierten Zone Westdeutschlands wieder bezogen haetten. Damit sei der Kampf Deutschlands fuer seine Gleichheit beendet und die erste Ursache fuer den Austritt Deutschlands aus dem Voelkerbund beseitigt. Die deutsche Regierung werde nun mehr denn je nach einer Verstaendigung mit den europaeischen, besonders aber mit den westlichen Voelkern streben. Deutschland erklare sich zu einer neuen Zusammenarbeit bereit und schlage dazu den Abschluss von direkten Nichtangriffs-Pakten mit Frankreich und Belgien fuer die Dauer von funfundzwanzig Jahren vor, mit England und Italien als Garantiemaechten. Ferner sei Deutschland fuer die Schaffung einer gegenseitigen demilitarisierten Zone auf paritaetischer Grundlage. Deutschland habe nun keinerlei territoriale Forderungen mehr an Europa. Auch wisse es, dass die Spannungen, die sich aus territorialen Streitigkeiten oder aus schlechten Beziehungen zwischen den Voelkern Europas ergeben, nicht durch Kriege geregelt werden koennten.

Hitler loeste daraufhin den "Reichstag" auf, um — wir er sagte — dem Volke die Gelegenheit zu geben, ihn in seinem Kampfe fuer den Frieden zu unterstuetzen. Dieses Vorgehen Hitlers stand nicht nur im Widerspruch zum Versailler Vertrag, sondern liquidierte auch den Locarno-Pakt, den er selbst noch am 21. Mai 1935 als den wertvollsten Vertrag bezeichnet hatte, der zwischen den Westmaechten bisher geschlossen worden sei. Frankreich und Belgien hatten nun das Recht zur sofortigen Einleitung militaerischer Gegenmassnahmen. Aber die deutschen Truppen koennten das Rheinland besetzen, ohne auf Widerstand von dieser Seite her zu stossen.

Mit der Wiederbesetzung des Rheinlandes zerstoerte Hitler die Sicherheitslinie, die sich Frankreich gegen einen neuen Angriff des deutschen Imperialismus bei den Friedensverhandlungen in Versailles ausbedungen hatte. Von nun an standen sich die franzoesischen und die deutschen Armeen wieder unmittelbar gegeneber. Durch die Liquidierung der entmilitarisierten Zone wurde auch der Wert der Maginot-Linie als Basis fuer offensive Operationen vermindert. Durch die Schwaechen gegeneber Hitlers neuem Streich wurde die Wirksamkeit der Sicherheitsvertraege, die Frankreich mit Polen, der Tschechoslowakei, Rumaenien und Jugoslawien abgeschlossen hatte, in Frage gestellt.

Es war ueberraschenderweise die polnische Regierung, die das zuerst er-



kannte. Sie schlug trotz ihres Nichtangriffs-Paktes mit Nazi-Deutschland Frankreich sofortige gemeinsame militaerische Gegenmassnahmen vor. Aber der Vorschlag wurde abgelehnt. Die englische Regierung verlangte, nach dem Wortlaut des Stresa-Abkommens, eine gemeinsame Pruefung der neu geschaffenen Lage und Frankreich wagte nicht, energisch zu handeln. Die Stresa-Front war — wie Hitler richtig vermutet hatte — durch den imperialistischen Vorstoss Mussolinis gegen Abessinien und durch die moralische Unterstuetzung, die er dabei von Deutschland erhalten hatte, laengst zerbrochen.

Am 10. Maerz 1936 kamen die Vertreter der Stresa- bzw. der Locarno-Maechte in Genf zusammen. Die englische Regierung liess zum Ausdruck bringen, dass sie den Ernst der Lage nicht unterschaezte; da aber Hitler eine wirkliche Befriedung Europas vorgeschlagen habe, hoffe sie auf eine guenstige Loesung der Schwierigkeiten. Auf jeden Fall muesse auf Basis der von Hitler vorgeschlagenen Nichtangriffspakte mit Deutschland verhandelt werden. Davon ausgehend empfahlen die englischen Vertreter, von Hitler zu verlangen, dass er die Zahl seiner Truppen in der entmilitarisierten Zone vermindere, die Besetzung zu einer symbolischen mache und so eine Verhandlungsmoeglichkeit schaffe. Dieser Vorschlag wurde von Frankreich und Belgien abgelehnt.

Hitler veranlasste inzwischen seinen Londoner Botschafter, Leopold von Hoesch, bei der englischen Regierung vorzufuehlen, ob ein deutscher Vertreter zu der bevorstehenden Sitzung des Voelkerbundsrates zugelassen werde. Aber schon vor dem Schritt Hoeschs hatte die englische Regierung dieselbe Frage mit dem franzoesischen Kabinett verhandelt und positiv entschieden. Hitler sah mit Recht in dieser unerwarteten Stellung der beiden Regierungen ein Zurueckweichen; er machte nunmehr die Teilnahme der deutschen Vertreter an der Sitzung des Voelkerbundsrates von gewissen Bedingungen abhaengig. So verlangte er, dass die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandelt, und dass sein Friedensprogramm und seine Nichtangriffspakt-Vorschlaege auf die Tagesordnung der Sitzung gestellt wuerden.

Die Antwort des Voelkerbundsrates war, dass Hitlers Bedingungen nicht angenommen werden koennten, dass aber die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandelt werden sollten.

Hitler sah, dass er das Spiel gewonnen hatte. Bis dahin war er besorgt gewesen, dass der Voelkerbundsrat vielleicht irgendwelche Sanktionen gegen Deutschland beschliessen wuerde. Selbst wirtschaftliche Sanktionen waeren ihm hinderlich gewesen. Die deutsche Kriegsindustrie arbeitete mit voller Kapazitaet und waere durch eine Stockung der Zufuhr wichtiger Rohstoffe in eine schwierige Lage gekommen. Gerade dieser Umstand hatte Hitler bewogen, die Zulassung deutscher Vertreter zur Sitzung des Voelkerbundsrates zu betreiben. Nun hatten England und Frankreich gezeigt, dass sie eine deutsche Delegation wuenschten, und dass sie nicht Sanktionen, sondern Verhandlungen erstrebten. Das zeigte Hitler, dass seine Position staerker war, als er selbst geglaubt hatte. So liess er sich erst nach langem Straeuben bewegen, ueberhaupt eine Delegation zur Londoner Ratssitzung zu schicken. Diese Delegation setzte sich aus Joachim von Ribbentrop, Hitlers Abruestungs-Fachmann, Dr. Hans Heinrich Dieckhoff und Dr. Ernst Woermann, beide vom Auswaertigen Amt, und einem Stab von fuenfzig anderen Beamten zusammen.

Am 18. Maerz 1936 erschien Ribbentrop auf der Ratssitzung. Er trat dort aeusserst arrogant auf. Seine Erklaerung gab er demonstrativ in deutscher Spra-

che, obwohl es auf den Tagungen des Voelkerbundes ueblich war, franzoesisch oder englisch zu sprechen. Er wiederholte im wesentlichen die Rede, die Hitler schon vor dem "Reichstage" gehalten hatte. Vor allem unterstrich er Hitlers Ausfuehrungen, dass wenn Frankreich das souveraeene Recht habe, ohne Ruecksicht auf bestehende Vertraege Militaer-Buendnisse mit anderen Maechten Europas abzuschliessen, dann koenne sich auch Deutschland das Recht nehmen, zu seinem Schutze innerhalb seiner Grenzen die eigene Souveraenitaet wiederherzustellen. Im uebrigen wuerde durch Hitlers Paktvorschlaege, die den Frieden fuer fuenfundzwanzig Jahre garantieren, ein Friedenswerk geschaffen, das die gegenwaertige Generation ueberdauern werde.

Die Ausfuehrungen Ribbentrops machten auf die Mehrheit der Mitglieder des Voelkerbundsrates jedoch nicht den von ihm erwarteten Eindruck. Ohne in eine Diskussion darueber einzutreten, erfolgte eine Abstimmung ueber die Frage, ob Deutschland durch sein Vorgehen den Versailler Friedensvertrag gebrochen habe oder nicht. Von zwolf anwesenden Landes-Delegierten entschieden elf, dass Deutschland als Vertragsbrecher anzusehen sei.

Am 19. Maerz 1936 kamen daraufhin die Vertreter der Locarno-Maechte — England, Frankreich, Italien und Belgien — zu einer besonderen Sitzung zusammen, in der die Sanktionen gegen Deutschland beschlossen werden sollten. Die Sanktionen, auf die sich diese Konferenz festlegte, waren jedoch von ganz besonderer Natur. Sie sahen unter anderem vor: Die Generalstaebe der Locarno-Maechte sollen sich ueber die technischen Bedingungen verstaendigen, wie die militaerischen Verpflichtungen durchzufuehren seien, die sich aus dem Locarno-Pakt ergeben koennten. Hitler sollte seine Stellungnahme, dass ihm der franzoesisch-russische Pakt das Recht gebe, entgegen dem Versailler Vertrag die entmilitarisierte Zone zu besetzen, dem Internationalen Gerichtshof im Haag zur Entscheidung unterbreiten. Bis dahin soll er darauf verzichten, weitere Truppen oder SS- und SA-Formationen nach dem Rheinland zu schicken. Als Gegenleistung werden sich Frankreich und Belgien verpflichten, von Truppenkonzentrationen an ihren Grenzen abzusehen. Eine internationale Polizeitruppe soll einen 20 Meilen breiten Streifen des deutschen Grenzgebietes oestlich von Belgien und Frankreich besetzen. Ueber alles weitere wuerden Verhandlungen mit Deutschland eingeleitet.

Diese "Sanktionen" sollten in Wirklichkeit nur vor den Voelkern verhuellen, dass die Locarno-Maechte darauf verzichteten, dem Vorstoss Hitlers entgegenzutreten. Sie waren auch eine Desavouierung der uebrigen Mitglieder des Voelkerbundes. Insbesondere englische Kreise sahen in der Besetzung des Rheingebietes eine weitere erwuenschte Staerkung des nazistischen Deutschland als Wall gegen die "kommunistische Gefahr" und begruessten sie im Geheimen. Sie verhalfen dadurch Hitler zu einem neuen aussenpolitischen Erfolg, der von ihm als Ausgangspunkt fuer weitere Vorstoesse benuetzt werden konnte.

#### DAS DEUTSCH-OESTERREICHISCHE "KULTUR-ABKOMMEN" VOM 11. JUNI 1936

Durch diese Erfahrungen gelangten Hitler und Mussolini zu der Auffassung, dass sie, trotz ihres gegenseitigen Misstrauens und trotz der vielen Interessengegensaetze des deutschen und des italienischen Imperialismus, doch durch eine gemeinsame Politik gegenueber den Westmaechten viel gewinnen koennten.

Die Beendigung des Konfliktes ueber Oesterreich war aber die Voraussetzung einer solchen Zusammenarbeit. Mussolini, der durch den Locarno-Pakt verpflichtet war, die staatliche Selbstaeendigkeit Oesterreichs zu schuetzen, uebernahm es, den Kanzler Dr. Kurt von Schuschnigg zu einer Annaeherung an Hitler-Deutschland zu veranlassen. Ende April 1936 fuhr Schuschnigg nach Rom, um mit Mussolini ueber die Erneuerung des Vertrages zu verhandeln, durch den die oesterreichische Unabhaengigkeit garantiert wurde. Mussolini zeigte an dieser Garantie kein Interesse mehr. Kuehl eroeffnete er Schuschnigg, dass Italien ein engeres Zusammengehen mit Deutschland beabsichtige. Beide Laender hatten sich entschlossen, zu Traegern eines faschistischen Blockes zu werden, dem auch Polen, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Albanien und eventuell auch Jugoslawien angehoren sollten. Das erfordere eine Verstaendigung zwischen Oesterreich und Deutschland. Es waere gut, wenn Schuschnigg dazu die Initiative ergreife.

Schuschnigg kehrte daraufhin nach Wien zurueck, ohne Vereinbarungen mit Mussolini getroffen zu haben. Anfang Mai stellte sich bei ihm Herr von Papen ein, um Verhandlungen ueber einen deutsch-oesterreichischen Vertrag zu beginnen. Das erste Opfer dieser Verhandlungen wurde Fuerst Ernst Ruediger von Starhemberg und seine Heimwehr. Starhemberg war bis dahin die staerkste Stuetze Mussolinis in Oesterreich gewesen. Am 16. Mai 1936, spaet Nachts, erhielt er die Aufforderung, vor dem versammelten Kabinett zu erscheinen. Dort wurde ihm eroeffnet, dass er als Fuehrer der Heimwehr abgesetzt, diese selbst aber durch Regierungs-Beschluss aufgeloeset sei.

Zu den Bedingungen Papens fuer den Vertragsabschluss gehoerte die Forderung nach einer Volksabstimmung ueber den "Anschluss" an Deutschland. Als Schuschnigg dies ablehnte, erklarte Papen die Verhandlungen als vorlaeufig gescheitert und begab sich nach Berchtesgaden, um Hitler Bericht zu erstatten. Das war am 9. Juli 1936. Hitler erkannte, dass er im Augenblick nicht auf der Forderung nach einer Volksabstimmung beharren koenne, besonders, da ihr Resultat nicht voraussehen war. Auch bestand die Gefahr, dass Mussolini durch diese Forderung wieder in die Arme der Locarno-Maechte zurueckgetrieben werde. Hitler verzichtete also darauf und formulierte nun die endgueltige Fassung des Vertrages. Er enthielt nur drei Abschnitte und besagte: Die deutsche Regierung erkennt die Selbstaeendigkeit Oesterreichs an. Die innerpolitischen Fragen Oesterreichs werden von beiden vertragschliessenden Regierungen als die eigene Angelegenheit des zustaendigen Vertragspartners betrachtet und sollen von dem anderen weder direkt noch indirekt beeinflusst werden. Die oesterreichische Regierung erklart, dass sie Oesterreich als einen deutschen Staat betrachte, und dass sie ihre allgemeine Politik gegenueber Deutschland in Einklang mit dieser Tatsache bringen werde.

Diese Vertragsbestimmungen konnten den Eindruck erwecken, als ob Hitler die Selbstaeendigkeit Oesterreichs wirklich respektieren werde. Aber schon das sogenannte Gentlemen-Agreement, das dem Vertrag beigefuegt wurde, musste diesen Eindruck restlos zerstoeren. Das "Gentlemen-Agreement" enthielt naemlich folgende Bestimmungen: Die in Oesterreich lebenden deutschen Staatsbuerger sollen das Recht haben, ihre nazistischen Organisationen aufzubauen, vorausgesetzt, dass sie nicht versuchen, durch ihre Propaganda die Politik Oesterreichs zu beeinflussen. Beide Laender gehoeren dem deutschen Kulturkreis an. Sie verpflichten sich deshalb, Angriffe gegen den anderen Vertragspartner in der Presse, im Radio, Film und Theater zu unterbinden. Alle Einschraenkungen in

der Verbreitung von Buechern des anderen Vertragspartners sollen aufgehoben werden. Die Vertragspartner verpflichten sich, auf die Presse ihres Landes — die Emigrations-Blaetter eingeschlossen — einzuwirken, dass sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes einmische. Schuschnigg uebernimmt die Verpflichtung, die Frage der Rueckkehr der in Deutschland lebenden nazistischen Emigranten nach Oesterreich zu pruefen. Das Tragen des Hakenkreuzes und das Singen des Horst Wessel-Liedes ist in Oesterreich erlaubt. Die sogenannte Tausendmark-Grenze wird aufgehoben. Es handelte sich dabei um ein Sondergesetz Hitlers, durch das jeder deutsche Buerger, der Oesterreich besuchen wollte, fuer ein Sonder-Visum tausend Mark an die Reichskasse zu zahlen hatte. Schuschnigg uebernimmt die Verpflichtung, die in den Gefaengnissen befindlichen Hitleranhaenger zu entlassen und die oesterreichischen Nazis an der Regierung zu beteiligen.

Am 11. Juli 1936 kehrte Papen nach Wien zurueck und legte Schuschnigg den Vertrag zur Unterzeichnung vor. In Ausfuehrung der durch die Unterzeichnung eingegangenen Verpflichtung ernannte Schuschnigg Dr. Guido Schmidt, den Feldmarschalleutnant Edmund Glaise von Horstenau und spaeter auch Arthur Seyss-Inquart zu Regierungsmitgliedern. Der Vertrag erwies sich bald als das Todesurteil Oesterreichs.

#### HITLER, MUSSOLINI UND DER FASCHISTISCHE AUFSTAND IN SPANIEN

Die Annaeherung zwischen Mussolini und Hitler, die zur Verstaendigung ueber Oesterreich fuehrte, wurde in starkem Masse von den Ereignissen in Spanien beeinflusst. Im April 1931 war die spanische Monarchie gestuerzt worden. Seitdem war jedoch die vereinigte Reaktion der Grossgrundbesitzer und Monopolisten wieder erstarkt. Sie stuetzte sich auf den hohen katholischen Klerus, auf Grossindustrielle, wie Juan March, Marquis de Urquiza, Ruiz Senén und zahlreiche Generale der spanischen Armee. Schon im Jahre 1932 war es zu einem monarchistischen Putschversuch gekommen, der jedoch niedergeschlagen werden konnte. Die Gueter der an ihm beteiligt gewesenen Feudalen waren konfisziert worden. Aber die republikanischen Regierungen zeigten weiter Schwaeche gegenueber der Reaktion. Als im Oktober 1934 die klerofaschistische Partei Gil Robles' in die Regierung eintrat und ein Terrorregiment errichten wollte, erhoben sich die Massen in Asturien und in Katalonien. In Asturien gelang es den Aufstaendischen, sich vierzehn Tage an der Macht zu halten, bis sie von Fremdenlegionaeern und Marokkanern der Regierung Gil Robles-Lerroux niedergeschlagen wurden. Die Opfer der Aufstaendischen zaehlten nach Tausenden. Die Volkshaeuser in Asturien wurden geschlossen, die demokratisch gewaehlten Gemeinderaeete aufgeloeset, die liberalen Zeitungen verboten; etwa 36.000 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle wurden eingekerkert.

Der von der Regierung Gil Robles-Lerroux proklamierte Ausnahmezustand dauerte fuenfzehn Monate. Unter ihm verrotteten die herrschenden Schichten umso rascher. Eine Regierungskrise jagte die andere; denn jede der hinter der Diktatur stehenden reaktionaeeren Gruppen suchte ihren Anteil an der Macht zu vergroessern.

Aber Terror und Ausnahmezustand konnten die demokratische Bewegung der Volksmassen nicht vernichten. Im Gegenteil, die Parteien der Arbeiter, des

liberalen Buerkertums und der Bauern zogen aus den Ereignissen die Lehre, dass die Reaktion nur durch einen Zusammenschluss aller fortschrittlichen Kraefte zum Kampfe gegen die Reaktion erfolgen koenne. Georgi Dimitroff hatte durch seine Rede auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale den Weg zur Volksfront gewiesen und die franzoesischen Linksparteien gaben durch ihren Zusammenschluss bereits das praktische Beispiel. So rief am 22. Juni 1935 der Generalsekretaeer der Kommunistischen Partei Spaniens, José Díaz, im Ciné Monumental in Madrid zur Bildung der Einheits- und Volksfront aller Arbeiter und aller fortschrittlichen Kraefte gegen Reaktion und Faschismus auf. Díaz erklarte: "Wir wollen Widerstand leisten, und leisten ihn durch den organisierten Kampf. Von dieser Tribuene aus erneuern wir mit grosstem Nachdruck den Appell an die Arbeiter, an die Bauern, an die Intelligenz und an die Linksrepublikaner, sich mit uns zu einer antifaschistischen Volksfront zu vereinen, die stark genug sein wird, die Absichten der reaktionaeeren faschistischen Regierung Gil Robles-Lerroux zu durchkreuzen." \*

Der Vorschlag José Díaz' umfasste die folgenden Hauptforderungen: Entschaeidigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes der Feudalen und des hohen Klerus. Uebergabe des Bodens an die Kleinbauern und Landarbeiter. Autonomie fuer Katalonien, Euzkadi (Baskenland) und Galicien. Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Amnestie fuer die politischen Gefangenen.

Im Dezember 1935 wurde unter dem Druck der Volksbewegung die Regierung Gil Robles-Lerroux gestuerzt und die Regierung Protela Valladares gebildet. Diese Regierung machte den Versuch, der Herrschaft der Reaktion einen demokratischen Anstrich zu geben. Aber ihre Manoever konnten das weitere Ansteigen der demokratischen Volksbewegung nicht aufhalten. Im Januar 1936 wurde die Volksfront offiziell gebildet, nachdem sich die fortschrittlichen Parteien des Landes auf ein Programm weitgehender demokratischer Forderungen geeinigt hatten. Am 16. Februar 1936 errang die Volksfront bei den Neuwahlen der Cortes einen ueberwaeltigenden Sieg. Den 205 Mandaten der Reaktion konnten 268 Mandate der Volksfront gegenuebergestellt werden. Der Staatspraesident Niceto Alcalá Zamora sah sich gezwungen, die Ministerpraesidentschaft nun in die Haende des Vorsitzenden der Republikanischen Partei, Manuel Azaña, zu legen.

Der Wahlerfolg der spanischen Volksfront war der erste sichtbare Ausdruck der ansteigenden antifaschistischen Welle in allen europaeischen Laendern, die sich in dem Sieg der franzoesischen Volksfront bei den Wahlen vom 26. April und 3. Mai 1936 fortsetzte.

Sowohl Hitler wie auch Mussolini waren an der Entwicklung in Spanien stark interessiert. Der Sieg der spanischen Volksfront bedrohte wichtige wirtschaftliche und politische Interessen des deutschen und des italienischen Imperialismus. Spanien war fuer Hitler und Mussolini ein Land, in dem sie fuer ihre Kriegsindustrie in steigendem Masse wichtige Rohstoffe zu finden hofften. Es handelte sich dabei um Eisenerz, Kupfer, Blei, Zinn, Nickel, Silber, Quecksilber, Platin und Wolfram. Die deutschen Buntmetall-Interessen in Spanien wurden seit langen Jahren von der Aktiengesellschaft fuer Bergbau, Blei- und Zinnfabrikation zu Stolberg in Westfalen vertreten. Diese Gesellschaft

\* Sondernummer "Spanien" der "Rundschau", Zeitschrift fuer Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Basel, Mai 1938.

besass in der spanischen Provinz Jaen die Silbermine "La Carnota", in Vilches die Bleiminen "La Rica 1<sup>o</sup> und 2<sup>o</sup>", "El Aumento" und "La Buena", in der Provinz Linares "San Antonio" 10 und 20", "La Major 1<sup>o</sup> und 2<sup>o</sup>" und "Galona 1<sup>o</sup> und 2<sup>o</sup>".

Die Aktienmehrheit der Stolberg A. G. befand sich in den Haenden des deutschen Monopolkapitalisten Otto Wolff. Im Aufsichtsrat der Stolberg A. G. sassen neben Wolff so gute alte Bekannte, wie die Inhaber des Koelner Bankhauses I. H. Stein & Co., Heinrich von Stein und Freiherr Kurt von Schroeder. In dem Aufsichtsrat der Stolberg A. G. sass aber auch der Direktor der Frankfurter Metallgesellschaft, Dr. Richard Merton. Letztere vereinigte in sich alle deutschen Monopolisten, die an einem Ausbau der spanischen Erzausbeute interessiert waren. Ihrem Aufsichtsrat gehoerten unter anderem an: der Vorsitzende der I. G. Farben, Geheimrat Karl Bosch, der gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrates des Nobelschen Dynamit-Trusts, der Ford-Motoren Company und der Rheinmetall A. G. war; Freiherr Karl Friedrich von Siemens, der die spanischen Tochtergesellschaften des Siemens-Konzerns kontrollierte, die in der "Siemens Industria Electrica" zusammengefasst waren. Ferner die Repraesentanten der Berliner Handelsgesellschaft, der DD-Banken und des englischen Finanzkapitals. Mitglied des Aufsichtsrates der Frankfurter Metallgesellschaft war auch Dr. Felix Warlimont, Generaldirektor der Hamburger Affinerie, ein Betrieb zur Verarbeitung von Buntmetallerzen, die ebenfalls am "Spaniengeschaeft" stark interessiert war. Der Bruder des Direktors Warlimont, Oberstleutnant Walter Warlimont, persoenlicher militaerischer Berater Adolf Hitlers, war der erste Kommandeur der beruechtigten Legion "Condor", die schon im Herbst 1936 nach Spanien geschickt wurde.

Seit 1934 verhandelte die Frankfurter Metallgesellschaft mit der spanischen Regierung ueber neue Konzessionen zur Ausbeutung spanischer Erzvorkommen. Im Jahre 1935 erhielt sie diese Konzessionen und entschloss sich, die Ausbeutung der spanischen Erzvorkommen so stark zu erhoehen, dass Deutschland von Lieferungen aus England, Frankreich und Schweden unabhaengig werde. Als Ende 1935 die Annaeherung zwischen Hitler und Mussolini Fortschritte machte, wurden auch die italienischen Metalltrusts zu den Verhandlungen hinzugezogen, um sie an dem Geschaefte zu beteiligen. Dabei spielte der Gedanke eine Rolle, die italienischen Interessen an der Eisenerzproduktion der Alpenen Montan gegen deutsche Interessen an der spanischen Eisenerzfoerderung einzutauschen. Die entscheidenden Verhandlungen fanden in Berlin Anfang Februar 1936, also kurz vor den Neuwahlen in Spanien statt. Die anwesenden deutschen und italienischen Trustherren waren fest ueberzeugt, dass ihr Vertrauensmann Gil Robles einen ueberwaeltigenden Wahlsieg erringen wuerde.

Der Sieg der Volksfront in Spanien schien nun die grosszuegigen oekonomischen Plaene der deutschen und italienischen Imperialisten vorlaeufig in Frage zu stellen. Hitler und Mussolini mussten befuerchten, dass sich die spanische Volksfrontregierung wirtschaftlich enger mit dem demokratischen Frankreich zusammenschliessen werde. Sie versuchten deshalb gar nicht erst, mit der spanischen Volksfrontregierung Verhandlungen aufzunehmen. Stattdessen schlossen die Vertreter der Stolberg A. G., der Frankfurter Metallgesellschaft und der italienischen Metalltrusts einen Vertrag, durch den die gegenseitigen Interessen an der beabsichtigten vergroesserten spanischen Erzausbeute abgegrenzt wurden. Die Vertragsunterzeichnung erfolgte Mitte April 1936 in Berlin. Sie war zugleich

der Auftakt zur Vorbereitung eines gewaltsamen Sturzes der spanischen Volksfrontregierung.

Hitler und Mussolini trafen sich in ihren raeuberischen Absichten mit den Wuenschen der spanischen Reaktion, die ihrerseits Mittel und Wege suchte, die Herrschaft der verhassten Volksfront zu beseitigen. Aus eigener Initiative, oder was wahrscheinlicher ist, von Hitler gerufen, erschienen Ende April 1936 der reaktionaeere General Juan Sanjurjo und der Monopolkapitalist Juan March in Berlin. Sie stiegen im Hotel "Kaiserhof" als Gaeste der Nazi-Regierung ab und wurden von Hitler persoendlich empfangen. Der Zweck ihrer Reise war, mit Hitler, Goering und Rosenberg ueber die Unterstuetzung eines Aufstandes der spanischen reaktionaeeren Militaerclique gegen die Volksfront-Regierung zu verhandeln. Eine Verstaendigung wurde leicht erreicht. Hitler und Goering sagten den spanischen Hoch- und Landesverraetern die Lieferung von Waffen und Spezial-Truppen, sowie die Unterstuetzung durch die nazistische Landesorganisation in Spanien zu. Im Mai 1939 stellte Goering zynisch vor aller Welt fest, dass er schon lange vor Ausbruch der Militaer-Revolve Francos Waffen- und Spezial-Truppen nach Spanisch-Marokko geschickt habe. Die Truppen erhielten in Deutschland eine besondere Ausbildung und fuhren als "Touristen" nach ihrem Bestimmungsort.\*

Aehnliche Verhandlungen wie in Berlin fanden zur gleichen Zeit in Rom statt. Dort vereinbarten Mussolini und Ciano mit Ramon Franco, dem Bruder des Generals, ebenfalls die Unterstuetzung des reaktionaeeren Aufstandes durch Waffen, Munition, Geld und Truppen.

Hitler hatte seit langem Spanien grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gruendung der ersten Nazi-Organisation in Spanien war bereits im Jahre 1931 erfolgt. Ihre Ausbreitung hatte sich in schnellem Tempo vollzogen. Im Jahre 1935 konnte Gauleiter Bohle ueber das Bestehen von 151 Ortsgruppen der NSDAP in Spanien berichten. Ein duenn-maschiges braunes Netz hatte sich ueber Spanien ausgebreitet. Es bestand aus den Landesgruppen der Auslandsorganisation der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront, der Hitler-Jugend, den deutschen Sportorganisationen, dem Fichte-Bund, den deutschen Kirchgemeinden, den nazistischen Konsulaten, den Vertretungen der deutschen Luft- und Schifffahrts-Linien, den Tochtergesellschaften der deutschen Konzerne und Trusts etc. Finanziert wurde diese Bewegung von Stolberg, Siemens, den deutschen Schifffahrtsgesellschaften und anderen Firmen. Aber auch Herr Rosenberg und sein Aussenpolitisches Amt waren nicht muessig gewesen. Sie hatten in Spanien eine "einheimische nazistische Partei" gegruendet, die den reaktionaeersten Teil der spanischen oberen Schichten umfasste, den Namen "Falange" trug und das Heer sowie den Staatsapparat durchsetzte.

Die spanische Volksfrontregierung erleichterte der Reaktion die Vorbereitung ihrer Gegenrevolution durch Schwaeche und Nachlaessigkeit. Sie zoegerte mit der Durchfuehrung wichtiger Programmpunkte; zum Beispiel versaeumte sie es, energisch den Staatsapparat von reaktionaeeren Beamten und die Armee von reaktionaeeren Offizieren zu reinigen. Sie unterliess es auch, die faschistischen Organisationen zu unterdruecken. Sie unternahm wenig zur Loesung des Arbeitslosenproblem. Eine Aenderung trat auch dann nicht ein, als Manuel Azaña Staatspraesident und Cesares Quiroga Ministerpraesident geworden waren. Nach wie vor konnten die Monopolkapitalisten streikende Arbeiter durch bewaffnete

\* Siehe "New York Times" vom 1. Juni 1939.

Betriebspolizei niederknueppeln. Die Feudalherren hetzten ihre Fronvoegte gegen Landarbeiter und Kleinbauern, die begannen, das Land aufzuteilen. Am 14. April 1936 versuchten faschistische Offiziere sogar, anlaesslich einer Truppenparade in Madrid, den Staatspraesidenten Azaña durch einen Bombenwurf zu beseitigen. Der Anschlag konnte noch im letzten Augenblick verhindert werden, aber in dem darauf folgenden Handgemenge wurden die Arbeiter von bewaffneten faschistischen Banden angegriffen.

Die Reaktion konnte ihre Propaganda fuer den Aufstand also ziemlich unbehindert betreiben. Sie fuehlte sich dabei vollkommen sicher. Gil Robles konnte am 15. Juli 1936 in der Sitzung des Staendigen Ausschusses der Cortes ankuen-digen, dass seine Kraefte genuegend vorbereitet seien, um zu handeln. Er und auch seine Helfershelfer konnten trotz dieser provokatorischen Erklaerung in die Provinzstaedte abreisen.

In der Nacht vom 16. zum 17. Juli 1936 brach der Aufstand in Madrid, Barcelona, Sevilla und in vielen anderen Staedten los. Die Fuehrung uebernahmen — nachdem der General Sanjurjo durch einen Flugzeugabsturz in Portugal ums Leben gekommen war — die Generale Francisco Franco und Emilio Mola. Nach der Schaetzung Hitlers und Mussolinis waren die Aufstaendischen stark genug, um die Volksfront-Regierung im ersten Ansturm zu ueberrennen. Der reaktionaeere Aufstand wurde jedoch gegen demokratische Massen unternommen, die erst fuenf Monate zuvor ihren glaenzenden Wahlsieg errungen und ihre Volksfront-Regierung gebildet hatten. Die Massen kannten ihren Gegner aus den Kaempfen in Asturien und Katalonien. Ihnen standen ausserdem die Lehren aus den Ereignissen in Deutschland 1933 und Oesterreich 1934 zur Verfuegung. Diese demokratischen Massen setzten den aufstaendischen Faschisten, Grosskapitalisten, Feudalherren und Generalen einen energischen Widerstand entgegen. Es gelang den Republikanern, in Madrid, Barcelona, Valencia, Malaga, Bilbao und anderen Staedten die Oberhand zu behalten. In wenigen Wochen organisierten sie eine starke Armee, die alle Aussicht hatte, den Sieg ueber Franco und Mola zu erringen.

Damit waren die Berechnungen Hitlers und Mussolinis durchkreuzt und eine ganz andere Situation geschaffen. Fuer den Sieg Francos und die imperialistischen Interessen Deutschlands und Italiens war nunmehr der Einsatz staerkerer militaerischer und wirtschaftlicher Kraefte notwendig. Dadurch entstand jedoch auch die Gefahr, dass sich Spanien in den Kampfboden verwandelte, auf dem die ersten Schlachten zwischen dem nazistisch-faschistischen Block und dem Voelkerbund ausgetragen wurden.

Der Ausgang eines solchen Kampfes war fuer Hitler und Mussolini durchaus zweifelhaft. Dennoch zoegerten beide nicht einen Tag mit der Leistung groesserer Hilfe an Franco und Mola. Nach ihren bisherigen Erfahrungen konnten Hitler und Mussolini erwarten, dass der Voelkerbund auch in diesem Falle vor einer mit Entschlossenheit unternommenen Aktion zurueckweichen werde.

Trotz der Tatsache, dass der Einfluss der Kommunistischen Partei Spaniens in der Volksfront bei Ausbruch der Revolte nur gering war, begann die nazistische und faschistische Presse die rechtmassige Regierung der spanischen Republik als eine "Sowjetregierung" zu bezeichnen. Das Auftreten der Trotzkiisten und POUM-Leute, besonders in Katalonien, lieferte Goebbels und Virginio Gayda die Argumente. In deren anti-bolschewistisches Geschrei stimmten die

Reaktionäre Frankreichs und Englands ein, und der Erfolg blieb nicht aus. Bis in die Reihen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Internationale zeigten sich Schwankungen in der Haltung gegenüber dem heldenhaften, seine nationale Freiheit verteidigenden spanischen Volk.

Hitler und Mussolini organisierten den Transport von Truppen und Kriegsmaterial nach Franco-Spanien mit grosser Umsicht und Energie. Von unseren Untergrundkämpfern in den deutschen Hafenstädten und auf den deutschen Schiffen erhielten wir damals regelmässig Berichte über diese Lieferungen. Einige dieser Berichte aus der Zeit von Ende 1936 bis Anfang 1937 seien als Beispiele zitiert:

“Hamburg, Dezember 1936: Die Lieferungen nach Franco-Spanien nehmen kein Ende. Während früher der Spanien-Dienst der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und einigen Schiffen der Neptun-Gesellschaft vorbehalten blieb, beteiligen sich jetzt alle Reedereien an diesen Fahrten. Die zirka 15 Schiffe der Oldenburg-Portugiesischen Gesellschaft waren früher sehr schlecht beladen; seit Beginn des Aufstandes aber hat jedes der Schiffe 4 bis 6 Fahrten gemacht. Es sind dies die Schiffe “Oldenburg”, “Tanger”, “Rabat”, “Porto”, “Sevilla”, “Melilla”, “Sebu”, “Palos”, “Ceuta”, “August Schulze”, “Lisboa”, “Las Palmas” und “Larache”. Die Neptun-Linie ist den starken Anforderungen, die an ihre Schiffe gestellt werden, nicht gewachsen. Von den vielen Schiffen, die von dieser Reederei nach Spanien geschickt wurden, und die mehr als eine Fahrt gemacht haben, seien nur einige genannt: “Clio”, “Cronos”, “Erpel”, “Atlas”, “Ajax”, “Helios”, “Hermes”, “Achilles”, “Delia”, “Gauss”, “Kepler” und “Juno”. Die Liste ist bei weitem noch nicht vollständig. Die Neptun-Linie hat sich so stark am Spanien-Geschäft beteiligt, dass sie ihre Linienfahrt in der Nord- und Ostsee nicht mehr aufrechterhalten kann und den Schiffsraum von der Reederei Cords in Rostock chartern musste. Ähnlich stark ist die Woermann-Linie für Spanien beschäftigt; und auch der Lloyd und die Hapag wurden für Spanienfahrten verpflichtet.

Seeleute berichten, dass in Pillau, Stettin, Bremen, Hamburg, Kiel, Emden, Rotterdam und Antwerpen Schiff auf Schiff für die spanischen Rebellen geladen wird. Ein Teil der Transporte, die für die Rebellen bestimmt sind, wird in Rotterdam und Antwerpen umgeschlagen. Die Schiffe der Neptun- und Oldenburg-Portugiesischen Linie laden in Hamburg und Bremen Kriegsmaterial für Franco (Waffen, Munition, Tanks, Flugzeuge, usw.). Sie verlassen mit halber Ladung den Hafen, um in Rotterdam und Antwerpen dann Kriegsmaterial zweitrangiger Ordnung zu laden (Autos, Banden, Stahlplatten, Stahldraht, chemische Produkte in Fässern, Schwefelsäure, Fahrgestelle, Motoren, Halbfabrikate der Kriegsindustrie, Granaten-Drehbänke usw.). Daneben hatten sie Flieger, Monteure und andere Reichwehrspezialisten als Passagiere an Bord.”

“Hamburg, Mai 1937. Es wäre grundfalsch anzunehmen, dass die deutschen Mannschafts- und Waffentransporte nach Spanien seit dem Inkrafttreten der Kontrolle aufgehört hätten. Sie werden jetzt besser getarnt, aber sie werden fortgesetzt.

Der Neptun-Dampfer “Helios” fuhr Anfang März mit Kriegsmaterial und 82 in Zivil gekleideten Angehörigen des Reichsheeres nach Sevilla. “Helios” ist kein Passagierdampfer; man musste besondere Vorkehrungen treffen, um

die Leute an Bord unterzubringen. Auch von der Neptun-Linie fahren wöchentlich mehrere Dampfer dieser Art nach Spanien aus. Insgesamt dürften gegenwärtig 100 deutsche Dampfer im Spaniensdienst stehen.”

“Bremen, Mai 1937. Für die Überwachung des Bremer Hafengeländes hat man ein besonderes Dezernat der Gestapo eingerichtet, das dem berüchtigten Folterknecht der Gestapo, Schrader, untersteht. Die Ursache dieser Massnahme sind die Meldungen der Hafendarbeiter und Seeleute über die Verladung von Kriegsmaterial nach Spanien.

In Bremerhaven hat die Polizei in einigen aufeinander folgenden Nächten umfangreiche Razzien durchgeführt und dabei besonders die in der Nähe des Hafenkais befindlichen Häuser abgeriegelt und durchsucht. Alle Passanten wurden angehalten, alle Wohnungen, Keller und Dachböden durchsucht. Personen, die nicht nachweisen konnten, dass sie in dem betreffenden Häuserblock wohnen, wurden verhaftet. Es wurden zirka 300 Personen auf diese Weise von den Polizeistreifen mitgenommen. Die Ursache dieser Massnahme hat sich bald aufgeklärt. Allwöchentlich laufen hier mehrere Schiffe ein, die Verwundete aus Spanien zurückbringen. Obgleich der Zustand der Verwundeten oft die sofortige Überführung ins Krankenhaus notwendig macht, bleiben die Schiffe bis zum Anbruch der Nacht auf der Weser vor Anker liegen. Erst im Schutze der Dunkelheit werden die Verwundeten von Bord gebracht und mit Autos in verschiedene Krankenhäuser überführt. Die Polizei bildet dabei Absperrungsketten, um Neugierige fernzuhalten. Trotzdem hat sich herumgesprochen, dass Verwundete aus Spanien heimlich an Land gebracht werden, und es sammelten sich Personen hinter den Absperrungsketten, auch die Fenster der Häuser nahe dem Kai waren besetzt. Nun hat die Polizei die erwähnten Razzien ausgeführt. Das gleiche wird aus Hamburg gemeldet, wo ebenfalls die Hafenviertel durchsucht und mehrere hundert Personen verhaftet wurden.” \*

So viel aus einigen dieser Berichte. Schon Anfang 1937 operierten auf Seiten Francos 600 deutsche und italienische Flugzeuge, annähernd tausend Tanks, mehr als zweitausend Geschütze und zehntausende Maschinengewehre. Bald trafen die italienischen Divisionen “23. März”, “Littorio” und “Freccias” ein. So kämpften die spanischen Republikaner und die Internationalen Brigaden in Madrid und Guadalajara, an der Süd- und an der Nordfront nicht mehr nur gegen die Franco-Truppen und Marokkaner, sondern auch gegen deutsche und italienische Divisionen und Spezialtruppen.

Die militärische Intervention in Spanien sicherte dem deutschen und italienischen Imperialismus von Anfang an grosse ökonomische Vorteile. Die Transportschiffe, die Waffen, Munition, Flugzeuge, Tanks und Truppen nach Spanien beförderten, kehrten voll beladen mit Erzen zurück. Deutschland allein steigerte seine Einfuhr an Eisenerz aus Spanien von 310.000 Tonnen im Jahre 1937 auf 1 Million Tonnen im Jahre 1938. Die Einfuhr von Kupfer aus Spanien nach Deutschland stieg in dieser Zeit von 7.309 auf 13.167 Tonnen.

Ein Teil der Lieferungen ging zu Lasten Englands. Am 29. April 1937 fand die Generalversammlung der Rio Tinto Ltd. statt. Dort gab der Generaldirektor Sir Eric Geddes die folgende Erklärung ab: “Seit dem 28. August 1936 (an diesem Tage erfolgte die Besetzung des Rio Tinto-Gebietes durch Franco) wurden die Bedingungen für unsere Arbeit kompliziert. Kupfer, Pyrit

\* “Deutsche Informationen”, herausgegeben vom Zentralkomitee der KPD, Jahrgang 1936.

und Schwefel wurden in hohem Masse angefordert und nach verschiedenen Teilen Spaniens, Deutschlands und Italiens befoerdert. Dafuer wurden einige Peseten bezahlt, aber vieles blieb man schuldig. Auf diese Weise war die faktische Regierung Francos in der Lage, sich auslaendische Kredite zu sichern. Die Summe, die im Franco-Territorium aufgelaufen ist, und die wir nicht erhalten haben, betraegt 3.631.918 Peseten."\*

Hitler machte aus den Interessen der deutschen Imperialisten an Spanien bald gar kein Hehl mehr. In einer Rede, die er am 30. Januar 1937 vor dem deutschen Reichstag hielt, erklarte er: "Deutschland hat keine anderen Interessen in Spanien als die Entwicklung solcher oekonomischer Beziehungen, die Mister Eden selbst als so wichtig und vorteilhaft bezeichnet hat... Unsere Sympathien fuer General Franco und seine Regierung sind in erster Linie allgemeiner Natur. Aber sie basieren auch auf der Hoffnung, dass die Konsolidierung eines wirklichen nationalen Spaniens zur Staerkung des europaischen Wirtschaftssystems fuehren moege."\*\*

In seiner Rede auf dem Parteitag in Nuernberg am 13. September 1937 fuehrte Hitler aus: "Im selben Augenblick, wo der Bolschewismus Spanien kontrolliert, wird seine nationale Produktion so gefaehrdet, dass ein kuenftiger Austausch von Waren mit ihm unmoeglich wird... Fuer England mag es eine andere Sache sein, wenn Spanien in eine wirtschaftliche Wueste verwandelt wird. Aber fuer uns Deutsche, die wir nicht die Moeglichkeit haben, unseren Handel von einem Kontinent nach dem anderen zu verlegen, ist Europa, wie es heute existiert, eine Voraussetzung fuer unser Leben. Ein bolschewistisches Europa wuerde unsere Handelspolitik unmoeglich machen, denn wir koennten keine Maerkte mehr finden... Wir haben deshalb ein ernstes Interesse an der Verhinderung der Ausbreitung der bolschewistischen Plage."\*\*\*

Die Antifaschisten der ganzen Welt erwarteten in den Julitagen des Jahres 1936 mit groesster Ungeduld und Begeisterung ein sofortiges Eingreifen Volksfront-Frankreichs zugunsten der spanischen Republikaner. Fuer jeden aufrechten Antinazi war es schon damals klar, dass in dem Ringen zwischen der spanischen Volksfront und den Franco-Rebellen auch fuer Frankreich und seine Volksfront-Bewegung alles auf dem Spiele stand. Der Sieg Francos musste dazu fuehren, dass Hitler und Mussolini auch an der Suedgrenze Frankreichs stehen wuerden. Wer konnte daran zweifeln, dass sie den Krieg gegen die spanische Republik auch darum fuehrten, um Frankreich wehrlos zu machen und den franzoesisch-russischen Sicherheits-Pakt zu sprengen?

In Frankreich war bald nach dem Wahlsieg der Volksfront im Fruehjahr 1936 der Fuehrer der Sozialistischen Partei, León Blum, Ministerpraesident geworden. Zur groessten Ueberraschung fuer alle Freunde des Friedens und des spanischen Freiheitskampfes gab Blum am 1. August 1936 bekannt, dass die Ausfuhr von Waffen an Volksfront-Spanien nicht mehr autorisiert werden koenne. Am 5. August schlugen die franzoesische und die englische Regierung gemeinsam allen interessierten Regierungen vor, auf eine Einmischung in den spanischen Buergerkrieg zu verzichten.

León Blum behauptete spaeter, er habe die Initiative zur Proklamierung dieser unheilvollen Nichteinmischungs-Politik ergriffen, weil Grund zu der Be-

\* "Daily Telegraph" vom 30. April 1937.

\*\* "Voelkischer Beobachter" vom 31. Januar 1937.

\*\*\* "New York Times" vom 14. September 1937.

fuehrung vorhanden gewesen sei, dass eine allseitige Einmischung in den spanischen Buergerkrieg zum allgemeinen europaischen Krieg fuehren werde. Diese Behauptung stand im krassen Widerspruch zu dem damals vorhandenen Kraefteverhaeltnis zwischen Deutschland und Italien auf der einen und England, Frankreich, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite. Hitler und Mussolini hatten ihre Ruestungen noch laengst nicht beendet. Fuer sie waere es einem Selbstmord gleichgekommen, sich auf einen Krieg gegen Frankreich, England und die Sowjetunion einzulassen. Ein gemeinsames entschlossenes Auftreten dieser drei Maechte konnte die nazifaschistische Front zurueckdraengen und vernichten. Selbst Lloyd George, der vorher immer fuer ein nachgiebiges Verhalten Hitler-Deutschland gegenueber eingetreten war, erklarte nun im Unterhaus: "Man sagt, es gaebe Krieg, wenn wir gegenueber Berlin und Rom Festigkeit an den Tag legen. Ich sage Ihnen, wenn wir keine solche Festigkeit an den Tag legen, so werden wir sicher Krieg haben."\*

Die wirkliche Ursache dafuer, dass León Blum die Initiative zur Nichteinmischungs-Politik ergriff, war, dass er und die Mehrheit seines Kabinetts ebenfalls unter dem Einfluss der anti-bolschewistischen Hetze Hitlers und Mussolinis standen. Wankelmuetigkeit und Feigheit veranlassten diesen Teil der franzoesischen Regierung zu dem schaendlichen Beschluss, die rechtmassige Regierung der spanischen Republik ihrem Schicksal zu ueberlassen. Damit wurde aber zugleich die Grundlage fuer die gerade sich bildende Einheit des franzoesischen Volkes gegen Nazismus und Faschismus erschuettert. Als León Blum Anfang August 1936 eine aus dem Aussenminister Yvon Delbos, dem Botschafter Charles Corbin und dem Admiral Jean Darlan bestehende Delegation mit dem Auftrag nach London schickte, um die franzoesisch-englische Spanien-Politik in Uebereinstimmung zu bringen, wurde dort weniger die angebliche Kriegsgefahr, als vielmehr die angebliche kommunistische Gefahr diskutiert.

Die englische Regierung unterstuetzte die Nichteinmischungs-Politik auch, weil die reaktionaeren Kreise des englischen Grossbuergerturns, die Milliarden in Spanien investiert hatten, ueberzeugt waren, dass ihre Profite durch Franco besser als durch Azaña gesichert wurden. Jene Kreise sahen in Hitler, Mussolini und Franco zuerst einmal die Buettel gegen die verhasste Volksfront. Spaeter werde es wohl immer noch die Moeglichkeit geben, mit eigenen Forderungen hervorzutreten und Franco von Hitler und Mussolini zu trennen.

Der linke Fluegel der internationalen Arbeiterbewegung versuchte, nach Ausbruch des spanischen Krieges eine maechtige und einheitliche Solidaritaetsbewegung fuer die spanische Republik zu entwickeln. Bald stroemten aus allen Laendern der Welt Freiwillige nach Spanien, um mit der Waffe in der Hand gegen Nazismus und Faschismus zu kaempfen. Aber es war nicht moeglich, eine gemeinsame Front des rechten und des linken Fluegels der internationalen Arbeiterbewegung zu bilden. Vorschlaege, die Marcel Cachin und Maurice Thorez am 14. Oktober 1936 im Auftrage des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur Organisierung einer gemeinsamen Hilfsaktion fuer Volksfront-Spanien dem Praesidenten und dem Generalsekretaer der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Louis de Brouckère und Friedrich Adler, unterbreiteten, wurden abgelehnt. Nach Brouckère und Adler sollten die beiden Internationalen jede fuer sich allein und selbstaendig vorgehen. Ein spaete-

\* Zitiert nach Georgi Dimitroff "Ein Jahr heroischer Kampf des spanischen Volkes" in "Rundschau", 4. Mai 1938.

rer, von Georgi Dimitroff ausgehender Einigungs-Vorschlag, der unter anderem die Bildung eines gemeinsamen Kontakt-Ausschusses der Kommunistischen Internationale, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschafts-Bundes vorsah, wurde von Brouckère und Adler mit der Erklärung beantwortet, "ihnen fehle die Vollmacht, im Namen der SAI einem solchen Kontakt-Ausschuss beizutreten".

Nach laengerem Briefwechsel und vielen Verhandlungen erklarten sich de Brouckère und Adler schliesslich bereit, mit den Vertretern der Kommunistischen Internationale in der franzoesischen Grenzstadt Annemasse zu einer unverbindlichen Konferenz zusammenzutreffen, um die ganze Frage zu diskutieren. Das Ergebnis der Verhandlungen war die gemeinsam unterzeichnete Feststellung, "dass in bezug auf Spanien die beiden Internationalen im Wesen die gleichen Forderungen aufgestellt haetten. Dass man sich bemuehen muesse, ueberall, wo es nur moeglich sei, gemeinsam fuer das spanische Volk einzutreten, und dass man sich in dem Wunsche einig sei, dass neue Kontakte nach kurzer Zeit stattfinden sollten, um in ins Einzelne gehender Weise die konkreten Mittel zu studieren, die fuer die materielle und fuer die moralische Hilfeleistung fuer Spanien in Aussicht genommen seien." \*

Als sich dann fuer die spanische Volksfront durch die Einmischung Hitlers und Mussolinis und durch die Nichteinmischungs-Politik Blums und Baldwins die Lage immer mehr verschlechterte, rief Georgi Dimitroff erneut zur gemeinsamen internationalen Aktion auf. Aber wieder ohne Erfolg. Nicht einmal eine Zusammenkunft kam zustande. Die tragischen Folgen dieser mangelnden Einheit der internationalen Arbeiterklasse wurden in dem Aufruf der Kommunistischen Internationale zum 1. Mai 1938 mit grosstem Klarblick wie folgt vorausgesagt:

"Das republikanische Spanien ist in Gefahr. Die geschworenen Feinde des spanischen Volkes haben die Aragon-Front durchbrochen. Sie senden immer neue Truppen und Waffen nach Spanien. Die Weltreaktion will die Niederlage des spanischen Volkes, aber Millionen Arbeiter in der ganzen Welt kaempfen fuer seinen Sieg. Sie sind zu den grossten Opfern bereit, um an diesem Sieg tatkraeftig mitzuwirken. Es gibt genug Mittel und Wege, um dem spanischen Volke wirksam und unverzueglich zu helfen. Im Namen von Millionen Arbeitern, im Interesse der Verteidigung des spanischen Volkes wendet sich die Kommunistische Internationale neuerlich mit dem Vorschlag an die Sozialistische Arbeiter-Internationale und an den Internationalen Gewerkschafts-Bund, die Einheit herbeizufuehren.

Wir sagen, wenn Ihr dem republikanischen Spanien helft und China verteidigt, kaempft Ihr heute gegen den Weltkrieg, verteidigt Ihr Euer Heim, Eure Freiheit und die Unabhaengigkeit Eurer Laender gegen die nazistischen Henker. Voelker, die zulassen, dass das republikanische Spanien oder China erdrosselt werden, spannen sich mit eigenen Haenden ins faschistische Joch und machen die Ketten ihrer monopolistischen Sklaverei noch schwerer.

Zynisch beluegt man die Arbeiterklasse, wenn man behauptet, dass die Regierungen Gross-Britanniens und Frankreichs nicht die Macht haben, den internationalen Wegelagerern Einhalt zu gebieten. Sie koennen ihnen Einhalt

\* Zitiert nach Franz Dahlem "Die Kommunistische Internationale in Kampf um die internationale Einheit fuer die Solidaritaet mit dem republikanischen Spanien", Spanien-Sondernummer der "Rundschau", a. a. O.

gebieten, sie muessen nur den Vorschlag der Sowjetunion zur gemeinsamen Aktion aller Staaten, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, gegen die Anstifter des Krieges annehmen. Sie muessen ihrer Aktion durch wirtschaftliche Massnahmen Nachdruck verleihen. Sie sollen den faschistischen Banditen die Kredite entziehen, ihnen die Rohstoffe verweigern, die sie zur Kriegsfuehrung brauchen, sie sollen ihnen den Handel sperren und nicht das republikanische Spanien, sondern seine Angreifer blockieren. Sie sollen die Grenzen oeffnen und dem spanischen Volke die Moeglichkeit geben, frei Waffen einzukaufen. Schon das waere genug, um den Faschismus zu zwingen, wie ein gepruegelter Hund zurueckzuweichen." \*

Diese Beschwuerungen und Warnungen nuetzten aber leider nichts. Es wiederholte sich hier im internationalen Masstabe das, was sich im Jahre 1922 in Italien, und was sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik in Deutschland abgespielt hatte: Die innere Zerruetung und Uneinigkeit der Voelker, zum Teil durch die nazistische und faschistische Fuenfte Kolonne herbeigefuehrt, die tiefgehende Spaltung der Arbeiterklasse in den verschiedenen Laendern und der dadurch unmoeglich gemachte einheitliche Kampf sicherten Hitler und Mussolini einen ihrer grossten Siege. Nun konnten sie umso besser ihre letzten Vorbereitungen treffen fuer den allgemeinen Raubkrieg, auf den sie lossteuerten.

Die Sowjetunion unternahm seit dem ersten Tage des nazistischen Aufstandes in Spanien alles, um das fuer seine Freiheit kaempfende spanische Volk zu unterstuetzen. In den ersten Augusttagen 1936 versammelten sich 200.000 Buerger der Sowjetunion auf dem Roten Platz in Moskau zu einer Kundgebung fuer das republikanische Spanien. Im Namen von 25 Millionen Mitgliedern der Sowjet-Gewerkschaften rief Nikolai Schwernik zur Solidaritaet mit dem spanischen Volke auf. Bis Ende 1936 wurden in der Sowjetunion zur Unterstuetzung des kaempfenden spanischen Volkes 47,6 Millionen Rubel aufgebracht. Schon am 15. Oktober 1936 ging der erste Lebensmittel-Dampfer der Sowjet-Gewerkschaften nach Spanien ab. Am 17. Oktober richtete Joseph Stalin das folgende Telegramm an die kaempfenden Massen Spaniens:

"Die Werktaetigen der Sowjetunion erfuellen lediglich ihre Pflicht, indem sie den revolutionaeren Massen Spaniens nach Kraeften helfen. Sie legen sich Rechenschaft darueber ab, dass die Befreiung Spaniens vom Joch der faschistischen Reaktionaere keine private Angelegenheit der Spanier ist, sondern gemeinsame Sache der gesamten fortgeschrittenen und fortschrittlichen Menschheit." \*\*

Die Sowjet-Regierung bekaempfte die Nichteinmischungs-Politik der franzoesischen und der englischen Regierung, obwohl sie dem Londoner Nichteinmischungs-Komitee beigetreten war. Der Volkskommissar fuer Auswaertige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, erlaeuerte im September 1936 auf der Tagung des Voelkerbundes in Genf den Standpunkt der Sowjet-Regierung durch folgende Worte: "Die Sowjet-Regierung hat sich der Deklaration ueber die Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten nur deshalb angeschlossen, weil ein befreundetes Land (Frankreich) andernfalls einen internationalen Konflikt befuerchtete. Sie verfuhr so, ungeachtet ihrer Ansicht, dass das Prinzip der Neutralitaet auf den Kampf von Aufreuehrern gegen die gesetzliche Regierung keine Anwendung finden darf und den Voelkerrechtsnormen widerspricht. Sie

\* Zitiert nach Franz Dahlem, a. a. O.

\*\* Spanien-Sondernummer der Rundschau", a. a. O.

versteht, dass der erwachte ungerechte Beschluss von den Laendern erzwungen worden ist, die sich als Stuetzen der Ordnung betrachten und eine neue Lage voller unermesslicher Folgen geschaffen haben, auf Grund derer die Unterstuetzung der Aufrehrer gegen ihre gesetzliche Regierung gestattet ist." \*

Am 23. Oktober 1936 erklarte der Vertreter der Sowjetunion vor dem Londoner Nichteinmischungs-Komitee: "Da die Sowjetunion nicht willens ist, in der Lage von Menschen zu bleiben, die, ohne zu wollen, ein ungerechtes Werk unterstuetzen, sieht sie nur einen Ausweg aus der entstandenen Situation: Der spanischen Regierung das Recht und die Moeglichkeit auf Waffenkauf ausserhalb Spaniens zurueckzuerstatten und es den Teilnehmern am Abkommen zu ueberlassen, ob sie an Spanien Waffen verkaufen wollen oder nicht. Auf jeden Fall sieht sich die Sowjetregierung, die nicht gewillt ist, weiter fuer die geschaffene Situation, die offensichtlich ungerecht ist, die Verantwortung zu tragen, gezwungen zu erklaren, dass sie sich in keinem grosseren Masse als ein anderes der an diesem Abkommen beteiligten Laender an das Nichteinmischungs-Abkommen gebunden fuehlt." \*

Die Sowjetunion unterstuetzte daher die Volksfront-Regierung Spaniens mit Waffen und Nahrungsmitteln. Hitler und Mussolini verbreiteten die Propagandaluege: die Sowjetunion wolle in Spanien die proletarische Diktatur errichten und Spanien der Sowjetunion eingliedern. Dazu erklarte Litwinow auf dem VIII. Ausserordentlichen Unions-Sowjetkongress im September 1936: "Unsere Feinde behaupten, dass wir auf der Pyrenaischen Halbinsel einen kommunistischen Sowjetstaat zu schaffen bestrebt sind, den wir sogar in den Bestand der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einzuschliessen beabsichtigen. Derartige Maerchen werden selbstverstaendlich zu dem Zweck verbreitet, den Sinn unseres wahren Interesses an den spanischen Ereignissen zu verdunkeln." \*

In Wirklichkeit wollte die Sowjetunion nichts von Spanien und hat von ihm nie etwas verlangt. Das wurde von dem spanischen Ministerpraesidenten Dr. Juan Negrin vor dem Voelkerbund ausdruecklich festgestellt, indem er erklarte: "Die Sowjetunion hat waehrend der ganzen Dauer des spanischen Konfliktes in Spanien weder etwas erbeten, noch erstrebt. Die Sowjetunion hat in Spanien weder mineralogische noch oekonomische, noch strategische Interessen, nicht einmal Erwaegungen des sogenannten Gleichgewichtes. Sie interessiert einzig und allein die Behauptung des Rechtes eines jeden Volkes, sein inneres Regime durch eigene Entscheidung zu bestimmen, ohne Einmischung auslaendischer Staaten und umso weniger auslaendischer Truppen und die Nichtzulassung der Bildung eines neuen Stuetzpunktes fuer die Aggression gegen ganz Europa in Spanien." \*

Es wuerde hier zu weit fuehren, die ganze Tragikomoedie der Nichteinmischungs-Politik mit all ihren schmaehlichen Zuegen darzustellen. Es genuegt die kurze Feststellung einiger Tatsachen: Hitler und Mussolini sandten jeden Monat mehr Waffen, Munition und Divisionen nach Franco-Spanien. Deutsche Flieger bombardierten spanische Staedte und toeteten zehntausende Frauen und Kinder; sie machten das spanische Staedtchen Guernica dem Erdboden gleich. Der Panzerkreuzer A, fuer dessen Bau noch die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Mueller die Mittel bewilligt hatte und der nun den Namen "Deutschland" trug, beschoss Almeria. Die englisch-franzoesisch-italiensich-deutsche Mehrheit des Nichteinmischungs-Ausschusses in London stellte jedoch als die

\* Spanien-Sondernummer der "Rundschau", a. a. O.

einzige Einmischung die der Internationalen Brigaden und die der Sowjetunion fest. Trotz alledem kaempften die schlecht bewaffneten Volksfront-Armeen mit Erfolg gegen die Uebermacht deutscher und italienischer Flugzeuge, Tanks und Geschuetze.

Anfang Januar 1939 bereiteten Hitler, Mussolini und Franco eine General-offensive gegen die republikanische Front in Katalonien vor. Ministerpraesident Negrin brachte daraufhin in einem Appell an die Armee den eisernen Willen des spanischen Volkes zum Ausdruck, weiter Widerstand fuer die Unabhaengigkeit ihres Landes zu leisten. Der Aussenminister der spanischen Volksfront-Regierung, Julio Alvarez del Vayo, machte noch einmal den Versuch, von Frankreich und England Waffen zu erhalten. Alle wirklichen Patrioten Englands und Frankreichs liehen ihm dabei ihre Unterstuetzung. In Frankreich traten nun sogar der Vater der Nichtintervention, León Blum, der nicht mehr der Regierung angehoerte, und der fruehere Franco-Anhaenger Henri de Kérillis fuer die Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes zugunsten Volksfront-Spaniens auf. In England richtete der Vorsitzende der Labour Party, Major Clement Attlee, an den Ministerpraesidenten Neville Chamberlain ein Schreiben, in dem er feststellte, dass es mit der Ehre und dem Interesse Englands nicht mehr vereinbar sei, der spanischen Volksfront-Regierung weiter das Recht zu verweigern, Waffen im Ausland zu kaufen.

Unterdessen hatte Hitler jedoch Oesterreich besetzt und den Pakt von Muenchen abgeschlossen, der ihm das Sudetenland auslieferte und das Tor nach Prag oeffnete. Der franzoesische Aussenminister Pierre Etienne Flandin wagte es nun, die Forderung der Opposition am 17. Januar 1939 mit denselben Argumenten zu beantworten, mit denen Blum 1936 die Nichteinmischungs-Politik begruetet hatte. "Frankreich muss" — sagte Flandin — "an der Nichtintervention festhalten, selbst wenn andere ihrem Versprechen nicht nachkommen. Wir sind gewarnt worden, dass die Einmischung Frankreichs zugunsten Volksfront-Spaniens zum allgemeinen Krieg fuehren wird."

Chamberlain antwortete Attlee, "dass nach der Auffassung der Regierung Seiner Majestaet die Aufhebung des Waffen-Embargos zu einer ersten Ausdehnung des Konfliktes fuehren wuerde." Zu dieser Zeit schrieb die Nazi-Presse mit der grossten Unverfrorenheit, "dass jede Unterstuetzung an Negrin als Sabotage der Nichtintervention betrachtet werde und Mussolini vollkommen freie Hand gaebe".

Durch diese internationale Verschwuerung der Appeaser wurde das Schicksal des heldenhaften Kampfes der spanischen Volksfront besiegelt. Am 26. Januar 1939 fiel Barcelona; am 28. Maerz fiel Madrid. Aber den Nichteinmischungs-Politikern Daladier und Chamberlain war es noch immer nicht genug. Die republikanischen Fluechtlinge, welche die franzoesische Grenze ueberschritten, wurden von der Daladier-Regierung in fuerchterlichster Weise behandelt, um sie zu veranlassen, sich Franco auszuliefern. Englische Kriegsschiffe machten es den Faschisten moeglich, die Insel Minorca zu besetzen. Die spanischen Goldreserven, die in Frankreich deponiert waren, und die schon León Blum der spanischen Volksfront-Regierung vorenthalten hatte, lieferte Daladier an Franco aus. Schliesslich erkannten Daladier und Chamberlain die Franco-Regierung auch noch de facto an, angeblich um den Frieden Europas zu erhalten.

In der Tat brachten diese Staatsmaenner durch ihre Massnahmen nur ihre



eigenen Nationen bei allen kleinen Voelkern Europas in tiefsten Misskredit. Sie schaedigten dadurch die nationalen Interessen Frankreichs und Englands, angesichts des schon damals unvermeidbar gewordenen allgemeinen Krieges, auf das Schlimmste.

## DER BANKROTT DER OSTPOLITIK HITLERS UND ROSENBERGS

Im Jahre 1936 war Hitler noch weit von seinem Ziel entfernt, gemeinsam mit Polen und Japan und im Zusammenwirken mit der trotzkistischen Fuenften Kolonne die Sowjetunion anzugreifen. Die Ursachen dafuer waren: die Niederlage in dem deutsch-oesterreichischen Konflikt des Jahres 1934, die Schwierigkeiten, die sich dadurch dem Vordringen des deutschen Imperialismus auf dem Balkan entgegengestellt hatten, die Engagierung des japanischen Imperialismus in China, der franzoesisch-russische und der russisch-tschechoslowakische Sicherheits-Pakt, die noch unzuellaengliche Aufruestung Deutschlands, ferner die erfolgreiche Verwirklichung des ersten und zweiten Fuenfjahresplanes, wodurch die militaerische Macht der Sowjetunion ausserordentlich gestaerkt worden war.

Wie ernst Hitler seine Plaene gegen die Sowjetunion nahm, darueber wurden im Verlaufe des Jahres 1935 immer neue Tatsachen bekannt. Am 25. Mai 1935 informierte Louis P. Lochner (langjaehriger Berichterstatter der "Associated Press" in Berlin) den USA-Botschafter Dodd ueber ein Gesprach, das zwischen ihm und einem Bekannten aus dem deutschen Aussenministerium stattgefunden hatte. Danach bestand zwischen Deutschland und Japan schon seit langer Zeit ein Militaer-Pakt und demnaechst sollten siebzig japanische Offiziere in Deutschland eintreffen, um ihre Taetigkeit mit der der deutschen Offiziere zu koordinieren. \* Am 6. Juli 1935 machte Aussenminister Freiherr von Neurath gegenueber Dodd Aeusserungen, aus denen ebenfalls unschwer zu entnehmen war, dass tatsaechlich ein Militaer-Pakt zwischen Deutschland und Japan bestehe. Neurath sagte sinngemaess: "Deutschland kann nicht an der bevorstehenden Flotten-Konferenz in London teilnehmen, wenn Japan es ablehne, zu kommen".

Die Konferenz fand vom 9. bis 20. Dezember 1935 in London statt. Deutschland war nicht anwesend. Japan war aber vertreten. Die japanische Regierung wollte die Reise wichtiger Persoenlichkeiten Japans nach Europa zu Verhandlungen mit Hitler, Pilsudski und Mannerheim ausnuetzen. Zur Vorbereitung der Verhandlungen machten Goering, Rosenberg und Ribbentrop noch die groessten Anstrengungen, um andere Nationen fuer die Ziele des deutsch-polnisch-japanischen Paktes zu gewinnen. Im September 1935 fand dazu in dem frueheren kaiserlichen Jagdschloss Rominten in Ostpreussen eine Zusammenkunft statt, an der Goering, Ribbentrop, Prinz Radziwil, Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses des Polnischen Sejm, General Goemboes, Ministerpraesident Ungarns, und der finnische General Mannerheim, teilnahmen. Zur Behandlung stand die Frage, wie ein faschistischer Block, bestehend aus Deutschland, Italien, Polen, Oesterreich, Ungarn, Rumaenien, Bulgarien, Jugoslawien, Finnland, den baltischen Staaten und Japan gegen die Sowjetunion zustandegebracht werden koenne.

Am 1. Dezember 1935 wurde die Romintener Konferenz in Berlin fortgesetzt. Nunmehr nahmen auch die Vertreter Japans teil. Die japanische Re-

gierung hatte zu diesem Termin eine Konferenz ihrer in Europa befindlichen Militaer- und Marine-Attachees sowie der japanischen Delegation zur Londoner Konferenz nach Berlin einberufen. Goering und Ribbentrop konnten so, ohne Aufsehen zu erregen, mit den Japanern zusammenkommen. Nach dem Ende der Flotten-Konferenz fanden noch einmal Verhandlungen zwischen Goering und dem japanischen General Sawada in Warschau statt. Aber das Ergebnis aller dieser Verhandlungen war fuer die Nazis aeusserst unbefriedigend.

Vieles hatte sich seit 1934 im Fernen Osten veraendert. In China hatte sich unter Fuehrung der Zentral-Regierung der Sowjetgebiete und der Kommunistischen Partei eine starke Einheitsbewegung fuer die Beendigung des von Tschangkaischek hervorgerufenen Buergerkrieges und gegen die japanische Invasion entwickelt. Am 1. August 1935 erliess das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas einen flammenden Appell zur Einheit, in dem es hiess: "Verteidigung gegen Japan bedeutet das Leben, das Zurueckweichen vor Japan bedeutet den Tod." In diesem Appell wurde allen politischen Parteien, Gruppen und Armeen des Landes vorgeschlagen, den Buergerkrieg einzustellen, sich zum Kampf gegen den japanischen Aggressor zu vereinigen und gemeinsam eine Regierung der nationalen Verteidigung Chinas zu bilden. Anfang Februar 1936 rief die Zentralregierung der chinesischen Sowjetgebiete zu einer All-Chinesischen Konferenz auf, um zum Kampfe gegen Japan Stellung zu nehmen. Die wachsende Einigung des chinesischen Volkes gegen den japanischen Imperialismus zwang diesen, seine Hauptkraefte auf die Verteidigung Mandschukuos und Jehols zu konzentrieren.

Das war aber nicht alles. Seit dem Beginn der japanischen Invasion im Fernen Osten hatte die japanische Regierung ihre imperialistischen Raubzuege im Zusammenhang mit einer kuenftigen Attacke gegen die Sowjetunion geplant. Dies hatte ihr die freundliche Untertuetzung reaktionaeerer Kreise in England und in einigen anderen Laendern gesichert. Japan war jedoch nicht in der Lage, den Angriff auf die UdSSR schnell durchzufuehren; denn das Kraefteverhaeltnis zwischen der Sowjetunion und Japan hatte sich inzwischen wesentlich verschoben.

England suchte nunmehr das Vordringen Japans im Fernen Osten einzu-daemmen. Es forderte infolgedessen Anfang 1935 von Japan, China gemeinsam mit England und den Vereinigten Staaten finanziell zu sanieren. England hoffte damit die Nanking-Regierung, die militaerischen Gruppierungen Chinas und auch die internationale Kontrolle ueber China zu staerken und ein Gegengewicht gegen den japanischen Einfluss zu schaffen. Im August 1935 begab sich der Vertreter der englischen Regierung, Leith Ross, nach Tokio, um mit der japanischen Regierung eine Verstaendigung ueber eine internationale Anleihe fuer China herbeizufuehren. Die japanische Regierung stellte jedoch folgende Gegenforderung fuer ihre Teilnahme an einem solchen Schritt: Anerkennung der japanischen Vorherrschaft in China durch England und Offene Tuer-Politik gegenueber japanischen Waren und japanischem Kapital im gesamten britischen Empire.

Das war eine Ablehnung der englischen Forderungen durch Japan. England unternahm nunmehr selbstaendige Schritte in China. Es veranlasste die chinesische Regierung, den Silberstandard aufzugeben und die Papierwaehrung einzufuehren. Diese Massnahme musste zur Staerkung der wirtschaftlichen Stellung Englands in China fuehren. Sie richtete sich besonders gegen die

\* Siehe "Ambassador Dodd's Diary 1933-1938", New York 1941.

japanischen Interessen und verursachte eine Verschärfung des englisch-japanischen Gegensatzes im Fernen Osten. Diese Entwicklung machte es dem japanischen Imperialismus vorläufig unmöglich, den Überfall auf die Sowjetunion zu realisieren. Damit wurde auch der deutsch-polnisch-japanische Pakt gegenstandslos. Die Ostpläne der Hitler-Rosenberg konnten nicht verwirklicht werden. Es blieb ihnen nichts weiter übrig, als abzuwarten und zu hoffen, dass sich die Verhältnisse im Fernen Osten bald günstiger gestalten mögen.

Aber die durch die Aufrüstung entfesselten Kräfte der deutschen Industrie waren nicht zum Stillstand zu bringen und so konnte auch Hitler nicht stehen bleiben. Er musste andere Objekte für seine aggressive Außenpolitik auffindig machen. Es gehörte in das Spiel Hitlers, dass er England, Frankreich und Amerika gegenüber den Eindruck erwecken wollte, als denke er nicht an einen Überfall auf die Sowjetunion. Er veranlasste deshalb Neurath dem USA-Botschafter Dodd am 29. Februar zu erklären, "dass Deutschland auch dann nicht in einen Krieg mit der Sowjetunion eintreten werde, wenn Japan Russland angreifen würde." Im März 1936 schloss Deutschland einen Handelsvertrag mit der Sowjetunion, durch den ihr ein Kredit in Höhe von 200 Millionen Mark auf die Dauer von fünf Jahren zugesichert wurde. Mit diesen Manövern versuchte Hitler nicht nur gegenüber den Westmächten die erlittene außenpolitische Niederlage zu verhehlen. Er wollte auch zum Ausdruck bringen, dass die Gewinnung Nazi-Deutschlands als Büttel gegen die Sowjetunion nun wesentlich höhere Gegenleistungen zur Voraussetzung habe.

Schon im Februar 1936 erweckte Hitler den Anschein, dass er ernstlich die Frage der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund prüfe. In Wirklichkeit konzentrierte er sich außenpolitisch auf die Stärkung seines Einflusses in Südosteuropa. Er suchte dazu mit Mussolini eine Verständigung auf folgender Grundlage: Der deutsche Imperialismus errichtet seine Vorherrschaft auf dem Balkan, der italienische auf der iberischen Halbinsel. Die wirtschaftliche Ausbeutung beider Gebiete soll jedoch gemeinsam erfolgen. Oesterreich und Ungarn waren als Brücke zwischen dem nazistischen Deutschland und dem faschistischen Italien gedacht. Durch den Wahlsieg der Volksfront in Spanien am 16. Februar 1936 wurden diese Pläne zum Nachteil Mussolinis vorläufig durchkreuzt. Sie waren der politische Anlass zur gemeinsamen Unterstützung des Franco-Aufstandes durch Hitler und Mussolini, wobei Mussolini die grösseren Lasten zu übernehmen hatte. Die Verständigung über Oesterreich kam durch die Unterzeichnung des deutsch-oesterreichischen "Kultur-Vertrages" vom 11. Juli 1936 zum Ausdruck.

In Verbindung mit diesen außenpolitischen Schachzügen erhob Hitler die Forderung nach Übersee-Kolonien. Am 18. Januar 1936 erklärte Goebbels in einer Sportpalast-Versammlung in Berlin: "Einmal freilich wird der Zeitpunkt kommen, wo wir von der Welt auch Kolonien fordern müssen. Auf die Dauer geht es nicht, wie wir heute leben. Die andere Welt schwimmt im Überfluss, und wir sind ein Habenichtes. Dass wir Kolonien noetig haben, muss jeder einsehen." \* Am 4. März 1936 sagte Schacht in einer Rede zur Eröffnung der Leipziger Frühjahrs-Messe, dass die früheren deutschen Kolonien zurückgegeben werden müssten. Am 7. März 1936 stellte Hitler in seinem sogenannten Friedens-Memorandum die Forderung nach Kolonien auf. Es

\* zitiert nach "Hitler fordert Kolonien", Paris 1936.

heisst dort im Punkt 18 des den Locarno-Mächten überreichten Memorandums: "Die Reichsregierung spricht die Erwartung aus, dass im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung... geklärt wird." \* Im April 1936 wurde in Hamburg die alljährliche Deutsche Kolonialtagung zu einer ganz besonderen politischen Kundgebung ausgebaut und sogar mit der Eröffnung einer Kolonial-Ausstellung verbunden.

Auf dem Nuernberger Parteitag im September 1936 erhob Hitler erneut die Forderung nach Kolonien. In seiner Rede berief er sich auf die von dem früheren englischen Außenminister Sir Samuel Hoare am 11. September 1935 in Genf gehaltene Rede über die Neuaufteilung der Rohstoffquellen. Er forderte Kolonien und betonte ausdrücklich, dass für Deutschland nur solche Rohstoffquellen in Frage kämen, die sich unter deutscher Wahrungshoheit befinden. Am 1. Oktober 1936 fand schliesslich die Einweihung einer neuen Kolonial-Schule in Bremen statt, sodass von da ab jährlich 3.000 Schüler eine spezielle Ausbildung für den Dienst in den Kolonien erhielten.

Die Frage der Übersee-Kolonien hatte bis dahin in Hitlers Außenpolitik keine besondere Rolle gespielt. In "Mein Kampf" sagte Hitler, dass durch die Bildung des Hundert Millionen-Blockes der Deutschen in Europa auch die Kolonialpolitik der Vorkriegszeit abgeschlossen werden solle. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass das Übersee-Kolonialproblem des deutschen Imperialismus das letzte sei, welches zu lösen wäre. Es war das auch ganz logisch: Übersee-Kolonien konnten nur im Kampfe mit England errungen werden. Hitler wollte aber bis nach der Errichtung des Hundert Millionen-Blockes der Deutschen in Mitteleuropa, bis nach dem Raub der Ukraine, der baltischen Länder und Weissrusslands, jeden ernststen Konflikt mit England vermeiden.

Wenn Hitler trotzdem die Forderung nach Übersee-Kolonien erhob, so musste er dazu seine besonderen Gründe haben. Hitlers Forderung nach Kolonien war an England gerichtet. Die englische Regierung sollte dadurch in Unruhe versetzt, von den Südosteuropa-Plänen Hitlers abgelenkt und in einen noch tieferen Gegensatz zu Frankreich gebracht werden, das den grössten Teil der früheren deutschen Kolonien als Mandatsmacht verwaltete. Die zahlreichen im Reiche verbreiteten Kolonial-Broschüren und die gesteigerte Ausbildung von Kolonial-Fachleuten liessen ausserdem den Schluss zu, dass zwischen Hitler und Mussolini Vereinbarungen über die Aufteilung ihrer Interessensphären in Nordafrika und in Kleinasien getroffen worden waren.

#### DER ANTIKOMINTERN-PAKT

Der von Hitler und Ribbentrop Anfang 1936 eingeschlagene außenpolitische Kurs wurde durch ein neues Ereignis, das sich in der Sowjetunion abspielte, noch mehr gefestigt. Die in der UdSSR tätige Fünfte Kolonne hatte, den Anweisungen Rosenbergs und Trozki's entsprechend, mit einem Überfall Deutschlands, Polens und Japans auf die Sowjetunion gerechnet, den sie spätestens für das Jahr 1935 erwartete. Zur Vorbereitung dieser Aggression verübte sie Mordanschläge auf Sowjetführer, Sabotageakte in der Kriegsindustrie und in der kollektivisierten Landwirtschaft, im Transportwesen und in der Armee. Die Fünfte Kolonne rechnete mit einer schnellen Niederlage der Sowjetunion

\* zitiert nach "Hitler fordert Kolonien", Paris 1936.

in diesem Zweifrontenkrieg und war entschlossen, diese Niederlage fuer sich zur Durchfuehrung ihres geplanten trotzkistisch-national-faschistischen Umsturzes auszunuetzen.

Aber das Jahr 1935 verfloss, ohne dass der deutsch-japanische Ueberfall stattfand. Die terroristische Taetigkeit der Fuenften Kolonne veranlasste jedoch die Sowjetregierung zu einer grosseren Wachsamkeit und zu energischen Gegenmassnahmen. Schon Anfang 1936 gelang es den Sowjetbehorden, in das Netz der Verbrecherbande einzudringen und Verhaftungen vorzunehmen. Der erste grosse Prozess gegen einige Fuehrer der Fuenften Kolonne, die unter anderem die Urheber des Mordes an S. M. Kirow waren und die Ermordung Stalins, Molotows und Kalinins geplant hatten, fand in den Tagen vom 19. bis 24. August 1936 in Moskau statt. Zu den Angeklagten gehoerten G. E. Sinowjew, L. B. Kamenew und J. U. Smirnow. Der Prozess endete mit der Verurteilung und Erschiessung der ueberfuehrten Angeklagten.

Die uebrigen Mitglieder der Bande wurden nun von Panik erfasst. Die Sowjetbehorden waren ihnen auf den Fersen und weder im Osten noch im Westen regte sich etwas, was als baldiger Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion gedeutet werden konnte. Einer der Verraeter, S. A. Bessonow, ehemaliger erster Sekretaer der Sowjet-Botschaft in Berlin, sagte spaeter ueber die verzweifelte Lage, in der sich die Fuenfte Kolonne befand und ueber ihr Draengen auf eine aeusserste Beschleunigung des Krieges gegen die Sowjetunion folgendes aus: "Ende September oder Anfang Oktober 1936 traf ich in Moskau mit Krestinski zusammen. Dieser war sehr aufgereggt. Er erzaelhte mir, dass es um das trotzkistische Zentrum uebel bestellt sei, und dass es viele Faelle von Hochgehen gaebe. Pjatakow, Radek und viele andere seien verhaftet. Die Moeglichkeit seiner eigenen Verhaftung sei nicht ausgeschlossen. Ich solle deshalb nach meiner Ankunft in Berlin unverzueglich Trotzki davon schriftlich informieren, dass die Lage der Trotzlisten in der Sowjetunion im Herbst 1936 ausserordentlich schwer geworden sei, und dass eine Verstaendigung mit den deutschen Nazis ueber die Beschleunigung des Krieges, der die Machtergreifung der Trotzlisten erleichtern solle, um jeden Preis vorwaertsgetrieben werden muesse." \*

Aber die internationale Lage hatte sich geandert und Hitler wie auch der Mikado mussten ihren Kurs ebenfalls aendern. So blieben die Rykow, Bucharin, Tomski, Jagoda & Co. ohne Bundesgenossen von aussen.

Der verraeterische Marschall M. N. Tuchatschewski draengte nunmehr auf ein beschleunigtes Losschlagen, ohne Ruecksicht darauf, ob die deutschen Nazis und die japanischen Militaerfaschisten den Ueberfall auf die Sowjetunion unternahmen oder nicht. Dieser Versuch fuehrte schliesslich zum Zusammenbruch des konterrevolutionaeren Blockes der Trotzlisten, Rechten und Nationalfaschisten ueberhaupt. Die Erschiessung Tuchatschewskis und sieben seiner Mitverschworenen erfolgte im Februar 1937. Die Verurteilung der Verraeter-Gruppe Radek-Pjatakow fand im Maerz 1937 statt. Der Prozess gegen Rykow, Bucharin, Jagoda u. a. folgte im Maerz 1938. Durch die Vernichtung der nazistischen Fuenften Kolonne in der Sowjetunion wurde Hitler und den Verfechtern des Hoffmann-Rechberg-Papen-Planes ein entscheidender Schlag versetzt.

Die Reinigung des politischen, wirtschaftlichen und militaerischen Apparates der UdSSR von Landesverraetern und Saboteuren loeste eine wuetende internationale Hass- und Verleumdungskampagne aus. Die Gegner der Sowjet-

union in den demokratischen Laendern machten nicht den geringsten Versuch, den wirklichen weltpolitischen Hintergrund dieser Prozesse zu ueberpruefen. Sie benuetzten sie nur als willkommenen Vorwand, um die im Werden befindliche Einheits- und Volksfront mit den Kommunisten wieder zu zerstoeren. Sie sagten als Folge der Reinigung eine gefaehrliche Schwaechung der Sowjetunion voraus. Gewisse "Demokraten" rechneten sogar mit ihrem baldigen Zusammenbruch, — zum Teil mit dem Hintergedanken, Hitler an die nunmehr moegliche Befriedigung seines "Dranges nach Osten" zu erinnern. Die deutschen Nazis, die polnischen Pilsudski-Faschisten und die japanischen Militaristen hatten aber ueber die Vernichtung ihrer Fuenften Kolonne in der Sowjetunion eine wesentlich andere Auffassung. In den "Deutschen Briefen", dem offiziellen Organ der nazistischen Aussenpolitik, wurde davor gewarnt, die Sowjetunion zu unterschaezten. Es waere das ein ernster Fehler, der sehr gefaehrliche Konsequenzen haben koenne. Die offizielle "Gazeta Polska" veroeffentlichte einen Artikel zu den Ereignissen in der Sowjetunion, in dem es hiess: "Das Sowjetregime ist stabiler denn je zuvor." Die japanische "Nischi-Nischi" warnte ihre Leser vor dem Fehler, der Sowjetunion eine zu dunkle Perspektive zu prophezeien.

Der Zusammenbruch von Hitlers Raubplaenen gegen die Sowjetunion hatte ganz ausserordentliche Folgen fuer das Nazi-Regime. Hitler hatte fest damit gerechnet, dass sich die Ukraine spaetestens 1936 in deutschen Haenden befinden wuerde. Die erhoffte baldige Herrschaft ueber das Erz, die Kohle und die Nahrungsmittel der Ukraine hatte bei der Planung der Kriegsproduktion schon 1934 eine grosse Rolle gespielt. Es handelte sich bei ihr um ganz ausserordentliche Mengen. Wir erwahnen nur den Bedarf an Eisenerz, der im Jahre 1936 rund 23,5 Millionen Tonnen betrug, wovon 17,5 Millionen eingefuehrt werden mussten. Von ebenso grosser Bedeutung war der Bedarf an Mangan-Erzen. Die Hoffnung, diese in der Ukraine zu finden, war nun vorerst dahin. Aber der in Bewegung gesetzte gewaltige Produktionsapparat Hitler-Deutschlands konnte nicht aufgehhalten werden, ohne eine tiefe Wirtschaftskrise heraufzubeschworen. Sein uneingeschraenktes Weiterlaufen musste andererseits in kurzer Zeit Mangel an allem, besonders aber an auslaendischen Rohstoffen herbeifuehren. Das eine wie das andere haette Hitlers aussenpolitische Strategie durchkreuzt. So suchte er andere Wege, um sich in den Besitz der Kriegsrohstoffe zu setzen.

Das wachsende Interesse Hitlers an den spanischen Erzen war also eine unmittelbare Folge der Rohstoffschwierigkeiten, die durch den verhinderten Raub der Ukraine verursacht wurden. Hitler bestaetigte das in einer Rede, die er am 27. Juni 1936 in Nuernberg hielt. "Wir brauchen" — sagte er dort — "eine nationale Regierung in Spanien, um uns die spanischen Erze zu sichern." Das allein aber genuegte nicht. Am 2. September verhandelten Hitler, Goering, Keppler und Dr. Funk in Berschtesgaden ueber die Erschliessung und bessere Ausbeutung deutscher Erzvorkommen und ueber den Aufbau einer Industrie zur Produktion kuenstlicher Rohstoffe. Die Verhandlungen fuehrten zum Ruecktritt des Reichswirtschaftsministers Schacht, der in den Vorschlaegen Goerings einen Schlag gegen die Stabilitaet der deutschen Waehrung sah. Schacht wurde durch den frueheren Handels-Redakteur der "Berliner Boersen-Zeitung," Dr. Walther Funk, ersetzt.

Der unter diesen Umstaenden beschlossene "Zweite Vierjahresplan" konnte noch immer nicht den jaehrlich ansteigenden Rohstoffbedarf der nazistischen

\* zitiert nach "Rundschau" N<sup>o</sup> 11, 7. Jahrgang, Basel 1938.

Kriegswirtschaft decken. Um alle Kriegsrohstoffe in seinen Besitz zu bringen, begann nun Hitler, Zug um Zug Oesterreich und die Tschechoslowakei zu annektieren und dann den Krieg gegen Polen, Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich vorzubereiten.

Das Scheitern des deutsch-polnisch-japanischen Angriffsplanes gegen die Sowjetunion zwang somit Hitler, zu der aussenpolitischen Strategie zurueckzukehren, die er schon in "Mein Kampf" als den einzigen Weg bezeichnete, Deutschland zur fuehrenden Macht Europas zu machen. Nach dieser Strategie sollten zuerst der Hundert-Millionen-Block der Deutschen in Mitteleuropa errichtet und die Kleinstaaten unterjocht werden. Dann sollte die Niederwerfung Frankreichs als Voraussetzung fuer den Feldzug gegen den Osten erfolgen. Beim Angriff auf die Sowjetunion sollten dann bereits alle oekonomischen und militaerischen Kraefte Europas unter Hitlers Fuehrung zusammenwirken.

Hitler musste seine nun unmittelbar gegen den Suedosten und gegen den Westen Europas gerichteten Raubplaene verhuellen. Deshalb aenderte er erneut seine Taktik gegenueber der Sowjetunion. Waehrend er in den letzten Monaten des Jahres 1935 und in den ersten Monaten des Jahres 1936 eine gewisse Maessigung der Sowjetunion gegenueber zur Schau getragen hatte, — wobei zu beachten ist, dass mit Bezug auf Hitler das Wort "Maessigung" besonders zu bewerten ist — wurde das nun wieder anders. Hitler machte den Nuernberger Parteitag im September 1936 zum Auftakt einer noch nie dagewesenen Hetze gegen den "internationalen Bolschewismus" und gegen die Sowjetunion. Er bezeichnete die Sowjetunion als die "asiatische Macht, die die westeuropaeische Kultur zerstören wolle". Zugleich aber richtete er seinen Angriff auch gegen die Demokratien, die "der Kanal sind, durch den das bolschewistische Gift in die verschiedenen Laender fliesst", und gegen deren Koalitionsregierungen, die "nur maskierte Volksfront-Regierungen sind und jeden Widerstand gegen den Bolschewismus verhindern". Goebbels hielt auf dem Nuernberger Parteitag 1936 ein besonderes Referat: "Der Bolschewismus, seine Theorie und seine Praxis".

Damit wollte die Hitler-Regierung den Eindruck erwecken, als ob sich ihre Ruestungen unmittelbar nur gegen die Sowjetunion richten. Sie waren in Wirklichkeit zuerst fuer den Angriff gegen den Suedosten und gegen den Westen berechnet.

Es ist heute von besonderer Bedeutung festzustellen, wie richtig damals die deutsche antinazistische Bewegung die internationale Lage einschaeztete. Am 27. September 1936 verbreitete das Sekretariat der Kommunistischen Partei Deutschlands folgende Erklaerung fuer die Untergrundbewegung ueber den Nuernberger Parteitag: "Der Nuernberger Parteitag war der Parteitag der Kriegsdrohung gegen die demokratischen Laender und gegen die Sowjetunion. Unter der Losung des Kreuzzuges gegen den Bolschewismus richteten die nationalsozialistischen Fuehrer eine Kanonade des Hasses und der Verleumdung gegen die wachsende Front der Friedenskraefte, in der die Nazifuehrer das gewaltigste Hindernis ihrer Angriffsplaene sehen. Um diese wachsende Front der Friedenskraefte zu sprengen, richteten die Nazifuehrer ihre Verleumdungen gegen die Sowjetunion und stiessen wuetende Drohungen gegen die demokratischen Laender und besonders gegen die Kraefte der Volksfront aus. Sie wollen in den demokratischen Laendern durch die Errichtung der faschistischen Diktatur einen Zustand herbeifuehren, der die Massen hindern soll, fuer den Frieden zu kaempfen. Die Nazi-fuehrer hoffen, dass durch die Sprengung der Friedensfront der neue deutsche

Imperialismus in die Lage versetzt wird, die schwaecheren Voelker zu unterwerfen." \*

Hitler wollte aber auch den deutsch-japanischen Militaer-Pakt, dessen Anwendung gegen die Sowjetunion auf Jahre unmoeglich geworden war, konservieren und neue Teilnehmer fuer ihn gewinnen. Der Weg dazu wurde weniger durch Ueberlegung, sondern mehr durch Zufall gefunden. Wie der fruere deutsche Konsul in New York, Dr. Paul Schwarz, berichtete, schlug das japanische dem deutschen Aussenministerium eine Vereinbarung vor, Informationen ueber die Taetigkeit der Kommunisten auszutauschen. \*\* Das japanische Aussenministerium war auf diesen Gedanken gekommen, da sich die Taetigkeit der Kommunisten nach dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in China stark erhoehte. Jener Kongress, der im August 1935 in Moskau stattfand, wurde zum Ausgangspunkt fuer die Initiative der chinesischen Kommunisten, welche die Beendigung des Buergerkrieges und die Schaffung der nationalen Einheit des chinesischen Volkes gegen den japanischen Angreifer erstrebten.

Auch fuer Hitler hatte der Kongress fuehlbare Konsequenzen. Dimitroffs Appell zum Kampfe gegen Faschismus und Krieg staerkte die Volksfrontbewegung in Spanien und Frankreich ganz ausserordentlich und einigte den linken Fluegel der deutschen Antinazi-Bewegung. Hitler stimmte deshalb dem Vorschlag des japanischen Aussenministeriums zu.

Hitler sah in diesem Vorschlag bald viel groessere Moeglichkeiten. Nicht nur Material sollte ueber die Taetigkeit der Kommunisten ausgetauscht werden, sondern ein offizieller Pakt zur Bekaempfung der Kommunistischen Internationale war, nach Hitlers Auffassung, zwischen Deutschland und Japan notwendig. Einem solchen Pakt konnten sich alle spaeter fuer den Angriff auf die Sowjetunion als Verbuendete in Frage kommenden Nationen anschliessen. Er konnte zum Werkzeug der antibolschewistischen Propaganda werden, der es noch immer gelungen war, die sowjetfeindlichen Kreise in den Demokratien gegen die Friedens- und Freiheitsfront auszunuetzen.

Hitler uebergab die weitere Bearbeitung der Angelegenheit dem Buero Ribbentrop, dem seit einiger Zeit eine besondere Abteilung "Fernoestliche Fragen" angeschlossen worden war. Als Ribbentrop nach London ging, um den Platz des verstorbenen Botschafters von Hoesch zu uebernehmen, war er so vollstaendig von seiner anti-bolschewistischen Mission erfuellt, dass er nach seiner Ankunft auf dem Viktoria-Bahnhof eine Rede hielt, in der er das englische Volk aufforderte, "die bolschewistische Gefahr zu erkennen und energische Massnahmen gegen sie zu treffen."

Nach laengeren Verhandlungen wurde zwischen dem Buero Ribbentrop und den japanischen Vertretern der sogenannte Antikomintern-Pakt vereinbart. Die Unterzeichnung des Paktes erfolgte am 25. November 1936 durch Ribbentrop. Der offiziell veroeffentlichte Text des Antikomintern-Paktes lautete wie folgt: "1. Die Kontrahenten verpflichten sich zur gegenseitigen Information ueber die Aktivitaet der Komintern und zur Beratung ueber die notwendigen Massnahmen des Kampfes gegen die Komintern sowie hinsichtlich der Massnahmen, die von beiden Staaten in enger Zusammenarbeit zu ergreifen sind. 2. Alle Staaten werden eingeladen, sich dem japanisch-deutschen Abkommen anzuschliessen. 3.

\* zitiert nach der illegalen Ausgabe der Zeitung "Die Rote Fahne", N° 8, Jahrgang 1936.

\*\* Siehe Dr. Paul Schwarz "This Man Ribbentrop", New York 1943.

Die Gueltigkeitsdauer des Vertrages ist auf fuenf Jahre festgesetzt." Dem Pakt wurde ein Protokoll beigefuegt, das folgenden Wortlaut hatte: "Es wird eine Kommission fuer die Verwirklichung der Zusammenarbeit geschaffen. Die Staaten, die den Pakt unterzeichnen, verpflichten sich, sowohl innerhalb wie ausserhalb des Landes, gemeinsame Aktionen gegen die Komintern zu unternehmen."

Der Pakt hatte nur eine Parallele in der Weltgeschichte: die im Jahre 1815 in Wien geschlossene "Heilige Allianz" der europaeischen Reaktion. Durch ihn verkuendeten Deutschland und Japan ihr angebliches Recht, sich jederzeit in die inneren Angelegenheiten anderer Laender einzumischen unter dem Vorwand, den Kampf gegen den Kommunismus zu fuehren. Der Antikomintern-Pakt diente der Verschleierung der kriegerischen Absichten und der Stossrichtung der Aggression. Er trug viel dazu bei, dass Hitler, ungehindert von den Wetsmaechten, Oesterreich, das Sudetengebiet und schliesslich die ganze Tschechoslowakei besetzen und zusammen mit Mussolini das demokratische Spanien niederschlagen konnte. Der Pakt erleichterte es Japan, schon im Jahre 1937 erneut den Krieg gegen China zu beginnen und ohne Widerstand seitens Englands und Frankreichs, seine Herrschaft auf Schanghai, Hankau und Kanton auszudehnen.

Litwinow enthuelte den wirklichen Zweck des Antikomintern-Paktes in seiner Rede vor der Voelkerbunds-Versammlung im September 1937. Er sagte dort: "Ungeachtet des Unterschiedes des Regimes, der Ideologie, des materiellen und kulturellen Niveaus der Objekte ihres Angriffes, rechtfertigen Deutschland, Italien und Japan ihre Aggression mit ein- und demselben Motiv: Kampf gegen den Kommunismus. Die Herrscher dieser Staaten denken naiverweise oder geben vielmehr vor, so zu denken, es genuege, das Wort "Antikomunismus" auszusprechen, damit ihnen alle ihre internationalen Treubrueche und Verbrechen vergeben werden. Obgleich sie sich ruehmen, es sei ihnen gelungen, in ihren eigenen Laendern den Kommunismus auszurotten und vollstaendige Immunitaet ihm gegenueber erreicht zu haben, proklamieren sie in einem Ausbruch unerschoepflicher Liebe fuer die nahen und entfernten Voelker ihre Mission, diese Voelker vom Kommunismus zu befreien. Mittels eines ideologischen Kampfes? Oh, nein! Mit Hilfe des gesamten zur Verfuegung stehenden Heeres und der Luftstreitkraefte. Das ist natuerlich die offene Ideologie bewaffneter Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen, die offene Missachtung ihrer Integritaet und Unabhaengigkeit. Aber der Antikomunismus der Aggressoren hat ausserdem eine geologische Bedeutung. Er bedeutet ein dringendes Verlangen nach Zinn, Zink, Quecksilber, Kupfer und anderen Materialien." \*

#### DER GEWALTSAME ANSCHLUSS OESTERREICHS

In Oesterreich hatten die Nazis ihre am 11. Juli 1936 gewonnene uneingeschraenkte Handlungsfreiheit zu einer umfassenden Anschluss-Propaganda ausgenutzt. Betoert von der scheinbaren Bluete des deutschen Wirtschaftslebens, das grosse Gewinne abwarf und die Arbeitslosen aufsaugte, hatten sich besonders Angehoerige der wohlhabenden Schichten Oesterreichs den Nazis angeschlossen. Die Anhaengerschaft Schuschniggs schmolz zusammen. Hinter ihm standen vor allem noch die in der sogenannten "Vaterlaendischen Front"

\* zitiert nach A. Kellermann "Die Aussenpolitik der Sowjetunion", 1937.

vereinigten Mittelstaendler und Bauern. Die Arbeiterbewegung, seit 1934 illegal, verharrete in Opposition.

Trotz des deutsch-oesterreichischen "Kulturabkommens" vom 11. Juli 1936 hatten sich die Beziehungen zwischen Hitler und Schuschnigg nicht gebessert. Die von Berlin organisierten nazistischen Wuehlereien hatten die Lage eher noch schlimmer gemacht. Die unterirdische nazistische Terrororganisation Rosenbergs war seit langem in Oesterreich taetig. Zu ihrem Fuehrer war ein wegen Terrorakten gegen oesterreichische Staatsmaenner gesuchter fruereher Hauptmann der oesterreichischen Armee, ein gewisser Josef Leopold, eingesetzt.

Schuschnigg sah sich bald gezwungen, die Nazis oeffentlich als den aergsten Feind Oesterreichs zu brandmarken und sich gegen die nazistischen Anschlussbestrebungen im Interesse der staatlichen Selbststaendigkeit Oesterreichs zur Wehr zu setzen. Schuschnigg glaubte, dabei noch immer in Mussolini eine gewisse Stuetze zu haben, da auch der "Duce" das rasche Anwachsen der Macht des deutschen Imperialismus als unangenehm empfand.

Hitler drang mit grosser Schnelligkeit im Suedosten Europas vor. Mussolini hatte zwar Anfang 1936 mit ihm die Interessensphaeren abgegrenzt: Italien sollte sich auf die politische Vorherrschaft ueber die iberische Halbinsel und Hitler auf den Balkan konzentrieren. Aber waehrend der "Fuehrer" in aller Ruhe den Balkan auspluenderte und auch noch den Loewenanteil an den spanischen Buntmetallen beanspruchte, musste Mussolini hart um seine Interessensphaeren kaempfen. Mitte 1936 war der Ausgang dieses Kampfes noch gaenzlich ungewiss. Mussolini versuchte deshalb zu manoevrieren. Seine Differenzen mit Chamberlain in der abessinischen Frage draengten ihn an die Seite Hitlers. Zugleich aber suchte er, sich von Chamberlain dafuer bezahlen zu lassen, dass seine Beziehungen zum Dritten Reiche nicht zu eng wurden. Seine Differenzen mit Hitler wegen Oesterreich und des Balkans draengten ihn ebenfalls an die Seite des englischen Imperialismus.

Diese schwankende Politik Mussolinis konnte natuerlich nicht lange anhalten. Eines Tages musste er sich fuer das eine oder das andere Lager entscheiden. So begann Mussolini Plaene zu entwickeln, wie er zunaechst einmal seinen Einfluss in Suedosteuropa wieder festigen koennte. Er dachte daran, den sogenannten Rom-Block, der aus Italien, Oesterreich und Ungarn bestand, wieder zu beleben und ihn in engere Beziehungen zur Tschechoslowakei oder sogar zur Kleinen Entente ueberhaupt zu bringen. Zu diesem Zweck berief Mussolini im November 1936 die sogenannte Dreimaechte-Konferenz nach Wien ein. Auf seine Anregung begann Schuschnigg unmittelbar nach dieser Konferenz, fuer die Wiedererrichtung der oesterreichischen Monarchie einzutreten. Als Koenig war Otto von Habsburg vorgesehen. Anfang 1937 lehnte Schuschnigg ausserdem die Forderung Hitlers ab, die oesterreichische Armee der deutschen "anzuschliessen" und an das Dritte Reich Nahrungsmittel gegen Waffen zu liefern.

Aber auf Mussolini war kein Verlass. Im Maerz 1937 begann seine Lage besonders schwierig zu werden. Die Kolonisierung Abessiniens erforderte grosse finanzielle und materielle Mittel, und der Krieg in Spanien war in ein fuer Franco kritisches Stadium eingetreten. Auf eine solche Situation hatte Hitler gewartet, um den Rom-Block Mussolinis zu sprengen. Schon vorher war es Hitler gelungen, den neuen Ministerpraesidenten Ungarns, Daranyi auf seine Seite zu ziehen. Hitler zwang nun Mussolini, offen gegen die monarchistischen

Plaene Schuschniggs aufzutreten, und sein Locarno-Mandat als Protektor der Selbststaendigkeit Oesterreichs aufzugeben.

Mussolini fuegte sich Hitler. Am 22. April 1937 rief er Schuschnigg nach Venedig und erteilte ihm den vaeterlichen Rat, die Habsburg-Restauration endgueltig aufzugeben und sich mit Hitler zu verstaendigen. Vor allem muesse sich Schuschnigg im Klaren sein, dass Italien nichts mehr fuer Oesterreich tun koenne. Nazideutschland sei zu stark geworden und seine (Mussolinis) Haende seien gebunden. Wenn Hitler fordere, dass Schuschnigg die Nazis an seiner Regierung beteilige, so waere es unklug, sich zu weigern.

Erst jetzt erkannte Schuschnigg die Schwaeche seiner Position. Trotzdem versuchte er, seine monarchistischen Plaene weiter zu verfolgen. Bald wurde ihm aber die Drohung Hitlers ueberbracht, dass jeder Versuch, die Habsburger wieder auf den oesterreichischen Thron zu bringen, mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Oesterreich beantwortet wuerde. Die ungenuegende Beachtung der Vorschlaege Mussolinis durch Schuschnigg loeste in dieser Zeit eine neue nazistische Propaganda- und Terrorwelle in Oesterreich aus. Die Hitle-rianer wurden noch aggressiver, als Schuschnigg versuchte, Kontakt mit der Arbeiterbewegung zu finden. Wieder waren Plaene vorbereitet, um Schuschnigg, wie vorher Dollfuss, zu ermorden. Im Mai 1937 wurde der nazistische Terrorist Dr. Fritz Voitsche verhaftet, der Bomben-Attentate auf Eisenbahnen veruebt hatte. Im Besitz Voitsches befand sich ein Notizbuch, aus dem hervorging, dass er mit der Organisierung des Attentates auf Schuschnigg beauftragt war. Voitsche wollte Schuschnigg entweder am Grab seiner Frau erschliessen, oder ihn durch Bomben toeten, die auf das Dach seiner Kanzlei geworfen werden sollten. Das fuer diesen Bombenabwurf von den deutschen Nazis bereit gestellte Flugzeug wurde in einem in der Naeh- e Wiens gelegenen Schuppen beschlagnahmt.

Mit jedem Monat wurden nun die Forderungen Hitlers dringlicher und das Auftreten der Nazis frecher. Das Schicksal Oesterreichs wurde schliesslich, waehrend des Besuches Mussolinis in Muenchen und Berlin, am 25. September 1937, entschieden. Hitler unterliess nichts, um Mussolini durch gewaltige Massendemonstrationen und Militaer-Paraden ein Beispiel der Macht seiner Partei und seiner Wehrmacht zu geben, gegen die sich aufzulehnen, Selbstmord bedeute. Seine Rede am 28. September liess an Deutlichkeit nichts zu wuenschen uebrig. "Sie, Benito Mussolini" — sagte Hitler — "werden in diesen Tagen festgestellt haben, dass Deutschland, dank des nationalsozialistischen Staates, dank seines Standpunktes zur Rassenfrage und dank seiner militaerischen Staerke wieder zu einer grossen Macht geworden ist. Die den beiden Laendern innewohnende Staerke ist die beste Garantie fuer die Erhaltung Europas. Beide Laender sind nicht bereit, zerstoerenden Elementen zu erlauben, Niedergang und Aufloesung herbeizufuehren... Jeder Versuch, der Verstaendigung zwischen den zwei Nationen entgegenzuarbeiten, oder die eine gegen die andere auszuspielen, oder zwischen beiden Misstrauen durch die Verdunkelung ihrer wirklichen Ziele zu saeen, wird ohne Erfolg bleiben; denn hundertfuenfzig Millionen Menschen sind von dem tiefsten Wunsch beseelt, das zu verhindern..." \* Am 6. November 1937, sechs Wochen nach seinem Besuch in Deutschland, unterzeichnete Mussolini den Antikomintern-Pakt und lieferte damit Oesterreich endgueltig an Hitler aus. Schon am 10. November richtete Hitler eine Warnung an

\* "Voelkischer Beobachter" vom 29. September 1937.

Schuschnigg, die angeblichen Verstoesse gegen das sogenannte Kulturabkommen von 1936 zu unterlassen.

Von jetzt an fuehlten sich die Nazis bereits als Herren Oesterreichs. Die damalige Stimmung bei ihnen schilderte ein nazistischer Bekannter des Berichterstatters der "New York Times", G. E. R. Gedye, in folgender drastischer Form: "Wir haben Schuschnigg dorthin gebracht, wo wir ihn wuenschen. Mussolini ist nun vollstaendig mit Hitler verbunden. Chamberlain fuerchtet sich vor ihm und hat Halifax geschickt, um ihn um Bedingungen zu bitten. Chamberlain hat von Hitler die Antwort erhalten, dass Zentraleuropa die Angelegenheit Deutschlands und nicht die Englands sei... Auf jeden Fall hat Chamberlain genuegend durchblicken lassen, dass sein Leitmotiv ist, den Nazismus gegen alle seine Feinde zu unterstuetzen. Wir haben es leicht, ihm jeweils mit unserer Staerke oder mit unserer Schwaeche zu drohen. Die Volksfront in Spanien bricht zusammen. Bald wird auch Frankreich, dank des Nichtinterventions-Schwindels Chamberlains, durch die faschistische Diktatur Francos immobilisiert werden. Dreihunderttausend Mann der franzoesischen Armee werden dann an den Pyrenaeen festgehalten und somit gehindert, gegen Deutschland zu marschieren, wenn wir Oesterreich besetzen. An der Donau besteht fuer Schuschnigg ebenfalls keine Hoffnung. Wir haben eine starke Position in Ungarn. Auch die Arbeiter werden, dank des Februar 1934, nicht mit Schuschnigg gehen. Die idiotischen Englaender versuchen herauszufinden, welchen Preis Mussolini fuer den Verrat Oesterreichs an Hitler erhalten hat. Sicher wird Mussolini den Preis mitteilen und dann auch die Englaender verraten. Denn es ist wahr, dass sich die faschistischen Maechte gegenseitig nicht trauen. Aber sie hassen die Demokratien, und diese werden, — die englische nicht ausgenommen — verschwinden muessen. Das Spiel gehoert uns." \*

Die Vorbereitung der nazistischen Umwaelzung in Oesterreich beschaeftigte nunmehr alle zustaendigen Parteistellen. Im Dezember 1937 wurde der Aufstandsplan vom Stellvertreter des Fuehrers, Rudolf Hess, an den Leiter der nazistischen Terrororganisation Oesterreichs, Hauptmann Leopold, gesandt. Nach dem Plan sollte Anfang April 1938 die Propaganda gegen Schuschnigg ausserordentlich verstaerkt, die Hakenkreuzfahne gehisst und der Hitler-Gruss angewendet werden. Alle Polizeibeamten, die bereit seien, ihren der Regierung geleisteten Eid zu brechen, sollten in SS-Formationen zusammengefasst und dann der Aufstand proklamiert werden. Das Ziel war, Schuschnigg zum Ruecktritt oder zum Einsatz von Truppen gegen die Nazis zu provozieren. Falls Schuschnigg Truppen einsetzen und es zu Kaempfen kommen lassen wuerde, sollten die an den Grenzen konzentrierten deutschen Truppen den Befehl zum Einmarsch in Oesterreich erhalten. Hitler wuerde dann erklaren, der Einmarsch sei unvermeidlich gewesen, um zu verhindern, dass deutsches Blut durch Deutsche vergossen werde. In dem Plan wurde ausserdem mitgeteilt, dass die englische Regierung gegen die Besetzung Oesterreichs nichts einzuwenden habe. Es sei sogar damit zu rechnen, dass sie ihren Einfluss auf Frankreich geltend mache, damit es im Interesse des europaeischen Friedens ruhig bleibe.

Der Plan fiel Anfang 1938 bei einer Haussuchung im Buero der oesterreichischen Nazi-Partei in die Haende Schuschniggs und wurde dadurch wertlos. Hitler dachte aber nicht daran, den Raub Oesterreichs aufzugeben. Angeblich um eine Verstaendigung anzubahnen, liess er am 12. Februar 1938 Schusch-

\* G. E. R. Gedye "Fallen Bastions", London 1939.

nigg durch Papen nach Berchtesgaden locken. Hier gelang es Hitler, unter Anwendung von Erpressertricks, Schuschnigg zur Kapitulation zu zwingen. Schuschnigg verpflichtete sich, der NSDAP in Oesterreich vollstaendige Propagandafreiheit zu geben und alle verhafteten Nazis, auch die Terroristen und Verbrecher, zu amnestieren. Er stimmte der Zusammenlegung der oesterreichischen Armee mit der deutschen Wehrmacht zu und erklaerte sich einverstanden, Dr. Seyss-Inquart als Innenminister und Guido Schmidt als Aussenminister in seine Regierung aufzunehmen. Schuschnigg stellte jedoch die Bedingung, Hitler solle in der vorgesehenen Sitzung des Reichstages erneut zum Ausdruck bringen, dass er die staatliche Selbststaendigkeit Oesterreichs achten und respektieren werde, die "Vaterlaendische Front" als die einzige politische Bewegung Oesterreichs anerkenne, und dass er den sich ihr anschliessenden Nazis klar mache, sie haetten kein Recht, die Organisation zu spalten oder Gegenorganisationen zu schaffen. Hitler verpflichtete sich, dementsprechend zu verfahren.

Als aber die Reichstags-Sitzung am 20. Februar 1938 stattfand, garantierte Hitler weder die Unabhaengigkeit Oesterreichs, noch gab er eine Erklarung zu den anderen Fragen ab. Er beschaenkte sich lediglich auf die Mitteilung, dass seine Verhandlungen mit Schuschnigg den Zweck gehabt haetten, fuer die Nazi-Sympathisierenden in Oesterreich dieselben Rechte zu sichern, ueber die andere Buerger verfuegen, eine Amnestie fuer alle verhafteten Nazianhaenger durchzusetzen und engere kulturelle, politische und oekonomische Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich herbeizufuehren. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich bewege sich weiterhin im Rahmen des Vertrages vom 11. Juli 1936. Es sei ihm damit gelungen — erklaerte Hitler — auch zur Sicherung des europaeischen Friedens beizutragen.

Vorher aber hatte Hitler schon Ausfuehrungen gemacht, die seine wirklichen Absichten enthuellten. Er sagte: "Es gibt mehr als zehn Millionen Deutsche in den an Deutschland grenzenden Laendern, die vor 1866 mit der deutschen Nation vereinigt waren. Bis 1918 kaempften sie Schulter an Schulter mit den Soldaten des Reiches. Gegen ihren eigenen freien Willen wurden sie durch Friedensvertraege verhindert, sich mit dem Reiche zu vereinigen. Das war schon schlimm genug. Aber kein Zweifel soll nun ueber eine Frage bestehen: Die politische Trennung vom Reich darf nicht zur Verweigerung von Rechten fuehren, von allgemeinen Rechten der rassischen Selbstbestimmung, die uns feierlich in Wilsons vierzehn Punkten versprochen wurden. . . . Zu den Interessen des Deutschen Reiches gehoert heute auch der Schutz derjenigen Deutschen an unseren Grenzen, die nicht in der Lage sind, ihre politische und philosophische Freiheit durch eigene Kraft zu verteidigen. . . . Es liegt nicht in der Macht der Menschen, den Stein des Schicksals aufzuhalten, der durch Nachlaessigkeit oder Unwissenheit ins Rollen gebracht worden ist." \*

Mit dem letzten Satz deutete Hitler an, dass das Ziel der Verhandlungen, die er mit Schuschnigg fuehrte, nicht nur die Einverleibung Oesterreichs war, sondern dass sich seine Plaene auch auf die Tschechoslowakei erstreckten.

Nach seiner Rueckkehr aus Berchtesgaden berichtete Schuschnigg dem oesterreichischen Staatspraesidenten Wilhelm Miklas ueber die katastrophalen Ergebnisse der Verhandlungen mit Hitler. Miklas lehnte anfangs die Forderungen Hitlers entschieden ab. Unter dem Draengen Schuschniggs, Seyss-Inquarts

\* "Voelkischer Beobachter" vom 21. Februar 1938.

und Schmidts gab er aber schliesslich nach. Schon in wenigen Tagen ueberfluteten die zehntausend aus den Gefaengnissen entlassenen Nazi-Verbrecher und die dreissigtausend Mitglieder der in Deutschland gebildeten Legion, die nach Oesterreich zurueckkehrten, Wien und andere Staedte.

Die Nazis begannen schon vor der Rede Hitlers mit regierungsfeindlichen Demonstrationen. In Wien selbst benutzten sie den 20. Februar zu einem allgemeinen Massenaufmarsch. Ihr aggressives Auftreten liess kaum einen Zweifel zu, dass sie ihre neu gewonnene Legalitaet dazu ausnuetzen wollten, um in kuerzester Frist die Regierungsmacht an sich zu reissen. Doch stiessen sie jetzt auch auf den Widerstand der proletarischen Untergrundbewegung; denn Schuschnigg hatte nicht nur die Nazis, sondern auch die Gefangenen der Februar-Kaempfe 1934 und der antifaschistischen Untergrundbewegung amnestiert.

Sowohl auf Seiten Schuschniggs wie innerhalb der Untergrundbewegung wuchs die Ueberzeugung, dass die Unabhaengigkeit Oesterreichs nur durch den gemeinsamen Abwehrkampf aller antinazistischen Kraefte verteidigt werden koenne. Die Rede Hitlers vom 20. Februar und den Massenaufmarsch der Nazis in Wien beantworteten die Arbeiter einiger Wiener Grossbetriebe mit einem Proteststreik. Dadurch wurde der Anstoss zu Verhandlungen zwischen Fuehrern der Untergrundbewegung, dem Vorstand des Christlichen Gewerkschafts-Bundes und Schuschnigg ueber die gemeinsame Organisation des Abwehrkampfes gegeben.

Der kommunistische Fluegel der Untergrundbewegung vertrat die Auffassung, dass angesichts der Grosse der Gefahr allein der gemeinsame Kampf gegen die Nazibanditen entscheidend sei, der nicht von besonderen Bedingungen abhaengig gemacht werden duerfe. Es waere unverantwortlich, in einer so kritischen Situation wertvolle Zeit durch programmatische Verhandlungen zu verlieren. Die Demokratisierung des Landes mit oder ohne Schuschnigg werde zwangslaeufig aus einem gemeinsamen siegreichen Kampf gegen den Nazismus hervorgehen. Die Fuehrer des sozialistischen Fluegels der Untergrundbewegung vertraten jedoch eine andere Meinung. Sie machten das Zusammengehen mit Schuschnigg und der "Vaterlaendischen Front" im Kampfe gegen den Nazismus von der vorherigen Durchfuehrung einer Anzahl Forderungen, wie Meinungs-, Presse- und Koalitionsfreiheit abhaengig. Dadurch wurden die Verhandlungen in die Laenge gezogen. Erst am 7. Maerz fand zum ersten Male seit dem Februar 1934 eine legale Versammlung sozialistisch-kommunistischer Funktionaere der bisher illegalen Gewerkschaftsbewegung statt, die den Bericht der Verhandlungs-Kommission entgegennahm. Die daran anschliessenden neuen Verhandlungen mit den Vertretern Schuschniggs zogen sich wiederum tagelang hin, ohne zu einem Ergebnis zu fuehren. Diese verlorene Zeit haette viel besser zur Mobilisierung der Arbeitermassen und zur Einleitung von Kampfmassnahmen gegen die nazistischen Banden ausgenuetzt werden koennen.

In dieser allgemein gespannten Situation entschloss sich Schuschnigg, fuer den 13. Maerz 1938 eine Volksabstimmung darueber anzusetzen, ob Oesterreich selbstaendig bleiben oder an Nazi-Deutschland angeschlossen werden solle. Die Untergrundbewegung beschloss, diese Volksabstimmung zu unterstuetzen. Einige Tage lang zeigte sich nun im ganzen Lande die Grosse der Macht der vereinigten Antinazi-Bewegung. Hitler fuerchtete nichts mehr als diese Einheit. Er richtete daher am 11. Maerz an Schuschnigg ein Ultimatum, die Volksabstimmung abzusagen und seinen Ruecktritt zu erklaeren; andernfalls werde die

Wehrmacht einmarschieren. Am 12. Maerz kapitulierte Schuschnigg vor dieser Drohung. Damit vermied er jedoch den Einmarsch der Wehrmacht nicht, sondern demoralisierte nur die Abwehrfront. Denn Hitler liess noch am gleichen Tage durch seine Banden einen Aufstand organisieren, den er zum Vorwand fuer seine bewaffnete Intervention benutzte. Am 12. Maerz marschierten die nazistischen Truppen unter Fuehrung des Generals Walter von Reichenau, begleitet von SS-Formationen und Hunderten von Gestapobeamteten, in Oesterreich ein. Die Regierung wurde beseitigt, die nazistische Diktatur wuetete in Oesterreich.

Trotzdem war die einheitliche Bewegung der oesterreichischen Antinazis nicht ganz ohne Wirkung gewesen. Durch sie wurde Hitler zum vorzeitigen Losschlagen gezwungen; sein eigentlicher Plan war naemlich gewesen, Oesterreich und das Sudetengebiet gleichzeitig zu besetzen.

In seiner Rechtfertigungs- und Sieges-Rede vom 25. Maerz 1938 in Koenigsberg behauptete Hitler, das oesterreichische Volk haette sich gegen Schuschnigg erhoben, als dieser versucht habe, das Abkommen von Berchtesgaden zu sabotieren. Die Wehrmacht haette daraufhin das Land besetzen muessen; denn sonst waere es zu blutigen Kaempfen zwischen Deutschen gekommen. Indem er den Befehl zur Besetzung Oesterreichs gegeben habe, waere "ein zweites Spanien" verhindert worden. Zugleich sei es ihm gelungen, durch diesen Schritt den Frieden Europas zu erhalten.\*

Hitlers Vorgehen gegen Oesterreich brachte den Charakter seiner Aussenpolitik in der krasssten Form zum Ausdruck. Zuerst schloss er mit der Regierung des Landes einen Vertrag, der den Nazi-Elementen fuer ihre zersetzende Taetigkeit Tuer und Tor oeffnete und ihnen den Weg in den Regierungs- und Staatsapparat bahnte. Dann liess er durch seine Fuenfte Kolonne Zustaende herbeifuehren, die ihm Vorwaende zur Besetzung des Landes liefern sollten.

Trotzdem gab es auch nach dem Verbrechen Hitlers gegen Oesterreich leider noch Sozialdemokraten, welche die Unterwerfung Oesterreichs unter das Dritte Reich als eine fortschrittliche Tatsache bezeichneten.\*\* Ohne hier die Frage untersuchen zu wollen, ob ein durch Volksabstimmung herbeigefuehrter Anschluss Oesterreichs an ein imperialistisches Deutschland zweckmaessig gewesen waere, — wir hielten ihn stets fuer unzweckmaessig — ist doch die eindeutige Feststellung notwendig, dass die gewaltsame Annexion Oesterreichs durch Hitler-Deutschland und das ueber das oesterreichische Volk errichtete Terror-Regiment den Anschlussgedanken nun wohl fuer Generationen erstickt hat. Wenn in den Jahren 1918 bis 1933 das Nationalbewusstsein vielleicht der Mehrheit des oesterreichischen Volkes, unter dem Einfluss sozialistischer Fuehrer, vom sogenannten grossdeutschen Gedanken verdraengt worden war, so ist es nun infolge der Verbrechen, die der deutsche Imperialismus an dem oesterreichischen Volke veruebt hat, wieder hell aufgelodert. Dem deutschen Volke ist damit die Verpflichtung erwachsen, mit aller Kraft dazu beizutragen, dass die nationale Selbstaeendigkeit Oesterreichs wieder hergestellt, und dass jede Anschluss-Propaganda deutscher Nationalisten unterbunden wird.

\* "Voelkischer Beobachter" vom 26. Maerz 1938.

\*\* Es ist in diesem Zusammenhange nicht uninteressant, zu erwaehnen, dass seinerzeit zu den Gruendern des Oesterreichisch-Deutschen-Volksbundes nicht nur der sozialdemokratische Reichstagspraesident Paul Loebe, sondern auch der damalige Rechtsanalt Dr. Arthur Seyss-Inquart gehoerten.

## EIN MISSLUNGENER UEBERFALL AUF DIE TSCHECHOSLOWAKEI

Es war, wie wir gesehen haben, Hitlers Plan, Oesterreich und das Sudetengebiet durch eine gleichzeitige Aktion gegen beide Laender zu besetzen. Hitler glaubte sich stark genug, die Welt vor ein solches fait accompli zu stellen. Als Termin fuer diesen imperialistischen Vorstoss hatte er den Abend des 21. Mai 1938, den Vorabend der Gemeinde-Wahlen in der Tschechoslowakei, vorgesehen. Die oesterreichischen Nazis waren angewiesen, bis zu diesem Termin alle Voraussetzungen fuer den Putsch gegen die Schuschnigg-Regierung herbeizufuehren. Der sudetendeutsche "Fuehrer" Konrad Henlein sollte die Wahlkampagne benuetzen, um einen bewaffneten Zusammenstoss zwischen sudetendeutschen Nazis, Tschechen und deutschen Antinazis zu provozieren. Am 20. Mai 1938 sollten die Nazis Hitler den Anlass geben, seine Truppen in Oesterreich wie in das Sudetengebiet einmarschieren zu lassen.

In Oesterreich wurde Hitler durch das Bekanntwerden des Aufstands-Planes, durch Schuschniggs Volksabstimmungs-Kampagne und durch den wachsenden Widerstand der antinazistischen Volksmassen zum vorzeitigen Handeln gezwungen. Er ordnete den Einmarsch der Wehrmacht in Oesterreich an noch ehe die Situation auch fuer den Einmarsch in das Sudetengebiet reif war. Die Tatsache, dass der Raub Oesterreichs ohne jeden Widerstand von Seiten der englischen und der franzoesischen Regierung stattfinden konnte, bestaerkte aber Hitler in seinem Entschluss, den Ueberfall zu dem urspruenglich festgesetzten Termin durchzufuehren.

Henlein setzte deshalb, mit staerkster materieller Unterstuetzung von Seiten Rosenbergs, seine Propaganda-Aktion gegen die angebliche Unterdrueckung der Deutschen durch die Tschechen fort. Henlein fuehrte zugleich die Bewaffnung seiner Anhaenger durch: mit Gewehren, Pistolen, Munition und Handgranaten, die aus Deutschland eingeschmuggelt wurden. Die Ausbildung dieser bewaffneten Banden erfolgte durch reichsdeutsche Instruktoren, die von Himmler nach den Staedten des Sudetengebietes geschickt wurden. Am 10. Mai begann Henlein seine Provokationen gegen die Tschechen und die deutschen Antinazis. Die nazistischen Industriellen des Sudetengebietes warfen die tschechischen und antifaschistischen deutschen Arbeiter wegen ihrer nationalen Zugehoerigkeit oder ihrer politischen Ueberzeugung aus den Betrieben. Antinazi-Fuehrer wurden ueberfallen, Versammlungen der demokratischen Parteien gesprengt und die Teilnehmer misshandelt. In allen Orten bruellten die Sprechchoere Henleins, dass sie die Herren des Landes seien, und das ihnen neunzig Prozent der Stimmen gesichert waeren. Der Tag der Vertreibung oder Vernichtung der deutschen Antinazis, der Tschechen und der Juden sei gekommen.

Am 19. Mai 1938 begann Hitler, Wehrmachts- und SS-Formationen an der tschechoslowakischen Grenze sammelnd zuziehen. Der Putsch im Sudetengebiet war fuer die Nacht vom 20. zum 21. Mai angesetzt. Er sollte den Anlass zum Einmarsch der Wehrmacht und der SS bieten und die Gemeindewahlen verhindern.

Aber die tschechoslowakischen Volksmassen und ihr Staatspraesident Eduard Benes waren entschlossen, Hitler entgegenzutreten. Die Gegensatze, die in der tschechoslowakischen Regierung zwischen dem demokratischen und dem reaktionaeren Fluegel bestanden, wurden einstweilen ueberbrueckt und die Teilmobilisierung der tschechoslowakischen Armee gegen die an der Grenze konzen-



trierten Nazi-Truppen angeordnet. Am Morgen des 20. Mai uebernahm die tschechoslowakische Armee, unterstuetzt von zehntausenden Patrioten und Antifaschisten, den Schutz der Grenzen.

Das energische Auftreten Benes' veranlasste die franzoesische Regierung zu der Erklarung, dass Frankreich seinem tschechoslowakischen Verbuedeten zu Hilfe eilen werde, wenn Hitler den beabsichtigten Angriff auf das Sudetengebiet durchfuehre. Aber Hitler bekam es nun nicht allein mit der Tschechoslowakei und Frankreich zu tun, sondern auch mit der Sowjetunion, die mit beiden Laendern durch einen Militaer-Pakt verbunden war. Sogar Chamberlain gab nunmehr Hitler die Erklarung ab, dass, wuerde es durch den Angriff der Wehrmacht auf das Sudetengebiet zu einem Krieg kommen, dieser ebensowenig begrenzt bleiben wuerde wie der Krieg, der 1914 mit dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien seinen Anfang nahm.

Hitlers Militaermacht war im Mai 1938 bereits sehr stark. Aber sie war noch nicht stark genug, um es auf einen Krieg gegen Frankreich, gegen die Sowjetunion und die Tschechoslowakei ankommen zu lassen. Hitlers Kriegsindustrie war ausserdem durch Rohstoffschwierigkeiten behindert. So musste Hitler zaehneknirschend seine Truppen von der tschechoslowakischen Grenze zurueckziehen und auf die Durchfuehrung seines Planes vorlaeufig verzichten. Das entschlossene Auftreten der Tschechoslowakei und ihrer Verbuedeten hatte damit den Beweis erbracht, dass eine einheitliche Friedensfront der nicht-aggressiven Laender in Europa Hitler wohl im Zaume halten konnte.

#### DER UEBERFALL DER JAPANISCHEN MILITARISTEN AUF DIE SOWJETUNION

Die Schlappe, die Hitler von der Tschechoslowakei unter Benes' Fuehrung beigebracht wurde, veranlasste die Welt, sich eingehender mit dem Kraefteverhaeltnis zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion zu beschaeftigen.

Die Sowjetregierung hatte die Bildung der Achse Berlin-Rom-Tokio aufmerksam verfolgt. Sie war ueber die Absichten der nazistisch-faschistischen Aggressoren genau im Bilde. Nach ihrer Ansicht hatte der zweite Weltkrieg bereits begonnen. In Spanien fuehrten die deutschen Nazis und die italienischen Faschisten den Krieg gegen die fortschrittlichen Volksmassen. Im Fernen Osten stand der japanische Imperialismus seit ueber einem Jahre im Kampfe gegen das seine nationale Selbstaendigkeit verteidigende chinesische Volk. Die Sowjetregierung beantwortete die nazistischen Kriegstreibereien mit einer grosszuegigen Friedenspolitik, zugleich aber auch mit einem gewaltigen Ausbau der Roten Armee. Der Kampfwert der Roten Armee kam bei den sowjetrussischen Fliegern und Tankisten, die sich als Freiwillige der Volksfront-Regierung in Spanien zur Verfuegung gestellt hatten, sichtbar zum Ausdruck. Der Oberste Sowjet beschloss die Erhoehung des Budgets fuer die nationale Verteidigung von 17 Milliarden Rubel im Jahre 1937 auf 27 Milliarden Rubel im Jahre 1938. Die kleinen Voelker Europas sahen in der UdSSR mehr und mehr den einzigen Garanten ihrer Selbstaendigkeit.

Trotz des Misserfolges vom 20. Mai hatte Hitler seine aggressiven Absichten nicht aufgegeben. Die wichtigste Voraussetzung fuer deren Verwirklichung war nach seiner Auffassung die Liquidierung des franzoesisch-tschechoslowakischen und des russisch-tschechoslowakischen Militaer-Paktes. Eines

der Mittel dazu schien ihm, Frankreich und der Tschechoslowakei zu beweisen, dass sie die Schlagkraft der Roten Armee ueberschaetzten. Dieser Beweis konnte am ehesten durch einen lokalen Zusammenstoss zwischen Truppen einer faschistischen Macht und der Roten Armee geliefert werden. Der japanische Generalstab, der seinerseits die Hoffnung des chinesischen Volkes auf die Sowjetunion zerstoeren wollte, schaffte sich eine Gelegenheit dazu.

Am 20. Juli 1938 erschien der japanische Botschafter in Moskau, Shigemitsu, beim Volkskommissar des Auswaertigen, Maxim Litwinow, und forderte im Namen der japanischen Regierung einen Streifen Landes in der Gegend des Khassan-Sees. Litwinow antwortete, dass dieser Landstreifen auf Grund des sogenannten Hung-Chung-Vertrages ohne Zweifel Sowjetgebiet sei und lehnte die Forderung ab. Damit war fuer die japanischen Militaristen der Anlass fuer einen "probeweisen" Ueberfall auf die Rote Armee gegeben. Bis zum 30. Juli 1938 wurden dazu alle Vorbereitungen getroffen. An diesem Tage erschien in einer Berliner Zeitung ein Artikel, in dem ueber den Stand des japanisch-russischen Konfliktes folgendes zu lesen war: "Laengere Verhandlungen haben in Tokio zwischen dem Ministerpraesidenten, dem Aussenminister, dem Finanzminister, dem Kriegsminister, dem Chef des Generalstabs und dem Chef der Operationsabteilung stattgefunden. An den Kaiser wird taeglich Bericht erstattet. Japan schlaegt vor, dass, wenn alle Schritte, die in Moskau unternommen wurden, sich als erfolglos erweisen sollten, zuerst mit einer Demonstration begonnen werden soll, um zumindestens die lokalen Kommandanten der Roten Armee zu ueberzeugen, dass es besser sein wuerde, das besetzte Territorium zu raeumen, ehe die vereinigten Kraefte Japans und Mandschukuos zu extremen Gegenmassnahmen uebergehen, die in ihrer Macht liegen." \*

Am 29. Juli ueberfiel die 19. japanische Division, 20.000 Mann stark und ausgeruestet mit Maschinengewehren, Kanonen, Tanks, Panzerwagen und Flugzeugen, den elf Mann starken Grenzposten der Roten Armee am Bezymyama-Huegel, sechs Meilen vom Pazifik und 80 Meilen von Wladiwostok entfernt. Es gelang ihr, den Huegel zu besetzen und vier Kilometer tief in das Sowjetgebiet einzudringen. Aber schon am selben Tage wurde sie von einigen Abteilungen der Roten Armee wieder ueber die Mandschukuo-Grenze zurueckgeworfen. Am 2. August unternahmen die Japaner mit noch staerkeren Kraeften einen neuen Angriff auf den erwahnten Huegel. Nach achtundvierzigstuendigem Kampfe gelang es ihnen, dank ihrer ueberlegenen Zahl und Bewaffnung, den Huegel zu nehmen und sich einzugraben. Am 6. August traten Formationen der Roten Armee in Aktion und in viertaegigem Kampfe wurde die japanische Division vernichtend geschlagen.

Schon am 4. August wurde der japanische Botschafter in Moskau bei Litwinow vorstellig, um zu erklaren, dass seine Regierung eine friedliche Regelung des Konfliktes wuensche. Litwinow antwortete ihm, dass, wenn die Japaner ihre Angriffe auf das Sowjetgebiet einstellen, die Sowjettruppen keine Ursache mehr zur Durchfuehrung militaerischer Gegenmassnahmen haetten. Dann wuerde die Sowjetregierung in diplomatische Verhandlungen ueber die Vorschlaege eintreten koennen, welche die japanische Regierung zu machen habe. Jedoch muesse vorher die Unantastbarkeit der Sowjetgrenze, die durch den Hung-Chung-Vertrag festgelegt sei, garantiert werden.

Als der japanische Botschafter daraufhin den Wunsch seiner Regierung

\* "Berliner Boersen-Zeitung" vom 30. Juli 1938.

zum Ausdruck brachte, ueber den Hung-Chung-Vertrag zu verhandeln, erhielt er von Litwinow die kategorische Antwort: Die Grenzen zwischen Staaten werden ausschliesslich durch internationale Vertraege und Karten bestimmt und nicht durch persoerliche Ansichten und Wuensche von Regierungen und militaerischen Zirkeln oder inoffiziellen Erklaerungen... Die Grenze zwischen der Sowjetunion, Mandschukuo und Korea koenne nur die sein, die durch den Vertrag mit der chinesischen Regierung festgelegt wurde. Die Besetzung Mandschukuos durch Japan gibt ihm nicht das Recht, eine Aenderung der Grenzen zu verlangen. Auf jeden Fall hat die Sowjetregierung keine Einwilligung zu einer neuen Festlegung der Grenzen gegeben und werde sie nicht geben. Die Sowjet-Truppen aber werden die Anwesenheit von fremden Truppen, selbst auf einem schmalen Streifen Sowjet-Territoriums, auf keinen Fall dulden.

Am 5. August unternahmen die japanischen Militaristen mit noch staerkeren Kraeften an einer anderen Stelle einen zweiten Angriff. Die Rote Armee beantwortete auch diese Aktion mit einer energischen Gegenoffensive, die am 11. August zur voelligen Niederlage der japanischen Truppen fuehrte. Am 10. August gab die japanische Regierung ihrem Botschafter in Moskau die dringende Anweisung, die Vorschlaege der Sowjetunion schnellstens zu akzeptieren.

Das Vorgehen der Roten Armee war von einer derartigen Entschiedenheit, dass nunmehr Hitler und Mussolini kein weiteres Interesse zeigten, den "geringen Kampfeswert" der Roten Armee auf diesem Wege nachzuweisen. Die "Frankfurter Zeitung" veroeffentlichte schon am 6. August eine Mitteilung aus Tokio, in der es hiess: "Verantwortliche militaerische Kreise verheimlichen nicht, wie unerwuenscht die Entwicklung des gegenwaertigen Grenzkonfliktes ist, besonders in einer Zeit, wo die energischsten Vorbereitungen zur Eroberung Hankows notwendig sind." Auch in anderen Laendern machte der Erfolg der Roten Armee einen gewaltigen Eindruck. Die englischen konservativen Zeitungen "Daily Telegraph" und "Morning Post" schrieben von einem grossen Erfolg Moskaus. Das liberale "News Chronicle" erklarte, dass der Konflikt bewiesen habe, wie der Aggression eine Grenze gesetzt werden koenne. Der "Economist" hob hervor, dass es auch fuer andere Laender notwendig sei, das Vorgehen der Sowjetunion als Beispiel zu akzeptieren. Die "Times" schrieb, dass Japan die Lage erkennen muesse, in die es durch die vernichtenden Schlaege, welche die Sowjetunion den japanischen Truppen zugefuegt habe, geraten sei.

## MUENCHEN

Die Niederlage Hitlers am 20. Mai 1938, die er durch das gemeinsame entschiedene Auftreten der Tschechoslowakei, Frankreichs und der Sowjetunion erlitt, offenbarte vor der Welt die relative Schwaeche Nazi-Deutschlands. Hitler hatte sich vor der geschlossenen Front der Friedensmaechte zurueckziehen muessen. Die englische Regierung griff gegen Hitler ein, weil sie einen Krieg der Friedensfront gegen Nazi-Deutschland nicht wuenschte.

Chamberlain glaubte noch immer, Hitler zur Erhaltung des Gleichgewichts in Europa und als Buettel gegen die Sowjetunion ausnuetzen zu

koennen. Hitler war es gelungen, nicht nur Chamberlain und seine Hintermaenner, sondern auch die pro-deutsche Klique franzoesischer Trustkapitalisten durch den Antikomintern-Pakt erneut davon zu ueberzeugen, dass seine Aufruestung, seine Buendnisse und Vorstoesse ausschliesslich der Vorbereitung des Feldzuges gegen die UdSSR dienen.

Trotzdem konnten selbst diese Kreise nicht die Augen vor den Veraenderungen verschliessen, die in den Jahren 1936/37 eingetreten waren: Japans Verwicklung in den langwierigen Krieg gegen China hatte die Hoffnung auf eine gleichzeitige Aktion gegen die Sowjetunion vom Osten und vom Westen her zerstoert. Stattdessen stiessen die japanischen Interessen im Fernen Osten heftig mit den englischen zusammen. Italien schien seine Kraefte, trotz der Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes, ebenfalls gegen Frankreich und England zu konzentrieren. Mussolinis Forderungen gegenueber beiden Laendern wurden immer aggressiver. Im April 1938 versuchte Chamberlain, den "Duce" durch Abschluss des englisch-italienischen Paktes zu befriedigen. England versprach, die Interessen Italiens im Mittelmeer und im Roten Meer zu respektieren und sagte zu, die Anerkennung der italienischen Annexion Abessinians im Voelkerbund durchzusetzen. Durch den Pakt nahm Chamberlain ausserdem die englische Forderung auf Zurueckziehung der hunderttausend italienischen Freiwilligen aus Spanien zurueck. Er wollte damit Mussolini einen schnellen Sieg ueber die spanische Volksfront sichern.

Anthony Eden, der englische Aussenminister, wandte sich zusammen mit seinen Freunden heftig gegen den Abschluss dieses Vertrages. Eden verlangte, als Beweis fuer die friedlichen Absichten Mussolinis, die Raerumung Spaniens von italienischen Truppen. Chamberlain aber nahm die Bedingungen Mussolinis in bezug auf Spanien mit einigen Vorbehalten an. Eden und sein Unterstaatssekretaer, Lord Cranborne, schieden aus der Regierung aus.

Die Erwartung Chamberlains, dass Mussolini einen schnellen Sieg in Spanien erringen werde, erfuellte sich aber nicht. Am 26. Juli 1938 begann die spanische Volksfront-Armee ihre Gegenoffensive am Ebro und brachte den Vorstoss Francos auf Valencia zum Stehen. Am 29. Juli begannen die Kaempfe zwischen den Truppen der japanischen und der Roten Armee um den Besitz des Landstreifens am Khassan-See, die im Verlaufe von zehn Tagen mit einer vollstaendigen Niederlage der Japaner endeten. So waren die entschiedenen Verteidiger von Demokratie und Fortschritt — die Sowjetregierung, der Benes-Fluegel in der tschechoslowakischen Regierung, die spanische Volksfront-Regierung und die Patrioten Frankreichs und Englands — wieder oben auf.

Chamberlain stand vor der Wahl: entweder mit der Sowjetunion, mit Frankreich und einigen kleineren Staaten die kollektive Sicherheit zu organisieren, oder sich noch mehr von der UdSSR zu distanzieren, die Kleinstaaten preiszugeben und Frankreich zu isolieren. Die Organisierung der kollektiven Sicherheit haette den wirklichen Interessen des britischen Weltreiches entsprochen. Die nazistisch-faschistische Achse haette so in ihre Schranken verwiesen werden koennen, was ueber kurz oder lang im indirekten Zusammenwirken mit den antinazistischen Kraeften in Deutschland zum Sturz des Nazi-Regimes gefuehrt haette. Die Distanzierung von der Sowjetunion und die Preisgabe der kleinen Nationen musste England selbst isolieren und der Achse Tuer und Tor fuer neue Aggressionen oeffnen. Sie musste sich als direkte Hilfeleistung Englands zur Vorbereitung des erhofften spaeteren Angriffes Nazi-Deutschlands und Italiens auf

die Sowjetunion auswirken und die Errichtung der Hegemonie des deutschen Imperialismus in Europa unterstuetzen.

Trotz aller Warnungen entschied sich Chamberlain gegen das Interesse des britischen Weltreiches, das in diesem Falle mit dem Interesse der Sowjetunion und der ganzen fortschrittlichen Menschheit identisch war. Chamberlain entschied sich fuer die Fortsetzung der Politik Macdonalds und Baldwins, Hitler und Mussolini als Buettel der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion und zugleich gegen die fortschrittlichen Kraefte in der Welt zu staerken.

Damit begann das direkte Zusammenwirken zwischen Hitler, Mussolini und Chamberlain, in dessen Schlepptau sich auch der schwache, fortgesetzt schwankende Daladier befand. Chamberlain ging von der verhaengnisvollen Annahme aus, dass die faschistischen Maechte mit dem reaktionaeren Fluegel des englischen Finanzkapitals bis auf weiteres Solidaritaet ueben wuerden. Er glaubte fest daran, dass gute Beziehungen zwischen dem englischen, dem deutschen und dem italienischen Imperialismus fuer die beiden letzteren von so entscheidender Bedeutung seien, dass sie sich am Ende den englischen Wuenschen beugen muessten. Doch auch Chamberlain musste schliesslich die Erfahrung machen, dass zwischen den Imperialisten verschiedener Laender keine unbedingte Klassensolidaritaet moeglich ist, und dass die Welt nicht durch ihre Faschisierung befriedet werden kann. Er musste die Erfahrung machen, dass England allein die Achse nicht "baendigen" konnte.

Der Uebergang Chamberlains zur Muenchener Politik begann mit dem schon erwaehten englisch-italienischen Pakt vom April 1938. Damals wurde in der englischen Regierung der zu erwartende Angriff Hitlers auf die Tschechoslowakei diskutiert. Die Chamberlain-Mehrheit nahm fuer diesen Fall die Nichteinmischungs-Linie an. Aus diesem Grunde blieb auch der Vorschlag, den die Sowjet-Regierung nach der Besetzung Oesterreichs machte, "ueber vorbeugende Massnahmen gegen weitere Aggressionen zu beraten", ohne Antwort seitens der Westmaechte. Die Nichteinmischungs-Politik Chamberlains begann wirksam zu werden, nachdem Hitler am 20. Mai 1938 seine Truppen von der tschechoslowakischen Grenze zurueckgerufen hatte. Hitler war in den darauffolgenden Monaten nicht in der Lage, seine Raubplaene allein oder zusammen mit Mussolini gegen die uebrigen Maechte Europas durchzufuehren. In Deutschland selbst hatte nach der Besetzung Oesterreichs die antinazistische Bewegung einen starken Aufschwung genommen. Der Untergrundbewegung war es gelungen, breite deutsche Volksmassen zu ueberzeugen, dass Hitlers Raubpolitik zum Krieg treibe. In Deutschland herrschte Rohstoff- und Nahrungsmittelmangel. Die deutschen Katholiken waren ueber die Behandlung der oesterreichischen Katholiken empoeert. Hitler, Goering und Goebbels suchten einen Ausweg in neuen moerderischen Juden-Pogromen; sie sollten dem Erwachen des Volkes entgegenwirken. Zugleich aber waren sie unsicher geworden, wie sie einen erfolgreichen Schlag gegen die Tschechoslowakei vorbereiten konnten. In dieser kritischen Situation war es Chamberlain, der Hitler zu Hilfe kam.

Chamberlains Rettungsaktion fuer Hitler begann mit der Entsendung des Lord Runciman als Beobachter und Berater nach Prag und nach dem Sudetengebiet, wo der Kampf zwischen der Henlein-Partei und der Regierung tobte. Eduard Benes hatte versucht, den Sieg vom 21. Mai in vernuenftiger Weise zur Festigung der Einheit der Tschechoslowakischen Republik auszubauen. Die Henlein-Partei hatte im Sudetengebiet nicht 90 Prozent, sondern nur 70 Pro-

zent der Stimmen erhalten. Die dortige antinazistische Minderheit unterstuetzte Benes in seinen Bestrebungen, die vorhandenen Differenzen durch eine grosszuegige Neuregelung der Minderheitenfrage zu loesen. Die Provinzen Boehmen, Maehren und Schlesien sollten Autonomie und einen Landtag erhalten. Konrad Henlein lehnte trotzdem weiterhin jede Verhandlung mit der Regierung ab, solange nicht die Truppen, die den Grenzschutz versahen, zurueckgezogen wuerden. In der Fuehrung der Henlein-Partei kam es darueber zu einer Spaltung. Einige Mitglieder des Vorstandes, Kundt, Peters und andere, erklaeerten sich zu Verhandlungen mit der Regierung bereit.

Das war die Situation, als Lord Runciman am 27. Juli in Prag eintraf. Am Bahnhof wurde er nicht nur von Vertretern der Regierung, sondern auch von Vertretern der Henlein-Partei empfangen. Runcimans erste Handlung war, dass er die tschechoslowakische Regierung davon abhielt, ihren Vorschlag fuer ein neues Nationalitaeten-Statut vor das Parlament zu bringen. Runcimans Beziehungen zur Regierung waren aeusserst formell und kuehl; zu den Henlein-Leuten dagegen wurden sie ausserordentlich freundlich und warm. Seine Wochenende verlebte Lord Runciman regemaessig auf Schloessern des Sudetengebietes, die nazistischen Aristokraten gehoerten. Mit Henlein traf Lord Runciman wiederholt auf Schloss Eisenberg zusammen, das dem Fuersten Max Egon von Hohenlohe-Langenburg, einem feudalen Agenten der Fuenften Kolonne, gehoerte. Die Unterredungen fuehrten dazu, dass Henlein mit noch groesserer Entschiedenheit seine Forderungen gegenueber der tschechoslowakischen Regierung vertrat.

Anfang September erstattete Lord Runciman dem englischen Kabinett Bericht ueber die Ergebnisse seiner Mission. Es war ein sonderbarer Bericht. Zum Beispiel wurde die Regierung der tschechoslowakischen Republik und deren Stellungnahme zu den in Frage kommenden Problemen darin kaum erwaeht. Der Bericht schien nur den einen Zweck zu verfolgen, die Berechtigung der Forderungen Henleins zu beweisen. Die Londoner "Daily Mail" unterstuetzte Runcimans skandaloesen Bericht, indem sie der tschechoslowakischen Regierung den Vorschlag machte, "das Verhaeltnis der Tschechoslowakei zu Hitler-Deutschland in Uebereinstimmung mit den Beziehungen zu regeln, die vor Jahrhunderten Boehmen und Maehren zum Heiligen Roemischen Reich Deutscher Nation unterhielt". Das bedeutete mit anderen Worten, Boehmen und Maehren sollten sich Hitler-Deutschland anschliessen.

Hitler und Goebbels hatten es somit leicht, ihre chauvinistische Hetze gegen die tschechoslowakische Regierung zu entfesseln. So wurde in dem "Schulungsbrief der NSDAP", der eine Auflage von drei Millionen hatte, behauptet, dass die Existenz der Tschechoslowakei unvereinbar sei mit einem starken Deutschland; denn Boehmen befaende sich, trotzdem es eine slawische Sprache benutze, innerhalb der deutschen Kultursphaere.\* Am 8. Juni 1938 erschien in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" ein Artikel, in dem es hiess: "Die Tschechoslowakei ist ein Anachronismus. Fuer eine Rekonstruktion des Landes auf der Grundlage des Nationalitaeten-Planes der tschechoslowakischen Regierung ist es nun zu spaet. Schon im XIII. Jahrhundert sind deutsche Staemme nach Boehmen gekommen und haben das Land kultiviert. Die Tschechen haben auf jeden Fall weniger Recht auf das Land als die Deutschen, die zweifellos Nachkommen der westdeutschen Staemme sind." Diese Behauptungen

\* "Schulungsbrief der NSDAP", Maerz 1938.

sind einfach Geschichtsfaelschungen. Bekannt ist die Tatsache, dass vor dem 13. Jahrhundert selbst Sachsen und Teile von Mitteldeutschland von slawischen Staemmen besiedelt und durch sie kultiviert worden waren.

Die Nazi-Regierung wusste genau, dass sie in dem Vertrauensmann Chamberlains, Lord Runciman, einen wichtigen Schrittmacher fuer ihre Raubziele hatte. Hitler war deshalb entschlossen, nicht nur das Sudetengebiet, sondern die ganze Tschechoslowakei aufs Korn zu nehmen. Doch mit Frankreich und der Sowjetunion als Verbueendete der Tschechoslowakei bestand die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Der Generalstabschef, Generaloberst Ludwig Beck, warnte Hitler besonders vor dieser Moeglichkeit, auf welche die deutsche Wehrmacht nicht vorbereitet sei. Hitler glaubte jedoch, durch den demonstrativen Ausbau der Westbefestigungen Frankreich einschuechtern und daran hindern zu koennen, dass es der Tschechoslowakei zu Hilfe komme. Damit wollte er gleichzeitig die Sowjetunion isolieren. So ging Hitler auf dem beschrittenen Wege weiter. Chamberlains glaubte er sicher zu sein. Strittig war bloss, ob sich die Aktion gegen das Sudetengebiet oder gegen die ganze Tschechoslowakei richten sollte. Hitlers persoenlicher Adjutant, Hauptmann Fritz Wiedemann, und auch Konrad Henlein hatten die Verhandlungen in London schon im Juli 1938 gefuehrt. Am 5. August 1938 gab Hitler bekannt, dass 400.000 Arbeiter mit dem Ausbau der Westbefestigungen beschaefigt seien. Am 12. August befahl er die Mobilisierung von 750.000 Reservisten zur angeblichen Teilnahme an den Manoevern der Wehrmacht in Mittel- und Sueddeutschland. Am 28. August 1938 stattete Hitler den Westbefestigungen einen Besuch ab. Am 1. und 2. September 1938 verhandelte er in Berchtesgaden mit Hess, Goering, Goebbels, Ribbentrop, dem Fliieger-General Bodenschatz und mit Henlein. Am 2. September gab Hitler bekannt, dass die deutsche Regierung das Nationalitaeten-Statut Benes' als zu spaet und ungenuegend ablehne. Am 6. September 1938 eroeffnete Hitler den Parteitag der NSDAP in Nuernberg. In seiner Eroeffnungs-Rede hielt er einen Lobgesang auf den Raub Oesterreichs. Unter anderem erklarte er: Der Aufbau des Nationalsozialismus sei beendet. Oekonomisch habe die Eingliederung Oesterreichs in das Dritte Reich einen rapiden Fortschritt verursacht. Aber wenn am Morgen des 12. Maerz die Fahnen des neuen Reiches ueber die Grenzen getragen worden seien, so nicht mehr wie in fruerehen Zeiten als Zeichen der Eroberung, sondern als Zeichen der allumfassenden Einheit der Deutschen. "Fuer uns und fuer alle, die nach uns kommen, wird Deutschland immer nur Grossdeutschland sein." \*

Die Rede, in der Hitler die Tschechoslowakei mit keinem Wort erwaehte, wurde von der Weltpresse als in Zeichen dafuer ausgelegt, dass vorlaeufig "nichts passieren" werde. Tatsaechlich war jedoch der endgueltige Plan fuer das Vorgehen gegen die Tschechoslowakei am 1. und 2. September in Berchtesgaden festgelegt worden. Hitler hatte sich schliesslich die Ansicht des Generalobersten Beck zu eigen gemacht, dass es sicherer sei, sich einstweilen mit der Annexion des Sudetengebiets zu begnuegen; denn schon dadurch werde die Tschechoslowakei ihrer gesamten Befestigungslinie und ihrer militaerischen Macht beraubt; zugleich aber werde eine solche Beschraenkung es Chamberlain erleichtern, Frankreich von der Erfuellung seiner Buendnispflicht der Tschechoslowakei gegenueber abzuhalten.

Wie genau alles zwischen Hitler und Chamberlain vorbereitet und ver-

\* "Volekischer Beobachter" vom 7. September 1938.

einbart war, kam in einem Artikel der Londoner "Times" zum Ausdruck, durch den offen fuer die Forderungen Hitlers Propaganda gemacht wurde. In diesem Artikel hiess es: "Wenn nun die Sudetendeutschen mehr fordern als die tschechoslowakische Regierung nach ihren letzten Vorschlaegen zu geben bereit ist, dann muss erwartet werden, dass auch die Deutschen mehr verlangen als zur Beseitigung der Schwierigkeiten notwendig ist. . . In diesem Falle waere es fuer die tschechoslowakische Regierung vielleicht besser zu bedenken. . . die Tschechoslowakei zu einem mehr homogenen Staat zu machen, indem sie die Teile der fremden Bevoelkerung abtritt, die sich mit der Nation verbunden fuehlen, mit der sie durch ihre Rasse vereinigt sind." \*

Der Artikel der "Times" bildete geradezu den Auftakt zu den nachfolgenden Ereignissen. Sofort nach Bekanntwerden des Artikels brach Henlein die Beziehungen zur tschechoslowakischen Regierung endgueltig ab. Am 8. September traf Henlein in Nuernberg ein, wo er mit Hitler die naechsten Massnahmen besprach. Die Zusammenstoesse zwischen Henlein-Leuten, Tschechen und antinazistischen Deutschen begannen am 11. September, um Hitler das Material zu seiner Brandrede auf dem Nuernberger Parteitag gegen die Tschechoslowakei zu liefern. Diese Rede hielt Hitler am 13. September. Frech behauptete er, dass 3.500.000 Deutsche in der Tschechoslowakei auf das Schlimmste unterdrueckt und gepeinigt wuerden. Diese Deutschen seien des Rechtes der Selbstbestimmung, das ihnen von Wilson zugesichert worden waere, beraubt worden. Oekonomisch wuerden sie ruiniert und auf diese Weise langsam ausgerottet. Die Misere der Sudeten-Deutschen sei unbeschreiblich. Das aber duerften sich die 80 Millionen Deutschen des Reiches nicht mehr gefallen lassen. Deshalb sage er, in Uebereinstimmung mit seiner Rede vom 22. Februar 1938, dass, wenn diese gepeinigten Kreaturen sich nicht selbst Recht und Unterstuetzung verschaffen koennten, sei beides vom Dritten Reich erhalten muessten. \*

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklarte Hitler, dass der tschechoslowakische Staat widernatuerlich sei. Er wende seine Macht nur an, um die Deutschen an der Vertretung ihrer nationalen Interessen zu hindern. Es sei Dr. Benes gewesen, der die Luege erfunden habe, Deutschland haette am 20. Mai 1938 Truppen gegen die Tschechoslowakei mobilisiert. Die Prager Regierung habe diese Luege benoetigt, um durch niedertraechtige und terroristische Unterdrueckung die damaligen Gemeindewahlen zu beeinflussen. Dann habe sie behauptet, Deutschland sei infolge der Entschlossenheit der Tschechen und der Intervention Gross-Britanniens und Frankreichs zurueckgewichen. Er, Hitler, habe deshalb am 28. Mai 1938 einige wichtige Massnahmen getroffen: Die Armee und die Luftwaffe seien wesentlich verstaerkt und mit dem Ausbau der Befestigungen im Westen sei begonnen worden. Die gewaltigsten Befestigungen, die je existiert haetten, seien dort im Bau. Die Deutschen in der Tschechoslowakei verlangten nunmehr das Recht auf Selbstbestimmung. Es sei nicht die Sache des Herrn Benes, den Sudetendeutschen Geschenke zu machen; deren Recht sei es, ein eigenes Leben zu fordern, wie jedes andere Volk. Seine — Hitlers — Aufgabe bestehe nun darin, darauf zu sehen, — was die Deutschen der Tschechoslowakei betrifft —, dass Recht nicht zu Unrecht wird. \*\*

Hitlers Rede war zugleich das Signal zum allgemeinen Putsch der Hen-

\* "Times" vom 7. September 1938.

\*\* "Volekischer Beobachter" vom 14. September 1938.

lein-Leute im Sudetengebiet. Aber dieser Putsch schlug fehl. In wenigen Stunden konnte er durch die lokalen Polizeikraefte liquidiert werden. Die daraufhin von Henlein erlassene Generalstreik-Parole stiess auf die einmuetige Ablehnung der sudetendeutschen Arbeiter. Die tschechoslowakische Regierung ordnete nun die Aufloesung der Henlein-Partei an. Ihre Fuehrer, Henlein an der Spitze, flohen bei Nacht und Nebel ueber die Grenze ins Dritte Reich. Nach diesem Misserfolg waere dieser Spuk im Sudetengebiet vorbei gewesen. Hitler konnte nicht wagen, ohne einen erfolgreichen Putsch die Wehrmacht in das Sudetengebiet einmarschieren zu lassen. Das Grenzbefestigungssystem der Tschechoslowakei war ausserordentlich stark. Die stehende tschechoslowakische Armee zaehlte ueber 500.000 Mann. Die Skoda-Werke hatten sie zu einer der best-bewaffnetsten Armeen der Welt gemacht. Die eindeutige Erklarung von Seiten der franzoesischen Regierung, dass sie ihre Buendnispflichten der Tschechoslowakei gegenueber einhalten werde, — die Sowjetunion war dazu entschlossen — haette Hitler auch diesmal zum Rueckzug gezwungen. Damit waere zugleich die kollektive Sicherheit verwirklicht, die spanische Republik gerettet und das Hitler-Regime in eine schwere wirtschaftliche und politische Krise gestuerzt worden.

Ein solcher Ablauf der Ereignisse entsprach jedoch nicht den Plaenen Chamberlains und auch nicht denen Daladiers. Zwar liess Daladier mobilisieren und Chamberlain beauftragte am 13. September Sir Nevile Henderson, Hitler mitzuteilen, dass England im Falle eines europaeischen Krieges nicht neutral bleiben koenne. Doch geschah dies nur, um die Voelker glauben zu machen, dass Hitler entschlossen sei, den Kampf auch gegen eine gemeinsame Front Englands, Frankreichs, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Rumaeniens und Jugoslawiens aufzunehmen.

Denn schon am 14. September verstaendigte sich Chamberlain telefonisch mit Daladier "ueber ein ausserordentliches Verfahren, den Frieden zu erhalten". Daraufhin informierte er Hitler, dass England bereit sei, "materielle Opfer fuer die Abwehr des Krieges zu bringen". Er, Chamberlain, schlage vor, gemeinsam die gesamte Weltlage an einem von Hitler zu bestimmenden Ort zu diskutieren. Hitler waelhte als Verhandlungsort seinen Raeuberhorst Berchtesgaden und Chamberlain begab sich dorthin am 15. September 1938 in einem Sonderflugzeug. Um die Manoever der Appeaser zu erleichtern, verkuendete Mussolini am gleichen Tage, dass Italien jede Hilfe seitens Frankreichs und Englands an die Tschechoslowakei als Kriegserklaerung betrachten und Hitler unterstuetzen werde. Die Goebbels-Presse, die das henleinfreundliche Memorandum Runcimans kannte und den "Times"-Artikel vom 7. September richtig auszulegen verstand, schrieb, dass sie den Verhandlungen Hitlers und Chamberlains hoffnungsfreudig entgegen sehe.

Ganz anders waren die Aeusserungen derjenigen Kreise, welche die Sachlage realistisch betrachteten und das grosszuegige Manoever durchschauten, das hier von Chamberlain und Hitler in Szene gesetzt werden sollte. Zum Beispiel schrieb die offizielle Moskauer Presse zur Reise Chamberlains nach Berchtesgaden: "Es ist ganz klar, dass die Reise Chamberlains nach Deutschland einen Handel bezweckt, fuer den zu bezahlen man die Tschechoslowakei zwingen moechte. . . Aber die Politik der Abmachungen mit dem Aggressor schiebt den Krieg nicht auf, sondern beschleunigt ihn." \*

Der New Yorker Radio-Kommentator Johannes Steel brachte die Auffas-

\* "Prawda", Moskau, 15. September 1938.

sung den amerikanischen Oeffentlichkeit zum Ausdruck, indem er seinen Hoe-rern am 16. September 1938 erklarte: "Viel wird ueber die Grosse der Anstrengungen Chamberlains gesprochen. Sicherlich ist es ihm ernst mit seinem Versuch, den Krieg zu vermeiden. . . Aber er gibt Hitler nur mehr Munition zum Schiessen. Es wuerde befremdend sein, wenn er das nicht wuesste. . . Angeblich hat Mister Chamberlain die Tschechoslowakei an die Deutschen ausgeliefert. . . Aber wenn die Tschechoslowakei von ihren Alliierten verraten wurde, dann wird das nicht die letzte Aenderung auf der Landkarte Europas sein. . . Die ganze Landkarte Europas wird dann mit Blut erneuert werden." \*

Ohne die Weltoeffentlichkeit ueber das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Hitler zu informieren, kehrte Chamberlain aus Berchtesgaden nach London zurueck. Dort fanden am 18. September englisch-franzoesische Besprechungen statt, an denen Chamberlain, Halifax, Daladier und Bonnet teilnahmen. Als Zweck der Konferenz wurde angegeben, man wolle "die Grundlagen fuer das Abkommen zur Erhaltung des Friedens formulieren." In Wirklichkeit hatte sich Chamberlain nicht nur die Grundlagen, sondern bereits das Abkommen selbst von Hitler in Berchtesgaden diktieren lassen.

Am Montag, den 19. September 1938 wurde der Inhalt dieser "Grundlagen zur Erhaltung des Friedens" bekanntgegeben. Danach sollten die Einheit der Tschechoslowakei zerstoert, ihre Grenzbefestigungen an Hitler ausgeliefert, das Sudetengebiet mit seiner wichtigen Industrie von Deutschland annektiert, die Bevoelkerung anderer Gebiete zur Entscheidung ihrer kuenftigen nationalen Zugehoerigkeit veranlasst und die Buendnisvertraege zwischen der Tschechoslowakei und anderen Laendern liquidiert werden. Wenn das alles erreicht sei, dann wuerden England und Frankreich die Unabhaengigkeit und Sicherheit des restlichen Landes garantieren.

Das Bekanntwerden dieser verraeterischen Vereinbarung verursachte eine ungeheure Erregung unter allen wirklichen Freunden des Friedens. Treffend wurde sie von Winston Churchill gekennzeichnet, indem er erklarte: "Die Regierungen Englands und Frankreichs hatten zwischen Schande und Krieg zu waelhlen. Sie haben die Schande gewaehlt und werden den Krieg haben." \*\* Die "Iswestija" sagten die Konsequenzen des Verrates der Chamberlain und Daladier durch folgende Saetze voraus: "Heute die Sudeten, morgen der Polnische Korridor, uebermorgen Elsass-Lothringen. Dieses unvermeidliche Uebermorgen, von dessen Hinausschiebung die franzoesischen Minister traeuern, wird sie unter fuer Frankreich unermesslich schwierigeren Bedingungen treffen als die heutigen." \*\*\*

Der Chefredakteur der "Lidové Noviny" und spaetere tschechoslowakische Staatsminister Dr. Hubert Ripka schrieb: "Es ist unbegreiflich, dass sich jemand einbildet, durch eine solche Kapitulation den Frieden erhalten zu koennen. . . Wir sind entsetzt ueber die Blindheit der westlichen Maechte, wenn sie sich wirklich einbilden, dass Deutschland das Schicksal der Sudetendeutschen beschaeftigt. Es benuetzt sie, weil es richtig erkennt, dass, wenn es ihm gelingt, die Tschechoslowakei zu zerstoeren, es der Beherrscher des ganzen Donaugebietes bis zum Schwarzen Meer hin sein wird. . . Es ist nicht die Frage der Englaender,

\* Johannes Steel "The Truth about Munich", New York 1938.

\*\* Zitiert nach "Rundschau ueber Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Sondernummer "Die Tschechoslowakei", 1939.

\*\*\* "Iswestija" vom 20. September 1938.

fuer die Tschechoslowakei zu kaempfen, sondern Deutschlands imperialistische Expansion zu stoppen, die nach Hitlers allgemein bekanntem Programm das Ziel hat, Europa zu dominieren."\*

Alle Proteste und Warnungen nuetzten jedoch nichts. Chamberlain und Daladier waren entschlossen, ihren Verrat an der Tschechoslowakei und damit an Europa unter allen Umstaenden zu vollenden. In der Nacht vom 20. zum 21. September 1938 erschienen die Prager Gesandten Englands und Frankreichs bereits im Hradschin und forderten von Dr. Benes die sofortige Kapitulation vor Hitlers Diktat, "andernfalls England und Frankreich die Tschechoslowakei ihrem Schicksal ueberlassen muessen." Deutsche, polnische und ungarische Truppen wuerden dann die Grenzen des Landes ueberschreiten und die staatliche Unabhaengigkeit der Tschechoslowakei zerst hoeren.

Als einzige Stuetze blieben Eduard Benes nur die Sowjetregierung und die rumaenische Regierung. Die Sowjetregierung antwortete auf eine entsprechende Anfrage der tschechoslowakischen Regierung, dass sie bereit sei, in Uebereinstimmung mit dem tschechoslowakisch-sowjetrussischen Beistandspakt zu handeln. Die rumaenische Regierung teilte mit, dass sie den Durchmarsch der Roten Armee durch Rumaenien gestatten werde. Praesident Benes erwog deshalb den Gedanken, gemeinsam mit der Sowjetunion und Rumaenien das Land gegen die nazistischen Eindringlinge zu verteidigen. Jetzt aber traten die faschistischen Elemente der Agrar-Partei und ihre Kabinettsmitglieder auf den Plan. Sie erhoben sich gegen Benes und drohten, falls er Russlands Hilfe annaehme, Hitler zur Besetzung des Landes aufzufordern. Unter diesen Umstaenden zog es die Hodza-Regierung vor, das Ultimatum Hitlers, Chamberlains und Daladiers anzunehmen. Am 22. September unterzeichnete sie das Diktat.

Nun aber ereignete sich etwas, was im Plane Chamberlains nicht vorgesehen war. Eine ploetzlich aufflammende gewaltige Empoerung der tschechoslowakischen Volksmassen fegte das Hodza-Kabinett hinweg. Vom Chef der tschechoslowakischen Armee, General Jan Sirovy, wurde eine neue Regierung auf der Grundlage eines Programmes zur Verteidigung des Landes gebildet. Der Widerstand der tschechoslowakischen Volksmassen fand ein Echo in Frankreich und England. Ueber Nacht setzte eine starke Bewegung gegen den Verrat Chamberlains und Daladiers ein. Die Sowjetunion erkl aerte vor der Welt, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen restlos erfuellen werde. Sie richtete eine Warnung an Polen, dass sie den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt als verletzt betrachten werde, wenn die polnische Regierung sich an der Aggression gegen die Tschechoslowakei beteilige. Neben Rumaenien erkl aerte nun auch Jugoslawien seine Bereitschaft, der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen. Praesident Roosevelt erliess eine gegen Nazi-Deutschland gerichtete Kundgebung: jede Nation, die den Krieg beginnen wuerde, werde die Sympathie der Vereinigten Staaten von Nordamerika verlieren. Die deutsche Untergrundbewegung verbreitete im Reiche ein Flugblatt, das die Aggressionsabsichten Hitlers und den Verrat Chamberlains und Daladiers anprangerte. In diesem Flugblatt hiess es: "Hitler verlangt, dass Chamberlain und Daladier ihm das Sudetengebiet ausliefern. Dafuer will er fuer die Zukunft den Frieden garantieren. Chamberlain und Daladier haben Hitlers Forderung und Garantie angenommen. Aber haben sie vergessen, dass Hitler am 7. Maerz 1935 nach der Besetzung des Rheinlandes erkl aerte, Deutschland habe keine weiteren territorialen Forderungen in Europa?

\* "Lidové Noviny" vom 20. September 1938.

Haben sie vergessen, dass Hitler am 11. Juli 1936 feierlich erkl aerte, dass er die Selbststaendigkeit Oesterreichs garantiere und dass er trotzdem Oesterreich annektierte? Haben sie vergessen, dass Goering dem tschechoslowakischen Gesandten am 13. Maerz 1938 ehrenwoertlich versicherte, dass die Besetzung Oesterreichs durch deutsche Truppen in keiner Hinsicht gegen die Tschechoslowakei gerichtet sei und dass Hitler am 20. Mai 1938 seine Divisionen zum Angriff auf dieses Land konzentrierte? Haben sie vergessen, dass Hitler und seine Bande ihr Wort nie gehalten haben, und dass sie es auch in Zukunft niemals halten werden? Hitler lacht ueber die Dummkoepfe in England und Frankreich, die sich anstrengen, aus einem Brandstifter einen Feuerwehmann, aus einem groessenwahnsinnigen Gauner einen Gentleman und aus einen Kriegstreiber einen Friedensengel zu machen."\*

Nun schien es, als ob sich die Lage aendern sollte. In die Enge getrieben, verschaeufte Hitler seine Kriegsdrohungen. Durch die in Deutschland formierte 40.000 Mann starke sudetendeutsche Legion liess er Ueberfaelle auf tschechoslowakisches Grenzgebiet unternehmen, die von den tschechoslowakischen Truppen energisch zurueckgewiesen wurden. Dies alles geschah von Hitler nur, um seine Gegner zu bluffen. Hitler wusste, dass er auch jetzt nicht einen Dreifrontenkrieg wagen konnte. Die Situation war deshalb fuer die Kraefte des Friedens und des Fortschritts noch aeusserst guenstig. Durch entschiedenes Auftreten haette Hitler zurueckgetrieben werden koennen. Ein militaerischer Gegenstoss haette ihn um seine Herrschaft gebracht. Aber Chamberlain und Daladier wollten den Erfolg Hitlers. So arrangierten sie eine neue Konferenz, die Hitler nach dem Hotel "Dresen" in Godesberg einberief, dem gleichen Ort, wo Hitler am 29. Juni 1934 die letzten Stunden vor seiner Bartholomaeusnacht verbracht hatte. Die Bereitschaft Chamberlains, trotz der Massenempoerung gegen das Berchtesgadener Diktat nach Godesberg zu kommen, musste Hitler endgueltig davon ueberzeugen, dass er seine raeuberischen Absichten durchsetzen werde, ohne Gegenmassnahmen von Seiten Englands und Frankreichs befuerchten zu muessen. So empfang Hitler Chamberlain nicht wie einen Verhandlungspartner, sondern wie einen Angeklagten: Warum habe er nicht fuer die widerspruchslose Annahme seines Berchtesgadener Ultimatums Sorge getragen? Was sei das fuer ein Zustand, wenn die Regierung Sirovy ihm, Hitler, mit Widerstand drohe? Wie koenne Chamberlain gestatten, dass der Mob in London, Paris, Bukarest und Belgrad gegen das Reich demonstriere? Das beweise, wie England und Frankreich und auch die Tschechoslowakei seine in Berchtesgaden gezeigte Grossherzigkeit zu wuerdigen verstaenden. Nun aber seien die dort gemachten Vorschlaege ueberholt. Die Vorkommnisse haetten bewiesen, wie notwendig es Deutschland habe, auf seine Sicherheit bedacht zu sein. In Berchtesgaden habe es sich um das Sudetengebiet gehandelt, jetzt aber gehe es um die ganze Tschechoslowakei. Diese muesse von der Landkarte ausradiert werden.

Wieder wurde Hitler von Mussolini sekundiert. Dieser machte sich zum Wortfuehrer Polens und Ungarns, die ebenfalls territoriale Ansprueche an die Tschechoslowakei erhoben. Ausserdem drohte er, dass ein Krieg, sollte er zum Ausbruch kommen, eine faschistische Neuordnung Europas herbeifuehren muesse.

Das freche Auftreten Hitlers und Mussolinis war darauf berechnet, die

\* Aus einem Flugblatt der deutschen Untergrundbewegung, verbreitet im Reiche Ende September 1938.

Kriegsfurcht in Teilen der Bevölkerung Englands und Frankreichs noch mehr zu steigern. In England liess Chamberlain zu diesem Zwecke Gasmasken verteilen und die Evakuierung Londons vorbereiten. In Frankreich erliess Daladier neue Mobilisierungs-Massnahmen. Auf diese Weise wurde der Eindruck erweckt, dass der Frieden nur noch durch ein Wunder gerettet werden koenne. Und dieses Wunder wollten Chamberlain und Daladier herbeifuehren.

Am 24. September 1938 brach Chamberlain formell die Verhandlungen mit Hitler in Godesberg ab. Das war nur ein Manoeber. Denn zugleich erklarte er seine Bereitschaft, ein Memorandum Hitlers, wenn auch ohne eigene Stellungnahme, an die tschechoslowakische Regierung weiterzuleiten. In dem Memorandum wurden nicht nur das Sudetenland, sondern auch Gebiete gefordert, in denen ueber eine Million Tschechen ansaessig waren. Von Mussolini wurde dieses Memorandum als ein am 1. Oktober ablaufendes Ultimatum bezeichnet. Am 25. September informierte die tschechoslowakische Regierung Chamberlain und Daladier, dass sie Hitlers Forderungen nicht annehmen werde und ordnete die allgemeine Mobilisierung an. Am naechsten Tage veroeffentlichte das englische Aussenministerium, offensichtlich im Widerspruch zu Chamberlain, eine Erklarung ueber ein gemeinsames Vorgehen Englands, Frankreichs und der Sowjetunion fuer den Fall, dass Hitler die Tschechoslowakei angreifen werde. Aber Hitler wurde, wie Duff Cooper am 24. Maerz 1939 im englischen Unterhaus feststellte, durch "andere Kanaele" in der Auffassung bestaerkt, England werde auf keinen Fall wegen der Tschechoslowakei Krieg fuehren.

Am Abend des 26. September 1938 sprach Hitler im Berliner Sportpalast. Er wiederholte dort, was er schon zur Rheinlandbesetzung, zur Wiedereinfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Annektierung Oesterreichs gesagt hatte: Drohungen gegen die ganze Welt und Versprechen an die ganze Welt. Diese Rede enthielt ausserdem eine niedertraechtige Hetze gegen den Praesidenten Benes. "Wir haben nun" — sagte Hitler — "unsere Bewaffnung in einem Ausmasse vervollstaendigt, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Tatsaechlich habe ich fuenf Jahre lang geruestet. Ich habe Milliarden daeuer ausgegeben. Ich bin trotzdem entschlossen, nie einen Krieg zu proklamieren. Ich habe allen Staaten, die an unser Land grenzen, die Unverletzbarkeit ihres Territoriums garantiert. Ich habe England die Hand entgegengestreckt. Ich habe Frankreich erklart, dass es keine Differenzen mehr zwischen uns gibt, dass die elsass-lothringische Frage fuer uns nicht mehr besteht. Ich will nichts von Frankreich, endgueltig nichts. Und nun steht vor uns das letzte Problem, das geloest werden muss und das geloest wird: Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu machen habe, aber es ist eine Forderung, von der ich nicht abgehe, und die ich, so Gott will, durchsetze. Und nun bewegt uns schon seit Wochen und Monaten eine Frage. Es ist nicht so sehr die Frage der Tschechoslowakei, sondern vielmehr die Frage des Herrn Benes. Der tschechoslowakische Staat ist durch die Luege des Herrn Benes entstanden, der vor der Friedenskonferenz in Versailles behauptete, es gaebe eine tschechoslowakische Nation. Durch Herrn Benes annektierten diese Tschechen die Slowakei, dreiundeinehalbe Million Deutsche, ueber eine Million Ungarn und einige hunderttausend Ukrainer und Polen. Ich bin der Sprecher fuer das Schicksal dieser Deutschen. . . Als am 21. Mai 1938 die Wahlen in der Tschechoslowakei stattfinden sollten, liess Herr Benes die deutschen Gebiete militaerisch besetzen und behauptete, Deutschland haette mobilisiert. Aber Deutschland hatte nicht einen

Mann zu den Fahnen gerufen. Und nun liess dieser Mann alle verhaften, einsperren, niederschliessen, die ihm aus irgend einem Grunde nicht gefielen. Und dann kam Chamberlain. Ich sagte ihm, dass ich nicht lange zusehen kann, wie der Wahnsinnige in Prag die 3½ Millionen Menschen misshandelt. England und Frankreich haben dann an die Tschechoslowakei die einzig moegliche Forderung gestellt, das deutsche Gebiet an Deutschland auszuliefern. Herr Benes stimmte zu, aber dann begann er die Deutschen aus dem Gebiet zu vertreiben. Heute befinden sich schon 214.000 Fluechtlinge in Deutschland. Er denkt, mir kann nichts passieren; denn England und Frankreich stehen hinter mir. Und nun, Volksgenossen, ist die Zeit gekommen, wo man sich die Dinge nicht mehr laenger gefallen lassen kann. Ich habe der englischen Regierung ein Memorandum uebergeben, das den Vorschlag enthaelt, dass das Gebiet, wo Deutsche leben, die wuenschen Deutsche zu sein, zu Deutschland kommt. Bis zum 1. Oktober hat Herr Benes uns dieses Gebiet zu uebergeben. Ich bin Herrn Chamberlain dankbar fuer seine Bemuehungen. . . Ich habe ihm versichert, dass in dem Moment, wenn die Tschechoslowakei ihre Probleme loest, das heisst, wenn die Tschechoslowakei sich mit ihren anderen Minoritaeten verstaendigt haben wird, und das friedlich und nicht durch Unterdrueckung, dann habe ich kein Interesse mehr an dem tschechoslowakischen Staat. Und das ist Herrn Chamberlain garantiert. Wir wollen ja gar keine Tschechen. Damit habe ich Herrn Benes einen Vorschlag gemacht. Die Entscheidung ueber Krieg und Frieden liegt in seiner Hand. Entweder er gibt den Deutschen die Freiheit, oder wir werden sie ihnen selbst holen. Wir sind entschlossen. Es liegt an Herrn Benes, nun zu waehlen." \*

Noch vor seiner Rede im Berliner Sportpalast hatte Hitler einen Brief von Chamberlain erhalten mit dem dringlichen Ersuchen, seine ueber das Berchtesgadener Abkommen hinausgehenden Forderungen aufzugeben und sich zu weiteren Verhandlungen bereit zu erklaren. Die Durchfuehrung des Berchtesgadener Abkommens bedeutete die Zerstoerung des bestehenden europaeischen Sicherheitssystems. Aber gerade das war, was Hitler sich als naechstes Ziel gesteckt hatte. So konnte er sich getrost an den Vorschlag Chamberlains halten.

Hitlers Rede fand in der englischen und franzoesischen Appeaser-Presse eine aussergewoehnlich gute Aufnahme. In London schrieb man: "Das Wichtigste an der Rede des Herrn Hitler ist: er scheint die Tuer fuer Verhandlungen nicht endgueltig zu schliessen." \*\* In Paris war man nicht anspruchsvoller: "Herrn Hitlers Rede scheint vor allem eine Rechtfertigung des Godesberger Memorandums und eine Erinnerung an die Tschechen zu sein, dass sie zwischen Frieden und Krieg zu waehlen haben." \*\*\*

Nun galt es nur noch, so schnell wie moeglich wieder an den Verhandlungstisch zu gelangen und den Verrat zu vollenden. In Paris bereiteten die Appeaser eine Friedens-Petition an Daladier vor. In Rom kam Mussolini mit der Enthuelung heraus, dass Hitlers Godesberger Memorandum ja mit dem Londoner Abkommen Englands und Frankreichs uebereinstimme. In London desavouierte Chamberlain nun offen die Erklarung des britischen Aussenministeriums, England werde, im Falle eines Angriffs Hitlers auf die Tschechoslowakei, gemeinsame Sache mit Frankreich und der Sowjetunion machen. "Wir werden das

\* "Voelkischer Beobachter" vom 27. September 1938.

\*\* "Times" vom 27. September 1938.

\*\*\* "Le Temps" vom 28. September 1938.

Britische Imperium allein fuer diese kleine Nation auf keinen Fall in einen Krieg hineinziehen lassen" waren Chamberlains Worte. Die tschechoslowakische Regierung lehnte aber das Godesberger Memorandum nach wie vor ab.

Am 28. September richtete deshalb Chamberlain an Mussolini die Bitte, die Vermittlung in dem Konflikt zu uebernehmen. Zu diesem Zweck berief er fuer den 29. September jene folgenschwere Viermaechte-Konferenz nach der bayrischen Hauptstadt ein, die den Namen "Muenchen" als schmachvolles Kennzeichen fuer die Politik der verraeterischen Unterstuetzung der faschistischen Aggressoren auf immer in die Geschichte eingehen liess. Die Tschechoslowakei, um deren Schicksal es ging, wurde nicht aufgefordert, ihre Vertreter zu schicken. Der Muenchener Pakt wurde von Hitler, Chamberlain, Mussolini und Daladier geschlossen. Die Unterzeichnung erfolgte am 30. September 1938. Der Pakt sah die Zerstueckelung der Tschechoslowakei vor.

Noch ehe Chamberlain Muenchen verliess, um sich wieder nach London zu begeben, unterzeichnete er zusammen mit Hitler noch eine "Friedens"-Deklaration. In dieser wurde ausgesprochen, "dass Deutschland und England nie wieder in einen Krieg gegeneinander eintreten moegen." Mit diesem Papierchen in der Hand entstieg Chamberlain dem Flugzeug und teilte den zu seinem Empfang Anwesenden die "Freuden"-Botschaft mit: "Ich bringe Euch den Frieden fuer unsere Zeit."

Am 1. Oktober begann die Wehrmacht das Sudetengebiet zu besetzen. Am 3. Oktober zog Hitler in Eger ein und richtete seinen Dank an Chamberlain und Daladier, da sie in letzter Stunde zur tragbaren Loesung beigetragen haetten.

Am gleichen Tag demissionierte der englische Marineminister Duff Cooper aus Protest gegen den Muenchener Vertrag. Seine Erklarung liess an Deutlichkeit nichts zu wuenschen uebrig. "Ich habe das Amt aufgegeben" — sagte er — "das ich liebte und vielleicht damit meine politische Karriere ruiniert. Aber ich habe etwas von grossem Wert behalten... Ich kann noch immer in der Welt mit erhobenem Haupte umhergehen." Winston Churchill erlaerte, dass England und Frankreich in Muenchen eine vollstaendige Niederlage erlitten haetten. Die "Iswestija" schrieben: "Im Verlaufe von drei Wochen hat Frankreich seine Bedeutung als Grossmacht auf dem europaeischen Kontinent verloren." Die "New York Times" aber stellte fest, "dass England und Frankreich das erreichte Abkommen zu teuer bezahlt haben... Die Drohung mit Krieg und Gewalt wird so lange weitergehen, bis die maechtigen Laender, die nach der Erhaltung des Friedens streben, energisch zur Verteidigung des Rechts und der Ordnung auftreten."

Hitlers Vorgehen wurde auch von breiten deutschen Volksschichten abgelehnt. Aus einer Anfang Oktober 1938 von uns geschriebenen Schilderung der Stimmung in Deutschland vor dem Raub des Sudetengebiets, die sich auf viele hunderte Untergrund-Berichte aus allen Teilen des Reiches stuetzt, ist das deutlich zu ersehen. Darin hiess es unter anderem: "Die Berichte bestaetigen, dass sich unter den Arbeitern, den Frauen und den Soldaten ernster Widerstand gegen die Kriegsabsichten Hitlers entwickelt, der in den Diskussionen, in dem Sinken der Arbeitsleistung, in Betriebs-Sabotage und — was die Armee betraf — in Desertionen zum Ausdruck kam. Durch die Politik Hitlers wurden die NSDAP-Leute in eine schwierige Lage versetzt, und auch sie wurden von der Kriegsfurcht erfasst. Ihnen fehlten bald die Argumente, um Hitlers Kriegspolitik zu verteidigen, sodass es den Arbeitern leicht war, sie zum Schweigen zu brin-

gen. Nicht selten begannen sie sogar selbst, mit gegen den Krieg zu agitieren. In diesen Tagen wurde es vielen Arbeitern auch klar, dass nicht sie von Hitler, sondern Hitler und seine Bande von ihnen abhaengig waren. Sie erkannten die unsicheren, teilweise schon morschen Fundamente der Hitler-Diktatur. Sie erinnerten sich ihrer Aufgabe als klassenbewusste Arbeiter und ihrer entscheidenden Macht. Und heute sagen viele im illegalen Kampf stehende Arbeiter: Wir konnten mehr tun fuer den Frieden, wenn wir nur noch einiger gewesen waeren, und wenn wir unser Zusammenwirken rechtzeitig besser organisiert haetten. Muenchen war nicht die Rettung des Friedens, sondern die Vertagung des Kriegausbruches."

Die Stimmung der deutschen Volksmassen gegen die nazistische Kriegstreiberei blieb Hitler und seiner Umgebung nicht unbekannt. Unmittelbar nach Muenchen hielt Goebbels schwungvolle Reden ueber die Geschlossenheit, die das deutsche Volk in den entscheidenden Tagen gezeigt habe und ueber die unueberwindliche Staerke des Dritten Reiches und des Hitler-Regimes. Mit diesen Reden wollte der Propagandaminister schnell die Unsicherheit und die Antikriegsstimmung, die sich im Volke waehrend der letzten September-Wochen gezeigt hatte, vergessen machen. Von Begeisterung ueber die Besetzung des Sudetengebietes war in den arbeitenden Schichten nichts zu bemerken. Im Gegenteil, die Auffassung verbreitete sich: "Je groesser Deutschland wird, desto weniger haben wir zu essen, desto unertraeglicher werden unsere Lasten." Neue Terror-Massnahmen sollten nun diesen Widerstandsgeist brechen. In wenigen Wochen wurden wahllos Tausende Hitlergegner verhaftet und verurteilt. Fast taeglich wurden Todesurteile vollstreckt. Zum ersten Male seit dem Rossaint-Prozess\* berichtete die Nazi-Presse ausfuehrlich ueber politische Prozesse, in denen Todesurteile gefaellt wurden, um vom illegalen Kampf gegen das Hitler-Regime abzuschrecken.

Die Enttaeuschung ueber das Verhalten der Chamberlain und Daladier in Muenchen war, wie sich aus den Berichten ergab, gerade unter den Arbeitern gross. Sie wussten am besten, wie wenig Hitler auf einen Dreifronten-Krieg vorbereitet war. Sie sahen deshalb, dass das Muenchener Diktat nicht nur einer Rettungsaktion fuer das Hitler-Regime gleichkam, sondern auch eine direkte Hilfe fuer Hitlers verstaerkte Kriegsvorbereitungen war. Aber die fortgeschrittensten unter den Arbeitern sahen klar, dass niemand von den reaktionaeren Monopolisten Englands und Frankreichs erwarten koenne, dass sie Hitler stuerzen werden. Diese Kreise seien nicht gegen Hitler, sondern gegen die antinazistischen Massen. Sie fuerchten nicht Hitler, sondern den Befreiungskampf der Voelker. Sie sind daran interessiert, Hitler als Buettel gegen die freie Kraefte auszunutzen. "Nur wir, die antinazistischen Arbeiter selbst, koennen uns von Hitler befreien, wenn wir einig sind, wenn wir verstehen, alle Hitlergegner in einer Front zusammenzuschmieden und zu kaempfen. Dieser Kampf ist notwendig zur Sicherung des Friedens. In ihm muessen wir uns mit den Friedensfreunden aller Laender verbuenden. Je staerker unsere Bewegung gegen Hitler, desto groesser ist die Hilfe, die wir ihnen bringen, desto siche-

\* Dieser Prozess, der im Jahre 1937 stattfand, richtete sich gegen den katholischen Pater Rossaint und eine Anzahl kommunistischer Jugendlicher wegen antifaschistischer Untergrundtaetigkeit. Pater Rossaint selbst erhielt 10 Jahre Zuchthaus, Ewald Kaiser, einer der Mitangeklagten 15 Jahre.



rer koennen wir damit rechnen, dass sie ihre Reaktionaeere hindern werden, uns in den Ruecken zu fallen."

"Die Bereitschaft der Sowjetunion, ihre Buendnispflicht gegenueber der Tschechoslowakei ohne Einschraenkung zu erfuellen, hat unter den Hitlergegnern in Deutschland einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Derselbe wurde noch verstaerkt als bekannt wurde, dass die Sowjetunion sich sogar bereit erklart hatte, der Tschechoslowakei auch dann zu Hilfe zu eilen, wenn sie von Chamberlain und Daladier im Stiche gelassen wuerde, vorausgesetzt, dass sich die Prager Regierung selbst entschlossen zeige, den Verteidigungskampf aufzunehmen." \*

#### VOM MUENCHENER PAKT ZUR BESETZUNG DER TSCHECOSLOWAKEI

Waehrend Chamberlain, aus Muenchen zurueckkehrend, in England die auf dem Flugplatz Versammelten mit den Worten: "Ich bringe Euch den Frieden fuer unsere Zeit," begruessete, liess sich Daladier in Paris als Friedensengel im Triumph vom Flugplatz nach seiner Wohnung geleiten. Eine Woche lang beherrschten die Appeaser die oeffentliche Meinung. Die Schande des Verrates an dem tschechoslowakischen Verbuendeten wurde durch eine kuenstlich entfesselte Massenfreude ueber die angebliche Sicherung des Friedens uebertuengt. Im englischen Unterhaus wurde Chamberlain, in der franzoesischen Kammer Daladier das Vertrauen fuer ihre Haltung in Muenchen ausgesprochen. Aber Winston Churchill, Alfred Duff Copper, Clement Attlee, Sir Archibald Sinclair, Hugh Dalton, Anthony Eden und Harold Nicolson in England traten entschieden gegen das Abkommen auf. Die Abgeordneten der Labour-Party lehnten das Vertrauensvotum fuer Chamberlain ab. In der franzoesischen Kammer stimmten nur der Nationalist Henri de Kerillis, ein Sozialist und die 73 Mitglieder starke kommunistische Fraktion gegen Daladier. Alle Einwaende, welche die weitsichtigeren Politiker gegen das Muenchener Abkommen erhoben, fanden nur allzu bald ihre Bestaetigung.

Mitte Oktober schrieb die "Frankfurter Zeitung" bereits in einem Tone, der auch den verbissensten Appeasern den Muenchener Pakt als zweifelhaft erscheinen lassen musste: "Die unausgesprochene Anerkennung der Tatsache", — hiess es dort — "dass die fuehrende Rolle in Suedosteuropa endgueltig auf Deutschland uebergegangen ist, staerkt Deutschlands kontinentale Position. . . Sein grosser Verbuendeter, Italien, ist berufen, die fuehrende Macht im Mittelmeer zu werden. . . Kurz, der bisherige status quo in Europa hat einem ganz neuen Platz machen muessen, der als unabaenderlich von Frankreich und England anerkannt werden muss." \*\*

Das war die Ankuendigung neuer Aggressionen. Die treibenden Kraefte dazu waren die Beherrscher der nazistischen Kriegsindustrie. Diese hatten sich nach der Ausraubung Oesterreichs und Spaniens in noch schnellerem Tempo entwickelt. Nun erreichte sie erneut die Grenze, die ihr durch die Masse der bisher errungenen Rohstoffe und Arbeitskraefte gezogen war. Der Bedarf an auslaendischen Rohstoffen konnte aus Mangel an Devisen und Gold nicht mehr

\* Aus der "Deutschland-Information" der Zentralkomitees der KPD, Jahrgang 1939, Nummer 3 und 4.

\*\* "Frankfurter Zeitung" vom 14. Oktober 1938.

gedeckt werden. Dies veranlasste Hitler zu der Aeusserung: "Deutsches Volk, exportiere oder stirb!" Die Eisenbahnen waren ueberlastet und herunter gewirtschaftet.

Die deutschen Monopolherren blickten deshalb auf die wehrlos gemachte Tschechoslowakei und auf Polen, wo mehr Rohstoffe und mehr Arbeitskraefte zu finden waren, und sich sogar eine ausgebaute Kriegsindustrie befand. Generalleutnant Horst von Metzsch brachte die geheimen Wuensche der Stahlkoenige und Kohlenbarone zum Ausdruck, als er mit dem Hinweis auf das tschechoslowakische Industriegebiet feststellte: "Die Waffenschmiede Deutschlands im Westen muss durch eine solche im Osten mit eigenen Kohlen und mit eigener Arbeitskraftgrundlage ersetzt werden, damit auch das erheblich gestoerte deutsche Transportwesen entlastet und entwirrt werden kann." \* Hitler, seine Kumpane und seine plutokratischen Hintermaenner verloren nach den leichten Erfolgen in Muenchen jede Hemmung. Der Weg schien ihnen offen fuer ihren Siegeszug nach Rumaeien, Bulgarien, nach Jugoslawien und der Tuerkei. Die Heissbluetigsten von ihnen traeuemten sogar schon von einer deutschen Vorherrschaft im Iran, Irak, in Afghanistan und Indien.

Was Hitler am meisten beschaeftigte, war, die durch den Verrat Chamberlains und Daladiers verursachte Verwirrung unter der Bevoelkerung Europas fuer neue Raubzuege auszunuetzen. Schon am 26. September 1938 hatte Hitler dies im Berliner Sportpalast angedeutet, indem er sich zum Schutzherrn der in der Tschechoslowakei lebenden polnischen, ungarischen, slowakischen und ukrainischen Minderheit proklamierte. Bereits am 7. Oktober 1938 durchbrach die "Internationale Kommission", die in Muenchen zur Aufteilung der Tschechoslowakei gebildet und von den Nazis beherrscht wurde, das Viermaechte-Abkommen. Unter dem Druck der Nazivertreter legte sie die neue Grenze so fest, dass dem Dritten Reich auch 850.000 Tschechen einverleibt wurden. Am 9. Oktober 1938 sprach Hitler in Saarbruecken. Dort drohte er, an England und Frankreich gewandt: "Diese Gesellschaft von Gouvernanten ist eine Angelegenheit, die sich Deutschland nicht mehr gefallen lassen kann und will. Wir werden die Befestigungsbauten im Westen mit erhoelter Energie fortsetzen; denn jeden Augenblick kann Herr Chamberlain durch einen Herrn Eden, einen Herrn Duff Cooper oder durch einen Herrn Churchill abgelooest werden. Deren Ziel aber wuerde ohne Zweifel sein, sofort den Weltkrieg gegen Deutschland zum Ausbruch zu bringen." \*\*

Am 10. Oktober 1938 liess Hitler unter Bruch des Muenchener Abkommens rein tschechische Staedte und Doerfer durch Wehrmachts- und SS-Truppen besetzen. Am gleichen Tage veranlasste er die polnische Regierung, die tschechoslowakische Stadt Orlowa durch polnische Truppen besetzen zu lassen. Am 11. Oktober erklarten die slowakischen Separatisten auf Hitlers Anregung hin die Slowakei als autonom. Am gleichen Tage liess Hitler durch seine Agenten die ungarische Regierung aufstacheln, die Abtretung eines Teiles der Karpatho-Ukraine zu fordern, trotzdem dort, ausser einigen Ungarn, 450.000 Ukrainer und Slowaken lebten. Am 18. Oktober rief Hitler den tschechoslowakischen Aussenminister Frantisek Chvalkovsky nach Berlin und gab ihm die Anweisung auf Abtretung der von Polen und Ungarn geforderten Gebiete und auf Faschi-

\* Zitiert nach Kurt Funk, "Rundschau", Sondernummer "Die Tschechoslowakei", 1939.

\*\* "Voelkischer Beobachter" vom 10. Oktober 1938.

sierung des Landes. Am 20. Oktober erfolgte das Verbot der kommunistischen Presse in Boehmen und Maehren. Am 10. November bestimmte das deutsch-italienische Schiedsgericht die Uebergabe slowakischer und karpatho-ukrainischer Gebiete an Ungarn. Am 28. November besetzten deutsche Truppen die Stadt Bruenn und am 3. Dezember erklarte Hitler die Autostrasse Breslau-Bruenn-Wien fuer exterritorial.

Unterdessen war Eduard Benes zurueckgetreten und Emil Hacha zum Staatspraesidenten gewaehlt worden. Auch in der tschechoslowakischen Regierung hatte die Reaktion die Oberhand gewonnen. Anstelle des Generals Jan Sirovy hatte der Fuehrer der reaktionaeren Agrar-Partei, Rudolf Beran, die Ministerpraesidentschaft uebernommen. Am 13. Dezember gab Beran im Parlament seine Regierungserklaerung ab. Er versicherte Hitler, dass die tschechoslowakische Regierung zur Verstaendigung mit Deutschland bereit sei und verlangte von der Kammer dafuer ausserordentliche Vollmachten. Trotz des entschiedenen Protestes einiger demokratischer und kommunistischer Abgeordneten bewilligte die Mehrheit der Regierung die geforderten Vollmachten. Dadurch wurde die von Hitler betriebene Zersetzung der Tschechoslowakei beschleunigt.

Schon vor der Bildung der Regierung Beran waren die Forderungen Hitlers auf Abtrennung der Slowaken, Ukrainer, Polen und Ungarn erfuellt worden. Von der Erfuellung dieser Forderungen hatte Hitler die Garantie der Selbstaeendigkeit der Tschechoslowakei abhaengig gemacht, die auch von Mussolini, Chamberlain und Daladier uebernommen wurde. Beran glaubte, dass diese Garantie nunmehr in Kraft getreten sei. Das war ein schwerer Irrtum. England, Frankreich und Italien liessen Hitler in der Tschechoslowakei schalten und walten, wie es ihm beliebte. In der Zeit vom 19. bis 29. Dezember setzte Hitler in der Tschechoslowakei die Gruendung der deutschen Nazi-Partei, der SA und der SS durch, erzwang die Unterzeichnung eines Handelsvertrages, der einer Kolonialisierung des Landes gleichkam, und ordnete das Verbot der Kommunistischen Partei in Boehmen und Maehren an. Aber das war nur der Anfang seiner Eingriffe in die Angelegenheiten der angeblich unabhengigen Tschechoslowakei. Am 19. Januar 1939 rief Hitler den tschechoslowakischen Aussenminister Chvalkovsky zum zweiten Male nach Berlin. Diesmal gab er ihm Direktiven zur Unterdrueckung der antinazistischen Stroemungen in der Tschechoslowakei. Diese Direktiven erklarte der Ministerpraesident Beran am 30. Januar als das Programm der tschechoslowakischen Regierung. Danach sollte die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei die Rechte erhalten, die Hitler forderte. Dieses Programm sah ferner die Liquidierung der demokratischen Organisationen und der demokratischen Presse vor, sowie eine "Regelung" der juedischen Frage im nazistischen Sinne. Schliesslich sollte die tschechoslowakische Aussenpolitik in die deutsche "eingeordnet" werden.

Zum Fuehrer der deutschen Nazis in der Tschechoslowakei ernannte Hitler einen Mann namens Ferdinand Kuntz, der von nun an der eigentliche Beherrscher des Landes war. Seine erste Forderung war, dass deutsche Nazis in die Ruestungsbetriebe der Tschechoslowakei eingestellt werden. Das geschah, um die tschechischen Arbeiter in die Zange zu bekommen und im Ernstfalle Sabotageakte zu verhindern. Die zweite Forderung Kuntzs war die Einfuehrung der Antijudengesetze und die dritte Forderung: der Anschluss der Tschechoslowakei an den Antikomintern-Pakt.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung liess der franzoesische Aussenmi-

nister Georges Bonnet endlich am 8. Februar 1939 durch den franzoesischen Botschafter in Berlin, Robert Coulondre, bei Ribbentrop bescheiden anfragen, wie sich die deutsche Regierung die in dem Muenchener Pakt vorgesehene gemeinsame Garantie der Selbstaeendigkeit der Tschechoslowakei eigentlich vorstelle. Erst am 2. Maerz 1939 wurde Coulondre die Antwort Ribbentrops uebermittelt. Ribbentrop erklarte, dass eine Garantie der Tschechoslowakei seitens Deutschlands nicht in Frage kommen koenne, solange Ungarn und Polen nicht aeehnliche Verpflichtungen uebernaehmen wie die tschechoslowakische Regierung. Ohne die Annahme solcher Verpflichtungen seien Konflikte mit diesen beiden Laendern moeglich und auch eine franzoesisch-englische Garantie biete keinen Schutz dagegen.

Unterdessen lief aber in Paris ein Bericht des franzoesischen Gesandten in Prag, Victor de la Croix, ein, dass Hitler seine Bereitschaft, die Unabhengigkeit der Tschechoslowakei zu garantieren, zum Ausdruck gebracht habe. Die Voraussetzung dafuer sei die vollstaendige Neutralisierung des Landes, der Anschluss an den Antikomintern-Pakt, der Austritt aus dem Voelkerbund, eine weitgehende Verminderung des Heeresbestandes, die Lieferung von Rohmaterialien gegen die im Sudetengebiet eingezogenen tschechoslowakischen Banknoten, die Oeffnung des tschechoslowakischen Marktes fuer die Industrie des Sudetengebietes, die Anwendung der Nuernberger Gesetze gegen die tschechoslowakischen Juden, die Entlassung aller antinazistischen Beamten aus dem Staatsdienst und das Recht fuer die Deutschen in der Tschechoslowakei, das Hakenkreuz zu tragen und die Nazi-Flagge zu hissen.

Die Bekanntgabe dieser Bedingungen leitete den Beginn der endgueltigen gewaltsamen Annektierung der Tschechoslowakei ein. Sie erfolgte wenige Tage spaeter unter kombinierter Anwendung aller der von Hitler, Haushofer, Rosenberg, Papen, Ribbentrop und Goebbels entwickelten Methoden der nazistischen Aussenpolitik. Unter den Appeasern in England und Frankreich verstaerkte Hitler den Eindruck, die Achse bereite unmittelbar den Angriff auf die Sowjetunion vor. Die Karpatho-Ukrainer und Slowaken hetzte er gegen die Tschechen, die Tschechen hetzte er gegen die Ukrainer und Slowaken auf. Schliesslich lieferte er die Karpatho-Ukrainer den Ungarn aus, die Slowaken presste er unter die faschistische Herrschaft und Boehmen-Maehren erklarte er als nazistisches Protektorat.

Schildern wir den Verlauf dieser Dinge etwas ausfuehrlicher: In der zur Tschechoslowakei gehoerenden Karpatho-Ukraine, von den Nazis als Karpatho-Russland bezeichnet, lebten rund 700.000 Ukrainer, Slowaken und Ungarn. Die Hauptstadt des Gebietes war das Staedtchen Chust. Nach dem Raub des Sudetengebietes konzentrierte Alfred Rosenberg sein Interesse besonders auf dieses Land. Dadurch wurde in der Welt die Ueberzeugung erweckt, Hitler werde die Karpatho-Ukraine zum Sprungbrett gegen die Ukrainische Sowjetrepublik machen. Um diese Ueberzeugung so fest wie nur irgend moeglich zu verankern, veranlasste Rosenberg den ukrainischen faschistischen Hetman Skoropadsky und den Kosakenchef Popow, sich mit ihren weissgardistischen Banden nach Chust zu begeben und dort ihr Hauptquartier einzurichten. Chust wurde nunmehr das Propagandazentrum der ukrainischen Nationalfaschisten. Aus allen Landen kamen ehemalige zaristische Offiziere, um sich der ukrainischen faschistischen "Armee" zur Verfuegung zu stellen.

Am 8. Oktober 1938 erklarte sich die Karpatho-Ukraine auf Veranlassung

Hitlers als autonom im Rahmen der tschechoslowakischen Republik. Ministerpraesident des Landes wurde ein Agent der ungarischen Regierung, namens Brody. Er wurde jedoch schon nach kurzer Zeit entlarvt. Bei seiner Verhaftung fand man in seiner Wohnung drei Millionen Kronen in ungarischer Waehrung und das schriftliche Versprechen der ungarischen Regierung, ihn fuer die Vereinigung der Karpatho-Ukraine mit Ungarn zum Baron zu erheben und ihm zwei Rittergueter zu uebereignen. Der Nachfolger Brodys war ein alter Pope, Augustin Volosin. In dessen "Regierung" trat Rosenbergs Vertrauensmann Julian Revay ein. Sie errichtete ein Schreckensregiment gegen die Bevoelkerung. Fast alle tschechischen Beamten und Angestellten wurden entlassen und des Landes verwiesen. Die tschechischen Schulen wurden geschlossen. Gegen die Juden wurden Sondergesetze erlassen. Antifaschistische Bauern und Arbeiter wurden in die Gefaengnisse gesteckt.

Das kleine Land verwandelte sich bald in ein Eldorado der internationalen Militaer- und Industriespionage. Volosin und Revay traten mit den Regierungen der Westmaechte in Verbindung, um ihnen die Naturschaetze des Landes zu verkaufen. Dabei liessen sie durchblicken, dass bald auch die Ausbeute der Reichtuemer der Sowjet- und der sogenannten polnischen Ukraine moeglich sein werde. Aus allen Laendern stroemten daraufhin Agenten der Regierungen und der Grossindustrie nach Chust, um sich persoendlich von den Verhaeltnissen zu ueberzeugen.

Hitler erreichte durch diese Manoever, dass sich in den Westlaendern die Ueberzeugung vertiefte, die faschistische Achse werde die Sowjetunion in kuerzester Frist angreifen. In Wirklichkeit verfolgte Hitler mit der Karpatho-Ukraine vorlaeufig andere Plaene. Er brauchte dieses Land als Schacherobjekt fuer die feste Eingliederung Ungarns in die Achse und die provokatorische Politik der Regierung Volosin als Vorwand zum Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei.

Anfang Maerz naemlich war die Prager Regierung gezwungen, gegen die Regierung Volosin-Revay vorzugehen, weil deren Verhalten ernste Komplikationen mit Polen und Ungarn heraufbeschwor. Am 6. Maerz loeste die Prager Regierung die Volosin-Revay-Regierung auf, nachdem sie ihr bereits die Zahlung des Budget-Defizits verweigert hatte. Der tschechische General Prchala, der dem karpatho-ukrainischen Kabinett angehorte, trieb die faschistischen Gardn Volosins gewaltsam auseinander. Revay floh nach Berlin, um Rosenberg um Hilfe anzufragen. Hitler sah dieser Entwicklung ruhig zu. Am 15. Maerz schloss er einen Pakt mit Horthy. Ungarn unterwarf sich der Fuehrung des Dritten Reiches. Zum Lohn erhielt es die Karpatho-Ukraine. Am 16. Maerz besetzten ungarische Truppen das Land und rissen es von der Tschechoslowakei los.

In der Slowakei hatte sich unter dem Einfluss Rosenbergs ebenfalls eine starke separatistische Bewegung entwickelt. Sie wurde von dem Ministerpraesidenten der "autonomen" Slowakei, Pastor Josef Tiso, gefuehrt. Sein Regime entsprach in weitgehendem Masse dem der Nazi-Diktatur. Er und seine Minister Dr. Durcansky und Dr. Pruzinsky jagten tausende tschechische Beamte und Angestellte aus dem Lande. Sie organisierten die sogenannten Hlinka-Garden als ihre faschistische Sturmtruppe und forderten die Bildung einer eigenen slowakischen Arme.

Von Hitler und Goering erhielten Tiso, Durcansky und Pruzinsky am 28. Februar 1939 den Auftrag, auf eine vollstaendige Losloesung der Slowakei

von der Tschechoslowakei hinzuarbeiten. Als es Anfang Maerz 1939 zwischen Tiso und der Prager Regierung bei den Verhandlungen ueber das slowakische Budget zu Differenzen kam, begannen diese nazistischen Agenten den Putsch zur Lostrennung der Slowakei von der Tschechoslowakei zu organisieren. Schon am 9. Maerz kam es in allen slowakischen Staedten zu Zusammenstoessen zwischen den Hlinka-Garden und dem tschechischen Militaer. Ministerpraesident Beran informierte die Berliner Regierung von den Schwierigkeiten und erhielt von dort die Zustimmung zum energischen Einschreiten gegen die separatistischen Putschisten. Am 10. Maerz setzte Beran daraufhin die Tiso-Regierung ab. Gleichzeitig liess er die Hlinka-Garden entwaffnen und die militaerische Besetzung verstaerken.

Auf diese Massnahmen der Prager Regierung hatten Hitler, Goering und Rosenberg aber nur gewartet. Jetzt war fuer sie die Zeit zum Handeln gekommen. Am 11. Maerz gab Rosenberg seinen Agenten in der Slowakei die Anweisung, den Widerstand gegen die Prager Regierung mit allen Mitteln zu verschaerfen. Den aus der Slowakei geflohenen Tiso-Leuten stellte die Hitler-Regierung den Wiener Sender zur Verfuegung, durch den sie eine wueste Hetze gegen die Prager Regierung entfalteten. Der Fuehrer der deutschen Nazis in der Tschechoslowakei, Kunt, erhielt den Befehl, in moeglichst vielen Staedten Boemens und Maehrens Krawalle zwischen Nazis und der Polizei hervorzurufen. Am 12. Maerz teilte der abgesetzte slowakische Minister Durcansky durch das Wiener Radio auf Veranlassung Rosenbergs seinen Landsleuten mit, dass die Stunde der Befreiung nahe sei. Die Prager Regierung sei zurueckgewichen. Sie hebe alle militaerischen Massnahmen gegen die Hlinka-Garden auf und gebe ihnen die Waffen zurueck. Durch alle diese bestellten Zwischenfaelle sollte in der Welt der Eindruck erweckt werden, als sei die Tschechoslowakei ein Herd der Unruhe, der Unordnung und der Revolte geworden.

Am 13. Maerz berief Hitler die abgesetzten slowakischen Minister Tiso und Durcansky nach Berlin. Dort erhielten sie die Anweisung, die Slowakei fuer unabhaengig zu erklaren und sie von der tschechoslowakischen Republik loszutrennen. Tiso forderte vom tschechoslowakischen Staatspraesidenten Hacha die Einberufung des slowakischen Landtages nach Bratislava, damit dieser ueber die "Selbstaendigkeit" der Slowakei beschliessen koenne. Der Landtag trat am 14. Maerz zusammen, waehrend Hlinka-Garden und SS-Leute das Gebaeude umzingelten, und fasste den verabredeten Beschluss. Zum "Schutze der slowakischen Selbstaendigkeit" marschierten zwei Tage darauf die Truppen der nazistischen Wehrmacht in das Land ein.

Am gleichen 14. Maerz beorderte Hitler den tschechoslowakischen Staatspraesidenten Hacha und den Aussenminister Chvalkovsky zu einer Unterredung nach Berlin. Sie wurden auf dem Flugplatz mit militaerischen Ehren empfangen und dann zur Reichskanzlei gebracht. Erst nach langem Warten wurden sie von dem Kleeblatt Hitler, Goering und Ribbentrop empfangen, bei denen sich auch der Wirtschaftsberater Hitlers, Ing. Wilhelm Keppler, befand. Hitler erklarte mit dueren Worten, dass er Hacha und Chvalkovsky nur gerufen habe, damit sie ein Dokument unterzeichnen. Er habe beschlossen, Boehmen und Maehren zu annektieren. An seinem Entschluss sei nichts zu aendern und Diskussionen gaebe es darueber nicht. Hacha und Chvalkovsky haetten nichts weiter zu tun, als ein bereits ausgearbeitetes Dokument zu unterzeichnen, in dem sie um die Besetzung ihres Landes durch die Nazitruppen baten, da sie nicht in der

Lage seien, die Unruhe und Unordnung im Lande zu meistern. Hitler unterzeichnete das Dokument, ohne ihre Antwort abzuwarten und verschwand. Goering, Ribbentrop und Keppeler blieben und erpressten die Unterschrift schliesslich mit der Drohung, dass andernfalls Prag am Morgen durch deutsche Flugzeuge zerstört werde. Während sich diese Szene in der Nacht vom 14. zum 15. März in der Berliner Reichskanzlei abspielte, marschierten bereits Hitlers Divisionen über die Grenze und drangen in die Tschechoslowakei ein. Am Morgen des 15. März wurde die Hauptstadt und im Laufe des Tages das restliche Land besetzt. Damit war das Schicksal der Tschechoslowakei vorläufig besiegelt.

Georgi Dimitroff hatte recht behalten, als er über den Pakt von München schrieb: "Man muss sich klar darüber Rechenschaft geben, dass die Frage schon über den Rahmen der eigenmächtigen Revision des Versailler Vertrages durch die faschistischen Staaten hinausgewachsen ist. Es geht um die Neuaufteilung der Welt. Es geht nicht nur um die neue Verteilung der bestehenden kolonialen Herrschaftsgebiete. Der Faschismus stellt die Frage der Neuaufteilung Europas selbst, der Kolonisierung einer Reihe europäischer Staaten und der imperialistischen Versklavung von europäischen Völkern auf die Tagesordnung."\*

#### DIE WARNUNG DER SOWJETREGIERUNG AN CHAMBERLAIN UND DALADIER

Der Gedanke, dass Chamberlain und Daladier im Jahre 1939, trotz der katastrophalen Auswirkungen des Münchener Paktes, Hitler und Mussolini auch noch den Sieg über die spanische Republik sicherten, wirkt heute geradezu unglaublich. Die damaligen Leiter der englisch-französischen Politik hielten nach wie vor an der "Nichteinmischung" fest und verweigerten der spanischen Republik den Ankauf von Waffen. Die Übermacht Hitlers, Mussolinis und Francos wurde dadurch so gewaltig, dass die republikanische Armee dagegen nicht mehr aufkommen konnte. Am 10. Februar 1939 fiel Katalonien und am 28. April Madrid in die Hände Francos. Vergeblich warnten in Frankreich politisch so verschiedenartige Männer wie Henri de Kérillis und Maurice Thorez die Daladier-Regierung. Sie verlangten die uneingeschränkte Unterstützung der spanischen demokratischen Negrin-Regierung, sowie die Wiederherstellung der Militärpakte mit der Sowjetunion, mit Polen, Rumänien und Jugoslawien. Daladier erwiderte darauf nur, dass Frankreich nicht daran denke, auch nur einen Quadratkilometer seines Territoriums preiszugeben. Sein Außenminister Bonnet verteidigte den Münchener Pakt und die Nichtintervention mit aller Schärfe. Die friedensfreundliche Stimmung des französischen Volkes ausnutzend, beschuldigte er Kérillis und die Kommunisten, sie wollten Frankreich in einen Krieg verwickeln.

Nun aber erhöhte Mussolini, der sich durch seine Siege in Abessinien und Spanien gestärkt und durch seine Zugehörigkeit zur Achse mächtiger fühlte, seine Forderungen an Frankreich und auch an England. Mitte 1939 hallte Italien von dem Kriegsruf der Schwarzhemden wider: "Wir wollen Korsika, wir wollen Savoyen, wir wollen Tunis, wir wollen Gibraltar, wir wollen den Suezkanal!"

Der Fall der Tschechoslowakei und der spanischen Republik, sowie das Be-

\* Georgi Dimitroff "Probleme der Einheits- und Volksfront", Moskau 1938.

harren der englischen und der französischen Regierung auf der Münchener Politik, führten zu einer wesentlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den sogenannten Besitzenden und Besitzlosen oder den am Kriege interessierten und nicht interessierten Mächten. Im ersten Weltkrieg war nur die Ostgrenze Frankreichs gefährdet. Die Grenzen nach der Schweiz, nach Italien und nach Spanien waren gesichert gewesen. Nach der Niederlage Volksfront-Spaniens musste nun die französische Armee eine dreifach verlängerte Front verteidigen. Der Verrat Daladiers an der Tschechoslowakei brachte Frankreich auch noch um die militärische Unterstützung der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens. Die strategischen Positionen dieser Armeen waren zur Unterstützung Frankreichs äusserst günstig gewesen. Ihr Aktionsradius reichte fast bis an das Herz des Dritten Reiches. Zur Abwehr dieser Armeen hätte Hitler nicht weniger als 50 bis 60 Divisionen nötig gehabt. Der Verrat Daladiers an der Tschechoslowakei brachte auch Polen, das mit Frankreich verbündet war, militärisch in eine äusserst komplizierte Lage. Er machte ausserdem den französisch-sowjetischen Militärpakt faktisch unwirksam. Dabei war die Armee Frankreichs der deutschen Wehrmacht gegenüber auf allen Gebieten, besonders aber, was ihre Tank- und Luftwaffe betraf, stark zurückgeblieben. Ihre Organisation und Bewaffnung war zudem hauptsächlich auf die Defensive eingestellt. Sie hätte also ihre Verbündeten wirklich nötig gehabt.

Als Frankreichs einziger Verbündeter galt nun England, dessen militärische Stärke aber nur in seiner Flotte bestand. Die englische Luftflotte war erst im Aufbau begriffen, der Anfang 1938 begonnen hatte und 1939 fortgesetzt worden war. Englands Armee war unbedeutend und nicht motorisiert; noch im Jahre 1938 war sie auf einen Kampf in Europa nicht orientiert.

Andererseits hatte die Militärmacht Hitlers und Mussolinis durch ihren Sieg in Südosteuropa und in Spanien wesentlich zugenommen. Die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei brachte Hitler die gesamte Ausrüstung der österreichischen und der tschechoslowakischen Armeen, darunter rund 1.500 Flugzeuge, die Bewaffnung für 35 Divisionen, einschliesslich Artillerie und Tanks, sowie die gesamte Ausrüstung der modern befestigten "Sudetenlinie" mit ihren schweren Geschützen ein. Hitler fand in der Tschechoslowakei zahlreiche unterirdische Flughäfen vor, ferner die Skoda-Werke und andere Rüstungsbetriebe, mit denen er seine Waffenproduktion über Nacht fast verdoppeln konnte. Ihm standen nunmehr die Erze und die Kohle der Tschechoslowakei, die Erze Österreichs und Spaniens uneingeschränkt zur Verfügung. Das Tor zur Beherrschung des rumänischen Petroleums und der Agrarprodukte des gesamten Balkans war ihm geöffnet. Und schliesslich wurde jeder Jahrgang seiner aktiven und seiner Reserve-Armee um etwa 75.000 Mann aus Österreich und dem Sudetengebiet erhöht.

Das war jedoch noch längst nicht alles. Hitler bekam durch die Zerschlagung der Tschechoslowakei und des gesamten Bündnisystems Frankreichs rund 60 aktive Divisionen zur Verwendung an anderen Fronten frei. Dazu kam, dass das Vertrauen der kleinen Völker und der Untergrundbewegung in Deutschland, Italien, Österreich und Ungarn zu der Friedensfront, die sie in England, Frankreich, der Kleinen Entente, Polen und der Sowjetunion sahen und zu der sie sich zugehörig fühlten, fast vollständig geschwunden war. Der Siegeszuversicht machte eine tiefe Enttäuschung Platz, die teilweise an Hoffnungslosigkeit grenzte.

Gerade in jenem Sommer des Jahres 1939 berichteten die Untergrundkaempfer aus Deutschland, dass sich in weiten Kreisen der nicht hitlerfreundlich gesinnten Bevoelkerung eine fatalistische Stimmung entwickelt hatte: "Hitler gelingt alles. Die Anderen kapitulieren vor ihm immer wieder. Hitler wird auf diese Weise ganz Europa ohne einen einzigen Schuss oder ohne groessere Verluste erobern." Die ganze illegale Propaganda der deutschen Antinazis hatte aber darauf gefusst, dass Hitler an der kollektiven Friedensfront scheitern wuerde. Nun begann auch die Nazi-Hetze gegen England und Frankreich staerker zu wirken. Der Glaube an die Unueberwindlichkeit der Achse griff mehr und mehr um sich. So war die Politik von Muenchen auch ein schwerer Schlag fuer die deutsche antinazistische Untergrundbewegung.

Die Sowjetunion blieb allein als unerschuetterlicher Machtfaktor bestehen. Die Rote Armee war damals der deutschen Wehrmacht an Zahl der Divisionen, der Tanks und auch der Flugzeuge, ueberlegen. Hitler war sich klar, dass er einen Angriff auf die Sowjetunion nach dem Bankrott des deutsch-polnisch-japanischen Komplotts nur wagen konnte, wenn er ueber die gesamten Rohstoffe, Arbeitskraefte und Kriegsbetriebe Europas und ueber einige Vasallen-Armeen verfuegte. Deshalb richtete er seine Expansion zuerst gegen den Suedosten, den Suedwesten und den Westen.

Aber die Preisgabe der Tschechoslowakei und der spanischen Republik durch Chamberlain und Daladier hatte auch das Kraefteverhaeltnis zwischen der Sowjetunion und der faschistischen Achse sehr wesentlich zugunsten der Letzteren veraendert. Die Tschechoslowakei und mit ihr die Kleine Entente waren fuer die Sowjetunion ein starker strategischer Faktor gegen die Aggressionsplaene des Dritten Reiches gewesen. Durch das Zusammenwirken der Kleinen Entente und des franzoesisch-sowjetischen Sicherheits-Paktes haette jede Aggression Hitlers sofort mit einem Dreifrontenkrieg gegen ihn beantwortet werden koennen.

Die Muenchener Politik Chamberlains und Daladiers hatte diese guentigen Verhaeltnisse zerstoert. Die Sowjetunion stand nun allein der auch dadurch viel maechtiger gewordenen Achse gegenueber und konnte sich nur noch auf ihre eigenen Kraefte verlassen. Diese Kraefte waren trotzdem stark genug, um bei Hitler die Lust auf einen fruehzeitigen Ueberfall auf die Sowjetunion nicht aufkommen zu lassen.

Der Zweck der ganzen Muenchener Politik Chamberlains und Daladiers war aber gerade gewesen, Hitlers Aggression in diese Richtung zu treiben. Deshalb hatte Daladier auch im September 1938 den Vorschlag der Sowjetregierung zur gemeinsamen Verteidigung der Tschechoslowakei abgelehnt und Hitlers Macht in Suedosteuropa gestaerkt. Die Sowjetregierung musste also darauf bedacht sein, sich nicht in einen isolierten Krieg mit Deutschland hineinmanoeuvrieren zu lassen. Sie hatte zu rechnen, dass in einem solchen Falle Japan die Gelegenheit zu seinem seit langer Zeit projektierten Ueberfall auf Wladiwostok und die Mongolei benuetzen werde. Schon im Mai 1939 begann die japanische Militaerklique wieder ihre Probeangriffe gegen die Rote Armee, diesmal an der mongolischen Grenze. Die Sowjetunion konnte in jener Situation weder von Frankreich noch von England Hilfe erwarten. Im Gegenteil: Nach den bisherigen Erfahrungen musste sie sogar annehmen, dass Daladier und Chamberlain Hitler helfen oder zumindest sehr stark beguenstigen wuerden, wenn er versuchen sollte, sich der Ukraine zu bemaechtigen.

Trotz alledem hielt die Sowjetunion, auch nach dem Verrat Chamberlains und Daladiers, unbeirrt an dem Kurs ihrer Aussenpolitik fest und warnte die Westmaechte vor den furchtbaren Folgen ihrer aller Vernunft widersprechenden Politik. Im Maerz 1939 fand der XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt. Josef Stalin benuetzte diese Gelegenheit, vor der Welt noch einmal die Aussenpolitik der Sowjetunion darzulegen. Er verband seine Erklaerung der konsequenten Friedenspolitik seines Landes mit einer eindringlichen Kritik an der Nichteinmischungspolitik Chamberlains und Daladiers und an dem Pakt von Muenchen. Die historische Rede Josef Stalins enthielt unter anderem folgende weit vorausschauende Abschnitte:

"In unseren Zeiten ist es nicht so leicht, sich mit einem Male aller Fesseln zu entledigen und sich blindlings in den Krieg zu stuerzen, ohne auf Vertraege verschiedener Art, auf die oeffentliche Meinung, Ruecksicht zu nehmen... Daher entschlossen sich die faschistischen Machthaber, bevor sie sich in den Krieg stuerzten, die oeffentliche Meinung in bestimmter Weise zu bearbeiten, das heisst, sie irrezufuehren, sie zu betraegen. Ein Kriegsblock Deutschlands und Italiens gegen die Interessen Englands und Frankreichs in Europa? fragten sie. Gott bewahre! Ist denn das ein Block? Bei uns gibt es keinerlei Kriegsblock; bei uns gibt es lediglich eine harmlose "Achse Berlin-Rom", das heisst sozusagen, die geometrische Formel fuer eine Achse. Ein Kriegsblock Deutschlands, Italiens und Japans gegen die Interessen der USA, Englands und Frankreichs im Fernen Osten? Nichts dergleichen. Bei uns gibt es keinerlei Kriegsblock. Bei uns gibt es lediglich ein harmloses Dreieck Berlin-Rom-Tokio, das heisst einen kleinen geometrischen Zeitvertreib. Ein Krieg gegen die Interessen Englands, Frankreich, der USA? Unsinn! Wir fuehren Krieg gegen die Komintern und nicht gegen diese Staaten. Glaubt Ihr es nicht, so lest den Antikomintern-Pakt, den Italien, Deutschland und Japan miteinander abgeschlossen haben. So gedachten die Herren Aggressoren die oeffentliche Meinung zu bearbeiten, obwohl es nicht schwer war zu begreifen, dass all dies eine plumpe, fadenscheinige Maskerade ist; denn es ist laecherlich, "Herde" der Komintern in den Wuesten der Mongolei, in den Bergen Abessiniens, in den Waldschluchten Spanisch-Marokkos zu suchen.

Aber der Krieg ist unerbittlich. Man kann ihn hinter keinerlei Kulissen verstecken. Denn hinter keinerlei "Achsen", "Dreiecken" und "Antikomintern-Pakten" laesst sich die Tatsache verstecken, dass Japan waehrend dieser Zeit ein gewaltiges Gebiet Chinas, Italien — Abessinien, Deutschland — Oesterreich und das Sudetengebiet, Deutschland und Italien gemeinsam Spanien an sich gerissen haben, all dies entgegen den Interessen der nicht-aggressiven Staaten. Krieg bleibt Krieg, Aggressoren bleiben Aggressoren. Wie konnte es geschehen, dass die nichtaggressiven Laender, die ueber gewaltige Moeglichkeiten verfuegen, so leicht und ohne Widerstand ihre Positionen preisgaben und sich zugunsten der Angreifer von ihren Verpflichtungen lossagten? Ist dies etwa durch eine Schwaeche der nichtaggressiven Staaten zu erklaren? Natuerlich nicht! Die nichtaggressiven demokratischen Staaten sind zusammen unzweifelhaft staerker als die faschistischen Staaten, sowohl in oekonomischer als auch in militaerischer Hinsicht. Wodurch sind also in diesem Falle die systematischen Zugestaendnisse dieser Staaten an die Aggressoren zu erklaren?

Man koennte dies zum Beispiel durch ein Gefuehl der Furcht vor der Revolution erklaren, die ausbrechen kann, wenn die nichtaggressiven Staaten

in den Krieg eintreten und der Krieg zu einem Weltkrieg wird. Die bürgerlichen Politiker wissen natürlich, dass der erste imperialistische Weltkrieg den Sie der Revolution in einem der grössten Länder mit sich gebracht hat. Sie fürchten, dass der zweite imperialistische Weltkrieg ebenfalls zum Sieg der Revolution in einem oder in mehreren Ländern führen könnte. Aber das ist zur Zeit nicht die einzige und nicht einmal die wichtigste Ursache. Die wichtigste Ursache besteht darin, dass sich die meisten nichtaggressiven Länder und vor allem England und Frankreich von der Politik der kollektiven Sicherheit, von der Politik der kollektiven Abwehr der Aggressoren losgesagt haben, dass sie die Position der Nichteinmischung, die Position der "Neutralität" bezogen haben.

Formal gesehen, könnte man die Politik der Nichteinmischung wie folgt charakterisieren: "Jedes Land möge sich gegen die Aggressoren verteidigen, wie es will und kann, wir scheren uns nicht darum, wir werden sowohl mit den Aggressoren als auch mit ihren Opfern Handel treiben." In Wirklichkeit bedeutet jedoch die Politik der Nichteinmischung die Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in den Weltkrieg. In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben, der Wunsch geltend, den Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werkes nicht hinderlich zu sein, zum Beispiel Japan nicht hinderlich zu sein, sich in einen Krieg gegen China, noch besser aber, gegen die Sowjetunion, einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht hinderlich zu sein, sich in den europäischen Angelegenheiten zu verstricken, sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in den Morast versinken zu lassen, sie im Stillen anzuspornen, sie dazu zu bringen, dass sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sein werden, mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und, natürlich, "im Interesse des Friedens" aufzutreten und den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren...

Nehmen wir zum Beispiel Deutschland. Ihm überliessen sie Oesterreich, trotz der Festlegung, seine Unabhängigkeit zu verteidigen, und ihm überliessen sie das Sudetengebiet. Sie überliessen ausserdem die Tschechoslowakei ihrem Schicksal und verletzen damit alle ihre Verpflichtungen. Und dann begannen sie ein lautes Geschrei in ihrer Presse über die Schwäche der russischen Armee, über die Demoralisierung der russischen Streitkräfte und über Aufstände in der Sowjetunion, um die Deutschen zu veranlassen, weiter nach dem Osten zu marschieren, ihnen leichte Erfolge versprechend und ihnen versichernd: Beginnt einfach den Krieg gegen die Bolschewiken und alles wird gut sein...

Noch charakteristischer ist die Tatsache, dass gewisse europäische Politiker und Journalisten, die die Geduld verloren haben, länger auf den Marsch gegen die Sowjet-Ukraine zu warten, anfangen zu enthuellen, was wirklich hinter der Politik der Nichtintervention steckt. Sie sagen ganz offen und geben es schwarz auf weiss zu, dass die Deutschen sie grausam enttäuscht haben, weil sie, anstatt weiter nach dem Osten, nach der Sowjetunion, zu marschieren, nach dem Westen blicken und Kolonien fordern. Man könnte denken, dass die tschechoslowakischen Gebiete an Deutschland ausgeliefert wurden als Preis für das Unternehmen, Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen, und dass Deutschland sich nun weigert, die Rechnung zu begleichen. Ich denke nicht daran, die Politik der Nichtintervention zu moralisieren und von Verrat zu sprechen. Es wäre

naiv, heute Moral denen zu predigen, die keine menschliche Moral anerkennen. Politik ist Politik, wie die alten verknoecherten bürgerlichen Diplomaten sagen. Es muss jedoch festgestellt werden, dass das grosse und gefaehrliche Spiel, das durch die Anhänger der Nichtinterventionspolitik begonnen wurde, in einem ersten Fiasko für sie enden kann...

Die Aussenpolitik der Sowjetunion dagegen ist klar und verstaendlich: 1. Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern; auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehung zur Sowjetunion unterhalten, soweit sie nicht versuchen werden, die Interessen unseres Landes zu verletzen. 2. Wir sind für friedliche, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen mit allen Nachbarländern, die mit der Sowjetunion eine gemeinsame Grenze haben; auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten, soweit sie nicht, sei es direkt oder indirekt, versuchen werden, die Interessen der Unversehrtheit und Unantastbarkeit der Grenzen des Sowjetstaates zu verletzen. 3. Wir sind für die Unterstützung der Völker, die Opfer der Aggression geworden sind und für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfen. 4. Wir fürchten keine Drohungen der Aggressoren und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter, die versuchen sollten, die Unantastbarkeit der Sowjetgrenzen zu verletzen, mit einem doppelten Schlag zu antworten.

Das ist die Aussenpolitik der Sowjetunion. In dieser ihrer Aussenpolitik stuetzt sich die Sowjetunion auf ihre wachsende wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht, auf die moralisch-politische Einheit unserer Sowjetgesellschaft; auf die Freundschaft der Völker unseres Landes, auf die Rote Armee und Rote Kriegsmarine, auf ihre Friedenspolitik, auf die moralische Unterstützung seitens der Werktätigen aller Länder, deren ureigenstes Interesse die Erhaltung des Friedens ist, auf die Einsicht jener Länder, die aus diesen oder jenen Gründen an einer Verletzung des Friedens nicht interessiert sind.

Wir werden auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern betreiben. Wir werden vorsichtiger sein und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen. Wir werden die Kampfkraft unserer Roten Armee und unserer Roten Kriegsmarine mit allen Mitteln stärken. Wir werden die internationalen Freundschaftsbeziehungen mit den Werktätigen aller Länder, die am Frieden und an der Freundschaft zwischen den Völkern interessiert sind, festigen."\*

Die Stellungnahme Josef Stalins war eindeutig und klar. Sie enthielt scharfe Warnungen an die Adresse der Münchener Politiker. Chamberlain zog aus ihnen jedoch keine Schlussfolgerungen. Als ihn wenige Tage später, am 14. März, die Nachricht erreichte, dass die Tschechoslowakei von deutschen Truppen besetzt werde, sah er darin anfangs nur einen weiteren Schritt Hitlers zur Verwirklichung seines Dranges nach dem Osten, und dagegen hatte Chamberlain nichts einzuwenden. Er hielt es noch nicht einmal der Mühe wert, in Berlin gegen den Bruch des Münchener Paktes zu protestieren. Die Stellungnahme Chamberlains änderte sich erst, als die ungarischen Truppen am 16. März

\* Zitiert nach dem Protokoll des XVIII. Partetages der KPdSU(B), Moskau 1939.

1939 die Karpatho-Ukraine besetzten. Es begann auch ihm zu daemmern, dass sich seine Hoffnung, die Expansion des deutschen Imperialismus in einen Krieg gegen den Osten "kanalisieren" zu koennen, nicht erfuellte. Es wurde nun immer unverkennbarer, dass sich Hitler, in Uebereinstimmung mit dem in "Mein Kampf" niedergelegten Programm, zum Angriff gegen den Westen vorbereitete. Nun erst kam Chamberlain — wenn auch nicht konsequent — die Erkenntnis, dass er von Hitler zum Narren gehalten worden sein koenne, und dass die englische Aussenpolitik geaendert werden muesse.

## HITLER GEGEN POLEN

Nach und nach wurde bekannt, dass Hitlers Vorstoss gegen die Tschechoslowakei auch der Unterordnung Polens und Ungarns unter das Kommando des Dritten Reiches dienen sollte.

Schon am 24. Oktober 1938 hatte Hitler von der polnischen Regierung die Zustimmung zur Annexion des Freistaates Danzig durch das Reich und eine exterritoriale Eisen- und Autobahn durch den Polnischen Korridor gefordert; ferner die engste Zusammenarbeit Polens mit Deutschland gegen Frankreich und England in der Kolonialfrage und die Mitunterzeichnung des Antikomintern-Paktes. An Ungarn stellte Hitler die Forderung nach engster oekonomischer Zusammenarbeit mit dem Reich und ebenfalls nach Unterzeichnung des Antikomintern-Paktes.

Die polnische Regierung suchte zu manoevrieren. Einerseits unterstuetzte sie Hitler in seinem Ueberfall auf die Tschechoslowakei und nahm selbst an der Verteilung des Raubes teil, andererseits suchte sie sich einer vollstaendigen Unterwerfung unter das Diktat Hitlers zu entziehen. Sie fuerchtete mit Recht, dass Hitler in diesem Falle bald Anspruch auf polnische Gebiete erheben werde, trotzdem er Polen sogar die Karpatho-Ukraine als Preis fuer die Kapitulation angeboten hatte. Die ungarische Regierung unterwarf sich dagegen den Forderungen Hitlers; schon am 24. Februar 1939 unterzeichnete sie den Antikomintern-Pakt. Da die polnische Regierung nicht auf die Vorschlaege Hitlers einging, wurde die Karpatho-Ukraine an Ungarn als Preis fuer die Kapitulation gegeben.

Die rumaenische Regierung hatte sich Hitler gegenueber durch ihre Bereitwilligkeit, den Durchmarsch der Roten Armee durch rumaenisches Gebiet zu gestatten und sich an der Verteidigung der Tschechoslowakei zu beteiligen, schwer kompromittiert. Sie wurde nun von Hitler unter starken Druck gesetzt. Da die Westmaechte nach Muenchen nichts zur Sicherung des Bestandes und der Selbstaeendigkeit der Tschechoslowakei unternahmen, blieb auch Rumaenien seinem Schicksal ueberlassen. Am 19. Maerz 1939 unterzeichnete die rumaenische Regierung daraufhin den von Hitler seit Monaten geforderten Handelsvertrag, der Rumaenien faktisch in eine Art Kolonie Nazi-Deutschlands verwandelte. Der Vertrag sicherte den deutschen Monopolherren das rumaenische Mineraloel und andere Naturschaetze gegen Waffenlieferungen und Hilfe beim Ausbau des rumaenischen Eisen- und Autobahnnetzes. Am 20. Maerz besetzten deutsche Truppen, ohne viel Laerm darueber zu machen, das Memelgebiet.

Bei Hitlers Forderungen an Polen handelte es sich natuerlich nicht nur um die "Regelung" der Danziger und der Korridor-Frage im Sinne der Nazis. Diese

Forderungen waren fuer Hitler nur der Vorwand zur Aufrollung des ganzen Problems der deutsch-polnischen Beziehungen, die sich grundlegend aendern mussten, als es Hitler klar geworden war, dass sein deutsch-polnisch-japanisches Komplott gegen die Sowjetunion vorlaeufig nicht realisiert werden konnte, und dass sich seine Aggression zuerst gegen den Westen richten musste. Der zwischen Hitler und Pilsudski 1934 abgeschlossene Nichtangriffs-Pakt mit seinen antisowjetischen Geheimklauseln hatte es der polnischen Regierung ermoeeglicht, ihren Militaer-Pakt mit Frankreich aufrechtzuerhalten. Dagegen hatte Hitler nichts einzuwenden gehabt, solange er hoffen konnte, zusammen mit Polen und Japan die Sowjetunion anzugreifen. Sein Bestreben ging ja jahrelang dahin, Frankreich fuer diesen Fall zur wohlwollenden Neutralitaet zu gewinnen. Nachdem aber diese Hoffnung gescheitert war und Hitler seine Aggression gegen den Westen orientieren musste, erschien ihm das franzoesisch-polnische Militaer-Buendnis gefaehrlich. Hitler hatte keineswegs vergessen, dass die polnische Regierung 1936 den Vorschlag an Frankreich gerichtet hatte, gemeinsame militaerische Massnahmen zur Rueckgaengigmachung der Rheinlandbesetzung zu unternehmen. Damit hatte die polnische Regierung offen zum Ausdruck gebracht, dass sie die Errichtung einer Hegemonie Deutschlands ueber Europa nicht wuenschte.

Nachdem nun das tschechoslowakische und das ungarische Problem eine Loesung nach Hitlers Sinn gefunden hatte, konnte er seine Macht gegen die widerspenstigen Polen konzentrieren. Die Forderung, vor die sich die polnische Regierung gestellt sah, war erstens: freiwillig ihr Buendnis mit Frankreich zu loesen, zweitens: die Hegemonie Deutschlands in Europa anzuerkennen, drittens: den Anschluss Danzigs an Deutschland zu gestatten, viertens: seine Industrie und Landwirtschaft der deutschen Kriegswirtschaft einzuordnen, fuenftens: dem Antikomintern-Pakt beizutreten und sechstens: Hitlers Plaene gegen Frankreich und die UdSSR zu unterstuetzen. Polen sollte sich wie Ungarn freiwillig in einen Vasallen-Staat des deutschen Imperialismus verwandeln.

Die Verhandlungen zwischen Ribbentrop und dem polnischen Aussenminister Beck zogen sich monatelang hin. Ribbentrop schlug Beck als Gegenleistung fuer die Annahme seiner Forderungen einen neuen fuenfundzwanzigjaehrigen Nichtangriffs-Pakt vor. Hitler hatte aber schon zu viele Versprechungen und Pakte gebrochen, als dass ein solches Angebot noch ernst genommen werden konnte. So blieb die polnische Regierung bei der Ablehnung der nazistischen Forderungen. Als Hitler am 20. Maerz das Memelgebiet besetzen liess, ordnete die polnische Regierung die Teilmobilisierung ihrer Armee an.

Es ist kaum anzunehmen, dass Hitler bereits zu jenem Zeitpunkt entschlossen war, einen Krieg mit den Westmaechten vom Zaune zu brechen. Seine Absicht duerfte damals noch gewesen sein, Danzig "friedlich" zu annektieren und Polen durch Drohungen seinen weiteren Plaenen gefuegig zu machen. In jenen Monaten haette die Entwicklung noch fuer Hitler verderblich werden koennen, wenn endlich eine gemeinsame Front Englands, Frankreichs, der Sowjetunion, Polens, Rumaeniens und Jugoslawiens geschaffen worden waere. Die Entwicklung nahm aber durch die Schuld Chamberlains und Daladiers vorlaeufig weiter einen fuer die Achse guenstigen Verlauf.

Erst nachdem Hitlers wirkliche Absichten gegen den Westen erkennbar geworden waren, protestierten die englische und die franzoesische Regierung durch ihre Botschafter in Berlin gegen die Besetzung und Aufteilung der

Tschechoslowakei. Ribbentrop weigerte sich, diese Proteste in Erwägung zu ziehen mit der höhnischen Begründung, die Besetzung sei "auf Grund eines freiwilligen Vertrages zwischen der tschechoslowakischen und der deutschen Regierung erfolgt." Die Sowjetregierung schickte eine Protestnote nach Berlin, in der sie betonte, dass die Unterzeichnung eines Vertrages durch den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hacha, der die Liquidierung des Staates vorsehe, nicht rechtsgültig sei. Die Sowjetregierung sehe in dem Vorgehen des Dritten Reiches einen neuen Schlag gegen die Sicherheit der Völker und lehne die Anerkennung des dadurch geschaffenen Zustandes ab.

Chamberlain schlug nun, als Massnahme gegen neue Vorstösse Hitlers, die Veröffentlichung einer gemeinsamen Deklaration der Regierungen Englands, Frankreichs, Polens und der Sowjetunion vor. In ihr sollte gesagt werden, dass der Frieden und die Sicherheit Europas im gemeinsamen Interesse liege und dass die unterzeichneten Regierungen, wenn der europäische Frieden durch irgendwelche Aktionen gefährdet werde, welche die politische Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates einschränken, sich sofort über gemeinsame Abwehrmassnahmen verständigen. Chamberlain wollte damit der kommenden Entwicklung mit einer Erklärung entgegenzutreten, die Verhandlungen über Schritte vorsah, welche gegen eine neue, schon eingetretene Aggression zu unternehmen seien. Im Grunde war das wieder nur ein Versuch, den unmittelbaren Notwendigkeiten auszuweichen.

Die Sowjetregierung machte fast zur gleichen Zeit einen anderen Vorschlag: Sie forderte die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Konferenz Englands, Frankreichs, Polens, Rumaniens und der Türkei, um die Schaffung einer kampffähigen Friedensfront zu behandeln. Chamberlain erklärte eine solche Konferenz als verfrüht und lehnte sie ab. Die Sowjetunion antwortete, dass sie auch einer Konferenz zustimmen würde, an der nur Grossbritannien, Frankreich, Polen und die Sowjetunion teilnahmen.

Aber auch diesem Vorschlag trat Chamberlain entgegen. Er war schon wieder zum Appeasement zurückgekehrt und kühndelte erneut mit den Nazis. Am 23. März 1939 erklärte er im Unterhaus: "Ich bin noch nicht in der Lage, eine Erklärung zu den Verhandlungen, die mit anderen Regierungen als Resultat der letzten Entwicklung stattgefunden haben, abzugeben. Ich möchte jedoch erklären, dass die englische Regierung nicht wünscht, vernünftigen Anstrengungen von Seiten Deutschlands, seinen Aussenhandel auszuweiten, im Wege zu stehen. Auch ist es nicht die Absicht der englischen Regierung, in Europa zwei sich gegenüberstehende Machtgruppierungen mit unterschiedlichen Ideen in bezug auf ihre Regierungsform zu schaffen. Wir sind vor allem mit der Frage beschäftigt, dass wir keine Ausnahmen unterstützen können, die unabhängige Staaten mit Drohungen zwingen wollen, ihre Unabhängigkeit aufzugeben. Wir sind entschlossen, allen derartigen Massnahmen entgegenzutreten." \*

Diese Rede Chamberlains war gleichbedeutend mit der eindeutigen Ablehnung der Schaffung einer Friedensfront gegen die Achse, wie sie von der Sowjetregierung vorgeschlagen worden war. Noch deutlicher kam das in der Tatsache zum Ausdruck, dass England plötzlich, ohne mit der UdSSR in praktische Verhandlungen einzutreten, Polen die Sicherheit seiner Unabhängigkeit garantierte, eine Massnahme, der sich Frankreich kurz darauf anschloss. Aber

\* "Times", London vom 24. März 1939.

auch diese Garantie war keineswegs ernst gemeint. Die "New York Times" äusserte sich darüber folgendermassen: "Die neuen Verpflichtungen, die England übernommen hat, zwingen es nicht, jeden Kilometer der gegenwärtigen polnischen Grenzen zu verteidigen. Das heisst, die Unabhängigkeit Polens soll nur dann verteidigt werden, wenn sie eindeutig bedroht ist und wenn Warschau sich entschliesst, Widerstand zu leisten. Wenn Polen sich jedoch bereit erklärt, den Nazis nicht entgegenzutreten, wird auch England keinerlei Verpflichtungen haben. Wenn Polen beschliesst, sich zu verteidigen und London ist der Meinung, dass die Drohung nicht eindeutig sei, hat England auch dann keinerlei Verpflichtungen." \*

Weder England noch Frankreich verfügten über die Mittel, Polen im Falle eines nazistischen Ueberfalles ernstliche Hilfe zu leisten, da ja Chamberlain und Daladier die polnische Regierung in ihrer selbstmoerderischen Auffassung bestärkten, die Hilfe der Sowjetunion abzulehnen. Diese war aber die einzige Macht, die militärisch in der Lage gewesen wäre, Polens Selbständigkeit gegen das Dritte Reich wirklich zu verteidigen. Die reaktionäre halb-faschistische polnische Regierung war aber durch ihre traditionelle Sowjetfeindlichkeit von der tödlichen Furcht besessen, mit der Roten Armee könne auch der Kommunismus ins Land marschieren, und kam dadurch zu ihrer unsinnigen Stellungnahme. Chamberlain und Daladier aber unterstützten die Auffassung der polnischen Regierung in der Hoffnung, Hitler werde dann durch eine militärische Ueberrennung Polens ohne Schwierigkeiten bis zur russisch-polnischen Grenze vordringen und dadurch doch vielleicht einen deutsch-sowjetischen Krieg entfesseln. In ihm sahen sie die Lösung, die Abwendung der Hitlergefahr vom Westen; denn in einem solchen Krieg sollten sowohl Hitler als auch die Sowjetunion sich verbluten und entscheidend geschwächt werden.

Die Sowjetregierung war dennoch entschlossen, nicht nur Polen, sondern auch Rumänien gegen eine neue Aggression Nazi-Deutschlands zu verteidigen. Die Voraussetzung dafür aber war, dass diese Länder, insbesondere Polen, die Hilfe der UdSSR überhaupt akzeptierten. Die Sowjetregierung liess es nicht an detaillierten Vorschlägen in dieser Hinsicht fehlen. Weder Chamberlain noch Daladier veranlassten die polnische Regierung, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten.

Am 6. April 1939 verlas Chamberlain im Unterhaus ein englisch-französisches Kommuniqué, das die Vereinbarungen zwischen England und Frankreich über die Garantie der Unabhängigkeit Polens enthielt. Hitler antwortete darauf, dass die polnische Regierung durch die Vereinbarung mit England und Frankreich den deutsch-polnischen Nichtangriffs-Pakt gebrochen habe. Er warnte die polnische Regierung, dass er, wenn sie an dieser Vereinbarung festhalte, den Pakt von 1934 als nicht mehr bestehend betrachten und eine sofortige Regelung des Danziger und des Korridor-Problems erzwingen werde. Zugleich begann die Nazipresse in Danzig und im Reich eine wüste Hetzpropaganda gegen Polen.

Mussolini benutzte unterdessen die internationale Unsicherheit zur Annexion Albanien. Am 8. April 1939 besetzten italienische Truppen das kleine wehrlose Land und zwangen den König zur Abdankung und zur Flucht. Von England und Frankreich wurde nichts gegen diese neue Aggression unternommen. Chamberlain erklärte dazu am 13. April im Unterhaus: "Die öffentliche

\* "New York Times" vom 1. April 1939.



Meinung in England ist durch diese neue Aggression sehr aufgeregt worden. Die neue Aggression hat eine weitere Ursache fuer die Unsicherheit und die internationale Spannung geschaffen und unter Umstaenden die status quo-Frage im Mittelmeer aufgerollt. Aber ich glaube, die Situation wird sich so entwickeln, dass die englisch-italienischen Vereinbarungen vom April 1938 den status quo im Mittelmeer kaum missachten werden.“\*

Diese Haltung Chamberlains zur Besetzung Albaniens liess weitgehende Rueckschluesse auf den wirklichen Charakter seiner Polen gegebenen Versprechungen zu. Inzwischen versuchte die englische Regierung auch die Regierungen Rumaeniens, Jugoslawiens, Griechenlands und der Tuerkei zu veranlassen, ebenfalls die Garantie ihrer Unabhaengigkeit durch England zu akzeptieren. Aber auch jetzt hielt es Chamberlain nicht fuer notwendig, die Sowjetunion zu diesen Verhandlungen hinzuzuziehen. Unter solchen Umstaenden musste die Aktion zur Bildung einer Friedensfront à la Chamberlain-Daladier ohne Ergebnis bleiben. Die oben genannten Laender glaubten nicht an die Realitaet der Garantie und fuerchteten die faschistische Rache, wenn sie sich mit den Westmaechten verbuenden sollten. Hitler beantwortete die Massnahmen Chamberlains und Daladiers mit der Behauptung, sie versuchten, Deutschland einzukreisen.

Am Sonnabend, den 15. April, richtete Praesident Roosevelt an Hitler und Mussolini ein offenes Schreiben, in dem er die Zerstoerung der Unabhaengigkeit Oesterreichs, der Tschechoslowakei und Albaniens scharf kritisierte und die Frage stellte, ob das nazistische Deutschland und das faschistische Italien bereit seien, das Versprechen abzugeben, dass sie ihre bewaffnete Macht nicht verwenden wuerden, um die nachstehend genannten Laender zu ueberfallen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Schweden, Norwegen, Daenemark, Holland, Belgien, England und Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, die Schweiz, Lichtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumaenien, Jugoslawien, Russland, Bulgarien, Griechenland, die Tuerkei und den Irak, Arabien, Syrien, Palaestina, Aegypten und den Iran. Eine solche Erklaerung muesse nicht nur fuer die Gegenwart, sondern auch fuer eine laengere Zukunft gegeben werden, um Zeit zu gewinnen, durch Verhandlungen einen dauernden Frieden herbeizufuehren. Unter dem Wort "Zukunft" meine er eine Periode von mindestens 10 bis 25 Jahren. Wenn eine solche Versicherung durch Hitler und Mussolini gegeben werde, wolle er — Roosevelt — das sofort allen Regierungen der erwachten Nationen mitteilen, damit sie eine gleiche Erklaerung an Deutschland und Italien abgeben. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika seien dann bereit, an einer friedlichen Regelung aller Fragen, die Abruestung und die Sicherung der Nationen vor dem oekonomischen Zusammenbruch betreffend, teilzunehmen.

Am 28. April 1939 nahm Hitler in einer Reichstags-Rede zu den Vorschlaegen Stellung. Er begruendete erneut den Ueberfall auf Oesterreich und auf die Tschechoslowakei. Um Chamberlain und Daladier zu imponieren, bruestete er sich mit seinen gewaltigen Ruestungen. Er zaehlte die riesigen Mengen von Flugzeugen, Tanks, Geschuetzen, Maschinengewehren und Munition auf, die er in der Tschechoslowakei gefunden habe. An die Adresse Englands gerichtet, erklaerte er, dass auch Gross-Britannien sein Kolonialreich nicht mit friedlichen Mitteln aufgebaut habe, und dass die einzige Forderung, die er an England stelle, die Rueckgabe der deutschen Kolonien sei. Nachdem aber England offiziell und durch seine Presse die Meinung vertrete, es muesse

\* "Times", London vom 14. April 1939.

Deutschland auf jeden Fall entgegengetreten werden, sei die Grundlage fuer den fruher abgeschlossenen Flotten-Vertrag nicht mehr vorhanden. Er habe daher der englischen Regierung mitgeteilt, dass er sich an diesen Vertrag nicht mehr gebunden fuehle; jedoch sei er zu neuen Verhandlungen bereit.

Zur polnischen Frage erklaerte Hitler, dass Danzig als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurueckkehren muesse; Deutschland halte ausserdem an der Forderung nach einer exterritorialen Eisen- und Autobahnlinie durch den Polnischen Korridor fest. Als Gegenleistung fuer die Erfuellung dieser Forderungen habe er Polen die Erhaltung seiner oekonomischen Rechte in Danzig, einen Freihafen dort, die zur Zeit bestehenden Grenzen, einen 25 jaehrigen Nichtangriffs-Pakt und eine gemeinsame Garantie des tschechischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn vorgeschlagen. Die polnische Regierung habe diese Vorschlaege jedoch saemtlich abgelehnt und verlangt, dass nur ueber die Frage einer Auswechslung des Voelkerbunds-Kommissars in Danzig und ueber die Erleichterung des Transitverkehrs durch den Korridor verhandelt werde. Er, Hitler, habe darauf geantwortet, dass diese Vorschlaege ungenuegend seien, und dass er nunmehr den mit Pilsudski 1934 geschlossenen Nichtangriffs-Pakt als nicht mehr bestehend betrachte.

Schliesslich kam Hitler zu seiner Antwort auf die Vorschlaege Roosevelts. Dieser habe einige Laender namhaft gemacht und gefordert, dass ihm die Versicherung gegeben werde, diese Laender nicht zu attackieren. Er, Hitler, habe sich daraufhin die Muehe gemacht, diese Staaten zu befragen, ob sie sich von Seiten Deutschlands bedroht fuehlen und ob Roosevelt seine Anfrage auf ihren Vorschlag hin oder mit ihrer Zustimmung gemacht habe. Alle Staaten haetten eine negative Antwort gegeben. Alle Laender, die direkt an Deutschland grenzen, haetten unterdessen eine viel weitergehende Garantie ihrer Unabhaengigkeit erhalten, als Roosevelt sie in seinem Telegramm vorgeschlagen habe. Aber die deutsche Regierung sei trotzdem bereit, allen von Roosevelt namhaft gemachten Staaten, die gewuenschte Garantie zu geben unter der Bedingung vollstaendiger Gegenseitigkeit und vorausgesetzt, dass sie sie wuenschen und sich zu diesem Zweck direkt an Deutschland wenden. Die Rede Hitlers war in ihrer ganzen Tonart herausfordernd frech und kein Mensch mit politischem Verstand konnte die Kriegsdrohung ueberhoeren. Sie liess kaum noch Zweifel zu, dass sich die Kriegsvorbereitungen Hitlers gegen die westlichen Maechte richteten, waehrend die Sowjetunion durch die Ueberlegenheit ihrer Roten Armee vor einem Angriff der Achse vorlaeufig gesichert war. Das war der Eindruck aller Friedensfreunde.

Damals tagte gerade (vom 27. bis 30. April) eine illegale Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands in Bern. Von dieser Konferenz, zu deren Teilnehmern zahlreiche Vertreter der deutschen Untergrundbewegung gehoerten, wurde die Radio-Uebertragung der Kriegsrede Hitlers abgehoeert. Die Konferenz stellte die Rede unmittelbar darauf zur Diskussion und fasste einen Beschluss dazu, in dem unter anderem die nachfolgenden Warnungen ausgesprochen wurden: "Die Antwort Hitlers am 28. April im sogenannten Reichstag auf die Aufforderung Roosevelts, die Sicherheit der europaeischen Staaten zu garantieren und auf dieser Basis internationale Verhandlungen ueber Wirtschaftsverstaendigung und Abruestung zu beginnen, war ein unzweideutiges Nein. Dieses Nein war begleitet von unverhuelten Drohungen gegen alle Staaten, die sich den Wuenschen der Nazi-Diktatur nicht unterwerfen und

mit der Ankuendigung von zwei neuen aggressiven Schritten: der einseitigen Zerreissung des deutsch-englischen Flotten-Abkommens und des deutsch-polnischen Nichtangriffs-Paktes. Durch seine Rede gab Hitler den Befehl zur Vorbereitung des Angriffes auf Polen. Die Rede Hitlers diente gleichzeitig dem Zweck, die anderen, besonders die kleinen Voelker, einzuschuechtern, den reaktionaeeren, hitlerfreundlichen Kraefte in den anderen kapitalistischen Laendern neue Stichworte zu "Verhandlungen" à la Muenchen zu geben, die Entwicklung der kollektiven Friedensfront zu verhindern und vor dem deutschen Volke, das in seiner grossen Mehrheit die Annexion der Tschechoslowakei ablehnt, die nackte Raubpolitik des deutschen Imperilismus als "Verteidigung der Lebensinteressen der deutschen Nation" zu verschleiern und zu verteidigen...

Der deutsche Nazismus und der italienische Faschismus gingen nach der Niederwerfung der spanischen Republik sofort daran, die gewaltsame Neuverteilung der Welt zu forcieren. Die Annexion der Tschechoslowakei, die Verwandlung Ungarns in ein "freiwilliges Protektorat", die Eroberung Memels und Albanien, die Bedrohung Rumaeniens, Jugoslawiens und Griechenlands, der Versuch, Bulgarien als Handlanger gegen die anderen Balkanvoelker zu verwenden, besonders aber der jetzt eingeleitete Angriff auf Polen und der Abschluss des deutsch-italienischen Militaerbuendnisses dienen der Vorbereitung des Grossangriffes gegen die Westmaechte... Die kleinen Voelker sollen gezwungen werden, als Vasallen an diesem Kriege teilzunehmen. Durch die Vernichtung ihrer staatlichen Unabhaengigkeit soll es ihnen unmoeglich gemacht werden, ihre Existenz durch ein Buendnis mit den grossen Voelkern zu behaupten.

Das Schicksal, das Hitler und Mussolini Abessinien, Albanien, Oesterreich, der Tschechoslowakei und Spanien zugefuegt haben, ist das Schicksal, das der Nazismus und Faschismus jetzt in schnellstem Tempo allen kleinen Voelkern bereiten will, um sich weitere guenstige strategische Positionen und eine bessere wirtschaftliche Basis fuer den Krieg zur Errichtung der faschistischen Vorherrschaft in Europa zu sichern. Deshalb lehnte Hitler in seiner Rede die Garantie der europaeischen Staaten ab; deshalb erklarte er, dass er, wie bisher, nur zu Einzelverhandlungen, à la Memel, Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Albanien bereit sei. Deshalb kuendigte er auch den Nichtangriffs-Pakt mit Polen, um gegen dieses Land dasselbe Spiel zu beginnen, das er mit Unterstuetzung der englischen und franzoesischen Reaktionaeere erfolgreich gegen die Tschechoslowakei durchfuehren konnte.

Das sogenannte Unrecht Danzigs und des Korridors sind ebensolche vorgeschobenen Gruende, wie die "Bolschewisierung" Spaniens und wie die "Vergewaltigung" der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Aber in Danzig werden Deutsche nicht von den Polen, sondern Deutsche und Polen von den Nazis vergewaltigt. Danzig ist daher nur der Vorwand, unter dem Hitler Polen zerschlagen will. Durch die Vernichtung Polens will Hitler die Front der noch unabhaengigen Staaten im Baltikum und in Suedosteuropa aufrollen und die Unabhaengigkeit dieser Staaten der Reihe nach vernichten.

Mit diesem Vorgehen will Hitler gleichzeitig die Westmaechte von ihrem letzten Bundesgenossen im Osten isolieren und das Zustandekommen einer wirklichen Friedensfront verhindern. Dabei rechnet er auf die "Muenchener", auf die Reaktionaeere in Polen und Rumaenien, die ihre eigene Arbeiterklasse, ihre unzufriedene Bauernschaft und das Land des Sozialismus, die Sowjetunion,

fuerchten und hassen und daher dazu neigen, die nationalen Interessen ihrer Laender ihren eigenen Interessen zu opfern."\*

Hier wurde die drohende Gefahr in ihrer ganzen Groesse gezeigt. In diesem Beschluss der Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde auch ausfuehrlich zu den Aufgaben Stellung genommen, die sich aus dieser ernstesten Situation fuer die Untergrundbewegung ergaben. Der Beschluss wurde schon Anfang Mai in vielen tausenden Exemplaren in Deutschland verbreitet.

In seinem Artikel zum 1. Mai 1939 schrieb Georgi Dimitroff aehnlich zu der Kriegsrede Hitlers vom 28. April: "Nun wird es allen immer klarer, dass die Spitze der faschistischen Aggression gegenwaertig vor allen gegen die westeuropaeischen Staaten gerichtet ist. Die Hoffnungen der reaktionaeeren englischen und franzoesischen Bourgeoisie, die faschistischen Raebuer gegen die Sowjetunion zu hetzen, haben sich bisher als truegerisch erwiesen. Und zwar nicht, weil der Faschismus solche Plaene schlechthin fallen gelassen hat, sondern weil die Sowjetunion fuer die faschistischen Zaehne allzu hart ist. Der Faschismus fuerchtet, hierbei nicht nur seine Zaehne zu verlieren, sondern sich auch das Genick zu brechen und zieht es daher vor, seine Aggression auf der Linie des geringsten Widerstandes zu fuehren."\*\* Praegnanter und folgerichtiger konnte die damalige internationale Lage nicht analysiert werden. Aber Chamberlain und Daladier schritten in den alten Fusstapfen weiter.

Am 28. April 1939 meldete die Weltpresse, dass der aus Moskau nach London zurueckgekehrte Botschafter Iwan Maisky einen Vorschlag der Sowjetregierung fuer eine englisch-franzoesisch-sowjetische Allianz mit bindenden Garantien gegen jede Aggression in Europa und Asien mit sich fuehre. Die Sowjetregierung habe sich bereit erklart, die Sicherheit der Schweiz, Belgiens und der Niederlande unter der Bedingung zu garantieren, dass England und Frankreich bindende Garantien fuer die baltischen Staaten uebernehmen. Aber Chamberlain und Daladier wuenschten beweglichere Formulierungen, das heisst, sie lehnten eine Garantie fuer die baltischen Laender ab. Am 2. Mai 1939 erklarte Chamberlain im Unterhaus, "man muesse die im Gange befindlichen Verhandlungen ueber die Bildung einer Friedensfront mit Geduld verfolgen". Das konnte nur bedeuten, dass England die Vorschlaege zur Bildung einer wirklichen militaerischen Allianz gegen die Aggressoren nicht akzeptieren duerfe.

Schon am 6. Mai wurde die Sowjetregierung von Chamberlain in diesem Sinne informiert. Er lehnte die vorgeschlagene militaerische Allianz zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion ab. Stattdessen machte er den Vorschlag, dass die UdSSR, Polen, Rumaenien, Griechenland und der Tuerkei zu Hilfe eilen solle, wenn sie von den Regierungen dieser Laender dazu aufgefordert und wenn England und Frankreich den ersten Schritt dazu unternehmen wuerden. Die Sowjetregierung antwortete am 9. Mai auf diese Gegenvorschlaege der englischen Regierung. Sie stellte fest, dass die englische und die franzoesische Regierung vermieden haetten, das Versprechen zu geben, dass sie — sollte die Sowjetunion infolge eines Ueberfalls Hitlers auf osteuropaeische Staaten in militaerische Operationen verwickelt werden, — ihr ebenfalls zu Hilfe kommen

\* "Die Internationale", Zeitschrift fuer Praxis und Theorie des Marxismus (illegale Ausgabe), Heft 5 und 6, 1939.

\*\* "Die Internationale", a. a. O.

wuerden. Es fehle infolgedessen der Wille zur Gegenseitigkeit der Unterstuetzung.

Am 11. Mai 1939 nahm die "Iswestija" zu dem Gegenvorschlag in einem Artikel Stellung, in dem die Differenzen ausfuehrlich dargelegt wurden: "Die Sowjetunion" — hiess es darin — "ist der Meinung, und besteht weiter auf diesem Standpunkt, dass, wenn Frankreich und England wirklich eine Barriere gegen die Aggression in Europa schaffen wollen, eine Einheitsfront der gegenseitigen Unterstuetzung herbeigefuehrt werden sollte, vor allem durch die vier wichtigsten Maechte Europas: Gross-Britannien, Frankreich, die Sowjetunion und Polen, oder zumindestens durch die drei Maechte: England, Frankreich und die Sowjetunion. Diese Maechte sollten durch einen Pakt der gegenseitigen Unterstuetzung, basierend auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, gebunden werden, um die anderen Staaten Ost- und Zentraleuropas gegen die drohende Aggression zu schuetzen. Es muss festgestellt werden, dass diese klare und grundsuetzlich defensive und friedliche Stellungnahme der Sowjetunion, die ausserdem auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Gleichheit der Verpflichtungen basiert, keine zustimmende Aufnahme in England und Frankreich erhalten hat. Bekanntlich hat England mit Zustimmung Frankreichs Gegenvorschlaege gemacht. Die Vorschlaege Englands umgehen die Frage eines Paktes der gegenseitigen Unterstuetzung zwischen Frankreich, Gross-Britannien und der Sowjetunion und fussen darauf, dass die Sowjetregierung unmittelbar Gross-Britannien und Frankreich zu Hilfe kommen soll, wenn diese bei der Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus der Garantie fuer Polen und Rumaenien ergeben, in Feindseligkeiten verwickelt werden. Gross-Britannien sagt nichts ueber die Hilfe, welche die Sowjetunion, selbstverstaendlich nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit, von Frankreich und Gross-Britannien erhalten sollte, wenn sie in Feindseligkeiten verwickelt wird auf Grund der Durchfuehrung von Verpflichtungen, die sie mit der Garantie fuer irgendeinen Staat in Osteuropa uebernehmen mag. Daraus folgt, dass sich die Sowjetunion unter diesen Umstaenden in einer Position der Ungleichheit befindet, obwohl sie genau dieselben Verpflichtungen wie Frankreich und Gross-Britannien zu uebernehmen hat. Dabei sagen wir nichts ueber die sehr interessante Tatsache, dass unter diesen Umstaenden ueber die Berechtigung von Verteidigungsmassnahmen und ueber die Zeit ihres Beginns zu entscheiden, Gross-Britannien und Frankreich allein ueberlassen bleibt, trotzdem die Hauptlast einer solchen Verteidigung infolge ihrer geographischen Lage auf die Sowjetunion fallen muss. Uns wird gesagt, dass durch die Verteidigung Polens und Rumaeniens England und Frankreich indirekt die westlichen Grenzen der Sowjetunion schuetzen. Das ist jedoch nicht wahr. Erstens beschaenkt sich die westliche Grenze der Sowjetunion nicht auf Polen und Rumaenien, zweitens — und das ist der Hauptpunkt — wenn Gross-Britannien und Frankreich Polen und Rumaenien verteidigen, so schuetzen sie sich damit selbst und nicht die westlichen Grenzen der Sowjetunion; denn sie haben einen Pakt der gegenseitigen Unterstuetzung mit Polen, durch den Polen verpflichtet ist, Gross-Britannien und Frankreich im Falle einer Aggression beizustehen. Aber die Lage der Sowjetunion ist eine andere. Da sie keine gegenseitigen Unterstuetzungs-Pakte mit Gross-Britannien, Frankreich und Polen hat, soll die Sowjetunion die Unterstuetzung aller dieser Staaten uebernehmen, ohne eine Unterstuetzung von ihnen zu erhalten; vor allem im Falle eines direkten Angriffes auf die Sowjetunion wuerde diese vollstaendig auf ihre

eigenen Kraefte gestellt sein... In seiner Erklaerung im Unterhaus am 10. Mai hat der englische Ministerpraesident ueber eine Zusammenarbeit und Allianz mit der Sowjetunion gesprochen. Aber Zusammenarbeit schliesst als natuerliche Basis die Gegenseitigkeit ein. Wo keine Gegenseitigkeit besteht, kann keine wirkliche Zusammenarbeit herbeigefuehrt werden."

Am 11. Juni schickte nun die englische Regierung einen Vertreter, William Strang, nach Moskau, um mit der Sowjetunion ueber einen Militaer-Pakt zu verhandeln. Auch diese Verhandlungen machten keinerlei Fortschritte. Schliesslich entsandten die englische und die franzoesische Regierung, unter dem Druck der Volksmassen ihrer Laender, eine gemeinsame Militaer-Kommission nach Moskau, um ueber eine Militaer-Allianz zu diskutieren. Wie spaeter Marschall Kliment Woroschilow in einem Interview mit dem Vertreter der "Iswestija" mitteilte, kam es auch mit dieser Militaer-Kommission zu keiner Einigung. "Die Militaer-Mission der Sowjetregierung" — sagte Woroschilow — "war der Meinung, dass die Sowjetunion, da sie keine gemeinsamen Grenzen mit dem Aggressor habe, Frankreich, England und Polen nur unterstuetzen koenne, wenn ihren Truppen erlaubt werde, durch polnisches Territorium zu marschieren; denn es gaebe keinen anderen Weg fuer die Sowjettruppen, den Kontakt mit den Angreifer-Truppen herbeizufuehren... Trotz dieser offensichtlich korrekten Stellungnahme der sowjetischen Militaer-Mission wurde ihr Vorschlag von der franzoesischen und der englischen Militaer-Mission abgelehnt, weil die polnische Regierung offen erklaerte, dass sie die militaerische Hilfe der Sowjetunion nicht brauche und nicht akzeptieren werde. Dies machte die militaerische Zusammenarbeit der Sowjetunion mit diesen Laendern unmoeglich. Das aber waren die Differenzen, ueber die es zum Bruch der Verhandlungen kam." \*

Waehrend der Verhandlungen hatte sich ausserdem herausgestellt, dass die Mitglieder der englischen und der franzoesischen Militaer-Mission keinerlei Vollmachten hatten, bindende Abmachungen zu unterzeichnen. Alle diese Umstaende machten es immer offensichtlicher, dass Chamberlain und Daladier in Wirklichkeit keinen Pakt mit der Sowjetunion wuenschten. Die Bestrebungen dieser Politiker waren vielmehr, durch neue Appeaser-Methoden ihre eigenen Voelker irrefuehren und eine Aggression Deutschlands gegen die Sowjetunion zu provozieren. Die Anschauung wurde durch die zahlreichen Ereignisse bestaetigt, die zeitlich parallel mit den Verhandlungen zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion ueber einen Militaer-Pakt abrollten.

Am 5. Mai 1939 schloss Hitler einen Militaer-Pakt mit Mussolini und ein Nichtangriffs-Abkommen mit Daenemark. Am gleichen Tage begann er Verhandlungen ueber Nichtangriffs-Pakte mit Norwegen, Schweden, Finnland, Estland und Lettland. Am 8. Mai 1939 gab Chamberlain die Erklaerung ab, dass die englische Regierung eine friedliche Beilegung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen willkommen heissen wuerde. Am gleichen Tage lud der Papst Pius XII, die beim Vatikan akkreditierten Gesandten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Polens zu einer Konferenz ein, die den Versuch unternehmen sollte, eine Regelung der Danziger Frage zu erreichen.

Am 9. Mai 1939 erklaerten Norwegen, Schweden und Finnland durch die Stockholmer Konferenz ihrer Aussenminister, dass sie ausserhalb aller Maechtegruppierungen, die sich in Europa bildeten, zu bleiben wuenschten.

\* "Sunday Worker", New York, vom 27. August 1939.

Jeder der genannten Nationen blieb es jedoch ueberlassen, auf die Einladung Hitlers zum Abschluss eines Nichtangriffs-Paktes nach ihrem Gutdunken zu antworten.

Am 24. Mai teilte Chamberlain dem Unterhaus mit, dass die englische Regierung die juristische Anerkennung der Annexion Boehmens und Maehrens durch Deutschland in Betracht ziehen werde.

Am 26. Mai schlug der Papst vor, entweder eine gemeinsame Konferenz der an der polnischen Frage interessierten Maechte einzuberufen oder Einzelverhandlungen ueber jede spezielle Frage zwischen den Nationen zu fuehren.

Am 9. Juni erklarte Chamberlain: "Wir muessen jedem Versuch, eine Dominierung durch Gewalt zu erreichen, Widerstand entgegensetzen. Aber England ist noch immer bereit, am Verhandlungstisch die Forderungen Deutschlands oder anderer Laender zu diskutieren. Vereinbarungen muessen jedoch durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt herbeigefuehrt werden." Daladier erklarte: "Wir sind fuer eine Zusammenarbeit. Das ist gerade das Gegenteil von Einkreisung."

Am 2. Juli teilte der Papst mit, dass die Antworten der Maechte auf seinen Konferenzvorschlag sehr erfolversprechend seien. Einige Tage spaeter schlug er eine Viermaechte-Konferenz à la Muenchen vor. Die Sowjetunion sollte von diesen Verhandlungen ausgeschlossen bleiben.

Wie am 5. Juli bekannt wurde, hatte die englische Regierung unterlassen, durch besondere Massnahmen zu verhindern, dass die sechs Millionen Pfund tschechischen Goldes, die fuer die Tschechoslowakische Nationalbank bei einer Londoner Bank deponiert waren, an Deutschland ausgeliefert wurden. Das Gold wurde an die von den Nazis gegruendete Bank fuer Boehmen und Maehren ausgezahlt.

Am 17. Juli kam an die Oeffentlichkeit, dass Generalmajor Sir Edmund Ironside polnische Fuehrer zu beeinflussen versucht hatte, nicht wegen Danzig zu kaempfen, da nach Berichten aus Washington ein Fuenfmaechte-Pakt in Aussicht stehe, der fuer fuenfundzwanzig Jahre abgeschlossen werden solle, und der unter anderem auch die Rueckgabe Danzigs und der frueheren deutschen Kolonien an das Dritte Reich vorsehe.

Am 20. Juli wurden all diese Appeaserstuecke gekroent durch die Enthuellung, dass einer von Hitlers oekonomischen Beratern, Dr. Helmuth Wohltat mit dem englischen Wirtschaftsminister Sir Horace Wilson und mit Robert S. Hudson, Staatssekretaer fuer Ueberseehandel, ueber die Gewaehrung einer Abruestungs-Anleihe von einer Milliarde Pfund an die deutsche Regierung verhandelt habe. Hudson war gezwungen, am 23. Juli zuzugeben, dass zwischen ihm und Wohltat Verhandlungen ueber einen langfristigen grossen Kredit an Deutschland stattgefunden haetten. Auch andere Maechte sollten sich an dieser Anleihe beteiligen. Es sollte kein britisches Territorium ausgeliefert werden, aber Deutschland sollte gemeinsam mit den Westmaechten und den Vereinigten Staaten von Nordamerika die oekonomische Entwicklung Chinas und Afrikas unterstuetzen. Hitler habe die Forderung nach Abruestung und nach der Raerumung Prags akzeptiert.

Am 28. Juli schlug der Papst dem polnischen Gesandten beim Vatikan, Casimir Papée vor, die polnische Regierung solle ein Kompromiss mit Hitler schliessen, durch das Danzig dem Reiche auf fuenf Jahre als Dominion einverleibt werde.

Die Appeaser-Linie Chamberlains kam auch in seiner Fernost-Politik ans Tageslicht. Er schloss mit Japan eine Vereinbarung, nach der die japanischen Militaerfaschisten in keiner Weise durch die in China bestehenden britischen Behoerden an der Verfolgung ihrer Ziele gehindert werden sollten.

## DIE UNTERZEICHNUNG DES DEUTSCH-SOWJETISCHEN NICHTANGRIFFS-PAKTES

Chamberlain und Daladier hielten an ihrer doppelzueugigen Politik auch darum fest, weil sie der Ueberzeugung waren, die Sowjetunion muesse als sozialistischer Staat im Interesse ihres Ansehens unter der internationalen Arbeiterklasse, unter allen, und auch den unguenstigsten Umstaenden, in einen Krieg gegen Nazi-Deutschland eintreten, wenn ein solcher zum Ausbruch kaeme. In dieser Auffassung wurden sie von den Fuehrern der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschafts-Bundes noch bestaerkt. Diesen Staatsmaennern und reformistischen Fuehrern kam es nicht in den Sinn, dass die Sowjetunion in allen diesen Verhandlungen auch ihre eigenen nationalen Interessen als sozialistisches Land zu schuetzen versuchte. So glaubten Chamberlain und Daladier, mit der Sowjetunion umspringen zu koennen, wie es ihnen beliebte.

Hitler und seine Berater aber uebersahen nicht die ueberragende Bedeutung der Sowjetunion in Europa und in der Welt. Ihr Ziel war vor allem, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Dazu war jedoch eine Verbesserung des Verhaeltnisses zwischen dem Reiche und der UdSSR notwendig. Schon unmittelbar nach der Besetzung der Tschechoslowakei machte die deutsche Regierung der Sowjetregierung den Vorschlag, Verhandlungen ueber den Abschluss eines neuen Handelsvertrages aufzunehmen. Die Hitler-Regierung erklarte sich bereit, der Sowjetregierung einen Kredit von zwei Milliarden Mark auf sieben Jahre zu gewaehren. Damit haette die Sowjetunion in schnellerem Tempo die Ausruestung ihrer Industrie vervollstaendigen koennen. Die Sowjetregierung sollte sich dagegen zur Lieferung von Rohmaterial verpflichten. Gegen den Abschluss eines solchen Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion war umso weniger etwas einzuwenden, als ja auch Amerika an Japan ungeheure Mengen Petroleum und Erze, an Italien grosse Mengen Kohle, Frankreich an Hitler-Deutschland Millionen Tonnen Eisenerz und England an Hitler-Deutschland bedeutende Quantitaeten Petroleum lieferten.

Der deutsch-sowjetische Handelsvertrag wurde am 19. August unterzeichnet. Im Verlaufe der Verhandlungen schlugen die Vertreter Hitlers der Sowjetregierung auch eine Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion vor. Wenn nichts anderes, so haetten zumindest die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion fuer Chamberlain und Daladier eine Warnung sein muessen, dass sich die Sowjetunion nicht zum Opfer einer hinterhaeltigen Appeaser-Politik machen lassen wuerde. Alle Bemuehungen der Sowjetunion, den Abschluss eines Militaer-Paktes mit England und Frankreich auf der Grundlage vollstaendiger Gleichberechtigung zu erreichen, waren gescheitert. Die Anzeichen mehrten sich, dass Chamberlain und Daladier ein neues Muenchen vorbereiteten, um die Sowjetunion in einen isolierten Krieg mit Deutschland zu ver-

wickeln. Es war also vom Standpunkt des einfachen Selbstschutzes unausbleiblich, dass sich die UdSSR jetzt ernster mit den Vorschlaegen der Hitler-Regierung beschaeftigte. Als daher auch noch die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Militaer-Missionen ergebnislos unterbrochen werden mussten, unterzeichnete die Sowjetunion am 22. August den Nichtangriffs-Pakt mit Hitler-Deutschland.

Marschall Kliment Woroschilow stellte dazu in seinem bereits oben zitierten Interview mit dem Vertreter der "Iswestija" sofort fest, dass die militaerischen Verhandlungen der Sowjetregierung mit England und Frankreich nicht abgebrochen wurden, weil die Sowjetunion den Nichtangriffs-Pakt mit Deutschland abschloss, sondern unter anderem auch, "weil die militaerischen Verhandlungen mit Frankreich und England infolge unueberwindlicher Differenzen in eine Sackgasse geraten waren".

Aber schon in den letzten Wochen vor Abschluss des Moskauer Nichtangriffs-Paktes hatten sich die Gegaensaeetze zwischen Hitler-Deutschland, Frankreich, England und Polen ausserordentlich verschaeft. Am 10. August forderte der Danziger Gauleiter, Albert Forster, oeffentlich, dass Danzig dem Reich angegliedert werden muesse. Am 16. August erhob Hitler offiziell diese Forderung und entfesselte fuer sie eine gewaltige Propagandakampagne. Am 22. August richtete Chamberlain ein Schreiben an Hitler, in dem er mitteilte, dass der Moskauer Pakt an den Verpflichtungen Englands Polen gegenueber nichts aendern wuerde, dass er um einen Waffenstillstand in den diplomatischen Kaempfen ersuche, um Zeit fuer die Regelung der deutsch-polnischen Differenzen zu gewinnen. Die brueske Antwort Hitlers war, in Polen wuerden Deutsche unterdrueckt, und das koenne er nicht laenger erlauben. Wenn England seine Vorschlaege fuer Polen nicht annehme, werde der Krieg unvermeidlich sein. Er wiederhole jedoch seinen Wunsch nach Freundschaft mit England und habe weder jetzt noch in Zukunft die Absicht, England oder Frankreich anzugreifen. Wenn die polnische Frage geregelt sei, werde er das britische Empire garantieren. Jetzt sei er jedoch gezwungen, die deutsche Armee zu mobilisieren.

Nach laengerem Notenwechsel und Verhandlungen erklarte sich die polnische Regierung auf Veranlassung Chamberlains am 29. August bereit, mit Deutschland zu verhandeln und Hitlers urspruengliche Forderungen anzunehmen. Hitler und Ribbentrop hatten angeblich fuer die Verhandlungen eine Anzahl Punkte aufgestellt, welche die Zustimmung Englands, Frankreichs und Polens finden sollten. Hitler und Ribbentrop uebermittelten jedoch ihre Vorschlaege diesen Regierungen nicht. Sie waren auch gar nicht ernsthaft gemeint und hatten nur die Aufgabe, Hitler vor den Augen des deutschen Volkes zu rechtfertigen.

Die polnische Regierung war aufgefordert worden, einen bevollmaechtigten Vertreter nach Berlin zu entsenden, um die Verhandlungen zu fuehren. Dieser Vertreter traf nie in Berlin ein. So scheiterten die Verhandlungen scheinbar aus technischen Gruenden. Die wirklichen Ursachen lagen jedoch tiefer. Weder Hitler noch Chamberlain hatten ein wirkliches Interesse, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Hitler rechnete mit einem Feldzug gegen Polen von einigen Monaten Dauer. Er wollte keine Zeit mehr verlieren, um nicht die militaerischen Operationen durch die bald einsetzende Schlechtwetter-Periode beeintraechtigen zu lassen. Deshalb mochte er sich nicht auf laengere

Verhandlungen mit England, Frankreich und Polen festlegen, deren Erfolg zweifelhaft war. Chamberlain und Halifax sahen in einer Verstaendigung mit Hitler keinen unmittelbaren Vorteil. Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Paktes war wenig Hoffnung, dass Polen im Falle der friedlichen Regelung des Konfliktes weiterhin als Vorposten gegen die Sowjetunion ausgenutzt werden konnte. Ein Angriff Hitlers auf Polen aber bot fuer sie immer noch die Hoffnung, einen Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion, trotz des Moskauer Nichtangriffs-Paktes, herbeizufuehren.

So trat in den Morgenstunden des 1. September der sogenannte "Deutsche Reichstag" zusammen. Hitler sprach ueber den Stand der Differenzen zwischen Deutschland und Polen. Er behauptete, dass polnische Truppen die Freie Stadt Danzig attackiert und deutsche Grenzposten ueberfallen haetten. Auch habe es die polnische Regierung unterlassen, seine Vorschlaege anzunehmen und einen bevollmaechtigten Vertreter nach Berlin zu schicken. Er sei nunmehr entschlossen, die Frage Danzigs und des Polnischen Korridors direkt zu regeln und die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im Sinne eines zukuenftigen friedlichen Zusammenlebens zu aendern. Er habe die Forderung des Gauleiters Albert Forster, Danzig als einen Teil des Reiches zu erklaren, angenommen und den Befehl an die Armee gegeben, den Kampf gegen Polen aufzunehmen. So habe er noch einmal die Uniform angezogen, die ihm immer das Heiligste und das Teuerste gewesen sei. Ablegen werde er sie nicht wieder, bevor nicht der Sieg gesichert sei, oder er werde das Resultat des Krieges nicht erleben.\*

Am gleichen Tage richtete die englische und franzoesische Regierung durch ihre Gesandten in Berlin eine Warnung an Hitler, "dass, wenn die deutsche Regierung nicht sofort alle aggressiven Aktionen gegen Polen einstelle und ihre Truppen aus dem polnischen Territorium zurueckziehe, die englische und franzoesische Regierung ihre Verpflichtungen gegenueber Polen erfuellen wuerden."\*

Trotzdem versuchte der franzoesische Aussenminister Bonnet, noch am 1. September zu einer Verstaendigung mit Hitler zu kommen. Er nahm die Vermittlung Mussolinis und Cianos in Anspruch. Sein Vorschlag war, Mussolini und Ciano sollten Hitler zu einer Konferenz mit Vertretern der englischen und der franzoesischen Regierung einladen, um ueber den deutsch-polnischen Konflikt zu verhandeln und eine allgemeine Befriedung herbeifuehren. Die Konferenz sollte am 5. September stattfinden. Aber ueber die Bedingungen fuer die Einberufung dieser Konferenz war keine Uebereinstimmung zwischen der englischen und der franzoesischen Regierung zu erzielen. Die franzoesische Regierung war bereit, sich mit einem vorlaeufigen Waffenstillstand und dem Verbleiben der deutschen Truppen, wo sie sich zu der gegebenen Zeit befanden, einverstanden zu erklaren. Die englische Regierung forderte als Voraussetzung fuer die Konferenz die Zurueckziehung der deutschen Truppen aus Polen. Mussolini erklarte sich nicht in der Lage, die Bedingungen der englischen Regierung an Hitler weiterzuleiten.

Dadurch scheiterte der Plan, zu einem neuen Muenchen zu gelangen. Am 3. September erklarten Chamberlain und Daladier der deutschen Regierung, dass England und Frankreich sich im Kriegszustand mit dem Reich befaenden.

\* Nach German White Book, Documents concerning the last phase of the german-polish crisis, New York 1939.

Unterdessen wartete die polnische Regierung ungeduldig auf Hilfe; denn drei Heeressäulen der deutschen Wehrmacht waren in das Land eingebrochen. Schon in den ersten Tagen waren Posen, Bromberg, Krakau und andere polnische Städte in die Hände der Nazi-Armee gefallen und auch Warschau war eingeschlossen. Nun zeigte es sich, wie recht Churchill, Lloyd George, Pertinax, Kéris und Thorez gehabt hatten, als sie immer wieder betonten, dass England und Frankreich nicht in der Lage seien, die Sicherheit Polens ohne ein ehrliches Bündnis mit der Sowjetunion zu garantieren. Weder die englische noch die französische Armee machten wirkliche Anstrengungen, um Polen zu Hilfe zu eilen. Selbst die Forderung der polnischen Regierung, die englische Luftwaffe gegen Deutschland einzusetzen, wurde von der englischen Regierung mit der Feststellung beantwortet: "Wir können unsere Kräfte nicht zersplittern."

So fiel Polen innerhalb von wenigen Wochen der nazistischen Wehrmacht zum Opfer.

#### NACH POLEN: NORWEGEN, DÄNEMARK, LUXEMBURG, BELGIEN UND FRANKREICH

Von Appeasern und reaktionären Führern der Arbeiterbewegung ist seit dem Herbst 1939 behauptet worden, dass die Sowjetregierung, indem sie den Nichtangriffs-Pakt mit Hitler-Deutschland abschloss, den westlichen Mächten in den Rücken gefallen wäre und die Niederlage Polens verursacht hätte. Ihre Politik sei doppelzüngig gewesen. Erst nachdem die Sowjetregierung selbst der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen wäre, sei sie an die Seite der demokratischen Mächte zurückgekehrt.

Wir glauben, dass schon die Schilderung der Aussenpolitik Hitlers von seiner Machtübernahme bis zum Tage des Scheiterns der Verhandlungen zwischen Frankreich, England und der Sowjetunion, die zur Schaffung einer Friedensfront hätten führen sollen, die Unhaltbarkeit dieser Behauptung bewiesen hat. Die UdSSR hatte sich bis 1939 immer wieder mit konkreten Vorschlägen bemüht, eine kollektive Sicherheit in der Tat herbeizuführen. Sie blieb mit diesen Bemühungen allein, infolge der Politik Chamberlains und Daladiers. Die Sowjetunion musste den Nichtangriffs-Pakt abschliessen, um damit das Bestreben der Appeaser-Klique in England und Frankreich, einen deutsch-russischen Krieg zu provozieren, für den gegebenen Augenblick zu durchkreuzen.

Die Sowjetunion schloss den Pakt, ohne Illusionen über den Wert der Unterschrift Hitlers und Ribbentrops zu hegen. Für die sowjetischen Staatsmänner war es klar, dass der Pakt den Zusammenprall zwischen der Sowjetunion und dem nazistischen Deutschland nur hinauszögern, aber nicht für immer ausschliessen werde. Die Sowjetregierung wusste, dass auch Hitler im Jahre 1939 daran interessiert war, den Krieg mit der UdSSR vorläufig noch zu vermeiden, und dass er zur Vorbereitung eines solchen Feldzuges noch Zeit benötigte. Deshalb hätte er auch noch gehindert werden können, neue Raubzüge gegen kleinere Staaten zu unternehmen, wenn die Westmächte zur Bildung einer gemeinsamen Friedensfront mit der Sowjetunion bereit gewesen wären. Da die Politik Chamberlains und Daladiers aber Hitler bewusst dazu anreizte, seine militärische Position in Europa im schnellen Tempo und auf

Kosten der strategischen Positionen der Sowjetunion zu stärken, blieb dieser nichts anderes übrig, als einen Zeitgewinn zu suchen. Zeitgewinn sollte bedeuten: den angerichteten Schaden wieder auszugleichen und das frühere Kräfteverhältnis auf einer höheren Basis wieder herzustellen. Wenn Hitler "freie Hand" gegen Polen erhielt, so war dies der Politik der reaktionären Obersten-Klique zuzuschreiben, die ja jede Hilfe der Sowjetregierung abgelehnt hatte. Wenn Chamberlain und Daladier den Angriff Hitlers zum Anlass nahmen, um Nazi-Deutschland den Krieg zu erklären, so taten sie das sehr gegen ihren wahren Willen und in der Absicht, den Krieg nicht wirklich zu führen. Heute wird von allen objektiven Historikern zugegeben, dass die ganze Politik Chamberlains und Daladiers auch nach der Kriegserklärung an Nazi-Deutschland nur der weiteren Kriegsprovokation gegen die Sowjetunion und der baldigen Herbeiführung eines Kompromissfriedens mit Hitler diene.

Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, dass Hitler nur mit grossem Zögern daran ging, den Nichtangriffs-Pakt mit der Sowjetunion abzuschliessen. Dieser Schritt kostete ihn in den Augen der Weltreaktion seine Rolle als "Vorkämpfer gegen den Bolschewismus" und als "Verteidiger der westlichen Kultur gegen die Sowjetunion." Der Pakt verursachte sogar tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und seinen Verbündeten, Italien und Japan. Für jeden auf längere Sicht denkenden Menschen (allerdings nicht für eine Reihe sozialdemokratischer Führer) war schon damals klar, dass jeder Schritt, den die Sowjetregierung vor und nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Paktes unternahm, — die Unterzeichnung dieses Paktes selbst nicht ausgenommen — im Hinblick auf eine unausbleibliche und endgültige Auseinandersetzung mit dem Nazismus und dem Faschismus geschah. Gerade jene Antifaschisten, die in der Zeit des Paktes treu zur Sowjetunion standen und die wahren Ziele ihrer Politik verstanden, die sich deshalb schmähen, verfolgen und in Konzentrationslager sperren liessen, haben sich später in allen europäischen Ländern als die treuesten Kader des Untergrundkampfes erwiesen.

Die Sowjetregierung stellte für den Abschluss des Nichtangriffs-Paktes die Bedingung, dass Deutschland eine Änderung seiner Aussenpolitik vornehme und gut-nachbarliche Beziehungen mit der Sowjetunion herbeiführe. Erst als es klar geworden war, dass die deutsche Regierung eine solche Änderung ihrer Aussenpolitik und eine Verbesserung ihrer Beziehungen zur UdSSR suchte, — wenn auch unter dem Druck der gegebenen Verhältnisse — wurde von der Sowjetregierung dem Pakt zugestimmt.

Die Sowjetunion hat jedoch niemals ihre Zustimmung zu Hitlers Angriff auf Polen gegeben. Sie bezeichnete den Krieg, der durch das Verhalten Hitlers, Chamberlains, Daladiers und Becks zum Ausbruch kam, als einen imperialistischen Krieg, den sie von beiden Seiten ablehnte. Die Sowjetregierung war bereit, sowohl mit Deutschland wie auch mit England, Frankreich und Polen Rohmaterialien gegen andere Waren auszutauschen: also gleichmässig mit allen Ländern normale Beziehungen zu unterhalten. Sie hinderte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das seinen Sitz in Moskau hatte, nicht daran festzustellen, dass die Bourgeoisie der imperialistischen Länder und in erster Linie die herrschenden Klassen der kriegführenden Mächte die Verantwortung für den Krieg tragen, und die Arbeiterklasse der kriegführenden Länder zum Kampf gegen den Krieg aufzufordern. Die

Sowjetregierung hinderte in dieser Zeit auch nicht die in Moskau lebenden exilierten Fuehrer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin, sich in Artikeln in der Zeitschrift "Kommunistische Internationale" besonders gegen den deutschen Imperialismus und gegen Hitler zu wenden.

Als der schnelle Vormarsch der deutschen Wehrmacht in Polen bewies, dass die herrschende Klasse jenes Landes unfachig war, das Land zu verteidigen, als die polnische Regierung die Flucht ergriffen hatte und die Gefahr bestand, dass die nazistischen Armeen ganz Polen besetzen werden, zoegerte die Sowjetregierung nicht, zur Tat zu schreiten. Sie stellte die ukrainischen und bjelorussischen Gebiete des Landes, die Polen im Jahre 1920 der Sowjetunion geraubt hatte, unter ihren Schutz und gliederte sie wieder in die Sowjetunion ein. Der Aussenminister der Sowjetunion, Molotow, begruendete diesen Schritt dem polnischen Botschafter in Moskau gegenueber mit folgenden Feststellungen: Polen ist von seiner Regierung im Stich gelassen worden. Es kann zu einem Feld fuer zufaellige und unerwartete Ereignisse werden, die eine Gefahr fuer die Sowjetunion herbeifuehren koennen. Deshalb hat sich die Sowjetregierung entschlossen, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Bevoelkerung der Westukraine und des westlichen Bjelorusland vor den Folgen des Krieges zu schuetzen und ihnen eine Moeglichkeit zu geben, in Frieden zu leben.

Fuer einsichtige Politiker war es schon damals klar, dass sich diese Massnahmen strategisch nicht gegen die Westmaechte, sondern gegen Hitler richteten. Polen war durch den Ueberfall Hitlers und durch die Schuld seiner eigenen reaktionaeren Fuehrerschicht zerschlagen worden. Waere es nach Chamberlain und Daladier gegangen, die nichts unternahmen, ihre Verpflichtungen gegenueber Polen wirklich einzuhalten, so waere das ganze Land, einschliesslich der West-Ukraine und West-Bjeloruslands, in die Haende der deutschen Wehrmacht gefallen. Dies haette Hitlers Position sowohl gegenueber den Westmaechten, als auch gegenueber der Sowjetunion verstaerkt. Das Vorgehen der Sowjetregierung stellte dagegen Hitler vor Tatsachen, vor denen er sich im Augenblick beugen musste. Trotz dieses klaren Sachverhaltes versuchten Chamberlain und Daladier, die Wiederbesetzung der West-Ukraine und West-Bjeloruslands durch die Rote Armee auf eine Stufe mit Hitlers Raub an Boehmen und Maehren zu stellen.

Die Sowjetregierung blieb aber bei diesem gegen Hitler gerichteten Schritt nicht stehen. Sie wusste, dass Frankreich und England fuer eine ernste Auseinandersetzung mit Hitler militaerisch gaenzlich unvorbereitet waren, und dass ihre Regierungschefs nicht gewillt waren, den Krieg als antifaschistischen demokratischen Volkskrieg zu fuehren. Beide Maechte hatten Hitler den Krieg erklart, indem sie sich formal darauf beriefen, dass sie verpflichtet seien, Polen zu Hilfe zu eilen. Aber schon innerhalb weniger Wochen fiel Polen den nazistischen Armeen zum Opfer. Damit war das Kriegsziel der damaligen englischen und franzoesischen Regierung hinfaellig geworden. Es haette nunmehr im Interesse Englands und Frankreichs, wie auch im Interesse der Sowjetunion gelegen, den Krieg zu beenden und Zeit fuer neue politische und militaerische Vorbereitungen, auf der Grundlage der kollektiven Sicherheit, gegen kuenftige Aggressionen Hitlers zu gewinnen. Hitler war ja auch nach dem Feldzug gegen Polen noch keineswegs entschlossen, seine Armeen sofort

gegen Frankreich und England zu fuehren, trotzdem der leichte Sieg ueber Polen dazu ein starker Anreiz war. Er hatte es immer als die Voraussetzung fuer einen deutschen Sieg ueber Frankreich betrachtet, England von Frankreich zu isolieren. Nun aber stand England erneut an der Seite Frankreichs im Kriege gegen Deutschland. Deshalb zoegerte Hitler, den Angriff auf Frankreich sofort nach dem Siege ueber Polen zu beginnen.

Die Sowjetregierung sah somit in der gegebenen Situation die Moeglichkeit, den Krieg zu beenden. Sie drueckte auf Hitler, einen Friedensvorschlag zu machen, den dieser, halb gezwungen, halb freiwillig, in seiner Rede am 6. Oktober 1939 vor dem sogenannten "Deutschen Reichstag" nacher zu begruenden versuchte. Hitler schlug eine Friedenskonferenz vor. Dieser Vorschlag wurde von Chamberlain und Daladier leichtfertig nur als ein Schwaechezeichen angesehen und verworfen. Sie wollten den Kompromissfrieden — aber erst, nachdem der deutsch-sowjetische Pakt gesprengt und Hitler bereit war, gegen die UdSSR zu marschieren.

Wenn wir heute die Folgen des damals zurueckgewiesenen Friedensangebotes sehen, das noch einmal eine Gelegenheit fuer eine Umgruppierung der Kraefte in Europa und fuer die Bildung einer wirklichen kollektiven Friedensfront gegen Hitler haette sein koennen, die stark genug gewesen waere, den Krieg vielleicht ueberhaupt zu verhindern, so koennen wir ermassen, wie recht die Fuehrer des linken Fluegels der europaeischen Arbeiterbewegung hatten, als sie den Vorschlag der Sowjetunion unterstuetzten. Damals aber wurden sie als "Fuenfte Kolonne" bezeichnet und wegen Landesverrats vor Gericht gestellt.

Die Sowjetregierung liess sich durch diesen Misserfolg nicht beirren, weiter eine zielbewusste Politik zu betreiben. Trotz Hitlers Murren und trotz des Geklaeffes der internationalen Reaktion schloss sie nun mit Litauen, Lettland und Estland Sicherheits-Pakte ab und konzentrierte starke Truppenverbaende in diesen Laendern. Als es sich spaeter zeigte, dass Hitlers Agenten in diesen Laendern gegen die Sowjetunion konspirierten und dabei die Unterstuetzung faschistischer Elemente gegen den Willen der demokratischen Mehrheit dieser Voelker fanden, uebernahm die Sowjetunion diese Laender in den Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Sie fand die volle Unterstuetzung der baltischen Voelker fuer diese Loesung. Dann erst war es der UdSSR moeglich, ihre strategischen Stellungen gegen Hitler wirklich auszubauen.

Die Sowjetregierung benutzte die Gelegenheit, auch ihre Suedwestgrenze gegenueber Rumaenien durch die Ruecknahme Bessarabiens in den Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken besser zu sichern. Um die herrschende Klasse Finnlands daran zu hindern, sich zu militaerischen Abenteuern gegen die Sowjetunion herzugeben, schlug die Sowjetregierung der finnischen Regierung einen Vertrag vor, der sowohl die Sicherung der Sowjetunion, als auch die Sicherung Finnlands gegen Aggressionen vorsah. Angestachelt von Chamberlain und Daladier, und wahrscheinlich auch von Hitler, weigerte sich die finnische Regierung, einen solchen Vertrag mit der Sowjetunion abzuschliessen, trotzdem er fuer beide Teile von groesstem Vorteil gewesen waere. Die Sowjetunion musste deshalb, um ihre strategische Verteidigungsstellung gegen die Weltreaktion zu verbessern und dieser zu erschweren, Finnland als Einfallstor gegen Leningrad und Murmansk zu benutzen, ihre Forderungen durch den Einsatz der Roten Armee verwirklichen. Im Falle Rumaenien wie im Falle

Finnland war Hitler gezwungen, das Vorgehen der UdSSR zu dulden. Obwohl dieses Vorgehen der Sowjetunion gegen Hitler gerichtet war, konnte dieser natuerlich fuer sich auch gewisse Erfolge aus dem Pakt ableiten. Die Verantwortung dafuer lag jedoch auf Seiten der Chamberlain und Daladier und jener sowjetfeindlichen Arbeiterfuehrer, die sich ihnen angeschlossen hatten. Diese "antinazistischen Kaempfer" hatten zwar das Friedensangebot vom Oktober 1939 abgelehnt, aber sie dachten trotzdem nicht daran, nun auch ernstlich den Krieg gegen Hitler-Deutschland zu fuehren. Stattdessen errichtete Daladier mit Hilfe der Reaktion und der Sozialistischen Partei Frankreichs seine Diktatur, fuehrte den Kampf gegen die wirklichen Patrioten im franzoesischen Volke und bereitete den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Zu Beginn des Krieges liessen Daladier und Bonnet alle emigrierten deutschen Antifaschisten in Frankreich verhaften, in Gefaengnisse und Konzentrationslager sperren. Das gleiche Schicksal traf die emigrierten Linken aus der Tschechoslowakei, aus Oesterreich und anderen Laendern.

Noch ehe Daladier den Krieg an Hitler-Deutschland erklarte, hatte er die "Humanité", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, verboten, das seit Jahren die franzoesischen Volksmassen zur Verteidigung der Unabhaengigkeit Frankreichs mobilisiert hatte. Nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Paktes stellte die Daladier-Regierung die kommunistischen Abgeordneten in der Kammer, und in den Provinzial- und Gemeinderaten, die linksgerichteten Staatsbeamten und Gewerkschaftsfuehrer vor die Alternative, sich entweder gegen den Pakt auszusprechen oder ihr Mandat bzw. ihre Stellung und ihre Freiheit zu verlieren. Da sich die uebergrosse Mehrheit der kommunistischen Deputierten und Funktionare und auch viele andere linksgerichtete Politiker weigerten, ihre Ueberzeugung preiszugeben, entfesselten Eduard Daladier und Paul Faure eine allgemeine Hetze gegen die Fuehrer der franzoesischen Arbeiter und Bauern und gegen zahlreiche Angehoerige der franzoesischen Intelligenz. Damit zerschlug Daladier zugleich die Einheit des franzoesischen Volkes, die zur Abwehr der in Vorbereitung befindlichen Hitlerschen Aggression notwendig gewesen waere.

Auch aussenpolitisch war der sogenannte Kampf, den die Daladier- und die Chamberlain-Regierung gegen Hitler fuehrten, nur ein Scheinkampf. Besonders in Frankreich zeigte sich eine immer klarere Orientierung auf einen Krieg gegen die Sowjetunion. Die Absicht der englischen und franzoesischen Regierung, Truppen nach Finnland zu schicken und die Oelquellen von Baku anzugreifen, die Konzentration einer starken franzoesischen Armee in Syrien, die Versuche, die Tuerkei in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineinzureisen, sollten auch Hitler veranlassen, sich vom Westen abzuwenden und zu erkennen, das fuer ihn eine Teilnahme an dem Kreuzzug gegen die Sowjetunion "lohnender" waere. Einer der Hauptvertreter der Muenchener Politik, der fruehere Aussenminister und spaetere "Collaborationist" Pierre-Etienne Flandin stellte im Januar 1940 in einer Geheimsitzung der franzoesischen Kammer sogar den Antrag auf eine sofortige Kriegserklaerung gegen die Sowjetunion.

Hitler konnte jedoch, angesichts des staendigen Wachstums der militaerischen und wirtschaftlichen Macht der Sowjetunion, die indirekten Angebote Daladiers und Chamberlains zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion damals nicht annehmen. Hitler erkannte sehr gut die zersetzende Wirkung

der Daladier-Politik im franzoesischen Volke. Durch sie wurde er in seiner Auffassung bestaerkt, dass es fuer Nazi-Deutschland guenstiger waere, an dem in "Mein Kampf" niedergelegten Plan festzuhalten und den naechsten Stoss gegen die westlichen Laender zu richten. Der Angriff auf Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg im Mai 1940, der mit einem ausserordentlich schnellen Sieg der deutschen Wehrmacht endete, wurde durch die antibolschewistische Politik Daladiers und Chamberlains erleichtert.

Mit der Besetzung Daenemarks, Norwegens, Hollands, Luxemburgs und Frankreichs fand diese Etappe der nazistischen Aussenpolitik ihren Abschluss. Es waren nunmehr die Vertrauensleute des Aussenpolitischen Amtes Rosenbergs und die Agenten des Bueros Ribbentrop, die mit Hilfe der nazistischen Wehrmacht, der SS und der Gestapo in diesen Laendern die Macht ausueben und ihre Voelker unter den Terror der Hitlerschen "Neuordnung Europas" zwangen. In Frankreich waren es Philippe Pétain, Pierre Laval, Pierre-Etienne Flandin, Marcel Déat und Jacques Doriot, in Belgien Léon Dégrelle, in Holland Anton Mussert und in Norwegen Vidkun Quisling. Die Aussenpolitik Hitlers gegenueber diesen Laendern vereinfachte sich dadurch ganz ausserordentlich. Sie basierte auf den mit ihnen abgeschlossenen Vertragen, deren Ziel war, die Laender auszupluendern, ihre Bevoelkerung zur Sklaverei zu zwingen und sie der terroristischen Herrschaft einer Verraeterklique unterzuordnen.

## VOM WESTEN NACH OSTEN

Die Aussenpolitik Hitlers in der nun folgenden Epoche weist keine klare Orientierung auf. Das nazistische Vorgehen wird infolgedessen nur verstaendlich, wenn man zur Grundlage der Untersuchung nicht Hitlers Worte, sondern seine Taten nimmt. Diese Epoche begann mit der Kriegserklaerung Mussolinis an Frankreich und England. Sie endete mit dem Ueberfall Hitlers auf die Sowjetunion. Mussolini erklarte den Krieg an Frankreich und England am 10. Juni 1940 oder zehn Tage vor dem Waffenstillstand von Compiègne. An diesem Tage hielt Mussolini vom Balkon der Plaza di Venecia eine Rede, um den Eintritt Italiens in den Krieg zu begruenden. Auffallenderweise stellte Mussolini damals keine konkreten territorialen Forderungen auf. Stattdessen erklarte er: "Wir erheben die Waffen, nachdem wir das Problem unserer kontinentalen Grenzen geloest haben, um unsere maritimen Grenzen zu regeln. Wir wollen die territorialen und militaerischen Ketten sprengen, die uns auf unsere Insel beschraenken wollen; denn ein Land mit 45 Millionen Einwohnern kann nicht wirklich frei sein, wenn es ohne Zugang zum Ozean ist." \* Diese Drohung Mussolinis richtete sich gegen Frankreich, mehr aber noch gegen England. Sie schloss die Forderung auf Gibraltar, Tunis und den Suez-Kanal ein.

Der Waffenstillstands-Vertrag, den Hitler am 21. Juni 1940 der Vichy-Regierung diktierte, liess, trotz seiner Haerte, Raum fuer die Pétain, Laval, Déat und Doriot zur Kollaboration mit den Eroberern. Mussolinis Waffenstillstands-Vertrag mit der Vichy-Regierung, der ebenfalls von Hitler diktiert wurde, brachte nicht die Erfuellung der territorialen Forderungen des italieni-

\* "New York Times" vom 11. Juni 1940.



schen Imperialismus an Frankreich. Darin kam Hitlers Absicht deutlich zum Ausdruck, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich nicht noch mehr zu verschärfen, sondern auch Frankreich für seine zukünftigen Ueberfälle nutzbar einzusetzen.

Gegen wen aber sollten diese neuen Ueberfälle unternommen werden? Vorerst offenbar gegen England. Die militärische Katastrophe von Dünkirchen hatte England den grössten Teil seiner Tanks, Kanonen und Flugzeuge gekostet und auch seinem internationalen Ansehen sehr geschadet. Hitler war nach seinem schnellen Sieg über Frankreich überzeugt, dass England ebenfalls kapitulieren werde. Seine Voraussage, er werde am 14. Juni in Paris einziehen, hielt er zum Erstaunen der Welt ein. Warum sollte Goebbels nicht erklären, dass Hitler am 15. August in London die Waffenstillstands-Bedingungen diktieren würde? Die Welt war bereit, es zu glauben. In England selbst regten sich die Appeaser. Im Vatikan, in Madrid und in Rom suchten die Agenten Hitlers auf die englischen Botschafter Einfluss zu gewinnen. Hitlers Ziel war, die inzwischen in England gebildete Churchill-Regierung zu stürzen und ein zur Kapitulation bereitbes Kabinett zu formen. Deshalb hagelte es nur so an Drohungen mit der Invasion. In seiner Rede vor dem sogenannten Reichstag am 19. Juli 1940 richtete Hitler eine letzte Warnung an England. Aber schon in dieser Rede behauptete er nicht mehr, dass er am 15. August in London einmarschieren werde. Churchills kühle Antwort war: England sei bereit, den Krieg jahrelang zu führen. Es wehte nun ein anderer politischer Wind aus England, seit Churchill mit seiner Entschlossenheit zum Krieg gegen Hitler an die Stelle Chamberlains getreten war.

Hitler begann nunmehr seine militärischen Aktionen gegen die englische Insel. Die Luftangriffe auf London nahmen mit jedem Tage an Ausmass und Intensität zu. Trotz schwerer Verluste an Menschen und Material war aber die Moral des englischen Volkes nicht zu brechen. Auch gelang es Hitler nicht, die Luftüberlegenheit über England zu behaupten. Am 11. September 1940 gab Churchill im Unterhaus bekannt, dass einige hundert deutsche Transportschiffe nach den Häfen Nordfrankreichs unterwegs seien, und dass dort, wie auch von Norwegen aus, fiebrige Vorbereitungen für eine Invasion Englands im Gange waren. Die nächsten Wochen mussten vom englischen Volke als die wichtigsten in der Geschichte Englands betrachtet werden. In den darauf folgenden Tagen nahmen die Angriffe der Luftwaffe auf England noch weiter zu. Aber die Invasion erfolgte nicht. Hatte Hitler seine Absichten plötzlich geändert und was waren die Gründe dafür?

Nach Berichten aus der besetzten Zone Frankreichs wurden im August und September 1940 umfassende Vorbereitungen für den Angriff auf England getroffen. In den Küstengebieten Nordfrankreichs und in der Umgebung von Paris waren grosse Truppenmassen konzentriert. Die Offiziere und Mannschaften machten kein Hehl daraus, dass sie zur Landung in England in Bereitschaft lagen. Aber Hitler unterliess es, den Befehl dazu zu geben. Es waren die folgenden wichtigen politischen Gründe, die ihn letzten Endes davon abhielten.

Erstens: Weder das englische Volk, noch die englische Regierung zeigten gegenüber den Drohungen Hitlers und den Angriffen der Luftwaffe irgendwelche Schwäche. Stattdessen stieg mit der Verschärfung der Luftangriffe und dem Anwachsen der Zahl der Opfer zugleich die Entschlossenheit der

englischen Volksmassen zum Ausharren und zur Abwehr. Goerings Luftwaffe erlitt riesige Verluste über England. Hitler musste sich bald eingestehen, dass die Invasion Englands nicht mit den leichten Waffengängen in Polen, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich zu vergleichen war, sondern viel mehr Opfer an Menschen und Material und sehr viel Zeit zu fordern drohte. So wurde Hitlers Offensivarmee für Monate tatenlos im Westen festgehalten.

Zweitens: Hitler war sich klar geworden, dass selbst ein Sieg über England keinen besonderen Nutzen bringen und den Krieg nicht beenden werde. Er musste damit rechnen, dass sich die englische Flotte auf Basen in Kanada und im Mittelmeer zurückziehen und unter Umständen von dort aus ganz Europa blockieren konnte. Unterdessen sicherte die Sowjetunion ihre neuen Grenzen und stärkte ihre militärische Macht. Hitler fühlte sich, trotz seines Paktes mit Moskau, zwischen der Sowjetunion und England eingeklemmt. Auch eine erfolgreiche Invasion Englands konnte ihn nicht aus dieser Zange befreien; denn seine Beziehungen zu Amerika verschlechterten sich mit jedem Tage.

Drittens: Hitler war gezwungen, vorläufig zu vermeiden, dass seine Militärmacht einseitig im Westen oder im Osten festgelegt wurde. Er versuchte eine Politik zu betreiben, die geeignet war, England zu schädigen und einzuschüchtern, und die zugleich auch die Sowjetunion in Schach hielt. Aus diesem Grunde sagte er die Invasion Englands ab und wandte sich Südosteuropa, Nordafrika und dem Nahen Osten zu.

Nach Mussolinis Kriegserklärung an England hatten Ribbentrop und Graf Ciano Rumänien gezwungen, Teile von Transsylvanien an Ungarn und Teile der Dobrudscha an Bulgarien abzutreten, um diese beiden Länder fest an die Achse zu binden. Am 5. September 1940 ernannte König Carol II. daraufhin den General Ion Antonescu zum Diktator Rumäniens, der dieses Land endgültig in einen Vasallenstaat Hitler-Deutschlands verwandelte. Ungefähr zur gleichen Zeit drangen italienische Truppen von Libyen aus bis nach der ägyptischen Stadt Sidi Barani vor. Unter dem Einfluss dieses Sieges erklärte der spanische Innenminister Ramon Serrano Suñer am 17. September 1940, dass die nicht aktive Teilnahme Spaniens am Kriege nur vorübergehend sei. Und am 21. September unterzeichneten Deutschland, Italien und Japan einen neuen Bündnis-Vertrag. In diesem Vertrag erklärten Deutschland und Italien, dass sie die Führung Japans in der "Neuordnung" des Fernen Ostens anerkennen und respektieren. Japan dagegen erklärte, dass es die Führung Deutschlands und Italiens in der "Neuordnung" Europas ebenfalls anerkenne und respektiere. Die Regierungen der drei Länder verpflichteten sich gleichzeitig zur gegenseitigen Unterstützung in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht für den Fall, dass eines der drei Länder von einem anderen Lande angegriffen werde, das noch nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt sei.

Am 4. Oktober 1940 kamen Hitler und Mussolini am Brenner zusammen. Hitler entwickelte dort Mussolini seine Pläne auf dem Balkan, deren Realisierung dann sofort einsetzte. Am 8. Oktober besetzten nazistische Divisionen Rumänien, angeblich, um die Petroleum-Quellen zu "schützen" und am Aufbau einer neuen rumänischen Armee teilzunehmen. Am 19. Oktober unterzeichnete der jugoslawische Aussenminister Alexander Cincar Markovic einen neuen Handelsvertrag, der Nazi-Deutschland ganz ausserordentliche Vorteile sicherte. Am 22. Oktober verhandelte Hitler mit Laval, am 23. Oktober mit

Franco und am 24. Oktober mit Pétain ueber die Zusammenarbeit. Am 28. Oktober begann der Angriff der italienischen Truppen auf Griechenland.

Die Sowjetregierung verhielt sich gegenueber dieser Entwicklung nicht inaktiv. Sie forderte unter anderem eine Repraesentation auf der von Hitler und Mussolini zur Regelung der Balkan-Fragen gebildeten Donau-Konferenz. Am 14. Oktober machte die Sowjetregierung durch ein TASS-Telegramm die Feststellung, dass die Behauptung Hitlers, die Sowjetregierung sei ueber dessen Absicht, Rumaenien zu besetzen, informiert worden, nicht zutreffe. Die Sowjetregierung warnte dann Ungarn vor dem endgueltigen Anschluss an die Achse. Hitlers Expansion nach dem Balkan und nach dem Nahen Osten hin veranlasste die Sowjetregierung ausserdem, ihren Grenzschutz in den baltischen Staaten, in Bjelorusland und in Bessarabien wesentlich zu verstaerken.

Bald zeigte es sich jedoch, dass die Erfolge Hitlers und Mussolinis im Kampfe gegen England, auf dem Balkan, im Mittelmeer und in Nordafrika, nicht die Entscheidung herbeifuehren konnten. Wohl war Englands Situation im Mittelmeer schwierig geworden, besonders nach der Niederlage Jugoslawiens und Griechenlands. Aber Gibraltar, Suez, Aegypten, Iran und Irak befanden sich weiterhin fest in englischer Hand.

Doch auch das Kriegsglueck Mussolinis war nicht bestaendig: Nach anfaenglichen grossen Erfolgen verlor Mussolini ganz Abessinien und Eritrea an die Englaender und erlitt schwere Niederlagen in Libyen. Diese Niederlagen blieben nicht ohne politische Auswirkung. Sie veranlassten Franco zum Beispiel, sein Zoegern gegenueber dem aktiven Eingreifen in den Krieg weiter fortzusetzen. Auch die Zusammenarbeit mit Vichy-Frankreich wurde durch die Niederlagen beeintraechtigt. So war die Aussicht, England auf die Knie zwingen zu koennen, auch im ersten Viertel des Jahres 1941 nicht guenstiger geworden. Da Praesident Roosevelt am 11. Maerz 1941 durch die Unterzeichnung der Lend- und Lease-Bill zum Ausdruck brachte, dass sich Amerika fest mit England verbunden fuehlte, hatte sich das Kraefteverhaeltnis sogar zu Ungunsten der Achse verschoben.

Wer Hitlers aussenpolitische Taktik aufmerksam verfolgte, konnte bereits Ende 1940 erkennen, dass sich schon damals eine grundlegende Aenderung in dem weiteren Verlauf des Krieges vorbereitete. In den Reden, die Hitler Ende 1940 bis Mitte 1941 hielt, waren einige wichtige Besonderheiten zu finden. Hitler richtete zwar weiterhin die schaarfsten Angriffe gegen England. Dabei versuchte er jedoch immer zwischen den verschiedenen Stroemungen in den oberen Schichten Englands zu differenzieren und liess ihnen gegenueber durchblicken, dass eine Verstaendigung zwischen Deutschland und England jederzeit moeglich sei, und dass zwischen Nazi-Deutschland und Amerika keinerlei Gegensaeetze bestuehenden.

Auffallend war ausserdem, dass Hitler in allen diesen Reden die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht beruehrte. Stattdessen stellte er immer staerker die "Neuordnung Europas" in den Mittelpunkt seiner Ausfuehrungen. Schon am 1. Januar 1941 erklaerte er: "Ich bin ueberzeugt, dass 1941 das entscheidende Jahr fuer die grosse Neuordnung Europas sein wird... Und vor allem wird dieses Jahr dazu beitragen, die Grundlage fuer eine wirkliche Verstaendigung unter den Voelkern zu schaffen und damit die Versoehnung unter den Nationen sichern."

Was wollte Hitler mit diesen dunklen Andeutungen zum Ausdruck brin-

gen? Frankreich, Spanien, Ungarn, Rumaenien und Daenemark hatten sich fuer die "Neuordnung," Europas erklaert. Aber diese "Neuordnung" konnte letzten Endes doch erst nach Kriegsende wirksam werden. Sah Hitler also gar in dem Jahre 1941 das Jahr des Friedens? Der Frieden konnte doch nur durch eine Kapitulation Englands erreicht werden oder durch ein Kompromiss. Fuer einen Sieg Hitlers gab es keine Anzeichen. Rechnete er also mit einem Kompromiss-Frieden mit England? Auf welcher Grundlage dieses Kompromiss zustandekommen sollte, das war das grosse Geheimnis.

Heute ist laengst bewiesen, dass Hitler schon damals entschlossen war, die Sowjetunion zu ueberfallen. Er war ueberzeugt, dass der Feldzug gegen die Sowjetunion in wenigen Monaten durch die Vernichtung der Roten Armee und durch die Besetzung Moskaus, der Ukraine und des Kaukasus zum Siege gefuehrt werden koennte. Er rechnete damit, England zur Unterstuetzung dieses Unternehmens gewinnen zu koennen. Dies war das Geheimnis, das sich hinter den Worten Hitlers: "Ich bin ueberzeugt, dass 1941 das Jahr fuer die grosse Neuordnung Europas sein wird" verbarg.

Den Plan, die Sowjetunion zu ueberfallen, scheint Hitler nach dem Besuch des Aussenministers der Sowjetunion, W. M. Molotow, am 12. November 1940 in Berlin gefasst zu haben. Hitler schlug Molotow unter anderem vor, dass Russland ebenfalls grosse Einflussgebiete erhalten solle, wie sie fuer Deutschland, Italien und Japan auf Grund des Dreimaechte-Paktes vom 27. September in Aussicht genommen waren. Die fuer Russland bestimmten Gebiete sollten jedoch Gross-Britannien abgenommen werden, das vor dem Zusammenbruch stehe. Zum Beispiel wuerde er, Hitler, nichts dagegen haben, wenn die Sowjetunion sich ueber Iran, Afghanistan oder Indien einen Ausgang zu den Weltmeeren sichere. Es waere nuetzlich, wenn die Sowjetunion ihren Einfluss auf die Tuerkei geltend machen wuerde, um diese zu veranlassen, sich der Achse anzuschliessen. Diese Vorschlaege konnten fuer die UdSSR natuerlich niemals in Betracht kommen und wurden von Molotow strikte abgelehnt. Vom ersten Tage ihres Bestehens an war die Sowjetunion Gegner jeder imperialistischen Expansion. Daran aenderte auch ihre Haltung in der polnischen, baltischen und finnischen Frage nichts. Wenn die Sowjetunion West-Bjelorusland, die West-Ukraine, die baltischen Staaten und Bessarabien besetzte, so nahm sie damit nur die Gebiete in den Rahmen der Sowjetunion wieder auf, die der jungen Sowjetmacht im Jahre 1920 gewaltsam entrisen worden waren. Wenn sie Finnland zu einer kleinen Grenzberichtigung veranlasste, so nur aus einer dringlichen strategischen Notwendigkeit, um die Existenz der Sowjetunion zu sichern.

Als Molotow die Vorschlaege Hitlers ablehnte, wurde fuer Hitler endgueltig klar, dass er niemals mit einer Unterstuetzung der Sowjetunion zur Realisierung seiner rauberischen Plaene gegen England oder gegen irgendein anderes Land rechnen konnte. Damit aber musste ihm die Sowjetunion ueber Nacht als die unmittelbare und die groesste Gefahr erscheinen, die der Ausdehnung des Dritten Reiches entgegenstand, eine Gefahr, die aber vielleicht sogar mit Unterstuetzung Englands beseitigt werden konnte. So orientierte sich Hitler auf die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Als ersten Schritt dazu veranlasste er am 23. November 1940 Rumaenien, dem Pakt Berlin-Rom-Tokio beizutreten.

Von da ab koennen die Massnahmen, die Hitler zur Vorbereitung des

Kriege gegen die Sowjetunion auf militärischem und auch ausserpolitischem Gebiet unternahm, genau verfolgt werden. Sie hatten zum Ziel, der Wehrmacht den Rücken zu sichern und alle Laender Europas zur Allianz fuer den Kampf gegen die UdSSR zusammenzuschliessen. Paktabschluesse, militärische Niederlagen, Strafexpeditionen, diplomatische Konferenzen und militärische Siege loesten einander ab. Am 3. Dezember 1940 wurden in Albanien die italienischen Divisionen von der griechischen Armee geschlagen. Am 9. Dezember begann die englische Armee ihre Offensive gegen die italienischen Truppen in Aegypten und warf diese weit nach Libyen zurueck. Am 7. Februar 1941 besetzten die Englaender Benghasi. Am 1. Maerz wurde Bulgarien gezwungen, sich der Achse anzuschliessen und am gleichen Tage besetzten nazistische Truppen das Land. Am 25. Maerz 1941 schloss sich die jugoslawische Regierung der Achse an; aber am 27. Maerz erhob sich das jugoslawische Volk gegen seine verraeterische Regierung. Am 6. April unterzeichnete die neue jugoslawische Regierung einen Nichtangriffs-Pakt mit der Sowjetunion; aber am gleichen Tage liess Hitler seine Armeen in Jugoslawien einfallen. In der Zeit vom 6. bis 26. April wurden Jugoslawien und Griechenland niedergeschlagen. Im Mai attackierte Goerings Luftwaffe die englischen Industrie- und Hafestaedte Glasgow, Liverpool, Hull und London mit ganz ausserordentlicher Heftigkeit. Am 4. Mai hielt Hitler eine neue scharfe Rede gegen Churchill. Am 16. Mai erklarte sich Pétain in einer Radiorede fuer die Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland. Am 20. Mai erfolgte der nazistische Angriff auf Kreta. Am 31. Mai fiel Kreta. Am gleichen Tage erklarte Admiral Jean Darlan, dass Frankreichs Schicksal von nun ab untrennbar mit der "Neuen Ordnung" Europas verbunden sei und seiner Ansicht nach England den Krieg niemals mehr gewinnen koenne. Am 2. Juni trafen sich Hitler und Mussolini erneut am Brenner.

#### DIE MISSION RUDOLF HESS' IN ENGLAND

Inzwischen aber ereignete sich etwas, was die ungeheure Aggressivitaet Hitlers und Mussolinis gegen England und die Churchill-Regierung im Mai-Juni 1941 erst verstaendlich machte: Am 10. Mai 1941 bestieg Hitlers Stellvertreter, Rudolf Hess, auf dem Flugplatz in Augsburg eine Messerschmitt-Maschine 110, ausgeruestet mit einem vollstaendigen Sende-Apparat und mit genuegend Gasolin und flog nach England. Er landete in Schottland in der Naehede des Schlosses des Herzogs von Hamilton.

Der wahre Grund des Fluges von Rudolf Hess nach Schottland ist von der englischen Regierung nicht offiziell bekannt gegeben worden. Aber fuer jeden, der Hitlers politischen Glauben an die Zuendkraft seiner anti-bolschewistischen Losungen kannte, konnte der politische Sinn dieses Fluges nicht laenger verborgen bleiben. Spaeter wurden folgende Einzelheiten bekannt:

Hitler hatte Rudolf Hess als einen "Gesandten des Friedens" nach England geschickt. Seine Ankunft wurde von einigen Englaendern erwartet, und auf dem letzten Teil seiner Reise wurde er von einigen Flugzeugen der RAF begleitet. Hitler war Anfang 1941 zur Auffassung gelangt, dass er seinen "Heiligen Krieg" gegen die Sowjetunion nicht laenger aufschieben konnte. Sein Plan, vor seinem Angriff auf Russland erst England zu vernichten, war gescheitert. Es schien ihm nun ein leichter Ausweg, eine momentane Verstaen-

digung mit den Englaendern zu erreichen und seine ganze Kraft gegen die Sowjetunion zu werfen.

Bereits im Januar 1941 versuchte Hitler, die Stimmung in England zu ergruenden, um spaeter ein Friedensangebot zu machen. Er schickte eine Note, aber nicht an die englische Regierung, sondern an einflussreiche Persoenlichkeiten aus den Kreisen, die Anhaenger der Muenchener Politik waren, unter denen sich auch der Herzog von Hamilton befand, ein Mitglied der beruechtigten "Gesellschaft fuer englisch-deutsche Freundschaft" und die in neutralen Laendern erreichbar waren. Ein bekannter Diplomat uebernahm es spaeter, die Vorschlaege Hitlers, die im Namen der "nordischen Freundschaft" gemacht wurden, zu befoerdern. So war man ganz gut vorwaertsgekommen, und Hitler glaubte, schon auf neutralem Boden verhandeln zu koennen. Aber die Englaender lehnten das ab. Hitler erbot sich nun, einen bevollmaechtigten Delegierten nach England zu schicken. Dem stimmten die Englaender nach langem Zoegern zu. Der Gesandte Hitlers sollte, nach dessen eigenem Ermessen, eine Persoenlichkeit sein, die offiziell im Namen der deutschen Regierung sprechen und Verpflichtungen uebernehmen konnte. Die dazu geeignete Person war Rudolf Hess, Hitlers persoenlicher Freund und Nazi N° 3. Hess war zudem in Alexandrien (Aegypten) geboren und aufgewachsen, sprach fliessend Englisch und "kannte den englischen Geist."

In der Nacht des 10. Mai 1941 trat Hess schliesslich seinen Flug nach England an. Hitler und seine Verbindungsmaenner, die mit einflussreichen Appeasern zu korrespondieren glaubten, wussten aber nicht, dass sie mit dem militärischen Geheimdienst Englands verhandelt hatten, dessen Vertreter unter dem Namen Hamiltons und anderer Persoenlichkeiten der englisch-deutschen Gesellschaft aufgetreten waren. Schon das erste Schreiben, das dem Diplomaten anvertraut worden war, erreichte nie sein Ziel. Es wurde von dem englischen Geheimdienst abgefangen und von da ab war die Korrespondenz von englischen Agenten gefuehrt worden. Diese hatten verlockende Antworten nach Berlin gesandt, die Hitler in dem truegerischen Glauben bestaerkten, dass die Appeaser einflussreich genug waeren, Hitlers Angebot gegen Churchill durchzusetzen und diesen zum Ruecktritt zu zwingen.

In der Nacht des Fluges von Hess nach England wurde London heftig von deutschen Fliegern bombardiert. Ploetzlich wurde berichtet, dass an der schottischen Kueste ein unbekanntes Flugzeug aufgetaucht sei. Nach seiner Geschwindigkeit schien es ein Kampf-Flugzeug zu sein und flog nach Westen. Es kam der Befehl, das Flugzeug nicht zu beschliessen. Zwei "Hurricanes" wurden abgeschickt, es nicht aus dem Auge zu lassen. Hohe Offiziere verfolgten inzwischen auf der Karte den Flug. In der Naehede des Dorfes Paisley an der Westkueste angelangt, stoppten die "Hurricanes" ihre Meldungen. Das Flugzeug war niedergegangen.

In Lancashire, Schottland, bemerkte stattdessen der Bauer David McLean, wie ein Mann mit einem Fallschirm niederging. Mit einer Heugabel bewaffnet, lief McLean auf ihn zu und fragte: "Bist Du ein Nazi oder ein Freund?" Der Mann mit dem Fallschirm antwortete: "Ich bin kein feindlicher Nazi, sondern ein englischer Freund." Er hatte sich beim Fall den Knoechel verrenkt und litt anscheinend grosse Schmerzen. In der Kueche des Bauern gestand er, dass er aus Deutschland geflohen waere und den privaten Flugplatz des Herzogs von Hamilton suche. "Bitte, sagen Sie dem Herzog, dass Alfred Horn angekommen ist."

Inzwischen hatte sich ein "Empfangs-Komitee" auf dem Flugplatz des Herzogs von Hamilton versammelt. Es waren die Agenten des Geheimdienstes. Da Hess wegen Benzinmangels niedergehen musste, wurde der vereinbarte Plan gestoert und nur auf diese Weise erfuhr die Oeffentlichkeit vorzeitig von seinen Fluege.

Das "Empfangs-Komitee" holte nun den Gast aus dem Bauernhaus ab und fuehrte ihn nach Maryhill, in der Naeh von Glasgow. Dort erklarte er: "Ich bin gekommen, um die Menschheit zu retten. Mein Name ist Rudolf Hess." Er sagte weiter, dass einige vornehme Englaender ihn erwarteten.

Ivone Kirkpatrick, fruherer Sekretar der Englischen Botschaft in Berlin, war beauftragt, die Vorschlaege, die Hess zu machen hatte, der englischen Regierung zu uebermitteln, und Hess war noch immer, trotz der Abwesenheit Hamiltons, ueberzeugt, dass er mit dessen Beauftragten verhandelte. Hess trat Kirkpatrick gegenueber als der Sieger auf und brachte zum Ausdruck, dass England den Krieg verloren habe. Er spielte deshalb auch den Grosszuegigen. Seine wichtigsten Vorschlaege waren: Raerumung Frankreichs mit Ausnahme von Elsass und Lothringen; Deutschland erhaelt Luxemburg. Es raemt jedoch Holland, Belgien, Norwegen und Daenemark, Jugoslawien und Griechenland. Deutschland vermittelt zwischen England und Italien. England erklart als Gegenleistung seine Neutralitaet im Kampf Deutschlands gegen Russland.

Zur Begrueundung dieser Vorschlaege hob Hess besonders die Wichtigkeit der Mission Hitlers hervor: "Er rettet die Menschheit vor dem Bolschewismus". England und Frankreich aber muessten zum Arsenal des Kapitalismus gegen den "asiatischen Kommunismus" werden. Deutschland wuerde die volle Produktion der englischen Kriegsindustrie kaufen, bis England zur normalen Friedensproduktion zurueckgekehrt sei.

Zwei Tage lang erlaeuterte Hess seine Vorschlaege. Er wies darauf hin, dass Hitler die Gegenvorschlaege Englands erwarte und bereit sei, den "sinnlosen Krieg" mit einer Schwester-Nation zu beenden, um freie Hand fuer die Abrechnung mit dem Bolschewismus zu erhalten.

Hitlers Plan wurde dem Praesidenten Roosevelt uebermittelt. Dieser stimmte mit Churchill ueberein, dass die Vorschlaege abgelehnt werden muessten. London und Washington machten der Sowjetregierung nun eine vertrauliche Mitteilung ueber Hitlers Plaene, wie sie aus den Vorschlaegen von Hess ersichtlich wurden. Hess wurde von diesem Beschluss nicht benachrichtigt. Man liess ihn immer noch in dem Glauben, ueber die Annahme seiner Vorschlaege zu verhandeln. Als sein Fuss geheilt war, wurde er im Flugzeug nach London gebracht, wo er mit Lord Beaverbrook und Alfred Duff Cooper und anderen verhandelte. Churchill, lehnte es ab, ihn zu empfangen. Nachdem Hess alles gesagt hatte, was zu sagen war, wurde ihm mitgeteilt, dass seine Vorschlaege abgelehnt seien. Jetzt erfuhr er auch, dass der Geheimdienst die ganzen Verhandlungen mit ihm gefuehrt und dass Hamilton von seinem Flug erst erfahren hatte, als er in der Presse bekanntgegeben wurde.

Hess verlangte, nach Deutschland zurueckzukehren, da er als Friedensgesandter nach England gekommen sei und Recht auf freien Rueckflug habe. Die englische Regierung teilte ihm mit: er habe die Reise als Delegierter einer Gruppe von Privatpersonen angetreten und muesse deshalb als Kriegsgefangener betrachtet werden. Hess stuerzte nun aus seiner Siegerhaltung in eine tiefe Depressionsstimmung. Der "Herrenmensch", der "gute Kenner des englischen Geistes" verstand auf einmal diese englische Antwort und die Welt nicht mehr.

Das Scheitern der Mission Hess' in England wurde folgenschwer fuer Hitlers politische und militaerische Plaene. Der Kompromissfrieden mit England war gescheitert, aber auch die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion konnten von ihm bei der ganzen Lage der Dinge nicht mehr gestoppt werden.

Damit wurde alles klar. Die Aggressivitaet, die Hitler und Mussolini in der letzten Zeit England gegenueber gezeigt hatten, diente der Einschuechterung der Appeaser-Elemente. Die Mission des Stellvertreters des "Fuehrers" war es, den Appeasern einen rettenden Ausweg aus der schwierigen Situation zu zeigen, — und der sollte die Unterstuetzung des bevorstehenden Angriffes der nazistischen Armeen auf die Sowjetunion sein.

Hitler, der bald einsehen musste, dass die Mission von Hess gescheitert war, versuchte, die Welt ueber deren Hintergruende zu tauschen. Er liess Hess als Deserteur und Verraeter und schliesslich als einen Wahnsinnigen verleumden.

### DIE "HEILIGE ALLIANZ" GEGEN DEN BOLSCHEWISMUS

Das Scheitern der Mission von Rudolf Hess in England war das erste grosse Fiasko Hitlers im Kreuzzug gegen die Sowjetunion. Seine ganze verbrecherische Ueberheblichkeit, Leichtfertigkeit und Unfaehigkeit kam darin zum Ausdruck, dass er sich von Rosenberg und Ribbentrop wirklich hatte einreden lassen, die Welt warte nur darauf, Nazi-Deutschland die Buettel-Rolle gegen die Sowjetunion zu ueberlassen. In England und Amerika hatten sich jedoch auf Grund der schweren Erfahrungen seit der Niederlage Frankreichs, tiefe Aenderungen vorbereitet. Die Appeaser waren zurueckgedraengt worden und hatten an Boden verloren. Die Fuehrung dieser Grossmaechte lag fest in der Hand Churchills und Roosevelts. Beide hatten seit langer Zeit erkannt, dass nicht die Sowjetunion, sondern die Achse Berlin-Rom-Tokio das britische Imperium und den amerikanischen Kontinent bedrohten. Der Dreimaechte-Pakt vom 27. September 1940 hatte ja Hitler und Mussolini fuer Europa und Afrika und dem Mikado fuer den Fernen Osten und Amerika freie Hand gegeben. Auf wessen Kosten konnte sich aber Mussolini bereichern? Nur auf Kosten Englands und Frankreichs. Auf wessen Kosten konnte sich Japan bereichern? Nur auf Kosten Englands und Amerikas. Auf wessen Kosten konnte sich Hitler bereichern? Nur auf Kosten Englands, Frankreichs, Amerikas und der Sowjetunion. Hitlers hinterhaeltige, aber gleichzeitig unsinnige und verbrecherische Aussenpolitik fuehrte Deutschland so in die schlimmste Isolierung.

Die weitsichtige Politik Stalins hatte seit 1939 mit einer solchen Entwicklung gerechnet. Fuer Stalin war es klar, dass die Erfahrungen der Voelker des Westens die Voraussetzungen fuer die Wandlung des ganzen Charakters des Krieges, fuer die Fuehrung eines demokratischen Volkskrieges gegen den Faschismus, im Bunde mit der Sowjetunion, heranreifen lassen wuerden. So stand der kurzsichtige Hitler der einheitlichen Front zuerst Englands und der Sowjetunion, dann dem englisch-sowjetisch-amerikanischen Block gegenueber.

Als die nazistische Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Sowjetunion ueberfiel, erliess Hitler eine Proklamation an das deutsche Volk. Schon darin zog Hitler die Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der Mission von Hess. Jetzt schimpfte er ueber einen angeblichen sowjetisch-angelsaechsischen Block, der in dem jugoslawischen Konflikt deutlich zutage getreten sei. Im uebrigen log er: die Sowjetunion habe weitergehende Ansprueche an Rumaenien gestellt. Sie habe Finnland erneut ueberfallen, Bulgarien besetzen wollen und Flotten-Stuetzpunkte in

den Dardanellen gefordert. Am 17. und 18. Juni seien russische Patrouillen sogar in deutsches Territorium eingefallen und erst durch heftiges Feuer zurueckgetrieben worden.

Das alles behauptete Hitler, um diese Laender zur Teilnahme am Kriege gegen die Sowjetunion zu veranlassen. Er schloss seine Proklamation mit den Worten: "Es ist die Zeit gekommen, Schluss zu machen. Finnen, Deutsche und Rumaenen befinden sich in einer Front, die von der Arktik bis zum Schwarzen Meer reicht, im Kampfe gegen die juedisch-angelsaechsischen Kriegstreiber und gegen die Moskauer Bolschewisten vereint. Es handelt sich nicht mehr um den Schutz einzelner Laender, sondern um die Rettung Europas ueberhaupt."

Aber nach Hitlers Plan sollten sich an dem Kreuzzug gegen die Sowjetunion auch franzoesische, belgische, hollaendische, daenische, spanische, jugoslawische, ungarische, kroatische, slowakische, tschechische und bulgarische Truppen beteiligen. Doch nur Mussolini und Horthy schickten Divisionen; die Tuerkei beschraenkte sich auf den Abschluss eines Nichtangriffs-Paktes und auf die Lieferung von Rohstoffen. Die uebrigen Vasallen stellten nur einige nazistische Kampfverbaende zusammen. Die "Heilige Allianz" gegen die Sowjetunion war klaeglich gescheitert.

Seit dem Ueberfall Hitlers auf die Sowjetunion kann von einer Aussenpolitik des Nazismus kaum noch gesprochen werden. Was Hitler und Ribbentrop seitdem als ihre Aussenpolitik bezeichneten, war nichts weiter als Intrigen und internationaler Terror. Denn Hitler fand nun die Verhaeltnisse vor, deren Herbeifuehrung er in "Mein Kampf" geschildert hatte: Der Hundert Millionen-Block der Deutschstaemmigen in Mitteleuropa herrschte, kontrolliert von Hitler, Goering, Goebbels und Himmler, ueber Europa. Aber mit den Laval, Degrelle, Mussert, Quisling, Seyss-Inquart, Henlein und Konsorten trieben Hitler und Ribbentrop nicht Aussenpolitik, ihnen erteilten sie Befehle. Auch gegenueber den "Neutralen", wie Schweden, Schweiz und der Tuerkei waren aussenpolitische Foermlichkeiten kaum noetig. Ihnen gegenueber genuegte es, mit dem Saebel zu rasseln, um sie zu Konzessionen zu zwingen. Italien, Ungarn, Rumaenien, Bulgarien, Spanien und Finnland waren Mitglieder der Achse. Doch Hitler war ihr Fuehrer und Diktator. Auch sie hatten sich seinen Befehlen bedingungslos unterzuordnen.

In Wirklichkeit wurde nun die sogenannte Aussenpolitik des nazistischen Deutschland von Propagandaminister Goebbels betrieben. Seine Aufgabe war es, Geruechte und Luegen zu verbreiten, um die Alliierten Maechte gegeneinander zu manoevrieren und ihre Allianz zu zerst hoeren. Unzaehlige solcher Versuche hat es seit dem Pakt zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin gegeben. Die Goebbelsschen Argumente waren fast immer die gleichen: "Roosevelt und Churchill werden Stalin verraten; Stalin wird Churchill verraten; Churchill und Stalin werden Roosevelt verraten; Stalin und Roosevelt werden Churchill verraten. Deutschland ist der wirkliche Verteidiger der westlichen Kultur. Roosevelt und Churchill wollen die Herrschaft der internationalen Plutokratie ueber Deutschland errichten. Stalin will Europa und die ganze Welt bolschewisieren."

Ein wichtiges Thema fand Goebbels fuer seine Luegen-Propaganda in dem Problem der Zweiten Front. Er behauptete, Churchill und Roosevelt wollten keine Zweite Front in Europa schaffen. Ihr Ziel sei vielmehr, die Sowjetunion verbluten zu lassen. Wenn aber Churchill und Roosevelt doch die Absicht haben sollten, eine Zweite Front in Europa aufzurichten, dann wuerde es der Sowjet-

union auch nichts nuetzen; denn erstens wuerden die englischen und die amerikanischen Truppen erst kommen, wenn die Sowjetunion schon geschlagen sei und zweitens wuerde der Atlantik-Wall ihre Landung verhindern.

Goebbels beschraenkte sich jedoch nicht nur auf diese plumpen Manoever. Zuweilen unternahm er, gemeinsam mit Himmler, verbrecherische Massnahmen, die Tausende das Leben kosteten, und durch die das Buendnis zwischen Amerika, England und der Sowjetunion gesprengt werden sollte. Ein solches Verbrechen war zum Beispiel die Ermordung der zehntausend polnischen Offiziere und Soldaten bei Smolensk, die Himmler durch besondere SS-Kommandos vornehmen liess. Goebbels posaunte dann in die Welt hinaus, dass die GPU dieses furchtbare Verbrechen begangen habe. Es war Goebbels in diesem Falle sogar moeglich, die reaktionaere polnische Exilsregierung in London fuer seine Zwecke auszunuetzen.

Alle diese hinterhaeltigen Manoever verfehlten jedoch ihr Ziel. Die Konferenzen von Casablanca, Moskau und Teheran entlarvten sie als das, was sie waren: verbrecherische Illusionen einer ueberheblichen, leichtfertigen, verantwortungslosen, unmoralischen und bankrotten Naziklique.

Hitlers eigene aussenpolitische Massnahmen beschraenkten sich waehrend dieser Epoche im wesentlichen auf Hass-Reden gegen Churchill, Roosevelt und Stalin. Die Tatsache, dass es Hitler nicht gelungen ist, Churchill zu Fall zu bringen, dass Churchill das Buendnis mit Stalin schloss und dass Roosevelt diesem Buendnis beitrug, versetzte Hitler in einen dauernden, oftmals an Tobsucht grenzenden Erregungszustand. In seiner Rede am 1. Januar 1942 schrie er: "Die reaktionaeren Kapitalisten Churchill und Roosevelt haben sich mit dem Bolschewisten Stalin gegen Deutschland verschworen. Churchill und Roosevelt haben Europa an Stalin ausgeliefert. Und ich spreche jetzt im Glauben an eine hoehere Gerechtigkeit: das bolschewistische Ungeheuer, dem sie die europaeischen Nationen ausliefern wollen, wird sie und ihre Voelker dereinst selbst zerfetzen." \*

In seiner Rede vom 1. Februar 1942 bruellte Hitler: "Churchill ist unfaehtig, etwas zu leisten, eine schoepferische Tat zu vollbringen. Er kann nur zerst oeren. Sein Spiessgeselle im Weissen Haus ist ein armseliger Narr... Je mehr wir arbeiteten, je mehr wir in Ordnung brachten, je mehr wuchs ihr Hass gegen uns. Ich habe nach meiner Machtuebernahme versucht, mit England, Japan und Italien in ein enges Verhaeltnis zu treten. Aber die Englaender sahen in Deutschland einen Feind. Dass nicht Deutschland letzten Endes ihr Empire bedrohte, sondern dass dieses Empire ueberhaupt nur aufrecht zu erhalten war, wenn England die Verbindung zu Europa fand, wurde ihnen nicht bewusst. Sie kaempften gegen Europa bei jeder Gelegenheit. Und es war vor allem ein Mann, den ich schon mehrmals erwaehnte, Churchill. Jeder Versuch, an diesen Mann heranzukommen, scheiterte an seinem sturen "ich will einen Krieg haben". Um ihn stand eine Klique; es sind lauter Nullen." \*\*

In seiner Rede vom 27. April 1942 schimpfte Hitler wieder: "Seit Beginn der Machtuebernahme durch den Nationalsozialismus gibt es keine Phase, der Churchill nicht den Charakter einer Ermutigung zugesprochen hat und auch bis zur letzten Minute zusprechen wird. Dass uns England einst den Krieg erklart hat, war fuer ihn ein ermutigendes Zeichen. Dass sich andere gefunden haben, um sich fuer den britischen Egoismus auf die Schlachtbank f uehren zu lassen, war nicht minder ermutigend. Die Besprechungen zweier oder mehrerer

\* "Neue Zuericher Zeitung" vom 2. Januar 1942.

\*\* Baseler "National-Zeitung" vom 2. Februar 1942.

alliierten Generäle sind ebenfalls ermutigend wie eine Kaminplauderei des kranken Mannes aus dem Weissen Haus. Dass es General Mac Arthur fertig gebracht hat, von den Philippinen gerade noch zur rechten Zeit zu entkommen, war ebenfalls ein ermutigender Faktor. Genau so wie es ermutigend ist, wenn es zwanzig Engländern gelingt, mit geschwaerten Gesichtern und Gummisohlen, mit einem Floh-Sack an der von uns besetzten Küste ans Land zu gehen, um beim Erscheinen einer deutschen Streife wieder abzuhauen. Wenn eine Emigranten-Regierung, also eine Ansammlung von Nullen, eine Erklärung gegen Deutschland abgibt, dann wirkt diese ermutigend, genau so als wenn Herr Churchill die Vernichtung der deutschen Unterseeboote verkuendet oder von einer neuen Erfindung oder einer neuen Offensive oder einer Zweiten Front spricht.

Dagegen ist nun nichts zu machen. Jedes Volk hat seine Art von Ermutigungen. Ich zum Beispiel habe es einst als ermutigend angesehen, dass es uns gelang, binnen achtzehn Tagen den polnischen Staat wegzufügen, dass wir in Norwegen landen konnten und zwar nicht Nachts mit geschwaerten Gesichtern und Gummisohlen, sondern mit genagelten Bergstiefeln und dass wir Norwegen in kaum sechs Wochen restlos in unsere Hand brachten, dass es uns möglich war, in knapp sechs Wochen die französisch-britischen Armeen zu schlagen, in noch nicht einer Woche Holland und in knapp drei Wochen auch Belgien endgültig in unsere Gewalt zu bringen, die britischen Streitkräfte zu zerschlagen, gefangen zu nehmen, oder sie ins Meer zu treiben. Dass wir seit dem 22. Juni 1941 mit unseren Verbündeten die bolschewistische Gefahr von unserer Grenze tausend Kilometer weit zurückschlugen.” \*

Diese hemmungslosen Schimpfkanonaden Hitlers, die schon damals seinen unausbleiblichen Bankrott ankündigten, waren stets verbunden mit der feigen unwahrhaften Beteuerung: “Wir haben es nicht gewollt. Wir haben den Frieden vorgeschlagen. Wir haben nie etwas von England, Frankreich oder Amerika gefordert.”

Am 1. Januar 1942 jammerte Hitler: “Als Churchill im Juli und August 1940 meine Friedenshand unter empöremt Geschrei mit allen Zeichen des Abscheus zurüekwies, wurde er auf das Aeusserste unterstuetzt von Mister Roosevelt. Allein das Entscheidende fuer Mister Churchill war nicht die versprochene Hilfe amerikanischer Kriegslieferungen, sondern die Zusicherung des sowjetrusischen Kriegseintrittes... Das deutsche Volk wird es mir glauben, dass ich lieber den Frieden als den Krieg gewaehlt haette. Denn der Frieden umfasste fuer mich eine Fuelle beglueckender Aufgaben... So steht nunmehr eine gewaltige Front nationaler Staaten, die bis nach Ostasien reicht, im Kampfe gegen die juedisch-kapitalistisch-bolschewistische Weltverschwoerung.” \*\*

Am 27. April 1942 bettelte und drohte Hitler: “Ich weiss nicht, ob noch alle Englaender es heute als eine weise Tat ansehen werden, die zahlreichen Verstaendigungsmoeglichkeiten, die ich seit dem Jahre 1933 vorgeschlagen hatte, abgelehnt zu haben. Ob sie alle auch heute noch so ueberzeugt sind, dass es so klug war, meine Buendnisangebote, die ich noch am 1. September 1939 erneuert habe, auszuschlagen und meine Friedensvorschlaege nach dem polnischen und nach dem franzoesischen Feldzug zurueckgestossen zu haben. Ich kenne nun aber noch ein anderes Gebot. Es besagt, dass der Mensch das, was die Goet-

\* “Neue Zuericher Zeitung” vom 27. April 1942.

\*\* “Neue Zuericher Zeitung” vom 2. Januar 1942.

ter zum Fall bestimmt haben, selbst noch stossen soll. So wird denn also gesehen, was geschehen muss.” \*

Am 1. Januar 1943 jammerte Hitler gar: “Der Krieg wurde uns aufgezungen. Wir haben Frankreich, England oder selbst Amerika nicht das geringste getan. Wir haben von diesen Laendern nicht das geringste verlangt, was den Ausbruch dieses Krieges veranlasst haette. Ja, selbst jeder Friedensvorschlag, den wir waehrend des Krieges machten, wurde von diesen internationalen Kriegsverbrechern anders ausgelegt und nur als Schwaecher betrachtet.” \*\*

Am 30. Januar 1944 predigte und log Hitler: “Die Frage der Rettung Europas und der europaeischen Laender kann nicht allein durch das nationalsozialistische deutsche Volk und seine Armee geloest werden. Wenn aber das Reich niedergeschlagen ist, dann wird kein anderer Staat Europas in der Lage sein, der Invasion der Hunnen gegenueber Widerstand zu leisten. Das wissen die im Krenl sehr gut. Deshalb hat der Krenl aus weiser Voraussicht fuer die Zukunft im Falle des Sieges, die vollstaendige Ausrottung des deutschen Volkes vorgesehen. Dieses Ziel ist die offen zugestandene Absicht des internationalen Judentums... Um faehig zu sein, Deutschlands Existenz in Europa zu erhalten mit einer gewissen Chance auf Erfolg, war es notwendig, alle die Laender zu vereinigen, die entweder von Deutschen bewohnt wurden oder mehr als tausend Jahre zu Deutschland gehoerten. Damit sollte ein vom nationalen und oekonomischen Standpunkt aus einheitliches Land geformt werden, das unbedingt notwendig war fuer die Erhaltung des Reiches und fuer seine politische und militaerische Verteidigung.” \*\*\*

Aber es nuetzte alles nichts. Den Bankrott seiner Aussenpolitik konnte Hitler nicht mehr aufhalten. Unter den Schlaegen der Armeen der Vereinigten Nationen und der Gruppen der Untergrundbewegungen in den besetzten Laendern und in Deutschland selbst, begannen Hitlers Vasallenstaaten zusammenzubrechen. Zuerst gingen Libyen und Franzoesisch-Nordafrika verloren; dann folgten der Nordkaukasus, die Ukraine und Italien; dann Bjelorussland, Frankreich und Belgien, Rumaenien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und die baltischen Sowjetrepubliken. Ihnen folgten Holland, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Norwegen, Daenemark und schliesslich Oesterreich. Zugleich begann die Aufloesung des Dritten Reiches selbst. Hitler und seine Bande, die die Welt erobern und unterjochen wollten, werden auf ihr keinen Winkel finden, der ihnen Zuflucht und Sicherheit vor den Raechern bieten koennte.

## PRINZIPIEN EINER NEUEN AUSSENPOLITIK

Der Bankrott der nazistischen Aussenpolitik ist ein vollstaendiger geworden. Ihr Ziel war, zu verhindern, dass eine andere Militaermacht neben der deutschen in Europa aufkomme. Das Ergebnis aber war, dass die deutsche Wehrmacht zerschlagen und vernichtet wurde. Ihr Ziel war, die deutschen Nazis zu allmaechtigen Herren aller Voelker Europas zu machen. Ihr Ergebnis aber ist, dass die nazistischen Repraesentanten des furchtbarsten politischen Gangstertums fuer immer ausgerottet werden zum Wohle der Menschheit. Das Ziel der Aussenpolitik Hitlers war, dem deutschen Imperialismus die Hegemonie in Europa und in der Welt zu erobern. Ihr Ergebnis aber wird sein, dass die Thyssen,

\* “Neue Zuericher Zeitung” vom 27. April 1942.

\*\* “Neue Zuericher Zeitung” vom 2. Januar 1943.

\*\*\* “New York Times” vom 31. Januar 1944.

Krupp, Stumm, Haniel, Voegler, Goering, Siemens und Konsorten auch ihre Herrschaft ueber Deutschland verlieren werden.

Die werктаetigen Massen unseres Volkes — wir haben das schon vorher bewiesen — konnten und durften kein Interesse an den verbrecherischen Zielen der nazistischen Aussenpolitik haben. Aber viel zu viele von den Mittelstaendlern, den Bauern und unaufgeklaerten Arbeitern sind trotzdem auf Hitler und Goebbels hereingefallen und sehen heute noch in der Niederlage die Schaedigung auch ihrer Gegenwart und Zukunft. Sie glaubten an einen Sieg der groessenwahnsinnigen Machtplaene des Nazismus und seiner alldeutschen Hintermaenner. Auch waren sie ueberzeugt, dass sich die ganze uebrige Menschheit dem Diktat, den Drohungen, dem Terror einer verbrecherischen Monopolisten- und Gangsterbande beugen werde. Sie muessen nun das Gegenteil erfahren. Der Sieg der Aussenpolitik Hitlers, die den moerderischsten aller Kriege verursachte, haette nie zum Aufstieg unseres Volkes gefuehrt. Den Nutzen daran haetten die oberen Zehntausend, der neue nazistische Raub-Adel, die Kliken hoher Beamter und Offiziere gehabt. Fuer die werктаetigen Schichten Deutschlands aber wie fuer alle Voelker Europas waere ein Sieg Hitlers zur furchtbarsten Geissel geworden.

Wohl sind die Folgen der Niederlage fuer unser Volk schwer. Jahrzehntelange Muehe, Arbeit und Entbehrungen werden notwendig sein zur Heilung der tiefen Wunden, die der Nazismus den Voelkern Europas geschlagen hat, zur Wiedergutmachung und zum Wiederaufbau. Aber mag diese Muehe und Arbeit, moegen diese Entbehrungen noch so drueckend sein, niemals werden sie dem furchtbaren Entsetzen des Krieges gleichkommen. Durch die Niederlage wird das Tor aufgestossen zur Befreiung auch unseres Volkes von dem schrecklichen Terror der Himmler und Goebbels, von der taeglichen Todesgefahr, von Hunger und Sorge, die das Leben unter dem blutigen Nazisraus zur Hoelle gemacht haben.

Aber der Aufstieg zur wirklichen Freiheit, zu einem neuen Leben muss errungen werden. Auch wenn der Nazismus geschlagen ist, wird er den Kampf nicht aufgeben. Er wird versuchen, seine volksfeindlichen Ideen weiter zu verbreiten und den Sinn der neuen Freiheit zu verfaelschen. Darum ist die erste Voraussetzung eines neuen Aufstieges, dass sich gegen die bleibende nazistische Gefahr, gegen jeden Versuch einer neuen nazistischen Verhetzung, eine geschlossene ideologische Abwehrfront herausbildet, die sich nicht scheut, den Gegner mit eiserner Faust niederzuhalten. Um diese Front schaffen zu koennen, muss sich der gutwillige Teil unseres Volkes vor sich selbst Rechnung legen, worin seine Mitverantwortung fuer das furchtbare Geschehen der letzten Jahre besteht.

Die grosse Mehrheit unseres Volkes hat den Krieg nicht gewollt und verabscheut die begangenen Verbrechen. Aber trotzdem hat es sich mitschuldig gemacht. Die Ursache dafuer liegt sehr weit zurueck. Sie datiert schon seit der diktatorischen Formung des deutschen Volkes zur einheitlichen Nation durch Bismarck. Schon damals verwechselten breite Schichten des Mittelstandes, der Bauern, der Beamten und Angestellten sowie zurueckgebliebene Arbeiter die rauberischen Interessen der Bismarck und Krupp mit ihren eigenen. Seitdem wurden diese Schichten und sogar die klassenbewusste Arbeiterschaft von ihren Fuehrern fast ausschliesslich im Geiste des Nationalismus und der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit beeinflusst. Dadurch aber wuchs unter ihnen die Ideologie heran, die den ersten Weltkrieg, die Niederschlagung der Revolution 1918/19, die Entartung der Weimarer Republik und den Aufstieg Hit-

lers, wenn nicht moeglich machte, so doch erleichterte. So hatte es Hitler nur noetig, dort weiter zu bauen, wo die imperialistischen Architekten der Weimarer Republik aufhoeren mussten. Seit 1918 stand unser Volk unter dem Druck des ideologischen Terrors der Reaktion, und falsche, sich Demokraten nennende Fuehrer hinderten es, die Kraft und die Moeglichkeit zur wirklichen Selbstbesinnung zu finden. Aus diesen Verhaeltnissen erwuchs die furchtbare Mitverantwortung an dem Geschehen der letzten Jahre. Ihre Ursache ist die Oberflaechlichkeit, Gutglaebigkeit und Gedankenlosigkeit der Mehrheit unseres Volkes seinem eigenen Schicksal und dem der Brudervoelker gegenueber. Der groesste Teil unseres Volkes ueberliess es den Monopolkapitalisten und Grossgrundbesitzern, den kaefflichen Fuehrern der politischen Parteien, den dem Imperialismus dienenden Militaers, den hohen Kirchenfuersten und den politischen Gangstern à la Hitler, seine Geschicke zu entscheiden. Es war diese Gleichgueltigkeit und Gedankenlosigkeit der Mehrheit unseres Volkes, die es den Fuehrern der Weimarer Republik ermoeglichte, trotz tiefer innerer Interessenkaempfe, in der rauberischen aussenpolitischen Zielsetzung auch mit dem Nazismus einig zu sein.

Diese Zielsetzung aber war die gleiche zur Zeit des Kaiserreiches, zur Zeit der Weimarer Republik und zur Zeit des Hitler-Regimes. Sie wurzelte von jeher in ein- und derselben imperialistischen Ideologie. Niemals gab es infolgedessen eine prinzipielle Kritik an dieser imperialistischen Aussenpolitik von Seiten der Fuehrer der Weimarer Republik. Das zeigte sich noch einmal in der krassesten Form, nachdem Hitler die Macht uebernommen hatte. Als er vor dem Reichstag im Maerz und im Mai 1933 die Grundlinie seiner Aussenpolitik darlegte, sprachen ihm die Vertreter aller Parteien, von den Nazis bis zur Sozialdemokratie, ihre uneingeschraenkte Zustimmung aus. Nur der linke Fluegel der deutschen Arbeiterbewegung, die Kommunistische Partei, die linken Sozialdemokraten, gewisse fortschrittliche Kreise von Intellektuellen, Mittelstaendlern und Bauern waren es, die sich damals gegen diese unheilvolle Interessengemeinschaft erhoben und die Aussenpolitik des deutschen Imperialismus als kriegstreiberisch und rauberisch entlarvten.

Natuerlich haben die verfuehrten Massen unseres Volkes damals nicht erkannt, dass ihr Verhalten den Kriegstreibern das Handwerk erleichterte. Aber trotzdem sind die Leichtfertigen, Gutglaebigen, Desinteressierten und angeblich Unpolitischen nicht von der Mitverantwortung freizusprechen. Denken wir nur daran, dass es in Deutschland seit vielen Jahren keinen Menschen mehr gab, der nicht lesen und schreiben konnte, der nicht ueber die genuegende Bildung verfuegte, um sich, wenn er gewollt haette, ueber das Verhaeltnis seiner Regierung den Brudervoelkern gegenueber zu unterrichten. Es waren aber besonders die Mittelschichten, die Mehrheit der Intelligenz, die wohlhabenden Bauern, denen der Wille zur eigenen Erforschung der Wahrheit fehlte. Sie begnuegten sich damit, andere fuer sich denken zu lassen. Es war ja viel bequemer, den Darlegungen jener Herren zu lauschen, die sich als ihre Fuehrer aufspielten, die aber fast ausnahmslos dem Stabe der Monopolisten und Grossgrundbesitzer angehoeerten und die ihren Lohn dafuer erhielten, das Volk zu betraegen und irrezufuehren. Es waren nicht zuletzt diese Fuehrer, die dafuer sorgten, dass Hitler spaeter durch seine Tiraden von den "arischen Herrenmenschen", von der "Niedrigkeit der anderen Rassen", von der "herrlichen Zukunft unseres Volkes" die Massen betoeren und in willenslose Nachlauerer ihrer eigenen Verderber verwandeln konnte.

Das ist die Wahrheit, die niemand bestreiten kann, der bereit ist, sich ehr-

lich ueber sein eigenes Verhalten Rechenschaft abzulegen. Die Entschuldigung "ich habe es nicht gewusst" kann nicht anerkannt werden. Jeder haette sich Aufklaerung verschaffen koennen. In Deutschland waren zur Zeit der Weimarer Republik hunderttausende Menschen vorhanden, die ihre Zeit, ihre Stellung und ihr Leben daran setzten, um unser Volk vor dem Abgrund des Nazismus zurueckzureissen. Es gab Zeitungen, Broschueren, Buecher in riesigen Auflagen; es fanden unzaehlige Versammlungen statt, in denen jeder Aufklaerung finden konnte, der bereit war dazu beizutragen, die Wahrheit zu erforschen. Es gab Fuehrer, die entschlossen waren, sich an die Spitze der Volksmassen zu stellen, um sich dem heranziehenden, von den Trustherren und Grossgrundbesitzern heraufbeschworenen Verderben entgegenzuwerfen. Das alles aber wurde von grossen Teilen des deutschen Volkes in sturer Gleichgueltigkeit und Verblendung ignoriert. Und nicht nur das; Millionen zogen es vor, sich in Hitlers Praetorianergarden zusammenschliessen, um diejenigen, die sich gegen die Volksverderber erhoben, niederzuschlagen und auszurotten.

Worin aber besteht nun die Schlussfolgerung aus all dem Geschilderten? Die Aussenpolitik des komehenden demokratischen Deutschland darf nicht mehr das Monopol der Besitzenden und ihrer Agenten sein, sondern sie muss zur ureigensten Sache des Volkes werden. Es muss das Pflichtbewusstsein Einkehr halten, das jeden deutschen Buerger zwingt, sich auch mit der Aussenpolitik seiner Regierung zu beschaeftigen und um zu lernen, Nationalgefuehl vom reaktionaeren, volksfeindlichen Nationalismus zu unterscheiden. Eine wirkliche Volksmoral muss sich durchsetzen und jede Wiederholung einer Aussenpolitik unmoeglich machen, die nur darauf ausgeht, die Nachbarvoelker im Interesse des eigenen raeuberischen Imperialismus und Nationalismus gegeneinander zu manoevrieren, um sie um so sicherer auspluendern zu koennen, jener Aussenpolitik, die stets bereit ist, unser Volk der internationalen Reaktion zum Buetteldienst gegen die fortschrittliche Menschheit anzubieten,— der Aussenpolitik, die nichts dagegen einzuwenden hat, wenn reaktionaere Kliquen ihre eigenen internationalen Verbindungen anknuepfen, um den Krieg gegen fortschrittliche Laender vorzubereiten.

Noch wissen wir nicht, inwieweit die Teheran-Erklaerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Sowjetunion und Gross-Britanniens ihre Gueltigkeit auch fuer das deutsche Volk haben wird. Sicherlich wird es davon abhaengig sein, ob es dem deutschen Volk gelingt, zur eigenen Befreiung vom Joche des Nazismus aktiv beizutragen. Wir wissen auch nicht, was die Vereinigten Nationen zur Sicherung der Menschheit vor neuen Aggressionen von Seiten des deutschen Imperialismus als notwendig erachten und welche Nachkriegsverpflichtungen sie dem deutschen Volke auferlegen werden. Aber das eine ist schon heute sicher: Der friedliche Wiederaufstieg unserer Nation und ihre Wiedereinreihung in die grosse Familie der Voelker wird von ihr selbst und ihren freiheitlichen Fuehrern abhaengig sein. Die Beziehungen, die das deutsche Volk zu seinen, von dem nazistischen Deutschland so furchtbar misshandelten Brudervoelkern anzuknuepfen und zu unterhalten faehig sein wird, sind dafuer ausschlaggebend. Diese Beziehungen aber haengen von der kuenftigen Aussenpolitik unseres Volkes ab, die nur dann ernstlich dazu beitragen kann, der Welt den Frieden zu sichern, wenn sie mit dem hinterhaeltigen und raeuberischen deutschen Imperialismus der letzten 70 Jahre endgueltig bricht.

Unser Volk muss deshalb ruecksichtslos anerkennen, dass es seine Befrei-

ung von dem nazistischen Joch vor allem den heldenhaften Kaempfern der Armeen der Vereinigten Nationen verdankt. Es muss diese Erkenntnis, ungeachtet der Lasten des Friedens, kuenftig zur Grundlage seiner Aussenpolitik machen. Die neue Aussenpolitik unseres Volkes muss vor allem der Wiedergutmachung des Schadens dienen, der den Voelkern Europas durch die nazistischen Verbrecherbanden zugefuegt wurde. Es muss diese Wiedergutmachung selbst dem Wiederaufbau des eigenen Landes vorausstellen. Ein neues demokratisches Deutschland muss von dem wirklich kosmopolitischen Grundsatz ausgehen, dass die Erhoehung des Lebensstandards unseres Volkes, trotz der ihm zur Verfuegung stehenden industriellen Moeglichkeiten, nicht die Erhoehung des Lebensstandards der Voelker ueberfluegelt, die der Unterdrueckung durch den deutschen Imperialismus zum Opfer gefallen waren, solange die Wiedergutmachung der Kriegsschaeden nicht erfolgt ist.

Die prinzipielle Grundlage fuer die kuenftige Aussenpolitik unseres Volkes muss deshalb von dem freiwilligen und endgueltigen Verzicht auf den egoistisch-nationalistischen Standpunkt ausgehen, dass die in deutscher Erde lagernden Rohstoffe und die in Deutschland vorhandene Industrie ausschliesslich dem deutschen Volke gehoeren. Unser Volk muss vielmehr dahin wirken, dass im Interesse des Wiederaufstiegs Europas und des Wohlstandes seiner Einwohner alle Nachbarvoelker an der gemeinsamen Ausnuetzung der deutschen Kohle, des deutschen Stickstoffs, der deutschen Chemie und Technik gleichberechtigt teilnehmen koennen.

Die kuenftige deutsche Aussenpolitik darf infolgedessen niemals wieder zur Interessenvertretung deutscher grosskapitalistischer Monopole werden, die unter privater Herrschaft zur fortgesetzten Ausdehnung der eigenen Macht und damit zur Unterjochung des eigenen Volkes und der Nachbarvoelker draengen. Sie muss auf jeden Versuch verzichten, jemals wieder den Westen gegen den Osten, den Sueden gegen den Norden Europas auszuspielen und unser Volk als Buettel gegen andere Voelker anzubieten. Stattdessen muss die deutsche Aussenpolitik dazu beitragen, die Voelker Europas zur bruederlichen Zusammenarbeit auf einer Allen nuetzenden wirtschaftlichen und kulturellen Grundlage miteinander zu verbuenden.

Eine solche Aussenpolitik aber, die offiziell die Beziehungen zwischen unserem Volke und den anderen Voelkern der Erde auf einer uneigennuetzigen und bruederlichen Grundlage vermitteln soll, ist nur dann garantiert, wenn sie von Todfeinden der nazistischen Diktatur und jedes Imperialismus geleitet wird. Die neue Aussenpolitik hat also die endgueltige Ausrottung des deutschen Imperialismus als die entscheidende Voraussetzung. Diese muss durch die Zu-Ende-Fuehrung der demokratischen Revolution, die 1918 in Deutschland aufflammte und damals von den reaktionaeren Maechten im Keime erstickt wurde, erreicht werden. In ihrem Verlaufe muss die Nationalisierung der Grossindustrie, der Banken und des Grossgrundbesitzes, sowie die restlose Beseitigung des deutschen Militarismus erfolgen.



# WANDLUNGEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT UNTER DER HITLERDIKTATUR

## DER REICHSV ERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE PLANTE DEN RAUBKRIEG

Die raeuberischen Ziele der deutschen Industriebeherrscher waren von jeher klar und eindeutig. Schon zu der Zeit, als Gustav Stresemann nach allen Seiten hin Verstaendigungspolitik betrieben hatte, um den Monopolisten internationale Bewegungsfreiheit zu verschaffen, wurden diese Ziele propagiert. In einem Werke ueber wirtschaftliche Laenderkunde, das 1926 in vierter Auflage erschien, hiess es:

“Deutschlands Lage ist kontinentaler geworden. Es findet Uebersee verstaerkte Widerstaende gegen eine Betaetigung, die kulturelle Wueste Inner-Asiens hat sich an seinen verkleinerten Raum herangezogen. Europas Aufgabe ist es, dieses Halb-Asien zu organisieren, und niemand anderem kann die Hauptrolle bei diesem Werke zufallen als den Deutschen. . . Kraft der Stellung der Deutschen als oestlichster Vertreter europaeischer Hochkultur, kraft ihrer Vergangenheit als Kolonisatoren des Ostens, wird sich, allen politischen Winkelzuegen zum Trotz, das kultur-geographische Gesetz vom Drang nach dem Osten erneut erfuehlen und in dieser Erfuehlung liegt die staerkste Hoffnung fuer Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufstieg.”\*

Als im Jahre 1931 die Wirtschaftskrise zunahm, forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie Massnahmen von der Regierung Bruening “zur Beseitigung der Hemmungen, die der Belebung der deutschen Wirtschaft entgegenstehen”. Der Praesident des Reichsverbandes, der Chemiekoenig Dr. Karl Duisberg, bezeichnete den “staendigen Kaufkraftschwund” als die Ursache der Wirtschaftskrise und fuehrte diese auf den Umstand zurueck, dass die Regierung im Jahre 1929 mehr als 30 Prozent, 1930 mehr als 40 Prozent des deutschen Volkseinkommens fuer oeffentliche Zwecke in Anspruch genommen habe. Diese Summen waren fuer Beamtengehaelter, Erwerbslosen-Unterstuetzung, Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, und Zuwendungen an die Grossagrarien und Grossindustriellen verwandt worden, hatten in irgend einer Form den inneren Markt belebt und waren der Landwirtschaft und der Industrie zugutegekommen. Wenn Duisberg diese Ausgaben wahrheitswidrig als die Ursache der Wirtschaftskrise bezeichnete und gegen sie auftrat, wenn er im selben Atemzug die Herabsetzung der Loehne, der Gehaelter und der Sozialunterstuetzung forderte, so bewies er damit, dass der Reichsverband der deutschen Industrie gegen eine Erhoehung der Massenkaukraft ueberhaupt war. Sein Streben ging vielmehr dahin, diese noch mehr zu senken, und stattdessen die Kaufkraft der Regierung

\* Zitiert nach Dr. Hugo Hassinger, Professor an der Universitaet Basel “Das deutsche Reich”, 1926. (Beitrag zu “Andrés Wirtschaftliche Laenderkunde”.)

fuer Eisen, Stahl und Chemiewaren zu erhoehen, also fuer jene Produkte, die spaeter als Flugzeuge, Tanks, Kanonen, Kriegsschiffe, Munition, Befestigungswerke, Pulver, Sprengstoff und Giftgase im Raubkrieg Verwendung finden sollten.

In den Jahren 1931/32 wurde im Reichsverband der Deutschen Industrie eingehend die Schaffung eines europaeischen Wirtschaftsblockes diskutiert. Die Kirdorf Thyssen, Flick, Duisberg und Siemens glaubten, mit Hilfe eines solchen Monstre-Trusts sich des lothringischen Eisenerzes, der Kohle Belgiens und Hollands, der Stahlwerke West- und Zentraleuropas, der Kupferminen auf dem Balkan und des rumaenischen Petroleums, zugleich aber auch des europaeischen Absatzmarktes bis zum Nahen Osten hin und der finanziellen Reserven des europaeischen Kontinents friedlich bemaechtigen und die Stabilisierung der europaeischen Wirtschaft organisieren, sowie die Eroberung der Sowjetunion einleiten zu koennen.

Aber Frankreich und auch England wandten sich gegen diese Plaene, und lehnten schon den ersten Schritt auf diesem Wege, die deutsch-oesterreichische Zollunion, ab. Duisberg drohte daraufhin: "Waehrend im Suedosten die wirtschaftliche Vernunft ueber politische Starrheit zu siegen beginnt, werden im Westen zur Zeit die Stimmen der Einsicht und der Klugheit noch von dem Geschrei chauvinistischer Agitatoren uebertoenet. Die Voelker Mitteleuropas werden bald zu waehlen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine neue Zukunft aufbauen wollen, oder ob sie in ihrer Zerrissenheit eine willkommene Angriffsflaeche wirtschaftlich und politisch fremder Rassen und fremder Maechte bieten wollen. ... Wir Deutschen werden einen neuen Aufschwung nur mit einer Gemeinschaftsgesinnung erkaempfen koennen, die das Schicksal des Einzelnen zuruecktreten laesst und ueber alles das Wohl der Nation stellt." \*

Ungeachtet dieser hier nur angedeuteten Tendenzen der deutschen Industrie gibt es noch immer "antinazistische" Historiker, die ihre Lebensaufgabe in der Fuehrung des Nachweises sehen, die deutschen Grossindustriellen seien nicht Auftraggeber, sondern Opfer Hitlers gewesen.

Die nazistische Herrschaft hat sich trotz aller Terrormassnahmen nur zwei Jahre gehalten. Von den aeltesten und maechtigsten der Monopolisten, die sich 1933 Hitler als ihren politischen Geschaefsfuehrer erkoren, sind dennoch viele nicht mehr: eine Anzahl sind von der Buehne der Wirtschaft verschwunden, verstorben, ausgeschaltet, zurueckgetreten oder zu Vasallen von gierigen Parteibonzen geworden. Der Kohlenkoenig Emil Kirdorf, ein tueckischer Reaktionsnaer und schaeumender Anhaenger der Nazipartei, sowie Dr. Georg Emil von Stauss, der Generaldirektor der Deutschen Bank, der Diskonto-Gesellschaft und Vizepraesident des nazistischen Reichstages, starben eines unvermuteten Todes. Auch Dr. Karl Duisberg, Vorsitzender des Aufsichtsrates des I. G. Farbentrusts und des ehemaligen Reichsverbandes der Deutschen Industrie kann als Kriegsverbrecher nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden, ebenso wenig wie der Chef des Siemens Schuckert & Halske-Konzerns, Carl Friedrich von Siemens und der Mitbegruender der Vereinigten Stahlwerke Otto Wolff; der letztere segnete das Zeitliche, kurz nachdem Hitler ihn fuer seine "Ver-

\* Geheimrat Dr. Duisberg "Lebensfragen der deutschen Industrie", 1931 Muenchen. (Veroeffentlicht in dem Sammelbuch Dr. Karl Haushofers "Deutschland an der Zeitenwende".)

dienste" zum Wehrwirtschaftsfuehrer ernannt hatte. Gestorben ist ferner Florian Kloeckner. Abtreten mussten unter dem Druck der Nazis: der ehemalige Krupp-Generaldirektor, Aufsichtsratsmitglied des Thyssen-Konzerns und Hauptprotektor der Nazipartei, Dr. Alfred Hugenberg, sowie der splendideste Finanzier der Nazipartei, Staatsrat Dr. Fritz Thyssen und Herr Wilhelm Zangen, stellvertretender Vorsitzender der Mannesmann Roehrenwerke und Leiter der "Reichswirtschaftsgruppe Industrie", der Geheimrat Konrad von Borsig, Vorsitzender des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbaende, ebenso Peter Kloeckner, der allmaechtige Beherrscher des Kloeckner-Konzerns. Das Haupt des Krupp-Konzerns, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach hat seinem Sohn, einem aggressiven Nazi, die Geschaefte ueberlassen. Aber diejenigen, die weiterlebten, in Amt und Macht blieben oder an die Stelle der Verstorbenen und Abgesaegten traten, waren ihren Vorgaengern in jeder Hinsicht ebenbuertig an Skrupellosigkeit und Raubsucht.

### KRIEGSWIRTSCHAFT, MONOPOLISTISCHER STAATSKAPITALISMUS

Die deutschen Grossindustriellen, Grossgrundbesitzer und Generale hatten Hitler zu ihrem politischen Fuehrer erhoben in dem Bestreben, alle Kraefte zusammenzureissen fuer einen Kampf gegen ihren "aeusseren" und "inneren" Feind. Der aeuessere Feind war die auslaendische Konkurrenz, der innere die organisierte Arbeiterschaft, die fortschrittliche Intelligenz und der liberale Teil der Mittelschichten. Gegen den aeusseren Feind wurde die Wehrmacht benoetigt, deren Aufbau Hitler und Goering versprochen hatten. Gegen den inneren Feind stand die SA zur Verfuegung und ausserdem der Staatsapparat und die Polizei.

Anfang 1934 begann eine zielbewusste Umstellung der Gesamtwirtschaft auf Kriegsproduktion und damit die Verstaerkung der monopolistisch-staatskapitalistischen Tendenzen. Die fuehrenden Vertreter der deutschen Wirtschaft waren sich dieser Entwicklung sehr wohl bewusst und beschleunigten sie durch ihre wirtschaftspolitischen Massnahmen. Der geplante Krieg musste ein totaler werden, wenn er zur Ausrottung der Weltkonkurrenz fuehren sollte. Er wuerde viel kostspieliger sein als der erste Weltkrieg; denn Heer, Flotte und Luftwaffe mussten weit groesser und weit besser bewaffnet sein, als damals. Die Waffen wuerden das Vielfache an Rohmaterialien, an Maschinen und Menschenkraft benoetigen. Bald wuerde Mangel an Rohstoffen und an Arbeitskraeften eintreten. Aus all diesen Gruenden sollte der nazistische Staat in den Gang der Wirtschaft eingreifen, um der obersten und maechtigsten Schicht die erfolgreiche Vorbereitung und Durchfuehrung des totalen Krieges zu ermoeglichen.

Die Industrie arbeitete von nun ab immer weniger fuer den freien Markt. Schliesslich fuehrte sie fast nur noch Auftraege der Regierung aus, das heisst, von einer Warenproduktion fuer den freien Markt war keine Rede mehr, wenn man Aussenhandelsmonopol und Rationierung beruecksichtigt. Der deutsche Kapitalismus wurde zu einer besonderen Art der Volkswirtschaft, zum monopolistischen Staatskapitalismus.

Die staatskapitalistische Tendenz in der deutschen Wirtschaft hatte jedoch nicht erst mit der Aufrichtung des Naziregimes begonnen; sie hatte schon eingesetzt, als Ende des 19. Jahrhunderts der deutsche Kapitalismus in sein

hoechstes und letztes Entwicklungsstadium, den Imperialismus, uebergang. Von da ab wurden die Kartelle, Trusts, Monopole und Konzerne zum wahren Machthaber im Leben des Staates, und ihr Drang nach auswaertigen Maerkten, neuen Gebieten fuer Kapitalsausfuhr und neuen Rohstoffquellen unbezaehmbar.

Dieser Uebergang zum Monopolismus fiel mit den Ausbruch der allgemeinen Weltkrise des Kapitalismus zusammen, mit der chronischen Unmoeglichkeit, die Produktionskapazitaet der Betriebe voll auszunuetzen und die staendig wachsende Zahl der Arbeiter zu beschaeftigen. Die relative Stabilisierung in den Jahren 1924 bis 1928 milderte voruebergehend die Auswirkungen der allgemeinen Krise. Aber die technischen Rationalisierungsmassnahmen und die damit verbundene Intensivierung der Arbeit fuehrten eine weitere Erhoehung der Produktionskapazitaet herbei. Bald kam es zu einem neuerlichen akuten Ausbruch der allgemeinen Weltwirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen in der Industrie, der Finanz und im Agrarwesen. In diesen Krisen, die von 1929 bis 1933 anhielten, traten alle inneren Widersprueche des Kapitalismus mit einer bis dahin noch nie dagewesenen Schaeferne in Erscheinung.

In Deutschland hatten im Jahre 1929, der Zeit der Hochkonjunktur, die Industrie zur Produktion von Produktionsmitteln, das heisst, hauptsaechlich von Rohstoffen und Maschinen zu 68 Prozent, und die zur Produktion von Konsumtionsmitteln zu 67 Prozent ihrer Kapazitaet gearbeitet. Die Eisen- und die Stahlindustrie waren zu 80 Prozent beschaeftigt, die Werke zur Herstellung von Nichteisenmetallen zu 78 Prozent, die Maschinenindustrie zu 68 Prozent, die Textilindustrie zu 72 Prozent, die Phosphatindustrie zu 53 Prozent und die Nitrogenindustrie zu 51 Prozent. Im Jahre 1932, der Zeit der Depression, wurde die Industrie von Produktionsmitteln nur noch zu 30 Prozent, und die Produktion von Konsumtionsmitteln zu 45 Prozent ihrer Kapazitaet ausgenuetzt. Die Montanwerke arbeiteten zu 35 Prozent, die Nichteisenindustrie zu 35 Prozent, die Phosphatindustrie zu 40 Prozent und die Nitrogenindustrie zu 37 Prozent ihrer Kapazitaet.

Das zeigte, dass der deutsche Gross-Kapitalismus nicht nur zu einem Hemmnis fuer die weitere Entfaltung geworden war, sondern auch zu einem Hindernis fuer die volle Ausnuetzung der bestehenden Produktivkraefte. Diese historische Ueberlebtheit bildete den Keim fuer die nun auftretenden staatskapitalistischen Tendenzen. Die Gross-Kapitalisten zwangen die Regierung, den Konzernen, deren Bestand durch die Krise gefaehrdet wurde, Kredite und Subventionen zu gewaehren, und Unternehmen aufzubauen, die keine unmittelbaren Profite abwarfen. Aber diese Unternehmen erschienen zur militaerischen Aufruestung notwendig und sollten den privaten Gesellschaften Rohstoffe und Transportmittel sichern. Ausserdem wurde die Regierung veranlasst, den Aussenhandel durch Devisenverordnungen und Export-Praemien zu forcieren.

Unter dem Naziregime nahm die staatsmonopolistische Tendenz in der Wirtschaft ein besonderes Ausmass an. Drei Epochen zeichnen sich ab, die durch die Wirtschaftsfuehrer Hjalmar Schacht, Walther Funk und Albert Speer personifiziert wurden. Jede dieser drei Epochen fuehrte gewisse Wandlungen in dem Gefuege des deutschen Wirtschaftskolosses herbei, aber alle drei hatten staatsmonopolistischen Charakter. Es zeigte sich eine zunehmende Zentralisation und Konzentrierung des Kapitals. Zudem nahm das Gewicht der Staat und Partei gehoerenden Wirtschaftskonzerne gegenueber dem privaten Sektor der Industrie, des Transports und des Handels, trotz wiederholter Reprivatisierung

fortgesetzt zu. Auch bildeten sich immer neue Formen der "staatlichen Wirtschaftslenkung" heraus. Hunderttausende kleine und mittlere Industrie-, Handwerks- und Gewerbebetriebe starben ab. Die Mittelschichten gingen zurueck, das Proletariat nahm zu. Parallel damit lief ein ungeheures Aufblaeuen der staatlichen Buerokratie und der zu ihr gehoerenden bewaffneten Kraefte. Der Konkurrenzkampf aeusserte sich vornehmlich in Bewerbungen um Auftrags- und Rohstoffquoten, in Intrigen und Interventionen um Vorschuesse und Subventionen, in Privilegien ueber die Ausdehnung der einzelnen Konzerne.

Es gab Leute, die in den Jahren 1926 bis 1929 die Periode der relativen Stabilisierung als Gesundungsprozess bezeichneten und dem deutschen Kapitalismus einen ungeahnten Aufstieg und ein friedliches Umschlagen in den Sozialismus prophezeiten. Spaeter fanden diese "Sozialpolitiker" gar in den Wirtschaftsmassnahmen der Nazis sozialistische Tendenzen und polemisierten heftig gegen jene, welche die Tendenz als eine pure Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion erkannt hatten und als Profitsicherung fuer die Finanzkapitalisten. Allerdings stellte, wenn auch durchaus ungewollt, dieser Staatskapitalismus die vollstaendige materielle Vorbereitung fuer den Sozialismus dar, insofern, als es zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und der sozialistischen Wirtschaftsform "auf der historischen Stufenleiter keine Zwischenstufe mehr gibt". "Die Dialektik der Geschichte ist eben so" — sagte Lenin — "dass der Krieg, indem er die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen ungeheuer beschleunigt, gerade dadurch die Menschheit dem Sozialismus ausserordentlich naeher gebracht hat." \*

#### REICHSBANKPRAESIDENT UND REICHSWIRTSCHAFTSMINISTER HJALMAR SCHACHT

Schacht, 1877 in Schleswig geboren, war im ersten Weltkrieg Finanz-Dezernent des deutschen Generalgouvernements Belgien. Er errichtete in Bruessel die Deutsche Notenbank und war fuehrend an der Auspluenderung dieses okkupierten Landes beteiligt. Da er auch Direktor der Dresdner Bank war, konnte Schacht nun seine amtliche Funktion dazu benuetzen, dieser Bank die gegen deutsches Kriegs-Papiergeld zwangsweise eingetauschten, goldgedeckten, belgischen Banknoten auszuliefern. Schliesslich wurde der Skandal so gross, dass Schacht, der an diesen Devisenschiebungen schwer verdiente, aus dem General-Gouvernement hinausflog. Sein enger Mitarbeiter bei diesen Betrugereien war der Schwiegersohn Krupps, Freiherr Tilo von Wilmowsky. Schachts spaetere enge Verbindungen zu Krupp sind mit auf diese Beziehung zurueckzufuehren.

Im Jahre 1915 wurde Schacht unter dem Bankier Jakob Goldschmidt Direktor der Deutschen Nationalbank und spaeter auch der Darmstaedter Bank. Nach 1918 schloss er sich der Deutschen Demokratischen Partei an. Nun fand er oeffter als Vertreter der Weimarer Regierung Verwendung bei den Reparationsverhandlungen. Im Jahre 1923 ernannte ihn der Reichspraesident Friedrich Ebert zum Reichswaehrungskommissar und stellte ihm die Aufgabe, der Inflation entgegenzutreten. Anfang 1924 trat der Reichsbankpraesident Alfred Havenstein zurueck und Schacht wurde sein Nachfolger. Er stabilisierte nunmehr die Waehrung, ohne ueber eine wirkliche Deckung fuer die neu herauszugebenden Noten zu verfuegen.

\* Lenin "Saemtliche Werke", Band XXI, Seite 234/35.

Wegen seiner Stabilisierungs-Massnahmen wurde Schacht damals von den Nazis heftig angegriffen. Der Nazifuehrer Ernst Piechottka nannte ihn den "Vater der groessten Volksbetrueger und den Urheber der radikalsten Volksausbeutung aller Zeiten." \* Rosenberg bezeichnete Schacht als einen der dreissig Novembervereblicher und warf ihm vor, fuer seine Reise nach Amerika 40.000 Mark an Spesen liquidiert zu haben. \*\* Aber bald aenderte sich die Stellung der Nazis Schacht gegenueber; denn dieser gab der Hitler-Bewegung durch seine Finanzpolitik viele wichtige Anregungen fuer ihre Propaganda.

Am 13. Juli 1927 fuehrte Schacht Massnahmen zur angeblichen Eindaeumung der Auslandskredite durch, die alle Aktienkurse fallen liessen und verursachte so an den deutschen Boersen den "Schwarzen Freitag". In Wirklichkeit war der Schritt Schachts nur Bluff. Die Leiter der grossen Aktiengesellschaften und die Grossaktionaeere waren ueber das Vorhaben Schachts rechtzeitig informiert worden und hatten so die Moeglichkeit, auf Kosten der kleinen Aktienbesitzer profitable Spekulationen zu machen. Die Kapitaleinfuhr nach Deutschland ging ungestoert weiter. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika betrug sie in den Jahren 1928 und 1929 allein rund 5 Milliarden Mark.

Im Jahre 1929 fuehrte Schacht die Young-Plan-Verhandlungen, weigerte sich aber, einen Rat Kirdorfs und Thyssens befolgend, dann den Young-Plan zu unterzeichnen. Die Schwerindustriellen hatten naemlich beschlossen, die Nazipartei zu finanzieren, eine Diktatur-Regierung zu errichten und durch Wiederaufruestung und Raubkrieg die Schwierigkeiten des deutschen Monopolismus zu ueberwinden. Schacht schloss sich diesen Bestrebungen an, trat im Februar 1930 als Reichsbankpraesident zurueck, nicht ohne sich eine Abfindung von ueber einer Million Mark auszubedingen und bereitete sich nun als internationaler Wanderredner fuer Hitler auf den "Aufbruch der neuen Zeit" vor.

Anfang 1933 war es so weit. Reichskanzler Hitler ernannte seinen treuen Schacht, — von dem Goebbels schrieb, er sei der einzige Finanzmann, der fest zum Fuehrer stehe, — an Stelle Dr. Hans Luthers zum Reichsbankpraesidenten. Damit legte Hitler die wichtigste wirtschaftliche Schlüsselposition des Dritten Reiches in Schachts Haende. Der Wirtschaftsminister des Dritten Reiches, Dr. Alfred Hugenberg wurde von dem Generaldirektor des Allianz-Versicherungskonzerns Dr. Kurt Schmitt abgeloeset. Als dieser am 30. Januar 1935 ebenfalls zuruecktrat, uebernahm Schacht auch die Leitung des Wirtschaftsministeriums. Finanzminister war Graf Lutz von Schwerin-Krosigk, Ernahrungminister Dr. Walter Darré und Arbeitsminister Franz Seldte. Schwerin-Krosigk und Darré hatten dem Beamtenstab der Weimarer Republik angehört; der erste als Staatssekretaer im Finanzministerium, der zweite in der eigenartigen Funktion eines Landwirtschafts-Attachés bei der Deutschen Gesandtschaft in Helsingfors.

Hitler haette kaum einen Finanzfachmann finden koennen, der gerissener und skrupelloser gewesen waere, und der ueber so grosse Erfahrungen in zweifelhaften Finanzgeschaeften verfuegt haette wie Schacht. Tatsaechlich war alles, was Schacht unternahm, wohlueberlegter Betrug. Schacht vollendete die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Kriegsproduktion und fuehrte solcherart jene Konjunktur herbei, die im Ausland oft das "deutsche Wirtschaftswunder" genannt wurde. Schacht und seine Helfershelfer kombinierten Lohn-

\* Ernst Piechottka im "Voelkischen Kurier" vom 22. Juni 1925.

\*\* Alfred Rosenberg "Dreissig November-Verbrecher", Berlin 1927.

raub, (von Hitler als Lohnstabilisierung bezeichnet), Preissteigerungen, (von Hitler als Stabilisierung hingestellt) mit Auspluenderung der werktuetigen Bevoelkerung, (von Goering als Massnahmen zur spartanischen Ertuechtigung bezeichnet). Diese spartanische Ertuechtigung bestand in der Erhoehung von Steuern und Abgaben, Vergroesserung des Notenumlaufes, Aufnahme von kurz- und langfristigen Anleihen ohne Deckung, progressiv ansteigenden Staatsauftraegen an die Grossindustrie, Ueberweisung unbeschraenkter Staatskredite an diese, staatliche Kontrolle und "Lenkung" der Gold- und Devisenwirtschaft und der Ein- und Ausfuhr, schliesslich in der Einfuehrung des internationalen Tauschhandels unter Ausschaltung von Gold und Devisen.

Von nun ab blieb die Produktion von Verbrauchsguetern weit hinter der Produktion von Produktionsguetern zurueck. 1928 als hundert gerechnet, war das Verhaeltnis im letzten Viertel des Jahres 1937 wie 106 zu 131. Aber nicht nur in den Produktionsguetern, sondern auch in den Konsumguetern waren viele Kriegsprodukte enthalten, sodass der Rueckgang der fuer den Massenkonsum und fuer die Ausfuhr bestimmten Produktion tatsaechlich noch groesser war.

Die Schacht-Epoche der deutschen Kriegswirtschaft dauerte von 1933 bis 1937. In ihrem Verlaufe wurden von der Hitlerregierung 46 Milliarden Mark fuer die Wiederaufruestung ausgegeben. Im Jahre 1933 waren 6 Prozent, im Jahre 1937 dagegen schon 22 Prozent des Volkseinkommens fuer die Kriegsproduktion verwendet worden.

## WIE SCHACHT DIE AUSPLUENDERUNG VON GENERATIONEN ORGANISIERTE

In wirtschaftlichen Dingen vermied es Hitler, sich durch eindeutige Erklaeerungen festzulegen. Wiederholt betonte er, dass der Nationalsozialismus bewusst auf eine Wirtschaftstheorie verzichte, alles nur der inneren Dynamik der oekonomischen Entwicklung ueberlasse und nur immer das unternehme, was jeweils als notwendig erorscheine. Das klang sehr weise und geheimnisvoll, besonders fuer den theorienfeindlichen Spiesser. In Wirklichkeit war das nur Schaumschlaegerei und sollte den Volksmassen verschleiern, dass der Nationalsozialismus auch wirtschaftlich immer das unternahm, was den reichsten, aggressivsten und raeuberischsten Monopolisten nuetzte.

Schacht war der Mann, der stets wusste, was in dieser Richtung jeweils zu tun war. Den Arbeitern zog er das Fell ueber die Ohren. Die "Betriebsfuehrer" erhielten uneingeschraenkte Befehls- und Strafgewalt gegenueber den "Gefolgschaften". Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen entschieden die sogenannten "Treuhaender der Arbeit", die alle selbst "Betriebsfuehrer" oder Vertreter von Unternehmerverbaenden, hohe Beamte oder ehemalige Freikorpsfuehrer waren.

Am 25. Juni 1938 gab Goering eine Anordnung heraus, betitelt "Durchfuehrung der Reichsverteidigung", in der er die Aufgaben der Treuhaender der Arbeit wie folgt umriss: "Die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ueberwachen und alle Massnahmen zu treffen, um eine Beeintraechtigung der Wehrhaftmachung und die Durchfuehrung des Vierjahresplanes durch die Entwicklung der Loehne und der sonstigen Arbeitsbedingungen zu verhindern. und jeden zu zerschmettern, der sich widersetzt."

Jede, die Lage der Arbeiter beeinflussende Massnahme des Hitlerregimes, mochte sie noch so sozial und arbeiterfreundlich scheinen, diente dazu, die Loehne zu druecken, den Massenkonsum einzuschaercken, Arbeitereinkommen zur Finanzierung der Kriegsproduktion heranzuziehen und die werktaetige Bevoelkerung immer rechtloser zu machen. Mit zynischer Offenheit und witzig sein wollend, schilderte das Berliner Organ der Deutschen Arbeitsfront, der "Angriff" am 2. Mai 1938 den wirklichen Charakter der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik: "Bei uns werden die Leute hergenommen", — hiess es dort — "dass die Schwarte kracht. Ueberstunden gehoeren zu den Selbstverstaendlichkeiten, und wer abends aus dem Fabrikort kommt, merkt an seinen Knochen, wie viel Kraft er wieder dahinter gelassen hat. Sind wir nicht vielleicht doch Arbeiterschinder? Gestreikt wird nicht mehr. Dieses alte Schwert des Klassenkampfes ist zu Stuecke gebrochen. Kuendigen, wegziehen, wandern verhindert der Vierjahresplan, der die Freizuegigkeit eingeschaerckt hat. Ist das vielleicht keine Arbeiterschinderei? Die Demonstrationsfreiheit ist genommen; es gibt kein Koalitionsrecht mehr, und was nicht nationalsozialistisch abgestempelt ist, verfaellt von vornherein dem Gesetz. Die Betriebsraete sind abgeschafft, und die Tarife werden nicht mehr ausgehandelt, sondern beschlossen. Die Betriebsfuehrer haben wieder Herrenrechte, verdienen gut und brauchen trotzdem die Loehne nicht zu steigern."

Nach den nazistischen Statistiken sind die Loehne der deutschen Arbeiter in den Jahren 1933 bis 1937 stabil geblieben oder sogar gestiegen. Aber diese Statistiken, auch wenn sie nicht gefaelscht waeren, verschleierten nur die wirklichen Verhaeltnisse. Wenn auch die Loehne im Jahre 1937 nominell noch die gleichen waren wie 1933, so war deren Kaufwert doch wesentlich gesunken. Sie wurden ausserdem durch die Erhoehung der Lohnabzuege gesenkt. Auch unter der Weimarer Republik wurden Lohnsteuer, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherungsbeitraege vom Einkommen der Arbeiter und Angestellten in Abzug gebracht. Sie betrugten in der Regel 10 bis 15 Prozent. Hitler und Schacht fuehrten darueber hinaus noch neue Abzuege ein: die Arbeitslosenhilfe, die fuer den Bau von Autobahnen, Kasernen und Befestigungen verwendet wurde. Arbeitslosenversicherungsbeitraege mussten auch noch entrichtet werden, als der Arbeitsmangel laengst durch den Arbeitermangel abgeloeset worden war. Jeder Arbeiter und Angestellte musste ausserdem Beitrage fuer die Deutsche Arbeitsfront, fuer die Organisation "Kraft durch Freude", fuer die "Winterhilfe" und fuer den Luftschutz zahlen. Diese Beitrage kamen einer weiteren 10 bis 12-prozentigen Lohnkuerzung gleich. Die Gesamtsumme der Loehne und Gehaelter betrug im Dritten Reich in den Jahren 1933 bis 1937 nach den statistischen Angaben 83 Milliarden, davon gingen 16,6 Milliarden oder 20 Prozent als Abzuege ab. Die Lebenshaltungskosten stiegen in den Jahren 1933 bis 1937 um rund 6 Prozent. Dadurch wurde der Kaufwert der Gesamtlohnsumme um 4,38 Milliarden Mark gekuerzt. Die Verminderung der Gesamtlohnsumme durch Abzuege und die Senkung ihres Kaufwertes betrug somit in der Schacht-Epoche 21 Milliarden Mark oder 25 Prozent. Ein Arbeiter, der einen Wochenlohn von 40 Mark hatte, erhielt in Wirklichkeit nur 30 Mark nach dem Kaufwert von 1933 gerechnet, obwohl seine individuelle Arbeitsleistung um mehr als zwanzig Prozent stieg.

Hitler und Schacht "lenkten" auch die Verwendung des Lohneinkommens, um den Verbrauch an Konsumguetern einzuschaercken und zusaetzliche

Rohstoffe fuer die Kriegsproduktion freizumachen. Ferner sollte dadurch ein Teil des Lohn- und Gehaltseinkommens direkt in die Ruestungskasse der Regierung fliessen. Die "Kraft durch Freude"-Gemeinschaftsreisen erhoeheten die Einnahmen und Ueberschuesse der Reichsbahn A.G. Die "Kraft durch Freude"-Unterhaltungsabende fuellten die staedtischen und staatlichen Theater. Der Ueberschuss floss in die Haende der nazistischen Behoerden. Die "Kraft durch Freude"-Beitraege wurden zum Bau von Seetransportschiffen verwendet. Die Ausnuetzung dieser KdF-Schiffe fuer militaerische Zwecke plauderte die "Frankfurter Zeitung" am 9. Juni 1939 in einem Artikel "KdF-Fahrten" aus. Darin hiess es: "Mit den schoenen hochbordigen KdF-Schiffen sind die deutschen Spanienkaempfer in die Heimat befoerdert worden, alle auf einen Schlag... Es haette wohl auch in den Privat-Reedereien nicht ohne weiteres die genuegende Zahl von Betten fuer einen nur auf kurze Zeit verteilten Truppentransport bereitgestellt werden koennen." Im Kriege gegen Norwegen spielten diese Schiffe eine noch groessere Rolle.

Einer der grossten Schwindel zur "Lenkung" des Verbrauches der Loehne und Gehaelter der Arbeiter und Angestellten war aber der sogenannte vom dem Professor Ferdinand Porsche konstruierte "Volkswagen" der Deutschen Arbeitsfront. Mitte 1937 begann diese zu verbreiten, dass sie in dem Ort Fallersleben bei Hannover Volkswagen bauen lasse. Fuer 1940 sei eine Produktion von 100.000 Volkswagen, fuer 1942 eine solche von 450.000 und fuer 1945 eine solche von 1.500.000 vorgesehen. Das Kraftwerk werde mit Maschinen von 70.000 PS ausgestattet und 46 Meter hoch sein. Die vier Montagehallen des Werkes sollten ein Ausmass von je 250 Meter Laenge und 40 bis 80 Meter Breite haben. Sie sollten 12 Meter hoch sein. Auch eine eigene moderne Hafenanlage am Mittellandkanal sei in Aussicht genommen worden. "Jeder Deutsche sein eigenes Auto!" so lautete die Parole.

Am 1. August 1938, als Hitler, Goering und Goebbels laengst mit einem Krieg in naher Zukunft rechneten, hielt der Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley im Werk Leverkusen der I. G. Farben vor den Arbeitern eine Rede: "Frueher sagten die roten Hetzer: Seht, da faehrt der reiche Generaldirektor in seinem Wagen. Heute lachen unsere Arbeiter. Lasst die nur, es dauert nicht mehr lange, dann haben wir unseren Volkswagen, der viel besser ist als der vom Generaldirektor". Und dann playdierte erdafuer, dass die Arbeiter und Angestellten fuer einen Volkswagen sparen sollten. Der Kaufpreis betrage 990 Mark, die geringste Teilzahlung sei 5 Mark pro Woche oder 65 Mark pro Vierteljahr. Wer einen Volkswagen erwerben wolle, muesse demnach 198 mal fuenf Mark pro Woche einzahlen. In Ausnahmefaellen wuerden auch 5 Mark pro Monat als Mindestbeitrag angenommen. Bedingung aber sei, dass keine Verzinsung der Ratenzahlungen erfolge und verlorene Sparkarten nicht ersetzt werden. Ein Ruecktritt von dem Teilzahlungsvertrag komme nicht in Frage. Die Volkswagen-Spar-Aktion sei eine Massnahme, um das "Abstottern" durch das "Aufstottern" abzuloesen. Das heisse mit anderen Worten: nicht erst die Ware und dann das Geld, sondern erst das Geld und dann die Ware. In Wirklichkeit aber war es, wie sich spaeter herausstellte: Geld und dann keine Ware; denn keiner der Sparer bekam je einen Volkswagen zu Gesicht. In allen DAF-Bueros wurden Staende zur Einzeichnung fuer das Volkswagen-Sparen errichtet. Tatsaechlich fielen Hunderttausende auf den Gaunertrick Hitlers, Funks und Leys hinein und verpflichteten sich zu einer woechentlichen

Sondersteuer von 5 Mark. Viele Millionen wurden monatlich aufgebracht, mit denen der Bau des Werkes in Fallersleben beendet werden konnte. Die Ausmasse der Fabrikanlagen entsprachen dem, was darueber veroeffentlicht worden war. Der Unterschied war nur: die Bestimmung des Werkes war nicht der Bau von Volkswagen, sondern Massenproduktion eines ebenfalls von Porsche konstruierten kleinen Tanks. Deutsche Arbeiter und Angestellte hatten den Bau eines der kostspieligsten Kriegsbetriebe Goerings finanziert.

Fuer die Auspluenderung der Handwerker und Gewerbetreibenden fanden Hitler und Schacht ebenfalls gerissene Methoden. Mit allerlei Tricks wurden Einkommensteuer, Buergersteuer und Gewerbesteuer erhoehet. Dazu kamen Umsatzsteuer, Schlachtsteuer und die Abgaben fuer die DAF, fuer den Luftschutz und fuer die Winterhilfe. Zum Ueberfluss fuehrte Schacht die Vorausbezahlung der Einkommensteuer ein und begann, die Steuer-Erklaerungen der kleinen Gewerbetreibenden auf schikanoese Weise zu kontrollieren. Ein Zahlungsverzug von wenigen Tagen, ein geringer Fehler im Warenbuch waren der Anlass zu hohen Geldstrafen. Die Steuern fuer die Handwerker und Gewerbetreibenden betrugen mehr als 20 Prozent des Einkommens. Sie waren umso drueckender, da der Umsatz dieser Geschaeftsleute in den Jahren 1933 bis 1937 als Folge der Kriegsruestungen mehr und mehr zurueckging.

Die Bauern warteten vergeblich auf die Kredite, die ihnen das Nazi-programm so grossartig versprochen hatte. Stattdessen erhoehete Schacht die Grund- und Gebaeudesteuer und vervielfachte die Buerger-, Kanalisations-, Rauchhaus-, Obstbaum-, Hunde- und Fahrradsteuer. Auch die Beitraege fuer die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurden verdoppelt und die Abgaben fuer den Reichsnaehrstand neu eingefuehrt. Ein Bauer mit dreissig Morgen Land, der vor Hitler mit 60 bis 80 Mark Steuern und Abgaben pro Jahr belastet war, hatte nunmehr 300 bis 350 Mark zu zahlen trotz gleichzeitigem Sinken der Preise seiner Produkte.

Die Eintreibung der Steuern und Abgaben auf dem flachen Land erfolgte mit der gleichen Ruecksichtslosigkeit wie gegenueber den Werktaetigen ueberhaupt. Der Reichsnaehrstand schrieb den Bauern ausserdem vor, was sie anzubauen und wieviel kuenstlichen Duenger sie zur kaufen hatten. Der Reichsnaehrstand kontrollierte genau die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen ueber die Marktordnung und setzte die Preise fuer die baeuerlichen Produkte fest. Der Bauer war zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Darré hatte eine Armee von 20.000 Reichsnaehrstandsfuehrern gebildet mit Monatsgehaeltern von 600 bis 1.500 Mark, welche die Bauern niederhielten.

Diese Reichsnaehrstandsfuehrer sahen in den Bauern eine ueberlebte wirtschaftliche Kategorie, die nur noch Existenzberechtigung hatte, weil sie fuer den Krieg Futter und Kanonenfutter lieferte. Darré brachte das auf dem Reichsbauerntag im Herbst 1936 durch folgende Ausfuehrungen deutlich zum Ausdruck: "Darueber muss sich das Bauerntum klar werden: im Zeitalter der modernen Technik, des modernen Verkehrs, moderner Arbeits- und Wirtschaftsmethoden, besitzt es vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen so wenig Daseinsberechtigung wie das Segelschiff gegenueber dem modernen Dampfschiff. Folgen wir rein betriebswirtschaftlichen Ueberlegungen, dann ist die Betriebsform und die Betriebsgroesse des Bauerntums unrentabel. Das Bauerntum erhaelt seine Daseinsberechtigung nur aus der Tatsache, die uns die Ge-

schichte lehrt: naemlich, dass ein Volk sich immer nur aus seinen Bauerngeschlechtern erneuert." \*

## SCHACHT ORGANISIERT DIE KONTROLLE DES AUSSENHANDELS

Im Verlaufe der Aera Schacht wurden aus dem Volke 10,40 Milliarden Mark mehr Steuern (verglichen mit der Zeit vor Hitler) und 7,955 Milliarden Mark Abgaben, insgesamt 18.355 Milliarden Mark gepresst. Dieser Summe standen 31.100 Milliarden Mark als Ruestungsausgaben gegenueber. Angenommen, die 18.355 Milliarden Mark wurden restlos fuer Ruestungszwecke verwendet, dann blieben noch immer 12.745 Milliarden Mark ungedeckt. Da neben den Ausgaben fuer Ruestungen auch diejenigen fuer den Staats- und Parteiapparat, fuer Propaganda und Spitzelwesen im In- und Auslande zunahmen, war der ungedeckte Betrag tatsaechlich noch viel hoeher.

Schacht zahlte zum Ausgleich mit Wechseln, die spaeter gegen neue Wechsel eingeloeset wurden. Er erhoehete den Notenumlauf und nahm Kredite bei den Spar- und Sozialversicherungs-Kassen auf. Die Verschuldung des Deutschen Reiches stieg in der Schacht-Epoche um rund 16 Milliarden Mark. Die Auspluenderung des Volkes wurde so durch seine Vorbelastung ergaenzt, die ins Ungeheure stieg.

Angelegt wurden diese 31 Milliarden Mark in Autobahnen, Kasernen, Exerzier- und Flugplaetzen. Rund eine Million Hektar gutes Acker- und Weideland (das heisst mehr als alle Neusiedlungen der Jahre 1919 bis 1932 ausmachten) wurden damit ruiniert. Sie wurden angelegt in Parteigebaeuden, neuen Kriegsbetrieben, (allein die Vereinigten Stahlwerke bauten fuer 111 Millionen Mark neue Anlagen im Jahre 1937 und schrieben 130 Millionen Mark ab), in Waffen, Tanks, Flugzeugen, Unterseebooten, Ausruestungsgegenstaenden usw.

Kein Wunder, dass die Gewinne der Kriegsindustriellen stiegen. Der Rohertrag der Krupp A. G. betrug 130 Millionen Mark im Jahre 1933 und 394 Millionen Mark im Jahre 1936; der des Hoch- und Tiefbauunternehmens Philipp Holzmann A. G. 10,8 Millionen Mark im Jahre 1933 und 45,8 Millionen Mark im Jahre 1936; der der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken A. G. 3,8 und 29,7 Millionen Mark, der des Flick-Konzerns 22,6 und 70,9 Millionen Mark. Im Jahre 1931 hatten 3.000 untersuchte deutsche Aktiengesellschaften einen Verlust von 2.062 Milliarden Mark ausgewiesen, aber im Jahre 1937 konnten sie einen Reingewinn von 1,310 Milliarden Mark buchen. Ausserdem wurden Milliarden als Gratifikationen an die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder gezahlt, neu investiert und abgeschrieben. Diese Betraege hatten 175 Millionen Mark im Jahre 1933 betragen, und stiegen bis 1937 auf nicht weniger als 2,2 Milliarden Mark.

Riesige Summen fanden Verwendung, um das Dumping auf dem internationalen Markt zu finanzieren, durch Schmutzkonkurrenz, die fuer die Kriegsproduktion notwendigen Rohstoffe und Rohstoffreserven zu beschaffen. Die Rohstoffversorgung der nazistischen Kriegsindustrie war das schwierigste Problem, das Schacht zu loesen hatte. Schon im Jahre 1936 ueberschritt die Einfuhr von

\* "Berliner Tageblatt" vom 30. November 1936.

Eisenerz, Buntmetallen, Kautschuk, Mineraloelen den Stand des Konjunkturjahres 1929. Dennoch machte sich ein immer fuehbarer Mangel an diesen und anderen Rohstoffen bemerkbar.

Hitlers Absicht, Deutschland autark, das heisst unabhängig von ausländischen Rohstoffen zu machen, erwies sich als undurchfuehrbar. Die Einfuhr von Rohstoffen wurde mit jedem Ruestungsjahr dringlicher. Aber womit die wachsende Einfuhr bezahlen? Gold und Valuta waren nur in unbedeutendem Masse vorhanden. Die Ausfuhrsteigerung deutscher Fertigwaren war mit grossen Kosten verbunden; denn die Abschaffung der Goldwaehrung in England und Amerika hatte diese Laender in die Lage versetzt, dem deutschen Dumping auf dem Weltmarkt noch wirksamer entgegenzutreten. Auch alle anderen Laender hatten sich mit hohen Zollschranken umgeben. So stieg nach Hitlers Machtuebernahme wohl die Einfuhr von 9,312 Milliarden Mark im Jahre 1933 auf 9,809 Milliarden Mark im Jahre 1934, aber die Ausfuhr sank in derselben Zeit von 7,627 Milliarden Mark auf 6,810 Milliarden Mark. Die Passivitaet der deutschen Handelsbilanz mit annaehrend 3 Milliarden Mark in einem einzigen Jahre drohte die deutschen Aufruestungsplaene zu vereiteln.

Im September 1934 proklamierte Schacht deshalb seinen "neuen Plan", der eine Einschraenkung der Einfuhr und ihre Lenkung, zugleich aber die Steigerung der Ausfuhr vorsah. Damit begann die glorreiche Periode der Einfuhrscheine, die fast nur zum Import kriegswichtiger Rohstoffe zu erlangen waren. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenstaenden wurde systematisch gedrosselt. Gleichzeitig schloss Schacht mit 26 Glaeubiger-Laendern sogenannte Clearing-Abkommen zur Regelung alter und neuer Zahlungsverpflichtungen. Die Clearing-Abkommen sahen in den beteiligten Laendern die Einrichtung von Clearings-Verrechnungskassen vor. An diese wurden von den Importeuren die aus Deutschland bezogenen Waren bezahlt. Die Verrechnungskasse verwendete die so aufkommenden Gelder, um den Exporteuren die nach Deutschland gelieferten Waren zu begleichen. In vielen Faellen gewaehrte die zustaeundige Regierung der Verrechnungskasse groessere Kredite, die eine Steigerung der Ausfuhr nach Deutschland moeglich machten.

Da die Weltmarktpreise fielen, stieg die Ausfuhr zwar mengenmaessig, jedoch keineswegs wertmaessig. Bei Werkzeugen und Geraeten brachte ein Doppelzentner statt 182 Mark im Jahre 1932 nur 119 Mark im Jahre 1935. Bei Messerschmiedewaren statt 810 Mark nur 604 Mark, bei elektrotechnischen Erzeugnissen statt 352 Mark nur 267 Mark und bei chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen statt 360 Mark nur 314 Mark. Nur durch die Unterbietung der niederen Weltmarktpreise konnte die Ausfuhr erhoeht werden. Um den Exporteuren dazu die Moeglichkeit zu schaffen, hatte die Auto-, Zement- und Kunstseidenindustrie im Jahre 1934 fuer ihre Branchen sogenannte Export-Ausgleichskassen eingefuehrt. Die Firmen zahlten einen Prozentsatz ihres Umsatzes an diese Kassen und die Exporteure erhielten aus ihnen die Verluste ersetzt, die sich aus dem Exportgeschaefte ergaben. Im Sommer 1935 ordnete Schacht die Schaffung einer allgemeinen Exportausgleichskasse an. Zwei bis sechs Prozent vom Umsatz mussten von allen Firmen an sie gezahlt werden und 7 bis 800 Millionen Mark ihrer jaehrlichen Einnahme. Berechnet nach den Weltmarktpreisen von 1932 fuehrte Deutschland in den Jahren 1933 bis 1935 Industriewaren im Werte von 18,383 Milliarden Mark aus. Der Erloes dafuer betrug nur 13,308 Milliarden Mark. Der Verlust belief sich somit auf 5,075

Milliarden, die zum Teil durch die Exportausgleichskasse, zum Teil durch Steigerung der Inlandspreise gedeckt wurden.

Schacht suchte nun den deutschen Aussenhandel auf der Grundlage des Tausches zu reorganisieren, Ware gegen Ware. Durch seinen internationalen Handelsagenten Helmut Wohlthat wurden mit den kleineren Laendern Tauschvertraege abgeschlossen. Der Tauschhandel bot Moeglichkeiten fuer zahlreiche Betrugsmanoever grosssten Stiles. Ein Land hatte vertragsmaessig Getreide gegen Schienen und andere Industrie-Artikel zu liefern. Nachdem das Getreide in Deutschland angekommen war, wurde es mit nichts anderem als mit Mundharmonikas bezahlt. Ein anderes Land sollte fuer sein Mineraloel Automobil-Ersatzteile bekommen; Schacht aber sandte Kanarienvoegel. Ein drittes Land sollte fuer seine Tabakernte Radioapparate, Naehmaschinen und Fahrraeder bekommen, aber Schacht schickte Rosenkraenze, Knoepfe und Strohhuete. Diese Schwindeleien des nazistischen Aussenhandels veranlassten die meisten Laender, die Tauschvertraege nicht mehr zu erneuern.

Auch die Clearing-Abkommen verursachten viele Auseinandersetzungen. Schacht verlor die Verfuegung ueber die Devisen, die als Bezahlung deutscher Industriewaren bei auslaendischen Clearings-Verrechnungskassen eingezahlt worden waren. Durch die hohen Staatskredite, die von den Laendern an die Verrechnungskassen gegeben wurden, stiegen die nicht transferierbaren auslaendischen Forderungen bis 1935 auf ueber eine Milliarde Mark. Schacht verwandte diese Summen als unverzinsliche Kredite mit zur Finanzierung der deutschen Ruestungen. Das in Deutschland investierte auslaendische Kapital aber zog sich zurueck.

Um der Rohstoffschwierigkeiten Herr zu werden, proklamierte Hitler im September 1936 auf dem Nuernberger Parteitag den "Vierjahresplan" zum Aufbau einer Industrie fuer die Produktion natuerlicher und kuenstlicher Rohstoffe. Reichsmarschall Hermann Goering, der Mann der Schwerindustrie und des Generalstabs, wurde zum Generalbevollmaechtigten des Vierjahresplanes ernannt. Am 18. Oktober 1936 erfolgte die Bildung des Vierjahresplan-Amtes. Goering wurde beauftragt, an alle Wirtschaftsinstitutionen und Personen der Regierung des Staates und der Partei Instruktionen zu erteilen. Goering wurde damit zum Vorgesetzten des Reichsbankpraesidenten und Reichswirtschaftsministers Schacht, des Finanzministers, des Ernaehrungsministers, des Arbeitsministers und des Reichsleiters der Deutschen Arbeitsfront.

Die Formierung des Vierjahresplan-Amtes gehoerte zu den Vorbereitungen der Aggressionen gegen Oesterreich, gegen die Tschechoslowakei, gegen Polen und gegen Frankreich, die nacheinander erfolgen sollten, nachdem sich der unmittelbare Angriff auf die Sowjetunion noch nicht realisieren liess. Die Durchfuehrung dieser Plaene erforderte die schaerfste Konzentrierung aller wirtschaftlichen Mittel und Kraefte. Im Vierjahresplan-Amt wurden dazu die folgenden Abteilungen geschaffen: Produktion deutscher Rohstoffe, Verteilung von Rohstoffen, Verteilung von Arbeitskraft, Landwirtschaftliche Produktion, Preisgestaltung und Aussenhandelskontrolle.

In den bald einsetzenden Kompetenzstreitigkeiten zwischen Goering und Schacht kamen die Interessenkaempfe zwischen Kriegsindustrie und jenen Industriezweigen zum Ausdruck, die nur teilweise oder ueberhaupt nicht an dem Ruestungsgeschaefte beteiligt waren, wie die Chemie-Industrie, die Elektroindustrie, die Maschinenindustrie und die Bauindustrie.

Die Konflikte zwischen Goering und Schacht begannen ueber die Investierung von Staatsgeldern in Industrien zur Produktion von Ersatzstoffen, die nicht die geringste Aussicht hatten, jemals auf dem Weltmarkte konkurrenzfaehig zu werden. Schon seit laengerer Zeit war Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vorhanden. Jedoch wurden dadurch die bevorzugt versorgten Kriegsbetriebe nicht unmittelbar beeinflusst. Mitte 1937 setzte aber eine so fuehlbare Knappheit an Eisen und Kupfer ein, dass auch die Kriegsindustrie in Mitleidenschaft gezogen wurde. Entweder mussten viel groessere Mengen von Erz eingefuehrt, oder die Vorkommen in Deutschland mussten, ohne Ruecksicht auf ihren niederen Metallgehalt, in groesserem Ausmasse nutzbar gemacht werden. Die Foerderung und Verhuetung dieser Erze verursachten jedoch Kosten, die weit ueber die Weltmarktpreise dieser Metalle hinausgingen.

Schacht schlug aus Sparsamkeitsgruenden vor, den Import dieser Erze zu erhoehen und dafuer die Einfuhr anderer nicht-kriegswichtiger Materialien noch weiter zu drosseln. Goering und die ihn beratenden Generale konnten in diesem Vorschlag jedoch keine Loesung der Schwierigkeiten erblicken. Auf den baldigen Krieg orientiert, interessierten sie sich wenig fuer die Finanzsorgen Schachts. Entscheidend war fuer sie die Steigerung der Kriegsproduktion. Der spaetere militaerische Sieg wuerde schon alle bis dahin auftauchenden Finanzprobleme auf Kosten der Besiegten loesen. Fuer Goering und diese Generale handelte es sich nicht mehr nur um die Sicherung der Eisen- und Kupferversorgung fuer die weitere Aufruestung, sondern auch fuer die Zeit des Krieges selbst.

Deshalb traten Goering und sein Stab fuer staerkeren Abbau und fuer die Verhuetung der schlechten deutschen Eisen- und Kupfererze ein. Die Kanonkoenige hatten dagegen nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass sie nicht die kostspielige Verhuetung dieser Erze uebernehmen mussten. Als Goering mitteilte, die Regierung werde selbst den Abbau und die Verhuetung der deutschen Erze uebernehmen, waren sie einverstanden. Gegen den Widerspruch Schachts wurde daraufhin die Gruendung der "Reichswerke A. G. fuer Erzbergbau und Eisenhuetten Hermann Goering" mit einem Grundkapital von 75 Millionen Mark beschlossen. Die Gruendungsversammlung fand im November 1937 statt.

Die Hintermaenner Schachts waren gegen diese Gruendung; denn sie fuerchteten eine neue Steuerbelastung, die sie, abhaengig von der Konkurrenz, nicht ohne weiteres auf ihre Kunden abwaelzen konnten. Dagegen nahmen die Kriegsindustriellen, die von Goering die Belieferung mit Eisen und Kupfer zum Marktpreis zugesichert erhielten, eine eventuelle neue Steuerbelastung in Kauf. Konnten sie doch mit mehr Rohmaterial ihre Produktion erhoehen, ihre Profite steigern, die Neubelastung in ihre Preise einkalkulieren und der Regierung anrechnen. Schacht trat daraufhin von seinem Amt als Reichswirtschaftsminister zurueck und blieb nur noch Reichsbankpraesident.

Die ersten Versuche, seine SS direkt in den hoechsten Wirtschaftskreisen zu verwurzeln, unternahm Himmler Anfang 1934 mit Hilfe des Reichswirtschaftsministers Dr. Kurt Schmitt und des SS-Fuehrers Joachim von Ribbentrop. Mit ihnen zusammen gruendete Himmler den SS-Wirtschaftsring, dessen Aufgabe es sein sollte, die deutschen Wirtschaftsfuehrer mit nationalsozialistischem Geiste zu erfuellen. Aber die Zeit war noch nicht reif fuer einen solchen Schritt. Die Grossindustriellen hielten an dem Wirtschaftsring des Herrenklubs, dem Koelner- und Gelsenkirchener Industriellenklub fest. Himmler und seine schwar-

zen Gesellen waren ihnen als blutrueenstige Buettel gegen die werktuetigen Massen und andere Feinde des Imperialismus genehm, nicht aber als Kollegen in den Aufsichtsraeten ihrer Gesellschaften.

## REICHSWIRTSCHAFTSMINISTER DR. WALTHER FUNK

Funk begann seine politische Laufbahn als Ortsgruppenleiter des Alldutschen Verbandes in einer Stadt Westdeutschlands. Thyssen stellte ihn als Propagandachef seines Konzerns an. Durch ihn und Schacht kam Funk spaeter als Redakteur an die "Berliner Boersenzeitung", das Organ der deutschen Grossindustrie. Besitzer der Zeitung war General Joachim von Stuelpnagel, ein Grossaktionaer des deutschen Papiertrusts. Schacht war es auch, der Funk auf Veranlassung Tyssens bei Hitler einfuehrte, "damit er diesem als Ratgeber in Wirtschaftsfragen diene." In Wirklichkeit waren Funk wie auch Wilhelm Keppeler ausersehen, Hitler von dem Einfluss der antikapitalistischen Utopien Gottfried Feders zu befreien. Funk freundete sich auch mit Roehm an, — ob aus persoenlichem Interesse an diesem Abenteurer und dessen SA-Bewegung oder ob im Auftrage der Grossindustriellen, ist nicht bekannt. Jedenfalls kam Funk, trotz seiner Freundschaft mit Roehm, am 30. Juni 1934 mit dem Leben davon.

Im Januar 1933 wurde Funk von Hitler zum Reichspressechef und spaeter zum Staatssekretaer im Reichspropaganda-Ministerium und hiernach zum Staatssekretaer im Reichswirtschaftsministerium ernannt, wo er als erster Vertrauensmann Schachts und dessen Verbindungsmann zu Hitler fungierte. Aber Funk, ein hinterhaeltiger und ehrgeiziger Charakter, dachte an die Beseitigung seines Vorgesetzten. Als die Methoden Schachts zur Finanzierung der Kriegsproduktion und zur Rohstoffsicherung nicht mehr ausreichten, naehrte sich Funk dem Generalfeldmarschall Goering. Waehrend Funk fuer seinen Chef Schacht den Vierjahresplan formulierte, arbeitete er an dessen Sturz und wurde in der Tat von Hitler zum Reichswirtschaftsminister ernannt.

Mit der Ernennung Funks begann eine neue Epoche in der Entwicklung der nazistischen Kriegswirtschaft. Wachsender Mangel an Kriegsrohstoffen und Erschoepfung der Arbeitskraftreserven hinderten das Ansteigen der industriellen Produktion und drohten, eine Stagnation im Steueraufkommen herbeizufuehren. Hier sollten der Vierjahresplan und die in Vorbereitung befindlichen kriegesischen Aggressionen Wandel schaffen. Die Etablierung des Vierjahresplan-Amtes war somit zugleich der Ausdruck fuer eine noch weitere Verschiebung der Machtverhaeltnisse unter den deutschen Grossindustriellen selbst. Die rueckschrittlichsten und scharfmacherischsten Elemente unter ihnen, die Beherrscher der reinen Kriegsindustrie, wie Thyssen, Krupp, Flick, Roechling, Zangen, die Gebrueder Poensgen, Kloeckner, Mannesmann, Stinnes, die Gebrueder Haniel, Springorum und Wolff traten gegenueber den Elementen der Export- und Konsumindustrie noch staerker in den Vordergrund und uebernahmen durch ihre Vertrauensleute Goering und Funk die hoechsten wirtschaftlichen Kommandostellen in Staate. Ebenso wurde der Einfluss der mit dem Nazismus eng verbundenen Militaers verstaerkt. In dem von Goering gebildeten Wehrwirtschaftsrat amtierte Generalmajor Georg Thomas als Leiter, der zusammen mit Peter Kloeckner, Konrad von Borsig und Georg Emil Stauss im Aufsichtsrat der zur Viag gehoerigen Rheinmetall Borsig A. G. sass, und der Oberst Karl Warli-



month, dessen Bruder der Grossindustrie angehoerte und enge Beziehungen zu den I. G. Farben unterhielt.

Mit der Gruendung der Reichswerke A. G. Hermann Goering gelangte das verstaerkte industrielle Raubrittertum des Nazismus zu seiner Hochbluete. Diese Gruendung erfolgte keineswegs nur zu dem Zweck, metallarme deutsche Erze zu foerdern und zu verhuetten, sondern die Reichswerke A. G. Hermann Goering sollten vor allem als Auffang-Organisationen fuer Betriebe des Auslands dienen, die im Verlaufe der Aggression "anfallen" wuerden. Dadurch sollte die politische Fuehrung der nazistischen Staatsmacht oekonomisch untermauert werden.

Die beabsichtigte Aggression, deren internationale Folgen nicht vorauszu-sehen waren, erforderte umfassende wirtschaftliche und militaerische Vorbereitungen. Die Kriegsproduktion musste, ungeachtet aller Schwierigkeiten, weiter gesteigert, Rohstoffe, maschinelle Ausruetzung der Betriebe, Arbeitskraft und Steuerquellen noch einmal auf das hoechste angespannt werden. Jede Umdrehung des gewaltigen Organismus der Kriegsproduktion war aber deshalb mit erhoekten Kosten verbunden. Auch die Unterhaltung der nach Zehntausenden zaehlenden Flugzeuge, Tanks und anderen Waffen verschlang unvorstellbare Summen, mindestens fuenfzig Milliarden Mark. Aber umso fuehlbarer wurde der Mangel an Maschinerie, Material und Menschen.

Deshalb wurde der Ueberfall auf Oesterreich dringend. Er erfolgte im Maerz 1938 und brachte fette Beute. Eisenerzvorkommen, Schrott, Bauxit, Gold, Devisen, Industrierwerke, Eisenbahnmaterial und Geld, die Ausruetzung der oesterreichischen Armee wurden erbeutet, neue Soldaten und Arbeiter standen zur Verfuegung. Aber eine dauernde Erleichterung der wirtschaftlichen Lage des Dritten Reiches wurde nicht erreicht. Die Ausnuetzung der oesterreichischen Industrie fuer die deutsche Kriegsproduktion, die Verwendung der zusaetzlichen Arbeitskraefte im Produktionsprozess erforderte neue Milliarden Kapital und noch grossere Mengen Rohstoffe.

Die Hitler-Regierung suchte die Loesung dieser neuen Schwierigkeiten in weiteren Aggressionen. Sie begann mit dem Ueberfall auf das Sudetengebiet. Funk verschaerfte, waehrend der Buergerkrieg in Spanien tobte, die Auspluenderung der spanischen Rohstoffe und ging schliesslich zur restlosen Enteignung der juedischen Bevoelkerung Deutschlands ueber. Am 12. November belegte Goering die deutsch-juedische Bevoelkerung mit einer Busse von einer Milliarde Mark. Am 3. Dezember 1938 erfolgte die Registrierung des juedischen Eigentums. Alle in juedischen Haenden befindlichen Wertpapiere und Wert-sachen mussten nun bei Banken deponiert werden. Vom 15. Dezember 1938 ab wurde die "Arisierung" der Industrie und des Handels durchgefuehrt: 4.000 Grundbesitzer, 10.000 Fabrikbesitzer, 25.000 Handwerker, 140.000 Kaufleute und 38.000 andere Gewerbetreibende wurden ihres Eigentums beraubt und aus dem Wirtschaftsleben des Landes ausgeschaltet. Die kleineren Beutestuecke erhielten die SS- und SA-Terroristen, in die grossen Objekte teilten sich die Monopolisten und hohen Nazifuehrer. Herr Krupp von Bohlen Halbach eignete sich das grosse Bankhaus "Berliner Handelsgesellschaft" und die Aktien der Kohlen A. G. Blumenthal an. Die Herren Karl, Kurt und Franz Haniel wurden "Eigentuemern" des Bankhauses Warburg. Oskar Schlitter und Kurt Poensgen von den Mannesmann-Roehrenwerken legten ihre Haende auf die Roehrenwerke Hahn A. G. und auf die Metallwerke A. G. Wolf-Hetter-Jacob. Herr Goering

enteignete alle Besitzungen des Julius Petschek-Konzerns, die hauptsaechlich aus den Mitteldeutschen Braunkohlengruben und Brikettwerken bestanden, und tauschte sie mit Herrn Friedrich Flick gegen Gruben der Harpener Bergbau A. G. Herr Otto Wolff uebernahm die Thale-Eisenhuetten, die der Firma Oppenheim gehoerten, Herr Friedrich von Siemens annektierte die Aronwerke, Berlin. Alfred Hugenberg wurde zur Aufteilung des Raubes zugelassen, und uebernahm die Fabrik fuer Elektromaschinen Max Levy G. m. b. H., Berlin. Herr Adolf Hitler persoendlich gliederte seinem Druckerei- und Verlagskonzern Franz Eher die Verlagshaeuser von Mosse und Ullstein ein.

Noch stattlichere Beute brachte die restlose Ausraubung der Tschechoslowakei.

#### SCHACHTS RUECKTRITT ALS REICHSBANKPRAESIDENT

Funk steigerte nun die Einfuhr von Eisenerz, Buntmetallen, Mineraloelen, Wolle und Weizen, um grossere Reserven fuer den Krieg aufzuhaeufen. Er zwang die eingeschuecherteten kleinen Laender Europas, Ungarn, Rumaenien, Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland zu Lieferungsvertraegen, die diese Staaten direkt zu tributpflichtigen Vasallen machten.

Funk benoetigte, um die Kriegsindustrie mit auslaendischen Rohstoffen versorgen und Rohstoffreserven aufzuhaeufen zu koennen, einen jaehrlichen Ausfuhr-Ueberschuss von zwei Milliarden Mark, sowie weitere 500 Millionen Mark, um auslaendischen Verpflichtungen nachzukommen, die mit der Bezahlung von Kriegsrohstoffen nichts zu tun hatten.

Aber schon am 1. Oktober zeigte die Handelsbilanz des Dritten Reiches fuer das Jahr 1938 ein Passivum von 164 Millionen Mark. Die Rohstofflaender, die sehr schlechte Erfahrungen mit den Clearing- und Tauschvertraegen gemacht hatten, begannen sich zu fragen: "Womit gedenkt Funk die weitere Rohstoff-einfuhr zu bezahlen?" und lehnten laengere Zahlungsfristen ab. Hitler sah sich deshalb gezwungen, nach der Unterjochung der Tschechoslowakei auszurufen: "Deutschland, exportiere oder stirb". Der Staatssekretaeer des Reichswirtschaftsministeriums, Karl Brinkmann, versprach der saechsischen Fertigindustrie sogar, die Rohstoffverteilung moeglichst zu "ent-buerokratisieren", das heisst, den von den Monopolisten beherrschten Reichsgesellschaften teilweise zu entziehen, wenn die Produktion von Exportwaren und die Ausfuhr gesteigert wuerde.

Die andere Ursache, welche die Rohstofflaender veranlasste, dem Dritten Reich gegenueber auf sofortige Bezahlung ihrer Lieferungen zu bestehen, war das rapide Anwachsen der deutschen Staatsschuld. Das Mitglied des Generalrates der Wirtschaft, zugleich Buergermeister von Hamburg Karl Krogmann, suchte die internatioale Bankwelt zu beruhigen, indem er behauptete, "die Verschuldung des Reiches bedeute keineswegs eine Verminderung des deutschen Volksvermoegens". Diese Anschauung, die mit Aeusserungen Funks uebereinstimmte, fand ihre Zurueckweisung durch Schacht. Der Wirtschaftspolitiker Josef Wanschuh brachte dessen abweichende Meinung zum Ausdruck, indem er erklarte: "Wenn die staatliche Verschuldung keine Verminderung des Volksvermoegens bedeutet, dann brauchen wir uns ja um die oeffentliche Schuld gar keine Gedanken zu machen; dann gibt es auch keine Finanzkunst und keine Finanzlenkung." \*

\* "Deutsche Volkszeitung" N° 46/1938, Paris.

Trotzdem suchte Funk das Tempo und das Ausmass der Kriegsproduktion noch weiter zu steigern. Ende 1938 ordnete er eine allgemeine Rationalisierungsoffensive an und liess sich zum Generalbevollmaechtigten fuer industrielle Rationalisierung und Produktionssteigerung ernennen. Zur Leitung der Rationalisierung bestimmte Funk fuer die einzelnen Branchen der Kriegsindustrie besondere Generalbevollmaechtigte, so unter anderem den Generaldirektor Karl Lange, fruereherer Syndikus der Arbeitsgemeinschaft fuer Eisen-, Stahl- und Metallverarbeitende Industrie, fuer die Maschinenindustrie, den SS-Fuehrer und Buergermeister von Essen, Friedrich Dillgardt fuer die Elektroindustrie, den Professor Karl Krauch, Mitglied des Vorstandes der I. G. Farben fuer die Chemieindustrie, den Major Heinrich Vietinghoff von Scheel fuer die Tank- und Automobilindustrie, den Generalleutnant Hermann von Hannecken fuer die Eisen- und Stahlindustrie und den Generalbevollmaechtigten fuer den Autobahnbau Dr. Fritz Todt fuer die Bauindustrie. Die Rationalisierung sollte aus den Arbeitern eine grossere Arbeitsleistung bei gleichbleibenden Loehnen herauspressen. Ley kennzeichnete den arbeiterfeindlichen und aggressiven Charakter der Rationalisierung unwillkuerlich, indem er Anfang November 1938 vor der 3. Reichstagung des Fachamtes Bergbau der DAF die folgenden Ausfuehrungen machte: "Ich weiss, dass die Industrie und Wirtschaft auf vollen Touren laufen, einige sogar auf Hochtouren. Da ist schon der Schnellgang eingeschaltet und die letzte Wirkung wird herausgeholt. Trotzdem behaupte ich, aus dieser Wirtschaft muessen wir weitere hundert Prozent Produktionssteigerung herausholen. Das ist das Ziel. Wir muessen den Vorsprung in der Luftruestung oder auf einem sonstigen Gebiet nicht nur behalten, sondern vervielfachen."\*

Im Februar 1939 erliess Funk eine Verordnung, die den Arbeitern den Wechsel des Arbeitsplatzes fast unmoeglich machte. Damit wollte er verhindern, dass die Facharbeiter den Mangel an qualifizierten Arbeitskraeften ausnuetzten, um die Erhoehung ihrer Loehne zu erreichen.

Die Rationalisierungsoffensive sollte gleichzeitig die Senkung des Massenkonsums an Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenstaenden vermindern, um auch dadurch weitere Arbeitskraefte und Rohstoffe fuer die Kriegsindustrie freizumachen. Besonders Schacht trat fuer dieses Vorgehen ein; denn er hoffte, damit die Einfuhr von Arbeitskraeften und Rohstoffen vermindern zu koennen. In einer Rede vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie brachte er seine Sklavenhalter-Ideologie wie folgt zum Ausdruck: "Je weniger konsumiert wird, umso mehr Arbeit kann fuer die Ruestung verwendet werden. Je hoeher dagegen der Konsum steigt, umso mehr Arbeitskraefte muessen der Konsumguetererzeugung belassen werden. Lebenshaltung und Ruestungsausmass stehen also in einem gegenlaeufigen Verhaeltnis zueinander. Je weniger ich verbrauche, umso mehr spare ich und je mehr ich spare, umso mehr kann ich in die Ruestung hineinbauen."\*\*

Schacht leitete damit zugleich die Zerstoerung von zahllosen Betrieben des Handwerks und der Kleinindustrie ein. Die Preiskartelle, die bis dahin die Kleinen vor der gaenzlichen Zerstoerung durch die Grossen geschuetzt hatten, wurden unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Kleinen wurden so durch das Preisdiktat der grossen Kartellmitglieder in den Bankrott gestuerzt. Die Zahl

\* Paul Merker "Die Rationalisierungsoffensive" (Deutsche Volkszeitung" N° 46/1938, Paris.)

\*\* zitiert nach Hans Behrend "Die wahren Herren Deutschlands", Paris 1939.

handwerklicher Betriebe allein fiel von 1.734.000 im Jahre 1934 auf 1.471.000 Ende Maerz 1939.

Ein Teil der kleinen und mittleren Industriebetriebe wurde zur Standardisierung ihrer Produktion gezwungen, in die Kriegsproduktion einbezogen und den grossen Konzernen angeschlossen. Josef Winschuh begruendete diese Massnahme im Auftrage Schachts durch folgende Worte: "Als die Vollbeschaeftigung allmaechlich erreicht wurde, setzte ein neuer Abschnitt ein, naemlich eine Ausweitung der oeffentlichen Produktion auf Kosten der privaten... Die Spann- und Leistungskraft der privaten Wirtschaft, insbesondere auch der kleinen und mittleren Unternehmer wird also wahrscheinlich noch straffer an den Zuegel genommen werden, ohne dass deshalb die Wirtschaft hartmaeuig werden darf."\*

Mit anderen Worten: die kleinen und mittleren Betriebe mit ihrer Fach- und Qualitaetsarbeit sind fuer die Kriegsproduktion unrentabel. Sie fressen zu viel Rohstoffe, sie absorbieren zu viel gelernte Arbeitskraft, sie erschweren die Rohstoff- und Arbeitskraeftrationalisierung, kurz, sie hindern die politische "Zuegelfuehrung" der Wirtschaft durch den Staat. Nur eine Standardisierung ihrer Produktion und die Eingliederung in die grossen Konzerne oder ihre Stilllegung ueberhaupt kann hier Aenderung schaffen.

Aber das alles genuegte nicht, um die finanziellen Verpflichtungen des Dritten Reiches zu erfuehlen. Nach den Berechnungen Winschuhs benoetigte das Dritte Reich fuer das Jahr 1938/39 40 bis 45 Milliarden Mark. Durch Steuern und Abgaben konnten hoechstens 26 Milliarden aufgebracht werden, rund 14 bis 19 Milliarden blieben ungedeckt, weshalb im Januar 1939 Funk, Schacht und die Grossindustriellen zusammentraten, um ueber die Beschaffung dieser Gelder zu beraten. Schacht und die Schwerindustriellen schlugen eine Konfiszierung aller kleinen Vermoegen mit Hilfe einer durchgreifenden Steuererhoehung vor. Funk und die uebrigen Industriellen waren fuer Kreditausweitung des Staates in unbeschraenktem Masse. SchachtsAnhaenger gingen nun auch zur Auffassung Funkes ueber. Eine Kreditausweitung schien ihnen, angesichts eines baldigen Ausbruches kriegereischer Verwicklungen, weniger gefaehrlich als neue Steuern. Ein schneller Sieg der Wehrmacht wuerde die Besiegten zwingen, die Schulden Deutschlands zu bezahlen. Schacht trat nunmehr als Praesident der Reichsbank zurueck, und am 24. Maerz 1939 veroeffentlichte Funk seinen neuen Finanzplan. Er sah eine unbeschraenkte Ausgabe von unverzinslichen Reichsschatz-Wechseln vor.

## DIE STAATLICHE LENKUNG DER WIRTSCHAFT

Mit der Aufgabe, "der Reichsregierung bei der Loesung wirtschaftlicher Probleme zur Seite zu stehen", bildete Hitler am 13. Juli 1933 den Generalrat der Wirtschaft. Die Herren dieser Wirtschaftsregierung waren genau diejenigen, die schon in der Weimarer Republik als der Inbegriff des Kapitalismus bekannt waren, — jenes Kapitalismus, gegen den die Nationalsozialisten in allen Wahlreden ihren Sozialismus betaeigt hatten. Die "Blutsauger der Weimarer Republik" wurden die Wirtschaftsdiktatoren der Hitlerzeit: Generaldirektor Fritz Thyssen,

\* siehe Paul Merker "Die Rationalisierungsoffensive" (Deutsche Volkszeitung" N° 46/1938, Paris.)

Leiter des Stahltrusts, Duesseldorf, Alfred Krupp von Bohlen-Halbach, Besitzer der Krupp A. G., Essen, Domaenenpaechter Herbert Backe, Berlin, Generaldirektor Dr. Karl Bosch, I. G. Farben, Berlin, Generaldirektor August Diehn, Deutsches Kalisyndikat, Berlin, Bankier Freiherr Kurt von Schroeder, Koeln, Generaldirektor Karl Friedrich von Siemens, Siemens Schuckert A. G., Berlin, Generaldirektor Albert Voegler, Stahlverein Duesseldorf und Buergermeister Karl Vincent Krogmann, Reeder, Hamburg.

Bei einigen der sogenannten "alten Kaempfer", die sich irgendwelche "soziale Aenderungen" ertraeumt hatten, wie bei Gregor Strasser, Ernst Roehm, regte sich die Kritik. Sie wurde in der Bartholomaeusnacht vom 30. Juni 1934 zum Verstummen gebracht. Und ohne inneren Widerstand fuerchten zu muessen, wurde Ende November 1934 das "Gesetz ueber den organischen Aufbau der deutschen Wirtschaft" erlassen, welches das Fuehrerprinzip in Industrie, Handel und Landwirtschaft zur Anwendung brachte. Es sicherte insbesondere denjenigen Industriellen eine verstaerkte Stellung im staatsmonopolistischen Ueberbau des neuen Deutschlands, die der Nazipartei angehorte. Das Gesetz sah die Bildung einer Reichswirtschaftskammer vor. Praesident derselben wurde Dr. Herbert Pietsch, Generaldirektor der Elektrochemischen Werke in Muenchen und Besitzer grosser Aktienpakete der I. G. Farben und des Siemens Schuckert-Konzerns. Pietsch gehoerte seit 1925 der Nazipartei an. Vizepraesident der Reichswirtschaftskammer wurde Rechtsanwalt Gerhard Erdmann, frueher Syndikus des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Der Reichswirtschaftskammer waren 18 Gau-Wirtschaftskammern angeschlossen. An ihrer Spitze standen ebenfalls Grossindustrielle und Grossbankiers, unter anderen der bereits erwaehte Dr. Herbert Pietsch im Gau Muenchen und Friedrich Reinhart im Gau Berlin, ferner Otto Fitzner, Wehrwirtschaftsfuehrer, Generaldirektor der Giesche Kohlenwerke im Gau Niederschlesien, Kurt von Schroeder, Bankier im Gau Koeln und Heinrich Luer, Generaldirektor der Opel-Automobilwerke im Gau Hessen-Nassau.

Das "Gesetz ueber den organischen Aufbau der deutschen Wirtschaft" sah ferner die Einteilung der Wirtschaft in sechs Sektoren vor, die sich Reichsgruppe Industrie, Reichsgruppe Handel, Reichsgruppe Handwerk, Reichsgruppe Banken, Reichsgruppe Versicherungen und Reichsgruppe Energiewirtschaft nannten. Die maechtigste der Reichsgruppen war die der Industrie, deren erster Leiter der Generaldirektor der zum Flick-Konzern gehoerigen Essener Bergwerks A. G., Ernst Tengemann, war. Ihn loeste im Jahre 1937 der Textil- und Kunstseidenkoenig Christian Dierig ab, und diesem folgte 1938 Wilhelm Zangen, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Mannesmann-Konzerns, Aufsichtsratsmitglied des Kohlsyndikats Essen und der Allgemeinen Elektrizitaets-Gesellschaft Berlin. Leiter der Reichsgruppe Handel war anfangs der Chef der Exportfirma Staudt & Co., Freiherr Karl von Schroeder. Er wurde 1943 durch den ehemaligen Delikatessenhaendler aus Muenchen, SS-Brigadefuehrer Franz Hayler abgeloeest. Als Leiter der Reichsgruppe Banken fungierte der nazistische Bankier Otto Christian Fischer, Muenchen, und als Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft der SS-Fuehrer und Oberbuergermeister von Essen, Friedrich Dillgardt. Den sechs Reichsgruppen waren 44 Wirtschaftsgruppen, 350 Fachgruppen und 640 Fachuntergruppen unterstellt. In diesem allumfassenden System herrschten die maechtigsten Industriellen und Bankiers unumschraenkt. Sie entschieden, mit staatlichen Vollmachten ausgestattet, ueber Standardisierungsfragen, Rohstoffueber-

weisungen, Kreditbewilligungen und Preisfestsetzungen in allen Zweigen der Wirtschaft.

Die Ernennung Goerings zum Generalbevollmaechtigten fuer die Durchfuehrung des Vierjahresplanes und die Ernennung Funkts zum Generalbevollmaechtigten fuer die Rationalisierung der Kriegsindustrie waren die naechsten Schritte zur Konfiskation des freien Gewerbes, des freien Handels und ihrer Gewinne. Sie wurden durch die Bildung von Reichsstellen und durch die Ernennung von Reichsbeauftragten ergaenzt, die sehr verschiedene Aufgaben zu erfuellen hatten. In der Industrie gab es bald 25 solcher Reichsstellen, welche eine aehnliche Taetigkeit wie die Kartell-Leitungen ausuebten.

Vor Ausbruch des Krieges 1939 waren die wichtigsten Aemter der Kriegswirtschaft gewesen: der Generalbevollmaechtigte fuer die Durchfuehrung des Vierjahresplanes, das Vierjahresplan-Amt, das Wehrwirtschaftsamt beim Oberkommando der Wehrmacht, der Generalbevollmaechtigte fuer die Rationalisierung der Kriegsindustrie und ihre Staebe, das Wirtschaftsministerium und die Reichsbank, das Ministerium fuer Bewaffnung und Munition, das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium, die Reichswirtschaftskammer und die Reichswirtschaftsgruppen. Um alle diese nebeneinander und oft gegeneinander arbeitenden Instanzen zu koordinieren, erfolgte im August 1939 die Bildung des Reichsverteidigungsrates und seiner Exekutive: des Generalrates. Praesident beider Raete war Goering, Vizepraesident Funk. Mitglieder waren ausser Hess und Frick, der Finanz-, der Landwirtschafts-, der Arbeitsminister und der Minister fuer Bewaffnung und Munition, ferner der Reichspreiskommissar. Dem Generalrat gehoerten die ersten Staatssekretaere der genannten Ministerien an.

Als oberster Chef kommandierte Goering die Kriegsindustrie, waehrend Funk alle anderen Zweige der Wirtschaft befehligte. Der Reichsverteidigungsrat unterhielt die Verbindung zu den uebrigen Instanzen durch einen Schwarm von neu ernannten Reichsbeauftragten fuer die Industrie- und Handelskammern und durch die Fuehrungsstaebe der Wirtschaft, sowie durch die Reichsverteidigungs-Kommissare in den 18 Wehrkreisen. Diese bildeten sich ihrerseits einen Apparat von Beauftragten und Fuehrungsstaeben, um den Kontakt mit den Gauwirtschaftskammern, den Gau-Vertretungen der Reichsstellen und der Wirtschaftsgruppen aufrecht zu erhalten. In den 18 Wehrkreisen gab es Fuehrungsstaebe der Reichsverteidigungs-Kommissare, Bezirksbeauftragte des Waffen- und Munitionsministers, Beauftragte der 25 Reichsstellen, Leiter der Bezirks-Nahrungsmittelaemter, Leiter der Bezirks-Holzbeschaffungsamter, Bezirks-Preiskommissare, Bezirks-Transportkommissare, Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront und viele andere.

## DIE "NEUORDNUNG" EUROPAS

Die Epoche Funk war die der kriegerischen Erfolge und der Aneignung unermesslicher Reichtuemer durch die deutschen Monopolisten und nazistischen Terroristen. Polen, Norwegen, Holland, Luxemburg, Belgien, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland und grosse Teile Nordafrikas wurden von der Achse ueberrannt. Daenemark, Finnland, Rumaenien, Ungarn und Bulgarien wurden in die Rolle von Vasallen gedraengt, Schweiz und Schweden von der Welt abgeschnitten. Anfang Oktober 1941 standen die nazistischen Armeen zum Schlage

gegen Moskau bereit. Am 30. Oktober 1941 prahlte Reichsinnenminister Dr. Frick in einer Kundgebung in Dresden mit dem bereits errungenen definitiven Endsieg Deutschlands: "Die offensive Stosskraft der Russen ist ein fuer alle Male erloschen. Sie kann auch niemals wieder hergestellt werden. Die Auswirkungen der deutschen Siege kuennden schon jetzt die Neuschöpfung Europas an, eines Europa, das unter deutscher Fuehrung den Aufbau-bereiten Nationen nach ihren Faehigkeiten das ihrige zukommen lassen wird." \* Im intimen Kreise der "Suedosteuropa-Gesellschaft" in Prag aeusserte sich Funk am 17. Dezember 1941 deutlicher ueber die Frage, was mit der "Neuordnung Europas" erstrebt wurde: Die fuehrenden politischen und wirtschaftlichen Kreise Deutschlands seien entschlossen, die eroberten russischen Gebiete fuer immer zum Kolonialland Europas zu machen; denn Deutschland stehe nicht mehr nur vor einer gross-deutschen, sondern vor einer europaeischen Aufgabe. Der alte Kontinent habe sein Antlitz dem Osten zugewandt und sich von der vorwiegend ueberseeisch und kolonialwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik abgekehrt. Mit dem bevorstehenden Zusammenbruch des britischen Weltreiches wuerden auch die Traeume einer wirtschaftlichen Welt-Hegemonie der Vereinigten Staaten Nordamerikas zusammenbrechen. \*\*

Diese Ausfuehrungen ergaenzte Funk am 15. Januar 1942 vor der Wirtschaftshochschule in Berlin. Dort sprach er ueber das Thema "Das wirtschaftliche Gesicht Europas" und erklaerte: "Die europaeische Wirtschaftseinheit wird allmaechlich herbeigefuehrt. Was noch fehlt, beschafft der Krieg im Osten. Der ueberaus reiche Boden des Schwarz-Erdegebietes Russlands wird Europa auf alle Faelle krisenfest machen." \*\*

In hunderten Broschueren und Buechern, in tausenden Artikeln, in zehntausenden Flugblaettern pries nun der Berliner Propagandaapparat die Neuordnung Europas den Vasallen und den unterjochten Westvoelkern an. Es gab unter den Persoenlichkeiten dieser unterworfenen Laender nicht wenige, die glaubten, die nazistische Neuordnung Europas sei eine begruessenswerte oekonomische Massnahme, selbst wenn sie die politische Unterordnung der Voelker Europas mit sich bringe. Die Hauptsache sei eine krisenlose Wirtschaft und Arbeit fuer alle in der Zukunft.

Was die deutschen Imperialisten durch die "Neuordnung Europas" erreichen wollten, war aber in Wirklichkeit folgendes: Aufhebung aller territorialen Grenzen in Europa fuer das Dritte Reich. Umstellung der Wirtschaft aller Laender des Kontinents entsprechend den Interessen der deutschen Monopolisten. Anschluss der Grossbetriebe an die deutschen Konzerne, deren Verlegung oder deren Liquidierung. Umwandlung aller Laender Europas in Rohstoff- und Agrargebiete. Vertreibung oder Ausrottung der slawischen Bewohner der Grenzlaender des Reiches, um Platz zu schaffen fuer die Siedlungen deutscher Wehrbauern. Unbeschraenkte Herrschaft des Dritten Reiches ueber Europa.

Noch als die "Segnungen der Neuordnung Europas" auf das ueberzeugendste propagiert wurden, begannen die Goering, Funk, Flick, Roechling, Quandt, Schmitt und Konsorten bereits — Eigennutz geht vor Gemeinnutz — mit der Durchfuehrung ihrer privaten Plaene: Die Laender wurden ausgepluendert, Millionen Menschen versklavt, zum Hungertode verdammt oder kaltbluetig er-

\* "Neue Zuericher Zeitung" vom 31. Oktober 1941.  
 \*\* "Neue Zuericher Zeitung" vom 19. Dezember 1941.  
 \*\*\* "Neue Zuericher Zeitung" vom 16. Januar 1942.

schossen, gehaengt, fabrikmaessig vergast oder verbrannt. Und deutsche Volksgenossen wurden von diesen Todesarten nicht ausgenommen. Millionen wurden gezwungen, fuer die Raubplaene der deutschen Imperialisten ihr Leben zu opfern, Tausende starben im Konzentrationslager oder unter dem deutschen Richterbeil.

## KRIEGSWIRTSCHAFT BESCHLEUNIGT DIE KAPITALSKONZENTRATION

Es waren insbesondere zwei Massnahmen des Reichswirtschaftsministeriums, welche die Kapitalkonzentration wirksam foerderten: das Verbot, Dividenden ueber 6 Prozent des Aktienkapitals zu zahlen und das Verbot, Aktiengesellschaften mit einem Stammkapital unter 5 Millionen Mark aufrechtzuerhalten oder neu zu gruenden. Das Verbot, hoehere Dividenden zu zahlen, war pure Demagogie und wurde dem Volk als "Schritt zur Ausschaltung hoher Unternehmerprofite" angepriesen. Aber Dividenden und Profit waren fuer die Beherrscher der grossen Aktiengesellschaften keineswegs ein- und dieselbe Sache. Die ausgeschuetteten Dividenden waren oft nur ein bescheidener Teil des Gesamtprofites. Ueber den Rest konnten der Vorstand und der Aufsichtsrat frei verfuegen. Er wurde durch hohe Abschreibungen der Betriebsanlagen unsichtbar gemacht, als Tantieme an Vorstand und Aufsichtsrat gezahlt, zum Ausbau der Betriebe verwendet oder dem Beteiligungs- und Reservefonds ueberwiesen.

Das Verbot, mehr als 6 Prozent des Aktienkapitals als Dividende zu zahlen, erhoehte somit den Profitanteil, der dem Vorstand und Aufsichtsrat verblieb und von diesen nach eigenem Ermessen verwendet werden konnte. Durch diese scheinbar soziale Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums sicherten sich die Monopolisten hunderte von Millionen, mit denen sie ihre wirtschaftliche Macht ausbreiteten.

Das Verbot, Aktiengesellschaften mit einem Stammkapital unter 0.5 Millionen Mark aufrechtzuerhalten oder neu zu gruenden, zwang schwachere Aktiengesellschaften zum Anschluss an groessere Konzerne. Andere Einzelunternehmungen wurden daran gehindert, sich das fluessige Kapital, welches nicht zur vollen Ausnuetzung ihrer Produktionskapazitaet noetig war, durch die Umwandlung zur Aktiengesellschaft zu beschaffen. Diejenigen Unternehmungen, die nicht in der Lage waren, 0.5 Millionen Mark Stammkapital aufzunehmen zu koennen, wurden so gezwungen, ihre Selbstaeendigkeit aufzugeben.

Das durchschnittliche Stammkapital der deutschen Aktiengesellschaften nahm nunmehr fortgesetzt zu. Es betrug in Millionen Mark:

Ende 1933	2.256	Ende 1938	3.397
1934	2.296	1939	3.799
1935	2.494	1940	3.983
1936	2.669	1941	4.597
1937	3.069	1942	5.378 *

In den Jahren 1933 bis 1939 sank die Zahl der Aktiengesellschaften von 9.148 auf 5.353; sie stieg bis Ende 1940 wieder auf 5.397 und bis Ende 1941

\* "Wirtschaft und Statistik", Juni 1942 und September 1943.

auf 5.418. In dieser Zahl sind jedoch auch Gesellschaften der besetzten Gebiete enthalten. Die Zahl der kleinen Aktiengesellschaften mit einem Kapital unter 5 Millionen Mark fiel von 5.453 Ende 1933 auf 2.128 Ende 1940. Die Zahl der mittleren Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von ueber 5 Millionen Mark sank von 3.016 Ende 1933 auf 2.576 Ende 1940.

Im Jahre 1939 wurden 20 neue Gesellschaften mit einem Gesamt-Aktienkapital von 201,1 Millionen Mark gegrueudet. Im Jahre 1940 zaehlten die Neugruendungen 30 Gesellschaften mit einem Gesamt-Aktienkapital von 437,5 Millionen Mark. Im Jahre 1941 waren es 40 Gesellschaften mit einem Gesamt-Aktienkapital von 1.040 Millionen Mark. Das Durchschnittskapital jeder neu gegrueudeten Aktiengesellschaft betrug somit:

10 Millionen Mark im Jahre 1939  
15 Millionen Mark im Jahre 1940  
und 26 Millionen Mark im Jahre 1941

Im Jahre 1940 betrug das Gesamt-Aktienkapital 21,40 Milliarden Mark; 71 Aktiengesellschaften verfuegten davon allein ueber 8,87 Milliarden Mark. Im Jahre 1941 betrug das Gesamt-Aktienkapital 24,91 Milliarden Mark; 89 Aktiengesellschaften verfuegten davon allein ueber 11,21 Milliarden Mark.

Bei den Gesellschaften mit beschraenkter Haftung war eine aehnliche Entwicklung zu verzeichnen. Im Jahre 1939 wurden 3.006 Gesellschaften m. b. H. mit einem Gesamtkapital von 344 Millionen Mark geloescht und 691 Gesellschaften mit einem solchen von 132 Millionen Mark gegrueudet. Im Jahre 1940 wurden 1.570 Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 114 Millionen Mark aufgeloescht und 712 Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 161 Millionen Mark neu eingetragen. Im Jahre 1940 betrug das Gesamtkapital der G. m. b. H.'s 5,15 Milliarden Mark; 110 grosse Gesellschaften verfuegten davon allein ueber 2,42 Milliarden Mark, die restlichen 22.108 Gesellschaften ueber 3,62 Milliarden Mark.

In dem urspruenglichen Programm der National-„Sozialistischen“ Partei war die Verstaatlichung der Monopole und Trusts einer der Kernpunkte geworden. Nach dem Umbruch von 1933 sprach man davon nicht mehr. Statt dessen stiegen die Hitler, Goering, Himmler und Konsorten selbst zu Trustherren auf. Ferdinand Fried-Zimmermann, ein Theoretiker des „Tat-Kreises“ und Redakteur des Ullstein-Blattes „Vossische Zeitung“ hatte 1931 in seinem Buch „Das Ende des Kapitalismus“ den kapitalistischen Charakter des Nationalsozialismus, um die sozialistischen Arbeiter irrezufuehren, bestritten. Als nazistischer Professor in Prag schrieb er 1943 ein Buch „Die soziale Revolution“, um die zunehmende Konzentration des Kapitals im Dritten Reich besonders dem vernichteten Mittelstand gegenueber zu verteidigen. In diesem Buche stellt Fried-Zimmermann die Konzentrierung einer immer groesseren wirtschaftlichen Macht in den Haenden der Monopolistenklieke und den Untergang des Mittelstandes als „Zwangslaeufigkeit“, als „sozialrevolutionaere Umwaelzung“ hin, „gegen die aufzukommen, nicht moeglich ist.“ Woertlich schrieb Fried-Zimmermann:

„Dass der heute noch vorhandene eigentuemliche Reiz des Landlebens und die Romantik des Bauernlebens verloren geht, ist an sich sehr bedauerlich, aber nicht mehr abzuwenden, nachdem sich die Menschheit einmal der technischen Entwicklung verschrieben hat. Revolutionaere Zeiten wie diese, sind immer kalt

und erbarmungslos, und sie zerstoeren mehr als alte Gemuetswerte... Mit der Masse und der Technik wachsen nicht nur die Betriebe selbst, sondern wachsen auch die Aufgaben der Investitionen in ungeheure Dimensionen, und aus diesem Grunde auch werden die Investitionen nicht mehr vom einzelnen Unternehmer, sondern nur noch vom Staat als dem Exponenten dieser Massentwicklung entschieden werden koennen... Der Unternehmer unternimmt nichts mehr. Er ist nicht mehr Unternehmer im eigentlichen Sinne des Wortes, und er will es auch gar nicht sein... Er wird als Fuehrer seines Betriebes bei aller Selbstaendigkeit ein dienendes Glied der gesamtwirtschaftlichen Planung und Lenkung der Produktion durch den Staat. Den Anreiz des Gewinnes wird aber auch der Staat nicht entbehren koennen, um die Wirtschaft organisiert zu lenken.“

Fried versuchte auf diese plumpe Weise zu verhuellen, dass die reaktionaersten, aggressivsten und maechtigsten „Unternehmer“, die Monopolisten und Grossbankiers durch die Errichtung der nazistischen Staatsmacht sich des Staates und seiner Reichtuemer restlos bemaechtigt hatten, dass sie es waren, die durch die Reichsgruppen, die Wirtschafts- und Fachgruppen, die Reichsstellen und Reichsvereinigungen, die Bezirks-Wirtschaftsaemter, die Wirtschaft „lenkten“, um sich auf Kosten der Arbeiter, der Bauern und der kleinen industriellen und handwerklichen Unternehmungen zu bereichern, um zahllose selbstaendige Existenzen zu vernichten und immer groessere Geldmacht in ihren Haenden zu vereinigen. Einstmals — lang, lang ist es her — hatte man das als „raffendes Kapital“ bezeichnet.

#### DIE ROLLE DER NATIONALISIERTEN UNTERNEHMUNGEN UNTER DEM NAZIREGIME

Die deutsche Wirtschaft war von jeher in einen privaten und in einen nationalisierten und kommunalisierten Sektor geteilt. Die letzteren wurden in Form von staatlichen oder kommunalen Betrieben oder gemischten Aktiengesellschaften verwaltet. Bei den staatlichen Unternehmungen handelte es sich vornehmlich um solche, die aus militaerischen Gruenden, ohne Ruecksicht auf ihre Rentabilitaet gegrueudet worden waren. Der groesste staatsmonopolistische Betrieb ist die Deutsche Reichsbahn A. G. mit einer Kapitalsanlage von 25.780 Millionen Mark. Ihm folgte der Post-, Telegraphen-, Telephon- und Sendebetrieb mit einer Kapitalsanlage von 2.314 Millionen Mark. In den Haenden des Staates befanden sich auch grosse Werft- und Maschinenbetriebe, die unter der Bezeichnung „Deutsche Werke“ bekannt geworden sind. Im Verlaufe des ersten Weltkrieges gruendete die Reichsregierung mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark die Vereinigten Aluminium-Werke A. G.

Diese Kriegsbetriebe wurden nach Friedensschluss durch die staatliche Reichskredit-Gesellschaft verwaltet. Unter ihrer Fuehrung erfolgte die Zusammenfassung aller Industriegesellschaften des Reiches in der Vereinigten Industrie A. G., kurz Viag genannt. Die Viag uebernahm auch die Aktienmehrheit der Rheinmetall Borsig Werke A. G. Im Jahre 1931 kaufte sie, veranlasst durch ein Manoever Friedrich Flicks, das Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks A. G. Flick hatte dem franzoesischen „Comité de Forges“ die Aktien angeboten. Unter Druck der reaktionaeren Presse, die ein Geschrei ueber das Eindringen auslaendischer Kapitalien in die deutsche Schwerindustrie begann, veraniasste der Reichskanzler Heinrich Bruening die Uebernahme der Aktien durch die Viag. Flick

und die Vereinigten Stahlwerke, deren Stammgesellschaft die Gelsenkirchener Bergwerks A. G. war, machten dabei einen Profit von fast 80 Millionen Mark. Unter Hitler wurden zahlreiche Betriebe und Beteiligungen der Viag den Monopolisten zurueckgegeben. Trotzdem verblieb noch immer die Aktienmehrheit von 109 Gesellschaften mit einem Kapital von 1.707 Millionen Mark in ihren Haenden.

Der preussische Staat war Eigentuermer der Preussischen Bergwerks A. G. (Preussag) und der Hibernia Bergwerks A. G., die Erzgruben, Kohlenwerke und andere Betriebe in sich vereinigten. Goering als Ministerpraesident von Preussen ernannte seinen Kumpan, den ehemaligen Seekadetten Wilhelm Tengelmann zum Generaldirektor der Hibernia A. G. Wilhelm Tengelmann, ein Sohn Ernst Tengelmanns, gehoerte 1919 der "Marinebrigade Ehrhardt" an und beteiligte sich an der Niederschlagung der revolutionaeren Erhebung in Bremen, Braunschweig, Muenchen, Berlin und Oberschlesien. Wilhelm Tengelmann trat fruehzeitig der SS bei und wurde 1933 Obersturmfaehrer. Im Alter von 32 Jahren amtierte er als nazistischer Landrat fuer Una-Hamm, als Wirtschaftsbeauftragter Goering fuer dasselbe Gebiet und als Treuhaender der Arbeit fuer Westfalen. Das in den Gemeindebetrieben angelegte Kapital betrug 1936 rund 1.100 Millionen Mark.

Die Viag, Preussag, die Hibernia und die grossen Gemeindebetriebe bildeten das Sprungbrett fuer zahlreiche Nazifuehrer zum Aufbau ihrer eigenen Machtstellung in der Industrie. In den Verwaltungen dieser Betriebe trafen sie mit den Vertretern der Privatkonzerne zusammen; denn diese Verwaltungen waren stark mit Krupp, Thyssen, Flick und deren Vertrauensleuten durchsetzt. Diese Betriebe wurden so gleichzeitig zu einem wichtigen Werkzeug in den Haenden der Staatsmacht und des Monopolkapitals zur zusaetzlichen Belastung der Volksmassen durch Festsetzung willkuerlicher Preise fuer den privaten Verbrauch an elektrischem Strom und an Brenngas, durch Erhoehung der Fahrpreise auf der Reichsbahn, den Omnibus-Linien und den Strassenbahnen.

#### KONZERNE DER HITLERREGIERUNG, MONOPOLISTEN UND PARTEIFUEHRER

Im Maerz 1941 gruendete das Reichswirtschaftsministerium die Continentale Oel-A. G., die als Dachgesellschaft aller in den verschiedenen Laendern von deutschen Monopolisten gestohlenen Oelwerke dienen, die Oelproduktion steigern und die Oelversorgung regeln sollte. Das Grundkapital dieses Raubkonzerns betrug 80 Millionen Mark. Es wurde vom Reichswirtschaftsministerium und von den an der Oelproduktion beteiligten Konzernen eingezahlt. Dazu gehoerten die I. G. Farben, der Goering-Konzern, der Wintershall-Konzern, der Flick-Konzern, der Krupp-Konzern und andere. Zur Ausbeutung der polnischen Oelvorkommen hatten die Nazis schon 1940 die Karpathen Oel-A. G. Lemberg, fuer die Ausbeutung der Oelschiefergruben in Estland die Baltische Oel-G. m. b. H. gegrueudet, die sich nun ebenfalls an der Continentalen Oel A. G. beteiligten. Vorsitzender des Vorstandes der Gesellschaft war der Reichswirtschaftsminister Dr. Walther Funk.

Die Continentale Oel A. G. kontrollierte die gesamte Mineraloelproduktion in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, in Polen, Estland und in Rumaenien. Sie erhoehte die Oelproduktion Ungarns von 43.000

Tonnen im Jahre 1939 auf 1,5 Millionen Tonnen im Jahre 1943, die Produktion Oesterreichs von 63.000 Tonnen im Jahre 1938 auf 150.000 im Jahre 1943. In Rumaenien erreichte die Oelproduktion im Jahre 1936 die Hoechstleistung von 8,7 Millionen Tonnen, von da ab ging die Produktion, trotz der Gruendung einer besonderen Zweigstelle, — der Continentalen Oel-A. G. Bukarest —, die umfangreiche Bohrungen auf einem 38.00 Hektar weiten oelhaltigen Gebiet vornahm, zurueck. Im Jahre 1943 betrug die Oelproduktion Rumaeniens noch 5,2 Millionen Tonnen, wovon nur 3,5 Millionen Tonnen nach Deutschland geliefert wurden. Auch die Produktion der Oelschiefergruben verminderte sich von 174.000 Tonnen im Jahre 1939 auf 69.000 Tonnen im Jahre 1943.

Die grosse Hoffnung der Continentalen Oel-A. G. war die Ausbeute der Oelquellen des Kaukasus, deren Raub von Hitler fuer Ende 1941 prophezeit wurde. Durch die Niederlage bei Stalingrad Anfang 1943 wurde diese Hoffnung jedoch endgueltig zerstoeert. Damit begann zugleich die Brennstoff- und Rohoel-Krise der nazistischen Kriegsmaschine. Der jaehrliche Bedarf des Dritten Reiches an Brennstoff und Rohoel wurde auf 18 Millionen Tonnen geschaezt. Der Continentalen Oel-A. G. stand im Jahre 1942, der Zeit ihrer hoechsten Blute, eine Gesamtproduktion von 12.390 Millionen Tonnen zur Verfuegung. Davon lieferten die deutschen Vorkommen und die Hydrier-Werke 5 Millionen Tonnen, Rumaenien 3,5 Millionen Tonnen, Oesterreich und Ungarn 1,6 Millionen Tonnen, Polen und Galizien 1,5 Millionen Tonnen und Estland 69.000 Tonnen. Zur jaehrlichen Bedarfsdeckung fehlten schon damals 5,71 Millionen Tonnen.

Die Produktion von synthetischem Brennstoff erfolgte in den Werken der I. G. Farben Leuna bei Merseburg, der Rheinischen Braunkohlenkraftstoff A. G. Wesseling, der Sudetendeutschen Treibstoff A. G. Bruex, der Treibstoff A. G. Poelitz, der Ruhr-Chemie A. G. Sterkrade, der Krupp Treibstoffwerke Essen, der Gelsenkirchener Bergwerks A. G. mit Werken in Bottrop, Wanne-Eickel und Moers, in der I. G. Farben Vakuum-Oel A. G. Krakau und in den Hydrierwerken in Luetzkendorf bei Halle, Ruhland bei Dresden, Rothensee bei Magdeburg, Boehlen bei Leipzig und in anderen Orten.

Auf diese Hydrier-Werke und Raffinerien unternahmen die alliierten Luftstreitkraefte allein im Jahre 1944 270 Angriffe und warfen ueber hunderttausend Tonnen Bomben auf sie ab. Dadurch wurde die Produktion um zwei Drittel herabgedrueckt und nur die kaempfenden Nazitruppen, die U-Boot- und die Luftwaffe konnten noch in beschraenkter Masse mit Brennstoff und Rohoel versorgt werden. Wie ernst die Situation geworden war, kam darin zum Ausdruck, dass der Munitionsminister Professor Albert Speer den Leiter des Hauptamtes Munition, Direktor Karl Geilenberg zum Reichskommissar fuer die Beschleunigung des Wiederaufbaues der zerstoeerten Hydrier-Werke und Raffinerien ernannte. Bald aber drangen die Armeen der Vereinigten Nationen immer weiter vor, nahmen die geraubten Oelquellen wieder zurueck und legten damit die Luftwaffe Goerings und die Tankwaffe Guderians fast vollstaendig brach.

Diese Entwicklung verminderte die Bedeutung der Continentalen Oel A. G. Nachdem die Funk, Flick, Schmitz, Goering, Krupp und Quandt als Kriegsverbrecher beseitigt sind, kann die Gesellschaft als organisatorisches Gerippe fuer die verstaatlichte deutsche Brennstoff- und Rohoel-Industrie benuetzt werden.

Im Jahre 1934 wurde der nazistische Textilunternehmer und Generalre-

ferent im Reichswirtschaftsministerium Hans Kehl beauftragt, das Dritte Reich von auslaendischen Textilstoffen unabhängig zu machen. Kehl veranlasste daraufhin im Jahre 1935 seinen Geschaeftsfreund, den Textilindustriellen Christian Dierig zur Gruendung der Schlesischen Zellwolle A. G., Hirschberg und seinen Geschaeftsfreund, den Wollindustriellen Fritz Stoehr zur Gruendung der Thueringischen Zellwolle A. G., Schwarzta. Die I. G. Farben beteiligte sich an dem Konzern durch Ueberlassung von Patenten. Zur Vertretung ihrer Interessen stellte die I. G. Farben ihren Mitarbeiter Eugen Doerr als stellvertretenden Generaldirektor der Schlesischen Zellwolle A. G. und ihren Mitarbeiter Walter Schieber als Generaldirektor der Thueringischen Zellwolle A. G. zur Verfuegung. Kehl wurde in beiden Gesellschaften Vorsitzender des Aufsichtsrates. Viele Millionen wurden nun mit Versuchen verschwendet, aus Stroh und aus Kartoffelkraut brauchbare Zellulose und aus den Abfaellen Eiweissstoffe zu fabrizieren. Im Jahre 1941 gruendete Kehl mit einem Kapital von 50 Millionen Mark die Phrix-Werke A. G. als Dachgesellschaft fuer die bis dahin von der Schlesischen Zellwolle A. G. kontrollierten Gesellschaften. Die Familie Dierig ueberliess der Dachgesellschaft die Aktienmehrheit der Schlesischen Zellwolle A. G. und verdiente dabei die runde Summe von 6 Millionen Mark. Generaldirektor der neuen Gesellschaft wurde Doerr, Vertrauensmann der I. G. Farben, Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde Kehl, Vertrauensmann der Familie Dierig, die rechte Hand Kehls, war der Freiherr Raitz von Frenzt. Sein Sohn Hanno war der Nazi-Buergermeister von St. Goarshausen und Schwiegersohn Gustav Krupps von Bohlen und Halbach; Grund genug fuer den alten Frenzt, seine Stellung im Phrix-Konzern zu benuetzen, um der Krupp A. G. grosse Auftraege bei der technischen Einrichtung der Zellwolle-Industrie zuzuschancen. Trotzdem die Nazi-Presse die Nachricht verbreitete, dass der Konzern frei vom Einfluss aller kapitalistischen Gruppen sei, wurde er von der I. G. Farben und von der Familie Dierig sowie von der Familie Krupp kontrolliert.

Im Jahre 1942 erhoehrte der Konzern sein Aktienkapital von 50 auf 75 Millionen Mark. Ihm waren nun die Schlesische Zellwolle A. G., Hirschberg, die Zellwolle- und Zellulose A. G., Kuestrin, die Kurmaerkische Zellwolle- und Zellulose A. G., Wittenberge, die Rheinische Kunstseiden A. G., Duesseldorf, die Polnische Zellwolle A. G., Lodz und die Fefasa A. G. Miranda am Ebro angeschlossen. In Norwegen gruendete der Phrix-Konzern die Norsk Celluloid A. G. Nur die schlesischen und rheinischen Gesellschaften arbeiteten mit Gewinn, alle uebrigen gerieten durch Misswirtschaft, Korruption und verfehlte Versuche in tiefe Schulden und verloren grosse Teile ihres Aktienkapitals. Trotzdem versuchte die Dachgesellschaft auch Werke anderer Branchen unter ihre Kontrolle zu bringen. Dem Zuge der Zeit folgend, schloss sie sich 1941 die Schlesische Chemie A. G. und die Bergwerks- und Huetten A. G. Oberschlesien an.

Die Thueringer Zellwolle A. G., Schwarzta blieb ausserhalb des Phrix-Konzerns und diente dem Staatsrat Walter Schieber als Basis fuer seine privaten Geschaefte. Ihr waren die Sueddeutsche Zellwolle A. G., Kulmbach und die Saechsische Spinnfaser A. G., Plauen angeschlossen.

Ein anderes Unternehmen, das als nazistischer Partei-Konzern gegruendet, spaeter aber gemeinsam mit Vertretern von Privatgesellschaften verwaltet wurde, war die Generatorkraft A. G. Die Gruendung dieser Gesellschaft erfolgte, als die Brennstoffkrise die Kraftfahrzeuge ohne Brennstoff liess. Der von dem Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition Dr. Todt schon frueher gebil-

dete "Generatorenstab", der dem Generalleutnant Vietinghoff von Schell unterstand, sollte fuer diesen Fall brauchbare Generatoren fuer Kraftwagenbetrieb mit Holz, Torf und Braunkohle als Brennmaterial konstruieren. Die Versuche hatten jedoch geringe Fortschritte gemacht: nur ein Generator fuer Holzgasbetrieb war zustandegekommen.

Mitte 1942 nahm die Brennstoffkrise ein ernstes Ausmass an. Der Nachfolger Todts, Professor Albert Speer, verlor die Geduld. Er entliess den Generalleutnant Vietinghoff von Schell und loeste den sogenannten Generatorenstab auf. Speer beauftragte den Staatsrat Walter Schieber mit der Bildung einer "Zentralstelle fuer Generatoren", die Generatoren produzieren lassen und deren Vertrieb vornehmen sollte. Stellvertreter Schiebers in der Zentralstelle wurde der Wehrwirtschaftsfuehrer Carl F. W. Borgward, ein "alter Kaempfer", der 1938 die Hansa-Lloyd-Werke, Bremen "arisiert" hatte. In diesen Werken, die nunmehr den Namen "Automobilwerke Borgward" fuehrten, baute er Lastkraftwagen mit Holzgeneratorantrieb. Ihn beauftragte Schieber mit dem Serienbau von Holzgeneratoren. Borgward sicherte so seinen Werken Beschaeftigung fuer unbegrenzte Zeit. Zugleich vermittelte Schieber den Gustloff-Werken in Weimar, in deren Verwaltungsrat er den Vorsitz fuehrte, riesige Auftraege. Auch Betriebe des Flick-Konzerns und andere Konzerne beteiligten sich nunmehr an dem Geschaefte.

Nach kurzer Zeit schon war das Dritte Reich mit Holzgeneratoren ueberschwemmt, sodass sich die organisierte Versorgung mit Tankholz notwendig machte. Schieber witterte hier eine neue Moeglichkeit, grosse Profite zu machen. Mit einem Grundkapital von einer Million Mark gruendete er die Generatorkraft A. G. und monopolisierte die Versorgung des Kraftwagenbetriebes mit Tankholz. Jede Tankholzstelle musste an die Gesellschaft pro Festmeter 4,50 Mark bis 7,50 Mark Abgabe zahlen. Das Geschaefte ging anfangs ausgezeichnet; denn die Zahl der in Betrieb befindlichen Holzgeneratoren und auch der Bedarf an Tankholz nahmen taeglich zu. Bald aber stellte sich Mangel an Tankholz ein. Der jahrelange Raubbau an deutschen Waeldern blieb nicht ohne Folgen. Die normale jaehrliche Abholzungs-Quote fuer Deutschland betrug 37 Millionen Festmeter, fuer "Grossdeutschland" 45 bis 50 Millionen Festmeter. Diese Quote war aber seit 1934 weit ueberschritten worden. Im Jahre 1942/43 wurden 70 Millionen Festmeter, im Jahre 1943/44 sogar 80 Millionen Festmeter abgeholzt. Fuer das Jahr 1944/45 wurde eine Quote von 90 Millionen Festmetern vorgesehen. Trotzdem auch die besetzten Sowjetgebiete ihres Holzreichtums beraubt wurden — zu diesen Zwecke gruendete Schiebers Generatorkraft A. G. die Dnepr Holz G. m. b. H. — konnte der zunehmende Bedarf an Tankholz nicht gedeckt werden.

So wurde das Tankholz-Monopol Schiebers und Borgwards bald durchbrochen. Andere Konzerne, die Generatorenkoks und fluessigen Brennstoff produzierten, forderten die Teilnahme am Geschaefte. Die Generatorkraft A. G. erhoehrte daraufhin Mitte 1943 ihr Aktienkapital von 1,8 auf 9 Millionen Mark. Davon uebernahm die Ruestungskontor G. m. b. H. des Ministers Speer 4,5 Millionen Mark, die Reichsvereinigung Kohle Pleigers und die Continentale Oel A. G. Funks zusammen 3,6 Millionen Mark und die Holz- und Torflieferanten 0,9 Millionen Mark. Die Tankstellen der Gesellschaft lieferten von nun ab alle Arten Treibstoff aus. Trotzdem konnte die Gesellschaft nicht verhindern, dass andere grosse Gesellschaften, wie der Quandt-Konzern, ihre eigenen Tankstellen einrichteten.

## NAZISTISCHE PARTEI-KONZERNE

Der Gedanke, eigene Industrieunternehmungen aufzubauen, entwickelte sich in der Fuehrung der Nazi-Partei schon fruehzeitig. Ihre engen Beziehungen zu monopolistischen Kreisen liess die Nazi-Fuehrer das riesige Ausmass der Profite erkennen, die Konzerne, wie die Vereinigten Stahlwerke, die I. G. Farben, die Krupp A. G., der Flick-Konzern und andere einheimsten. Auch fuehlten sie den unermesslichen Einfluss, den diese Aktiengesellschaften auf die Politik des Reiches ausuebten. Durch den Besitz eigener maechtiger wirtschaftlicher Unternehmungen glaubten die Hitler, Goering und Himmler, ihre Staatsmacht endgueltig festigen zu koennen.

Die Nazi-Fuehrung begann mit dem Ankauf von Druckereien. Spaeter beteiligte sie sich an Textilfabriken, die SA-Uniformen, Fahmentuch und SA-Muetzen herstellten und an Stahlwarenfabriken, die Dolche fuer die SA und fuer die HJ lieferten und an aehnlichen Unternehmungen. Die Uebernahme der Staatsmacht wurde mit dem Raub grosser Unternehmungen verbunden. Die Nazi-Partei eignete sich nun die Druckerei-Unternehmungen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten an. Sie legte ihre Hand auf das Vermoegen der Gewerkschaften und Genossenschaften, das aus Grundstuecken, Bau-, Industrie-, Handels- und Versicherungsunternehmungen bestand. Die "Bauhuetten", die den Namen "Siedlungsgesellschaft Neue Heimat" erhielt, hatte ein Gesellschaftskapital von 80 Millionen Mark. Die Versicherungsgesellschaften "Volksfuersorge", "Deutscher Ring" und "Deutsche Sachversicherungs A. G." verfuegten ueber ein Vermoegen von insgesamt 3 Milliarden Mark. Zur Verwaltung der Arbeiterkonsumgenossenschaften gruendete Ley im Jahre 1941 die "Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront G. m. b. H." Zu dieser Gesellschaft gehoerten 300 Baeckereien, 60 Fleischereien, 5 Muehlenbetriebe und 243 andere Nahrungsmittelfabriken. Ende 1943 verfuegte die Gesellschaft noch ueber 12.000 Kleinhandels-Verkaufsstellen mit rund 10 Millionen eingetragenen Kunden.

Auch in der Grossindustrie versuchte Ley sein Glueck. Er uebernahm die "Vulkan-Werft A. G." die ein Anlagekapital von rund 35 Millionen Mark besass. Er gruendete das Volkswagen-Werk Fallersleben bei Hannover mit einem erschwindelten Stammkapital von 50 Millionen Mark. Beide Gesellschaften erhoekten im Verlaufe des Krieges ihr Kapital um das Vielfache.

Die von Ley dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gestohlene "Deutsche Arbeiterbank", die ueber ein Aktienkapital von 50 Millionen Mark verfuegte, nannte er in "Bank der deutschen Arbeit" um. Dieses Bankhaus verwaltete saemtliche Betriebe der DAF und der Organisation "Kraft durch Freude". In ihre Kassen floss der Ueberschuss aus den jaehrlich eine Milliarde betragenden Beitraegen, die 30 Millionen Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Geschaeftsleute jaehrlich an die DAF zahlen mussten. Die Bilanzsumme der Bank erhoehrte sich in den Jahren 1938 bis 1943 um 800 Prozent. Im Jahre 1938 ueberfluegelte sie in dieser Hinsicht die Berliner Handelsgesellschaft, im Jahre 1939 die Reichs-Kreditanstalt und im Jahre 1942 die Deutsche Commerz- und Handelsbank und rangierte so an dritter Stelle der deutschen Grossbanken.

Die Bank der deutschen Arbeit finanzierte mit den Beitraegen der DAF vor allem Kriegsbetriebe, die sich in Haenden von Mitgliedern der Nazi-Partei befanden. Da gab es zum Beispiel den Generaldirektor Erich Luebbert. Bis Anfang 1924 lebte er in Suedwestafrika vom Diamanten-Bergbau. Von dort aus

trug er zur Finanzierung der Organisation "Consul" und anderer faschistischer Terrorverbaende bei. In Deutschland eignete sich Luebbert, die Inflation ausnuetzend, die Verkehrswesen A. G. an, zu deren Tochtergesellschaften die Baufirma Lenz & Co. gehoerte. Im Jahre 1924 schloss sich Luebbert der NSDAP an.

Nach Hitlers Machtuebernahme erhielt Luebbert den Auftrag mit dem Gelde der DAF Erzvorkommen in Ostafrika, Suedafrika, Suedwestafrika und in Belgisch-Kongo zu erschliessen. Die Schacht und Funk wollten sich dort Erzreserven fuer den Krieg gegen die Sowjetunion sichern. Im Jahre 1939 zog sich Luebbert jedoch, nachdem er Millionen an Subventionen "verdient" hatte, aus begreiflichen Gruenden aus Afrika zurueck. Im Jahre 1942 gruendete er, wiederum mit dem Gelde der DAF, die Thrazische Bergwerks A. G., Sofia, die Vorkommen an Nichteisenerzen und Kohlen in Griechenland erschliessen sollte.

Die Baufirma Lenz & Co. erhielt grosse Bauauftraege im Osten. Schon 1940 oeffnete sie eine staendige Zweigniederlassung in Posen. Durch die enge Verbindung Luebberts mit der SS Himmlers und der DAF Leys erhielt er zehntausende Ostarbeiter zugewiesen. Taeglich gingen hunderte dieser Arbeiter infolge Ausbeutung, Hunger und Kaelte zugrunde. Aber die Profite Luebberts stiegen ins enorme. Das Anlagekapital der Lenz & Co. betrug 1939 8 Millionen Mark. Die Neu-Investitionen stiegen bis 1941 auf 10 Millionen und die Reserven auf 9 Millionen Mark an. Als Dividende wurden jaehrlich 8 Prozent ausgeschuettet. Vorstand und Aufsichtsrat erhielten als Tantiemen riesige Betraege. Im Jahre 1942 brachte die Bank der deutschen Arbeit neue Aktien der Firma Lenz & Co. in Hoehe von 5 Millionen Mark auf der Berliner Boerse zum Verkauf.

Die Bank der deutschen Arbeit stellte Luebbert auch das Kapital zur Gruendung der Beton Schiffbau G. m. b. H. zur Verfuegung. Diese Gesellschaft sollte die Vorbereitungen fuer den Serienbau von Beton-Schiffen treffen. Als diese beendet waren, begann Luebbert die Produktion mit einer eigenen Gesellschaft, in die er 6 Millionen Aktienkapital einbrachte.

Ein anderer Konzern der Nazi-Partei nannte sich "Wilhelm Gustloff Stiftung". Der Stammbetrieb war die Waffen- und Fahrzeugfabrik Simson, Suhl. Spaeter wurden dem Konzern die Hirtenberg Munitionswerke A. G. in Oesterreich, die Vereinigten Thueringischen Salinen Stotterhausen, Salzungen und Sulza angeschlossen. An der Spitze der "Stiftung" standen der Thueringer Gauleiter Fritz Sauckel, der Gauwirtschaftsberater Staatsrat Otto Eberhardt und der Direktor der Dresdner Bank, Karl Goetz. Als Eberhardt einem Automobilunfall zum Opfer fiel, uebernahm der Generaldirektor der Thueringer Zellwolle A. G., Wehrwirtschaftsfuehrer und Staatsrat Walter Schieber, die Aemter und Pfruende Eberhardts im Konzern.

Sauckel, Eberhardt und Goetz verband eine lange Freundschaft. Kurz nach Ausbruch des ersten Weltkrieges gerieten sie in franzoesische Gefangenschaft und kamen in das Lager "Ile Longe". Dort schmiedeten sie ihre Zukunftsplaene und gelobten sich im kommenden Kampfe um Reichtum und Macht gegenseitige Unterstuetzung. Sauckel wurde als erster unter ihnen Mitglied der Nazi-Partei, Eberhardt sicherte sich eine hohe Stellung als Bergwerks-Ingenieur bei dem Julius Petschek-Konzern und Goetz stieg in der Dresdner Bank bis zum Direktor auf, wurde Mitglied des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke, der Harpener Bergbau A. G., der Essener Steinkohlenbergbau A. G., der AEG, der Hamburg-Amerika-Linie, des Aschinger-Konzerns, Berlin und vieler



anderer Gesellschaften. Diese "drei Musketiere" begannen nach Hitlers Machtuebernahme, sich unter Ausnuetzung ihrer Positionen, die Baele zuzuwerfen. Die Erschiessung Gustloffs durch einen juedischen Fluechtlings in der Schweiz und die damit verschaerfte Verfolgung der juedischen Bevoelkerung in Deutschland, bot ihnen die Gelegenheit, die Familie Simson durch Terror und Betrug zur Auslieferung der Suhlener Waffen- und Fahrzeugwerke zu zwingen. Eberhardt spielte eine fuehrende Rolle bei dem Raub der Julius Petschek-Gruben in Mitteldeutschland und erwarb sich dadurch die Gunst Goerings. Goetz veranlasste Flick zum Tausch der Harpener Steinkohlengruben gegen die Petschek-Braunkohlengruben und wurde so einer der Vertrauensleute Goerings in der Direktion der Dresdner Bank. Die Klique Sauckel-Eberhardt-Goetz-Schieber bereicherte sich durch den Gustloff-Konzern um viele Millionen Mark. Ein Geschaeftsbericht dieses Konzerns wurde niemals veroeffentlicht.

Zu erwaehnen sind noch der DAF-Theater-Konzern und Hitlers Buch- und Zeitungs-Konzern. Der Theater-Konzern, dem die fruher juedischen und kommunalen Theater-Unternehmungen einverleibt wurden, brachte Ley, mit Hilfe der Organisation "Kraft durch Freude" viele Millionen ein. Hitlers Konzern, der Franz Eher-Verlag gab das Schandwerk "Mein Kampf" heraus. Beamte, Schullehrer, Bibliotheken und jeder Anhaenger der Nazi-Partei wurden gezwungen, das Buch zu kaufen. Die Landesregierungen mussten hunderttausende Exemplare uebernehmen und an die Schulkinder verteilen. Die Gesamtauflage ueberstieg somit 5 Millionen Exemplare. Der durchschnittliche Preis pro Exemplar war 5 Mark. Hitler erhielt ein Schriftsteller-Honorar von ueber 2½ Millionen Mark. Aber er verdiente ausserdem noch an seinen Reden, die in Buchform herausgegeben wurden und Millionenauflage erreichten. Ausserdem gehoerten Hitler die Profite des Eher-Verlages, der alle Zeitungen der Nazi-Partei besass, und der sich saemtliche Druckerei-Unternehmungen Deutschlands angeeignet hatte. Hitlers Einkommen aus dem Eher-Verlag ueberstieg in den zwolff Jahren seiner Herrschaft 25 Millionen Mark. Riesige Summen erhielt er als Fuehrer und Reichskanzler zur Bestreitung seiner "Repraesentationskosten".

#### DER GOERING-KONZERN

Im Jahre 1937 bot sich auch fuer Goering und seine Klique die Gelegenheit, Grossindustrielle zu werden. Goering wurde dazu von dem Fabrikbesitzer und Gau-Wirtschaftsberater Paul Pleiger angeregt, der das Monopol zur Fabrikation von "Ehren"-Dolchen fuer die SA, die SS, das NSKK und fuer die HJ besass. Pleiger machte Goering den Vorschlag, eine Aktiengesellschaft zu gruenden, welche die Verhuettung von eisenarmen Erzen betreiben sollte. Goering, Kehrl und Funk begriffen schnell, dass die Realisierung dieses Vorschlages der Ausgangspunkt fuer den Aufbau eines nazistischen Montan-Konzerns werden und die Beziehungen zwischen den hohen Nazi-Fuehrern und den Schwerindustriellen auf eine neue Grundlage stellen koenne.

Die Gruendung der Reichswerke A. G. fuer Erzbergbau und Eisenhuetten Hermann Goering erfolgte im Juni 1937. Reichsfinanzminister Lutz von Schwerin-Krosigk stellte das Stammkapital in Hoehe von 75 Millionen Mark zur Verfuegung. Zu Direktoren der Gesellschaft ernannte Goering Paul Pleiger und den SA-Obergruppenfuehrer Wilhelm Meinberg. Mitglieder des Vorstandes wurden der Staatssekretaer Paul Koerner, der Staatssekretaer Wilhelm Keppler und der Braunschweiger Ministerpraesident Dietrich Klagges.

Am 23. Juli 1937 uebernahm die Gesellschaft, ermachtigt durch eine von Goering und Klagges erlassene Verordnung, die Abbaurechte fuer Eisenerze in Salzgitter bei Braunschweig. Sie begann mit dem Bau von Berg- und Huettenwerken und foerderte schon im Jahre 1938 ueber 400.000 Tonnen Eisenerz. Im selben Jahre uebernahm sie im Verfolge der "Arisierung" der Industrie, die Mitteldeutschen Braunkohlengruben der Gebrueder Petschek.

Zur Verhuettung von Erz brauchte Goering aber Koks, und zur Produktion von Koks brauchte er nicht Braunkohle, sondern hochwertige Steinkohle. Zwar konnten die Reichswerke Hermann Goering mit Hilfe Wilhelm Tengelmans, dem Generaldirektor der Hibernia A. G. ueber die in preussischer Hand befindlichen Steinkohlengruben verfuegen, aber das genuegte nicht. Deshalb versuchte Goering, der Krupp A. G. einen Teil ihrer Kohlengruben abzunehmen. Krupp aber, gestuetzt auf seine engen Beziehungen zu Hitler, wies nach, dass die Bewaffnung der Wehrmacht leiden muesse, wenn seinem Konzern die Kohlenbasis geschmaelert wuerde. Thyssen, der Beherrscher der Vereinigten Stahlwerke, der nunmehr von Goering um Steinkohlen angegangen wurde, sah nach der Gruendung der Reichswerke in seinem Guenstling Goering einen gefaehrlichen Konkurrenten heranwachsen und war ebenfalls nicht gewillt, dessen Wuenschen Rechnung zu tragen. In dieser Situation sprang der geschmeidige Friedrich Flick in die Bresche, Flick, der gemeinsam mit Ernst Tengemann, Karl Goetz, Kurt von Schroeder und Otto Steinbrinck die Harpener Bergbau A. G. kontrollierte, bot Goering ein Drittel der Steinkohlengruben dieser Gesellschaft im Austausch gegen die Petschek-Braunkohlengruben an.

Die Sicherung einer eigenen Kohlenbasis befahigte die Reichswerke zur weiteren Ausdehnung ihrer Unternehmungen, deren Ausmass nie vollstaendig bekanntgegeben wurde. Was jedoch darueber an die Oeffentlichkeit drang, zeigte schon die ungeheure Groesse des Raubes; denn jede Ausdehnung bestand in Raub.

Nach der Annexion Oesterreichs uebernahmen die Reichswerke von den Vereinigten Stahlwerken die Aktienmehrheit der Alpinen Montan-Gesellschaft, die in "Alpine Montan Hermann Goering Linz" umbenannt wurde. Sie verfuegte ueber ein Aktienkapital von 180 Millionen Mark. Generaldirektor wurde der Aussenminister Schuschnigg, Dr. Guido Schmidt. Als Vorstand erschienen der Staatssekretaer Paul Koerner, der Gauleiter von Oesterreich, SS-Gruppenfuehrer August Eigruber, der Generalreferent Hans Kehrl und der Staatssekretaer Wilhelm Keppler, ferner der ehemalige Direktor des Quandt-Konzerns, Hellmut Roehnert und der bayerische Nazifuehrer Ludwig Siebert.

Die Reichswerke A. G. fuer Erzbergbau und Eisenhuetten sicherten sich bald auch eine eigene Magnesit-Versorgung. Sie uebernahmen die Magnesit-Werke Veitsch A. G. in Oesterreich. Den Vorsitz im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft uebernahm der Direktor der Dresdner Bank Hans Pilder. Sein Stellvertreter wurde der Generaldirektor Wilhelm Voss. Goering beteiligte sich durch Ankauf von Aktien der Didier A. G. auch an der Deutschen Magnesit A. G., Muenchen, die bis dahin von der I. G. Farben und der Krupp A. G. beherrscht worden war. Ferner beteiligte sich Goering an der Magnesit A. G. Suedost, die zur Ausbeutung der Vorkommen in Griechenland gegruendet wurde und an der Frankfurter Metall-Gesellschaft.

Als im September 1939 der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke Fritz Thyssen nach der Schweiz floh, verbanden sich Goering und

Flick zur gemeinsamen Erbschleicherei. Von dem Aktienkapital der Gesellschaft, das 460 Millionen Mark betrug, kontrollierte Thyssen allein ein Drittel, der Rest verteilte sich auf Friedrich Flick und andere Aktionäre. Flick wurde nunmehr der Gebieter der Vereinigten Stahlwerke. Die Verwaltung des bis dahin von Thyssen kontrollierten Aktienkapitals des Stahltrusts ging an die von Flick und Goering gegründete Rheinisch-Westfälische Betriebsbeteiligungs A. G. über. Generaldirektor wurde der ehemalige Kapitänleutnant, SS-Obergruppenführer Otto Steinbrinck, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates des Flick-Konzerns, Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn A. G. und Finanzvertrauensmann der Nazi-Führung. Goering schloss seinem Konzern die zu den Vereinigten Stahlwerken gehörende Bergbau A. G. Ewald-Koenig Ludwig an und übernahm aus dem Besitz Thyssens zahlreiche Aktienpakete anderer Gesellschaften.

Nach dem Ueberfall auf Polen drang der Goering-Konzern auch nach Oberschlesien vor. Dort hatte er es besonders auf Kohlengruben abgesehen; denn mit dem Wachsen der Kapazität seiner Eisen- und Stahlwerke war täglich mehr Koks notwendig. Auf dem Wege der "Arisierung" übernahm der Goering-Konzern nun die zum Petschek-Konzern gehörenden Hohenlohe-Werke und eignete sich deren Kohlengruben an, ausserdem die 23 Kohlengruben der Kattowitzer Industriegesellschaft und der Koenigs- und Laura-Hütte. Um bei der Verteilung der übrigen Beute nicht zu kurz zu kommen, machte Goering seinen Freund, Bankier Dr. Friedrich Ernst zum Reichskommissar für die polnischen und tschechoslowakischen Betriebe. Seinen Kumpan, den Buergermeister a. D., Max Winkler ernannte er zum Leiter der Haupt-Treuhänderstelle Ost. Die Direktion der Zivilverwaltung in Polnisch-Oberschlesien überliess er dem Wehrwirtschaftsführer Otto Fitzner, der zugleich Gau-Wirtschaftsberater für Schlesien und Mitglied des Aufsichtsrates der Dresdner Bank und Direktor des Konzerns Giesche's Erben war.

Nach dem Ueberfall auf Norwegen übernahmen die Reichswerke A. G. für Erzbergbau und Eisenhütten die Dunderland Eisenminen A. G. In Rumänien ergaunerten sie sich die Aktienmehrheit der Reschin Eisenwerke A. G. und des Malaxa Eisenwerke-Konzerns. In Elsass-Lothringen erhielten sie bei der Aufteilung der Beute die Stahlwerke Hazingen, Hagendingen, Moevern und Rosslingen zugewiesen. Ausserdem übernahmen sie die Erzfelder der Ilseder Hütte und den gesamten Kloeckner-Konzern.

Das Eindringen der Wehrmacht in die Ukraine und in das Donezgebiet brachte neue Gelegenheiten zur weiteren Ausdehnung des Goering-Konzerns. Aber die Beute war zu gross, dass es Goering nicht wagen konnte, sie allein einzuheimsen. So machte er mit Flick wiederum gemeinsame Sache. Im Jahre 1942 gründeten sie die "Neue Berghütte" (Berg- und Hüttenwerke Gesellschaft A. G.) mit einem Aktienkapital von 125 Millionen Mark. Vorsitzender des Aufsichtsrates dieses Raubkonzerns wurde der frühere deutsche Gesandte in Warschau Hans Adolf von Moltke. Generaldirektor wurde der ehemalige Direktor der Alpinen Montan-Gesellschaft und Finanzier der Nazibewegung in Oesterreich, Bergat Dr. Franz Malzacher.

Die Neue Berghütte diente als Dachgesellschaft für die Hütten der Kattowitzer Industrie A. G., für die Berg- und Hütten A. G. Karwin Trzyniec, für die Koenigs- und Bismarck-Hütte A. G., für die Oberschlesische Erzgruben G. m. b. H. und die Oberschlesische Maschinen- und Waggonbau

A. G. Die Berghütte sollte ausserdem die Ausbeutung der Eisenerzgruben in Krivog-Rog, der Magan-Erzgruben in Nikopol und der Steinkohlengruben im Donezgebiet übernehmen. Sie brachte ihre Stahlproduktion im Jahre 1943 auf rund 2 Millionen Tonnen und erreichte damit annähernd die Stahlproduktion der Krupp A. G. Zur Ausbeutung der Donez-Kohle wurde die Kohlen-Donetz-Ukraine-G. m. b. H. gegründet, an der sich die Berghütte beteiligte.

Die Ausdehnung der Reichswerke A. G. für Erzbergbau und Eisenhütten "Hermann Goering" machte die Erhöhung des Aktienkapitals notwendig, das seit der Gründung bis 1942 von 75 Millionen auf 560 Millionen Mark gesteigert worden war. Ausserdem waren 118 Millionen Mark Reserven vorhanden.

Wie alle grossen deutschen Konzerne, versuchte auch der Goering-Konzern sich nunmehr Werke zur Verarbeitung der von ihm produzierten Rohstoffe anzuschliessen. Zu diesem Zwecke erfolgte 1942 die Gründung der Reichswerke A. G. für Waffen-, Munitions- und Maschinenbau "Hermann Goering" mit einem Aktienkapital von 80 Millionen Mark und Reserven von 13,5 Millionen Mark. Generaldirektor dieser Gesellschaft wurde der "alte Kämpfer" Wilhelm Voss, ein früherer Vereidigter Bücherrevisor. Im Vorstand auch dieser Gesellschaft sassen so alte Bekannte wie Koerner, Pleiger, Kehrl und Keppler. Die Gesellschaft übernahm von der Viag die Rheinmetall Borsig A. G. Ihr Anteil an der Beute in Oesterreich bestand in der Steyr-Daimler-Puch A. G. für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau (Aktienkapital 60 Millionen Mark und Anlagewert 90 Millionen Mark) und in der Simmering Maschinen- und Waggonbau A. G. Noch grösser war die Beute in der Tschechoslowakei. Dort übernahm die Gesellschaft die Skoda-Werke A. G., Pilsen und die Waffentwerke A. G., Bruenn. Generaldirektor der Pilsener Skoda-Werke wurde der Neffe Goerings, Herbert Wilhelm Goering; Generaldirektor der Bruenner Waffenwerke A. G. wurde Achim von Mosch, ein Verwandter Hermann Roechlings. Auch auf Rumänien dehnte sich der Goering-Konzern aus. Dort übernahm er die Copsa Mica Waffenfabrik A. G. und die Astra Motoren A. G. Damit war der Goering-Konzern den Waffenfabriken der Friedrich Krupp A. G. ebenbürtig geworden. In der Ukraine gründete er die Landmaschinen-Industrie Ukraine G. m. b. H., der 28 grosse Landmaschinenfabriken angeschlossen wurden.

Im Jahre 1943 übernahm die Gesellschaft die Kloeckner-Humboldt-Deutz A. G., Köln, ein Familienunternehmen Peter und Florian Kloeckners. Direktor dieses Werkes wurde ein Werkzeug Goerings, der Ministerialdirigent Friedrich Marotzke. Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kloeckner-Humboldt-Deutz Werke A. G., Florian Kloeckner musste dem Preussischen Staatsrat Dr. Karl Jarres Platz machen.

Die Unterjochung der Donauländer benutzte der Goering-Konzern, um sich auch Schifffahrts-Unternehmungen anzueignen. Zu diesem Zwecke erfolgte die Gründung Reichswerke A. G. für Binnenschifffahrt "Hermann Goering" mit einem Aktienkapital von 12,5 Millionen Mark und einer Reserve von 11,5 Millionen Mark. Dieser Gesellschaft wurden die Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft A. G., Wien, die Slowakische Dampfschifffahrts-Gesellschaft A. G. und alle rumänischen, jugoslawischen und bulgarischen Donau-Schifffahrts-Gesellschaften gewaltsam angeschlossen. In der Ukraine gründete die Gesellschaft die Flussschifffahrt G. m. b. H. Kiew.

Zur Zusammenfassung der übrigen zum Goering-Konzern gehörenden Ge-

sellschaften und zur Verwaltung der nach hunderten zählenden Industriebeteiligungen wurde 1942 die Dachgesellschaft Reichswerke A. G. "Hermann Goering" ins Leben gerufen, die ueber ein Aktienkapital von 250 Millionen Mark verfuegte. Die Generaldirektion uebernahm der schon wiederholt genannte Dr. Paul Koerner, welcher erst 1936 Mitglied der Nazi-Partei geworden war. Seine Dienste muessen aber von ganz ausserordentlichem Nutzen gewesen sein; denn schon bald wurde er Preussischer Staatsrat, Mitglied des nazistischen Reichstages und SS-Brigadefuehrer. Zu Geschaeftsfuehrern der Dachgesellschaft ernannte Goering die Generaldirektoren Hellmut Roehnert und Dr. Guido Schmidt. Mitglieder des Vorstandes wurden der Staatssekretaeer Wilhelm Friedrich Landfried, die rechte Hand Funks im Reichswirtschaftsministerium, der Generalreferent Hans Kehl, der Direktor Karl Lange und der General Georg Thomas. Der Dachgesellschaft wurden die Bruexer Treibstoffwerke A. G., die Nordische Aluminium A. G., die Feinstahlwerke Treisen A. G., die Kardex A. G. fuer Bueromaschinen, die Power G. m. b. H. fuer Bueromaschinen, die Rheinmetall Lochkartenmaschinen G. m. b. H. und andere Industriegesellschaften sowie Kalkwerke und Baubetriebe angeschlossen.

Das gemeinsame Aktienkapital aller Zweige des Goering-Konzerns betrug im Jahre 1942 1.044 Millionen Mark. Der Anlagewert der ihm angeschlossenen Betriebe duerfte 1.800 Millionen Mark weit ueberstiegen haben. Das von dem Konzern durch Beteiligungen kontrollierte Kapital betrug mehr als 500 Millionen Mark. Der Goering-Konzern hatte sich innerhalb von fuef Jahren zu einem der staerksten Wirtschaftskolosse des Dritten Reiches entwickelt, mit dem sich nur noch die I. G. Farben und der Flick-Konzern messen konnten.

Die Vertrauensleute des Goering-Konzerns befanden sich in allen wichtigen Reichsstellen, Reichsgesellschaften und gemischten Konzernen. Leiter der Reichsstelle Kohle war Paul Pleiger. In der 1942 gegruendeten Reichsvereinigung Eisen fungierte Franz Malzacher. Im deutschen Kohlensyndikat sassen die Vertrauensleute Goerings: Konrad Ende, Otto Steinbrinck, Wilhelm Tengelmann und Herbert Kauert (der letztere war ein Neffe Kirdorfs). Das Ruhrkohlen-Syndikat wurde geleitet von dem Vorstandsmitglied der Harpener Bergbau A. G. Rue diger Schmidt, der das Vertrauen Goerings und Flicks besass.

Aber dieser Mammut-Konzern war eine Sumpfluete der Kriegeruestung und des Krieges ueberhaupt und konnte keinen dauernden Bestand haben. Als die Niederlagen der Wehrmacht im Osten einsetzten, begann der Zerfall des Goering-Konzerns. Zuerst gingen die Reichswerke A. G. fuer Erzbergbau und Eisenhuetten in Truemmer. Bald folgte der Zusammenbruch der Reichswerke A. G. fuer Waffen-, Munitions- und Maschinenbau, hervorgerufen durch den Verlust der Betriebe in Rumaenien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, Oesterreich, in der Tschechoslowakei, Frankreich und in Norwegen. Zur selben Zeit zerfiel der Schiffahrts-Konzern Goerings. Von den deutschen Konzernbetrieben wurden ausserdem zahlreiche durch Bombardierungen zerstoeert.

#### DIE BANK DER DEUTSCHEN LUFTFAHRT

Ein Zweig des Goering-Konzerns war indirekt auch die "Bank der Deutschen Luftfahrt", an deren Spitze der Generaldirektor des Junkers-Konzerns, Heinrich Koppenberg stand, welcher spaeter durch Dr. Karl Westrich ersetzt

wurde. Die Bank war eine Gruendung des Reichs-Luftfahrtministeriums, dem Goering als Minister vorstand. Sie hatte den Zweck, alle deutschen Unternehmungen, die sich mit Flugzeubau oder mit der Produktion von Flugzeugmotoren und Flugzeugteilen beschaeftigten, zusammenzufassen und die Flugzeugfabriken Frankreichs in die Produktionsplaeue einzugliedern. An der Bank waren neben der Reichsregierung die folgenden Firmen beteiligt: Gesellschaft zur Verwaltung von industriellen Werten G. m. b. H., Berlin, in deren Hand die Verwaltung der ueber hundert Fabriken des Junkers-Konzerns lag, der Dornier-Flugzeubau-Konzern, dessen Generaldirektor Claudius Dornier im April 1943 von Hitler zum "Pionier der Arbeit" ernannt wurde, die Heinkel Flugzeugwerke A. G., der Oskar Henschel-Konzern, Kassel, der neben Lokomotiven und Lastkraftwagen auch Flugzeuge produzierte und dessen Generaldirektor Albert Frydag im Juli 1944 von Hitler. das "Ritterkreuz" zum "Kriegsverdienst-Kreuz mit Schwertern" erhielt, die Friedrich Krupp A. G., zu der die Weser-Flugzeugwerke gehoerten, die Werke fur Flugzeugzubehoer der A. E. G., Berlin, deren Direktor Kurt Heyne ebenfalls das "Ritterkreuz" erhielt.

Die Bank der Deutschen Luftfahrt beschaeftigte sich besonders mit dem Aufbau neuer Werke zur Produktion von Rohstoffen fuer den Flugzeubau. Im Jahre 1940 gruendete sie zusammen mit der reichseigenen Vereinigten Aluminium Werke A. G. die Nordische Aluminium A. G. Mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark ausgestattet, sollte die Gesellschaft die vor dem Kriege 27.000 Tonnen betragende Aluminium-Produktion Norwegens auf 140.000 Tonnen steigern. Sie nahm dazu den Bau von vier Werken zur Produktion von Aluminium-Oxyd und Leichtmetallen in Angriff. Die Betriebe kamen jedoch nie in Gang; denn sie wurden noch vor ihrer Fertigstellung durch Bombardierungen der alliierten Luftstreitkraefte zerstoeert. Die Erzeugung Norwegens an Aluminium-Oxyd ging im Jahre 1941 auf 18.000 Tonnen zurueck. Erst im Jahre 1942 stieg sie wieder auf 26.000 Tonnen, niemals aber erreichte sie den Vorkriegsstand.

Im Jahre 1941 gruendete die Bank der Deutschen Luftfahrt zusammen mit der I. G. Farben die Nordsk Lettmetall A. G. in Oslo mit einem Kapital von 30 Millionen Mark. Die Gesellschaft uebernahm Aluminium-Betriebe, die sich in kanadischen, franzoesischen und norwegischen Haenden befunden hatten. Sie beabsichtigte ausserdem, grosse Aluminium-, Magnesium- und Kryolith-Anlagen auf der Insel Heroeya im Skagerrak zu errichten. Diese Werke konnten jedoch nie in Betrieb genommen werden; denn auch sie wurden, ehe sie produktionsfaehig waren, von alliierten Luftstreitkraeften zerstoeert. So vergeudeteten die Nazis viele Millionen Mark.

Die Bank der Deutschen Luftfahrt uebernahm ausserdem, zusammen mit der Vereinigten Aluminium A. G. den Bau von Betriebsanlagen zur Steigerung der Bauxit-Produktion in Oesterreich und Ungarn. In Frankreich gruendete die Bank eine Tochtergesellschaft, die Aero-Bank A. G., deren Bilanzsumme von 125 Millionen Mark Ende 1942 auf 211 Millionen Mark Ende 1943 anstieg, und die von Goering als die wichtigste auslaendische Bank bezeichnet wurde. Sie finanzierte die Produktion von Kriegsflugzeugen und den Bau von unterirdischen Flugzeugwerken in Frankreich.

Das Aktienkapital der Bank der Deutschen Luftfahrt und die nach hunderten von Millionen Mark zählenden Zuschuesse des Reichsluftfahrt-Ministeriums sind unterdessen fast vollstaendig verloren gegangen.

Es ist im Rahmen dieses Buches nicht moeglich, auch nur annaehrend ein Bild von der unter dem Hitler-Regime erfolgten Ausdehnung der privaten deutschen Raubkonzerne zu geben. Die Industriekoenige wurden in der Zeit der grossen Siege von einem wahren Heisshunger nach mehr Reichtum und Ausdehnung ihrer Macht erfasst. Unter Verwendung der Kriegsprofite kauften sie an Betrieben auf, was ihnen unter die Haende kam. Ueber die Verteilung der in den unterjochten Laendern gemachten Beute fanden heftige Kaempfe unter ihnen statt. Eisen-, Stahl-, Maschinen-, Waffen-, Elektro-, Chemie-, Nahrungsmittel- und Tabak-Konzerne verwandelten sich in Gebilde, die dem 1924 zusammengebrochenen Stinnes-Konzern aehnlich waren.

Die rauberischsten dieser Konzerne waren durch zahlreiche Faeden mit den Reichswerken A. G. "Hermann Goering", der Continental Oel A. G., dem Phrix-Konzern, mit dem Generatorkraft-Konzern, der Bank der Deutschen Luftfahrt, der Bank der Deutschen Arbeit, der Viag, der Preussag, der Hibernia und mit anderen Staats- und Parteibetrieben verfilzt. Auch ihre Vertreter sassen in den hoechsten Stellen des staatsmonopolistischen Ueberbaues der deutschen Kriegswirtschaft.

Der maechtigste der privaten Industriekonzerne war der Friedrich Flick-Konzern. Im ersten Weltkrieg betaetigte sich Flick als Alteisenhaendler und verstand es gut, die Kriegskonjunktur auszunuetzen. Mit seinen Kriegsgewinnen setzte er sich in der mitteldeutschen Schwerindustrie fest und kontrollierte bald die Riebeck A. G., Halle. Nach kurzer Zeit drang Flick in das oberschlesische und rheinisch-westfaelische Industriegebiet vor. In Oberschlesien brachte er die Kattowitzer Industrie A. G. an sich. Im Jahre 1925 kaufte Flick ein Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks A. G. (Stammgesellschaft der Vereinigten Stahlwerke), das gross genug war, um ihm Eingang in den Aufsichtsrat des neu gegruendeten Stahltrusts zu verschaffen. Diese Aktien veraeuserte Flick im Jahre 1931, als deren Kurswert nur ein geringer war, an die Viag mit einem Gewinn von 80 Millionen Mark.

Im August 1933 uebernahm Flick von der Rheinischen Braunkohlen A. G. ein Aktienbuechel der Harpener Bergbau A. G. und kontrollierte nunmehr auch diese Gesellschaft. Im Dezember 1933 kaufte Flick von den Vereinigten Stahlwerken ein Aktienpaket der Mittellaendischen Stahl A. G. und der Max-Huetten und unterstellte diese Gesellschaften ebenfalls seiner Kontrolle. Das Aktienkapital derselben betrug 28 Millionen Mark und wurde bis zum Jahre 1942 auf 72 Millionen Mark erhoelt. Das Beteiligungskonto der Gesellschaft betrug 70 Millionen Mark, an Reserven waren 100 Millionen vorhanden. Im Maerz 1935 uebernahm Flick von der Allgemeinen Elektrizitaets Gesellschaft, Berlin die Aktienmehrheit des Stahlwerkes Henningsdorf. Von den Vereinigten Stahlwerken erwarb Flick die Aktienmehrheit der Essener Steinkohlenwerke A. G. Flick war auch Besitzer der Linke Hoffmann A. G., Breslau, deren Aktienkapital im Jahre 1936 durch Ausgabe neuer Aktien wesentlich erhoelt wurde.

Flick galt als Freund Thyssens und fuehrte mit diesem gemeinsam den Kampf zur Verdraengung Otto Wolffs aus dem Stahltrust. Zugleich versammelte Flick jedoch eine immer groessere Anzahl Aufsichtsrats-Mitglieder dieses fuehrenden deutschen Montan-Konzerns um sich, um auch gegeneuber Fritz Thyssen die Oberhand zu erhalten. Zu seinen Kreaturen gehoerten bald die stell-

vertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke A. G. Albert Voegler, Dr. Hans von Flotow und Werner Carp. Ferner die Aufsichtsratsmitglieder Carl Goetz, Jakob Hasslacher, Werner Kehl, Karl Kimmich, Paul Marx, Heinrich von Stein und Fentener van Vlissingen.

Unter dessen hatte Goering die Reichswerke A. G. fuer Erzbergbau und Eisenhuetten gegruendet und suchte eine solide Steinkohlenbasis. Flick ueberliess Goering, wie bereits geschildert, gegen die Mitteldeutschen Braunkohlengruben des Petschek-Konzerns ein Drittel der Gruben der Harpener Bergbau A. G. Dieser Dienst brachte Flick am 30. Januar 1938 die Ernennung zum Wehrwirtschaftsfuehrer ein. Wichtiger aber waren fuer Flick die nun hergestellten Geschaeftsbeziehungen zu Goering: Er erhielt durch Vermittlung Goerings eine grosse Anleihe aus Staatsmitteln zum Ankauf der Eisengruben des Siegerlandes. Es war ihm durch Goering moeglich, die Aktienmehrheit der Rheinisch-Westfaelischen Elektrizitaets-Werke an sich zu bringen, deren Kapital damals 300 Millionen Mark betrug. Mit Hilfe Goerings wurde Flick Grossaktionaeer und Mitglied des Vorstandes der Nobel-Dynamit A. G. und gewann damit auch Einfluss auf die I. G. Farben.

Eines der grossten Geschaefte, das Flick mit Goering taetigte, war nach der Flucht Fritz Thyssens Ende 1939, die Uebernahme der Vereinigten Stahlwerke. Flick wurde durch Goering der Beherrscher dieses Montan-Trusts, der  $\frac{3}{4}$  der deutschen Eisenerzproduktion und die Haelfte der deutschen Eisen- und Stahlproduktion kontrollierte. Ende 1940 betrug das Aktienkapital der Vereinigten Stahlwerke noch 460 Millionen Mark, ausserdem waren Beteiligungen an anderen Gesellschaften in Hoehe von 693 Millionen und Reserven in Hoehe von 300 Millionen Mark vorhanden.

Die Besetzung Oesterreichs und die Annexion Elsass-Lothringens brachte Flick die Kontrolle der Salzburgerischen Bergwerks- und Huetten A. G. und die der Rombacher Huettenwerke ein. Die Beteiligung an der Berghuetten sicherte ihm einen Loewenanteil an dem Raub der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie im polnischen und tschechoslowakischen Oberschlesien, in der Ukraine und im Donezgebiet.

Seit 1940 arbeitete Flick mit der Erz- und Chemikalien-Firma Possehl, Luebeck zusammen. Gemeinsam kontrollierten sie die Luebecker Hochofenwerke A. G., das Huettenwerk Kayser, Niederschoeneweide bei Berlin und die Sued-Chemie A. G., Muenchen. Dem Aufsichtsrat der Luebecker Hochofen A. G. gehoerte unter anderen der nazistische Reichsamtsleiter Werner Daitz an, Sekretaeer Rosenbergs fuer rassistisch-oekonomische Fragen und dessen Berater bei der Unterjochung der baltischen Laender, Polens und der Sowjetgebiete. Durch Vermittlung Daitz' sicherte sich Flick zahlreiche Privatgeschaefte in diesen Gebieten.

Nach vorsichtigen Berechnungen verfuegte der Flick-Konzern 1943 ueber ein Aktienkapital von 1500 bis 1800 Millionen Mark und ueber Reserven in Hoehe von 800 bis 1200 Millionen Mark. Er kontrollierte ein Anlagekapital von mindestens 2800 Millionen Mark.

Im Reichsverteidigungsrat spielte Flick eine wichtige Rolle. Er gehoerte dem Praesidium der Reichsvereinigung Eisen an und hatte seine Vertrauensleute in allen Stellen der staatsmonopolistischen Dachorganisation der deutschen Kriegswirtschaft. Flick legte immer Wert darauf, so weit wie irgend moeglich ungenannt zu bleiben. Nachdem die Niederlagen der Wehrmacht einsetzten,

hoerte man von Flick nur noch wenig. Er suchte in Vergessenheit zu geraten und nachdem die bedingungslose Kapitulation des Nazismus erfolgt war, erschien sein Name tatsaechlich sehr selten in der Weltpresse. Aber Herr Friedrich Flick ist auf oekonomischem Gebiete der Kriegsverbrecher N<sup>o</sup> 2 und darf nicht vergessen werden!

Die Friedrich Krupp A. G. gehoerte zu denjenigen Konzernen, welche sich im Verlaufe der Hitler-Diktatur ebenfalls ausserordentlich bereichern konnten. Das Aktienkapital der Gesellschaft betrug 1938 150 Millionen Mark. Dem Konzern gehoerten damals die Riesenwerke in Essen, Rheinhausen und Magdeburg, ausserdem die Germania Werft in Kiel. In diesen Werken stieg die Zahl der Arbeiter und Angestellten von 50.000 Ende 1932 auf 150.000 Ende 1939. Die Friedrich Krupp A. G. war ausserdem stark an Eisen- und Kohlengruben, an Ton-, Graphit- und Draht-Werken sowie an Transportgesellschaften beteiligt. Das in diesen Unternehmungen investierte Kapital betrug 1938 1138 Millionen Mark.

Das Ausmass der Gewinne, die von der Familie Krupp, der alleinigen Besitzerin des Konzerns, schon in der Zeit der Aufruestung eingeheimst wurden, laesst sich nur annaeherd feststellen. Die Friedrich Krupp A. G. investierte in den Jahren 1933 bis 1941 unter Verwendung der Ertraegnisse ihrer Werke 378 Millionen Mark und erhoehrte im gleichen Zeitraum ihre Reserven von 62 Millionen auf 210 Millionen Mark. Nach dem Geschaeftsbericht fuer das Jahr 1940 wurden die Betriebsanlagen mit 208 Millionen Mark eingeschaezt. Seit 1923 waren jedoch schon 620 Millionen Mark neu investiert worden. Von den 208 Millionen Mark hatte man 104 Millionen in Grundstuecken, 31,2 Millionen in nicht vollendeten Neubauten und 76,8 Millionen Mark in Maschinen- und Transporteinrichtungen angelegt. In Wirklichkeit repraesentierten aber diese Grundstuecke und Anlagen das vielfache des angegebenen Wertes.

Seit 1938 gliederte Krupp die Deutsche Schiffsmaschinen A. G. und die Weser Flugzeugwerke A. G. in seinen Konzern ein und gruendete die Friedrich Krupp Treibstoff A. G. Nach der Besetzung Oesterreichs uebernahm Krupp die Berndorfer Metallwarenfabriken A. G. und die Alpenlaendische Bergbau G. m. b. H., Mayrhofen-Zillertal, welche er spaeter in die Deutsche Magnesit A. G., Muenchen als seine Beteiligung einbrachte. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei kontrollierte die Friedrich Krupp A. G. zusammen mit Goering die Egerlaendische Erzbergbau A. G. Im Jahre 1941 gruendete Krupp zur Verwaltung seines Anteiles an der Beute im Osten die Schlesische Industriebau G. m. b. H., Breslau. Diese Gesellschaft wurde gleichzeitig mit der Verlegung der Krupp-Betriebe vom Westen nach dem Osten betraut. Auch beteiligte sich Krupp an der "Neuen Berghuetten" und streckte seine Haende nach Jugoslawien, Ungarn, Belgien und Holland aus. Der Chef des Konzerns, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach erhielt von Hitler das "Goldene Parteiabzeichen". Sein Sohn und Nachfolger, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, wurde SA-Gruppenfuehrer.

Krupp verstand es von jeher, Vertrauensleute in allen wichtigen privaten und staatlichen Wirtschaftsstellen zu gewinnen, um sich Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zu sichern und dadurch vorteilhafte Auftraege zu beschaffen. Er und sein Schwager Freiherr Tilo von Wilmowsky gehoerten dem Verwaltungsrat der Reichsbahn A. G. an, der jaehrlich Auftraege im Werte von ueber einer Milliarde Mark an die Stahl- und Eisenindustrie zu vergeben hatte. Wilmowsky sass ausserdem im Verwaltungsrat der Reichsautobahn A. G., deren

jaehrlicher Bedarf an Eisen- und Stahlkonstruktionen ebenfalls einige Millionen Mark betrug. Im Aufsichtsrat der Krupp'schen Germania-Werft war der Admiral Heusinger von Waldegg, Mitglied des Marine-Waffenamtes und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der zur Viag gehoerenden Deutschen Werft in Kiel. Er konnte so der Germania-Werft hohe Auftraege verschaffen. Zudem war er der Vater des persoelichen Adjutanten Goebbels', der als SA-Oberfuehrer zu den beruechtigsten Arbeitermoerdern gehoerte. Stellvertretender Vorsitzender der Reichsvereinigung Eisen war Alfred Krupp von Bohlen und Halbach. Bei seiner Gefangennahme durch die alliierten Truppen behauptete er, sein Einkommen habe 30.000 Mark pro Jahr nicht ueberstiegen. Der Generaldirektor der Krupp'schen Waffenfabriken Dr. Erich Mueller, wurde Anfang 1942 zum Vorsitzenden des Waffenamtes im Munitions-Ministerium ernannt. In seiner Einfuehrungsrede erklaerte er, "dass viele der Kampfmittel, die 1939 bis 1942 produziert worden seien, fast nur noch historischen Wert besaessen". Der Krupp-Direktor Edouard Houdremont fungierte als Sonderbevollmaechtigt fuer Metallumstellung, das heisst fuer die Verwendung von Ersatzlegierungen anstelle von Kupfer und anderen Metallen. Houdremont sagte nach der Besetzung der Krupp-Werke durch amerikanische Truppen dem ihn verhoerenden Offizier: "Wir sind nicht an der Waffenproduktion interessiert. Man hat uns gezwungen, statt Kinderwagen, Kanonen zu produzieren". Die Krupp-Direktoren Hans Bansen und Wilhelm Schaefer von der Friedrich-Alfred-Huetten gehoerten dem Huetten-Ausschuss des Vierjahresplan-Amtes an. Der Vetter Goerings, Herbert Wilhelm Goering, sass im Aufsichtsrat der Krupp'schen Deutschen Schiffsmaschinen A. G. und der Weser Flugzeugwerke A. G.

#### ROECHLING, OTTO WOLFF, QUANDT, KLOECKNER, MANNESMANN

Selbst mittlere Konzerne der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie machten grosse Gewinne und waren hervorragend an der Kriegsbeute beteiligt. Am 1. Mai 1944 bedachte Hitler den Kommerzienrat Hermann Roechling mit der "hoechsten zivilen Ehrung" des Nazi-Regimes: er ernannte ihn zum "Pionier der Arbeit". Aus diesem Anlass hielt Roechling eine Rundfunkrede, in der er seine Bedeutung und seine Taetigkeit in der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie schilderte. Er sagte: "Die Arbeit auf europaeischen Raum ist innerhalb der eisenschaffenden Industrie hoch interessant. Die Zusammenarbeit mit den vielen Voelkern, mit all den Menschen aus den verschiedenen Nationen gibt immer neue Probleme und neues Interessantes. Wenn ich in Frankreich, in Belgien, in den Ostlaendern zu tun habe, so ist es immer wieder die Zusammenarbeit mit den Industriellen auf verschiedenen Gebieten, die das wichtigste ist. Wichtig ist, dass man ueberall Kontakt hat."

Roechling war tatsaechlich bestrebt, ueberall Kontakt zu finden. Im ersten Weltkrieg fungierte er als Vorsitzender der sogenannten "Einschaetzungskommission" und hatte die Aufgabe, die Verkaufspreise der in den besetzten Gebieten geraubten Maschinen zu bestimmen. Er liess seinerzeit die Einrichtungen von 300 Kohlen- und Erzgruben, Eisen- und Stahlwerken aus Nordfrankreich abtransportieren und verkaufte sie an seine Kumpane im Saar- und Ruhrgebiet. Das verschaffte ihm den Kontakt zu vielen deutschen Grossindustriellen und brachte ihm Millionen ein.

Roechling unterstuetzte seit 1928 die Nazi-Bewegung moralisch und finanziell und stellte enge Beziehungen zu ihren Fuehrern her. Mit Goering wurde er durch seinen Schwiegersohn Hans Lothar Freiherr von Gemmingen-Hornberg bekannt. Gemmingen-Hornberg gehoerte im ersten Weltkrieg als Fliegerhauptmann der Goering-Klique an. Er wurde Mitglied der SS, war ein eifriger Verfechter der Rassentheorie und ein enger Freund von Himmler, Heydrich und Darré. Sein Name ist als einer der ersten in dem "Eisernen Buch deutschen Adels deutscher Art" zu finden. Aber Roechling hatte noch einen anderen Verwandten mit Kontakt zu hohen Nazi-Fuehrern: den Herrn Achim von Mosch, ebenfalls ein "alter Kaempfer" der Nazi-Partei, der in enger Geschaeftsverbindung zu Goering stand.

Die persoerliche Machtstellung Hermann Roechlings in der eisenschaffenden Industrie ueberstieg bei weitem die seines Konzerns. Sie ergab sich in erster Linie aus den hohen Positionen, die Roechling in dem staatsmonopolistischen Ueberbau der deutschen Kriegswirtschaft inne hatte. Im Mai 1942 wurde er von dem Minister Albert Speer in das neu gegruendete Waffenamt berufen. Roechling erhielt die Leitung der Wirtschaftsgruppe "Eisenschaffende Industrie" und den Vorsitz in der neu gebildeten Reichsvereinigung Eisen. Als Vertreter Roechlings fungierten Alfred Krupp von Bohlen und Halbach und Walter Rohland von den Vereinigten Stahlwerken. Die Reichsvereinigung Eisen verfuegte ueber eine starke Machtstellung: sie hatte die gesamte Produktion und den ganzen Umsatz der Eisenindustrie vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt zu planen und zu ueberwachen, die Rationalisierung und die Steigerung der Arbeitsleistung zu forcieren. Auch sollte sie die Eisenindustrie der besetzten Laender in den deutschen Produktionsapparat des Reiches fester einbeziehen.

Roechling war als Leiter der Reichsvereinigung Eisen der richtige Mann. Das zeigte sich besonders bei der Verschmelzung der lothringischen Eisen- und Stahlindustrie mit der zum Teil von ihm beherrschten saarlaendischen Schwerindustrie.

Roechling war nicht nur Wirtschaftler, sondern auch Politiker. Infolgedessen wurde er von den Flick, Krupp und Zangen oft zur Loesung politischer Aufgaben herangezogen. Er ist nicht nur Kriegsverbrecher des Zweiten, sondern auch des Ersten Weltkrieges.

Der Roechling-Konzern produzierte 1939 750.000 Tonnen Rohstahl. Seine Stammgesellschaft war die Roechling'sche Eisen- und Stahlwerke G. m. b. H., Voelklingen (Saargebiet). Saemtliche Anteile dieser Gesellschaft befanden sich in den Haenden der Familie Roechling. Wegen der Naehere der Kampffront musste der Betrieb im Jahre 1940 monatelang stillgelegt werden. Aber Roechling erhielt von den Nazis so grosse Entschaedigungen, dass trotzdem der Reingewinn um 4,5 Millionen Mark hoeher war als fuer das Jahr 1938. In den Jahren 1941 bis 1943 erhoehete die Gesellschaft ihr 20 Millionen betragendes Aktienkapital auf 36 Millionen Mark.

Eine der Tochtergesellschaften des Roechling-Konzerns nannte sich "Stahlwerke Roechling-Buderus A. G., Wetzlar". Fuenfzig Prozent des sechs Millionen betragenden Aktienkapitals dieser Gesellschaft waren im Besitz der Familie Roechling. In den Jahren 1938 bis 1942 wurde das Kapital einschliesslich der Reserven auf 26 Millionen Mark erhoehet.

Gemeinsam mit anderen Grossindustriellen gruendete Roechling, in Voraussicht des baldigen Krieges mit Frankreich, im Jahre 1938 die Dogger-Erzberg-

bau G. m. b. H., Blumberg (Land Baden). Die Gesellschaft, die von dem Reichswirtschaftsministerium subventioniert wurde, setzte sich zur Aufgabe, eisenarmes Erz zu foerdern. Ihr Aktienkapital stieg bis zum Jahre 1943 von 2 Millionen auf 40 Millionen Mark.

In der Tschechoslowakei war der Roechling-Konzern an dem Edeldahlwerk Poldihuetten A. G. beteiligt. Roechling war auch Aktionaer der "Neuen Berghuetten". In der luxemburgischen und belgischen Eisen- und Stahlindustrie fasste er ebenfalls Fuss. In der Ukraine organisierte Roechling die "Schrottaktion". Das von ihm kontrollierte Anlagekapital ueberstieg im Jahre 1942 weit 150 Millionen Mark.

Der spaetere Grossindustrielle Otto Wolff verdiente im ersten Weltkrieg Millionen als Eisenhaendler. Sein Hauptgeschaeft machte er mit der Tuerkei, an die er riesige Mengen Kriegsmaterial lieferte. Seine Kriegsgewinne benuetzte er, um nach dem Kriege Reparationsgeschaefte zu machen. Dabei kamen ihm seine engen Beziehungen zur katholischen Zentrums-Partei zugute. Im Jahre 1923 wurde Otto Wolff zu einem der ersten Lieferanten der franzoesisch-belgischen Besatzungsbehoerden im Rhein-Ruhrgebiet und fand so Gelegenheit, waehrend der Inflation hunderte Millionen Goldmark nach Holland zu verschieben.

Der Bankrott des Stinnes-Konzerns und die Gruendung der Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1925 waren fuer Otto Wolff der Anlass, sich der Schwerindustrie zuzuwenden. Mit seinen "Ruecklagen" erwarb er ein grosses Aktienpaket dieses neu entstandenen gewaltigen Trusts, der nun von Fritz Thyssen, Friedrich Flick und Otto Wolff beherrscht wurde. Bald entbrannte jedoch unter ihnen ein Kampf um die Vorherrschaft in den Vereinigten Stahlwerken, der auch staatspolitische Hintergruende hatte: Thyssen und Flick schworen auf Hitler und seine Expansionsplaene, Wolff dagegen, der eng mit Kloeckner und Krupp verbunden war, setzte auf Bruening und dessen Politik. Der Kampf endete 1933 mit dem Sieg der Gruppe Thyssen-Flick und mit der Niederlage der Gruppe Wolff-Kloeckner-Krupp. Solange Bruening Reichskanzler war, konnte Wolff die in Reichshaenden befindlichen 125 Millionen Mark Aktien des Stahltrusts zur Staerkerung seiner Stellung im Aufsichtsrat der Gesellschaft benuetzen. Nach der Machtuebernahme Hitlers jedoch erhielten Thyssen und Flick das Verfuegungsrecht ueber diese Aktien, und damit die gemeinsame Kontrolle in den Vereinigten Stahlwerken. Fuer Krupp war es nicht schwer, seine Stellung Hitler gegenueber zu revidieren. Schon sechs Monate nach Hitlers Machtuebernahme gehoerte Krupp zu dessen engsten Vertrauten. Wolff dagegen konnte sich nur durch grosse finanzielle Opfer die "Gleichschaltung" erkaufen. So zahlte er an Robert Ley 60.000 Mark Bestechungsgeld. Aber diese Opfer lohten sich.

Wolff hatte sich als Eisenhaendler die Faehigkeit angeeignet, gute Geschaeftsgelegenheiten nicht voruebergehen zu lassen. Frueher als andere Industrielle erkannte er die grosse Bedeutung des Zink fuer die deutsche Kriegswirtschaft. Im Jahre 1935 kaufte er die Aktienmehrheit der Stolberger Zink A. G. und spaeter die der A. G. des Altenbergs, Essen-Borbeck. Die deutsche Zinkproduktion stieg von 50.000 Tonnen im Jahre 1933 auf 200.000 Tonnen im Jahre 1939. Ueber 20 Prozent davon lieferte der Otto Wolff-Konzern. Im Aufsichtsrat der Stolberger Zink A. G., zu dessen Vorsitzenden sich Otto Wolff aufgeschwungen hatte, sassen nun Heinrich von Stein und Dr. Richard Merton;

der letztere war zugleich Vorsitzender des Vorstandes der Frankfurter Metallgesellschaft, an der die Stolberger Zink A. G. stark beteiligt war.

Seine grossen Gewinne aus dem Zinkgeschaeft ermoeeglichten es Otto Wolff, sich wieder in der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie fest zu setzen. Im Jahre 1936 uebernahm er die Eisen- und Huettenwerke A. G., Bochum. Im Jahre 1938 "arisierte er das Eisenhuettenwerk Thale, das als Emaille-Produzent in Deutschland fuehrend war. Im selben Jahre brachte Otto Wolff auch noch die Aktienmehrheit der Rasselsteiner Eisenwerke A. G., die Hommelwerke G. m. b. H. und die Wesethuette A. G. an sich. Diese Gesellschaften wurden nach dem Tode Otto Wolffs zu der Eisen- und Huettenwerk A. G., Koeln, zusammengeschlossen.

Im Saargebiet uebernahm der Otto Wolff-Konzern 55 Prozent der Aktien des zum Stumm-Konzern gehoerenden Eisenwerkes Neunkirchen und 15 Prozent der Aktien der in den Haenden der Gebrueder Stumm G. m. b. H. befindlichen Kohlengruben. Im Jahre 1938 gruendete Otto Wolff zusammen mit der Firma Felten & Guillaume, und mit Subventionen des Vierjahresplan-Amtes die Pirin A. G. in Sofia zur Ausbeutung suedosteuropaeischer Buntmetallvorkommen.

An der riesigen Kriegsbeute wurde der Otto Wolff-Konzern durch den Anschluss der Leobersdorfer Maschinenfabrik A. G. an die Weserhuette und durch den Anschluss der Eisenhuette Ueckingen an das Neunkirchner Eisenwerk beteiligt. Er nuetzte die Unterjochung der europaeischen Laender durch die Wehrmacht aus und errichtete in Belgien, Rumaenien, Kroatien und Ungarn Tochtergesellschaften. Bereits im Jahre 1939 produzierte der Konzern 1.600.000 Tonnen Roheisen, 1.200.000 Tonnen Rohstahl, 70.000 Tonnen Zink und 40.000 Tonnen Blei. Bis Ende 1939 investierte Wolff in seinen drei Stammgesellschaften — Eisen- und Huettenwerke A. G., Stolberger Zink A. G. und Eisenwerk Neunkirchen A. G. — 90 Millionen Mark aus eigenen Profiten und schrieb sie restlos ab.

Seine Beziehungen zur Nazi-Partei unterhielt der Otto Wolff-Konzern ueber die Familie Stumm. Das Haupt der Familie, Freiherr Braun von Stumm, ein "alter Kaempfer" der Nazi-Partei, fungierte lange Zeit als deren Verbindungsmann zur auslaendischen Presse. Der Schwiegersohn Stumms, Freiherr Michel von Tuessling, war SS-Hauptsturmfaehrer und Adjutant des Chefs der Kanzlei Hitlers. Einer der Direktoren des Otto Wolff-Konzerns, Hans Hommel, wurde 1942 zum Leiter der Arbeitsgemeinschaft "Ruestungshandel" ernannt.

Im Jahre 1939, kurz vor seinem Tode, wurde Otto Wolff "Wehrwirtschaftsfaehrer". Ueber die neuen Beherrscher des Konzerns ist wenig bekannt geworden; fuehrend duerfte jedoch die Familie Stumm gewesen sein.

Herr Guenther Quandt war der erste Ehemann der Frau des Reichspropaganda-Ministers Paul Joseph Goebbels. Er hatte als Textil-Industrieller ein grosses Vermoeegen zusammengerafft. Um seine Gewinne nutzbringend anzulegen, suchte er Eingang in die Ruestungsindustrie. Eine Million Mark, die er an Goebbels zahlte und die dieser zum Ankauf des Schlosses Schwanenwerder verwandte, sicherte ihm die Protektion hoher Nazi-Fuehrer fuer seine Ruestungsgeschaeft. Goering ebnete ihm hierzu den Weg. Schon im Jahre 1935 uebernahm Quandt die Akkumulatoren Fabrik A. G., Hagen und die Duerener Metallwarenfabrik A. G. Bald darauf brachte er die Aktienmehrheit der Wintershall A. G. an sich und kontrollierte damit grosse Kali-, Magnesit-, und Erdoelinteressen. Von nun ab sass Quandt mit den Beherrschern der I. G.

Farben, des Flick-, Krupp- und Goering-Konzerns im Aufsichtsrat des Kali-Syndikats, der Continental Oel A. G., der Deutschen Magnesit A. G., Muenchen und anderer grosser Dachgesellschaften und Konzerne.

Der Mannesmann-Konzern spielte schon vor dem ersten Weltkrieg eine besondere Rolle in der pangermanistischen Bewegung. Er gab Anlass zu dem deutsch-franzoesischen Marokko-Konflikt, der Europa schon 1905 und 1911 fast in den Krieg gestuerzt haette. Die Mannesmann-Roehrenwerke A. G. — Stammgesellschaft des Konzerns — erlangte ihre Bedeutung durch die Uebernahme der Erfindung des Professors Franz Reubeaux, nach der durch Auswalzen von Stahlbloecken nahtlose Roehren hergestellt wurden. Die Deutsche Bank und die Berliner Handelsgesellschaft finanzierten seinerzeit die Auswertung dieser Erfindung und uebten seitdem einen betraechtlichen Einfluss auf die Mannesmann-Roehrenwerke A. G. aus.

Der Generaldirektor des Konzerns, Wilhelm Zangen, wurde von Hitler zum Leiter der Reichsgruppe "Industrie" ernannt und spielte von nun an eine hervorragende Rolle in der deutschen Kriegswirtschaft. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mannesmann Roehrenwerke A. G. war Oscar Schlitter, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank. Im Aufsichtsrat sass C. R. Poensgen als stellvertretender Vorsitzender, dessen Bruder, Ernst Poensgen, als stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke und als Leiter der Wirtschaftsgruppe "Eisen" fungierte.

Die Mannesmann Roehrenwerke A. G. hatten sich unter Hitler zu einem riesigen Konzern entwickelt, der Kohlen-, Eisen- und Stahlwerke, Maschinen-, Stahlwarenfabriken und andere Unternehmungen umfasste. Im Jahre 1935 uebernahm der Konzern die Saarbruecker Walzwerke A. G. und 1936 die Kronprinz A. G. fuer Metallindustrie in Solingen-Ohlis. Zangens guten Beziehungen zur Nazi-Partei und seiner Stellung als "Industriefuehrer" war es zu verdanken, dass der Konzern bei der Verteilung der "arisierten" Betriebe und Gesellschaften besonders reichlich bedacht wurde. Der Konzern gliederte sich die Hahn'schen Roehrenwerke A. G., die Wolff-Netter und Jacobi-Metallwarenfabriken A. G. und die Stern Eisen und Schrott A. G. an. Als Kriegsbeute erhielt der Mannesmann-Konzern die Prager Eisen-Industrie A. G., die Boehmische Montangesellschaft A. G. und die Steinkohlenbergbau Orlau Lazy A. G. in Oberschlesien. Auch wurde ihm Gelegenheit gegeben, in der Tschechoslowakei und in Polen Roehrenwalzwerke als Tochtergesellschaften zu gruenden.

Die Beteiligungen des Konzerns an anderen Gesellschaften stiegen von 31 Millionen Mark im Jahre 1934 auf 81 Millionen Mark im Jahre 1941 und die Reserven von 24 Millionen Mark auf 81 Millionen Mark.

Die Kloeckner Werke A. G., Duisburg verfuegten im Jahre 1942 ueber ein Aktienkapital von 105 Millionen Mark und ueber Beteiligungen in Hoehe von 42 Millionen Mark. Ohne einen Pfennig dafuer zu zahlen, nahmen sie nach der Besetzung Elsass-Lothringens das Eisenwerk Kneuttingen in ihren Besitz. Der Konzern beteiligte sich an der Geiswender Eisenwerke A. G., der Rheinischen Chamotte A. G., den Dina Werken A. G. und an der Gewerkschaft Viktor. Von dem Goering-Konzern uebernahm er im Jahre 1941 die Simmering-Graz Pauker A. G. Zum Konzern gehoerte indirekt auch die Kloeckner-Humboldt-Deutz Motoren A. G. Ihr wurden 1942 die Motorenwerke Oberursel und die Ulmer Magirus A. G. fuer Feuerloeschgeraete angeschlossen. Im Jahre 1943 saugte der Kloeckner-Konzern den Goering-Konzern auf.

Zu erwahnen waere noch der Hoesch-Konzern, dessen Aufsichtsratsvorsitzender der Finanzier Hitlers, Dr. Fritz Springorum war. Dieser Konzern uebernahm aus juedischem Besitz die Maschinenbau- und Bahnbedarfs A. G., vormalis Orenstein & Koppel mit ihren Werken in Dessau und Gotha. Ferner gab es den Oskar Henschel-Konzern fuer Lokomotivenbau, der sich im Kriege Flugzeugfabriken, chemische Werke und Textilfabriken aneignete. Henschel ist der Schwiegersonn Werner von Siemens'. Henschels Einfluss erstreckte sich auch auf die Elektrizitaetsindustrie. Eine grosse Rolle spielten auch der Ballestrem-Konzern, der Konzern Giesche's Erben, die Automobil-Konzerne Opel, Daimler und andere.

## DIE I. G. FARBEN UND DIE ELEKTRIZITAETS-KONZERNE

Die Kohlen-, Eisen- und Stahlkonzerne uebten ihre entscheidende wirtschaftliche und politische Macht zusammen mit den Chemie- und Elektrizitaets-Konzernen aus. An der Spitze des Vorstandes der I. G. Farben stand Dr. Carl Bosch, Vorsitzender des Aufsichtsrates war bis zu seinem Tode Dr. Karl Duisberg und spaeter Georg von Schnitzler. Die Generaldirektion lag in den Haenden Dr. Hermann Schmitz', sein engster Mitarbeiter war Dr. Richard Illgner.

Die I. G. Farben bestehen in der gegenwaertigen Form seit 1925. Stets waren sie auf das engste mit den Vereinigten Stahlwerken A. G., der Friedrich Krupp A. G., dem Siemens-Konzern und dem AEG-Konzern verbunden. Dr. Carl Bosch gehoerte zusammen mit Hermann Buecher, dem Vorsitzenden der AEG, zum Aufsichtsrat der Friedrich Krupp A. G. Hermann Schmitz sass mit Carl Friedrich von Siemens im Aufsichtsrat der von Flick kontrollierten Vereinigten Stahlwerke. Der Generaldirektor Jakob Hasslacher von den I. G. Farben trat spaeter in den Aufsichtsrat des Friedrich Flick-Konzerns ein.

Das Aktienkapital der I. G. Farben betrug im Jahre 1935 423 Millionen Mark, im Jahre 1939 763,2 Millionen Mark und im Jahre 1942 1 400 Millionen Mark. Bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches ist es auf ueber 1 800 Millionen Mark gestiegen. Die Beteiligungen und Reserven betragen mehr als 600 Millionen Mark. Der Anlagewert ueberstieg das Aktienkapital um mehr als 75 Prozent.

Die I. G. Farben stellten schon vor Hitlers Machtuebernahme fast 100 Prozent des synthetischen Brennstoffes und der Farbstoffe, 80 Prozent des kuenstlichen Stickstoffes, 40 Prozent der pharmazeutischen Artikel und 25 Prozent der Kunstseide Deutschlands her und kontrollierten, zusammen mit den Vereinigten Stahlwerken A. G. 80 Prozent der deutschen Sprengstoffproduktion. Die Riesenwerke der I. G. Farben in Leuna, Leverkusen, Ludwigshafen, Oppau, Uerdingen und Hoechst sind zur Genuege bekannt. Im Jahre 1936 beschaeftigten diese Werke insgesamt 98.000 Arbeiter und Angestellte, dazu kamen 50.000, die in den zu dem Konzern gehoerenden Kohlengruben, Eisenhuetten und anderen Werken arbeiteten.

Der Konzern verfuegte ueber grossen Einfluss in der Chemie-Industrie Frankreichs, Englands, der USA und in den Chemiegesellschaften der Schweiz, Oesterreichs und Norwegens. Auch an der pharmazeutischen Industrie, besonders in den Laendern Lateinamerikas, war der Konzern beteiligt. In der internationalen Chemie-Industrie sicherte sich die I. G. Farben ihren Einfluss durch die zahlreichen Patente, die sie erstaunlich hoch bewertete. Sie gab sich gern als Unter-

nehmen aus, das Sympathien fuer ein demokratisches Regierungssystem haette. Das Sprachrohr der I. G. Farben war seit 1937 die "Frankfurter Zeitung", die dem Ausland gegenueber ein wenig als "unabhaengig" und "objektiv" auftreten durfte. Die angeblichen Sympathien der Bosch, Duisberg, Schnitzler, Schmitz und Illgner fuer die Demokratie waren jedoch nur ein Geschaeftsstrick; denn in Wirklichkeit beteiligten sie sich an der Ausarbeitung der Expansions- und Kriegsplaene des deutschen Imperialismus.

Das erste grosse Geschaeft der I. G. Farben in der Zeit der Kriegsvorbereitungen war der Ausbau der Industrie fuer kuenstliche Rohstoffe. Die Werke in Ludwigshafen und Uerdingen sowie die Tochtergesellschaften — Wolff & Co., Walsrode, Deutsche Zelluloidfabrik A. G., Eilenburg, Alexander Wacker G. m. b. H., Muenchen-Burghausen, Kalle & Co., Wiesbaden-Biebrich, die Dynamit Nobel A. G., Troisdorf und andere — wurden auf diese Produktion umgestellt. Das Ausmass der Produktion und der Profite wurde durch den Geschaeftsbericht der Nobel Dynamit A. G. fuer das Jahr 1936 bekannt. Das Lohnkonto dieser Firma betrug 1932 10 Millionen Mark, 1936 30,3 Millionen Mark und 1940 92,4 Millionen Mark. Von 1937 bis 1940 wurden in der Nobel Dynamit A. G. aus eigenen Gewinnen 56 Millionen Mark neu investiert. Die Summe wurde in derselben Zeit nicht nur voll abgeschrieben, sondern es wurde auch der Reservefonds um 22 Millionen Mark erhoehrt.

In Berlin gruendete die I. G. Farben die Europaeische Patentzentrale. Durch sie wurden den Kunststoff-Gesellschaften Italiens, Ungarns und anderer Laender Patente zur Verfuegung gestellt und so hoch berechnet, dass die Aktienmehrheit der in Frage kommenden Gesellschaften bald den I. G. Farben zufiel. Sie kontrollierte auf diese Weise den italienischen Montecatini-Konzern, die Mailaender Azienda Colori Nazionali Afini, die Budapester Azetyl-Werke und zahlreiche andere Gesellschaften.

Die I. G. Farben war fuehrend bei der Gruendung der "Deutschen Magnesit A. G., Muenchen", deren Namen auch die Oesterreichische Magnesit A. G. und die Alpenminen A. G., Salzburg erhielten. Mit Hilfe des Direktors Rudolf Weydenhammer wurde der Gesellschaft die Oesterreichische Magnesit A. G., Radenthein angeschlossen. Da die Deutsche Magnesit A. G. auch die Magnesit-Interessen Goerings, Flicks, Krupps und Quandts, der Preussag und der Giesche's Erben verwaltete, konnte sie sich als fuehrender Magnesit-Konzern Europas bezeichnen.

In die Schlesische Zellwolle A. G. entsandte die I. G. Farben ihren Direktor Eugen Doerr mit Patenten, in die Thueringische Zellwolle A. G. den Prokuristen Walter Schieber und sicherte sich so entscheidenden Einfluss auf diese beiden grossen Konzerne. In Frankreich gruendete die I. G. Farben unter Ausnuetzung ihrer Interessen im Kuhlmann Chemie-Konzern die Francolor A. G. Von da ab beherrschte die I. G. Farben fast die gesamte franzoesische Chemie-Industrie. In Belgien beteiligte sie sich an dem Solvay-Konzern und an der "Union Chimique Belge". In Norwegen kontrollierte sie 80 Prozent der Norsk Hydro A. G. und beteiligte sich an der Nordischen Aluminium A. G., sowie an der Nordsk Lettmetall A. G. In Daenemark brachte die I. G. Farben die Danish Sulphuric Acid Company unter ihre Kontrolle.

Herr Schmitz von der I. G. Farben gehoerte dem "Generalrat der Wirtschaft" an. Herr Karl Krauch, Mitglied des Vorstandes der I. G. Farben, wurde Generalbevollmaechtigter des Vierjahresplan-Amtes fuer Sonderfragen in der



Chemie-Industrie. Aus Ruecksicht auf ihre grossen Uebersee-Investierungen vertrat die I. G. Farben im allgemeinen ihre Interessen im staatsmonopolistischen Ueberbau der deutschen Kriegswirtschaft durch weniger bekannte Mittelsmaenner.

In den Jahren 1908 bis 1912 vereinigte sich die Siemens-Halske-Schuckert A. G. mit der Bergmann A. G. und die Felten & Guillaume-Lahmeyer A. G. mit der Union Allgemeine Elektrizitaets-Gesellschaft. Seit 1912 arbeiteten beide Elektrizitaets-Truists eng zusammen. Im Jahre 1929 betrug das Aktienkapital der AEG 199 Millionen Mark und ihr Umsatz 580 Millionen Mark. Das Aktienkapital des Siemens-Konzerns belief sich auf 227 Millionen und der Umsatz auf 800 Millionen Mark. Die AEG. beschaeftigte 60.000 und der Siemens-Konzern 137.000 Arbeiter und Angestellte.

Im Jahre 1930 kontrollierte die AEG. 290 Gesellschaften, davon 50 gemeinsam mit dem Siemens-Konzern. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften betrug 1620 Millionen Mark, das im Auslande angelegte Kapital der AEG. erreichte im Jahre 1933 280 Millionen Mark. Die AEG. uebernahm 1942 die Ludwig Loewe A. G. und erhoehrte zugleich ihr Aktienkapital auf 260 Millionen Mark. Seit langer Zeit hatte sie fast ihr gesamtes Anlagekapital abgeschrieben.

Vorsitzender des Vorstandes der AEG war der Generaldirektor Hermann Buecher, der gleichzeitig dem Aufsichtsrat der Friedrich Krupp A. G. angehoeirt und frueher als wirtschaftlicher Beirat der I. G. Farben fungierte. Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der AEG war Waldemar Petersen, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Aero Union und Mitglied des Aufsichtsrates der Siemens-Schuckert Fernsprech- und Telegraphenwerke. Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG war der fruehere nazistische Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt, der ebenfalls dem Aufsichtsrat der Friedrich Flick A. G. angehoeirte. Im Vorstand beziehungsweise im Aufsichtsrat der AEG sasssen unter anderen: der Leiter der Reichswirtschaftsgruppe Industrie und Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns, Wilhelm Zangen, der Praesident des Flick-Konzerns, Wehrwirtschaftsfuehrer Friedrich Flick, der Praesident des Krupp-Konzerns, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, der Munitions- und Mineraloel-Koenig Guenther Quandt, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Dresdner Bank Carl Goetz, das Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, Karl Kimmich, der stellvertretende Vorsitzende des Hoesch-Konzerns, Robert Pferdenges, und bis zu seinem Tode der Inhaber des Wolff Konzerns, Otto Wolff.

Aus juedischem Besitz uebernahm die AEG zusammen mit der Friedrich Krupp A. G. die Grossbank Berliner Handelsgesellschaft.

Die Siemens-Halske-Schuckert A. G. erhoehrte ihr Aktienkapital bis 1942 auf 400 Millionen Mark. Das Beteiligungs-Konto der Gesellschaft stieg von Mitte 1940 bis Mitte 1942 von 254 Millionen Mark auf 400 Millionen Mark. Auch diese Gesellschaft hat fast den gesamten Wert ihrer Anlagen abgeschrieben.

Der Konzern erstreckte sich, neben den Stammbetrieben, unter anderem auf die Siemens Plania A. G., die Siemens Reiniger A. G., das Luftfahrtgeraetewerk Hakenfelde G. m. b. H., die Osram G. m. b. H., die Vereinigte Eisenbahnsignal G. m. b. H. und die Braunschweiger A. G. fuer Industriebeteiligungen. Aus juedischem Besitz uebernahm die Siemens-Halske-Schuckert A. G. die Dr. Casirer Kabel A. G., die Aronwerke A. G. und die Nora Radio A. G.

Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der Siemens-Halske-Schuckert A. G. gehoerten neben Friedrich Siemens, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke, Albert Voegler, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, Oscar Schlitter und das Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Oskar Sempell an.

Die AEG und der Siemens-Konzern waren stets darauf bedacht, sich bei der Aneignung von Kriegsbeute nicht zu kompromittieren. Zur Ausnuetzung des "Suedost-Geschaeftes" erfolgte deshalb der Ausbau der "Elin" A. G. fuer elektrische Industrie, Wien, die sich Ende 1942 mit der Schorch Werke A. G., Rheydt vereinigte. Die drei Konzerne waren, wie zahlreiche andere, in starkem Masse an dem Aufbau von unterirdischen Kriegsbetrieben des Dritten Reiches beteiligt. Beim Bau und in der Produktion wurden fast restlos Kriegs- und Zivilgefangene beschaeftigt, die in versteckten Arbeiterlagern unter den fuerchterlichsten Bedingungen lebten. Taeglich gingen hunderte von ihnen zugrunde und wurden verscharrt.

## TABAK- UND SCHUH-KONZERNE

Eine beipiellose Entwicklung nahm der Reemtsma-Konzern, dessen Besitzer der Zigarettenfabrikant Philipp Reemtsma war. Im Jahre 1933 "stiftete" er Goering eine Flugzeugstaffel und reichhaltiges Tafelsilber, um einen Steuerstundungs-Skandal zu unterdruecken. So wurde Reemtsma bei den Nazi-Fuehrern eine angesehene Persoenlichkeit. Bald gelang es ihm, 95 Prozent der gesamten deutschen Zigaretten-Produktion an sich zu reissen, die im Jahre 1940 48 Milliarden und 1943 72 Milliarden Stueck betrug. Nach der Besetzung Danzigs erhielt Reemtsma die Danziger Tabakmonopol A. G. Er gruendete die Italo-Tedesca-Tabacchi A. G. und wurde Generalaufkaeuer fuer Tabak in Bulgarien und Griechenland. In der Krim schuf er die Krim-Orienttabak-Anbau G. m. b. H., auf deren Feldern tausende russische Zwangsarbeiter zu Tode gepeinigt wurden. In Frankreich richtete Reemtsma ein Zellstoffwerk bei Bordeaux ein, zur Produktion von Zigarettenpapier.

Aber im Tabakgeschaefte allein liessen sich die riesigen Kriegsgewinne Reemtsmas nicht profitbringend anlegen. Er kaufte deshalb die Hochseefischerei Andersen & Co., Hamburg mit ihrer Flotte von Hochsee-Fischdampfern und beteiligte sich an dem "Gemeinschaftswerk der D. A. F.", um in dessen 12000 Verkaufsstellen seine tiefgekuehlten Fische abzusetzen. Reemtsma uebernahm, zusammen mit dem Reeder John L. T. Essberger aus Reichshaenden die Deutsche Ostafrika-Linie A. G., die Woermann Linie A. G. und die Hamburg-Bremen-Afrika-Linie G. m. b. H. Die beiden zahlten da fuer den laecherlichen Preis von 25 Prozent des Aktienwertes dieser Gesellschaften, deren Materialwert an Schiffen, Gebaeuden und Hafenanlagen das Vielfache betrug. Reemtsma beteiligte sich ausserdem an den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A. G., Wuppertal, an der Henkel Metallwarenfabrik A. G. Duesseldorf, an der Zetlitzer Kaolin A. G., Karlsbad und an vielen anderen Gesellschaften.

In der Leder- und Schuhindustrie fuehrten "Arisierung" und Kriegsauftraege zu einer starken Beschleunigung der Konzentration. Ueber ein Drittel der in der Schuhindustrie investierten Kapitalien wurden 1943 von grossen Konzernen beherrscht. Der Carl Kaess-Konzern saugte die Mercedes-Schuhfabriken A. G., Stuttgart, die Vereinigten Fraenkischen Schuhfabriken A. G., Nuernberg und die W. Spiess G. m. b. H., Stuttgart auf. Der Carl Freudenberg-Konzern

uebernahm die Schuhfabrik Conrad Tack & Cie. A.G. Der Cornelius Heyl-Konzern gliederte sich in den Kriegsjahren fuerfrueher selbstaendige Schuhfabriken an und verfuegte ueber annaeherd 20 Millionen Mark Kapital. Die Norddeutschen Leder-Werke A.G., Berlin brachten die Salamander A.G., Kornwestheim, die Lederfabrik J. Mayer & Sohn und die Leder- und Schuh-A.G., Zuerich unter ihre Kontrolle. Der Ricker-Konzern gehoerte zu den besonderen internationalen Raeburn. Er verschaffte sich die Kontrolle ueber die Policky-Popper Schuhfabrik, Chrudim und ueber die Bata-Werke in Zlin (Tschechoslowakei). Auch uebernahm er die Vereinigten Schuhfabriken Berneis-Wesels A.G., Augsburg-Nuernberg.

Funk ernannte Ludwig C. Freiherrn von Heyl zum Leiter der "Wirtschaftsgruppe Leder". Der Generaldirektor Theodor Roeder vom Carl Kaess-Konzern wurde Leiter der "Gemeinschaft Schuhe".

### INDUSTRIEKONZERNE UND BANKEN

Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus kam deutlicher als je die enge Verflechtung der Industriekonzerne und der privaten Grossbanken zum Ausdruck und widerlegte die verlogene These Hitlers vom "schaffenden und raffenden Kapital". Das Industriekapital nahm im Verhaeltnis zum Bankkapital schneller zu. Die Grossbanken gerieten unter den massgeblichen Einfluss der Industrie, einige gingen sogar in den Besitz industrieller Konzerne ueber.

Die Geldflussigkeit, welche sich im Verlaufe des Krieges ergab, hat sichtbar zu dieser Veraenderung beigetragen. Die Kriegsindustrie, deren alleiniger Kunde der Staat war, machte riesige Profite. Vielen Gesellschaften war es moeglich, Ergaenzungen und Erneuerungen ihres Maschinenparkes, die Vergrößerung ihrer Betriebe und den Anschluss von Werken fast restlos aus ihren Gewinnen zu bestreiten und ausserdem noch grosse Reservefonds anzulegen. Die Hitler-Regierung foerderte die Geldflussigkeit der Industriekonzerne, indem sie diesen hohe Vorauszahlungen auf bestellte Materialien und Staatssubventionen gewaehrte. Waehrend die Grossindustriellen frueher die Banken um Kredite angehen mussten, konnten sie nun riesige Summen bei ihnen deponieren, bis sie eine Gelegenheit zur Investierung derselben in Industrie oder Grundbesitz fanden. Es war den Bank-Direktoren nicht leicht, kreditsuchende Industrielle zu finden und die Zinssaetze fielen.

Nach und nach wurden die Grossbanken vorwiegend zum Sammelbecken des grossen Geldstromes, den Kriegsruetzung und Krieg mit sich brachten. Schon Ende 1941 hatten die neun grosssten Privatbanken Deutschlands kurz- und langfristige Reichsanleihen im Werte von mehr als 18.388.000.000 Mark in ihrem Besitz.

Im Jahre 1942 begannen einige Grossbanken die langfristigen Reichsanleihen abzustossen, nachdem der Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk angeordnet hatte, die Zahlung von Vorschuessen auf bestellte Lieferungen einzustellen. Durch diese Massnahme sollten die Industriekonzerne gezwungen werden, ihre Kapitalsreserven in der Kriegsproduktion zu investieren oder zur Finanzierung der Auftraege Kredite bei den Banken aufzunehmen. In Wirklichkeit aber blieb alles beim alten. So wurden die Tresors der Grossbanken mit vielen Milliarden Mark wertloser Kriegsanleihen angefuellt und die Einlagen der kleinen Kunden fuer Kriegsmaterial vergeudet.

Die Deutsche Bank, die groesste der Privatbanken, hatte Ende 1943 ein Aktienkapital von 160 Millionen Mark und eine Bilanzsumme von 8763 Millionen Mark aufzuweisen. Direktoren der Bank waren unter anderem: Karl Wuppermann vom Mannesmann-Konzern und Dr. Frowein, Vertrauensmann Speers. Dem Verwaltungsrat gehoerten an: Oswald Roesler (Mannesmann-, Krupp-, Dierig- und Quandt-Konzern), Karl Kimmich (Vereinigte Stahlwerke, Flick-, Hoesch-Kloeckner-Konzern und AEG), Dr. Heinrich Hunke, MdR und Begruender der Zeitschrift "Die Deutsche Volkswirtschaft". Vorsitzender des Aufsichtsrates war Oscar Schlitter (Mannesmann-, Siemens-Schuckert, Siemens-Halske- und Quandt-Konzern). Dem Aufsichtsrat gehoerten an: Hermann Schmitz (I.G. Farben), Jakob Hasslacher (Flick-Konzern, Vereinigte Stahlwerke), Dr. Fritz Springorum (Hoesch-Konzern und Vereinigte Stahlwerke), Peter Kloeckner (Kloeckner-Konzern), Heinrich Bierwes (I.G. Farben), Bergassessor Otto Fitzner, Gau-Wirtschaftsberater Schlesien (Giesche's Erben).

Die Dresdner Bank verfuegte Ende 1943 ueber ein Aktienkapital von 150 Millionen Mark und ueber eine Bilanzsumme von 6680 Millionen Mark. Direktoren der Bank waren: Carl Goetz (Flick-, Krupp- und Gustloff-Konzern, Vereinigte Stahlwerke), bis zu seinem Tode Professor Karl Heinrich Luer, kommissarischer Generaldirektor der Opel-Werke, Ruesselsheim (Nazi-Vertrauensmann). Als Mitglieder sassen im Verwaltungsrat Karl Rasche (Flick-, Junkers- und Quandt-Konzern), Hans Schippel (AEG, Goering- und Kloeckner-Konzern). Mitglieder des Aufsichtsrates waren: Friedrich Flick (Flick-Konzern, Vereinigte Stahlwerke), Alfred Krupp von Bohlen und Halbach (Krupp-Konzern), Georg Talbot (Vereinigte Stahlwerke), Staatsrat Karl Lindemann (Stinnes-Konzern), Avieny, Gau-Wirtschaftsberater fuer Frankfurt, (Generaldirektor der Frankfurter Metallgesellschaft), Staatsrat Walter Schieber, Vertrauensmann Speers (Thueringer Zellwolle-, Gustloff-, Generatorkraft-Konzern), Ministerialrat Marotzke (Goering-Konzern).

Die Entsendung der besonderen Vertrauensleute Speers und Goerings in die Direktionen und Aufsichtsrate der Grossbanken erfolgte im Juli 1943. Die unmittelbare Ursache dafuer war, dass die Leitungen der Banken in ihren Generalversammlungen gegen die Schliessung vieler Bankfilialen protestiert hatten und mit der Anlegung von Depositengeldern in langfristigen Reichsanleihen vorsichtiger geworden waren. Aber auch die Nazi-Vertrauensleute konnten nicht verhindern, dass im Jahre 1943 eine Stagnation in der Teilnahme der Grossbanken an der Kriegsfinanzierung eintrat, im Gegensatz zur Deutschen Girozentrale, der Dachorganisation der Sparkassen.

Die deutschen Grossbanken standen in nichts der Raublust ihrer Auftraggeber, der Goering, Flick, Krupp, Schnitzler, Siemens und Buecher nach. So brachte die Deutsche Bank zahlreiche auslaendische Banken an sich oder errichtete eigene Niederlassungen in den von den Nazis besetzten Laendern. Zuletzt gehoerten ihr unter anderem an: die Kreditanstalt Wiener Bankverein, die Boehmische Union Bank, die Tschechoslowakische Privatbank, das Bankhaus de Bary-Amsterdam, Filialen der franzoesischen Banken in Elsass-Lothringen, die Union-Bank, Pressburg, die Banca Commerciale Romana, der Bankverein fuer Kroatien A.G., Agram, die Union Bank Jugoslawien und die Kreditbank, Sofia. Sie gruendete ausserdem den Bankverein A.G. Belgrad und stellte mit der Griechischen Nationalbank enge Geschaeftsverbindungen her.

Die Dresdner Bank uebernahm die Wiener Landesbank, die Wiener Merkur-Bank, die Krakauer Handelsbank, die Boehmische Excompte Bank, die Privatbank der Slowakei, die Bank Tschechoslowakisches Finanzinstitut, die Handels-Trustcompagnie West und Co., Amsterdam, Filialen der franzoesischen Banken in Elsass-Lothringen, die Societatea Bancara Romana, Bukarest, die Kroatische Landbank, die Athener Bank und gruendete die Sued-Bank A. G. in Belgrad und das Griechisch-Deutsche Finanzinstitut in Athen.

#### ZUNEHMENDER MANGEL AN KRIEGSROHSTOFFEN UND ARBEITSKRAEFTEN UND DIE GEGENMASSNAHMEN

Die hohen Profite, die von den Trusts und Konzernen gemacht wurden, sowie die riesigen Neu-Investierungen konnten nur realisiert werden, wenn es Hitler gelang, den Krieg im Jahre 1942 siegreich zu beenden. Die militaerischen Niederlagen vor Moskau im Oktober und im Dezember 1941 zerstoerten diese Hoffnung. Hitler war nunmehr gezwungen, die Wirtschaft auf einen Krieg von unabsehbarer Dauer umzustellen. Ein dramatisches Ereignis leitete diese Umstellung ein: Man schob dem Minister fuer Bewaffnung und Munition Fritz Todt die Verantwortung fuer die schweren Maengel des Kampfmaterials und fuer das Versagen der Transportmittel zu. Am 2. Februar 1942 fiel Todt einem vom SD im Auftrage Goerings inszenierten Unfall zum Opfer. Zu seinem Nachfolger ernannte Hitler den Professor Albert Speer, seit 1937 General-Baumeister der Reichshauptstadt Berlin. Speer war 1905 in Mannheim geboren, trat 1931 der Nazi-Partei bei und fuehrte vor und nach der Machterschleichung Hitlers dessen caesarische Bau-Auftraege aus. Seine Konstruktionen waren unter anderem die zahllosen Braunen Haeuser, das Parteitagsgelaende in Nuernberg und die Reichskanzlei in Berlin. Beim Bau des Westwalles machte der "Baustab Speer" viel von sich reden, insbesondere die "NSKK-Transportkolonne" und die "Transportflotille Speer".

Die ersten Monate nach seiner Ernennung versuchte Speer, zur Vorbereitung der Fruehjahrsoffensive 1942, die Kriegswirtschaft zu vereinfachen und ihren Gang zu beschleunigen. Der Erfolg seiner Bemuehungen blieb aber gering, und so musste die Offensive hinausgezoeigert werden. Am 10. April 1942 erliess Hitler daraufhin eine "Verordnung zum Schutze der Ruestungswirtschaft". In dieser Verordnung wurde dem "Formular und Kontingentwesen" der Krieg erklart, von den Industriellen groessere Selbstverantwortung gefordert, ein neues Preissystem eingefuehrt und jeder Unternehmer mit Zuchthaus oder Todesstrafe bedroht, der sich durch unwahre Angaben mehr Rohstoffe und Arbeitskraefte zu verschaffen suchte, als unmittelbar erforderlich waren.

Nach dem Kontingentsystem sollte dem einzelnen Unternehmer, der Kapazitaet und dem Auftragsbestande seines Betriebes entsprechend, ein festes Quantum von Rohstoffen und Arbeitskraeften zur Verfuegung stehen. In Wirklichkeit jedoch versorgten die grossen Konzerne, die selbst Kohle, Eisen, Stahl und Nichteisenmetalle produzierten, die ihnen angeschlossenen Betriebe der Verarbeitungsindustrie ueberreichlich mit Rohstoffen, ohne sich an das Kontingentsystem zu halten. Die reine Fertigungsindustrie dagegen, die ohne eigene Rohstoffbasis war, hatte einen harten Kampf mit den Stellen zu fuehren, welche fuer die Rohstoffversorgung verantwortlich waren. Oft waren die Unternehmungen

gezwungen, unwahre Angaben ueber ihre Kapazitaet und ihre Auftraege zu machen, um mehr Rohstoffe zu erhalten als zur Erfuellung der vorliegenden Auftraege verbraucht worden waren. Die so angesammelten Rohstoffreserven halfen ihnen ueber Zeiten hinweg, wo sie nicht die genuegenden Rohstoffe bekamen.

Speer suchte dem entgegenzuarbeiten, indem er auch fuer die Industrien, in denen die Rohstoffverteilung bis dahin durch Kartelle und Syndikate erfolgte, Reichsvereinigungen gruendete, (z. B. fuer Eisen und Stahl, fuer Kohle, Zellstoffe, Zellwolle, Leder, Wolle und Baumwolle). Die Leitungen dieser Reichsvereinigungen lieferte er an nazistische Grossindustrielle aus. Die Aufgabe dieser Reichsvereinigungen war, die Rohstoff-, Brennstoff- und Halbzeugbeschaffung und -Verteilung zu erledigen, die Leistungssteigerung zu foerdern und die Rationalisierung der Industrie anzuleiten. Ferner sollten sie den Markt regeln und den Transport planen. In welchem Geiste sie diese Aufgaben zu loesen hofften, darueber schrieb die "Deutsche Allgemeine Zeitung" Ende 1942: "Im dritten Kriegsjahr kann die beste Ausnuetzung der vorhandenen Rohstoffe und Energien, nicht zuletzt auch der Kohle und des elektrischen Stromes, neben einer weiteren Einschrumpfung des zivilen Verbrauches, nur durch eine Konzentration der Auftraege auf wenige Betriebe erfolgen."

Mit anderen Worten hiess das: die uebrigen werden aufgesaugt oder vernichtet. Und tatsaechlich ging die Reichsvereinigung Eisen im Juni 1942 daran, im Verlaufe ihrer Schrottsammlung die maschinelle Einrichtung zehntausender stillgelegter Werke und Handwerksbetriebe in Deutschland und in den besetzten Laendern zu beschlagnahmen und zu verschrotten.

Die Aenderung des Preissystems erfolgte durch die Einfuehrung von Festpreisen fuer die Kriegsindustrie. Der Preis-Kommissar, ein oesterreichischer Quisling, namens Fischboeck erhielt den Auftrag, fuer die zirka 30.000 verschiedenen heeresnotwendigen Erzeugnisse den Festpreis zu bestimmen. Dessen Hoehe sollte je nach der technischen Ausruestung der einzelnen Werke in Gruppen gestaffelt werden. Die unter die Preisgruppe I fallenden modernsten Unternehmen erhielten fuer ihre Produkte die niedrigsten Preise. Sie wurden jedoch bei der Ueberlassung von Auftraegen, Rohstoffen, Hilfsstoffen und Arbeitskraeften bevorzugt behandelt. Schwerin-Krosigk befreite sie ausserdem von der sogenannten Gewinnabschoepfung, die als eine Sondersteuer auf die Kriegsgewinne zu erfolgen hatte.

Nun setzte ein verzweifelter Kampf um mehr Rohstoffe, Transportmittel, Nahrungsmittel, Arbeitskraefte und Kredite im allgemeinen und zwischen den Grossen und Kleinen ein. Die Entwicklung aber zeigte, dass trotz groesster Anstrengungen jede Niederlage der Wehrmacht an der Ost-, Sued- und Westfront, jeder Angriff der alliierten Luftstreitkraefte die Lage der deutschen Kriegswirtschaft immer hoffnungsloser gestaltete. Mit jedem Zurueckweichen der Wehrmacht gingen Kriegsbetriebe, Rohstoffquellen und Arbeitskraefte verloren, mit denen die Plaene Hitlers und seiner Gangsterbande gerechnet hatten.

Nach und nach wechselte Speer das fuehrende Personal aller Zweige der Kriegswirtschaft. Er ersetzte den Chef des Eisenbahnwesens Staatssekretaer Dr. Hans Kleinmann durch den SS-Gruppenfuehrer Albert Ganzenmueller. Leiter des Reichsnaehrstandes und Reichsnaehrungsminister wurde, an Stelle Walter Darrés, der SS-Obergruppenfuehrer Herbert Backe. Der Gauleiter von

Thuringen, SS-Obergruppenfuhrer Fritz Sauckel uebernahm die Stellung des Arbeiterbeschaffungs-Kommissars Dr. Walter Mansfeld.

Die Arbeiterbeschaffungs-, Lohn- und Arbeitszeitfragen wurden Mitte April 1942 in der Hand Sauckels vereinigt. Dieser weiteren Konzentrierung fielen Robert Ley und der Reichsarbeitsminister Franz Seldte zum Opfer, und es wurden die bisherigen Treuhaender der Arbeit abgeschafft.

Am 20. April 1942 loeste der Reichswirtschaftsminister Funk 141 Industrie-, Handels- und Handwerkerkammern auf. Von den restlichen 59 wurden 42 mit den Gau- und Wirtschaftskammern verschmolzen. Diese Massnahme sicherte den nazistischen Grossindustriellen, die als Gau-Wirtschaftsberater fungierten, die absolute wirtschaftliche Macht. Im Juni 1943 nahm Funk 24 Landeswirtschafts-Aemtern fast alle ihre Funktionen und uebergab sie ebenfalls den Gau-Wirtschaftskammern mit der Begrueundung, diese seien den zu betreuenden Betrieben naeher.

Die von Funk vorgenommene Umstellung der Wirtschaftsorganisation empfand Speer jedoch als ungenuegend. Im Juni 1942 begann er selbstaendig mit weiteren Aenderungen. Zuerst beseitigte er das Ruestungs-Amt der Wehrmacht, dem der General Georg Thomas vorstand. Speer bildete sich sein eigenes Ruestungs-Amt und sein eigenes Waffen-Amt. General Thomas, der in den Apparat Speer uebernommen wurde, verschwand bald von der Bildflaeche. Er ist im Mai 1945 von amerikanischen Truppen in einem Konzentrationslager aufgefunden worden.

Zur Herstellung der Verbindung nach den Gauen organisierte Speer im Herbst 1942 vierundzwanzig Ruestungs-Kammern mit einem Stab von Ruestungs-Inspektionen, Bezirks-Ruestungsobmaennern und Ruestungs-Kommandos, deren Aufgabe es war, den Kontakt der Lieferanten mit den Wehrmachtstellen aufrechtzuerhalten.

Speer zentralisierte auch den Bau neuer unterirdischer Ruestungsbetriebe und die Reparatur der durch Flugangriffe beschaedigten Werke. Unter Leitung des Generalreferenten K.M. Hettlage gruendete er dazu die Ruestungskonto G.m.b.H. und die Heeres-Ruestungskredit A.G. Kurze Zeit spaeter unterstellte er die 2.000 kleinen Kartelle den Reichsindustriegruppen, Reichsvereinigungen, Reichsstellen, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen und Wirtschaftskammern. Dagegen blieben die grossen Syndikate und Kartelle, 250 an der Zahl, als besondere Machtposition der grossen Konzerne und Trusts unbelastigt. Die Massnahme wurde mit der Notwendigkeit begrueudet, Arbeitskraefte einzusparen. Nach der Mitteilung Speers waren in den 2.000 Kartellbueros 12.000 Angestellte unnuetz beschaeftigt. Speer verschwieg aber, dass die Reichsgruppe Industrie, an deren Spitze Generaldirektor Wilhelm Zangen stand, allein 7 bis 8.000 Angestellte beschaeftigte, Soehne und Tochter von Industriellen und hohen Nazi-Fuehrern. Die Verwaltungsgebaeude des Kohlensyndikats, der Eisen- und Stahlwerk-Gemeinschaft und des Kali- und Zement-Syndikats waren ebenfalls von tausenden solcher Protektionskinder bevoelkert. Die Stilllegung der 2.000 kleinen Kartelle machte infolgedessen kaum Arbeitskraefte frei. Diese Kartelle waren zum Hindernis fuer die weitere Ausdehnung der grossen gemischten Konzerne geworden. Ihre Stilllegung fuehrte zur Aufsaugung oder Vernichtung von tausenden kleinen Gesellschaften und Betrieben, die ohne eine kartellmaessige Regelung der Preise der Auftrags- und Rohstoffquoten nicht

mit den Grossen konkurrieren konnten. Nun lag die Entscheidung ueber die Quoten ausschliesslich bei den Grossen und diese scheuten sich nicht, das offen zuzugeben. Der "Deutsche Volkswirt" schrieb: "Das Monopol (das heisst die Befugnis, die Preise, die Rohstoff- und Absatzquoten zu bestimmen P.M.) wurde lediglich auf einen organisatorisch- und weltanschaulich moderneren Rechtstraeger, zum Beispiel eine Fachgruppe oder eine Reichsvereinigung umgebettet. Die alte Form wird zerschlagen, der Inhalt aber nicht." \*

Die allmaechtigen Leiter der Reichsgruppen, Reichsvereinigungen, Reichs-Wirtschaftsgruppen, Reichsstellen, Landes- und Gau-Wirtschaftskammern nutzten ihre Macht ruecksichtslos im Interesse der eigenen Konzerne und Gesellschaften aus und trafen alle Entscheidungen selbstherrlich. Die Industriellen, die keine nazistischen Wirtschaftsfuehrer zu ihren Kompagnons oder Direktoren zaehlten, fuehlten sich dadurch kommandiert, geschulmeistert und wirtschaftlich benachteiligt. Ihre Unzufriedenheit beeintraechtigte die Produktion. Der von Speer in den Hintergrund gedraengte Funk schwang sich zum Sprecher dieser Unzufriedenen auf. Im April 1943 liess er den Generalreferenten Kehl einen Artikel im "Voelkischen Beobachter" veroeffentlichen, in dem gesagt wurde: "Das Fuehrerprinzip hat gerade in der Wirtschaftsorganisation vielfach zur alleinigen Taetigkeit der Leiter gefuehrt. Fuehrerprinzip aber heisst nicht, alle Arbeit selbst zu machen oder alle Entscheidungen selbst zu treffen, ohne jemand gehoert zu haben, sondern es heisst: Probleme durch andere vorpruefen und vorbereiten zu lassen und dann auf Grund einer erfolgten Klaerung der Sachlage die Entscheidung zu faellen. Jetzt fehlt der Wirtschaftsorganisation der Resonanzboden und die Volksverbundenheit, und eine muede Gleichgueltigkeit, die Dinge laufen zu lassen, hat sich breitgemacht."

Diese Kritik richtete sich auch gegen den selbstaendig handelnden Speer. Zur Aenderung des Misstandes, und um den eigenen Einfluss in der Wirtschaftsorganisation wieder zu staerken, ordnete Funk in Uebereinstimmung mit Goering die Bildung von Praesidien und Vorstaenden fuer die Reichsindustriegruppen, die Wirtschafts- und Fachgruppen, fuer die Landes- und Gau-Wirtschaftskammern an. Die Wirtschaftsorganisation sollte dadurch mit dem Geiste einer ernstesten Selbstverwaltung, in Wirklichkeit aber mit dem Geiste Funks, durchdrungen werden.

#### DIE AUSSCHALTUNG FUNKS DURCH SPEER

Als Goering 1939 den Reichsverteidigungsrat und dessen Zentralrat bildete, wurde auch die Zustaendigkeit des Zentralrates und des Reichswirtschaftsministeriums genau festgelegt. Dem von Goering geleiteten Zentralrat unterstand die Kriegsindustrie. Dem von Funk geleiteten Reichswirtschaftsministerium unterstand die uebrige Industrie und der Innen- und Aussenhandel. Spaeter wurde die Kriegsindustrie direkt durch das Bewaffnungs- und Munitions-Ministerium dirigiert und der Zentralrat fuehrte nur noch ein Schattendasein. In der Zeit der grossen Siege arbeitete das Ministerium unter Goerings Reichsverteidigungsrat auch mit Funk zusammen. Jeder Monat brachte fuer die Parteigroessen und fuer die Trustherren neue grosse Beute. Die Schornsteine rauchten wie nie

\* "Deutscher Volkswirt" N<sup>o</sup> 9/43.